Preussische geschichte: Bd. Der Fridericianisc... Staat und ...

Hans Prutz

Preußische Geschichte

von

Hans Prutz

Dritter Band

Der Fridericianische Staat und sein Untergang

(1740—1812)

Stuttgart 1901

J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger

G. m. b. H.

Preußische Geschichte

von

Hans Prutz

Dritter Band

Der Fridericianische Staat und sein Untergang

(1740—1812)

Stuttgart 1901
J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger
G. m. b. H.

Inhalt des dritten Bandes.

Erstes Buch.

Die Erhebung zur Großmacht.

1740—1756.

I. Die Abrechnung mit Oesterreich.

1740—1742.

Friedrich Wilhelm I. war eines frühen Todes gewärtig gewesen. Bereits 1713 hatte er für diesen Fall Bestimmungen getroffen und 1722 ein politisches Testament aufgesetzt, in dem seine Eigenart scharf zum Ausdruck kam. Zwölf Jahre später brachte ihn eine schwere Krankheit an den Rand des Grabes. Hinfort lebte er nur noch durch die Kunst der Aerzte. Aber gerade in dieser Zeit gewann er den Glauben an die Tüchtigkeit und den ernsten Willen seines Nachfolgers. Er begriff, daß der bedeutende Mensch nicht in eine bestimmte Form gepreßt, wohl aber dasselbe Ziel auf verschiedenen Wegen erreicht werden könne. So klang sein an schrillen Dissonanzen reiches Leben harmonisch aus.

Im Gefühl des nahen Endes übersiedelte er am 27. April 1740 nach Potsdam. Auf die Kunde von der Verschlimmerung seines Zustandes erschien dort am 28. Mai der Kronprinz: von Rührung überwältigt, sanken sie einander in die Arme. In Gegenwart des Ministers Podewils schilderte der König dem Sohne ausführlich die politische Lage. Auch in Zukunft, so erklärte er, werde es des Hauses Oesterreich „unvariable Maxime“ sein, Preußen niederzuhalten; er warnte vor dem Doppelspiel der englisch-hannöverschen Politik; mit Frankreich dürfe man sich nur auf Grund der bündigsten Zusagen einlassen; von Ruß-

land sei nichts zu gewinnen, ein Krieg mit ihm aber gefährlich. Er widerriet Verträge, die das Heer durch Stellung von Hilfstruppen verzettelten. Leichtsinnig dürfe kein Krieg begonnen, der nach reiflicher Ueberlegung beschlossene aber müsse kraftvoll geführt werden. Er war des Sohnes sicher und die irrungsreiche Vergangenheit ausgelöscht durch den Dank, den er tiefbewegt Gott dafür darbrachte, daß er ihm einen so würdigen Nachfolger gegeben habe. Unerwartet lange widerstand seine zähe Lebenskraft dem Tode. Am 29. Mai betrachtete er den für ihn hergerichteten Sarg und ordnete sein Begräbnis. Nach einer qualvollen Nacht beschied er am 31. Mai Generale und Minister zu sich. Kaum noch zu sprechen fähig, übergab er die Regierung dem Kronprinzen, damit der sie führe, „als ob er schon zehn Jahre tot wäre". Aber noch ehe die Urkunde darüber ausgefertigt war, kam das Ende, dessen Stadien er wie ein Arzt verfolgte: im Spiegel suchte er das Erscheinen des Todes in seinem Antlitz zu beobachten. Drei Uhr nachmittags that er den letzten Atemzug.

Die Umwälzung aber, die manche von diesem Thronwechsel erwartet hatten, trat nicht ein. Denn der neue König war durchdrungen von der Größe des vom Vater Geleisteten und entschlossen daran festzuhalten. Höchstens eine andere Dekoration des Gebäudes stand bevor: Fundamente und Mauern sollten unverändert erhalten werden. Das entsprach der Vorstellung von dem Fürstenamte, wie Friedrich sie vor Jahresfrist in dem Antimachiavell dargelegt hatte. So anfechtbar die Kritik ist, die er an des großen Florentiners klassischer Zusammenfassung der politischen Erfahrungen seiner Zeit übte, so charakteristisch ist die dabei entwickelte Lehre von den fürstlichen Pflichten. Stark idealisierend gibt sie ein politisches Glaubensbekenntnis, getragen von edlem Herrscherstolz und strengem Pflichtgefühl. In der Darlegung der eigentlich landesväterlichen Pflichten findet sich darin im Vergleich mit der Praxis Friedrich Wilhelms kaum ein neuer Zug. Was dieser „nach den Prinzipien, die er aus der Experienz und nicht den Büchern gelernt", geübt hatte, ist hier nur zu einer Art von System vereinigt. Auch die Form gemahnt gelegentlich an von jenem gebrauchte

Wendungen. Den wahren Fürsten sind nach dem Bilde Gottes Schärfe des Verstandes und Arbeitssinn eigen, ihre Minister nur ihre Werkzeuge: Friedrich Wilhelm hatte sich als Gottes Statthalter bezeichnet, dem seine Beamten für die Vollstreckung seiner Befehle alle Zeit verantwortlich sind. Auch des Vaters goldenes Wort von dem Fürsten als erstem Diener des Staates hat der Sohn sich angeeignet. Wenn er als echte Fürsten nur die gelten läßt, die, selbst sehend und regierend, die Seele ihres Staates sind, ihn wie Atlas die Welt tragen und als oberste Richter, Feldherren und Finanzleute Inneres und Aeußeres ordnen, so hatte schon jener sein eigener Generalfeldmarschall und Finanzminister sein wollen (Bd. II, S. 349). Auch was über die Mehrung der fürstlichen Macht durch Hebung des Wohlstandes vermöge der Pflege von Ackerbau, Handel und Manufaktur gesagt wird, wiederholt nur die Praxis jenes. Das Gleiche gilt von der Darlegung über die Finanzen, wonach der Fürst nur der dem Volke verantwortliche Verwalter der öffentlichen Gelder ist. Auch die Bemerkungen über seine Pflichten als oberster Feldherr decken sich mit den Anschauungen jenes, bilden sie aber in einer Richtung weiter, die ihnen eine praktisch politische Bedeutung gab. Aus der Seele Friedrich Wilhelms ist es gesprochen, wenn es heißt, der Fürst thue seine Pflicht nur halb, der nicht Soldat ist, und ein Fürst dürfe die Verteidigung des Staatsgebietes nie einem anderen anvertrauen, sondern solle sie immer selbst leiten, da schon seine Anwesenheit bei dem Heere, auch wenn er nicht selbst kommandiere, Einheit, Pünktlichkeit und Ordnung verbürge. Wenn der Sohn aber weiter in dem Heere eine Waffe sieht, die ihren Zweck nur erfüllt, wenn sie zur rechten Zeit mit der rechten Energie gebraucht wird, so tritt er in einen Gegensatz zu der auswärtigen Politik des Vaters. Nach ihm gibt es auch gerechte Eroberungskriege, zur Abwehr eines Angriffs oder um vorenthaltene Rechte durchzusetzen. Von der besonderen Lage Preußens abstrahiert, soll diese Lehre zum voraus seine künftige auswärtige Politik rechtfertigen. Und da offenbart sich die Verschiedenheit zwischen Vater und Sohn. Jener hatte vor den „Teufelsgeschichten" der Diplomaten eine unüberwindliche

Scheu. Seine größere geistige Beweglichkeit, der Mangel jedes moralischen Rigorismus, ein Gefühl der Ueberlegenheit und eine gewisse Lust an der Intrigue befähigten diesen in ungewöhnlichem Maße zum Diplomaten. Gleich bei dem ersten Versuch auf diesem Gebiete hat er sich als einen Meister bewährt und schadenfroh der superklugen Diplomatie heimgezahlt, was sie dem allzu ehrlichen Vater angethan hatte. Daß diese Praxis der Theorie Antimachiavells widersprach, focht ihn nicht an. Auch ihm galten die Gebote der Moral in der Politik nicht unbedingt. Das Landeswohl und eine starke Notwendigkeit, sagt er, fordern zuweilen den Rücktritt von dem gegebenen Wort, der dann aber durch rechtzeitige Benachrichtigung der Bundesgenossen minder bedenklich zu machen ist. Der Widerspruch erklärt sich einfach: der Antimachiavell bekämpfte unter dem Namen des großen Florentiners eigentlich doch nur den Kardinal Fleury als typischen Vertreter der ränkesüchtigen Politik der Zeit.

Der Antimachiavell gab so gewissermaßen das Programm der neuen Regierung. In der inneren Politik ließ sie demgemäß alles beim alten. Gleich in dem ersten Erlaß an seine Beamten verkündete Friedrich, der Vorteil des Landes und der seine seien eins; wo sie aber kollidieren sollten, stehe der erste unbedingt voran: denn er wünsche alle seine Unterthanen vergnügt und glücklich zu sehen. Darin lag ein Fortschritt. Der Vater hatte nur die Pflicht gekannt: auch seine Beamten, seine Unterthanen sollten nur sie kennen, nur ihr leben; selbst unschuldige Vergnügungen waren ihm als strafwürdige Pflichtwidrigkeiten erschienen. Dieser Druck wurde jetzt von dem Leben aller genommen. Wie er selbst das als sein Recht beanspruchte, so gönnte der neue König auch jedem anderen die Abgrenzung eines Gebietes, in dem er nach erfüllter Pflicht sich zur Erholung und Genuß ergehen konnte. Das Leben bekam einen freieren, freundlicheren, humaneren Anstrich, der dem neuen Herrn die Herzen gewann und die Gesamtheit wie den Einzelnen des in mühsamer Arbeit Gewonnenen auch froh werden ließ. Und mit dem glücklichen Takt des Menschenfreundes gewährte Friedrich jedem gerade da das größere Maß erlaubter Freiheit,

wo des Vaters pedantische Härte, weil sachlich unnötig, besonders lästig empfunden worden war, wenn er dem märkischen Bauer das aus fiskalischen Gründen verbotene Brauen seines unschuldigen Dünnbieres erlaubte, den Städten ihre Schützengilden zu erneuen und wieder Vogelschießen zu feiern gestattete, die trotz aller Verbote üblichen Roheiten bei der Aushebung und Werbung verbot und anderes mehr. Für die bisher geradezu verhöhnten geistigen Interessen aber verkündete eine neue Zeit die Abschaffung der königlichen Narren, die Herstellung des Philosophen Christian Wolff (geb. 1679, gest. 1754) auf seinem Hallenser Lehrstuhl, die der König als eine im Lande der Wahrheit gemachte conquête ansah, die Berufung des gefeierten Mathematikers und Naturforschers Maupertuis zum Leiter der zu reorganisierenden Akademie und die Begründung einer französischen und einer deutschen Zeitung, des „Journal de Berlin“ und der „Berliner Nachrichten“. Gewährte er diesen, damit sie „interessant“ sein könnten, auch für den nicht politischen Teil Zensurfreiheit, so blieb er im übrigen doch dabei, daß „in publicis“ nichts ohne vorherige Erlaubnis gedruckt werden dürfe.

Schöpferisch aber bethätigte sich die neue Regierung alsbald im Gebiet von Handel und Industrie, zu deren Pflege in einem dem Generaldirektorium angegliederten neuen Departement unter dem vortrefflichen Samuel v. Marschall eine besondere Behörde entstand, und in dem der Rechtspflege, wo die Reformen des vorigen Königs nicht zum Ziel gekommen waren und willkürliche Eingriffe den ordentlichen Rechtsgang nicht selten gestört hatten. Das erschwerte jetzt die Beschränkung der Verwaltungsbehörden auf ihren Wirkungskreis und die Sicherung der Gerichte gegen ihre Einmischung. Die sofort erwogene Neugestaltung des Rechtswesens überhaupt aber bedurfte langwieriger Vorarbeiten. Doch eilte der König die schreiendsten Mißstände alsbald abzustellen. Seiner persönlichen Initiative entsprang die Kabinettsordre vom 3. Juni 1740, welche, wie die Aufklärung im Namen der Menschlichkeit längst gefordert, die Tortur abschaffte, mit Ausnahme der Fälle von Hochverrat und Massenmord. 1752 noch einmal angewandt,

ist sie 1754 überhaupt beseitigt. Auch der barbarische Brauch des Ertränkens der Kindesmörderinnen in selbstgenähten Säcken wurde abgestellt.

Wie auch bei dem neuen Herrn nur die Sache galt und die Person allein nach ihrem Wert für diese gemessen wurde, bezeugte die fast demonstrative Belassung einiger Männer im Amte, die man wegen der Stellung, die sie bei dem Vater eingenommen hatten, entfernt zu sehen erwartet hatte. Ja, der manchem besonders unbequeme Hauptvertreter peinlichster Sparsamkeit, Minister v. Boden, genoß ganz besonderen Vertrauens. Das Regiment der „langen Kerls" freilich wurde aufgelöst und nur ein Bataillon zur Erinnerung an seinen Schöpfer beibehalten. Das so Ersparte ermöglichte eine beträchtliche Vermehrung der Armee: siebzehn neue Bataillone ergaben einen Zuwachs von 10 000 Mann. Indem der König kleinere deutsche Fürsten, wie die von Eisenach, Württemberg und Dessau, bestimmte, ihm gegen Geld ihre Truppen bataillons- und regimenterweise zu überlassen, erleichterte er sie finanziell und knüpfte sie politisch enger an Preußen.

Ein Interesse der deutschen Politik war dabei nicht im Spiel: nur seine Wehrkraft wollte er stärken und seiner Armee neue Kantons erschließen. Ja, die ihm vorschwebenden Pläne zu verwirklichen, bedurfte er auch im Reiche der Freiheit von jeder Rücksicht: nur so konnte er im entscheidenden Augenblick handeln, auf eigene Gefahr zwar, aber auch ausschließlich zu eigenem Gewinn. Als Rächer des dem Vater angethanen Unrechts galt es mit Oesterreich abzurechnen. Anders als jener täuschte er sich nicht über die Wertlosigkeit des Reiches und die Ohnmacht des Kaisers. Der schneidende Hauch der neuen Zeit weht uns aus seinem Wort entgegen, das den Kaiser als das alte Schattenbild eines Idols bezeichnet, das einst etwas gekonnt und Macht besessen, jetzt aber, durch Franzosen und Türken ruiniert, nichts mehr sei. Diesem ein Zugeständnis zu machen, ehe er für das seinem Vater Angethane Genugthuung erhalten, ihm zu helfen, ohne zum voraus des Lohnes versichert zu sein, fiel ihm nicht ein. Ihn leitete allein das Interesse Preußens und was er seinem Hause und seinen Vorfahren

schuldig war, das heißt seine Ehre. Um keinen Preis wollte er ähnlicher Mißachtung verfallen wie sein Vater. Dazu galt es nicht bloß Kraft zu haben, sondern sie auch zu gebrauchen. Unterhandlungen ohne gewaffneten Rückhalt bedeuteten nach seiner Meinung nicht mehr als Noten ohne Instrument. Mit einem solchen aber war die Diplomatie recht sein Element: obgleich Autodidakt, bewegt er sich darin doch mit der Sicherheit des Genies und machte mit schadenfrohem Behagen die Künste der zünftigen Diplomaten zu schanden. Wohl hatte er im Antimachiavell gefordert, um das Publikum von den falschen Vorstellungen zu heilen, die es sich von der Politik mache, wenn es darin nicht ein System der Weisheit, sondern der Spitzbüberei vermute, solle der Fürst der Ehrlichkeit und der Wahrhaftigkeit zu ihrem Rechte verhelfen. Trotzdem ist seiner Politik gerade im Anfang ein stark machiavellistischer Zug eigen. Er war nötig und nützlich: er half Preußen aus der Mißachtung, in die es unter seinem Vater verfallen war, weil der so gar nichts Machiavellistisches gehabt hatte. Doch hat Friedrich diese diplomatischen Künste weder überschätzt, noch ihre moralische Anfechtbarkeit verkannt. Sollen sie doch alle menschlichen Leidenschaften ausnutzen. Sie sind ihm eine Taschenspielerei, welche die Leichtgläubigen und die Dummen täuscht und hineinlegt. Betrügt den Betrüger, instruiert er Podewils, und lobt ihn als den „geschicktesten Gaukler“. Alle Künste soll er spielen lassen, hier beruhigen, dort ermutigen; diese einschüchtern, jenen schmeicheln; die einen beweihräuchern, die anderen überlisten. Denn Spitzbuben gegenüber ehrlich sein wollen, sei immer gefährlich; bringt Ehrlichsein Gewinn, will er es sein; ist den anderen zu täuschen nötig, ist er bereit ein Spitzbube zu sein. Aber so schnell er der zünftigen Diplomatie ihre Künste abgesehen hatte: er gestand doch offen, daß er seine Erfolge meist einem unverhofft günstigen Zusammentreffen der Umstände verdanke, und bezeichnete sich deshalb geradezu als ein außerordentliches Glückskind.

Daß mit Oesterreich abgerechnet werden müsse, stand für ihn fest. Es fragte sich nur, auf welchem Wege und in welchem Umfange. Das hing davon ab, welche von den noch schwebenden

Angelegenheiten sich am schnellsten so weit treiben ließ, daß Oesterreich zu Konzessionen genötigt würde. Zunächst hatte auch Friedrich dabei Berg im Auge. Schon sein Vater hatte Anordnungen getroffen, um beim Tode des Pfälzer Kurfürsten davon Besitz zu ergreifen. Aber auch Jülich und Preußens Ansprüche auf Ostfriesland und Mecklenburg brachte er zur Sprache, nahm also denselben Standpunkt ein, wie sein Vater in der Krisis von 1726, als er nach dem hannöverschen Vertrag den Russen den Weg nach Holstein verlegen und im Interesse Englands mit dem Kaiser brechen sollte, das aber nur thun wollte, wenn man ihm ausreichende Hilfe, Subsidien und den Erwerb der gemachten Eroberungen zusichern, England die Nachfolge in Ostfriesland und Mecklenburg verbürgen und gemeinsam mit Frankreich zu Jülich und Berg verhelfen würde (Bd. II. S. 381). Er strich sozusagen die letzten vierzehn Jahre, um mit derjenigen Macht zu gehen, die von dem seinem Vater Vorenthaltenen ihm jetzt das meiste einräumte. Mit Oesterreich war sicher fertig zu werden, sei es im Bunde mit England und Hannover und im Gegensatz zu Frankreich oder auf dieses gestützt im Gegensatz zu jenen. Von Rußland hoffte er im Notfall gegen Schweden, Polen und Sachsen im Rücken gedeckt zu werden. System war demgemäß von Anfang an in der Art, wie er den Kaiser brüskierte: man empfing in Wien den Eindruck, er suche Händel. Da hatte man die preußischen Werbungen auch in den Reichsstädten von einer besonderen Erlaubnis abhängig machen wollen, während er sie als Kurfürst in Anspruch nahm. Er verlangte endliche Zahlung der Preußen zu Utrecht zugesprochenen 80 000 Gulden aus dem Maaszoll: sonst werde diese Angelegenheit „lawinenmäßig wachsen". Er wußte, daß diese Mahnung in Wien besonders ungelegen kam. Schickte man doch eben damals einen jüdischen Agenten nach Berlin, um bei dem preußischen Staatsschatz eine Anleihe aufzunehmen, und bot als Pfand ein Preußen benachbartes Stück von Schlesien — worauf der König eingehen wollte, wenn er in das betreffende Gebiet Garnisonen legen dürfte. Bequemer konnte es ihm kaum gemacht werden, um mit der ostfriesischen, mecklenburgischen und jülichschen Frage zugleich die schlesische

aufzurollen. Daß man ihm nicht wie seinem Vater kommen dürfe, lehrte die Art, wie er dem seit Jahren andauernden Aufruhr in der ehemals oranischen Herrschaft Herstall ein Ende machte, indem er den ihn schürenden Bischof von Lüttich militärisch bedrohte, mochte man das in Wien auch als Attentat auf Kaiser und Reich verschreien. Wie bald würde das Haus Habsburg ihn zum Helfer zu gewinnen oder wenigstens von seinen Feinden zu trennen suchen müssen! Das nahe Ende Karls VI. bedrohte es mit einer furchtbaren Krisis. Dann wollte Karl Albert von Bayern sein Erbrecht geltend machen. Frankreich konnte dem kaum fern bleiben, streckte vielleicht selbst die Hand nach der Kaiserkrone aus. Welche Möglichkeiten bot das der preußischen Politik, zumal wenn der drohende Kolonialkrieg zwischen England und Frankreich zum Ausbruch kam!

Und bereits am 20. Oktober 1740 starb Karl VI. Friedrich war entschlossen, den Moment zu ergreifen. Wozu hatte er eine stattliche Armee schlagfertig stehen? Sie unthätig lassen, hätte geheißen ein in seine Hände gegebenes Gut nicht anwenden. Auch Leopold von Dessau riet die „jetzige Konjunktur" zu benutzen. In dem Glauben, daß man in Wien die Lage begreife, ließ Friedrich dort wissen, er wolle sich als Freund erweisen, wenn man ihm das ermögliche, das heißt so, daß er dabei seine Rechnung finde und die Gefahren aufgewogen sehe, die er dabei lief; wies auch darauf hin, daß Sachsen Truppen gegen die Grenze Böhmens und Schlesiens dirigiere, um einzumarschieren, sobald Bayern in Aktion trete. In Dresden aber warnte er vor den österreichischen Dislokationen und ließ in Regensburg Bayern zur Schilderhebung antreiben. Doch wollte er beiden nicht den Vortritt lassen, um jede Vergrößerung Sachsens zu hindern. Die europäische Konstellation war günstig. Der Bruch zwischen Frankreich und England stand bevor: ihm blieb also die Wahl zwischen zwei Allianzen. Deshalb forderte er schließlich statt Bergs Schlesien als Preis seiner Hilfe von Oesterreich. Ersteres war nur zu gewinnen gegen Oesterreich und Frankreich, das an Schlesien kein Interesse hatte, so wenig wie die Niederlande, wenn nur ihre dort engagierten Kapitalien gesichert blieben. Trat ihm England im Interesse Hannovers

entgegen, so blieb ihm der Anschluß an Frankreich. Nur weil der Erfolg dort leichter und sicherer schien, wandte er sich gegen Schlesien, nicht weil er dort ein besonders gutes Recht zu haben glaubte, trotz der langatmigen Deduktionen des Hallenser Kanzlers v. Ludewig, den noch Ilgen zum Studium gerade dieser Frage angeregt hatte. Das da behauptete Recht sollte ihn nur vor der Welt rechtfertigen. Er that, was ihm Vernunft und Recht geboten. „Sei du mein Cicero," schreibt er seinem Freunde Jordan im Januar 1741, „was das Recht meiner Sache angeht; ich werde dein Cäsar sein, was die Ausführung angeht."

Seine letzten Bedenken beseitigte die Nachricht vom Tode der russischen Kaiserin Anna (28. Oktober). „Gott ist uns gnädig, und das Schicksal steht uns bei," rief er aus. Da er nun auch nicht auf die russische Hilfe rechnen konnte, die Podewils mit Sorge erfüllt hatte, war er vollends überzeugt, daß Oesterreich nachgeben werde. So „toll und lächerlich eingebildet" könne man in Wien doch nicht sein, noch immer zu wähnen, andere müßten sich umsonst für Oesterreichs Erhaltung interessieren, und zu glauben, man thue genug mit höflichen Redensarten oder der Verheißung künftiger Gunstbeweise: rettungslos werde man in den Abgrund stürzen, mache man nicht denen, die allein helfen könnten, wirklich sachliche Zugeständnisse. That Oesterreich das und trat ihm Schlesien gutwillig ab, so wollte er ihm seine deutschen Lande garantieren, sich ihm und den Seemächten verbünden, bei der Kaiserwahl für den Lothringer stimmen und bis zu zwei Millionen Subsidien zahlen, ja, auf Berg ausdrücklich verzichten — „aus Hingebung an das öffentliche Wohl und die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts, der Reichsverfassung und der Freiheit Deutschlands und damit an das wahre Beste auch der traurigen Reste des Hauses Oesterreich", und wie die reichspatriotischen Phrasen lauteten, die er in Hannover, Mainz und Regensburg vorbringen ließ. Während er die Glieder des Reiches vernichten zu wollen erklärte, die es zerstören wollten, mahnte er Bayern, an das jene Drohung zunächst gerichtet schien, zu thatkräftiger Geltendmachung seiner Anrechte auf die habsburgische Erbschaft, beschuldigte Oester-

reich der Verbindung mit Frankreich und beteuerte Fleury gegenüber die Identität der Interessen Preußens und Frankreichs. Verwirklichte er damit nicht das Programm „politischen Faustrechtes", auf das, wie er 1738 in den „Betrachtungen über den gegenwärtigen politischen Zustand von Europa" dargelegt hatte, Preußen angewiesen und das durchzuführen die Pflicht jedes preußischen Königs war?

Erst durch seinen Gesandten v. Borcke, dann durch den Oberhofmarschall v. Gotter ließ er in Wien darlegen, da Oesterreich den 1728 (Bd. II, S. 383) mit seinem Vater geschlossenen Vertrag gebrochen habe, sei auch er auf die Pragmatische Sanktion nicht mehr verpflichtet und das seit 1679 dauernd betrogene Preußen befugt, seine wiederaufgelebten Rechte auf Schlesien geltend zu machen: um diesen Preis wolle er das Geschehene vergessen und Oesterreich ein zuverlässiger Freund sein. Auf die ablehnende Antwort rückte die bereitstehende Armee am 16. Dezember in Schlesien ein, die Mannschaften voller Zuversicht, die Offiziere voll Ehrgeiz, die Generale dürstend nach Ruhm, der König selbst voll Glauben an den Erfolg. Einen Krieg zu beginnen meinte Friedrich damit freilich nicht: es handelte sich, so dachte er, nur um eine militärische Promenade. Er nehme Schlesien, schreibt er an Georg II., bloß damit es bei dem allgemeinen räuberischen Ansturm auf Oesterreich nicht ein anderer nehme, und Leopold von Dessau, der sich der kriegerischen Aussichten freute, aber den militärischen Fähigkeiten des jungen Herrn nicht recht traute, sah sein Erbieten zu Rat und Hilfe abgewiesen mit dem Bemerken, es handle sich um eine Bagatelle, um eine einfache Besitznahme, die der König sich um so mehr vorbehalten müsse, als die Welt sonst glauben würde, er ziehe mit einem Hofmeister ins Feld. Ernstere Verwickelungen befürchtete er nicht. Auch fiel Schlesien, dessen protestantische Bevölkerung die Befreiung vom Glaubenszwang freudig begrüßte, fast ohne Widerstand in seine Hand. Am 3. Januar 1741 zog er in Breslau ein, dem er zunächst eine gewissermaßen neutrale Stellung gewährte. Nachdem Brown bei Ottmachau geworfen war, befand sich Ende Januar Schlesien bis auf Glogau, Brieg und Neisse in seiner

Gewalt. Zudem hatte er noch andere Eisen im Feuer. Schon hatte er in Paris wissen lassen: garantiere man ihm seinen Besitz, so stehen Berg und Jülich zu Frankreichs Verfügung. Englands Bedenken sollte die Darangabe Ostfrieslands und Mecklenburgs, Rußlands die Kurlands beschwichtigen, Sachsen aber gewonnen werden, indem man ihm in Böhmen freie Hand ließ. Dennoch fanden seine Anträge in Wien keine bessere Aufnahme, zumeist infolge der englischen Hetzereien, die im Interesse Hannovers Maria Theresia in der Hoffnung bestärkten, Preußen für seinen Ueberfall zu züchtigen.

So drohte die „Bagatelle“ sich zu einem veritablen Kriege auszuwachsen. Preußens Vorgehen beunruhigte die übrigen Mächte, Bayern und Frankreich aber, durch deren Aktion Friedrich seine Gegnerin schnell zur Erkenntnis ihrer wahren Lage gebracht zu sehen gehofft hatte, blieben unthätig. Die Vermittelung Rußlands, auch Englands wäre ihm nun genehm gewesen. Um einen Teil der Beute zu behaupten, wollte er gern den anderen fahren lassen. Auch Podewils mahnte, den Fehler zu vermeiden, durch den der Große Kurfürst dereinst die Gewinnung wenigstens eines Stückes von Pommern verscherzt habe. So wollte sich Friedrich mit Niederschlesien, ja mit weniger begnügen, wenn nur Breslau dabei wäre: sein Angriff habe nicht der Pragmatischen Sanktion gegolten, sondern nur sein gutes Recht auf die unter Fürsten übliche Art verfolgen sollen. Bald wurde die Lage ernster. Während Bayern und Frankreich unthätig blieben, verständigte sich Sachsen mit Oesterreich. Rußland, die Niederlande, England waren mitzuthun bereit. Die Bagatelle drohte zu einer Umwälzung Europas zu führen. Die Schuld daran schob Friedrich auf England und Rußland, hoffte aber wenigstens, daß Oesterreich zu Fall kommen und er Sachsen unter den Trümmern begraben sehen werde. Er wollte sich mit Festigkeit waffnen, als Held kämpfen, besonnen siegen und dem Unglück stoisch die Stirn bieten. Zwei Anschlägen österreichischer Husaren entgangen, machte er damals Podewils mit seinem Kopf dafür verantwortlich, daß man, wenn er gefangen würde, seinen Befehlen nicht gehorche, sondern weiter kämpfe; falle er, sollte man ihn nach römischer

Art verbrennen und die Asche in Rheinsberg beisetzen. Gegen Sachsen ließ er Leopold von Dessau an der Grenze ein Heer sammeln und in Schlesien in der Nacht zum 9. März Glogau stürmen. Mit Frankreich wurde lebhafter unterhandelt, um einen Rückhalt zu gewinnen gegen die wachsende Intimität Oesterreichs, Rußlands und Sachsens. Das machte in London Eindruck. Denn Englands Interesse forderte, Preußen Frankreich fern zu halten. Auch stellte der König eine dem Gewinn Schlesiens entsprechende Kompensation für Hannover in Aussicht. So erbot sich England zur Vermittelung. Obgleich an ihrer Ehrlichkeit zweifelnd, nahm Friedrich sie an. Niederschlesien mit Breslau sollte ihm zunächst als Pfand für seine Ansprüche an Oesterreich überlassen, dann abgetreten werden, England aber Rußland dafür gewinnen und zum Lohn für Hannover das Bistum Osnabrück und etliche mecklenburgische Aemter bekommen.

Da drohte ein Erfolg der Oesterreicher alles zu durchkreuzen. Durch einen geschickten Marsch über das Gebirge näherte sich General Neipperg Neisse. Friedrich, der eben dessen Belagerung vorbereitete, sah seine Verbindung mit Breslau bedroht und eilte aus Oberschlesien herbei. Halbwegs zwischen Neisse und Ostrau, bei Mollwitz, traf er am 10. April auf die ihn noch fern glaubenden Feinde, mit etwa 21 600 Mann, darunter 4500 Reitern, auf 19 000, einschließlich etwa 8500 Reiter. Nachmals hat er selbst bekannt, es habe ihm da an dem Mut und der Geschicklichkeit gefehlt, um den günstigen Moment auszunutzen, wo der Feind, in drei Dörfern liegend, überfallen werden konnte. Erst gegen Mittag war sein Heer in seine Stellung gerückt. Sie beruhte auf der schrägen Schlachtordnung, bei der, wie er später theoretisch darthat, der schwächere Flügel zurückgehalten wird, der stärkere den ihm gegenüberstehenden feindlichen in der Flanke umfaßt und so wirft. Diese war nicht seine Erfindung: Philipp von Macedonien und Alexander so gut wie Eugen von Savoyen und Marlborough hatten sie angewandt. Hier sollte der preußische linke Flügel demonstrieren, der rechte die Entscheidung bringen, indem er den Feind umfaßte und aufrollte. Das aber vereitelte die Ueberlegenheit

der feindlichen Reiterei, die nicht nur die preußische warf, sondern auch die Infanterie umflutete und zwischen ihre beiden Treffen und bis in ihren Rücken stürmte. Die Schlacht schien verloren. Den König in Sicherheit zu bringen, bestimmte ihn Feldmarschall Schwerin die bei Ohlau vermuteten Truppen heranzuholen. Inzwischen stellte er selbst die Ordnung her. Dann führte er das erste Treffen des rechten Flügels mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiel gegen den Feind. Wie auf dem Paradeplatz bewegten sich seine Kolonnen und eröffneten dann ein mörderisches Schnellfeuer, dem die österreichische Infanterie nicht stand hielt. In ihre Flucht wurde auch die Reiterei verwickelt. Der Sieg war entschieden, als Schwerin dann das erste Treffen des linken Flügels auf den noch stehenden rechten Neippergs vorbrechen ließ. Mit Sonnenuntergang trat Neipperg den Rückzug auf Neisse an und schlug unter dessen Schutz ein unangreifbares Lager auf. Eine kraftvolle Verfolgung machte den Siegern der beträchtliche Verlust von 4500 Mann — ebensoviel wie die Oesterreicher — unmöglich. Noch in der Nacht kehrte der König, der im Dunkeln unter die Mauern von Oppeln geraten und dort von feindlichem Feuer empfangen war, auf das Schlachtfeld zurück.

Je weniger glänzend die Umstände waren, unter denen er die Feuertaufe empfangen hatte, um so mehr nahm sich Friedrich die bei Mollwitz empfangene Lehre zu Herzen. Die Reorganisation der als unbrauchbar erkannten Reiterei wurde sofort in Angriff genommen. Unbarmherziger Drill und der Befehl, nie den feindlichen Angriff abzuwarten, wandelten sie in kurzer Zeit von Grund aus. Um die nach österreichischem Vorbild neugeschaffenen Husaren erwarb sich Oberstleutnant v. Ziethen besondere Verdienste. Glänzend bewährt dagegen hatte sich das Fußvolk, würdig seines Lehrmeisters Leopold von Dessau: an ihn richtete Friedrich daher auch den ersten ausführlichen Bericht über die Schlacht.

Aber an der politischen Lage änderte der Sieg nichts. Oberschlesien, aus dem ihn Neippergs Flankenmarsch verdrängt hatte, blieb bis zur Neisse verloren, und Maria Theresia stand nicht schlechter, so lange sie mit Preußen allein zu thun hatte.

Noch am 12. April erklärte sich der König daher von neuem zur Annahme der englischen Vermittelung bereit, mußte aber bald erkennen, daß diese nur sein Bündnis mit Frankreich hintertreiben sollte. Plante man doch in Dresden und Wien, Hannover und Petersburg, London und Kopenhagen unter dem Schein einer bewaffneten Vermittelung nicht mehr und nicht weniger als eine Teilung Preußens. Aus Sorge vor einer Aktion Rußlands aber ließ Friedrich dennoch die englische Vermittelung auch ferner zu, als deren Träger Lord Hyndford hin und her ging. So wurde sein Lager zum Sitz eines vielverschlungenen diplomatischen Intriguenspiels, in dem er zwischen dem Werben der Franzosen Belle-Isle und Valory hier und des Engländers Hyndford dort durch allerlei kleine Künste und Kniffe die Entscheidung immer wieder um ein paar Tage hinauszuschieben wußte. Aber so fraglich erschien ihm zeitweise die Erwerbung auch nur Niederschlesiens, daß er sein Anrecht auf Berg wieder ausspielen und dieses bei dem Tode des alten Pfälzer Kurfürsten besetzen wollte. Alles drängte also auf das Bündnis mit Frankreich, dem aber namentlich Podewils entgegen war. Sobald daher die mit Hyndford vereinbarten Bedingungen, wonach ihm Niederschlesien mit Breslau bleiben sollte, in Wien abgelehnt waren, schloß er am 5. Juni mit Frankreich ab: es garantierte ihm Niederschlesien mit Breslau, sagte Bayern Geld und Waffenhilfe zu und sollte Schweden gegen Rußland waffnen. Friedrich gab dem bayrischen Kurfürsten bei der Kaiserwahl seine Stimme und verzichtete zu Gunsten der Pfalz-Sulzbacher auf Jülich und Berg.

Mit diesem Bündnis gab Friedrich die stolze Selbständigkeit des Handelns auf, mit der er sich bisher gebrüstet hatte. Er wurde das Glied einer entstehenden Koalition gegen Oesterreich, mit der er wohl über die Mittel, aber nicht über das Ziel einig war. Uebergroße Erfolge seiner Verbündeten gefährdeten ihn selbst. Er brauchte sie nicht mehr, sobald er Niederschlesiens sicher war, während Frankreich zwar Oesterreich vernichtet, aber ihn nicht allzu stark sehen wollte. Zudem leistete der Bund vom 5. Juni nicht, was er erwartet hatte. Der geplante Doppelangriff auf Oesterreich, der ihm die Hauptsache

war, erfolgte noch nicht; Schweden wollte Rußland nicht angreifen, ohne durch einen Bund mit Preußen gedeckt zu sein. Deshalb wäre Friedrich jetzt Rußlands Vermittelung genehm gewesen: selbst Breslau wollte er aufgeben, das aber freie Reichsstadt werden müsse. Denn ringsum sah er sich bedroht. Sachsen warb in Polen. Hannovers Haltung machte Georgs II. wachsender Eifer für Maria Theresia immer verdächtiger. Aehnlich standen Dänemark und Hessen. Eines Einfalls in die Mark gewärtig, ließ der König den Schatz und das Silber zum Transport nach Stettin bereitstellen. Dabei traute er aber auch Frankreich nicht und schwankte gelegentlich, ob er mit ihm oder doch mit Hannover „seine Liaison machen" sollte. Jedenfalls wollte er diejenigen düpieren, die ihn zu düpieren gedacht hatten. Wie leicht hätte Maria Theresia ihn also gewinnen können! Statt dessen ließ sie noch, als der französische und bayrische Angriff wirklich drohte, ihm für die Räumung Schlesiens zwei Millionen und den österreichischen Anteil an dem Herzogtum Geldern — etwa fünf Quadratmeilen — nebst Limburg anbieten — eine „Impertinenz", zumal Oesterreich von den ehemals spanischen Niederlanden überhaupt nichts abtreten durfte.

So mußte Friedrich die Abrechnung mit Oesterreich, die er mit diesem allein zu erledigen gedacht hatte, sich eng mit der allgemeinen Politik verflechten sehen. Anfangs brachte ihm das Gewinn: Karl Albert rückte in Oesterreich ein, Schweden erklärte Rußland den Krieg. Die Franzosen drangen am Oberrhein vor und bedrohten Hannover. Als die bayrischen Erfolge Oesterreichs völliges Erliegen verhießen, ging auch Sachsen zu dessen Feinden über: sein Bündnis mit Frankreich (31. August) und Bayern (19. September) verhieß ihm Mähren und Oberschlesien als Königreich. Nur wurden Sachsen und Bayern alsbald Konkurrenten um die Kaiserkrone sowohl wie um Böhmen. Das steigerte den Einfluß Frankreichs und beeinträchtigte auch Friedrichs Aktionsfreiheit. Aus Sorge vor Sachsens Absichten auf Böhmen, in der Fleury ihn bestärkte, hielt Karl Albert, der siegreich vordringend in Linz die Huldigung als Erzherzog von Oberösterreich empfangen hatte, in dem von

Friedrich betriebenen Marsch auf Wien plötzlich ein, um sich nach Verlust kostbarer Zeit gegen Prag zu wenden. Das störte Friedrichs Entwürfe und verknüpfte die schlesische Frage besorglich mit Momenten, die sich seiner Einwirkung entzogen. Gern ergriff er daher die Gelegenheit, um sich den kaum eingegangenen Verpflichtungen wieder zu entziehen.

Die Bedrohung Hannovers durch die Franzosen machte auf Georg II. Eindruck. Seine Neutralität zu erwirken, es vor einer Kooperation Preußens mit Frankreich zu schützen und so mittelbar auch Oesterreich Luft zu machen, sagte er Karl Albert seine Kurstimme zu und drang in Preßburg auf Nachgiebigkeit gegen Friedrich. Um die Neippergsche Armee, die bei Neisse stand, die einzige, die man Karl Albert augenblicklich entgegenstellen konnte, zur Verteidigung Böhmens frei zu machen, entschloß sich Maria Theresia endlich dazu: Lord Hyndford trat wieder in Thätigkeit. Nur gab Friedrich der Sache jetzt eine merkwürdige Wendung. Um nicht durch den Bruch des Bundes mit Frankreich dessen in Westfalen stehende Armee auf sich und Hannover zu ziehen, verlangte er einen geheimen Frieden unter scheinbarer Fortsetzung der Feindseligkeiten. Die militärischen Einzelnheiten zur Durchführung des Trugspiels vereinbarte Oberst von der Goltz mit Neipperg in Neisse. Dieses sollte noch vierzehn Tage zum Schein verteidigt werden, Neipperg, scheinbar aus Schlesien verdrängt, ungehindert nach Böhmen abziehen, der Kampf dort ruhen, das heißt Schlesien im Besitz Friedrichs bleiben, der dafür versprach, in dem allgemeinen Frieden nur Niederschlesien und Neisse zu fordern, die ihm jetzt bereits zugesagt wurden, und nichts gegen Oesterreich und seine Alliierten zu unternehmen. Dieses merkwürdige Abkommen wurde am 9. Oktober 1741 zu Klein-Schnellendorf abgeschlossen, indem Lord Hyndford in einem geheimen Protokoll bezeugte, er habe den König und Neipperg die betreffenden Abmachungen mündlich treffen hören. Selbst die Beteiligten gelobten unverbrüchliches Schweigen. Podewils blieb uneingeweiht.

Daß er zu solchem Doppelspiel seine Zuflucht nahm, beweist am besten, wie Friedrich mit seiner Politik in eine Sack-

gasse geraten war: weder militärisch noch diplomatisch konnte er weiter. Die Klein-Schnellendorfer Konvention war unvereinbar mit den gegen seine Verbündeten übernommenen Verpflichtungen. Sie schien ein Stillstand und war doch als definitiver Friede gemeint. Oder sollte sie als solcher nur gelten, wenn Oesterreich nicht zu neuer Macht gelangte, jedoch unverbindlich sein, wenn seine Stellung sich so besserte, daß es auch Schlesien zurückzufordern versucht sein konnte? War das Geheimnis ausbedungen, das sich doch nicht absolut wahren ließ, weniger aus Scheu vor Frankreich, als um im rechten Augenblick eine bequeme Handhabe zur Lösung des Abkommens zu bieten?

Zunächst freilich ging alles wie verabredet. Nach vierzehn Tagen ergab sich Neisse. Von Friedrich scheinbar hinausmanövriert, zog Neipperg nach Mähren. Dabei wurde weiter verhandelt, hier mit Neipperg, um den Frieden, wie zu Klein-Schnellendorf vereinbart, bis Ende des Jahres zu stande zu bringen, dort mit Bayern und Sachsen wegen gemeinsamen Vorgehens gegen Oesterreich. Sowohl diese wie Frankreich mißtrauten Friedrich und fürchteten ihn zu Oesterreich übertreten zu sehen. Um so bereitwilliger kam man seinen Forderungen entgegen. Von Karl Albert als künftigem König von Böhmen verlangte er Glatz, von Sachsen einen Streifen von dem diesem zugedachten Stück Oberschlesiens am rechten Neisseufer. Am 4. November kam ein Schutz- und Trutzbündnis in Breslau zum Abschluß: gegen 400 000 Thaler überließ der Bayer Friedrich Glatz und sagte ihm die kaiserliche Garantie Schlesiens zu, erhielt dagegen die brandenburgische Stimme für die Kaiserwahl zugesichert und die Garantie der ihm durch den Vertrag vom 19. September zugedachten österreichischen Lande. Am 5. November überschritten die Sachsen, über 20 000 Mann stark, die böhmische Grenze. Mit Bayern und Franzosen vereinigt, stürmten sie in der Nacht vom 25. zum 26. November Prag. Am 29. November empfing dort Karl Albert die böhmische Krone.

Diese Erfolge steigerten bedenklich den Einfluß Frankreichs in Deutschland. Sein Wachstum zu hindern, betrieb Friedrich

eine Verständigung auch zwischen Bayern und Oesterreich. Aber Karl Alberts Ansprüche durch einen Teil Böhmens zu befriedigen, war die Königin nicht zu vermögen, wohl aber verlangte sie in Konsequenz der Klein-Schnellendorfer Konvention die brandenburgische Kurstimme für ihren Gemahl. Auch hatte man in Wien das Geheimnis nicht gewahrt: den Preußenkönig moralisch bloßzustellen, war zu verlockend und versprach politische Vorteile. Deshalb allein aber hätte Friedrich den Vertrag wohl nicht zerrissen, und wenn er zornig erklärte, nun an nichts mehr gebunden zu sein, wollte er wohl nur Neipperg zu schleunigem Abschluß des definitiven Friedens einschüchtern. Es war mit der Konvention nicht vereinbar, daß er einen Teil seiner Armee in die Grafschaft Glatz und weiter nach Böhmen geschickt und in die Bezirke von Königgrätz und Jungbunzlau gelegt hatte. Wuchs doch eben die Bedrängnis Maria Theresias. Georg II. entsagte dem Eingreifen zu ihren Gunsten und entwaffnete, während, zu Nymphenburg (28. Juni) mit Bayern verbündet, Spanien zum Angriff auf Italien rüstete. Es folgte der Fall Prags und die Krönung Karl Alberts. Wenn aber Oesterreich zerfiel, meinte Friedrich, mit Niederschlesien und Breslau allein zu kurz zu kommen. Er beschloß die Wiederaufnahme des Krieges, zahlte Karl Albert endlich die bisher zurückgehaltene erste Rate der 400 000 Thaler für Glatz, sagte Marschall Belle Isle 25 Schwadronen zu und vereinbarte eine Kooperation mit ihm gegen Troppau und Mähren.

Durch einen Vorstoß auf Wien wollte er schnell die Entscheidung herbeiführen. Von Oberschlesien her drang Schwerin in Mähren ein und nahm am 26. Dezember Olmütz. Auf der anderen Seite fiel am 9. Januar Glatz. Aber der Sieg der Oesterreicher, die Oberösterreich zurückeroberten und Bayern einnahmen, und die Unthätigkeit der Franzosen und Sachsen in Böhmen bewirkten eine Krisis, entwerteten die einstimmige Wahl Karl Alberts zum Kaiser (27. Januar 1742) und gefährdeten mittelbar Friedrich im Besitz Schlesiens. Nur ein einheitliches und energisches Vorgehen konnte Uebleres abwenden. Es anzubahnen, konferierte der König in Dresden (19. Januar) mit August III., sah in Prag und Glatz nach

dem Rechten und begann am 5. Februar von Olmütz den Vormarsch. Trotz anfänglicher Erfolge aber scheiterte das Unternehmen völlig durch die andauernde Unthätigkeit der Franzosen in Böhmen und die Unlust der Sachsen. Dazu kam die Schwierigkeit der Verpflegung und die Feindseligkeit der auch konfessionell erbitterten Bevölkerung: in der zweiten und dritten Aprilwoche wurde der Rückzug nach Böhmen glücklich ausgeführt.

Mit der Aussicht auf das mährische Königreich schwand in Sachsen die Lust zum Kriege vollends: sein Heer ging unbekümmert um das Schicksal Prags bis Leitmeritz zurück. Wie erst militärisch fürchtete Friedrich nun auch politisch von seinen Alliierten im Stich gelassen zu werden. So konnte Lord Hyndford sein nie ganz abgebrochenes Vermittlergeschäft mit Aussicht auf Erfolg wieder aufnehmen. Doch machte man in Wien die endgültige Abtretung des zu Klein-Schnellendorf Hingegebenen nebst Glatz oder einem entsprechenden Stück Oberschlesiens davon abhängig, daß der König sich mit gegen Frankreich wende. Aber so vorurteilsfrei er in diesen Dingen war, das erklärte er mit seiner Ehre doch für unvereinbar. Inzwischen gefährdete der Vormarsch Karls von Lothringen bereits Prag. Auf dem Wege zu seiner Deckung stieß die Armee des Königs bei Chotusitz und Czaslau am 17. Mai auf den Feind. Nach dem anfänglichen Sieg der Reiterei bedenklich schwankend, nahm die Schlacht dank dem verheerenden preußischen Feuer einen günstigen Ausgang. Dennoch blieb Friedrichs Lage besorglich. Bayern kam militärisch nicht mehr in Betracht, Sachsen hatte sich bereits von dem Kriege zurückgezogen. Die Franzosen mußten in jedem Fall erst Verstärkungen abwarten. Auch warb Fleury bereits in Wien um Frieden, während Rußland zur Unterstützung Oesterreichs rüstete. Bald stand Preußen dem erstarkenden Feinde allein gegenüber: also brauchte es den Frieden, selbst auf mittelmäßige Bedingungen. Schnell, binnen vierzehn Tagen, schrieb der König an Podewils, müsse alles fertig sein. Noch freilich hoffte er auch die Distrikte von Königgrätz und Pardubitz an sich zu bringen, ersteren vorläufig als Pfand — aber mit voller Souveränetät — für eine von Karl VII. nachgesuchte Anleihe von 800 000 Thalern bis einer

Million. Er erklärte die beiden Namen für die Zauberformel, die den Frieden berge, überzeugte sich aber bald, daß Maria Theresia diese Abtretung nie bewilligen würde. Auch die anfänglich verlangte Satisfaktion für seine Verbündeten — in erster Linie Karl VII. — mußte er fallen lassen, wie von der anderen Seite auf die erst geforderte Hilfe gegen dieselben verzichtet wurde. Zudem mahnte der üble Gang der französischen und bayrischen Unternehmungen zu eiligem Abschluß. So wurde am 11. Juli 1742 in Breslau der Präliminarfriede unterzeichnet. Gegen Abtretung der Grafschaft Glatz und Schlesiens mit Ausnahme des Fürstentums Teschen, der Stadt Troppau und des Landes jenseits der Oppa und des Gebirgskammes sagte Friedrich die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten zu und räumte das österreichische Gebiet binnen sechzehn Tagen. Bereits am 28. Juli folgte in Berlin der definitive Friede. Dabei ergab sich eine Differenz darüber, welcher von zwei Flüssen des Namens Oppa bei der zu Breslau getroffenen Grenzbestimmung gemeint sei und ob demnach Jägerndorf mit abgetreten sei oder nicht. Schließlich blieb dieses bei Oesterreich und Friedrich erhielt als Aequivalent die Herrschaft Katscher.

II. Die Behauptung Schlesiens und die Anerkennung als europäische Macht. 1742—1745.

Daß er seine Verbündeten im Stich gelassen, stellte Friedrich so wenig in Abrede wie er leugnete, daß in einiger Zeit ein anderer, vielleicht günstigerer Friede möglich gewesen wäre. Aber als Politiker und für sein Volk glaubte er richtig gehandelt zu haben: bei ungünstigem Wind müsse man die Segel einziehen; das Glück erzwingen wollen sei gefährlich, und wer zu viel verlange, sei nie zufrieden. Was man deshalb über ihn rede, erklärte er, sei ihm gleichgültig: über Fürsten vermöge doch nur die Nachwelt zu urteilen. Wohl aber hoffte er auf einen längeren Frieden, behauptete gegen den Wiener Hof „die besten und amiabelsten Intentionen" zu hegen und hielt sogar die Herstellung des ehemaligen guten Einvernehmens für möglich. Denn er brauchte einige Jahre zur Konsolidierung des Staates. Während derselben dachte er in „glücklichem Quietismus" alle Bündnisse zu meiden, die kriegerische Verwickelungen veranlassen könnten, und nur einige „Paradeallianzen" einzugehen. Die Sicherheit seines neuen Besitzes aber gründete er auf „einen gefüllten Schatz, starke Festungen und eine gute Armee". Für diese wurden die Erfahrungen des Krieges alsbald verwertet. Die Zahl der Bataillone wurde vermehrt, die Mobilmachung beschleunigt und die Infanterie wesentlich vervollkommnet durch Veränderung und Vereinfachung der Kommandos und Steigerung der Beweglichkeit der Linien sowie des einzelnen Mannes im Gefecht. Bei der um zwanzig Husareneskadrons vermehrten Reiterei wurde der Galopp als Gangart eingeführt und das Prinzip proklamiert, daß sie dem Feind niemals den Vorteil des Angriffs lassen dürfe. Alle Reformen dienten der Erziehung zu unaufhaltsamem Darauf-

gehen. So meinte Friedrich sicher zu sein. Denn wenn das Schlimmste, was ihm nach seiner Ansicht begegnen konnte, eintreten sollte, eine österreichisch-französische Allianz, glaubte er der Niederlande, Rußlands und vieler anderer gewiß sein zu können. Eine solche Wendung aber schien ihm außerhalb des Bereichs der Möglichkeit zu liegen: denn da Oesterreich Lothringen ebenso wenig werde vergessen können wie Schlesien, werde Frankreichs Interesse stets mit dem seinen zusammenfallen. Daher gelte es zunächst durch Mäßigung und Umgänglichkeit die Nachbarn an die Stellung zu gewöhnen, die Preußen gewonnen hatte.

Voraussetzung dafür war freilich, daß keine weitere Verschiebung der Machtverhältnisse eintrat, in dem noch andauernden Kriege also Oesterreich so wenig wie Bayern und Frankreich völlig niedergeworfen wurde. Auch war Ende des Jahres 1742 das für Preußen wünschenswerte Gleichgewicht zwischen beiden Parteien ungefähr hergestellt. Franzosen und Bayern hatten unter Broglie und Seckendorf Bayern fast ganz zurückerobert, dagegen Prag und Böhmen verloren. Damit schien der Augenblick zum Frieden gekommen. Nur lehnte Maria Theresia es unbedingt ab, den Verzicht Karls VII. auf seine Erbansprüche durch irgend welche Entschädigung zu erkaufen. Da man aber ohne eine solche doch immer nur zu einem „plakrierten Frieden" gelangen könne, schlug Friedrich die Vergrößerung Bayerns durch Säkularisation des Erzbistums Salzburg vor, wobei ja nur der katholische Klerus etwas verliere. Aber in Wien hatte der günstigere Gang des Krieges alsbald weitergehende Pläne gezeitigt. In Bayern dachte man Ersatz für Schlesien zu gewinnen und fand einen bereitwilligen Helfer dazu in Georg II., der im Interesse Englands Frankreich niederwerfen und in dem Hannovers Oesterreich stark erhalten wollte. So war im Frühjahr 1743 die Lage bedenklich gewandelt. Als Vorkämpfer der Pragmatischen Sanktion erschien Georg II. im Reiche, das nun Schauplatz eines Krieges werden sollte, in dem es sich gar nicht mehr um deutsche Interessen handelte, sondern allein um die Ausfechtung des europäischen Gegensatzes zwischen England und Frankreich. Zu spät versuchte man dagegen die von Fried-

rich gleich anfangs empfohlene Aufstellung einer „Neutralitäts-armee". „Als guter redlicher deutscher Patriot" erklärte der König sich zu allem bereit, was zur Ehre, Ruhe und Sicherheit des Reiches beschlossen werden würde, wies aber doch die Anregung Rußlands nicht ganz von der Hand, ob es nicht an der Zeit sei, Schweden den Rest von Pommern zu nehmen und so der schwedisch-französischen Allianz ein für allemal den Boden zu entziehen. Bald freilich lagen ihm andere Sorgen näher. Zum zweitenmal eroberten die Oesterreicher Bayern und mußte der Kaiser fliehen. Von den Franzosen im Stich gelassen, versuchte sein Feldherr Graf Seckendorf durch die Konvention von Niederschönfeld den Rest des Heeres durch Neutralität zu retten. An demselben Tage aber, den 27. Juni 1743, siegte die „pragmatische" Armee — Oesterreicher, Engländer und Hannoveraner — bei Dettingen am Main über die Franzosen unter Noailles vollständig. Der Teufel möge seinen Herrn Oheim holen, meinte Friedrich und verwünschte die Franzosen, die sich von Leuten schlagen ließen, die nicht einmal einen Schlachtplan zu machen verstünden. Schon sah er Georg II. und Maria Theresia als Herren des Reiches, den Lothringer zum römischen König gewählt, Oesterreich und England mit Rußland, Sachsen und Dänemark verbündet, und bei den Stillstandsverhandlungen suchte Georg II. den argbedrängten Kaiser bereits zur Preisgebung Friedrichs zu bestimmen. Die Herstellung Bayerns sollte durch die Wiedereroberung Schlesiens erkauft werden, das der Welfe Preußen eben erst überraschend bereitwillig garantiert hatte. Die bedrohlichen Anzeichen mehrten sich. Kaum hatte Rußlands Accession zum Breslauer Frieden den König von einer großen Sorge befreit, als er erfuhr, für die in Dresden unterhandelte österreichisch-sächsische Allianz werde in Moskau um Anschluß geworben, und gleich nach dem Frieden mit Bayern und Frankreich solle Schlesien überfallen, Ostpreußen durch 30 000 Russen angegriffen, Pommern durch die Schweden und Magdeburg durch die Sachsen heimgesucht werden. War da auch zunächst wohl der Wunsch der Vater des Gedankens: die Lage wurde doch kritisch. Immer dringender mahnte deshalb Frankreich zum Handeln, und Voltaire suchte seine litterarische

Verbindung mit dem König dafür politisch nutzbar zu machen. Aber so große Vorteile sofortiges Losschlagen verhieß, Friedrich legte sich Zurückhaltung auf: erst wenn im nächsten Frühjahr die Vermehrung des Heeres um 18000 Mann und die Befestigung von Neisse, Kosel und Glatz beendet wäre, wollte er handeln. Zunächst plante er eine Reichsfürstenassociation, für die er im Sommer 1743 an den kleinen Höfen selbst Stimmung zu machen suchte. Sie sollte die Freiheit des Reichs gegen den König von England beschützen, der ihm Gesetze vorschreiben und den Kaiser zur Abdankung zwingen wolle, dafür aber Hannover verlieren solle. Finanziell von Frankreich unterstützt, sollte sie dem Kaiser zu dem verhelfen, was ihm gebühre. Friedrich selbst meinte dabei vielleicht Ostfriesland, jedenfalls eine achtunggebietende Stellung im Reiche zu gewinnen. An der Spitze der zu dem Wittelsbacher Kaisertum stehenden Reichsfürsten wollte er, vielleicht im Bunde auch mit Rußland, wo eben damals die Entdeckung eines Komplotts gegen Kaiserin Elisabeth einen Systemwechsel erhoffen ließ, Deutschland von England sowohl wie von Frankreich emanzipieren und auch Oesterreich matt setzen.

Doch erwies sich auch dieser Plan als undurchführbar. Gleich die wichtigste Voraussetzung dafür fiel fort, als Maria Theresia im September 1743 sich als Siegerin in München huldigen lassen konnte. Der Moment schien gekommen, wo Oesterreich sich ungestraft über Ehre und Verfassung des Reichs hinwegsetzen durfte. Kein deutscher Fürst aber, ließ Friedrich alsbald in London wissen, könne es dulden, daß der erwählte Kaiser unter die Füße getreten und seiner Besitzungen beraubt werde. Leitete man in Wien doch bereits ein reichsrechtliches Verfahren zur Kassierung der Wahl Karls VII. ein. Und auch Schlesien zurückzufordern hielt sich die Ungarnkönigin jetzt für berechtigt und fand damit um so mehr Zustimmung, als daran die katholische Kirche ein Interesse zu haben schien. Selbst Frankreich, hieß es, könne nicht dulden, daß Schlesien in protestantischen Händen bleibe. Und schon rüstete man ringsum, solchen Drohungen die That folgen zu lassen. Am 20. Dezember 1743 wurde in Worms das Bündnis unterzeichnet, das

Oesterreich der Hilfe Sachsens versicherte, sobald Friedrich den Breslauer Frieden irgendwie verletzte. Im Februar 1744 erfuhr der König, daß ebendort bereits im September ein Vertrag geschlossen war, durch den Oesterreich und Sardinien einander ihren Besitzstand garantierten, ohne daß dabei der durch den Breslauer Frieden für Oesterreich bewirkten Aenderung gedacht war: man ignorierte die Abtretung Schlesiens einfach. Ließ sich unter den obwaltenden Umständen noch zweifeln, was das bedeutete?

In den Gutachten aber, die er von den Ministern v. Podewils und v. Borcke einforderte, fand der König nicht seine „Konvenienz“. Wenn ein Privatmann, meinte er, in seinen Angelegenheiten so urteilte, würde er bald bankerott sein. Klar erkannte er den wachsenden Ernst der Lage. Sah er doch, wie Oesterreich und England planmäßig gegen ihn arbeiteten, und täuschte sich nicht über die Wertlosigkeit der Momente, die ihre friedlichen Absichten zu erweisen schienen. Wurde Franz von Lothringen Kaiser, so hatte Preußen drei Vierteile Europas gegen sich! Denn auch Holland war in dem Wormser Komplott. Dieses unschädlich zu machen, hätte Friedrich ein Schutz- und Trutzbündnis mit Rußland und Schweden gewünscht, Böhmen mit französischer Hilfe erobern und mit Karl VII. und Sachsen teilen mögen. Aber auch dazu bedurfte es schnellen Losschlagens, ehe der Friede Oesterreich den Angriff auf ihn ermöglichte. Das aber machte die Lage der Dinge in Rußland unmöglich. Der von England erkaufte Günstling Elisabeths, Bestuschef-Rjumin, behauptete sich und die im Interesse Preußens betriebene Verlobung der Prinzessin von Anhalt-Zerbst mit dem Thronfolger Peter war noch nicht abgeschlossen. Auch Schweden galt es erst durch die Vermählung des Kronprinzen mit Friedrichs Schwester Ulrike zu gewinnen.

Den widerstrebenden Verhältnissen Sicherheit für die junge preußische Macht abzuringen, entfaltete Friedrich diplomatisch und militärisch fieberhafte Thätigkeit. Am 22. Mai 1744 unterzeichnete er in Frankfurt mit Kurpfalz, Hessen-Kassel und Württemberg die Union als Basis der geplanten Reichsfürstenassociation. Sie sollte Ruhe und Frieden im deutschen Vaterlande

erhalten, dessen Würde, Dignität und Macht dienen, die Anerkennung Karls VII. durch Maria Theresia erwirken, den Streit um das habsburgische Erbe beilegen und ihre Glieder gegen jeden Angriff schützen. Da aber Last und Gefahr dabei vorzugsweise ihn trafen, verlangte Friedrich als Lohn einen Teil von Böhmen. Dennoch wollte er erst, wenn Frankreich einerseits Hannover und andererseits Freiburg i. B. angriffe, in Aktion treten, Prag und Budweis nehmen, bei Pilsen schlagen und dann Winterquartiere beziehen. Nun aber fand die Union nicht den gehofften Anschluß. Die Sorge vor Säkularisationen schreckte die geistlichen Fürsten ab; auch Dänemark, Holstein, Sachsen und Schweden waren nicht dafür zu haben. Günstiger gestalteten sich die Dinge in Frankreich. Dort entflammte der Ausbruch des Krieges mit England eine lange nicht gekannte Energie. Am 5. Juni wurde das preußisch-französische Bündnis zu Versailles unterzeichnet. Durch Kaiserliche, Pfälzer und Hessen verstärkt, sollten die Franzosen am Oberrhein losschlagen, auch Hannover angreifen, den Hauptstoß aber auf die österreichischen Niederlande führen, während Friedrich mit 80 000 Mann kaiserlicher Hilfsvölker Böhmen für Karl VII. erobern und dann den Kreis Königgrätz nebst Kolin und Pardubitz und von den Kreisen Jungbunzlau und Leitmeritz das links der Elbe Gelegene sowie den österreichisch gebliebenen Teil von Schlesien nebst den mährischen Enklaven erhalten sollte. Karl VII. sollte den Rest Böhmens und Frankreich, das (6. Juni) der Union beitrat, in den österreichischen Niederlanden Ypern, Tournai und Furnes erhalten. Beiden wurden auch die anderweitigen Eroberungen verbürgt, die sie für angemessen finden und in deren Besitz sie beim künftigen Frieden sein würden. Die spanischen und italienischen Bourbonen sollten behalten, was sie in Italien auf Oesterreichs Kosten erobern würden. Der Landgraf von Hessen-Kassel sollte Kurfürst werden und das alte Stammland seines Hauses, das Herzogtum Brabant, erwerben, anderenfalls durch ein ausreichendes Aequivalent entschädigt werden, das füglich nur durch Säkularisation und Mediatisierung beschafft werden könne. Eine absonderliche Art war das freilich, für „die Ehre und Freiheit des Reichs“

einzutreten. Hinter den bisher verlautbarten reichspatriotischen Phrasen erschien eine rücksichtslos revolutionäre Eroberungspolitik. Hatte Friedrich früher Oesterreichs Macht in Deutschland brechen wollen, so galt seine Aktion jetzt dessen europäischer Stellung: um — was ihm trotz der Erfolge des ersten schlesischen Krieges nicht gelungen war — erstere zu zertrümmern, sollte letztere vernichtet werden. Aber auch dieser Entwurf hatte mehr als eine schwache Stelle. Würde es gelingen, Sachsen durch einige „Fetzen" von Böhmen und französische Hilfsgelder zu gewinnen? Auch von der anderen Seite umworben, behielt sich der Dresdener Hof unter halben Zusagen hierhin und dorthin die Entscheidung vor, bis sich der wahrscheinliche Ausgang der Krisis einigermaßen erkennen lassen würde.

Inmitten dieser Sorgen erhielt Friedrich die Nachricht, daß am 25. Mai 1744 mit Georg Karl Edzard das ostfriesische Fürstenhaus der Cirksena erloschen sei. Auf Grund der seinem Großvater 1686 erteilten, seinem Vater 1694 bündigst erneuten Anwartschaft hatte bereits Friedrich Wilhelm I. für diesen Fall die nötigen Anordnungen getroffen, um das Land von Wesel aus zu occupieren. Friedrich hatte sie gleich nach seinem Regierungsantritt bestätigt. So ging jetzt alles nach Wunsch. Willig beugte sich das Land dem neuen Herrn. Kleine niederländische, dänische und kaiserliche Abteilungen, die von früher her dort lagen, zogen ab. In Aurich huldigten am 23. Juni die Stände, denen ihre Gerechtsame bestätigt wurden. Die Einsprache der anderen Prätendenten, Sachsens und Braunschweigs und der Häuser Kaunitz und Liechtenstein, blieben unbeachtet.

Aber die Lage Friedrichs besserte sich auch dadurch nicht. Hatte er die Gewinnung Rußlands anfangs als unerläßliche Voraussetzung für das Bündnis mit Frankreich bezeichnet, so mußte er auf sie doch endgültig verzichten. Und nun überschritt, während das französische Hauptheer in Belgien eroberte, Karl von Lothringen den Oberrhein und drang in Elsaß und Lothringen vor. Da mußte Friedrich handeln. Anfang August 1744 erfolgte die Schilderhebung. Ein Manifest entwickelte ihre angeblichen Gründe. Solchen Despotismus, wie die Königin

von Ungarn zu üben versuche, und eine Kriegführung wie die ihrer Heere in Bayern länger zu dulden, würde von den Kurfürsten feige sein. In dem von ihnen erwählten Kaiser sähen sie ihre eigene Prärogative bedroht. So greife er zu den Waffen, obgleich er mit der Königin nicht im Streit liege und nichts von ihr zu fordern habe. Denn es handle sich um die Freiheit des Vaterlandes, welche einst die alten Germanen gegen Rom zu verteidigen gewußt. Auch jetzt bleibe nur der Appell an die Waffen, um dem Reiche seine Freiheit, dem Kaiser seine Würde und Europa die Ruhe wieder zu geben. Wie wenig entsprach die hochtönende reichspatriotische Phrase der verwickelten Wirklichkeit! Die moralische Berechtigung zu solchem Vorgehen Friedrichs lag auf einem anderen Gebiete, war aber darum nicht geringer.

Auf Grund kaiserlicher Requisitorialien verlangte er Durchzug durch Sachsen. Er wurde gewährt, da man ihn nicht hindern konnte. In drei Heersäulen überschritten die Preußen am 11. August die Grenze. Die Mannszucht war tadellos und das Land litt keinen Schaden. Anfang September lagerten sie am Weißen Berge bei Prag. Am 10. September begann die Belagerung. Am 12. wurde das Feuer eröffnet und noch am Vormittag die Schanze am Ziskaberge erstürmt. Die Wirkungen der preußischen Geschosse, mehrere Brände und die Aufsässigkeit der Bürger brachten den Kommandanten bald in harte Bedrängnis. Als Bresche gelegt war und der Sturm bevorstand, übergab er am 16. September die Stadt mit 12000 Mann, 130 Geschützen und großen Vorräten. Inzwischen aber war, von den Franzosen ungehindert, Karl von Lothringen über den Rhein zurückgekehrt: sein Anmarsch durchkreuzte des Königs Entwürfe. Die nächste Folge war der Umschlag der sächsischen Politik. Schon hatte der Warschauer Hof unter dem Eindruck der ersten preußischen Erfolge nach dem Preis des Anschlusses gefragt. Aber obgleich Friedrich einen Teil Böhmens und Verschwägerung mit den Wittelsbachern verhieß und dem Minister Grafen Brühl die Reichsfürstenwürde, dem königlichen Beichtvater Guarini aber den Kardinalshut verschaffen wollte, siegten bei der alten Wettiner Eifersucht auf den Hohenzollern der

Einfluß Oesterreichs und das englische Gold. Am 9. Oktober wurde in Warschau die Allianz Sachsens mit Oesterreich, Holland und England unterzeichnet. Friedrich, der Tabor, Budweis und Frauenberg genommen hatte, ließ durch Leopold von Dessau die Mark gegen einen sächsischen Handstreich decken. Er selbst wollte durch einen Sieg über Karl von Lothringen den Feldzug entscheiden. Aber der vorsichtige Gegner wich ihm aus und bedrohte seine Verbindung mit Prag. Auch litt das preußische Heer Mangel, namentlich an Fourage. Als es deshalb Anfang Oktober über die Moldau zurückgehen mußte, wuchsen die Schwierigkeiten. Die Verpflegung war unzureichend, die Bewegung durch das Terrain gehindert, die Bevölkerung feindselig. Die Ruhr brach aus und die Oesterreicher, nach Ankunft von 20000 Sachsen dem König überlegen, drängten stärker nach. Die Truppen verzagten, die Disziplin lockerte sich, die Desertionen nahmen in beunruhigendem Maße zu. Wurde man von Prag abgedrängt, so stand alles auf dem Spiele. Dazu kam die wachsende Sorge vor Rußland, das hinter Sachsen stand. Die französische Kriegführung aber blieb erbärmlich. Auch der Angriff auf Hannover erfolgte nicht. Böhmen mußte weiter geräumt und nach dem Mißlingen eines letzten Versuchs, den Lothringer zum Schlagen zu nötigen, der Rückzug nach Schlesien angetreten werden. Unter den schwierigsten Umständen wurde er trotz der vorgerückten Jahreszeit glücklich und ohne nennenswerten Verlust ausgeführt. Auch die Besatzung von Prag schlug sich durch.

Die Gegner Friedrichs triumphierten. Die abmahnenden Stimmen in seiner Umgebung erhoben sich lauter. Man bezweifelte die Brauchbarkeit des Heeres, und weite Kreise teilten die daraus entsprungenen Befürchtungen. Aber schon hatte der König die Reorganisation der Truppen in die Hand genommen. Auf Grund eines Generalpardons kehrten von den massenhaft Entlaufenen gerade die Tüchtigsten zu den Fahnen zurück. Mit der Verpflegung wurde auch die Stimmung besser; die Krankheit ließ nach. Dazu kam die Ergänzung durch neu ausgebildete Mannschaften. Das Beispiel unverbrüchlicher Pflichttreue, das die Offiziere gaben, obenan Leopold von Dessau mit

seinen Söhnen, dem Erbprinzen und Prinz Moritz, der Ernst der täglichen militärischen Arbeit und die unnachsichtige Strenge gegen alle Verfehlungen stellten Zucht und Ordnung wieder her. Bald durfte man hoffen der Schwierigkeiten Herr zu werden. Wohl waren die Oesterreicher in Schlesien eingedrungen, Maria Theresia hatte die Abtretung widerrufen und den Friedrich geleisteten Unterthaneneid annulliert. Jetzt säuberte der Dessauer Erbprinz Oberschlesien und Glatz von den feindlichen Raubscharen. Dafür rüstete sich Sachsen zu energischer Aktion. Am 8. Januar 1745 schloß es mit Oesterreich, Holland und England zu Warschau einen Geheimvertrag, nach dem es gegen englische und holländische Subsidien gegen Preußen und Frankreich 30 000 Mann stellte und für die Kaiserwahl Franz Stephans eintrat. Auch die hannöversche Armee überließ Georg II. Maria Theresia, der er zudem eine halbe Million Pfund Sterling zahlte. Die ganze Macht des englischen Kapitals wurde eingesetzt, um zugleich mit dem Hauptgegner Hannovers in Deutschland den vornehmsten europäischen Widersacher Englands niederzuwerfen. Oesterreich sollte Deutschland, England den Welthandel beherrschen. Damit aber handelte es sich nicht mehr bloß um Schlesien und nicht mehr allein um Preußens Zukunft, und die Verbindung mit Frankreich drohte Friedrich verhängnisvoll zu werden. Denn während in Paris die Kriegslust erlosch, drohte von Rußland bewaffnete Vermittelung, und da Friedrich sie nicht über sich ergehen zu lassen dachte, ein Angriff auf Ostpreußen, das dann seinem Schicksal überlassen werden mußte. Da schien der Tod Karls VII. (20. Januar 1745) einen Ausweg zu öffnen. Aber die Friedensvorschläge, die der König nun nach Wien richtete, indem er gegen Bestätigung im Besitze Schlesiens Franz von Lothringen zum Kaiser wählen wollte, wurden abgewiesen. Am 22. April machte Maximilian III. Joseph von Bayern mit Oesterreich Frieden: gegen den Verzicht auf sein Erbrecht auf Oesterreich und Unterstützung der Wahl des Lothringers wurde er in dem väterlichen Besitz hergestellt.

Wie sie erst in Bayern Ersatz für Schlesien gesucht hatte, wollte Maria Theresia nun, wo ihr dieses nach so vielen Wechsel-

fällen schließlich doch entgangen war, sich an Schlesien erholen. Daß das nur um den Preis einer Zertrümmerung Preußens möglich war, reizte sie nur noch mehr dazu an. Auch waren die Umstände nie so günstig gewesen, um die Herrschaft Oesterreichs in Deutschland für alle Zeit zu sichern. Mit England-Hannover auf der einen und Sachsen-Polen und Rußland auf der anderen Seite durfte es dann hoffen, Europa nach seinem Willen zu leiten. Bereits am 18. Mai 1745 wurde in Leipzig das Bündnis mit Sachsen geschlossen: auf Grund des Warschauer Traktats half dieses zur Eroberung von Schlesien und Glatz, um dafür Magdeburg, Züllichau, Krossen und Schwiebus zu erhalten.

Friedrich war sich des Ernstes der Lage und der auf ihm lastenden Verantwortung voll bewußt. Er hatte Stunden der Entmutigung, und dann wieder hätte er am liebsten alle Schwierigkeiten durch einen kecken Gewaltstreich zerstreut. Doch rang er solche Anwandlungen glücklich nieder: alles wollte er an die Behauptung seiner Macht und Ehre setzen, kein Zugeständnis machen, keine Demütigung auf sich nehmen. In scheinbar sorgloser Heiterkeit ging er dem Augenblick entgegen, wo vielleicht sein Staat ihn unter seinen Trümmern begrub. Ein mehr als stoischer, ein fatalistischer Zug offenbart sich damals zuerst in seinem Wesen. Er hatte mit sich abgeschlossen und nur noch zu wählen zwischen einem in heldenhaftem Kampf erstrittenen glücklichen Ausgang und dem Ende, hinter dem überhaupt nichts mehr lag. Das aber verfehlte auch auf die Verzagten und Kleinmütigen um ihn nicht des Eindrucks und übte auf den gemeinen Mann einen unwiderstehlichen Zauber aus. Seine heitere Zuversicht erfüllte die eben erneute Armee mit unerschütterlichem Glauben an ihn und verlieh ihm so eine unvergleichliche Autorität über sie. In ihr weckte er damals den preußischen Geist, der dann im Jubel über ihre Siege und in der Bewunderung ihres Ausharrens selbst in der höchsten Bedrängnis immer weitere Kreise seines Volkes ergriff. So wurden die Schwarzseher zu schanden, die nach dem Rückzug aus Böhmen gemeint hatten, das sei überhaupt kein Heer mehr, sondern nur eine locker gefügte Masse, die der erste neue Un-

fall auflösen oder zur Empörung treiben werde. Friedrich selbst rühmt sie als brillant, erfüllt von dem besten Geist und voll leidenschaftlichem Haß gegen die Sachsen. Und dieser Geist bethätigte sich noch weit über des Königs eigenes Erwarten hinaus in der rettenden Schlacht bei Hohenfriedberg am 4. Juni 1745, zur höchsten Leistungsfähigkeit geleitet durch die fridericianische Kriegskunst, die sich hier zuerst in ihrer schöpferischen Kühnheit entfaltete und ein neues Zeitalter eröffnete.

Mehr aus politischen als militärischen Gründen brauchte Friedrich eine siegreiche Schlacht. So gab er den Feinden den Weg nach Schlesien frei. Aber während er bei Frankenstein lagerte, glaubte ihn Karl von Lothringen im Rückzug auf Breslau, ahnte auch nicht, wie das bei der Rückkehr aus Böhmen ernstlich erschütterte Heer innerlich erneut und trotz vereinzelten Mißgeschicks — wie der Ueberrumpelung von Kosel — in einer Reihe kleinerer Zusammenstöße an Kraftgefühl gewachsen war. Etwa 70 000 Mann stark debouchierten Oesterreicher und Sachsen am 2. und 3. Juni aus dem Gebirge in die hügelige Ebene, die sich westlich und nordwestlich von Schweidnitz über Hohenfriedberg nach Striegau und Jauernik hin öffnet. Sie in der Entfernung begleitend, hatte Friedrich sich nach Jauernik gezogen. Ein Nachtmarsch brachte ihn an den Feind, den die Unterhaltung der Lagerfeuer über seine Bewegung täuschte. Wie sie auf dem erwählten Schlachtfeld anlangten, stürmten die Truppen dann von vier Uhr früh zum Angriff, dessen furchtbarer Energie der linke feindliche Flügel, die Sachsen, bereits um sechs Uhr erlegen war. Länger hielten sich auf dem rechten die Oesterreicher. Dann wurden auch sie durch den unwiderstehlichen Ansturm der Bayreuther Dragoner unter General v. Geßler zersprengt. Zwanzig Bataillone erlagen diesem einen Regiment, das bei einem Verlust von nur 94 Mann 2500 Gefangene machte und 66 Fahnen erbeutete. Um neun Uhr früh war alles zu Ende. Noch nie hatten preußische Waffen ähnliches geleistet. Einem Verlust von 4300 Mann stand bei den Besiegten ein solcher von 13 000 gegenüber, und 66 Kanonen, 76 Fahnen, 7 Standarten und 8 Paar Pauken hatten diese als Trophäen in den Händen der Sieger gelassen. Nur

daß deren Erschöpfung durch den vorangegangenen Nachtmarsch die Verfolgung unmöglich machte, bewahrte die geschlagene Armee vor völliger Vernichtung.

Friedrich war stolz auf seine Truppen. Nie, schreibt er Leopold von Dessau, hätten sie sich so „distinguiert“, sich selbst vielmehr „surpassiert“: ohne Ausnahme hätten alle für das Vaterland gekämpft wie die Löwen und Erstaunlicheres selbst die alten Römer nicht geleistet. Aber der unvergleichlich glänzende Sieg machte ihn nicht hart und stolz gegen die, welche ihn wider Vernunft und Recht angegriffen hatten. Der geänderten Lage Rechnung tragend, dachte er nicht mehr an neue Eroberungen, sondern, froh der Rettung Schlesiens, war er zum Frieden bereit, sobald man ihn darum ansprach und annehmbare Bedingungen bot. Ja, er sehnte das Ende des Krieges herbei und hoffte ihm eine lange Ruhe folgen zu sehen. Statt dessen schien sein Erfolg die Wut der Feinde zu steigern. Sie wähnten ihn aufgewogen durch die Vorteile, welche die Oesterreicher auf dem süd- und westdeutschen Kriegsschauplatz gewonnen hatten, indem sie die Franzosen über den Rhein zurückwarfen, und während Friedrich nach Böhmen vorrückte, erneute Georg II. seinen Bund mit Sachsen zu einer förmlichen Teilung Preußens, dem nur die Marken und Pommern bleiben sollten. Als dann aber die Franzosen, in Belgien siegreich, des Prätendenten Landung in England zu unterstützen Miene machten und so Georg II. an der empfindlichsten Stelle bedrohten, war dieser plötzlich bereit, die Unterhandlungen mit Preußen, die, teils in London, teils im Haag geführt, im Sommer aber als aussichtslos abgebrochen waren, wieder aufzunehmen. Zunächst forderte Friedrich Troppau, Jägerndorf und Hotzenplotz, stand dann aber davon ab. Als unerläßlich aber erklärte er, daß das Reich, England, Holland und Sachsen, überhaupt alle europäischen Mächte ihm den Besitz Schlesiens garantierten durch Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in den künftigen allgemeinen Frieden. Dagegen erneute er die Zusage betreffend die Kaiserwahl Franz Stephans. Auf diese Bedingungen hin verpflichtete sich England am 26. August in Hannover die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und binnen

sechs Wochen den Frieden zu vermitteln. Aber weder in Wien noch in Dresden dachte man daran. Vielmehr schlossen Oesterreich und Sachsen am 29. August ein neues engeres Bündnis, und ihre Zuversicht stieg, als am 13. September gegen den Einspruch von Brandenburg und Pfalz Franz Stephan in Frankfurt zum Kaiser gewählt wurde. Friedrich freilich maß diesem Erfolge seiner Gegner, so unbequem er ihm augenblicklich war, Bedeutung für die Zukunft nicht bei. Durch den kläglichen Ausgang, den der Versuch zur Organisation der reichsfürstlichen Opposition in der Union genommen hatte, war er vollends von der Unbrauchbarkeit und Hinfälligkeit des Reiches und seiner Organe überzeugt und meinte damit zufrieden sein zu können, daß wenigstens das geplante Kaisertum des Kurfürsten von Sachsen und Königs von Polen nicht zu stande gekommen war.

Uebler war, daß auch militärisch die Dinge nicht nach Wunsch gingen. Wie im Jahre 1744 machte die Verpflegung in Böhmen Schwierigkeiten, die den König nötigten, sich mehr nach der schlesischen Grenze zu ziehen. Deshalb versagte sich der Wiener Hof der erneuten englischen Vermittelung und wies Karl von Lothringen an, einen entscheidenden Schlag zu führen. Auch schien das Glück diesem diesmal günstig. Bei Trautenau lagernd, wurde Friedrich beinahe von ihm überrascht und würde, zumal er sein Heer durch starke Detachierungen zur Säuberung Oberschlesiens und Beobachtung Sachsens geschwächt hatte — wie er ehrlich zugestand, verdientermaßen — geschlagen sein, hätte er nicht die begangenen Fehler kühn entschlossen gut gemacht, indem er ohne Rücksicht auf die Vorteile, die ihnen ihre Stellung auf sicherer Höhe gewährte, die Feinde seinerseits am 30. September bei Soor angriff und in wenigen Stunden einen Sieg erfocht, der zwar weniger glänzend war als der von Hohenfriedberg, aber ruhmreicher noch, weil er unter schwierigeren Umständen gewonnen wurde. Auch an ihm hatte neben der Genialität des königlichen Feldherrn, der wieder im entscheidenden Augenblick selbst handelnd eingriff, und der Hingebung und Geschicklichkeit seiner Generale, die er dankbar als Bürgschaft begrüßte für den Ruhm und die Ehre der preußischen

Waffen und die Sicherheit des Vaterlandes, reichen Anteil die Tapferkeit der von dem herrlichsten Geiste beseelten Truppen, mit denen vom Feinde für unmöglich Gehaltenes hatte ausgeführt werden können. Der Heftigkeit des Kampfes entsprach die Schwere der Verluste, 3800 Mann auf preußischer Seite, 7400 und 3100 Gefangene auf der der Verbündeten. Dem gegenüber war es ein kleines Mißgeschick, daß im Rücken der Preußen ihr eilig verlassenes Lager von der feindlichen Reiterei geplündert und dabei des Königs Kanzlei mitsamt der Korrespondenz, den Chiffren u. s. w. erbeutet und auch sein getreuer Kabinettsrat Eichel gefangen worden war.

Friedrich erwartete von dem Tage von Soor eine ähnlich entscheidende Wendung zum Frieden, wie sie 1742 der von Chotusitz herbeigeführt hatte. Die Feinde, meinte er, hätten ihr letztes Gift verspritzt. War doch auch Kosel wiedererobert, der Feind aus Oberschlesien verdrängt, Troppau und Jägerndorf besetzt und Mähren durch Streifscharen zu Lieferungen angehalten. So legte er die Armee unter sorgsamer Sicherung der Grenze in Schlesien in die Winterquartiere und ging, von dem baldigen Abschluß des Friedens überzeugt, Ende Oktober nach Berlin. Um so sicherer hofften die Gegner auf den Erfolg des Streiches, den sie vorbereiteten. Der Separatfriede Oesterreichs mit Frankreich, den der Dresdener Hof betrieb — „eine jener kleinen sächsischen Niederträchtigkeiten", meinte Friedrich, „von denen man so viel Beispiele hat" —, kam zwar nicht zu stande; da aber Rußland in wachsender Feindschaft gegen Preußen sich zur Unterstützung Sachsens für verpflichtet erklärte, beschloß man im Winter von Sachsen her einerseits durch die Lausitz in Schlesien, andererseits in das Magdeburgische und die Mark einzubrechen. Schon war Karl von Lothringen dazu nach Sachsen unterwegs. Eben in Berlin angekommen, erhielt Friedrich (3. November) davon Kenntnis. Am 11. erfuhr er durch eine Mitteilung des schwedischen Gesandten in Dresden an seinen Berliner Kollegen, was man plante. Sofort beschloß er, dem Angriff zuvorzukommen, indem er von Halle und von Schlesien her in Sachsen einbrach. Dort übertrug er Leopold von Dessau die Leitung, hier über-

nahm er sie selbst. Schon am 18. November war er bei der Armee, die Oberschlesien wieder aufgegeben hatte und zur Deckung Niederschlesiens und Berlins nur das Allernotwendigste zurückließ. Noch vergingen einige Tage in peinlicher Ungewißheit. Wollte man dem König eine Falle legen, ihn zu einem Angriff auf Sachsen verlocken, um Rußland zu thätigem Eingreifen zu nötigen? Endlich wurde der Einmarsch Lothringens in die Lausitz gemeldet. Sofort, am 23. November, überschritt Friedrich mit 30 000 Mann die Grenze und befahl auch Leopold von Dessau, den Sachsen „auf den Hals zu gehen". Schon am Nachmittag stieß er bei Katholisch-Hennersdorf auf den ahnungslosen Feind, zunächst Sachsen, dann Oesterreicher. Als jene trotz tapferen Widerstandes unter schweren Verlusten geschlagen waren, eilten diese der böhmischen Grenze zu, fast ohne Kampf, aber hart verfolgt. Am 25. November wurde Görlitz, am 27. Zittau besetzt. „Unsere Feinde sind geschlagen," schrieb der König, „ohne daß ich sie habe einholen können." Mit dem denkbar geringsten Blutvergießen hatte er die größten Erfolge erreicht. Schimpflich hatten die Oesterreicher ihre Alliierten im Stich gelassen.

Hätte das dem Dresdener Hofe nicht die Augen öffnen müssen? Hilflos sah er sich der Rache des so schwer gereizten Siegers preisgegeben, wenn nun Leopold von Dessau, der am 29. November die Grenze überschritt, über Leipzig auf die Hauptstadt vordrang und sich dort mit dem König vereinigte, der einen Teil seiner Truppen bereits nach Bautzen vorschob. Aber in seltenem Edelmut bot dieser dem Gegner nochmals die Hand zum Frieden, der, wie er urteilte, das schwärzeste und fluchwürdigste Projekt auszuführen unternommen hatte, das gegen einen nur Ruhe und Frieden mit seinen Nachbarn erstrebenden Fürsten je entworfen worden war, und zwar verlangte er nur Sachsens vorbehaltlosen Beitritt zu der hannöverschen Konvention vom 26. August. Die Antwort gab die Flucht des sächsischen Hofes nach Böhmen. Auch die erneuten Friedensmahnungen Englands blieben vergeblich: man hoffte eben auf russische Hilfe. Für diesen unerwarteten Trotz machte Friedrich die Langsamkeit Leopolds von Dessau verantwortlich.

Unerachtet dringendster Mahnungen zur Eile besetzte dieser nach unbedeutenden Gefechten mit den weichenden Sachsen erst am 30. November Leipzig, am 5. Dezember Torgau und hielt dann einige Tage ein, während der König, nachdem der sächsische Hof den Frieden abgelehnt hatte, bereits auf dem rechten Elbufer auf Dresden zog, wohin der Fürst möglichst schnell auf dem linken kommen sollte, um sich mit ihm in der Gegend von Meißen zu vereinigen. Was er aber durch sein Zögern etwa versäumt hatte, machte dieser reichlich wieder gut durch die unvergleichliche Bravour, womit er den Feind am 15. Dezember in der scheinbar uneinnehmbaren Stellung bei Kesselsdorf angriff und unter genialer Anwendung einer kombinierten, auf dem Prinzip der schrägen Schlachtordnung beruhenden Bewegung trotz hartnäckigen Widerstandes und der Schwierigkeiten, die Eis und Schnee bereiteten, in einem den ganzen Wintertag dauernden erbitterten Ringen so vollständig warf, daß auch die noch bei Dresden stehenden Oesterreicher eiligst nach Böhmen abzogen. Wie bei Hohenfriedberg und Soor hatten die preußischen Truppen auch hier das Höchste geleistet, für unmöglich Gehaltenes gewagt und glücklich durchgeführt. Der Fall Dresdens, wo Friedrich am 18. Dezember einzog, und die Besetzung des Restes von Sachsen war die unmittelbare Folge des Sieges.

Und damit war auch der Friede gegeben. Am 15. Dezember selbst, noch vor der Katastrophe, die ihn vollends wehrlos machte, hatte August III. Anknüpfung gesucht. Auch jetzt blieb Friedrich der Mäßigung im Glück getreu, die er sich zum Gesetz gemacht hatte. So über Hoffen günstig sich alles gefügt hatte, die Größe der Gefahr, in der Staat und Dynastie geschwebt hatten, hatte doch einen unauslöschlich tiefen Eindruck auf ihn gemacht. Und auch jetzt noch galt es zu eilen und alles zu ordnen, ehe die drohende russische Einmischung erfolgte. Die weitausgreifenden Pläne, mit denen er sich zur Zeit des Bundes mit Karl VII. getragen hatte, waren längst als undurchführbar aufgegeben. Nur die endgültige Anerkennung der Stellung verlangte er, die Preußen durch den vorigen Krieg gewonnen und in diesem glücklich behauptet hatte. In allem

übrigen war er zu größter Schonung der Besiegten bereit und verzichtete selbst auf die anfangs geforderte engere Verbindung Sachsens mit Preußen. So wurde der Friede bereits am 25. Dezember unterzeichnet. Sachsen, das eine Million Thaler Kriegsentschädigung zahlte, trat der hannöverschen Konvention bei. Die Kurfürstin-Königin verzichtete auf die ihr als österreichischer Prinzessin zustehenden Rechte auf Schlesien und Glatz. Rußland, England und Holland sollten die Garantie des Friedens übernehmen. Auch in Wien verzichtete man nun auf ferneren Kampf. In ihm hätte man ohne Sachsen gestanden, dieses vielleicht zum Anschluß an Preußen gezwungen gesehen; englische Subsidien waren nicht mehr zu hoffen, und auch in Italien war man im Nachteile. Da Friedrich von den versöhnlichen Erbietungen, die er vor dem letzten Waffengange gemacht, auch jetzt nicht zurücktrat, wurde der österreichische Bevollmächtigte Graf Harrach, der am 22. Dezember in Dresden ankam, mit v. Podewils schnell einig und der österreichisch-preußische Friede am 25. Dezember unterzeichnet. Auf Grund des Breslau-Berliner Friedens übernahm Oesterreich die Garantie für den erweiterten preußischen Landbesitz, Friedrich desgleichen für die deutschen Lande Oesterreichs und erkannte Franz Stephan als Kaiser an. Ein Gleiches thaten Kurpfalz und Hessen-Kassel als Glieder der nie weiter entwickelten Frankfurter Union.

Noch ehe das Jahr 1745 zu Ende ging, kehrte Friedrich, jubelnd empfangen, nach Berlin zurück und begann die ruhmgekrönte Armee den Heimmarsch.

III. Zehn Friedensjahre aufgeklärten Despotismus. 1745—1756.

„Der König von Preußen," so berichtet Voltaire, „kehrte (Dezember 1745) nach Berlin zurück, um in Frieden die Frucht seines Sieges zu genießen. Er wurde mit Triumphbogen empfangen; das Volk streute ihm Tannenzweige, in Ermangelung von besserem, und rief: Vivat Friedrich der Große! Dieser im Kriege und in der Politik so glückliche Fürst ließ sich fernerhin nur die Blüte der Gesetze und Künste und seiner Staaten angelegen sein; er widmete sich der Dichtkunst, der Beredsamkeit und der Geschichte: all das lag gleichmäßig in seinem Charakter. Und darin erhob sich seine Eigenart weit über die Karls XII., den er auch nicht für einen großen Mann gelten ließ, weil er doch nur ein Kriegsheld war. Auf des Preußenkönigs Siege im einzelnen einzugehen, ist hier nicht der Ort; er hat sie selbst geschrieben: es war Cäsars Sache, seine Kommentare zu liefern."

Glückliche zehn Friedensjahre folgten der ruhmreichen Eroberung und ruhmreicheren Behauptung Schlesiens. Sie vornehmlich haben Friedrichs Herrscherruhm begründet, und der Glanz, der sie umgibt, ist auch durch die größeren, ja zum Teil staunenswerten Erfolge späterer Jahre nicht verdunkelt worden. Denn sie blieben frei von den Widersprüchen und Härten, der Einseitigkeit und gelegentlichen Gewaltsamkeit, die dem System des alternden Königs anhafteten und je länger je lästiger empfunden wurden. In der Blüte des Lebens und der Fülle der Kraft, ein von Freund und Feind bewunderter Schlachtendenker und -lenker, ein unermüdlicher und bis ins kleinste getreuer Landesvater, ein warmherziger Schwärmer für alles Gute und Schöne, ein feinsinniger Jünger der Kunst und

Wissenschaft, ein unermüdlicher Fortbildner der vaterländischen Wehrkraft, ein ernster Denker und ein Geschichtschreiber von unvergleichlicher Wahrheitsliebe, ein treuer Freund und heiterer Genosse bei froher Tafelrunde, vereinigte er in sich eine Fülle selten verbundener Eigenschaften zu glücklicher Harmonie, die ihn für alle ihm Nahenden mit einem unwiderstehlichen Zauber umgab und in ihrer gleichsam sonnigen Einheitlichkeit merkwürdig kontrastierte mit der vielgeschäftigen Rastlosigkeit eines scheinbar durch lauter Kleinigkeiten ausgefüllten täglichen Lebens. Denn nichts waren die zehn Friedensjahre weniger als Jahre der Ruhe. Von vier Uhr früh bis zehn Uhr abends war der König in Thätigkeit, die, um der Fülle der andrängenden Anforderungen zu genügen, peinlich genau geregelt war. Zehn Stunden gehörten der Arbeit im Dienst des Staates; vier widmete er den Studien und der litterarischen Produktion. Nur zwei blieben für die Erholung im Kreise der Freunde oder bei der Musik. Auch kannte er keine Nachsicht gegen sich selbst, obgleich gelegentlich körperliche Beschwerden zur Schonung mahnten. Seine Lebhaftigkeit, sein gewaltsames Arbeiten, der Zwang, den er sich anthat, um öffentlich zu erscheinen, auch wenn er eigentlich ins Bett gehörte, um nur nicht für krank zu gelten, machten seiner Umgebung gelegentlich ernste Sorge. Trotz aller Schmerzen zwängte er wohl den gichtgeschwollenen Fuß in den Stiefel, um stundenlang zu manövrieren, und verschlimmerte dadurch das Leiden.

Von seiner Arbeitskraft und Arbeitsfreudigkeit legen die Akten ein imponierendes Zeugnis ab. Nach vielen Tausenden zählen die von ihm teils diktierten, teils eigenhändig geschriebenen oder mit Zusätzen versehenen Briefe politischen Inhalts, die Randbemerkungen zur Bescheidung der ihm vorgelegten Berichte und die Anweisungen, die sein getreuer Gehilfe bei der täglichen Bewältigung dieser Arbeitslast, der Geheime Kabinettsrat Eichel, auf seinen Befehl an die betreffenden Instanzen richtete oder gleich zu umfänglichen Erlassen redigierte. Persönlicher hatte nie ein Fürst regiert, selbst sein Vater nicht. Nicht bloß größere Gebiete waren seiner Sorge befohlen, sondern innerhalb derselben unendlich mannigfaltigere Interessen.

Und an alledem hatte Eichel allein teil. Er war stets beim König und arbeitete alle Morgen mit ihm, in Potsdam so gut wie auf Reisen und im Felde (S. 36). Er allein war in alles eingeweiht und wußte auch um das, was Friedrich — und das geschah gerade in den schwersten Krisen nicht selten — seinen Ministern sorgsam vorenthielt. Kein Wunder, daß der Unermüdliche zuweilen solcher Arbeitslast zu erliegen fürchtete: erschöpft wünscht er einmal ein bis zwei Jahre tot zu sein. Wurde er doch, aller Welt unsichtbar, bereits bei lebendigem Leibe eine Art von Mythe. Schwer lag dabei auf ihm die Last der Geheimnisse, die er mit dem König teilte, ohne ihm raten oder seine abweichende Ansicht geltend machen zu dürfen. Unbedingtes Vertrauen aber schenkte der König doch auch ihm nicht: er durfte sich keinen Schüler bilden, da ein solcher die Geheimnisse seines Amtes hätte teilen müssen.

Denn nicht bloß die auswärtigen Angelegenheiten, sondern, wie ein fremder Diplomat treffend bemerkt, alles und jedes war hier Geheimnis — die Armee, die Befestigungen, die Disziplin, die Verwaltung des Kriegswesens, des Handels —, was irgend zur Regierung in Beziehung stand, war für Freund und Feind ein gleich undurchdringliches Geheimnis, das keiner verletzte, ohne Vermögen und Leben zu riskieren. Das war bei Friedrich Regierungsmaxime. „Ich verschließe," schreibt er, „mein Geheimnis in mich; ich bediene mich nur eines Sekretärs, auf dessen Treue ich mich wie auf mich selbst verlassen kann." Unbarmherzig ahndete er jede Verletzung des Amtsgeheimnisses. Der ehemalige preußische Resident in Danzig, Geheimerat Johann Konstantin v. Ferber, der durch Vermittelung des russischen Gesandtschaftssekretärs in Berlin dem preußenfeindlichen Kanzler Bestuscheff Material zu Pamphleten gegen Friedrich geliefert hatte, wurde am 4. Oktober 1746 in Berlin verhaftet, vor einen besonderen Gerichtshof gestellt, wegen Landes- und Hochverrats verurteilt und am 22. Oktober in Spandau enthauptet. Trotz seines humanen Gepräges war die Härte und Strenge des preußischen Staates nicht gemindert und die Zucht, in der die Beamten standen, eisern wie bisher. Selbst Männer wie Podewils, mit dem der König alle seine

diplomatischen Bedrängnisse teilte, erfuhren für kleine Versehen oder infolge unverschuldeter Mißverständnisse Zurechtweisungen, die ihr Ehrgefühl kränken mußten. Das höchste erreichbare Lob war, wenn der König gestand, jemand habe alles gethan, was er ihm hätte befehlen können. Eigene Initiative aber und selbständiges Denken waren ihm im allgemeinen nicht genehm. Wen er um seine Meinung fragte, der sollte sie frei äußern, sonst die gegebenen Befehle buchstäblich ausführen. Und dabei schrieb der König gelegentlich z. B. seinen Gesandten bestimmte kleine Schliche vor oder den Gebrauch bestimmter Ausdrücke oder das Aufsuchen bestimmter Bekanntschaften. Auch ihm waren die Beamten, selbst die höchstgestellten, nur Räder einer Maschine, die an ihrem Platz die vorgeschriebene Arbeit ohne eigenen Willen und ohne Prüfung ihrer Notwendigkeit oder Bestimmung zu leisten hatten. Wenn trotzdem in seiner Zeit das preußische Beamtentum sich in geistiger und sittlicher Hinsicht beträchtlich hob, so war das eine ohne sein Zuthun eingetretene segensreiche Wirkung der allgemeinen Steigerung der Kultur, welche die Aufklärung gerade in den bürgerlichen Kreisen herbeiführte. Fehlte ihm doch selbst das Verständnis für den sittlichen Mut, mit dem ihres hohen Berufs voll bewußte Richter sich nicht zu Vollstreckern königlicher Befehle hergeben, sondern Vertreter eines auch über dem Könige stehenden höheren Rechts sein wollten, das, aus der Idee des Staates abgeleitet, durch kein königliches Belieben aufgehoben werden kann. Friedrich teilte seines Vaters Vorurteil gegen den starren Formalismus des geschriebenen Rechts und hielt jeden Richter für geneigt, den höher stehenden und mächtigeren auf Kosten des kleinen Mannes zu begünstigen. So hat auch er in den ordentlichen Rechtsgang willkürlich eingegriffen und Akte einer Kabinettsjustiz geübt, die auch mit der ihnen zu Grunde liegenden guten Absicht nicht zu entschuldigen waren. Dazu verleitete ihn eine Art von Trugschluß, der dem Grundgedanken seines sogenannten philosophischen Systems entsprang.

Bereits zu Beginn des Jahres 1750 hat Friedrich als „Philosoph von Sanssouci“ für seine Freunde drei Bände Gedichte, Epigramme, akademische Vorträge und Gedächtnis-

reden drucken lassen, denen später eine Menge ähnlicher Arbeiten folgte. Aber so reich und eigenartig ihr Inhalt sein mag: man wird den Verfasser doch nicht zu den Philosophen zählen dürfen, mag er auch Neigung zum Philosophieren gehabt und gelegentlich nicht übel philosophiert haben. Hatte doch, was er seine Philosophie nannte, mit der Philosophie eigentlich nichts zu thun, sondern entsprang und diente ganz seinem politischen Beruf. Im Mittelpunkt seines Denkens stand seine Pflicht, aber nicht seine moralische Pflicht als Mensch wie jeder andere, sondern seine besondere Fürstenpflicht. Sie aber verlangte unbedingte Unterordnung aller seiner Wünsche, Neigungen und Leidenschaften unter das Interesse des Staates. Das war das Ergebnis seiner harten Jugend. Es vorbehaltlos gelten zu lassen, ist ihm nicht leicht geworden. Auch hat er daraus in der Folge Konsequenzen gezogen, wie sie aus einem wirklich ernst genommenen Moralgesetze sich kaum ableiten lassen dürften. Dazu trug die dem Christentum abgewandte Richtung bei, die er in jungen Jahren eingeschlagen hatte. Sie war zunächst subjektiven Ursprungs. Unzugänglich für die Lehre von der Sünde, Erlösung und Gnade, wurde Friedrich durch den Begriff der Verschuldung beunruhigt und beurteilte seine eigenen Verirrungen sehr nachsichtig. Trotz seines leichtfertigen Lebenswandels wollte bereits der Jüngling unter des Vaters Strenge ganz unverschuldet gelitten haben. Er gefiel sich in einer gewissen Selbstgerechtigkeit und hat sich als Philosoph zuerst bezeichnet, weil es ihm gelang, die ihm trotzdem gelegentlich kommenden Zweifel zum Schweigen zu bringen. So sympathisiert er mit der reformierten Prädestinationslehre der sogenannten partikularistischen Form, die auch jede einzelne sündige Verirrung ansieht als von Gott in seiner Allweisheit in bestimmter höherer Absicht gewollt. Daher meinte er denn auch mit seinen eigenen Verirrungen unter dem Zwange eines Fatums zu stehen und für sie nicht verantwortlich gemacht werden zu können, leugnete also die Grundlagen des christlichen Denkens. Ersatz fand er in seiner Philosophie, die sich dem der Prädestinationslehre verwandten Determinismus des Hallenser Wolff (S. 5) anschloß. Die Vorstellung, daß die den Menschen treffenden

Heimsuchungen nicht von ihm verschuldet, sondern von der Vorsehung gewollt seien, befreite ihn von der unbequemen moralischen Verantwortlichkeit für seine Handlungen. Von der Vorsehung gewollt, waren diese notwendig und recht, also auch sein Lebensplan und die zu seiner Verwirklichung erforderlichen Mittel. Zu dieser beruhigenden und tröstenden Philosophie meinte er sich bekennen zu können ohne Furcht vor dem zuchtmeisterlichen Verdammungsurteil eines zum rachsüchtigen Tyrannen verzerrten Gottes, wie ihn das Christentum lehre. Nun erst öffnete sich ihm der Weg zur Erfüllung seiner Pflicht. „Ich erkenne," sagte er, „Gott im Lichte der Vernunft: sein Gesetz ist mir in das Herz geschrieben, das Gesetz der Natur, das einzige, das seine Reinheit bewahrt hat, und dies Gesetz ist es, was mich meine Pflicht lehrt." Es ist dieselbe Argumentation, die im Antimachiavell zur Statuierung einer besonderen Fürstenmoral geführt hatte. Sie machte im politischen Handeln Schuld und Unrecht unmöglich und ersetzte die Idee des Guten durch das Richtige und Zweckmäßige. Ueber die Berechtigung einer Handlung entscheiden nicht mehr ihre Motive und die mit ihr verfolgten Ziele, sondern allein der Erfolg. Die Sittlichkeit in der Politik ist demnach identisch mit der den Erfolg verbürgenden Klugheit, der richtigen Berechnung in der Benutzung der Umstände, um Uebles möglichst abzuwenden und möglichst große Vorteile zu gewinnen. Es da an sich fehlen lassen oder das Erstrebte nicht erreichen, wird zu einem moralischen Verschulden, was ihn freilich nicht hindert gelegentlich zu meinen, er habe zwar alles richtig geordnet, aber die logische Notwendigkeit seiner Schlußfolgerungen sei an der blinden Kausalität des Zufalls zu schanden geworden, so daß nicht er für das Mißlingen verantwortlich zu machen sei, sondern allein Seine geheiligte Majestät der Zufall oder St. Hasard. Bei der Dehnbarkeit dieser sogenannten Philosophie, die sich eigentlich jeder geistigen und sittlichen Individualität bequem anpassen ließ und fürstliche Unumschränktheit und Unverantwortlichkeit als berechtigt erwies, würde ein Mann anderen Schlages, minder ernst, minder pflichttreu, aus ihr vielleicht recht bedenkliche Folgerungen abgeleitet haben. Der

Philosoph von Sanssouci aber beanspruchte für sein System gar keine absolute Geltung: es war von ihm und für ihn gemacht und erstrebte gar nicht die Lösung metaphysischer Probleme, sondern sollte nur seinen Urheber zu richtigem Handeln leiten in der Verfolgung der praktischen staatsmännischen Ziele, an deren Erreichung er sein Wollen und Denken setzte. Aehnlich steht es um Friedrichs religiöse Ansichten. Obgleich dem Christentum entfremdet, hatte er doch unbewußt in seinem Gemüte einen Schatz christlicher Gesinnung bewahrt, und der hat es ihm ermöglicht, später, als er an dem ihm einst so bequemen Wolffschen Determinismus irre geworden war, auf die seiner Philosophie fremde Idee eines an sich Guten zurückzugreifen. Ihr hat er in den schwersten Zeiten seines Lebens einen sonst nirgends erreichbaren Trost entnommen.

Dem Jünger der Aufklärung erschien Duldung gegen Andersgläubige, wie seine Vorgänger sie hochherzig geübt hatten, als etwas Selbstverständliches, nicht bloß philosophisch, sondern sittlich Gebotenes. Ja, sie war ihm ein politisches Postulat. Denn nach seiner Auffassung konnten die Pflichten, die der Staat seinen Gliedern auferlegte, dem Herrscher so gut wie den Unterthanen, dem Beamtentum so gut wie dem Militär, nie mit denen kollidieren, die irgend eine Religion ihren Bekennern auferlegte. Der Staat war ihm eine über dem Bekenntnis stehende Gemeinschaft. Wer ihm leistete, was er ihm schuldig war, mochte glauben, was er wollte. Jeder gute Bürger, welches auch sein Bekenntnis sein mochte, war seinem Herzen teuer. Wie sich aber sein Verhältnis zu den Konfessionen praktisch bethätigte, scheint die Wage zu Gunsten der Katholiken zu sinken. Aber wenn Friedrich der katholischen Kirche eine Freiheit gewährte, wie sie damals sie sonst in keinem akatholischen Staate genoß, so geschah das nicht bloß aus Rücksicht auf die durch die Eroberung Schlesiens so beträchtlich vermehrte Zahl seiner katholischen Unterthanen — sie war von 100 000 auf das Sechsfache gestiegen —, sondern er wollte dadurch wohl auch seine Unabhängigkeit beweisen von den Vorurteilen, worin — namentlich in katholischen Ländern — selbst von den Anhängern der Aufklärung so viele befangen waren, die in übertriebener Feindschaft in der Kirche

bloß eine verderblich wirkende Macht zu sehen pflegten. Unbedenklich hat er Katholiken zu den höchsten Staatsämtern zugelassen. Den Berliner Katholiken baute er die Hedwigskirche und anderes mehr, obgleich nicht alle seine hervorragenden Mitarbeiter so dachten und z. B. Cocceji für einen Katholikenfeind galt und nur durch des Königs Autorität an der Bethätigung dieser Gesinnung gehindert sein sollte. Sorgsam vermied er, was die Gewissen seiner katholischen Unterthanen irgend beschweren konnte, und setzte ihnen gegenüber seiner absoluten Macht zuweilen freiwillig Grenzen, um das von ihm Gewollte dadurch leichter zur Geltung zu bringen, daß er es von der kirchlichen Behörde verordnen ließ. So verfuhr er z. B. nachmals bei der Verminderung der katholischen Feiertage. Aber die Konfessionen und Kirchen sollten auch untereinander Duldung üben. Das ist der Sinn des oft mißdeuteten Ausspruchs, in seinem Staate solle jeder nach seiner Fasson selig werden. Nicht der Willkür jedes einzelnen will er den Glauben überlassen sehen, sondern er richtet sich gegen den den inneren Frieden störenden Bekehrungseifer der Geistlichkeit. Der Generalfiskal sollte ein Auge darauf haben, daß nicht eine Religion der anderen Abbruch zu thun suche. Seine neuen schlesischen Unterthanen katholischer Konfession, die das Aufwogen der protestantischen Gesinnung zur Zeit der Eroberung mit Besorgnis erfüllt hatte, haben sich dessen dankbar erfreut und ließen es gern geschehen, daß die bisher bei ihnen wirkenden österreichischen Jesuiten durch französische ersetzt wurden. Ebenso gute Katholiken wie jene, waren diese doch frei von den traditionellen Sympathien für das Haus Oesterreich. Das nannte Friedrich „die Religion der Religion entgegensetzen“. Von dem Rechte des Staates aber wurde auch der katholischen Kirche und ihren Bekennern gegenüber nicht das Geringste aufgegeben und jener nicht die geringste Grenzüberschreitung gestattet.

Schon durch seine konfessionellen Verhältnisse nahm Schlesien unter den preußischen Provinzen eine besondere Stellung ein. Nun sah sich aber außerdem dort zum erstenmal das junge preußische Beamtentum vor die Aufgabe gestellt, eine neue Erwerbung mit scharf ausgeprägter, historisch begründeter Eigen-

art dem Staatsverbande als Glied einzufügen. Daß das schnell und leicht geschah und ohne die Erschütterungen, die solche Uebergänge sonst wohl begleiten, gab ein glänzendes Zeugnis von seiner Leistungsfähigkeit. Um die Organisation der neuen Provinz erwarben sich namentlich die Kammerpräsidenten Reinhard in Breslau und v. Münchow in Glogau große Verdienste. Letzterer, eines der größten administrativen Talente der Zeit, trat im März 1742 als dirigierender Minister an die Spitze der gesamten Verwaltung Schlesiens. Schon daraus, daß er durch die Notwendigkeit dauernden Aufenthalts in der Provinz an der kollegialen Arbeit der übrigen Minister im Generaldirektorium regelmäßig teilzunehmen gehindert war, ergab sich eine gewisse Sonderstellung Schlesiens, die der sonstigen straffen Zentralisation der Staatsverwaltung widersprach, für das Land selbst aber dank der Einheitlichkeit und Schnelligkeit des Geschäftsganges und des steten lebendigen Kontaktes ihrer obersten Beamten mit allen in Betracht kommenden Verhältnissen sich in dem Maße nützlich bewährte, daß später für alle Provinzen die gleiche Einrichtung getroffen wurde. Im übrigen aber wiederholte die Verwaltung Schlesiens durchaus die bewährten älteren preußischen Institutionen. Insbesondere wurden auch hier an der Spitze der Kreise die Landesältesten durch Landräte als zuverlässige Organe der Lokalverwaltung ersetzt, und wenn den in Schlesien angestellten Beamten Freundlichkeit und Wohlwollen im Verkehr und strenge Unparteilichkeit besonders zur Pflicht gemacht wurde, so wird das auch auf die übrigen nicht ohne guten Einfluß geblieben sein. Um die Neuordnung der Gerichtsverfassung und der Rechtspflege erwarb sich auch hier Samuel von Cocceji besondere Verdienste. Die größte Sorgfalt aber wandte der König von Anfang an Handel und Gewerbe zu, und auch da fand er in v. Münchow einen unermüdlichen, geschickten und glücklichen Gehilfen für die Verwirklichung seiner Absichten. Der Erfolg war glänzend, und das schnelle wirtschaftliche Erblühen Schlesiens hat wieder wesentlich dazu beigetragen, daß man dort auch bald preußisch dachte und fühlte. Aehnliches war gleichzeitig unter eigenartigen Verhältnissen und von einigen wenigen Beamten in dem eben er-

worbenen Ostfriesland geleistet, wobei ebenfalls Cocceji sich besonders ausgezeichnet hatte.

Die Verwaltung der alten Provinzen blieb zunächst unverändert. Aber auch da gaben im Gegensatz zu der peinlich genauen, jedoch oft recht mechanischen Routine, die sein Vorgänger gezeitigt hatte, des Königs Einwirken durch seine vorurteilslose Art die Dinge zu sehen und sein selbständiges schöpferisches Denken allem doch ein freieres, geistigeres und freudigeres Gepräge. Damit wuchsen auch die Ansprüche an die Arbeitskraft und Pflichttreue sowohl wie an die Vorbildung und Begabung der Beamten. Dazu stand nun freilich in einem gewissen Widerspruch die Auffassung des Königs von dem Verhältnis der Beamten zu ihm und dem Staate. Nach ihr gehörte der Beamte ihm und dem Staate, stand ihm wie sein Eigentum unbedingt zur Verfügung und hatte selbst in Privatangelegenheiten kein eigenes Recht, wie er denn z. B. v. Münchow 1742 mit Rücksicht auf die Zeitumstände die Erlaubnis zur Heirat verweigerte. Wie sein Vater übertrug auch Friedrich auf das Beamtentum den militärischen Begriff der Dienstpflicht und hat wie jener ganze Kategorien von Beamten zumeist aus ehemaligen Militärs entnommen. Das hatte gelegentlich üble Folgen, insofern diese Herren den ihnen geläufigen derben Kommandoton auf die zivilen Verhältnisse übertrugen und dadurch Unzufriedenheit erregten und Beschwerden veranlaßten, wie das namentlich in Schlesien der Fall war. Von einer Bevorzugung des Adels in der Verwaltung war im allgemeinen bei Friedrich schon deshalb nicht die Rede, weil er der Edelleute vor allem für das Heer bedurfte und ihren eigentlichen Beruf im Dienst als Offiziere sah. Doch hat er Halbinvaliden und Ausgediente auch als Landräte verwendet, wenn sie sonst im Besitz der nötigen Eigenschaften waren, jedoch bei diesem für die Lokalverwaltung so wichtigen Amte stets die von den Ständen der betreffenden Kreise gemachten Vorschläge berücksichtigt. Im Dienst des ruhmreich aufsteigenden Vaterlandes hatte der gemeinsame Kampf auf den Schlachtfeldern Schlesiens und Böhmens den Gegensatz zwischen dem absoluten preußischen König und dem seiner Libertät nachtrauernden Adel

rasch beseitigt, unter dessen Einfluß noch Friedrichs Vater im Adel einen Feind der Krone gesehen hatte.

Einen wichtigen Abschnitt in der Entwickelung des preußischen Staatswesens bezeichnet das Jahr 1748. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen erließ der König am 20. Mai 1748 eine neue Instruktion für das Generaldirektorium, auf Grund deren dann für die einzelnen — nunmehr sechs — Departements ihre gesamte Thätigkeit aufs genaueste ordnende Spezialreglements ergingen — für das nächste halbe Jahrhundert die Grundlage der gesamten Verwaltung. Den Konflikten abzuhelfen, die infolge des Mangels an genauer Abgrenzung zwischen den einzelnen Behörden vorgekommen waren, wurde der Wirkungskreis einer jeden und darin wieder eines jeden einzelnen Gliedes scharf umrissen und allen zur Pflicht gemacht, sich ernstlich und redlich nicht bloß um ein äußerlich friedliches Verhältnis, sondern auch um Herstellung eines wirklich harmonischen Zusammenwirkens zu bemühen. Die Organisation war freilich auch jetzt nicht einheitlich, da von den sechs Departements vier auf dem Prinzip lokaler Zusammenlegung, zwei auf dem der Sonderung nach Fächern beruhten, abgesehen von einzelnen Geschäftszweigen, die dem König unmittelbar unterstellt waren. Immerhin machte die Verwaltung einen großen Fortschritt. Denn sie wurde auf eine Reihe klar formulierter Prinzipien gegründet, deren gleichmäßige Durchführung in allen Teilen der Monarchie eine Anzahl gleichgearteter Behörden verbürgte. Die mehr äußerliche Einheit, die Friedrich Wilhelm I. durch Zusammenlegung der bisher gesonderten obersten Leitung des Kriegs- und des Zivilstaates geschaffen hatte, wurde jetzt zu einer lebendigen Einheit, in deren Dienst sich nun auch das preußische Beamtentum erst recht zu einem wohlgegliederten Organismus entwickelte, dessen einzelne Teile sich den im Interesse der Gesamtheit zu leistenden Funktionen immer vollkommener anpaßten. Mit dem Indigenatsrecht war längst gebrochen: das Beamtentum verlor vollends den ihm einst eigenen provinziellen Charakter, indem seine Glieder, wo sie auch heimisch sein mochten, in allen Teilen des Staates gleichmäßig verwendet wurden. Gleichmäßig geschult arbeiteten sie überall nach denselben

Vorschriften auf dieselben Ziele hin. So that der Staat einen mächtigen Schritt vorwärts in der Richtung auf volle Einheit. Ihr letzter Ausdruck, ihr Zentrum und zugleich ihre Spitze aber war und blieb der König selbst, welcher, des Vaters erst spät recht gewürdigtes Vorbild abgeklärt und vergeistigt wiederholend, alle Zeit unmittelbar einwirkte, rastlos bemüht, das Wohl seiner Unterthanen zu fördern, ihre Leistungsfähigkeit zu steigern und dabei doch die ihnen aufzulegenden Lasten möglichst erträglich zu machen, jedenfalls allen unnötigen Druck zu vermeiden.

Umfaßte Friedrich auch alle Gebiete der Verwaltung gleich pflichttreu, so hegte er doch für das eine und das andere eine Vorliebe und wandte ihm seine Thätigkeit mit besonderer Freude zu. Das galt namentlich von der Volkswirtschaft im weitesten Sinne des Wortes. Zwar folgte er ja auch da des Vaters Beispiel, ließ aber sowohl durch die Art wie den Umfang seines Wirkens die verdienstlichen Leistungen jenes bald weit hinter sich. Bereits am 27. Juni 1740 schuf er als fünftes Departement des Generaldirektoriums das Ministerium für Handel, Gewerbe und Verkehr, das in Samuel v. Marschall einen ebenso kenntnisreichen und thätigen wie in seinen Schöpfungen glücklichen Leiter erhielt (S. 5). Was ihm der König als Aufgabe gestellt, die im Lande vorhandenen Manufakturen zu heben, neue einzuführen und Fremde aller möglichen Berufsarten herbeizuziehen und anzusiedeln, hat er in den ihm vergönnten kurzen zehn Jahren auf das wirksamste geleistet. Handel und Wandel nahmen einen freudigen Aufschwung, dem das Steigen der indirekten Einkünfte entsprach. In Scharen zogen aus der Fremde Ansiedler herbei, welche die auf dem flachen Lande und in den Städten noch reichlich vorhandenen wüsten Stellen einnahmen. Durch die Trockenlegung des Oderbruchs und die neue Eindämmung des Oderlaufes wurden viele Quadratmeilen fruchtbarsten Landes dem Ackerbau gewonnen. Die Industrie lebte neu auf. Bisher unbekannte Betriebe wurden eingeführt, um das Land von dem Import aus der Fremde unabhängig zu machen. Indem ihre Träger in den kleinen Städten und Dörfern angesiedelt wurden, entstand eine bisher völlig un-

bekannte Hausindustrie, die fröhlich gedeihend den Gegensatz zwischen Stadt und Land allmählich abschwächte. Neue Industriezweige bürgerten sich ein, indem der Staat entweder ihrer kundige Arbeiter bei der Niederlassung unterstützte und durch Aufträge versorgte oder fremden Kapitalisten die Einrichtung von Großbetrieben erleichterte. Der Erfolg war natürlich verschieden. Aber mit dem Seidenbau und der Seidenindustrie gelang das so gut, daß 1756 bereits die Einfuhr fremder Waren verboten werden konnte. Und überall tritt gerade auf diesem Gebiete die persönliche Einwirkung des Königs zu Tage: er mahnt und treibt, regt an und fragt, tadelt und lobt, verlangt aber auch zuweilen ungeduldig eher greifbare Ergebnisse, als solche nach der Natur der Dinge möglich waren. Mit ähnlicher Vorliebe nahm er sich der Hebung der Landeskultur durch Kolonisation persönlich an. In der Kurmark wurden 1740—56 3933 Familien mit über 19 000 Personen angesiedelt; nach Pommern kamen in derselben Zeit mehr als 10 000 Ansiedler, in das Magdeburgische über 9000 und ebensoviel etwa nach Ostpreußen. Darunter waren alle deutschen Stämme vertreten, dann Böhmen, die des auf ihnen lastenden Glaubensdrucks wegen auswanderten, Mennoniten, die der König gleich anfangs wieder zuließ, nachdem sein Vater sie 1732 bei Karrenstrafe vertrieben hatte, und Deutsche aus Polen, die vor dem steigenden nationalen und konfessionellen Eifer der Polen wichen. Diese Zuzügler bekamen nicht nur das nötige Ackerland geschenkt und das Holz zum Hausbau aus den Forsten geliefert, sondern wurden auch durch mehrjährigen Steuererlaß, Befreiung von der Enrollierung und anderes mehr besonders begünstigt. Viele erhielten sogar Vieh und Ackergerät geliefert. Dafür hatte der König aber auch auf die diesen Bauern vorgesetzten Amtleute ein scharfes Auge, und wo er in den Berichten der Kammern einer Unordnung oder Unpünktlichkeit auf die Spur zu kommen glaubte, griff er unnachsichtig ein.

Wenn Friedrich aber wegen dieser Fürsorge für den Bauern, zunächst wohl freilich mit einem spöttischen Nebensinn, als Bauernkönig bezeichnet wurde, so reichte sie doch über die Pflege der materiellen Interessen nicht hinaus. Die Bauern geistig

und sittlich zu heben, lag ihm fern, und was er für das Volksschulwesen auf dem Lande gethan, verschwindet gegen die großartige Fürsorge, die sein Vater diesem zugewandt hatte. So weit reichte auch bei ihm die Aufklärung nicht, daß er in dem Bauern einen vollberechtigten Staatsbürger gesehen hätte. Vielmehr befürchtete er von der Durchführung dieses Standpunktes soziale Neuerungen, die den Gang der Staatsmaschine gefährden könnten, namentlich in betreff der Stellung des Adels, insofern eine Minderung der gutsherrlichen Rechte diesen für die Armee unentbehrlichen Stand benachteiligen und in eine Opposition treiben könnte, welche die Wehrkraft schädigte. Sein praktischer Sinn bewahrte ihn vor dem revolutionären Radikalismus eines Joseph II., andererseits aber war er doch trotz aller aufgeklärten Theorie zu sehr in den überkommenen Vorurteilen befangen, um den Widerspruch inne zu werden, in den er sich dadurch verstrickte. Daß der Bauer, wirtschaftlich und militärisch auch bei ihm der Grundpfeiler des Staates, von dem eigentlich staatlichen Leben dennoch nach wie vor ausgeschlossen blieb, ist nachmals das Verhängnis Preußens geworden.

Das regste Interesse hatte Friedrich vom ersten Tage an der Besserung der Rechtspflege zugewandt, mit der sein Vater trotz andauernden Bemühens nicht zu stande gekommen war, obgleich schon er dem genialen Samuel v. Cocceji (geb. 1679, gest. 1755) als Chef de justice vertrauensvoll zu gründlichen Reformen freie Hand gelassen hatte. Daß es damit auch jetzt nur langsam ging, erklärt die Größe und Schwierigkeit der Aufgabe sowie die Hartnäckigkeit des passiven Widerstandes, den die Anhänger des Alten der unbequemen neuen Ordnung entgegensetzten. Sein Träger war namentlich Coccejis Kollege Georg Detlef v. Arnim. Den erbitterten Kampf, der zwischen ihnen entbrannte und nicht ohne persönliche Gehässigkeit geführt wurde, brachte Friedrich schließlich dadurch zur Entscheidung, daß er Cocceji den von ihm entworfenen Plan zur Abstellung der Mißbräuche, deren bedeutendster die Verschleppung der Prozesse war, in einem Bezirke probeweise durchführen ließ. In kurzen acht Monaten brachte derselbe in Pommern über zweitausend zum Teil seit langen Jahren laufende Rechtshändel

zu Ende. Er war Friedrichs Mann: im März 1747 trat er als Großkanzler an die Spitze des preußischen Richterstandes. Indem er sie durch reichliche Besoldung unabhängig machte und der Notwendigkeit eines Nebenerwerbes überhob, befähigte er die Richter, deren Zahl bedeutend reduziert wurde, ihres Amtes zu walten ohne jede Rücksicht und gab den Rechtsuchenden, gleichviel welches Standes sie sein mochten, erst eine Gewähr dafür, daß ihnen auch wirklich Recht wurde. In dem Codex Fridericianus Pomeranicus (Juli 1747) und Marchicus (April 1748) schuf er eine Dienstpragmatik für die Richter und Advokaten aller Provinzen, die bis zum Erlaß der Prozeßordnung von 1782 in Kraft blieb und sich glänzend bewährte. Sie stellte hohe moralische Anforderungen an den Richterstand. Pünktlichkeit und Schnelligkeit, Gründlichkeit und Sachlichkeit der Arbeit wurden von allen ohne Ausnahme gefordert. Auf die Vorbildung und die die Befähigung zu erweisen bestimmten Prüfungen wurde das größte Gewicht gelegt. Appellationen wurden erschwert, in unbedeutenden Sachen überhaupt beseitigt. Zwar blieb jedem, der nicht Recht gefunden zu haben glaubte, die Beschwerde an den König als obersten Gerichtsherrn: strenge Strafen aber bedrohten jeden damit getriebenen Mißbrauch. Außerdem aber leitete Coccejis staunenswerte Arbeitskraft bereits damals die gleich anfangs als Abschluß des Ganzen in Aussicht genommene Kodifikation des preußischen Rechtes ein, welche die unübersehbare Menge landschaftlicher und provinzieller Rechte und der einzelne Materien ordnenden Edikte und Verfügungen ersetzen sollte, oder, wie Friedrich die Aufgabe formulierte, „ein teutsches allgemeines Landrecht, welches sich bloß auf die Vernunft und Landesverfassung gründet“. Das so 1745—51 entstandene Corpus Juris Fridericianum erlangte zwar nicht Geltung in der Praxis, wurde aber eine der Grundlagen für das Allgemeine Landrecht. Wohl durfte Cocceji sich rühmen „effektuiert zu haben, was alle Puissancen von Europa bisher nicht vermocht hatten“. Und das kam nicht allein Preußen zu gute, vielmehr war es ein Gewinn für die Kulturentwickelung überhaupt, daß es endlich in einem Staate möglich war, schnell, billig und unparteiisch Recht zu erteilen.

Und welchen Fortschritt bedeutete es, wenn (19. Juni 1749) der Grundsatz aufgestellt wurde, die Jurisdiktion der Gerichte erstrecke sich auf alle Rechtsstreitigkeiten des Privat- wie des öffentlichen Rechts, möge ein Privatmann oder der König Kläger oder Beklagter sein. Das absolute Fürstentum selbst errichtete hier die Schranke, die es vor Mißbrauch seiner Gewalt bewahrte: eine Entartung, wie sie ihm, weil diese fehlte, in Frankreich bevorstand, war hier hinfort unmöglich.

Wohin man den Blick wendet, überall begegnet man während der zehn Jahre, die dem Dresdener Frieden folgten, in Preußen fröhlichem Wachstum und vielverheißendem Erblühen. Am augenfälligsten wurde es den Zeitgenossen in dem Wachstum der Bevölkerung und der Besserung der Finanzen. Bei Friedrichs Regierungsantritt war die Zahl seiner Unterthanen mit Einschluß von Geldern und Neufchatel auf rund 2 220 000 berechnet worden. Im Jahre 1753 betrug sie in den alten Provinzen 2 616 000, so daß sie 1756 unter Hinzurechnung Schlesiens mit über 1 162 000 und der auf etwa 250 000 Seelen zu veranschlagenden Militärbevölkerung (bei der die Soldatenfrauen und -kinder einbegriffen sind) und bei Berücksichtigung der in den Jahren 1753—56 in den alten Provinzen eingetretenen Vermehrung nicht unter 4 100 000 betragen haben kann. Dem entsprach die Entwickelung der Hauptstadt. Sie zählte 1748 bereits 108 000 und 1749 111 000 Einwohner und war beträchtlich erweitert und vielfach verschönt, namentlich durch die sorgsame Pflege des Tiergartens. Das Opernhaus war entstanden, die Hedwigskirche im Bau, Potsdam hatte das benachbarte Sanssouci Weltruf verschafft. Mit der Vermehrung und dem wachsenden Wohlstand der Bevölkerung besserten sich auch die Finanzen. Konnte Friedrich doch bis zum Jahr 1756 wieder einen Staatsschatz von beinahe 20 Millionen Thalern ansammeln, obgleich der zweite schlesische Krieg im ganzen 12 Millionen gekostet und den Rest (3 Millionen) des von dem Vater überkommenen Schatzes von 8½ Millionen aufgezehrt hatte.

Den größten Teil — vier Fünftel — der Jahreseinnahme, die 1752 12 Millionen betrug, beanspruchte die Armee. Aber

wie gering erschien diese Summe gegenüber den Opfern, die ein unglücklicher Krieg fordern mußte. Ganz besonders für Preußen galt damals, daß man für den Frieden am wirksamsten sorge durch Bereitschaft zum Kriege. So dachte auch Friedrich: die beste Bürgschaft für die Sicherheit seines Staates sah er in einer guten Armee. „Die Hauptsache in der Kriegskunst," schreibt er einmal dem Marschall Moritz von Sachsen, „ist den Ereignissen zuvorzukommen: der Feldherr muß zum voraus alle Hilfsmittel bereit gestellt haben, um nicht in Verlegenheit zu geraten, wenn der entscheidende Augenblick gekommen ist; je tüchtiger die Truppen sind, je besser diszipliniert und zusammengesetzt, um so weniger ist es eine Kunst sie zu führen." Und Friedrich war mit Leib und Seele Soldat, mochte er dies „Metier" gelegentlich auch „zu allen Teufeln" wünschen. Daß er es dennoch liebte, war ihm ein Beweis für die widerspruchsvolle menschliche Natur. Das stimmt merkwürdig mit einer Aeußerung des französischen Gesandten in Berlin, Graf Tyrconnel, der im Dezember 1751 schreibt: von Natur zum Müßiggang geneigt — was ihm übrigens auch seine Schwester Wilhelmine vorgeworfen hatte (Bd. II, S. 395) — verwünsche Friedrich eigentlich alles Militärische; aber er überwinde sich, und ihn müsse schon ein ernstes Uebelbefinden befallen haben, wenn er der täglichen Parade oder der Erledigung der militärischen Einzelnheiten entsagen solle; wisse er doch, wie sehr er gerade dadurch Europa imponiere. Die Spöttereien über seines Vaters militärische Passionen waren verstummt, seit die schlesischen Kriege die Welt die Wucht und Schärfe der Waffe kennen gelehrt, die jener in seinem Heere geschaffen hatte. Ihre Vervollkommnung war die einzige Bürgschaft für die Bewahrung der Stellung Preußens als Großmacht. Mochte seine Neigung auch eigentlich ganz andere Lieblingsbeschäftigungen suchen: gerade hier war Friedrich ganz von dem Bewußtsein der Pflicht durchdrungen, in deren Erfüllung er sein ganzes Dasein seinem Staate geweiht hatte. So brachte er die Armee 1751 auf 132 000, 1752 auf 135 600 Mann, und unter Einrechnung der noch vor Ausbruch des Krieges neu errichteten 14 Garnisonregimenter und der Verstärkung der bestehenden

Cadres wird man die Stärke 1756 auf 150 000 Mann schätzen dürfen.

Trotz seines martialischen Gepräges bereitete der preußische Staat doch gerade damals auch den Künsten und Wissenschaften eine Stätte, wie sie zu fröhlichem Gedeihen und genußreicher Entfaltung schöpferischen Vermögens kaum günstiger zu denken war. Sanssouci, 1745—47 gebaut, wie das bescheidene Rheinsberg ein ländlicher Ruhesitz im Ausblick auf eine herrliche Landschaft, machte seine Sammlung antiker und moderner Kunstwerke zu einer Pflegstätte der höchsten geistigen Interessen, die seine Säle und Terrassen erfüllende heitere Geselligkeit zum Schauplatz auf das Ideale gerichteten höfischen Treibens und die weit ausgreifende staatsmännische Thätigkeit seines Herrn zu einem von den politischen Brennpunkten Europas. Wohl verdroß es manchen, daß dieser Hof, der eine unvergleichliche Fülle geistiger und sittlicher Kräfte in sich vereinigte und Deutschland ein ganz neues Bild fürstlichen Lebensgenusses nach gethaner Arbeit darbot, nicht ein deutsches, sondern französisches Gepräge trug. War das aber nicht nur die notwendige Folge der bisherigen Kulturentwickelung? Hatte nicht des vorigen Königs Regiment mit der Unterdrückung alles nicht unbedingt Notwendigen und handgreiflich Nützlichen eben das planmäßig erstickt, woran nach mühsamem Tagewerk sich zu erholen Friedrich menschlich berechtigt und entschlossen war? Noch war der deutsche Geist nicht zu der Beweglichkeit und Empfänglichkeit erwacht, welche die von dem König in der knapp gemessenen Muße gesuchte Erholung und Anregung in zwangloser Unterhaltung gewähren konnte, die dem Franzosen geläufig war und als deren Meister Voltaire bewundert wurde. Zweimal erschien dieser — nach einer ersten Begegnung in Kleve im Sommer 1740 — in Berlin als Gast und übersiedelte 1750, wie man meinte, zu dauerndem Aufenthalt nach Potsdam. Daß er zu den großen Männern nicht gehörte, zu deren Tempel er seine Hauptstadt machen wollte, wurde Friedrich freilich bald genug klar: was an ihm wirklich bedeutend war, hat er auch in der Folge dankbar gewürdigt. Aber so wenig Friedrich der zeitgenössischen deutschen Litteratur Geschmack abzugewinnen vermochte: ein

Verächter deutschen Geistes war er darum doch nicht. Nicht nur hielt er die deutsche Sprache, die er selbst „wie ein Fuhrmann“ zu sprechen bekannte, für entwickelungsfähig, sondern er hoffte auch, Deutschland werde die Barbarei überwinden und den schönen Künsten dereinst eine Stätte bereiten, ähnlich wie es in England geschehen. Dafür bürgte ihm die den Deutschen als Erbteil mitgegebene Vernunft. Seine Stellung zu diesen Dingen richtig zu beurteilen, darf man nicht übersehen, daß er, ohne unmittelbare Fühlung mit dem klassischen Altertum, an dem in diesem erhaltenen Bildungsschatz nur durch die Vermittelung der Franzosen teil hatte. Und doch lag auf diesem Gebiete die Gemeinschaft, die ihn mit dem eben erwachenden deutschen Geistesleben, beiden unbewußt, tief innerlich verband und in der Folge zu glorreicher Bethätigung kam. Dem gab Winkelmann Ausdruck, wenn er 1752 nach einem Besuche in Potsdam und Berlin begeistert ausrief: „Ich habe Sparta und Athen in Potsdam gefunden und bin mit anbetungswürdiger Bewunderung gegen den großen Mann erfüllt.“ Und war es nicht eben dieser antike, in seinen Augen heidnische Glanz des Fridericianischen Hofes, der Albrecht v. Haller 1746 den Ruf nach Berlin abzulehnen bestimmte, weil ein Mensch, der die Religion Jesu liebe und von ganzem Herzen bekenne, nicht in Potsdam mit dem König, Voltaire, Maupertuis und d'Argens leben könne?

Nicht als Dichter — denn von ihnen allen ließ Friedrich nur v. Canitz gelten, sondern als Gelehrter hatte der berühmte Schweizer für die Berliner Akademie gewonnen werden sollen. Er wäre dort aber auch insofern nicht am Platze gewesen, als diese bei ihrer Erneuerung durch Friedrich völlig französisch gestaltet war. Nicht die wenigen deutschen Mitglieder, Wolff, Euler und später Sulzer, sondern die Franzosen Maupertuis, d'Argens, Lamettrie und andere bestimmten ihr geistiges Gepräge. Von Leibniz zur Pflegerin der deutschen Sprache bestimmt, bediente sie sich ausschließlich der französischen und verlor dadurch auch mit der deutschen Wissenschaft die Fühlung. Wie sehr aber Friedrich selbst trotz alledem im Grunde seines Wesens deutsch blieb, beweisen namentlich seine ersten historischen

Werke. Vielleicht hat er schon 1742—43 die Histoire de mon temps begonnen, indem er den eben beendeten ersten schlesischen Krieg wahrheitsgetreu beschrieb, diese erste Fassung dann aber verworfen und nach dem Dresdener Frieden 1746 die Arbeit von neuem vorgenommen. Sie blieb unveröffentlicht und wurde bis zu ihrer endlichen Drucklegung 1775 vielfach umgestaltet und im einzelnen durchgefeilt. Um dieselbe Zeit war er auch bereits mit den Mémoires pour servir à l'histoire de la maison de Brandebourg beschäftigt, welche durch die Unbefangenheit der Auffassung, die Sachlichkeit der Darstellung und das Streben nach Gewinnung einer sicheren archivalischen Grundlage seiner historiographischen Veranlagung ein glänzendes Zeugnis ausstellen. Vor allem aber gereicht der Mut der Wahrheit, der sich in beiden Werken offenbart, dem König zur höchsten Ehre.

IV. Schwankungen und Umsturz der europäischen Politik. 1745—1756.

Als sie den Dresdener Frieden schloß, meinte Maria Theresia nur vorläufig der Ungunst der Zeiten zu weichen und behielt sich vor, Schlesien, um das sie nur ein räuberischer Ueberfall gebracht haben sollte, bei erster Gelegenheit zurückzufordern. Je lieber sie den üblen Verlauf auch des zweiten Waffenganges mit Preußen der militärischen Unfertigkeit ihres russischen Alliierten schuld gab, um so mehr dachte sie sich desselben für die Zukunft zu versichern. Gefördert wurde sie dabei durch des Großkanzlers Bestuscheff-Rjumin Haß gegen Friedrich, den die anfängliche Furcht, für die Preußen bereiteten Nachstellungen nachträglich zur Rechenschaft gezogen zu werden, noch steigerte, und durch die Erbitterung der Kaiserin Elisabeth über die bösen Witzworte, die von Berlin und Potsdam aus gegen sie in Umlauf gesetzt wurden. Schon am 2. Juni 1746 wurde in Petersburg ein Vertrag unterzeichnet, der, scheinbar rein defensiv, sich thatsächlich doch gegen Preußen richtete. Gegen einen preußischen Angriff auf eine von beiden Mächten oder auf Polen sollte danach Rußland in den Ostseeprovinzen und Oesterreich in Böhmen, Mähren und Ungarn je 30 000 Mann bereit halten, abgesehen von der gleichen Zahl, mit der sie einander gegen jede Friedensstörung ohnehin schon zu unterstützen hatten. Preußen war also von zwei Seiten her bedroht. Das wahre Ziel dieser Allianz aber verriet die Bestimmung, Oesterreich solle, sobald es Schlesien und Glatz zurückerobert, an Rußland zwei Millionen rheinische Gulden zahlen.

Während Friedrich dagegen in dem Defensivbund, den er im Mai 1747 auf zehn Jahre mit Schweden schloß, keinen

genügenden Rückhalt fand, schlug auch die englische Politik eine ihm immer feindlichere Richtung ein. Soviel Georg II. als König von England durch die Schwächung und Emanzipierung des Reiches und Preußens von dem Einfluß Frankreichs gewann, er sah doch als echter Welfe in dem Aufsteigen Preußens nur eine Herabsetzung Hannovers: sie rückgängig zu machen, sollte Oesterreich Schlesien wieder erhalten. So nötigte er, entgegen dem Interesse Englands, Preußen auch fernerhin auf die Seite Frankreichs: im Januar 1748 trat dieses dem preußisch-schwedischen Bündnis bei.

Allseitige Erschöpfung setzte dem österreichischen Erbfolgekrieg im Herbst 1748 endlich ein Ziel. Aber trotz einzelner Erfolge ihrer Heere brachte der Aachener Frieden Maria Theresia keinen Landgewinn. Vergeblich hatte sie wie früher in Bayern und Lothringen nun in Italien Ersatz für Schlesien gesucht. Damit stand für sie nicht bloß das Recht, sondern die Pflicht fest, das ihr Entrissene von Preußen zurückzufordern. Daß diesem zu Aachen Schlesien von den europäischen Mächten garantiert war, konnte für sie kein Hindernis bilden, zumal sie die Stellung ihres Hauses im Reiche gegen alle Anstürme glücklich gewahrt hatte. Der Versuch, Oesterreich aus dem Kaisertum zu verdrängen und so des Rückhalts zu berauben, den das Reich, so morsch es war, ihm für die Vertretung seiner europäischen Interessen bot, war mißlungen. Obgleich durch zwei glückliche Kriege und reichen Landgewinn zur Großmacht aufgestiegen, blieb Preußen im Reiche doch nur die zweite Macht und auch als solche beneidet und angefeindet von den Reichsständen, die es überflügelt hatte. Würde es im stande sein, die Fesseln, welche die Zugehörigkeit zum Reiche und die da zu Recht bestehende Unterordnung unter Oesterreich ihm für seine europäische Stellung anzulegen drohte, abzustreifen oder doch die Leitung der reichsfürstlichen Opposition so weit an sich zu bringen, daß es Oesterreich innerhalb des Reiches matt setzte und so das Reich für die europäische Politik entwertete? Der Dualismus, den seit der Zersprengung des Reichsverbandes durch den Westfälischen Frieden die wachsende Gegnerschaft Oesterreichs und Brandenburg-Preußens in Deutschland ent-

wickelt hatte, wurde nun vollends zu dem springenden Punkte in der Gestaltung der deutschen Dinge.

Aber sowohl die deutsche wie die europäische Politik entwickelte sich für Preußen ungünstig. Für dieses stand im Brennpunkte beider der Gegensatz zu Hannover und England. Er nahm allmählich den Charakter bitterer persönlicher Feindschaft zwischen Friedrich und seinem Oheim an. Die nachträgliche Anfechtung des peußischen Rechts auf Ostfriesland, die zu einem weitläufigen Prozeß beim Reichskammergericht führte, der — zwar nur bedingungsweise — Anschluß Englands an den österreichisch-russischen Vertrag vom 2. Juni 1746 im Oktober 1750 und das Toben Georgs II., als Friedrich 1751 Georg Keith, Grafen Mareshal, den Bruder des Feldmarschalls Jakob Keith, als Gesandten nach Paris schickte (als ob die Anstellung des in jungen Jahren an einem Jakobitenaufstand beteiligten Mannes eins wäre mit der Parteinahme für den Prätendenten!), waren charakteristische Symptome. Der regelmäßige, durch ständige Gesandte vermittelte diplomatische Verkehr zwischen Berlin und London hörte schließlich auf, und als der neue Kolonial- und Seekrieg mit Frankreich drohte, trieb es der verblendete Preußenhaß Georgs II., statt die um der Sicherheit Hannovers willen gebotene Annäherung zu suchen, vielmehr beinahe zum offenen Bruch. Als im Beginn der Händel mit Frankreich, mit dem Preußen im Februar 1753 einen vorteilhaften Handelsvertrag geschlossen hatte, preußische Schiffe mit nach französischen Häfen bestimmter Ladung von den Engländern weggenommen wurden und Friedrich nach dem von ihm vertretenen Grundsatze „Frei Schiff, frei Gut" Schadenersatz forderte, erkannten das zwar selbst die englischen Minister als berechtigt an, drangen aber bei dem König erst durch, als Friedrich die endliche Leistung der betreffenden Zahlungen durch ein Vorgehen gegen Hannover zu erzwingen drohte.

Aber die englische Politik blieb preußenfeindlich wie bisher. Unermüdlich hetzte der englische Gesandte in Petersburg gegen Preußen, und die reichen Geldmittel, die er dabei aufwenden konnte, waren bei russischen Diplomaten und Höflingen ihrer Wirkung stets gewiß. Mit Rußland stand auch der säch-

sisch-polnische Hof in intimster Verbindung. Der üble Ausgang des Krieges von 1745, an den die im Dresdener Frieden auferlegte Zahlung von einer Million empfindlich mahnte, war unvergessen. Nur widerwillig und geflissentlich zögernd wurde die Zahlung geleistet. Bald erfuhr Friedrich, daß man von Dresden her auch in Paris mit den Waffen der Verleumdung rastlos gegen ihn arbeite. Von der „Erzspitzbüberei und der infamen Doppelzüngigkeit der sächsischen Minister“ mußte er sich bald jeder Feindseligkeit versehen. Wußte er doch, daß, wenn es nach den in Wien, Moskau und Dresden herrschenden Absichten gegangen wäre, er zu Aachen von dem allgemeinen Frieden ausgeschlossen worden wäre.

Die folgenden Jahre steigerten die Gefahr. Unter einer genialen Herrscherin, die durch den Zauber ihrer Persönlichkeit die schlummernden Kräfte ihres Staates weckte und alle zu wetteifernder Mitarbeit gewann, erfuhr Oesterreich eine Wiedergeburt, die es befähigte, auch unter den so völlig veränderten Verhältnissen eine große und ruhmreiche Rolle zu spielen. Sie wiederholte in dem locker gefügten Verbande ungleichartiger und bisher der rechten Lebensgemeinschaft entbehrender Länder, die mehr durch das Glück als durch eine geschichtliche Notwendigkeit unter habsburgischem Scepter vereinigt waren, jene teils schöpferische, teils organisatorische Arbeit, die in Preußen eine Reihe von Herrschern allmählich geleistet und Friedrich Wilhelm I. zu einem vorläufigen Abschluß gebracht hatte. Verwaltung, Rechtspflege, Steuerwesen und Finanzen, Schule, Handel und Gewerbe wurden von Grund aus neugestaltet: Oesterreich wurde ein moderner Staat, ja, wurde eigentlich überhaupt erst ein Staat. Auch zur Schöpferin des österreichischen Heeres wurde Maria Theresia. Erst in der Hingabe an sie gewann diese buntgemischte Armee, die selbst der Gleichartigkeit in Kleidung, Bewaffnung und Kampfweise entbehrte, die Einheit und die sittliche Kraft, die sie zur Vorkämpferin des neuen Gesamtstaates werden ließ. Auch lernte Maria Theresia von dem glücklichen Feinde: das österreichische Heerwesen, wie es nach dem Erbfolgekriege gestaltet wurde, läßt in mehr als einem Zuge das preußische Vorbild erkennen.

Auch in Oesterreichs auswärtige Politik, die schließlich durch alle diese Reformen doch nur die Mittel erhalten sollte, um die traditionelle Stellung des habsburgischen Staates teils zu erneuen, teils zu befestigen, hielt ein neuer Geist seinen Einzug. Sie brach mit den Prinzipien, die seit zwei Menschenaltern für sie maßgebend gewesen, und schlug Bahnen ein, die ebenso revolutionär waren wie die von ihrem preußischen Gegner verfolgten. Aber bereits 1722 hatte Eugen von Savoyen die Anerkennung der Pragmatischen Sanktion durch den ungarischen Reichstag besonders freudig begrüßt, weil Ungarn das Zentrum der Monarchie sein werde, wenn einst die Niederlande verloren gingen, und mit diesen hatte Maria Theresia 1741 Bayern zu entschädigen gedacht. Denn sie waren ein lästiger Besitz, der, durch die Sperrung der Schelde wirtschaftlich entwertet, Oesterreich zum Vorteil Englands und Hollands militärisch belastete und dauernd vor die Gefahr eines Krieges mit Frankreich stellte.

Hier setzte die neue österreichische Politik ein, deren Träger Kaunitz war, und trotz des Bruchs mit den österreichischen Traditionen fand sie die Zustimmung der Kaiserin, weil sie ihr die Erfüllung ihres heißesten Wunsches verhieß, die Wiedergewinnung Schlesiens. Daß diese nur einem völlig niedergeworfenen Preußen abzuringen sein würde, lag auf der Hand. Die Voraussetzung war also die Vernichtung oder doch die Zerstückelung Preußens. Auf sie aber war auch in Petersburg so gut wie in Dresden und Warschau alles Sinnen und Trachten gerichtet. Das ergab für eine Koalition gegen Preußen denselben Stamm wie 1744—45 (S. 36). Aber trotz der Hetzereien des sächsischen Ministers Graf Brühl, der nicht müde wurde, Friedrichs „allerinnocenteste Handlungen zu denigrieren", bot sich nicht die Gelegenheit zu einem neuen Angriff auf Preußen, dem die Entsendung eines russischen Heeres zur Unterstützung der Oesterreicher in Belgien die Wege hatte ebnen sollen. Auch der Aachener Friede gab Preußen keine Sicherheit. Weil dieses angeblich einen Angriff auf das polnische Preußen plante, warb Bestuscheff in London dringend um einen Subsidienvertrag. Aber noch deckte sich doch die offizielle englische Politik nicht mit der von blindem Preußenhaß inspirierten persönlichen Georgs II.,

der eine große Allianz und in deren Interesse eine römische Königswahl plante, um das Haus Habsburg-Lothringen an der Spitze des Reiches zu befestigen. Langmütig wartete Friedrich zu. Er wünschte den Frieden, denn er brauchte ihn. Alles war er dafür zu thun bereit, was mit seiner Ehre irgend vereinbar war, wollte jedoch durch nichts in der Welt sich bestimmen lassen, sich vor Englands Stolz zu beugen.

Aber nicht da allein lag die Gefahr. Auch die von Georg II. erstrebte Demütigung Frankreichs konnte Friedrich nicht ruhig zulassen. Und bald war gerade dort im Westen der europäische Friede in Frage gestellt. Ende des Jahres 1753 wuchs die Spannung. In Oesterreich herrschte lebhafte militärische Thätigkeit; dem König selbst wurden die gewöhnlichsten Maßnahmen als Rüstungen gedeutet, die nach den einen Polen, nach den anderen Sachsen oder Hannover gelten sollten. Alsdann werde sie, ließ Maria Theresia in Moskau erklären, ihm mit aller Kraft entgegentreten. Die Zarin aber schickte darauf im Frühjahr 1754 60 000 Mann nach Livland, „um dem König von Preußen in seiner unersättlichen Lust, sich durch fremde Güter zu bereichern, Maß und Ziel zu setzen“. Schon damals schien Friedrich der Kampf gegen das wider ihn gestiftete „abscheuliche Komplott“ unmittelbar bevorzustehen, und er erwog, ob er nicht mit einem Angriff auf Rußland zuvorkommen sollte. Doch löste sich, wie er für das Wahrscheinlichere gehalten hatte, die Spannung noch einmal friedlich, da der russisch-englische Subsidienvertrag, die unerläßliche Vorbedingung für die geplante österreichische Aktion, schließlich nicht zu stande kam. Voll bitteren Unmuts klagte man in Wien, daß man seinen Entwürfen gerade von denen Hinderung bereitet sehe, welche die Mittel zur Verwirklichung zu liefern hätten.

Bald danach aber brachte der Ausbruch des englisch-französischen Kolonialkrieges auch diese Frage in Fluß. Für Oesterreich namentlich schien der lange ersehnte günstige Moment nun endlich gekommen. Wollte England Hannover und die Niederlande durch Oesterreich gegen Frankreich geschützt sehen, so mußte es diesem den Preis bewilligen, den es dafür forderte. Dem entsprach der hochfahrende Ton, den der Wiener Hof bei

den Verhandlungen von vornherein anschlug. Nur dann wollte er die Niederlande verteidigen, wenn England ihm dazu die finanziellen und militärischen Mittel gewährte. Was aber das eigentliche Ziel seiner Politik war, verriet Kaunitz doch, als er mit cynischer Offenheit erklärte, man werde sich sofort verständigen, wenn England Preußen mit angreifen wolle. Das aber konnten die englischen Minister denn doch nicht verantworten, und nun fühlte man sich in Wien jeder Verpflichtung überhoben, und Maria Theresia erklärte offen, sie sei nicht mehr Englands Verbündete und das bisherige politische System von Europa sei aufgelöst.

Was an seine Stelle treten sollte? Seit Jahren war Kaunitz, im tiefsten Geheimnis zwar, aber mit wachsendem Erfolge an dem Ausbau eines neuen thätig. Der Bruch mit England fand ihn bereits im Besitz des Ersatzes. Damit das, wie er überzeugt war, dereinst doch unvermeidlich zerfallende deutsche Reich möglichst an Oesterreich käme, galt es Preußen als den gefährlichsten Mitbewerber rechtzeitig zu beseitigen: es mußte zerschlagen werden. Der Hilfe Rußlands war er sicher. Der Preußenhaß des Kurfürsten von Hannover, hoffte er, sollte den König von England abhalten, seinen Neffen zu schützen. Des Erfolges gewiß aber war man doch erst, wenn man Frankreich gewann. Und darauf arbeitete Kaunitz planmäßig hin, erst (seit 1751) als Gesandter in Paris, dann als Staatskanzler an der Spitze der reorganisierten Monarchie. Nur seine außerordentliche Vorurteilslosigkeit und souveräne Verachtung für die Lehren der Geschichte konnte eine Allianz betreiben, welche die Ereignisse der letzten zwei Jahrhunderte als unnatürlich und unmöglich erwiesen. Hatte doch seit den Tagen Karls V. und Franz' I. der Gegensatz zwischen Habsburgern und Bourbonen die europäische Politik beherrscht, und mehr als einmal hatten die Schwankungen in dem immer erneuten Ringen zwischen ihnen die Geschicke des Abendlandes bestimmt. Als ob all das nicht geschehen wäre, meinte Kaunitz die für seine Zwecke unerläßliche Interessengemeinschaft zwischen den alten Gegnern darauf gründen zu können, daß er sie als Vorkämpfer der alleinseligmachenden Kirche dem ketzerischen Preußen ent-

gegenstellte, ohne dessen Niederwerfung und Verkleinerung jene bald noch ernstlicher gefährdet sein würde. So plump der Trugschluß war, der dem zu Grunde lag: der Erbitterung Maria Theresias gegen den Räuber Schlesiens und der Pompadour gegen den Potsdamer Spötter erschien er um so zwingender, je weniger er sich sachlich begründen ließ. Kaunitz aber bahnte er den Weg zu den territorialen Veränderungen, welche die Verwirklichung seiner Entwürfe teils als Voraussetzung forderte, teils als Folgen nach sich ziehen mußte. Allen Streit zwischen den unnatürlichen Alliierten auszuschließen, sollte Oesterreich durch die Zusicherung des dauernden Besitzes von Toskana der endgültige Verzicht auf Lothringen ermöglicht werden, das es noch 1744 zurückzuerobern versucht hatte, Frankreich aber für die Hilfe gegen Preußen durch die belgischen Provinzen belohnt werden.

So fein und richtig das vom österreichischen Standpunkte aus berechnet war, von dem Frankreichs stellte es sich doch anders dar. Ließ der Bund mit Oesterreich einen Angriff auf das Reichsland Hannover zu? Machte er nicht vielmehr die wirksamste Kriegführung gegen England unmöglich? Dagegen verhieß die Allianz mit Preußen unter Umständen dessen Unterstützung gegen die deutschen Lande der Welfen. Friedrich lagen solche Entwürfe fern. Ohne Ehrgeiz, dessen Reiz er ausgekostet hatte, wünschte er damals nur die ihm noch gegönnten Tage in Ruhe und vernünftigem Lebensgenuß verbringen zu können, Irrtum, List und Eitelkeit denen überlassend, die sich davon betrügen lassen wollten. In betreff Maria Theresias aber hatte er sich zum Gesetz gemacht, höflich mit ihr zu verkehren, ihr gelegentlich kleine Gefälligkeiten zu erweisen, sich jedoch nie vor ihr zu beugen und nie mit ihr auf Großes einzulassen. Auch jetzt hatte er nur das eine Interesse, nicht in den Krieg verwickelt zu werden. Denn einmal brauchte er den Frieden für Land und Leute. Dann ging ihn, wie er erklärte, der Krieg in Nordamerika nichts an, und endlich mußte er wünschen, Frankreich unter keinen Umständen auf dem Festlande angegriffen zu sehen, da er ihm dann Hilfe zu leisten verpflichtet war. Frankreichs Zumutung, er selbst möge Hannover angreifen,

wies er ab, hätte es dagegen gern gesehen, wenn dieses das entweder selbst that oder Dänemark dazu veranlaßte. Er war dann völlig ungebunden, zumal der Vertrag mit Frankreich demnächst ablief. Sein Streben ging allein darauf, Preußen und das Reich dem Kriege fern zu halten.

Das aber paßte nicht in die Pläne seiner Gegner, denen vielmehr der Ausbruch des englisch-französischen Krieges endlich die ersehnte Gelegenheit bot zur Verwirklichung ihrer Entwürfe. Am 21. August 1755 beschloß die geheime Staatskonferenz in Wien, ihn im nächsten Frühjahr gemeinsam mit Rußland und Frankreich anzugreifen, und am 30. September wurde in Petersburg ein Vertrag unterzeichnet, der England gegen eine Million Pfund Sterling Subsidien 70000 Russen in Aussicht stellte, deren Sammlung alsbald in Livland und Litauen begann, obgleich die nachträgliche Stellung einschränkender Bedingungen durch Elisabeth den Vertrag entwertete. Hatte doch bereits im Sommer 1753 der von der Zarin berufene Große Rat die Frage, ob Rußland eine weitere Vergrößerung Preußens dulden und zulassen könne, daß es mit Hannover etwa wie 1745 mit Sachsen verfahre, einstimmig verneint und die Aushebung von 60000 Mann angeordnet. Dagegen schwankte man in Versailles noch immer trotz des schmeichelnden Werbens, zu dem Maria Theresia sich der Marquise von Pompadour gegenüber herbeiließ. War Frankreich aber nicht zu haben, sondern griff es Hannover an, so wollte der Wiener Hof 50000 Mann in Schlesien und ebensoviel durch Sachsen in die Mark einbrechen lassen, während 60000 Russen Preußen occupierten, die Hannoveraner aber sich Mindens bemächtigen und so den Franzosen den Weg verlegen sollten: dann werde, so dachte man, Friedrich froh sein, neutral bleiben zu dürfen.

Der französische Angriff auf Hannover unterblieb. Der Versuch einer Vermittelung zwischen England und Frankreich war aussichtslos. So konnte die Neutralisierung Hannovers Preußen und dem Reiche den Frieden sichern: sie beschwor vielleicht die Gefahren, die der englisch-russische Subsidienvertrag einer- und die wachsende Intimität Sachsens mit Frankreich andererseits drohte. Auch fanden Friedrichs Anträge in

London nun bessere Aufnahme. England erklärte den Krieg gegen Frankreich zunächst zur See führen und dem Festlande und namentlich Deutschland fern halten, auch mit seinen Alliierten gegen die einschreiten zu wollen, die trotzdem die Ruhe in Deutschland stören würden. Das nahm dem englisch-russischen Bündnis für Friedrich das Bedenkliche und besserte sein seit Jahren äußerst gespanntes Verhältnis zu beiden Mächten. Es bahnte den Weg zu der englisch-preußischen Konvention von Westminster vom 16. Januar 1756. Beide Teile garantierten einander ihre Lande und wollten dem Einmarsch fremder Heere in das Reich nach Kräften wehren; kam es dennoch zum Kriege in Deutschland, so zahlte England Preußen vier Millionen Thaler jährliche Subsidien. Das war ein ebenso überraschender wie vollkommener Frontwechsel. Eben noch hatte Friedrich Frankreich zum Angriff auf Hannover zu bestimmen gesucht, dann den wegen Erneuerung des ablaufenden Bündnisses an ihn entsandten Herzog von Nivernais durch trügerische Aussichten hingehalten, und nun proklamierte er die Neutralität Hannovers und warf sich zu ihrem Verteidiger auf. Der König schätzte diesen Erfolg um so höher, je größere Bestürzung und Verwirrung er im Lager der Gegner hervorrief. Er schien ein Strich durch die Rechnung Oesterreichs sowohl wie Frankreichs, band England und Rußland und sicherte mindestens für dies Jahr den Frieden, ein Gewinn, den allein schon Friedrich den letzten fünf Friedensjahren gleich setzte, da er sich nun für den künftigen Entscheidungskampf vollends rüsten konnte. Ja, vielleicht wurde dieser nun überhaupt abgewandt, wenn Preußen bei den künftigen Friedensverhandlungen entscheidend mitsprach. Obenein empfand der König ein schadenfrohes Behagen, Maria Theresia über die Vereitelung ihrer Hoffnungen außer sich, das übereifrige Sachsen in seines Nichts durchbohrendem Gefühle dastehen und Bestuscheff verzweifeln zu sehen.

Völlig verrechnet aber hatte sich Friedrich in betreff der Wirkung der Konvention auf Frankreich. „Einige Emotion“ hatte er wohl erwartet; doch werde die sich bald wieder legen. Statt dessen „nahm man die Sache dort sehr hoch und fing

an zu schnauben", wie er noch geringschätzig meinte. Erst zum Angriff auf Hannover gedrängt, dann noch während der entscheidenden Verhandlungen mit England in der Person Nivernais' durch lockende Vorspiegelungen hingehalten, sah die französische Regierung sich die wirksamste Waffe gegen England jetzt plötzlich entwunden, fühlte sich — und nicht mit Unrecht — überlistet und betrogen und beschuldigte Friedrich ebenso hinterhaltiger wie beleidigender Perfidie. In ihrer Erbitterung darüber führte sie die seit lange schwebenden Unterhandlungen mit Oesterreich hinfort in anderem Geiste als bisher. Was sie durch Preußen zu erlangen gedacht hatte, wollte sie nun mit Hilfe Oesterreichs erlangen, das dafür auf Kosten Preußens belohnt werden sollte. Daß Unterhandlungen zwischen Wien und Paris schwebten, wußte Friedrich. Aber während er annahm, sie beträfen die Neutralisierung der österreichischen Niederlande, stand dabei vielmehr nach Kaunitz' unzweideutiger Erklärung an Graf Starhemberg, seinen Gesandten in Paris, allein in Rede die Wiedereroberung von Schlesien und Glatz als unerläßlich für die Ruhe Oesterreichs und daher als conditio sine qua non. Ernste Bedenken wurden im Rate Ludwigs XV. dagegen erhoben, und der Winter 1755 auf 1756 verging, ohne daß man zum Schluß kam. Vielleicht war Frankreich zu gewinnen, wenn man es der russischen Mitwirkung versichern konnte. Im März 1756 ließ demnach Kaunitz in Petersburg anfragen, ob, wenn Oesterreich mit 80 000 Mann Preußen angreife, auch Rußland 60 000 bis 70 000 Mann marschieren lassen werde und ob diese noch in diesem Jahre bereit sein könnten. Alsbald begannen in Rußland die Rüstungen. Auf die Kunde davon ergriff Friedrich in Pommern entsprechende Vorsichtsmaßregeln. Die Gegner sahen, ihn ungerüstet zu überfallen werde kaum gelingen. Da sich nun ergab, daß die Russen noch in diesem Jahre doch nicht mehr ins Feld zu bringen seien, verschob Kaunitz den Angriff auf das nächste. Am 22. Mai 1756 empfahl er in Petersburg die Einstellung der Rüstungen, die den König von Preußen nur vorzeitig auf die ihm drohende Gefahr aufmerksam machen würden.

Friedrich atmete auf, als er hörte, die nach Livland vor-

geschobenen russischen Truppen hätten den Rückmarsch angetreten. Seinerseits anzugreifen fiel ihm nicht ein, und nichts lag ihm ferner als Eroberungspläne, wie man sie ihm neuerdings schuld gegeben hat. Wohl liebte er es — wie jeder Mann in ähnlicher Stellung — in Stunden der Muße seine Gedanken in eine ferne Zukunft spazieren gehen zu lassen und sich für seine Nachkommen ihn drückende Sorgen als beseitigt und in der Stille gehegte Wünsche als erfüllt auszumalen. So hat er in einer als „Politisches Testament“ bezeichneten und vom 27. August 1752 datierten, das heißt an diesem Tage abgeschlossenen Aufzeichnung, der eine aktuelle Bedeutung nicht zukam, als „chimärische Pläne“, das ist als vielleicht später einmal unter günstigen Umständen erreichbar zu denkende, die Erwerbung Sachsens und des polnischen Preußen hingestellt. Daß er 1756 den Zeitpunkt zu ihrer Verwirklichung für gekommen gehalten und in dieser Absicht die Waffen ergriffen habe, ist eine völlig unerweisbare Vermutung. Und wenn man gemeint hat, er habe seine wahre Absicht nur so geschickt zu verbergen und auch für die Nachwelt rechtzeitig jede Spur davon zu verwischen gewußt, so widerlegt sich eine solche Annahme schon durch die Erwägung, welche Verlogenheit und welche Verstellungskunst dazu gehört hätte, um alle seine Räte und Gehilfen, militärische sowohl wie diplomatische, um selbst den in seine diplomatische Aktion tief eingeweihten getreuen Eichel so zu täuschen, daß sie alle ihn von einem Angriff bedroht und im Stande der Notwehr befindlich gewähnt haben sollten, während er thatsächlich rechtlose Eroberung plante! Und selbst wenn man Friedrich zutraut, er habe in der verantwortungsschwersten Zeit seines Lebens eine solche, obenein eigentlich zwecklose Komödie gespielt — wie sollte der König nachher in der geschichtlichen Darstellung dieser Vorgänge die Fiktion von der ihm aufgedrungenen Notwehr mit den Jahre vorher ergangenen schriftlichen Aeußerungen von freundlicher und feindlicher Seite in so wunderbare Uebereinstimmung haben bringen können? Daß Friedrich im Frühjahr 1756 den Krieg nicht gewollt, nicht provoziert hat, sondern froh war, ihn mit Einstellung des russischen Vormarsches auf ein Jahr vertagt zu

sehen, ist keine Legende, sondern eine wohlbeglaubigte historische Thatsache.

Das geschah aber doch nur, weil er die Pläne seiner Feinde damals noch nicht vollständig kannte. Zwar erhielt er seit Jahren durch den bestochenen Sekretär des österreichischen Gesandten in Berlin, Baron Weingarten, Kenntnis von den aus Wien, Petersburg und London einlaufenden Depeschen, während der Sekretär in der Dresdener Geheimkanzlei, Menzel, ihm den Briefwechsel Brühls mit Bestuscheff, Verträge zwischen Sachsen und Rußland und die Berichte des sächsischen Gesandten aus Wien mitteilte. Ueber das jedoch, was in Paris vorging, war er nach wie vor im unklaren. Dort aber fiel nun eben in den Tagen, wo er die Kriegsgefahr beseitigt glaubte, die Entscheidung gegen ihn. Zwar war der bereits im Herbst 1755 gemachte Vorschlag Starhembergs zum Abschluß eines österreichisch-französischen Bündnisses noch nicht angenommen, der Pariser Hof aber doch schon mit Rußland sowohl wie mit Sachsen in Unterhandlung getreten: die Kette schloß sich, die Friedrich zu Fall bringen und erdrosseln sollte. Und nun gewann Starhemberg endlich einen ersten Erfolg, der seine Kaiserin für den Krieg mit Preußen zum mindesten vor einem französischen Angriff sicherte, wie er ihr 1744—45 verhängnisvoll geworden war. Durch den Versailler Vertrag vom 1. Mai 1756 gelobte Oesterreich für den englisch-französischen Krieg strenge Neutralität und entsagte Frankreich jedem Angriff auf die österreichischen Lande. In einem gleichzeitig geschlossenen Unions- und Freundschaftstraktat aber verbanden sich beide zum Schutz ihrer europäischen Lande mit je 24 000 Mann. Was das besagen wollte, ergeben die Geheimartikel. Greife, so hieß es da, eine andere Macht als England einen von beiden Teilen an, so hat der andere dieser alsbald den Krieg zu erklären. Zum Anschluß sollen aufgefordert werden der Kaiser, Spanien, Toskana, Sizilien und Parma. Man plante also eine Art lothringisch-bourbonisches Familienbündnis. Endlich sollte nach Ordnung der im Aachener Frieden offen gelassenen Fragen zur Vermeidung von Konflikten kein Teil einen Vertrag schließen ohne dem anderen den Inhalt vollständig mitzuteilen.

Das war der erste Schritt zur Umgestaltung des politischen Systems von Europa, wie Kaunitz sie plante. Auch zweifelte man in Wien nicht, Frankreich nun noch zu aggressivem Vorgehen gegen Preußen zu vermögen. Vielleicht gelang es, Friedrich so weit zu reizen, daß er eine Unvorsichtigkeit beging, die sich als Angriff deuten ließ und Frankreich zur Leistung der vertragsmäßigen Hilfe nötigte. Vor allem aber konnte man nun in Petersburg anders auftreten. Hatte man dort bisher gethan, als ob der Krieg mit Preußen bereits ausgebrochen und Rußland nach dem Defensivvertrag von 1746 Hilfe zu leisten verpflichtet sei, so rief man jetzt zum Angriff und zur Eroberung auf. Der angeblich defensive Charakter des Versailler Vertrages war mit einemmal vergessen, als die Zarin ihren Anschluß verhieß und für das nächste Jahr 80 000 Mann zusagte. Nun schwanden auch in Dresden und Warschau die letzten Bedenken. Unermüdlich hatte Graf Brühl in Paris und Petersburg gegen Friedrich gehetzt. Er war wohl auch der Urheber des Planes zu der Teilung, die aus dem Königreich Preußen wieder eine Markgrafschaft Brandenburg machen sollte. Oesterreich sollte Schlesien, Polen Preußen und Rußland von Polen Kurland und Semgallen erhalten. Das waren die nächsten Ziele. Würde sich aber nach ihrer Erreichung Halt machen lassen? Mußten sie nicht weitere territoriale Veränderungen und schließlich eine totale Umwälzung zur Folge haben? Treffend verglich Friedrich das Verfahren, das Oesterreich, Frankreich und Rußland gegen ihn planten, mit dem der Triumvirn Octavian, Antonius und Lepidus, die sich unter gegenseitiger Preisgebung ihrer bisherigen Anhänger und Schützlinge in das römische Weltreich teilten.

Das Geheimnis der österreichisch-französischen Unterhandlungen blieb lange gewahrt. In England kam man ihm erst durch eine aufgefangene Depesche des schwedischen Gesandten auf die Spur. Friedrichs Verdacht erregte erst Anfang des Jahres 1756 der intime Verkehr der Gesandten beider Staaten im Haag. Aber er vermutete dahinter nur die gewöhnlichen Durchstechereien. Denn daß Frankreich je das neue Haus Oesterreich vergrößern helfen könnte, hielt er für undenkbar. Vielleicht

handelte es sich also um die Neutralität Belgiens oder Oesterreichs Zustimmung zu einem französischen Angriff auf Hannover, vielleicht um die Aufstellung eines Observationscorps an der schlesischen Grenze. Selbst die Erneuerung seines Defensivbundes mit Frankreich, der im Juni 1756 ablief, hielt er daher noch nicht für ausgeschlossen und wollte von neuem zwischen Frankreich und England vermitteln, ja hoffte im Laufe des Winters den Frieden hergestellt zu sehen trotz der andauernd zweideutigen Haltung des Londoner Kabinetts, das angeblich durch die Westminster Konvention ihn nur am Anschluß an die Gegenpartei hatte hindern und dadurch die Kriegsgefahr vermeiden wollen. Denn ob es zum Aeußersten kommen werde, blieb ihm bei der scheinbaren Unentschlossenheit Rußlands, dessen Politik in undurchdringliches Dunkel gehüllt war, immer noch zweifelhaft. Rußland fehlte, so meinte er zu wissen, das Geld zum Kriege, und ohne Rußland würden auch die anderen nicht wagen etwas zu unternehmen.

Da erhielt er (7. Juni) während eines Aufenthalts in Stettin von seinem Gesandten im Haag, von Hellen, auf Grund von Meldungen des niederländischen Gesandten in Petersburg die Nachricht, daß auch ein französisch-russisches Bündnis im Werden sei, nach dem er im nächsten Frühjahr von allen Seiten angegriffen werden solle. Damit änderte sich die Lage vollkommen. Sofort ergingen an den Minister des Auswärtigen, Grafen Finckenstein, die nötigen Anweisungen. Die Truppen in Schlesien wurden vermehrt, zum Teil gleich auf Kriegsfuß gesetzt, dem in Preußen befehligenden Generalfeldmarschall v. Lehwaldt die nötige Instruktion erteilt, zugleich aber Vollmacht gegeben, nach dem ersten Sieg über die Russen um Frieden zu unterhandeln. Im Westen wurde Wesel in Verteidigungszustand gesetzt. Sowohl die in Karlsbad zur Kur verweilenden, wie die auf Werbung ausgeschickten Offiziere wurden heimgerufen. Das waren durch die Lage gebotene Maßnahmen. Den Krieg bedeuteten sie an sich noch nicht, mochten sie auch von der gegnerischen Seite als offensive aufgefaßt und mit stärkeren Rüstungen beantwortet werden. Zugleich aber zog Friedrich den neuen, erst vor Monatsfrist in Berlin angekommenen englischen Ge-

sandten ins Vertrauen, Sir Andrew Mitchell, einen Mann, der durch seine unenglisch vorurteilslose Art und klare politische Einsicht schnell sein Vertrauen gewonnen hatte und mit seinem wohlwollenden Verständnis für Preußens Eigenart und seiner ruhigen Entschlossenheit ihm in den folgenden entscheidungsschweren Wochen ein hochgeschätzter Berater und werter Freund geworden ist. In jüngeren Jahren würde Friedrich, so urteilte er selbst, dem ersten Impulse nachgegeben haben: jetzt war er darüber hinaus und gewöhnt, sich selbst beherrschend den sichersten Weg einzuschlagen. Daß es jetzt galt die Gegner zu überraschen, um nicht von ihnen überrascht zu werden, war ihm klar. Aber in voller Erkenntnis der folgenschweren Entscheidung, die er zu treffen hatte, wollte er vor der ganzen Welt gerechtfertigt dastehen: das Verhalten seiner Feinde sollte die Unanfechtbarkeit seines Handelns erweisen. Und seine Umgebung urteilte anders als er. Sein Bruder Prinz Heinrich, der Minister v. Podewils, der getreue Eichel widerrieten einen Schritt, der Preußen als Angreifer erscheinen ließ und Oesterreich ein Recht auf die Hilfe Rußlands sowohl wie Frankreichs gab. Doch fielen hier die militärischen Erwägungen schwerer ins Gewicht als die politischen. Die Aussicht auf einen glücklichen Ausgang des Kampfes schwand in demselben Maße, wie man den Gegnern Zeit ließ, alle zugleich in Aktion zu treten. Wurde dagegen Oesterreich noch im Jahre 1756 gründlich geschlagen, so besannen sich Rußland und Frankreich wohl noch, ehe sie nachträglich für dasselbe eintraten. Daß aber durch Zuwarten nichts zu gewinnen, durch Friedehalten der Kampf nicht abzuwenden war, lehrten die Rekriminationen, zu denen die angeblichen preußischen Rüstungen den Gegnern erwünschten Vorwand boten. Während er also mit seinen militärischen Beratern, obenan dem Generalleutnant Hans Karl von Winterfeld, der namentlich für sofortiges Losschlagen eintrat, mit ruhiger Energie die nötigen kriegerischen Vorbereitungen traf, genug, um auf alles vorbereitet zu sein, und doch in solchen Schranken, daß die Nachbarn dadurch nicht beunruhigt zu werden brauchten, ließ er auf den Rat Mitchells durch den Gesandten von Klinggräff Ende Juli bei Maria Theresia über den Zweck der Rüstungen

in Böhmen und Mähren anfragen, unter Hinweis darauf, daß er selbst nur Pommern gegen die Russen gedeckt, in Schlesien aber keine militärischen Maßregeln getroffen habe. Natürlich lautete die Antwort ausweichend: die allgemeine Unsicherheit der Lage gebiete, sich für alle Fälle bereit zu halten. Jeden Zweifel über ihren wahren Sinn beseitigte die Deutung, die ihr Kaunitz in Dresden gab, und die Nachrichten über die in Paris gepflogenen militärischen Beratungen. Dennoch ließ Friedrich die Anfrage nach einigen Tagen wiederholen: vielleicht daß Maria Theresia angesichts der inzwischen konstatierten Unfertigkeit der Russen lieber doch noch ein Jahr wartete, da sie wohl nicht Lust haben würde, „alles allein auf die Hörner zu nehmen". Aber die Antwort lautete vollends unbefriedigend. Am Tage nach ihrem Eingang, den 26. August, wurde der Gesandte in Dresden, v. Maltzahn, angewiesen, den bevorstehenden Einmarsch in Sachsen zu notifizieren. Angesichts der neuen Verwickelungen mit Oesterreich sehe der König sich zu seinem Bedauern genötigt, Maßregeln zu ergreifen, die ihm vor einer Lage Sicherheit gewährten, wie Sachsen sie ihm 1744—45 bereitet habe. Möglichste Schonung des Landes und respektvollste Behandlung des königlichen Hauses wurde zugesagt. Alsbald setzten sich die Truppen in Marsch. In der Morgenfrühe des 28. August verließ der König Potsdam, und am 29. überschritten die Preußen in drei Kolonnen die sächsische Grenze.

Bedürfte es bei der Menge der sich widerspruchslos ineinanderfügenden Zeugnisse noch eines Beweises dafür, daß Friedrich nicht auf Eroberung ausging, sondern um eine seines Staates Dasein bedrohende Verschwörung zu vereiteln, im Stande der Notwehr die Waffen ergriff und zuversichtlich behaupten konnte, vom Standpunkte des Rechts sei sein Vorgehen ebenso gerechtfertigt wie durch politische und militärische Rücksichten: er würde dadurch erbracht, daß der König selbst jetzt noch, wo die widerstandslos erfolgende Occupation Sachsens seine Lage wesentlich besserte, bereit war, die Waffen niederzulegen, sobald nur seine Gegner sich verpflichteten, dieses Jahr und das nächste Frieden zu halten. In diesem Sinne wandte er

sich noch ein drittes Mal nach Wien. Man habe ihm keine andere Antwort zu geben als auf die zweite Anfrage, hieß es: Oesterreich wollte den Krieg, und von seinem Standpunkte aus gewiß mit Recht. Denn daß es vor Abschluß seiner Vorbereitungen und noch ohne die vertragsmäßige russische Hilfe in den Kampf eintreten mußte, wurde dadurch aufgewogen, daß sein Gegner mit dem Odium des Friedensbruches belastet erschien. Aber daß er diesem Schicksal nicht entgehen, sondern von den gegen ihn verschworenen Mächten immer als der schuldige Teil dargestellt werden würde, hatte Friedrich vorhergesehen. Auch hat die aktenmäßige Darlegung der Umtriebe des sächsischen Hofes, die er auf Grund der in Dresden weggenommenen Originale der ihm von Menzel mitgeteilten Schriftstücke als Mémoire raisonné sur la conduite des cours de Vienne et de Saxe wohl durch den Geheimrat Hertzberg veröffentlichen ließ, daran zunächst wenig geändert, wie sie denn auch gar nicht nach des Königs Geschmack war. Auf einem ganz anderen Wege und nur sehr allmählich ist das deutsche Volk zu der Erkenntnis gekommen, auf welcher Seite das Recht war und für sein wahres Interesse gestritten wurde. Mit der Zukunft Preußens stand in diesem Kampf die Deutschlands zur Entscheidung. Denn der Sieg Oesterreichs und seiner Mitverschworenen hätte dem politischen, wirtschaftlichen und geistigen Stillstand die Herrschaft gesichert, in dessen — oft unbewußter — Bekämpfung und allmählicher Ueberwindung das Verdienst des preußischen Staates in der Vergangenheit und sein Recht für die Zukunft beruhte.

Davon erfüllte zwar nicht eine klare Erkenntnis, aber doch ein lebendiges Gefühl auch das preußische Volk. Von ihm gehoben, trat es mit seinem König voll mutiger Zuversicht in den Kampf ein, dessen Schwere und Dauer seine Kraft nahezu erschöpfen sollte. Auszuharren wurde ihm weniger durch sein Staatsgefühl ermöglicht, das immer noch nicht allzu rege war, als durch die wachsende Anhänglichkeit an seinen ruhmgekrönten König, in dem sich für Freund und Feind Preußen am eindrucksmächtigsten verkörperte. Aus dieser Gesinnung seines Volkes, dem er sich durch die höchste Pflicht unlösbar

verbunden fühlte, entnahm wiederum der König auch in den Zeiten verzweifelter Aussichtslosigkeit den Mut zum Ausharren und den Glauben an eine bessere Zukunft. Und aus dieser Wechselwirkung ist, König und Volk gleichmäßig erfüllend, in jenen Jahren des Kampfes um das Dasein der preußische Volksgeist geboren worden. Unter den Schlägen des Siebenjährigen Krieges erst ist Preußen zum Staate und das preußische Volk zur Nation geschmiedet worden.

Zweites Buch.

Der Kampf um das Dasein.

1756–1772.

I. Die ersten zwei Kriegsjahre. 1756–1757.

Wohl durfte Friedrich es als ein Glück preisen, daß er das gegen ihn geschmiedete Komplott entdeckt hatte. So waren die Verschworenen schließlich die Ueberraschten, während er bereits Anfang Juli erklären konnte, er sei fertig und warte ab, ob seine Nachbarn überrannt sein oder ihn in Frieden lassen wollten. Entschlossen seine Pflicht zu thun und im Vertrauen auf die Pflichttreue der Seinen meinte er (9. August): „Weder all das Gute, noch all das Ueble, dessen man sich versieht, pflegt einzutreffen; man muß sich in Geduld fassen und den Verlauf abwarten und, wenn man selbst Akteur ist, rastlos arbeiten, ruhig denken und rasch handeln: dann findet man schon die Mittel, auch die gefährlichsten Entwürfe zu vereiteln!" Nur dachten so nicht all die Seinen. Sein Bruder August Wilhelm, der als Prinz von Preußen dem Throne zunächst stand, verriet seine Sorge durch den Wunsch, der König möge nie gegen eine Uebermacht zu kämpfen haben, hoffte auch, die in Siebenbürgen ausgebrochene Pest werde nach Ungarn kommen und Maria Theresia zu einer friedlichen Entscheidung bestimmen. Die Antwort war deutlich: angegriffen frage ein Preuße nicht: Wie stark? sondern: Wo sind die Feinde? Ihre Uebermacht könne ihm den Sieg nicht entreißen, zumal seine Truppen jetzt noch besser geschult seien; ein Mißlingen sei „moralisch unmöglich".

Dieser Glaube an einen glücklichen Ausgang wurzelte zunächst in der Ueberzeugung von der Tüchtigkeit seines Heeres. Als „Achtung gebietend“ hatte er dieses bereits in dem „Politischen Testament“ von 1752 anerkannt; aber mit 130 000 Mann sei es zu schwach: es müsse auf 180 000 gebracht werden. Noch aber war dieses Ziel nicht erreicht. Zwar ergab das System der „Ueberkompletten“, wonach jede Compagnie eine Anzahl von Leuten hatte zur Ausfüllung etwa eintretender Lücken, beträchtlichen Zuwachs. Aber noch 1755 zählte die Armee erst 136 000 Mann. Da machte die wachsende Kriegsgefahr eine raschere Vermehrung nötig. Die Verdoppelung der Ueberkompletten — von 10 auf 20 für die Compagnie — ergab 7352 Mann. Einschließlich eines Feldregiments und der zehn Garnisonbataillone, die neu errichtet wurden, zählte die Armee bei Ausbruch des Krieges 150 000 Mann. Davon waren jedoch 22 000 Mann Garnisontruppen, ältere, zum Teil ausrangierte Leute, im Felde verwendbar also nur 128 000 Mann. Daher war dem König vorderhand mehr um gemeine Mannschaft als um Offiziere zu thun. Aber schon am Eingange der 1748 verfaßten „Principes généraux de la guerre“ — die er erst mit dem „Politischen Testament“ von 1752 zur Unterweisung seines Nachfolgers im Archiv deponierte, dann verdeutschen und als Manuskript drucken ließ, um sie im Januar 1753 als geheime Instruktion seinen Generalen mitzuteilen, — erklärte er, nur in Preußen sei noch die römische Disziplin vorhanden: da sei der Krieg eine Wissenschaft und der Friede eine Uebung darin. In der Disziplin des Heeres sieht er die Grundlage des preußischen Ruhmes und die Bürgschaft für die Erhaltung des Staates. Alle Zeit galt es ihm als Regel, „daß es bei dem Militärstande nicht anders als in den Klöstern in Rücksicht auf die Subordination und blinden Gehorsam, vom gemeinen Soldaten an bis zum Obersten, strikte gehalten werden müsse“. Mit preußischer Infanterie, erklärt er, könne man alles unternehmen, ja die Welt zu bändigen versuchen. Das war seines Vaters Werk: für ihn galt es die Offiziere, namentlich die zu höheren Kommandos berufenen, zu schulen. Dazu wurde er Militärschriftsteller und gab zunächst in den „Allgemeinen Prin-

zipien des Krieges" gleichsam die Summe seines damaligen Könnens. Doch sind sie auch für den Menschen und König charakteristisch: auf Grund ernster Studien aus der Erfahrung abstrahiert, machen sie sein militärisches und politisches Handeln in jener großen Krisis verständlich.

Denn Kriegskunst und Politik gehören zusammen und müssen namentlich Hand in Hand gehen, wenn es den Feldzugsplan zu entwerfen gilt. Dabei rechnet er, daß 60 000 Preußen es allezeit mit 75 000 Feinden aufnehmen. Was anderwärts für tollkühn gilt, kann ein General mit preußischen Soldaten jeder Zeit wagen. Denn sie leisten, was Menschen überhaupt möglich ist. Die Ueberschätzung der preußischen Tüchtigkeit, die aus diesen Worten spricht, hat sich schwer an dem König gerächt. Andererseits beweist jene Schrift, wie Friedrich, der wußte, daß für Preußen Nachbarn und Feinde eins seien, die möglichen Komplikationen längst erwogen und sich über die zu ergreifenden Maßregeln schlüssig gemacht hatte. „Unser Prinzip ist der Angriff, nicht die Verteidigung", erklärt er. Wollen von den Feinden umworbene Nachbarn nicht zu Preußen stehen, werden sie zerschmettert, bevor sie sich jenen verbinden können. Das sprach Sachsens, vielleicht Hannovers Urteil. Auch wie Sachsen zu occupieren, steht bereits fest. Von einer bloß defensiven Kriegführung will er nichts wissen. Zwar werde es sich, meint er, in einem Kriege mit Oesterreich allein um eine Defensive handeln, aber um eine solche, die mit allen Attributen eines Angriffskrieges ausgestattet ist.

Und noch ein anderes Interesse bietet seine Darlegung der für Preußen gebotenen Kriegführung. Wo er von den dem Feldherrn nötigen Gaben handelt, zeichnet er sich selbst, ohne Selbstruhm, aber auch ohne falsche Bescheidenheit und im Bewußtsein außerordentlichen Könnens. Der Feldherr, verlangt er, sei versteckt, scheine jedoch natürlich; er sei milde und streng, stets auf der Hut, jedoch ruhig, mit dem Blute seiner Soldaten nur im Notfall verschwenderisch; er sei ein Denker, handle selbst, sei unergründlich, wisse von allem, vergesse nie eines über das andere und halte auch das Kleinste nicht für unter seiner Würde; er mache sich beliebt bei den Soldaten

und spreche mit ihnen im Lager und auf dem Marsch. Nur so kann er seine Pflichten erfüllen. Ist er doch die Schildwache seiner Armee, muß für sie sehen, hören, vorsorgen und alles Uebel abwehren. Bei einem Krieg in neutralem Lande spiele er, ist das Land protestantisch — wie Sachsen — den Verteidiger der lutherischen Religion und fache den Glaubenseifer bei dem gemeinen Manne an, rede dagegen in einem katholischen Lande nur von Toleranz, predige Mäßigung und mache die Geistlichen verantwortlich für die Verfeindung der christlichen Sekten, die doch eigentlich in allen wesentlichen Punkten ihres Dogmas übereinstimmen. In einem eigentümlichen Licht erscheinen dem gegenüber freilich die nicht seltenen Expektorationen, in denen er sich als Vorkämpfer des Protestantismus brüstet.

Aber es kannte auch niemand so gut wie er die Grenzen für die Leistungsfähigkeit seines Staates. Preußen könne, meint er, nur kurze Kriege führen: ein langer Krieg werde die Disziplin zerstören, das Land entvölkern und seine Hilfsquellen erschöpfen. Deshalb suchte er das zum Kriege Nötige gleich für mehrere Feldzüge bereit zu stellen. Seine militärische Ueberlegenheit wußte er bedingt durch die finanzielle. So hatte er sich nicht begnügt mit der Wiederfüllung des erschöpften Staatsschatzes. Die Mittel zur Deckung der Kosten einer plötzlichen Mobilmachung lagen in dem „kleinen Tresor“ mit 700 000 Thalern bereit. Die Remontekasse mit 668 000 Thalern reichte aus, um nicht bloß die Ueberkompletten der Kavallerie beritten zu machen, sondern den Pferdebedarf der Armee für mehrere Feldzüge zu decken. Ein eiserner Bestand von 400 000 Thalern erlaubte, den Truppen den Sold jeden Augenblick auf zwei Monate vorauszuzahlen. Im ganzen hatte Friedrich bei Beginn des Krieges etwa 20 Millionen Thaler bar zur Verfügung. Und was bedeutete das gegenüber Feinden wie Oesterreich, wo der Regierung jährlich nur ein kleiner Einnahmeüberschuß blieb, wie Rußland, das den gewünschten Krieg ohne einen zahlungsfähigen Bundesgenossen nicht führen konnte, und Sachsen, das aus Geldmangel ganze Compagnien beurlaubt hatte, so daß von manchen keine 20 Mann in den Garnisonen blieben.

Friedrichs Zuversicht hatte also guten Grund. War er sich doch auch bewußt, als Feldherr die jugendliche Hitze und Unbedachtsamkeit überwunden zu haben, die ihn früher im Streben nach glänzenden Aktionen zu Fehlern verleitet hatte. Daß aber, wie er geglaubt hatte, auch noch nach dem Einmarsch in Sachsen der Friede möglich sei, erwies sich als ein Irrtum. In drei Kolonnen anrückend, stießen die Preußen zwar nirgends auf Widerstand und besetzten bereits am 7. September Dresden. Aber das sächsische Heer, immer noch 18 000 Mann stark, unter Augusts III. Halbbruder, dem Generalfeldmarschall Grafen Rutowski, zog sich die Elbe aufwärts in die Gegend von Pirna in eine von Natur uneinnehmbar feste Stellung. Von dorther hoffte es den Oesterreichern in Böhmen die Hand zu reichen. Politisch war das richtig gehandelt. Verließ das Heer das Land, so hörte Sachsen auf als Staat zu existieren. Es handelte sich damals um eine ähnliche Entscheidung wie 110 Jahre später. Nachdem der Wiener Hof des Königs erneute friedliche Erbietungen abgelehnt, die Gewährung von Sicherheit für dieses und das nächste Jahr verweigert hatte, konnte die Neutralität, die Sachsen nun zusagen wollte, Preußen nicht genügen, und da August III. das allerdings unerhörte, aber nach Lage der Dinge berechtigte Verlangen, die sächsischen Truppen sollten Friedrich schwören, natürlich abwies, blieb diesem nur der Weg der Gewalt. Er mußte das sächsische Heer entwaffnen, um Oesterreich angreifen und zum Frieden nötigen zu können, ehe seine Verbündeten im Felde standen. Aber Tag auf Tag, Woche auf Woche verging, ohne daß die Sachsen, obgleich rings umstellt und Mangel leidend, kapitulierten. Dadurch war die Lage politisch für Friedrich ungünstig gewandelt, als Browns Versuch, die Sachsen zu befreien, auch eine militärische Krisis herbeizuführen drohte, obgleich inzwischen Schwerin von Schlesien in Böhmen eingebrochen war, bei Königgrätz gesiegt und durch die Einnahme von Tetschen die Sachsen vollends abgeschnitten hatte. Alle bei Pirna entbehrlichen Truppen führte Friedrich daher selbst dem gegen Brown detachierten Keith zu. Mit etwa 24 000 Mann das linke Elbufer aufwärts ziehend, stieß er am Abend des 30. September bei

Lobositz auf den fast 10 000 Mann stärkeren Feind, und zwar in einer starken, durch zahlreiche Artillerie gedeckten Defensivstellung. Der Angriff (1. Oktober) war gewagt. Aber eine Fabel ist es, daß Friedrich vor Beginn des Kampfes das Schlachtfeld mutlos verlassen und seinen Bruder August Wilhelm mitzugehen bestimmt habe. Sie stammt aus des letzteren Memoiren, in die — wofür das später zwischen den Brüdern Geschehene die Erklärung gibt — die den Neidern und Gegnern des Königs genehme Darstellung Aufnahme fand. Vielmehr offenbart des Königs Handeln kühne Entschlossenheit und stolze Zuversicht. Indem er nach dem Prinzip der schrägen Schlachtordnung den von ihm befehligten rechten Flügel zurückhielt, errang der von dem Herzog von Braunschweig-Bevern geführte linke den Sieg, als die Grenadiere, die sich bereits verschossen hatten, den zum Angriff übergehenden Feind mit dem Bajonett zurückwarfen und das brennende Lobositz stürmten. Aber unverfolgt zog Brown ab, um demnächst den Versuch zum Entsatz der Sachsen zu wiederholen.

Die Schlacht bei Lobositz gab Friedrich zu denken. Die Oesterreicher schlugen sich anders als früher; auch die Führung war besser. Wollten sie immer nur in festen Stellungen kämpfen, so war beim Angriff Vorsicht geboten, da man ohne starke Artillerie viel Menschen opfern mußte. Doch hatte auch das eigene Heer des Königs kühnste Erwartungen übertroffen. Er habe geglaubt, schrieb Friedrich am 2. Oktober an Moritz von Dessau, die Armee zu kennen: nach dieser Leistung halte er nichts mehr für unmöglich, und Schwerin gegenüber bekannte er, seit er die Ehre habe die Truppen zu befehligen, habe er solche Wunder der Tapferkeit nicht gesehen. Aber der Feind war nicht vernichtet: bei der Erschöpfung seiner Reiterei hatte Friedrich ihm „eine goldene Brücke bauen müssen“. Das wußte man auch im sächsischen Lager: trotz steigenden Mangels harrte man eines neuen Entsatzversuches. Des Königs Besorgnis wuchs: denn „seine Affairen mußten darunter leiden“. Am 6. Oktober brach Brown mit einem Teil seines Heeres auf, überschritt die Elbe und zog bis gegen Schandau, wohin die Sachsen durchbrechen sollten. Aber vier Tage erwartete er sie vergeblich:

über die Elbe waren sie noch gekommen, hatten aber hungernd und frierend die nun enger geschlossenen preußischen Linien nicht mehr angreifen können. So trat Brown am 14. Oktober den Rückzug an, und am 16. Oktober streckten etwa 16 000 Sachsen die Waffen. Von den Offizieren nahmen nur vereinzelte auf Grund der ausbedungenen Erlaubnis preußische Dienste, alle sonst gingen in Kriegsgefangenschaft. Die Armee selbst konnte Friedrich in diese nicht abführen: dazu hätte er einen guten Teil der Garnisontruppen nötig gehabt. Dies und die geringe Meinung, die auch er von dem Ehrgefühl des gemeinen Soldaten hegte, machen es begreiflich, daß er unter Verletzung des Völkerrechts die gefangenen Sachsen ihm Treue zu schwören nötigte. War es diesen zu verdenken, wenn sie sich durch einen solchen Eid nicht gebunden fühlten und bei erster Gelegenheit desertierten? Sachsen wurde als erobertes Land behandelt. Was bisher an Abgaben und Diensten der rechtmäßigen Obrigkeit hatte geleistet werden müssen, hatte man hinfort dem preußischen Feldbirektorium zu leisten, das zudem unbarmherzig eintrieb, was es für den Krieg nötig hatte. Dieser Zustand wurde dadurch nicht erträglicher, daß die Preußen im allgemeinen strenge Mannszucht hielten. Damals hat sich in Sachsen jener bittere Preußenhaß aufgesammelt, der auf die Gestaltung der deutschen Dinge auch später noch verhängnisvoll einwirken sollte.

Aber so wertvoll es war, daß die Last des Krieges zunächst auf ein fremdes Land abgewälzt wurde, der erste Feldzug hatte doch nicht gehalten, was Friedrich gewollt und gehofft hatte. Statt überrannt zu sein, sah Oesterreich eines seiner Heere geschlagen, unter Umständen, die den Glauben an seine Wehrhaftigkeit steigerten. Und dabei war es, während Friedrich sich als Angreifer vor der Welt ins Unrecht gesetzt hatte, nun nicht bloß von Rußland, sondern auch von Frankreich Waffenhilfe zu fordern berechtigt. Schon bot es in Regensburg das Reich gegen ihn auf und entfachte den konfessionellen Eifer, als ob durch des Ketzerkönigs Schilderhebung der Katholizismus gefährdet sei. Sachsens Hilferuf bot die erwünschte Handhabe, zumal Friedrich weder dem kaiserlichen Dehortatorium vom

13. September Folge gab, noch von dem weiterhin eingeleiteten reichsrechtlichen Verfahren Notiz nahm. Kein Reichskreis sollte neutral bleiben dürfen. Oesterreichs Herrschaft wurde offen proklamiert. So konnte Friedrich sich als Verteidiger der deutschen Freiheit aufspielen, ein bequemes Schlagwort, dem aber doch kein größerer Wert beizumessen war, als wenn er das bedrohte Luthertum retten zu wollen erklärte. Wenn nun aber gar der ohnmächtige Kaiser das preußische Heer des seinem König geleisteten Treueides entband und anwies, dem Rebellen keine Hilfe zu leisten, mußte da nicht auch den eifrigsten Preußenfeind eine Ahnung davon überkommen, auf welcher Seite für die deutsche Zukunft etwas zu hoffen war?

Während seine Truppen in Sachsen, der Lausitz und Schlesien lagen, verbrachte Friedrich den Winter in Dresden in rastloser, allumfassender Thätigkeit. Fast durchweg wurden die Regimenter auf den „neuen Fuß“ gesetzt. Jede Compagnie wuchs dadurch um 30 Mann: das Grenadierbataillon zählte nun 786 und das Infanterieregiment 1817 Mann. Zum kleinen Krieg, namentlich an der schlesischen Grenze, wurden Freicorps zur Abwehr feindlicher Einfälle, in einigen Provinzen Landregimenter gebildet. Die gleichzeitige Vermehrung der Reiterei und der Artillerie brachte das Heer im ganzen auf über 180 000 Mann.

Nur wuchsen die feindlichen Heeresmassen doch noch in ganz anderem Maßstabe. Zwar beseitigte die Berufung Pitts an die Spitze der Geschäfte die Gefahr des Anschlusses von England an die Gegner Preußens und half Friedrich zu dem Vertrage vom 11. Januar 1757, der ihm zur Haltung von 20 000 Mann eine Million Pfund Sterling in Aussicht stellte, bewirkte auch, daß in London der Krieg gegen Frankreich energischer betrieben und auf kraftvollen Schutz der hannoverschen Neutralität gedacht wurde. Aber schon daß er seinen zweiten Sohn, den Herzog von Cumberland, zum Regenten Hannovers und Befehlshaber der dort aufgestellten Observationsarmee ernannte, konnte Zweifel an der Ehrlichkeit Georgs II. erwecken, welche die schnelle Beseitigung des kranken Pitt aus dem Ministerium noch verstärkte. Seine westlichen Lande mußte Friedrich

also zunächst ungeschützt und ebenso im Osten Preußen, da es nicht gelang, die Türkei zu einem Angriff auf Rußland zu veranlassen, um dieses so an der Aktion im Westen zu hindern. Daß in Regensburg (17. März 1757) der Reichskrieg gegen ihn beschlossen wurde, für den freilich die meisten Reichsstände die Mittel erst von französischen Subsidien erhofften, stärkte seine Gegner zwar nicht wesentlich, bedrohte ihn aber mit lästiger Beunruhigung in Rücken und Flanke. Nur Braunschweig, Hessen und Gotha hielten zu ihm. Selbst sein Bayreuther Schwager stand in Regensburg zu Oesterreich. Die Hauptgefahr aber sah der König in der österreichisch-russischen Kooperation. Am 11. Januar 1757 war Rußland zunächst dem Versailler Vertrag vom 1. Mai 1756 beigetreten, unter Verzicht auf französische Hilfe gegen einen persischen oder türkischen Angriff, aber auch nicht verpflichtet Frankreich zu helfen, wenn dieses von England oder einer italienischen Macht angegriffen wurde. Dann regelte es auf Grund des Vertrages vom 22. Mai 1746 durch die Petersburger Konvention vom 2. Februar 1757 die gemeinsame Aktion mit Oesterreich. Weil Preußen gegen die heiligsten Verträge Oesterreich nun zum viertenmal angegriffen und auch Sachsen vergewaltigt habe, stellten die beiden Kaiserinnen je 80 000 Mann, die russische zudem eine beträchtliche Flotte. Die Russen sollten in Preußen einfallen, während die Oesterreicher dessen Heere weiter beschäftigten, Waffenstillstand und Friede nur gemeinsam geschlossen, der Krieg aber fortgesetzt werden, bis Maria Theresia unter Bürgschaft Rußlands im Besitz von Schlesien und Glatz hergestellt wäre. Die übrigen Mächte sollten eingeladen werden, bei diesem im Interesse des künftigen Friedens der Menschheit zu leistenden Dienste mitzuwirken, namentlich Frankreich, Schweden und Dänemark. Sachsen, das die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen außer stande sei, sollte hergestellt und gebührend entschädigt werden.

Niemals sonst ist in einem Vertrage zwischen zwei großen Staaten der persönliche Haß ihrer Leiter gegen den dadurch Bedrohten so ausschließlich zu Worte gekommen wie in diesem. Darum schon konnte er nicht Bestand haben; seine Lösung aber

mußte den Gegensatz der beiden Staaten noch steigern. Weder für Rußland noch für Oesterreich war die Erniedrigung Preußens politisch notwendig, weder für dieses noch für jenes dem anderen gegenüber ein Gewinn. Es wurde nur, was der beiden Kaiserinnen persönlichen Haß befriedigen sollte, ausgegeben für geboten durch das Interesse Europas: allen Souveränen müsse daran liegen, daß der König von Preußen die Sicherheit und Unabhängigkeit seiner Nachbarn nicht mehr gefährden könne. Im Vergleich damit bewahrte man sogar in Frankreich noch einigermaßen die Ruhe. Erst nach langem Kampf und nur durch den Appell an die niedrigsten Leidenschaften überwand dort die österreichische Diplomatie das Schwergewicht der geschichtlich gegebenen großen nationalen Interessen. Dank der Marquise von Pompadour wurde am 1. Mai 1757 in Versailles ein neues österreichisch-französisches Bündnis unterzeichnet, in dem man Preußens Todesurteil zu redigieren wähnte. Frankreich half seinem Erbfeind mit 105 000 Mann, unterhielt in dessen Dienst 6000 Bayern und 4000 Württemberger und zahlte ihm 12 Millionen Gulden jährlich, bis Oesterreich nicht bloß Schlesien und Glatz zurückgewonnen, sondern auch Krossen und einige Nachbargebiete erhalten hätte, deren bisherige Besitzer ebenfalls Preußen entschädigen sollte. Der Krieg sollte so lange fortgeführt werden, bis Friedrich auch Magdeburg, Halle und Halberstadt, Vorpommern und Kleve nebst Geldern abträte, um Sachsen, Kurpfalz und Schweden zu vergrößern. Frankreich war ein Teil der österreichischen Niederlande zugedacht, deren Hauptmasse der mit einer Tochter Ludwigs XV. vermählte Infant Philipp erhalten sollte. Im Zusammenhang damit waren tiefgreifende territoriale Aenderungen in Italien geplant. Wurde dieses Programm verwirklicht, so übte das Haus Habsburg-Lothringen im Bunde mit Rußland und den seinen Interessen dienstbar gemachten Bourbonen die Diktatur in Europa, Deutschland war eine österreichische Provinz und Preußen, aus der Reihe der Großmächte gestrichen, zu reichsständischem Stillleben verurteilt. Aber es konnte nicht verwirklicht werden, weil keine französische Regierung auf die Dauer eine Politik verfolgen konnte, welche die vitalsten nationalen Interessen mit Füßen trat.

Es war wirklich eine Welt in Waffen, die sich gegen Friedrich erhob. Denn im Gedränge zwischen dem mächtigen Nachbarn im Osten und der alten Schutzmacht im Westen, war auch Schweden am 21. März 1757 seinen Gegnern beigetreten und stellte ihnen 26 000 Mann. Ueber 400 000 Mann sollten im ganzen gegen Preußen im Felde stehen, denen dieses mit Aufbietung aller Kräfte nicht viel über 150 000 Mann entgegenstellen konnte, während seine etwa 30 000 Mann Garnisontruppen den so an sie gestellten Ansprüchen kaum genügen konnten. Friedrich war sich des Ernstes der Lage bewußt. So ruhig und heiter er schien — bei sich und mit sich hatte er abgeschlossen, mochte er im Glauben an die Gerechtigkeit seiner Sache auch hoffen, die Vorsehung werde ihn nicht im Stich lassen. Für den äußersten Fall traf er während eines kurzen Aufenthalts in Berlin (10. Januar) Anordnungen. Die königliche Familie und der Schatz sollten bei einer Niederlage in Sachsen in Küstrin, vor den Russen in Magdeburg geborgen werden. Fiel er, so sollte alles unverändert fortgehen, nur die Eidesleistung, namentlich in Schlesien, beeilt werden. Wurde er gefangen, so sollte kein Befehl von ihm beachtet, er weder durch eine Provinz noch auch nur durch Lösegeld freigekauft, sondern es sollte weitergekämpft werden, „als ob er nie auf der Welt gewesen wäre". Mit ihrem Kopf machte er seine Brüder, die Minister und Generale dafür verantwortlich. Hatte Winkelmann nicht recht gehabt, wenn er (S. 58) diesem Staat spartanischen Geist nachrühmte?

Voll Zuversicht ging Friedrich dem Kampf entgegen. Was Preußen sei, schrieb er der Markgräfin von Bayreuth, werde man erst jetzt sehen. Dank seiner Disziplin werde es mit der Ueberzahl der Oesterreicher, dem Ungestüm der Franzosen, der Wildheit der Russen und den Scharen der Ungarn fertig werden. Darauf war auch der Plan für den Feldzug 1757 angelegt. Ob der schließlich ausgeführte der ursprüngliche war, ob er von dem König selbst herrührte oder dieser Winterfelds Gedanken aufnahm und wem von beiden der Hauptanteil an seiner Ausgestaltung gebührt, ist vielfach erörtert worden. Als das beste Ziel für einen Angriff auf Oesterreich hat Friedrich wiederholt

Mähren bezeichnet: Böhmen sei, wie er 1744 erfahren, leicht zu erobern, aber schwer zu behaupten. Im ganzen lief sein Kriegsplan darauf hinaus, daß er seine Entschlüsse von den Bewegungen der Gegner abhängig machen, d. h. sich strategisch in der Defensive halten, zu deren wirksamer Durchführung aber im rechten Augenblick taktisch die Offensive ergreifen wollte. Wenn er aber als Ziel für diese bald Mähren, bald Böhmen ins Auge faßte, um schließlich letzteres festzuhalten, so erklärt sich das aus seiner Lage und ihrer nach Verhältnissen und Stimmungen wechselnden Auffassung. Ein Vorstoß nach Mähren, den er im Winter 1756/57 plante, hätte ihn weiter von seiner Operationsbasis entfernt, als die in Rücken und Flanke drohenden Gefahren ratsam erscheinen ließen. Drang er in Böhmen ein und nahm Prag, so trieb er in die Gesamtstellung seiner Feinde einen Keil, trennte die Oesterreicher von dem Reichsheer und den Franzosen und konnte sich je nachdem links gegen jene oder rechts gegen diese wenden. Und was für einen Eindruck mußte letzteres in Frankreich machen! Auch schrieb Friedrich seiner Schwester Wilhelmine am 7. Februar, vor Mitte Mai könnten die Gegner nicht handeln, da ihre Vorbereitungen in Prag nicht so weit seien wie angenommen, während er bisher reichlich 3000 Menschen für die Artillerie habe arbeiten lassen. Demnach plante er, wie es scheint, bereits damals die Belagerung Prags. Damit der Angriff auf Böhmen nicht als auf eine Eroberung zu dauerndem Besitz gerichtet erscheine und gegen ihn ausgebeutet werde, hatte er eine Flugschrift, die Böhmen als ihm gebührend erweisen wollte, bereits im Januar 1757 öffentlich verbrennen lassen.

Der Verlauf ist bekannt. Nach einem vielverheißenden Anfange stürzte er Friedrich und seinen Staat in eine schwere Krisis. Noch Mitte April unter dem König und Schwerin von Sachsen und Schlesien her in Böhmen eingerückt, erschienen die Preußen, im ganzen 117 000 Mann, unter siegreichen kleineren Gefechten in vier Kolonnen heranziehend, mit 60 000 Mann vor Prag, zu dessen Deckung Brown von den auf eine lange Linie verstreuten Oesterreichern glücklich etwa ebensoviel noch rechtzeitig herangeführt und auf den Höhen nördlich der Stadt,

gedeckt durch sumpfige Wiesen und unter dem Schutz einer starken Artillerie, kaum angreifbar aufgestellt hatte. Aber Friedrich griff an, wieder mit der schrägen Schlachtordnung. Ein mörderischer Kampf entbrannte am 6. Mai. Heldenmütig stürmten die Grenadiere gegen die Höhen; reihenweise wurden sie von dem feindlichen Feuer niedergemäht. Eine Fahne in der Hand, setzte sich der greise Schwerin an die Spitze der Weichenden. Auch er fiel. Aber schließlich gelang das unmöglich Scheinende dennoch. Des Königs eigenes Eingreifen durchbrach die Stellung der Feinde, die erneutem Andringen in wachsender Verwirrung vollends wichen. Ein Teil wurde ab- und über die Sazawa zurückgedrängt, die Hauptmasse — 50 000 Mann, davon 10 000 Verwundete und Kranke, obenan der schwer verwundete Brown — warf sich nach Prag. Ihr Schicksal schien besiegelt. Von dem Triumphe, sie die Waffen strecken zu sehen und so Oesterreich zum Frieden zu nötigen, hoffte der König Trost für die furchtbaren Verluste der Schlacht. Bis dahin sollte Böhmen Sachsens Schicksal teilen, ihm Mannschaften und Geld liefern. Aber es ging ähnlich und dann schlimmer als bei Pirna.

Bis das schwere Geschütz herankam, vergingen drei Wochen. Erst in der Nacht vom 29. zum 30. Mai konnte das Feuer auf Prag eröffnet werden. Inzwischen sammelte an der oberen Elbe Feldmarschall Daun ein Entsatzheer, das zu beobachten der Herzog von Braunschweig-Bevern in die Gegend von Kolin detachiert wurde. Daun durch Zerstörung der Magazine in seinem Rücken zum Abzug zu nötigen, gelang nicht. So versuchte der König eine neue Auflage von Lobositz zu liefern. „Hier hilft nichts," meinte er, „Daun muß nach Mähren hinein, er mag stark oder schwach sein, sonsten kriegen wir Prag nicht." Aber diesmal mißlang das Wagnis. Auch war es nicht die Ueberlegenheit Dauns, der des Königs 30 000 Mann 50 000 entgegenstellen konnte, was am 18. Juni bei Kolin gegen Friedrich entschied, auch nicht eine im Laufe des Kampfes beliebte Abweichung des Königs von den getroffenen Dispositionen, sondern die Mißachtung derselben durch einige seiner Generale, infolge teils überhitzten Eifers, teils eines mit dem Drange

der Umstände entschuldbaren Irrtums. Die schräge Schlachtordnung versagte, weil der zur Unthätigkeit bestimmte rechte Flügel sich mit dem gedeckt stehenden linken Flügel des Feindes in ein aussichtsloses Gefecht einließ, auf dem linken aber der künstliche staffelweise Aufmarsch zur Ueberflügelung des Feindes mißlang. So fehlten dort schließlich die paar Bataillone, deren es bedurft hätte, um den bereits erschütterten Feind zum Weichen zu bringen, und der heiße Tag endete mit der Niederlage des bisher unbesiegten Königs, die ihm 8000 Mann — seine besten Truppen — kostete und alle seine Pläne über den Haufen warf.

Die Belagerung Prags mußte aufgehoben werden. Erfolgte der Aufbruch (20. Juni) auch unbehelligt „mit klingendem Spiel und der größten Fiertät“, so war doch von einem Vorstoß in das Reich, wo die Streifereien preußischer Reiter — namentlich in Bayern — bereits Friedenswünsche erweckt hatten, nicht mehr die Rede. Die Verstärkung der gegen Hannover operierenden französischen Armee ließ von dorther einen Angriff fürchten. Kamen die Franzosen nach Magdeburg, war es nach Friedrichs Urteil „vorbei“. Pommern bedrohte der schwedische, Preußen der russische Einfall. Woher die zur Abwehr nötigen Mannschaften nehmen? Prag und Kolin hatten den Kern seines Heeres verschlungen. Es war noch sehr wenig gesagt, wenn Friedrich fand, seine Lage fange an schwierig zu werden. „Wäre ich bei Kolin gefallen,“ schrieb er an d'Argens, „so wäre ich jetzt in einem Hafen, wo ich keine Stürme zu fürchten hätte. Noch muß ich auf diesem unruhigen Meere fahren, bis ein kleiner Fleck Erde mir das Gute gewährt, das ich in dieser Welt nicht finden konnte.“ So unüberwindlich schienen ihm die sich auftürmenden Schwierigkeiten, daß er Frankreichs Vermittelung anzurufen dachte und durch seine Schwester von Bayreuth mit Ritter Folard, dem Gesandten Ludwigs XV. an den deutschen Höfen, anzuknüpfen wünschte. Dazu kam der tiefe Schmerz über den Tod seiner Mutter, die am 28. Juni starb. Aber er richtete sich an seinem Pflichtgefühl wieder auf, gedachte er der Tüchtigkeit seiner Truppen und des guten Willens aller, vom Feldmarschall bis hinab zum gemeinen Soldaten. Im vollen Bewußtsein der Verantwortlichkeit für sein Volk

und seinen Staat wollte er sich unter dessen Trümmern begraben lassen: als König will er auch königlich denken, und einem solchen müsse sein Ruf teurer sein als sein Leben.

Aber das Unglück begann erst. Auf dem Rückzug nach Schlesien, der endlich angetreten werden mußte, brachte seines Bruders August Wilhelm Unfähigkeit alles in Gefahr. Unbarmherzig, beleidigend ließ Friedrich ihn seine Ungnade fühlen. Bereit, das eigene Mißgeschick dem blinden, aller Logik Hohn sprechenden Zufall zuzuschreiben (S. 45), kannte er kein Erbarmen mit dem Manne, den er auf einen Posten gestellt hatte, für den seine Fähigkeiten nicht ausreichten, um so weniger als er in dem Prinzen den Mittelpunkt eines Kreises Unzufriedener und abfällig Urteilender vermutete. Er wünschte sich „eiserne Eingeweide“ und ein „ehernes Herz“. Denn ihm, der im Grunde seines Wesens zum Epikuräer angelegt war, schien die Epoche des Stoicismus gekommen. Kaum wußte er, wo zuerst helfen und retten. In Pommern, wo er die Bildung einer Landmiliz angeordnet hatte, standen die Schweden. Nachdem in Hannover Cumberland die halb gewonnene Schlacht bei Hastenbeck (26. Juli) kopflos verloren gegeben und Richelieu, ebenso kopflos, ihm die Konvention von Kloster Zeven bewilligt hatte, welche die hannoversche Armee als neutral außer Gefecht setzte, hatten die Franzosen freie Hand gegen Halberstadt und Magdeburg. Wirklich knüpfte der König da mit Richelieu Unterhandlungen an, überzeugte sich aber bald von ihrer Aussichtslosigkeit. Inzwischen wurde in Ostpreußen, wo man den Bauern Waffen und ehemalige Offiziere zu Führern gegeben, dadurch aber höchstens die Russen zu noch üblerem Hausen gereizt hatte, der greise Feldmarschall v. Lehwaldt, der den 80 000 Mann Apraxins nur 25 000 entgegenstellen konnte, bei Groß Jägersdorf (30. August) geschlagen, und die Provinz, auf der das Königtum beruhte, wäre verloren gewesen, hätte nicht das Gerücht von dem Tode der Kaiserin Elisabeth und die Rücksicht auf die preußenfreundliche Gesinnung des Thronfolgers den russischen Feldherrn zur Unthätigkeit und dann zum Abzug bestimmt. Und in Schlesien, wo Braunschweig-Bevern der Uebermacht weichen mußte, erlag General v. Winterfeld der am 7. Sep-

tember bei Moys nächst Görlitz erhaltenen Todeswunde — für Friedrich als Militär und als Menschen ein besonders schmerzlicher Verlust. Wohl kamen ihm bei all diesem Unheil gelegentlich Zweifel an der Richtigkeit seines Handelns, aber erneute ernste Prüfung gab ihm die beruhigende Ueberzeugung, daß er nicht anders hatte handeln können. In zwei Denkschriften „Raisons de ma conduite politique" und „Raisons de ma conduite militaire" that er das ausführlich dar. Beide überantwortete er Finckenstein, wie Eichel meinte, als „eine Apologie für die postérité". Denn mehr auf diese als auf die Mitlebenden war sein Denken gerichtet. Ehe er seine Schande und die Schmach seines Hauses unterschrieb, war er entschlossen den Tod zu suchen. „Ließe ich," schreibt er den 17. September seiner Schwester Wilhelmine, „der Natur ihren Lauf, so würden Kummer und Krankheit meine Tage abkürzen. Das aber würde heißen mich selbst überleben und feige dulden, was zu vermeiden in meiner Macht steht." Die Sache Preußens, dessen Sturz das Schicksal oder ein Dämon beschlossen, schien ihm damals so gut wie verloren.

Er ersehnte eine Schlacht. Aber wie es ihm in der Lausitz nicht gelungen war, Karl von Lothringen aus seiner festen Stellung bei Zittau herauszulocken, so wich auch die zweite französische Armee, die unter dem Herzog von Soubise mit einem österreichischen Corps und den Reichstruppen unter dem Herzog von Hildburghausen durch Thüringen auf Dresden im Marsch war, seinem Vorstoß aus. Und schon diese Verzögerung der Entscheidung steigerte die Schwierigkeiten der Lage. Ostpreußen mußte seinem Schicksal überlassen werden. Der König befahl Lehwaldt, zu ihm zu eilen: „Wofern Ihr nicht kommt, ich caput und verloren sein würde," schrieb er ihm. Dazu wuchsen die finanziellen Sorgen. Die Einkünfte aus Westfalen, Preußen, Magdeburg, dem besten Teil Pommerns und einem großen Teil Schlesiens hatte er eingebüßt; die Armee mußte aus dem Schatz unterhalten werden. Woher sollte das Geld für die nächste Campagne kommen? Nun gaben die Stände von Magdeburg und Halberstadt ein gefährliches Beispiel, indem sie mit den Franzosen wegen Neutralität unterhandelten.

Bald war gar Berlin durch ein österreichisches Streifcorps unter Hadik bedroht. Es zu retten eilten Moritz von Dessau, Prinz Heinrich, Ferdinand von Braunschweig, der König selbst herbei. Da räumte Hadik die am 16. Oktober eingenommene Köpenicker Vorstadt bereits in der Frühe des 17. wieder. Von neuem drang die Markgräfin von Bayreuth in den Bruder, mit Frankreich anzuknüpfen und einen Unterhändler mit ausreichender Vollmacht gleich nach Paris selbst zu schicken. Nie, so lautete die Antwort, werde er Krone oder Thron durch eine Erniedrigung erkaufen. Lieber werde er hundertmal untergehen als einmal eine solche auf sich nehmen. Durch Thaten hoffe er demnächst so mit den Franzosen zu sprechen, daß sie, freilich zu spät, ihre Frechheit und ihren Stolz bedauern sollten.

Ueber Erwarten ging dieses Wort bei Roßbach (5. November) in Erfüllung. Durch verstellten Rückzug hatte der König die Armee Soubises, die seinem erneuten Vorstoß wieder keine Blöße geboten, endlich in die Ebene bei Weißenfels gelockt und durch scheinbare Unthätigkeit in verblendete Siegesgewißheit gewiegt, um sie dann während ihres Aufmarsches durch den Angriff zu überraschen. Während seine Reiterei unter dem jugendlichen Seydlitz die feindliche hinwegfegte, wurde das nur zum Teil geordnete Fußvolk in der Flanke genommen und suchte bald sein Heil in atemloser Flucht. In kaum zwei Stunden war die Armee Soubises zertrümmert. Aufs kläglichste war die Ruhmredigkeit der Franzosen zu schanden geworden, Deutschland an ihnen gerächt. Das machte jedes Deutschen Herz höher schlagen. Auch die deutschen Gegner Friedrichs freuten sich des Sieges, der den Deutschen insgesamt zur Ehre gereichte, freilich nicht dem Reiche, mochten auch die Reichstruppen von Soubise — wider besseres Wissen freilich und in Berechnung auf die Empfänglichkeit seiner Landsleute für solche Täuschung — für die Niederlage verantwortlich gemacht werden, die seine Unfähigkeit und die Untüchtigkeit seiner Offiziere und Soldaten verschuldet hatte.

Recht froh jedoch wurde der König auch dieses Sieges nicht. Wohl konnte er nun Lehwaldt in Pommern gegen die Schweden verwenden, aber Richelieu das Schicksal Soubises zu

bereiten und so die Franzosen „traitable“ zu machen, hinderten ihn die Schreckensnachrichten aus Schlesien. Dort hatte Braunschweig-Bevern vor der feindlichen Uebermacht bis Breslau zurückweichen müssen, Schweidnitz nicht entsetzen können und war schließlich in Gefangenschaft gefallen. Selbst Breslau ging verloren. Das Schicksal Schlesiens schien entschieden: Maria Theresia hatte die Abtretung widerrufen und schickte sich an, von dem Lande wieder Besitz zu nehmen, wo es nicht an geheimen Anhängern Oesterreichs fehlte. Blieb Schlesien in den Händen der Oesterreicher, so mußte das moralisch von unheilvollster Wirkung sein, die Zuversicht der Feinde und den Kleinmut der Freunde steigern. Schon hatte Finckenstein dem König das Versprechen abgerungen, nach Beendigung der Operationen einen Gesandten nach Frankreich zu schicken. An Schlesien hing also alles. Dorthin eilte Friedrich. In vierzehn Tagen — für jene Zeit eine außerordentliche Marschleistung — legte er die 42 Meilen von Leipzig nach Parchwitz zurück, wo er am 28. November ankam. Aber einschließlich der Reste der schlesischen Armee hatte er nur 33000 Mann, kaum die Hälfte von dem, womit ihn Karl von Lothringen erwartete. Aber er mußte siegen. Kaum gibt es ein erhebenderes Bild als die heldenhafte Entschlossenheit, mit der er, feierlichen Ernst und freudige Heiterkeit paarend, als vollendeter Menschenkenner die edelsten Regungen seiner Generale so gut wie des gemeinen Mannes zu entflammen wußte, indem er das eiserne Gebot der Disziplin, Ehrgefühl und Vaterlandsliebe zugleich mit dem bestrickenden Zauber seiner unvergleichlichen Persönlichkeit einsetzte, und wie er so die Armee zu der lichten Höhe emporhob, die er selbst angesichts der großen Entscheidung einnahm. Für sie wie für ihn gab es nur den Sieg. Sein Testament war gemacht und an Finckenstein geschickt. In wenigen Zeilen bestimmte er, wie es gehalten werden sollte, wenn er fiel. Die Generale waren informiert, was sie dann thun sollten, nach dem Siege ebenso wie nach der Niederlage. Er wollte dann in Sanssouci ohne Gepränge und nachts begraben werden.

Ein heiliger sittlicher Ernst erfüllte Heer und Feldherrn, und wenn Friedrich einst in etwas anderem Sinn gemeint hatte,

ein Mißlingen sei moralisch unmöglich (S. 79): an dem Tage von Leuthen (5. Dezember) ging das Wort in Erfüllung. Feldherr und Heer standen auf einer moralischen Höhe, die auch die Schrecken des Krieges adelt und mit den schönsten Idealen der strebenden Menschheit verknüpft. Das kam zum Ausdruck, als die preußischen Grenadiere im Anmarsch auf den Feind „O Gott, du frommer Gott" anstimmten und nach beendeter Blutarbeit „Nun danket alle Gott" von den Lagerfeuern durch die stille Nacht klang. Mußte da nicht dem König eine bisher kaum geahnte Seite in dem Seelenleben seines Volkes aufgehen, der bequeme Determinismus seines unchristlichen Denkens erschüttert werden und der Glaube an die bisher bezweifelte göttliche Weltregierung sich tröstend erheben? Waren Luthertum und Reformation ihm bisher Schlagworte gewesen, die er um ihres Effektes willen brauchte: damals muß ihm eine Ahnung davon aufgegangen sein, daß darin ein kostbares Stück von dem Lebensinhalt seines Volkes beschlossen lag. Indem sein Heer ihn damit gleichsam zum Helden des Protestantismus proklamierte, erschloß es ihm eine neue und unerschöpflich reich strömende Quelle moralischer Kraft. Den deutschnationalen Sympathien, die ihm Roßbach gewonnen, wuchsen die damals noch stärkeren evangelischen zu.

Das aber war für den schließlichen Ausgang des großen Kampfes wichtiger noch als der neue kriegerische Ruhm, den er und sein Heer gewannen. „Seine Art, den Feind zu attaquieren" — die schräge Schlachtordnung — bewährte sich glänzend, so sehr, daß man wohl gemeint hat, sie sei hier überhaupt zuerst angewandt. Den linken Flügel zurückhaltend, umging Friedrich, in vielgegliedertem Marsch weit ausholend, den feindlichen rechten. Schlesien war gerettet. Am 20. Dezember kapitulierte Breslau: 15 000 Mann streckten die Waffen. Fouqué säuberte das Land vollends vom Feinde, von dem dankbaren König als Imperator begrüßt — ein Mann, wie Friedrich sie nötig hatte. Am 28. ergab sich Liegnitz. Und die Tage von Schweidnitz, das bereits belagert wurde, waren gezählt.

II. Der Krieg von 1758–1763.

Als Friedrich (8. Dezember 1757) seiner Schwester Wilhelmine den Leuthener Sieg meldete — „einen der größten dieses Jahrhunderts“ — meinte er des Friedens bis zum März sicher zu sein. Das war ein schwerer Irrtum. Seine militärische Lage hatte sich allerdings gebessert, doch nicht so, daß sie hätte für freier, günstiger und glänzender gelten und größere Gewähr für den schließlichen Ausgang geben können. Wohl war die Reichsarmee aufgelöst, von den beiden französischen die eine versprengt, die andere in vollem Rückzug, Preußen von den Russen geräumt und das schwedische Pommern zum Teil erobert: aber die europäische Allianz gegen Preußen bestand noch. Diese Stabilität der politischen Lage wog die Besserung der militärischen auf und brachte selbst den Umschlag, der in England eintrat, für Friedrich zum Teil um seine Wirkung.

Gleich die Ausführung der Konvention von Kloster Zeven, deren Abschluß Richelieu als ebenso unfähig und kopflos erwiesen hatte wie Cumberland (S. 93), hatte Streitigkeiten veranlaßt, die zu ihrer Verwerfung und der Abberufung Cumberlands führten: Pitt wurde wieder Minister. Wohl säuberte nun Ferdinand von Braunschweig, der auf Friedrichs Empfehlung an Cumberlands Stelle trat, Hannover und Westfalen von den Franzosen, aber der am 11. April 1758 in London unterzeichnete Vertrag, obgleich er ihm 670 000 Pfund Sterling (12 Millionen Mark) und die Aufstellung eines Heeres von 50 000 Engländern und 5000 Hannoveranern zusicherte, befriedigte den König nicht völlig, weil er die Entsendung einer Flotte nach der Ostsee nicht gewährte. Erst später, so dachte er, werde rechter Gewinn daraus zu ziehen sein, da nun doch jedenfalls England ihn in der Verfolgung „seines Vorteils“

nicht werde hindern können. Welchen Vorteil er meinte, sagt er nicht: doch wird nur an territorialen Gewinn zu denken sein. Auch ließ er die eingehenden englischen Hilfsgelder nicht gleich verwenden, sondern aufbewahren: er wollte dem Londoner Kabinett gegenüber nicht gebunden sein und vielleicht aus eigener Kraft Erreichtes nicht als dem englischen Gelde zu danken in Anspruch nehmen lassen. Wie viel aber mußte ihm doch die Kooperation der Armee Braunschweigs wert sein, der den Franzosen über den Rhein folgte und am 23. Juni bei Krefeld eine Niederlage beibrachte.

Während des Winters erholte sich der König in der Gesellschaft d'Argens' und anderer in Breslau von dem „wüsten Kriegsleben". Froh seiner Erfolge, aber ohne Ueberhebung, war er heiter und glücklich in der Hoffnung auf baldigen Frieden. Denn in der Stille bekannte er sich doch, daß seine Position nicht lange haltbar sei: er verglich sich einem Seiltänzer, der endlich von seinem Seil heruntersteigen darf. Uebersah doch er allein die Lage vollständig und ihre mit jedem Monat wachsenden Schwierigkeiten. Für den neuen Feldzug hoffte er 150 000 Mann zu haben, 100 000 Mann in Schlesien und je 22 000 in Sachsen und Pommern, dazu die Garnisonen in Magdeburg und kleineren Plätzen. Nur waren das nicht mehr die alten Truppen. Schon zwei Feldzüge hatten die Disziplin heillos gelockert. Die Instruktion für die Verteidigung Sachsens macht (11. März) Prinz Heinrich darin die größte Strenge zur Pflicht: jede größere Insubordination ist mit dem Tode zu bestrafen. Auch dem Stock soll Achtung verschafft werden. Die Desertion nahm zu mit der Zahl der gewaltsam in die Armee Gesteckten. Diese wuchs mit den Schwierigkeiten, die sich der regulären Ergänzung des Heeres entgegenstellten. Wie die sächsischen Kriegsgefangenen mußten auch schwedische und solche aus der Reichsarmee preußische Dienste nehmen. Dem Herzog von Mecklenburg-Schwerin, der Ende des Jahres 1757 sich Frankreich verbündet hatte, nahm man kurzerhand ein paar Tausend Mann zum „Unterstecken" weg. In Sachsen, Mecklenburg, Schwedisch-Pommern wurden Aushebungen vorgenommen. Allein von Sachsen verlangte Friedrich für das Jahr 1758 4000—6000 Rekruten,

zu deren Beschaffung das Land nach preußischer Art in Kantons eingeteilt wurde. Daß man Deserteure einstellte, versteht sich von selbst. Aus französischen Kriegsgefangenen wurde ein Freicorps angeworben. Trotz alledem aber wurde dauernd über den Mangel an Mannschaften geklagt und den massenhaft desertierten Sachsen, kehrten sie freiwillig zurück, Straflosigkeit zugesichert: sonst endeten sie, ergriff man sie, am Galgen. Auch die Qualität der Truppen sank. Artillerie und Ingenieure erfahren gelegentlich herben Tadel. Namentlich die ostpreußischen Regimenter werden als „Bärenhäuter“ und unzuverlässig gescholten, später andere als so entmutigt, daß man sich nicht mehr auf sie verlassen könne.

Die Mittel zum Kriege zu schaffen hielt schon schwer, so unbarmherzig die occupierten Gebiete ausgesogen wurden. Die feindlichen Fürsten sollten gezüchtigt werden: getroffen wurden ihre schuldlosen Unterthanen, namentlich seit die Gewaltthaten der Franzosen und Russen vergolten werden sollten. Geld, Naturalien und Pferde wurden schonungslos eingetrieben. Gingen Kontributionen nicht gleich ein, wurde mit Plünderung gedroht, und um ein Exempel zu statuieren, sollte damit gelegentlich auch Ernst gemacht werden. Am meisten hatte natürlich Sachsen zu leiden. Dort sollten alle ordentlichen Einkünfte abgeliefert werden. Unter dieser Bedingung war ihre Verwaltung den Ständen überlassen. Als sie nicht erfüllt wurde, wurde eine außerordentliche Kontribution von 2 700 000 Thalern ausgeschrieben. Für 1759 verlangte Friedrich kurzweg acht Millionen. Die reicheren Orte wurden noch besonders geschatzt. Dresden büßte die Unpünktlichkeit in Leistung einer auferlegten Zahlung mit 500 000 Thalern (Januar 1758): bei der häuserweisen Eintreibung wurden die höfischen Edelleute und die Katholiken besonders belastet. Als Leipzig die 600 000 Thaler, die ihm wegen Begünstigung der Reichsarmee auferlegt waren, nicht gleich aufbrachte, sollten die Vorstädte niedergebrannt und die zur Messe anwesenden reichen Kaufleute persönlich haftbar gemacht werden.

Uebel begann das neue Jahr auf dem östlichen Kriegsschauplatz. Die Russen rückten wieder in Ostpreußen ein: am

22. Januar 1758 besetzten sie Königsberg. Friedrich mußte die Provinz ihrem Schicksal überlassen. Graf Dohna sollte zugleich die Schweden abwehren und die Russen wenigstens Pommern und der Neumark fernhalten. Während dann Ferdinand von Braunschweig weiter glücklich gegen die Franzosen focht und Prinz Heinrich Sachsen deckte, hoffte Friedrich selbst durch einen entscheidenden Schlag gegen Oesterreich den Frieden zu erzwingen, bevor das russische Hilfscorps zur Stelle war. Der Angriff galt diesmal Mähren. Während Schweidnitz, das die Oesterreicher noch behaupteten, belagert wurde und kapitulierte, brach er mit über 90000 Mann dort ein, ließ Olmütz durch Keith einschließen und deckte selbst die Belagerung gegen einen Entsatzversuch Dauns. Prinz Heinrich aber streifte nach Franken und führte als Pfand für die ausgeschriebene Kontribution den Bamberger Kirchenschatz mit fort. Auch mit den ungarischen Protestanten waren geheime Verbindungen angeknüpft. Aber Olmütz, dessen Fall der König bis Mitte Juni erwartet hatte, war Ende Juni noch nicht bewältigt, als Laudon einen Transport Munition und Geld, bei dem sich auch 4000 Rekonvalescenten befanden, abfing. Das machte die Aufhebung der Belagerung nötig. Am 2. Juli wurde der Rückzug nach Böhmen angetreten.

In der Gegend von Königgrätz nahm Friedrich Stellung. Aber Daun zu einer Schlacht zu verlocken, gelang ihm nicht. Inzwischen hatten die Russen sich in Ostpreußen häuslich eingerichtet. Die Bevölkerung hatte Elisabeth huldigen müssen, und die Grenzpfähle bezeichneten die Provinz als Neurußland. Nun zog ihr Heer durch Pommern in die Neumark. Während Friedrichs ganzer Kriegsplan darauf beruhte, daß sie ihn bis nach der Abrechnung mit Oesterreich ungestört ließen, war jetzt die Ueberlegenheit wieder aufgehoben, die er seit Leuthen über die Oesterreicher gewonnen hatte. Eine schwere Krisis nahte. Tief beugte die Sorge davor den König. Dazu kam häusliches Leid. Am 2. Juni starb der Prinz von Preußen, von dem königlichen Bruder mit einer Geringschätzung und Härte behandelt, die zu seinem Verschulden in keinem Verhältnis stand. Bereute dieser die Hitze? Er wußte, daß auch Prinz Heinrich

seine Haltung nicht billigte und nur aus Gehorsam und Pflichtgefühl geschwiegen hatte. Und nun erhielt er Nachricht von einer gefährlichen Krankheit der Markgräfin von Bayreuth! Stumpfe Resignation überkam ihn. „Das also,“ schrieb er der Königin von Schweden, „ist der Gewinn aus dem Leben: seine teuersten Verwandten sieht man dahingehen wie Schatten und verliert seine Freunde, um noch einige Jahre Unglück zu tragen und ihnen dann zu folgen.“

Kaum wußte er, wohin er sich zuerst wenden sollte. Während Pitt die Franzosen bekämpft sehen wollte, sollte er das österreichische Hauptheer bei Königgrätz und ein österreichisches Corps in Oberschlesien, die Russen in Posen, die Schweden in Pommern und eine durch Oesterreicher verstärkte Reichsarmee in Franken im Auge behalten, konnte aber den fünf Armeen doch höchstens drei entgegenstellen. Die nächsten Monate mußten die Entscheidung bringen: daß sie eine günstige sein werde, stand ihm keineswegs fest. Dazu hätte es nach seiner Meinung eines geschickteren Generals bedurft, als er war. Wagen, das wußte er, durfte er nichts, sondern nur handeln, wenn er des Erfolges sicher war. Am liebsten hätte er in Böhmen geschlagen. Aber seine Hoffnung, Daun werde „dummdreist“ werden und er so alles „in die Richte bringen können“, erfüllte sich nicht. Dennoch blieb er in Böhmen, auch als eine französische Armee unter Soubise in Hessen eindrang, Kassel besetzte und das kleine Corps des Prinzen von Ysenburg schlug (23. Juli). Aber „immer lauter schrie man ihm wegen der Russen in die Ohren“. Das nötigte ihn endlich zum Rückzug nach Schlesien.

Greulich hausend waren die Russen unter Fermor durch Pommern nach der Neumark gezogen. Des Grafen Dohna kleines Heer konnte sie nicht aufhalten. Schon hatten sie Küstrin durch ein furchtbares Bombardement in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandelt. Mochten sie sich von da nun nach Berlin oder nach Schlesien wenden — eine Katastrophe schien unvermeidlich. So ließ Friedrich das Gros seines Heeres in dem festen Lager bei Landeshut; mit den irgend entbehrlichen Mannschaften eilte er nach der Neumark, bis zuletzt in Sorge, daß sein Vorhaben bekannt und von dem unternehmenden Laudon

durch einen Vorstoß auf Berlin vereitelt würde. Aber ungehindert kam er über die Oder und stand am 22. August bei Küstrin. Es galt eine große Entscheidung. Wie vor der Schlacht bei Leuthen traf er demgemäß alle Bestimmungen, auch für den Fall der Niederlage und seines Todes. Am 25. August wurde bei Zorndorf gekämpft. Der Verlauf der Schlacht war äußerst wechselvoll: schon so gut wie gewonnen, nahm sie eine bedenkliche Wendung, weil die Infanterie mehrfach versagte. In einem solchen kritischen Augenblick ergriff der König selbst eine Fahne und riß die weichenden Mannschaften mit sich fort. Die Entscheidung aber brachte die Reiterei, die unter Seydlitz Herrliches leistete. Der zähe Widerstand der Russen, die nicht vom Platze wichen und reihenweise zusammengehauen werden mußten, machte den Tag zu einem furchtbar blutigen. Die Einzelnheiten erklärte Friedrich selbst zunächst nicht übersehen zu können, aber unglaubliche Dinge seien geschehen. Auch waren die Sieger zu erschöpft, um ihren Erfolg auszunutzen. Und hier zuerst hatte der König mit Schrecken bemerkt, wie sehr die Tüchtigkeit des Heeres bereits gemindert war. Daß er da mit dem Stock helfen zu können glaubte, befremdet um so mehr, als er und seine Generale nur durch das Bewußtsein, für das Vaterland zu kämpfen, zu dem Geleisteten befähigt sein wollten.

Inzwischen versuchte Daun, von der Lausitz her in Sachsen eindringend, Prinz Heinrich zu erdrücken. Deshalb eilte Friedrich, sobald er des Rückzuges der Russen gewiß war, dorthin. Die ersehnte Schlacht aber gewann er dem vorsichtigen Gegner auch jetzt nicht ab, sondern mußte sich damit begnügen, „ihn durch Mouvements zu fatiguieren“, „womit es aber nicht so schnell, wie wohl zu wünschen, gehen wollte“. Schließlich nahm jener zwischen Görlitz und Bautzen auf den Kittlitzer Höhen eine unangreifbare Stellung, und der König, obgleich er bekannte, daß von seinen Feinden die Oesterreicher sich am besten auf den Krieg verständen, und durch beträchtliche Detachements geschwächt war, ließ sich durch seine Begierde nach einer Entscheidung, die durch Dauns Abzug nach Böhmen vollends unerreichbar zu werden drohte, verleiten, Zuzug und Proviant

in einem dicht darunter bei dem Dorfe Hochkirch aufgeschlagenen Lager abzuwarten. Dort wurde er in der Morgenfrühe des 14. Oktober mit Uebermacht überfallen. Aber trotz der anfänglich herrschenden furchtbaren Verwirrung, welche das brennende Hochkirch schauerlich beleuchtete, gelang es schließlich, die Ordnung herzustellen. Unverfolgt und unangegriffen stand das preußische Heer am Abend nur drei Viertelmeilen von dem Schauplatz des Kampfes entfernt, freilich 3000 Mann schwächer: Keith war gefallen, Moritz von Dessau verwundet kriegsgefangen. Dennoch konnte von einer verlorenen Schlacht kaum gesprochen werden. Aber es hieß doch die Bedeutung des Geschehenen herabsetzen, wenn Friedrich meinte, er habe eine tüchtige Ohrfeige bekommen, werde sie aber seiner Gewohnheit gemäß in wenig Tagen auswischen. In der Stille dachte er anders, obenein tiefgebeugt durch die Trauerbotschaft von seiner geliebten Wilhelmine Ableben (14. Oktober). So abgestumpft fühlte er sich unter den Schlägen des Unglücks, daß er es kaum bemerkt haben würde, wenn der Himmel einfiel und die Erde sich zu seinen Füßen öffnete.

Aber die rechtzeitige Vereinigung mit Prinz Heinrich (20. Oktober) rettete Schlesien. Neisse und Kosel wurden entsetzt. Dauns Angriff auf Dresden unterblieb. Sowohl Schlesien wie Sachsen war behauptet und des Königs Stellung äußerlich unverändert. Dennoch fand dieser das Ergebnis des Feldzuges trostlos: gleich Null sei es, urteilte er, abgesehen von dem Verlust so vieler tüchtiger Leute, dem Elend der armen verstümmelten Soldaten, dem Ruin etlicher Provinzen und der Ausraubung und Niederbrennung blühender Städte. Die Ergänzung der zusammengeschwundenen Regimenter wurde immer schwieriger, der Ersatz weniger brauchbar. Und der Friede war um nichts näher gerückt. Die versuchte dänische Vermittelung hatte so wenig Erfolg wie eine Anknüpfung zwischen England und Frankreich. Auf weiten Umwegen suchte der König den europäischen Bund zu lockern. Keiths Bruder wurde nach Spanien geschickt, das Bemühen um Waffnung der Türkei gegen Rußland fortgesetzt. Nur um Frieden bitten, sich seinen Feinden beugen wollte der König nie, überhaupt sich nur auf Dauer

verheißende Abmachungen einlassen, nicht auf einen Stillstand, dem nach einigen Jahren neues Blutvergießen folgen mußte: man solle seine Bedingungen sagen, er wolle sie seinen Verbündeten mitteilen und ein Kongreß könne darüber beraten. Im nächsten Frühjahr suchte er auch mit dem Turiner Hof eine „Negotiation zu entamieren", um Oesterreich in Italien Feinde zu erwecken.

Vor allem aber mußte auf Erschließung neuer Geldquellen gedacht werden. Und gerade da zwang die steigende Not dem König bereits außerordentliche Schritte auf: ohne solche, meinte er zu Finckenstein (7. November 1758), wie an der Rettung der Zweige, so auch an der des Stammes verzweifeln zu müssen. Die Gold- und Silberbarren der englischen Subsidien wurden in minderwertige Münzen ausgeprägt, erstere „sonder einigen Eclat und mit Menagierung eines völligen Geheimnisses" als holländische Dukaten „en valeur nach dem allergeringsten Satze", und zwar „ohne daß die Münzentrepreneurs sich im geringsten davon melieren" durften, die man jedoch nötigte das Silber für 15⅓ Thaler in kursfähiger Münze zu kaufen und auszuprägen. So wurden aus den 12 Millionen Mark englischer Subsidien 33 Millionen geschlagen. Selbst wenn die außerordentliche Notlage das entschuldigen konnte: man betrat damit doch einen Weg, der das Uebel nur verschlimmerte. Falschmünzerei wurde von Staats wegen betrieben. Auch die Münzen der Nachbarstaaten wurden minderwertig imitiert, und gegen Gewinnanteil bot mancher kleine Fürst die Hand zu einem Geschäft, das mit Hilfe des Zwangskurses dem Staate augenblickliche Hilfe gewährte um den Preis weiterer Vernichtung des schon so schwer geschädigten Volkswohlstandes.

Den 223 000 Mann, auf die er die Feinde schätzte, glaubte Friedrich im günstigsten Falle 110 000 Mann entgegenstellen zu können. Von offensiver Kriegführung war da um so weniger die Rede, als der trümmerhafte Zustand des Heeres jedes Wagnis ausschloß. Die besten Offiziere waren gefallen oder verwundet; die „Schurken von Soldaten" thaten ihre Pflicht nicht mehr: es sei, klagte er, keine Ehre mehr in ihnen. Das Urteil war trotz einzelner übler Vorgänge ungerecht. Fehlte es

in dem Heere doch nicht an Leuten von höherer Bildung und sittlicher Tüchtigkeit, die ihren selbst von dem König mißachteten Beruf adelten, indem sie ihn in Elend und Verwilderung mit dem Ideale verknüpften. Ja, die Kluft, die auch in Preußen noch Bürger und Soldaten trennte und diesen wie außerhalb der guten Gesellschaft stellte, wurde damals zuerst überbrückt. Zugleich mit der Poesie des Soldatenlebens erschloß sich dem Bürger die ideale Seite desselben und wurde auch ihm eine reiche Quelle patriotisch erweckender und erhebender Anregung. Das bezeugen Gleims 1758 erschienene „Preußische Kriegslieder von einem Grenadier". Gefördert freilich wurde diese Entwickelung nicht durch die Art, wie der König alles der Armee einfügte, was irgend in seine Gewalt kam. Er mißbilligte es, daß nach dem Fall von Demmin (17. Januar) und Anklam (21. Januar) die Generale Dohna und v. Manteuffel nicht gleich die ganze Garde des Herzogs von Mecklenburg-Schwerin als Rekruten weggeführt hatten.

Für den Augenblick half es Friedrich nicht, daß die Einigkeit seiner Gegner doch ins Wanken kam. In Frankreich hatte man den ruhm- und aussichtslosen Krieg satt. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung, die ihn als den nationalen Interessen widerstreitend verwarf, that auch die Regierung einen Schritt zurück, indem sie Ende Dezember 1758 unter Aufhebung des Vertrages vom 1. Mai 1757 mit Maria Theresia einen neuen schloß, der sie nur noch verpflichtete, dieser mit 24000 Mann zu Schlesien und Glatz zu verhelfen, auch die bisher geleistete pekuniäre Beihilfe einschränkte. Letzteres geschah auch gegenüber den zum Kampf gegen Preußen subventionierten deutschen Fürsten. Wichtiger noch war es, daß eine Verständigung über den Kriegsplan zwischen Paris und Wien nicht gelang. So konnte der König auf dem westlichen Kriegsschauplatz die Abwehr der Franzosen Ferdinand von Braunschweig überlassen, der, anfangs im Nachteil, am 1. August bei Minden siegte, während Prinz Heinrich nach Franken streifend die Reichsarmee beschäftigte. Das waren aber auch die einzigen Erfolge dieses Jahres. Nur von einem baldigen Frieden erwartete Friedrich noch Rettung. Ihn herbeizuführen, verfiel er auf phantastische Mittel. Durch einen

holländischen Offizier, der in russische Dienste treten sollte, dachte er Fermor zu bestechen. In Konstantinopel sollte der Großvezier gekauft werden, damit die Türkei Ungarn angreife. Denn militärisch sah er sich zur Unthätigkeit verdammt: sobald er sich nach einer Seite engagierte, war er gewiß, von der anderen angefallen zu werden und da nicht sein zu können. „Wann wird dieses Hundeleben ein Ende haben!" schrieb er an Fouqué. „Dann, Sir," erwiderte ihm der Freund, „wenn Sie dem Feinde ein zweites Leuthen bereitet haben." Weiter wünschte ja auch der König nichts. Aber „wie die Katze auf die Maus" lauerte er im Lager bei Landeshut, daß der Feind sich eine Blöße gebe. Doch die grosse bête bénite — so nannte er Daun wegen der von ihm in Umlauf gesetzten Fabel, er sei für den Hochkircher Sieg vom Papst mit geweihtem Hut und Degen beschenkt worden — „rührte nicht Hand, nicht Fuß, sondern wartete auf Fermor, der seinerseits wieder auf etwas anderes wartete". So konnte er nur durch Streifcorps den Feinden die Zufuhr abschneiden und dadurch ihren Vormarsch verzögern. Doch gelang auch das nur zum Teil. Die Russen kamen unter Soltikow, der Fermor ersetzt hatte, bedenklich näher. Da er selbst Glatz decken, Schlesien und die Lausitz schützen und Daun in Schach halten mußte — eine dreifache Aufgabe von „scheußlicher Schwierigkeit" —, schickte Friedrich den Generalmajor v. Wobersnow gegen sie. Durch seine Mißerfolge zog sich dieser den flammenden Zorn des Königs zu: nichts als Sottisen habe er begangen, und ein mediokrer General, der betrunken, könne eine Armee nicht toller kommandieren, so daß seine Campagne gedruckt zu werden meritiere, „vor ein ewiges Exempel, was von keinem vernünftigen Offizier muß gefolget werden". Da für ihn alles davon abhing, daß „die Russen ihm vom Leibe gehalten würden", entsandte Friedrich General v. Wedell als Diktator. Auf dem Marsche nach Krossen griff dieser Soltikow am 23. Juli bei Kay an, mußte aber trotz einer glücklichen Charge seiner Reiterei zurückgehen, weil die Infanterie zum Teil versagte. Das hatte der König gefürchtet: „Es ist nicht seine Schuld, daß die Schurken so schändlich davonlaufen," tröstete er Wedell. Als nun aber

Daun, der eben seine Stellung bei Schmottseifen zu belagern begonnen hatte und ihm so Aussicht auf einen erfolgreichen Schlag eröffnete, mehr als 30 000 Mann unter Laudon und Hadik den Russen entgegenschickte, da eilte Friedrich selbst das drohende Verhängnis abzuwehren oder, wie er Wedell schrieb, „Zahlwoche zu halten“.

Durch Truppen Prinz Heinrichs, dem er seine Vertretung Daun gegenüber anvertraute, verstärkt, trat er möglichst heimlich den Marsch an. Aber die Vereinigung der beiden feindlichen Heere war bereits erfolgt, auch Frankfurt an der Oder genommen, als er bei Küstrin die Oder überschritt. Nur 48 000 Mann, die durch den Gewaltmarsch erschöpft und schlecht verpflegt waren, hatte er den 70 000 Mann Laudons und Soltikows entgegenzustellen. Aber obgleich er sich sagte, daß er in so kritischer Lage vorsichtiger und doch zugleich unternehmender sein müsse als je, beschloß er die trefflich gewählte und stark gedeckte Stellung der Feinde anzugreifen. „Wie ein Verdammter im Fegfeuer“ kam er sich vor: nur die Ehre sei ihm noch geblieben; sie zu retten werde er das Mögliche thun. Aber einen üblen Ausgang dachte er nicht zu überleben. „Adieu,“ schrieb er Finckenstein, den er anwies, Berlin gegen einen Handstreich von der Lausitz her zu decken, „binnen kurzem werdet Ihr ein de profundis oder ein Tedeum singen lassen.“

Weder das eine noch das andere geschah. Wohl endete die Schlacht bei Kunersdorf (12. August), schon halb gewonnen, mit einer schweren Niederlage Friedrichs, weil er sich nicht mit einem Teilerfolge begnügen wollte, sondern, die feindlichen Heere zerschmetternd, sofort Frieden zu erzwingen hoffte. Ohnmächtig brachen sich seine Sturmkolonnen an Laudons Festigkeit. Auch Seydlitz' todesmutiger Angriff konnte das Schicksal des Tages nicht wenden, und als die Feinde zum Angriff übergingen, wälzte sich alles in wirrer Flucht dahin. Vergebens gebot Friedrich Halt, ergriff selbst eine Fahne und stürmte vorwärts mit dem Ruf: „Kinder, verlaßt mich nicht — wer ein braver Soldat ist, der folge mir!“ Zwei Pferde wurden ihm unter dem Leibe getötet, seine Kleider von mehreren Kugeln durchbohrt. Aber den gesuchten Tod fand er nicht.

Schließlich brachten Ziethensche Husaren den Widerstrebenden in Sicherheit. Von 48 000 Mann hatte er am Abend des Unglückstages noch 3000 um sich. Heftiges Unwohlsein brach seine Spannkraft vollends: er übergab den Oberbefehl über alle Truppen Prinz Heinrich. „Das Unglück ist, daß ich noch lebe," schrieb er Finckenstein. Schlimmer als die Niederlage selbst, fürchtete er, mußten ihre Folgen sein: „Denn ich habe keine Hilfsquellen mehr, und um nicht zu lügen — ich halte alles für verloren. Den Untergang meines Vaterlandes werde ich nicht überleben: Adieu für immer." Doch kam es nicht zum Aeußersten. Die Versprengten sammelten sich wieder. Nach wenigen Tagen stand er mit 30 000 Mann bei Fürstenwalde, um Berlin zu decken. Aber einen glücklichen Ausgang des Feldzuges hielt er für unmöglich ohne ein neues Wunder oder eine „göttliche Eselei" seiner Feinde. Und wirklich blieben diese unthätig, statt, wie Friedrich erwartete, den Krieg durch eine neue Schlacht zu beenden. Die schweren Verluste der Russen und die Eifersucht zwischen Soltikow und Laudon ließen sie ihren Erfolg nicht ausnutzen, und nach bangen Wochen durfte Friedrich der Herzogin Luise Dorothea von Gotha das zu gunsten des Hauses Brandenburg geschehene Wunder berichten.

Freuen aber konnte er sich dessen kaum. Denn das Werkzeug, auf dem sein Heil beruhte, die Armee, schien ihm immer unbrauchbarer zu werden. Ist Undankbarkeit ein Erbfehler der Hohenzollern (v. Treitschke, Deutsche Gesch. V, S. 385), so hat auch der große König ihm seinen Tribut gezahlt, indem er sein Heer für sein Unglück verantwortlich machte und der Gesamtheit schuld gab, was infolge der von ihm beliebten gewagten Maßregeln einzelne versehen hatten. Am Abende der Kunersdorfer Schlacht noch urteilte er, alle seine Truppen hätten Wunder gethan, und in der Folge erfahren dieselben dann immer herberen Tadel. Die Reiterei habe zur Unzeit angegriffen und nachher im entscheidenden Augenblick gefehlt. Wenn aber der König selbst erwähnt, manches Reiterregiment habe nur noch sechs Offiziere, so läßt das doch vielmehr durch besondere Bravour veranlaßte schwere Verluste erkennen. Uebles war hier und da bei der Infanterie vorgekommen: „Die Kerls, so nicht

blessiert und das Gewehr weggeschmissen, soll er vierzig Prügel geben lassen", wird der Gouverneur von Stettin angewiesen. „Die Schurken von Soldaten," schreibt er Finckenstein, „thun ihre Pflicht nicht," und „um nichts zu verheimlichen" bekennt er, daß er seine Truppen mehr fürchte als den Feind, der ihm unnötig Zeit lasse. Seine Armee habe, klagt er ein anderes Mal, keine Ehre mehr und man könne nichts Kühnes mit ihr unternehmen: er aber wolle dem Staate trotzdem die Treue halten und wenn „seine Canaille" ihn im Stich ließe, das nicht überleben. Was die so geschmähte Armee im Fortgang des Krieges geleistet, zeigt am besten, wie unrecht der König ihr in seiner Verzweiflung und Erbitterung gethan. Darin aber offenbart sich ein für Friedrich charakteristischer Zug. Bei den ungeheuren Anforderungen, die er an sich selbst stellte, ging ihm der Maßstab verloren, und er meinte auch von anderen sich jeder Zeit außerordentlicher Leistungen versehen zu können, wie sie ihm selbst sein unbarmherziges Pflichtgefühl abrang. Ein Mißlingen, das er, begegnete es ihm, einem unvernünftigen Zufall zuschrieb, der aller Logik spotte (S. 45), rechnete er anderen an als durch Pflichtversäumnis oder Unfähigkeit verschuldet. Seine Generale haben das oft genug zu erfahren gehabt.

Und noch hatte das Unglück sich nicht erschöpft. Während der König die Russen aufhielt, hatte die Reichsarmee Halle und Leipzig genommen. Wittenberg, wo zumeist Sachsen lagen, und dann Torgau hatte kapituliert. Daß wenigstens Wittenberg vom General Wunsch zurückgewonnen wurde, war seit einem Jahre die erste gute Nachricht, die er erhielt (28. August). Aber während er dem in Schlesien hart bedrängten Prinzen Heinrich Luft zu machen eilte, mußte General von Schmettau das von Daun belagerte Dresden übergeben (4. September). Friedrich war außer sich. Ungerecht übertreibend und undankbar verallgemeinernd schalt er, in einem Augenblick, wo es auf fermeté ankomme, mache Schmettau es wie alle seine Offiziere und habe keine. Ihm selbst werde Unmögliches zugemutet: hier solle er den Russen den Weg verlegen, dort Laudon, „des H. Römischen Reiches Erzbärenführer", fassen und weiter Daun

aus Sachsen hinausmanövrieren. „Friede oder ich unterliege“, schrieb er (19. September) an Finckenstein. Höchstens diesen Feldzug zu Ende könne er sich noch halten. Endlich wurde etwas Luft: Russen und Oesterreicher gingen über die Oder zurück. Von Laudon eskortiert, traten erstere den Heimmarsch an. Zudem schien in Petersburg eine friedliche Strömung aufzukommen. Den mit dem Austausch von Gefangenen beauftragten General Wylich ließ der König deshalb dorthin vertrauliche Eröffnungen machen. Auch in Paris suchte er Fühlung, während man in London an einen Friedenskongreß dachte. Was konnte der Preußen bringen? Die Herstellung des Besitzstandes wie vor dem Kriege wollte Friedrich nur als ein Pis-aller gelten lassen: lieber ist ihm entweder die Beibehaltung des zur Zeit des Friedens gegebenen oder ein darauf gegründeter Tausch zwischen den Beteiligten. Dabei will er, da Preußen und seine rheinischen Lande nicht so viel wert seien wie Sachsen, als „Pflaster auf die Wunde“ entweder die Niederlausitz erwerben, wofür Sachsen Erfurt erhalten soll, oder es soll ihm nach Augusts III. Tod das polnische Preußen zufallen. Auch könnten sich ja Hannover und Preußen jetzt ungehindert auf Kosten der geistlichen Fürsten vergrößern, ersteres Münster und Osnabrück, letzteres Hildesheim nehmen und Kleve, Geldern und Mörs gegen Mecklenburg tauschen. Auch könne Sachsen zu Erfurt noch Duderstadt, Preußen dann auch noch Nordhausen und etliche von ihm enclavierte Stücke bekommen, Westpreußen nach Augusts III. Tod preußisch, Danzig Republik unter preußischem Schutze und das Bistum Ermeland säkularisiert werden. Rußland werde zu gewinnen sein durch Ueberlassung eines Stückes von Polen. Ist damit nicht bereits eine Teilung Polens angeregt?

Das Ergebnis des Feldzuges 1759 faßte Friedrich (14. November) dahin zusammen, wankend und beinahe gefallen stehe er dank der Ungeschicklichkeit und der Fehler seiner Feinde doch noch aufrecht, in derselben Stellung wie voriges Jahr: das werde bei allen Verhandlungen entscheidend ins Gewicht fallen. Da machte ein neues Unglück diesen verfrühten Abschluß zu nichte. Um Daun zu verwirren und zu Fehlern zu veran-

lassen, die ihm vielleicht noch vor Beginn des Winters einen entscheidenden Schlag ermöglichten, detachierte Friedrich General Finck mit 12 500 Mann in die defiléenreiche Gegend von Dippoldiswalde bei Dresden. Von erdrückender Uebermacht umstellt, erlag derselbe bei Maxen und mußte am 21. November die Waffen strecken, mit 9 Generalen und über 500 Offizieren — „ein ganz unerhörtes Exempel, daß ein preußisches Corps das Gewehr vor seinem Feind niederlegte, von dergleichen Vorfall man vorhin gar keine Idee gehabt", schreibt der König, der namentlich den moralischen Eindruck dieses Vorganges fürchtete. Und ähnliches wie Finck traf Anfang Dezember in der Gegend von Meißen 1500 Mann unter Oberst Diericke. Daun blieb so im Besitz Dresdens und des benachbarten Teils von Sachsen, wie die Schweden das wieder eroberte Vorpommern behaupteten.

Trostlos, wie das Jahr 1759 geendet, begann das neue. Ein Winterfeldzug hätte gleich jetzt die Katastrophe herbeigeführt; aber auch weiterhin war sie nach des Königs Urteil unvermeidlich, machte Frankreich nicht Frieden. Höchstens bis zum Sommer glaubte Friedrich sich halten zu können. Seine Mittel waren zu Ende, seine Hilfsquellen versiegten. Die Ausprägung minderwertiger Münzen ging schwunghaft fort. Für die Zivilbeamten gab es Geld überhaupt nicht mehr, nur Kassenscheine, die bald auf einen Bruchteil ihres Nennwertes sanken. Mit banger Sorge sah Friedrich dem neuen Feldzug entgegen: nur von schnellem Frieden hoffte er Rettung. Daß dieser den Besitzstand von 1756 herstelle, wagte er kaum noch zu hoffen. Die Tauschprojekte, mit denen er sich noch unlängst getragen, waren aufgegeben; ja, er wollte Oesterreich für Abtretung eines Teils der Niederlande an Frankreich durch einen Teil Bayerns, Sachsen durch Erfurt entschädigen. Auch dämmerte damals eine Friedensaussicht auf. Längst war der anfängliche Kriegseifer in Paris verflogen. Die steigende Finanznot machte die Franzosen vernünftiger. Ihre jetzt im Haag gemachten Erbietungen klangen annehmbar, zumal Pitt von einem Friedenskongreß so lange nichts wissen wollte, als man sich nicht auch in betreff Preußens vorläufig verständigt hatte. In Paris lehnte man

das nicht einfach ab. Voltaire bemühte sich um eine direkte Anknüpfung mit Friedrich, in dessen Auftrag Freiherr von Edelsheim in geheimer Mission nach Paris ging. Aber wenn das erhoffte Wunder des über Preußens Geschick wachenden „guten Geistes“ nicht schnell kam, fürchtete Friedrich noch vorher zu erliegen. Und schließlich siegte in Paris doch Choiseul mit der Kriegspartei.

Früher und schlimmer noch wurde des Königs Hoffnung auf einen Umschlag in Petersburg zu nichte. Denn je mehr die Verbindung zwischen Oesterreich und Frankreich sich lockerte, um so enger wurde die zwischen Rußland und Oesterreich. Unter Einfluß Sachsen-Polens gingen sie am 1. April 1760 einen Vertrag ein, nach dem sie je 80 000 Mann stellten, Schlesien und Glatz für Maria Theresia zurückzuerobern, Elisabeth aber Ostpreußen erhalten sollte: Preußen sollte wieder zur Markgrafschaft Brandenburg herabgedrückt, die Ostsee ein russisches Meer werden. Solche Pläne beunruhigten Dänemark lebhaft: es trug Friedrich durch England Hilfe an. Doch kam es auch schließlich da zu nichts. Wenn anderseits der König Rettung von den Türken hoffte und des Augenblicks harrte, wo deren Einfall in Ungarn, zu dem er sie durch unverhältnismäßige Geldopfer zu bestimmen suchte, die Oesterreicher sich dorthin zu wenden nötigen würde, so wartete auch seiner eine herbe Enttäuschung. Daß er diesen diplomatischen Schachzügen solche Bedeutung beimaß, zeigte, wie recht Andrew Mitchell hatte, wenn er meinte, trotz seiner außerordentlichen Gaben und seines durchdringenden Verstandes glaube der König wie alle Menschen leicht das ihm Erwünschte, sei aber von dem ihm Unerwünschten nur mühsam zu überzeugen. Machten die Aussichten, die er sich so vortäuschte, ihm das Joch der Pflicht erträglicher? Wohl erklärte er, wenn Frankreich nicht von seinen Gegnern getrennt werde, bleibe ihm nichts übrig, als sich aufzuhängen oder mit dem Degen in der Hand zu fallen. Aber auch ohne Hoffnung auf Erfolg harrte er aus.

Wieder galt es zunächst die Armee zu reorganisieren. Einen guten Stamm dazu gaben die Rekonvalescenten aus dem

letzten Feldzug. Aber die Effektivstärke blieb weit hinter dem Soll zurück: statt 1800 Mann zählten drei bis vier Regimenter 1500 bis 1600, die übrigen 1000, einige gar nur 800 Mann. Es fehlte an Offizieren, namentlich Ingenieuren, die man in der Fremde zu werben suchte. Dagegen war die Artillerie genügend ergänzt. Uebel jedoch stand es mit der Reiterei. Von 35 bei Maxen verlorenen Eskadrons waren nur 10 ersetzt. Den 230 000 Mann seiner Feinde rechnete Friedrich demnach im ganzen 120 000 Mann entgegenstellen zu können, davon 58 000 in Schlesien und 32 000 in Sachsen. Aber auch die Qualität der Truppen war weiter zurückgegangen. Immer wieder dringt der König auf die strengste Disziplin. Die Mehrzahl, klagt er, sei entmutigt. Ihm war der Glaube an seine Generale genommen: sie thäten ihm mit ihren falschen Manövern mehr Schaden als die Feinde. Er vermißt die „alte preußische Art zu agieren, wo Ehre bei ist“, und beklagt sich bitter über die „infamen modernen Exempel, die er leider zur Schande von der Nation und der Armee habe erleben müssen“. So wünschte er, der sonst die Entscheidung der Schlacht suchte, im nächsten Feldzug um eine solche herumzukommen. Denn trotz alles Drillens und Manövrierens sei ein Teil seiner Armee doch höchstens geeignet, dem Feinde aus der Ferne gezeigt zu werden.

Und nun übertraf der Anfang die schlimmsten Befürchtungen. Daß Daun sich jedem Kampf entzog, nötigte den König wochenlang „mit gekreuzten Armen zu stehen“. Und inzwischen bedrohten die Russen Kolberg, ja Stettin. Dänemark aber blieb unthätig und das englische Geschwader der Ostsee fern. „Der Himmel stehe uns bei,“ schreibt Friedrich Anfang Juni, „denn menschliche Vorsicht reicht nicht aus in einer so grausam verzweifelten Lage wie der unserigen.“ Da zog Laudon auf Schlesien und General Fouqué, der es decken sollte, wurde in seiner exponierten Stellung bei Landeshut von erdrückender Uebermacht angegriffen, nach verzweifelter Gegenwehr, selbst schwer verwundet, mit 17 000 Mann den 23. Juni gefangen; nur 1700 Mann schlugen sich durch. Einen Monat später (26. Juli) fiel Glatz. Das von Tauentzien verteidigte Breslau rettete Prinz Heinrich. So mußte der König, der in-

zwischen vergeblich erst Lacy mit der Reichsarmee, dann Daun zum Schlagen zu bringen und endlich Dresden zurückzuerobern versucht hatte, selbst nach Schlesien eilen. Daun folgte ihm, um sich mit Laudon zu vereinigen, während auch ein russisches Heer unter Czernitschew nahte. Zwischen den drei Heeren hindurch, die mit ihren 80 000 Mann seine 36 000 zu erdrücken drohten, mußte der König suchen entweder Breslau oder Schweidnitz, das Lacy belagern wollte, zu erreichen. Endlich lächelte ihm wieder einmal das Glück. Die Besetzung der Pfaffendorfer Höhen bei Liegnitz durchkreuzte die Pläne der Gegner. Von dorther kam er dem ihm zugedachten Ueberfall Laudons zuvor. In der Morgendämmerung des 15. August brachte er ihm in kaum zwei Stunden eine vernichtende Niederlage bei, ehe der nahe Daun die Lage hatte richtig erfassen können. Wohl durfte er sich scherzend rühmen, den zweiten Band von Roßbach geliefert zu haben. Auch war er endlich wieder einmal mit seiner so viel gescholtenen Armee zufrieden: Wunder hatten sowohl Infanterie wie Kavallerie gethan, besonderen Ruhm wieder Seydlitz gewonnen.

Wesentlich gebessert jedoch war seine Lage nicht. Zwar ging Czernitschew nun über die Oder zurück, aber inzwischen war Sachsen vollends verloren, Torgau gefallen und die Mark verwüstend heimgesucht. Ein russisches Corps unter Tottleben, das auf Berlin zog, hatten die als Rekonvalescenten oder Pensionäre dort weilenden Generale, darunter Lehwaldt, mit den vorhandenen geringen Mannschaften bei Köpenick zurückgewiesen. Als aber die Oesterreicher unter Lacy herankamen, ließ man die Stadt am 9. Oktober ohne Widerstand besetzen. In einigen der benachbarten Schlösser wurde übel gehaust und eine Kontribution von 1½ Millionen eingetrieben. Die Kunde von des Königs Nahen verscheuchte die unliebsamen Gäste schnell. Nun aber drohten für den Winter Oesterreicher und Reichsvölker sich in Schlesien, die Russen in der Mark einzunisten. Damit nahte die Katastrophe. So hatte denn auch Daun, der dem König wieder nach Sachsen gefolgt war, den Befehl, nicht ohne Schlacht zu weichen. Auf den Höhen von Süptitz bei Torgau nahm er eine vortreffliche, durch eine furcht-

bare Artillerie bis zur Uneinnehmbarkeit verstärkte Stellung. Aber Friedrich, für den es sich um Sein und Nichtsein handelte, mußte angreifen. Jedoch ließ nur eine weitausgreifende kombinierte Bewegung einen Erfolg hoffen. Während er selbst den Feind in der Front faßte, sollte Ziethen ihn umgehen und im Rücken anfallen. Am 3. November ein Uhr nachmittags begann der Kampf. Bis nach neun Uhr abends wütete er, blieb aber unentscheiden. Die Höhen, die sie erst unter entsetzlichen Verlusten gestürmt, hatten die preußischen Grenadiere schließlich wieder räumen müssen. An eine Erneuerung des Angriffs konnte der König, selbst an der Brust schmerzhaft kontusioniert, bei der allgemeinen Erschöpfung nicht denken. Daun meldete den Sieg nach Wien. Da brachte spät abends Ziethens Angriff von der anderen Seite her die vom König geplante Entscheidung, und der nächste Morgen sah Friedrich als Sieger. Daun trat den Rückzug an, räumte Torgau und Meißen und eilte in seine feste Stellung bei und in Dresden.

Die blutigste Schlacht des Krieges war geschlagen. Und der Erfolg? Friedrichs Lage war unverändert unerträglich, aussichtslos wie bisher. Dresden blieb in der Hand des Feindes, der die 1759 bewährte unangreifbare Stellung behauptete. Was nützte es da, daß die Russen über die Weichsel zurückgingen, Kolberg sich hielt, Ferdinand von Braunschweig die Franzosen in Hessen aufhielt! Einen Triumph, der ihm den Weg öffnete zu Eroberungen und glänzenden Vorteilen, sah Friedrich nicht in dem Torgauer Siege. „Sechs Monate Frist“, das war der „einzige Gewinn aus den unendlichen Arbeiten, Gefahren und Mühseligkeiten dieses Feldzuges“, der ihm als der schlimmste von allen erschien, weil er den Feind aus seiner vorteilhaften Stellung bei Dresden nicht hatte verdrängen können. Das nächste Kriegsjahr mußte ihm den Untergang bringen, wenn nicht entweder Frankreich sich von seinen Gegnern trennte, was den allgemeinen Frieden verhieß, oder Rußland und Oesterreich zerfielen, wozu keine Aussicht war, oder der Türke endlich mobil machte. Wie sollte er die nötigen Mannschaften aufbringen? So wenig wie mit seinem Heere fühlte er sich physisch und moralisch einer solchen Zukunft gewachsen: nur knir-

schend bekennt er ihr entgegensehen zu können. Bloß das englische Bündnis schien sich als zuverlässig zu bewähren. Aus Anlaß der mit Frankreich angeknüpften Verhandlungen war ihm von London aufs neue feierlich versichert worden, daß man ihn nicht verlassen werde. Der Tod Georgs II. (27. Oktober 1760) und die Thronbesteigung seines Enkels Georg III. hatte ähnliche Erklärungen zur Folge gehabt. Wenn er aber daraufhin dem Königswort und „den festen, edlen und zuverlässigen Gefühlen, deren man ihn von dorther so oft versichert hatte", und der Zuverlässigkeit einer Nation vertraute, der man höchstens vorwerfen könne, sie habe sich für ihre Alliierten zu sehr angestrengt, aber sie nie verlassen oder verraten, so zeugt das mehr von der von Mitchell gerügten Neigung, das ihm Angenehme zu glauben, als von Kenntnis der Geschichte auch nur des 18. Jahrhunderts. Zudem war ihm der Gedanke eines Separatfriedens mit Frankreich längst geläufig. Räumte dieses seine Gebiete und entzog Rußland, Oesterreich und den deutschen Fürsten die bisher gezahlten Subsidien, so sollte es die schuldigen 24 000 Mann Oesterreich auch fernerhin stellen dürfen, wie auch England seine deutschen Truppen für ihn weiter fechten lassen könnte. Ein Abkommen der Art würde er nicht als eine Preisgebung durch England betrachtet, sondern als einen ihm geleisteten großen Dienst begrüßt haben.

So große Bedeutung legte Friedrich in seiner sanguinischen Art diesen Friedensaussichten bei, daß er fast zweifelte, ob es überhaupt noch zum Schlagen kommen werde. Wie froh wäre er gewesen, die für den Krieg beschafften Vorräte friedlichen Zwecken dienstbar zu machen, namentlich der Heilung der Wunden, die feindliche Einfälle einzelnen Landesteilen geschlagen hatten. Der hungernden Neumark half er durch aufgekauftes Brot und Saatkorn. Auch Berlin bedurfte außerordentlicher Beihilfe. Um so härter mußte in Feindesland zugegriffen werden. Sachsen hatte fünf Millionen zu zahlen. Unverhofft günstig gestaltete sich dagegen diesmal die Ergänzung der Armee. Ende März 1761 fehlten bei der Infanterie nur noch 1600 Mann: 3000 waren Sachsen, 1800 Mecklenburg auferlegt, 150 im Weimarschen genommen, trotz des Protestes der Herzogin-Re-

gentin Anna Amalie. An Freibataillonen rückten im Mai nicht weniger als acht ins Feld, darunter eines aus französischen Deserteuren, unter dem als russischer Offizier in preußische Kriegsgefangenschaft gefallenen Baron de Labadie. Was noch fehlte, hoffte Friedrich durch Gefangene, namentlich von den Kreistruppen oder durch einen Generalpardon für die sächsischen Ueberläufer und anderes mehr zu ergänzen. Aber die Qualität der Infanterie ließ nach wie vor zu wünschen übrig, während der König froh war, die Kavallerie wieder feldtüchtig zu sehen. Dennoch beruhte seine Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang mehr auf dem Glauben an einen nahen Frieden, der einen neuen Feldzug überhaupt überflüssig machte. So nahm der Krieg im Jahre 1761 von seiten Friedrichs vollends einen rein defensiven Charakter an, und bis tief in den Sommer herrschte Unthätigkeit. Die Entscheidung schien nicht mehr im Felde zu liegen, sondern bei der Diplomatie, und Friedrich glaubte die trostlose Stabilität der politischen Verhältnisse, an der bisher alle seine Anstrengungen gescheitert waren, endlich ernstlich erschüttert, obgleich er beim Aufleuchten des ersten Hoffnungsstrahls den für einen Thoren erklärte, der dem traute.

Daß England den Krieg in dem bisherigen Umfange nicht fortsetzen könne, sah er seit Ende des Jahres 1760. Nun kamen im März 1761 über Stockholm Friedensanträge an England und Preußen: ein Kongreß sollte in Augsburg gehalten werden. Da er vor allem seine Feinde teilen wollte, war Friedrich auch nicht ohne weiteres gegen einen Separatfrieden Englands mit Frankreich, wenn ersteres ihm nur die Fortsetzung des Kampfes ermöglichte, namentlich finanziell. Doch stellten sich dem Kongreß alsbald andere Schwierigkeiten entgegen: sollte während desselben Waffenruhe herrschen und in welchem Umfange? Der französische Vorschlag hatte ursprünglich eine allgemeine Waffenruhe vorgesehen. Daß man davon nachher absah, minderte die Aussichten auf einen Erfolg wesentlich, erregte zudem Zweifel an der Ehrlichkeit der französischen Friedenswünsche. Dennoch bestimmte Friedrich zu seiner Vertretung seinen Gesandten in Regensburg, Herrn v. Plotho, in Gemeinschaft mit dem Tribunalsrat v. Häseler: er wollte eben seine Be-

reitschaft zum Frieden demonstrativ erweisen. Von Oesterreich glaubte er unannehmbarer Vorschläge sicher sein zu müssen und erklärte deshalb, nur auf Grund der Herstellung seines Besitzstandes von 1756 unterhandeln zu können, zumal er, durch Oesterreich zum Kriege genötigt, eigentlich eine Entschädigung zu fordern habe. Von der wollte er sich so weit herunterbieten lassen, daß die restitutio in integrum erfolge, indem Sachsen gegen Preußen, Kleve und Glatz getauscht würde. Der sicherste Weg zum Frieden aber schien es ihm, wenn sich zunächst England und Frankreich verglichen und ihrerseits die Präliminarien zu einem allgemeinen Frieden vereinbarten. Aber die Festsetzung der ihn betreffenden Bedingungen einfach England zu überlassen, war nicht seine Meinung: er wünschte zum voraus festgestellt zu sehen, was England ihm nach Abschluß des Separatfriedens mit Frankreich zu leisten verpflichtet blieb. Ließ doch Pitt, mit dessen Haltung in dieser Sache er überhaupt nicht zufrieden war, bei ihm anfragen, zu welchen Opfern er bereit sei. Augenscheinlich gewann der Gedanke eines Separatfriedens mit Frankreich ohne den Einschluß Preußens für das englische Ministerium, in das Lord Bute eingetreten war, eine besorgliche Anziehungskraft. Das aber bereitete Friedrich eine neue furchtbare Gefahr. In flammenden Worten hielt er Pitt vor, wie England seine Vergangenheit verleugnen und seine feierlichsten Erklärungen Lügen strafen würde, wenn es ihm, dem es seine Länder garantiert, Abtretungen zumutete. Wohl sei er nicht immer glücklich gewesen: aber er habe noch einen Teil von Sachsen inne und sei entschlossen, ihn nur herzugeben, wenn Oesterreich, Rußland und Frankreich das ihm Genommene auslieferten. Ihn leiten, so führt er schön aus, zwei Prinzipien, die Ehre und die Wohlfahrt seines Staates. Deshalb werde er nichts thun, worüber er zu erröten haben würde, wenn er seinem Volke Rechenschaft ablegen müßte, sondern dem Gedeihen und dem Ruhm seines Vaterlandes den letzten Blutstropfen weihen. So haben die Römer nach der Schlacht bei Cannä, die Engländer unter Elisabeth, so habe Gustav Wasa und andere gehandelt. Könne England die Sache Frankreichs, seines Erbfeindes, zu der seinen machen? Die Augen der Welt

seien auf Georg III. gerichtet: von seiner Entscheidung hänge das Urteil von Gegenwart und Zukunft ab. Auch nicht einen Zoll breit werde er abtreten: beharren Rußland und Frankreich auf einer Entschädigung Sachsens, solle sie ihm aus den geistlichen Gütern, insbesondere nach des derzeitigen Mainzer Kurfürsten Tod durch Erfurt gewährt werden.

Trotzdem empfand er es als eine schmerzliche Enttäuschung und als eine Verschlimmerung seiner Lage, als er sich endlich überzeugen mußte, daß es doch einen neuen Feldzug gebe, und als die Aussicht auf die friedliche Wendung endgültig schwand, rechnete er Prinz Heinrich mit banger Sorge vor, daß sie nun von Ende Juli an bis zum Schluß des Feldzuges noch ganze 83 schwierige und peinvolle Tage zu verbringen hätten. Und dabei hängte er sein Herz doch gleich wieder an ein ähnliches Phantom, indem er die Türken aufzubieten bemüht blieb. Freilich mußte er sich bald sagen, daß der mit der Pforte endlich abgeschlossene Freundschaftsvertrag nur eine „eklatante Chimäre“ sei, und erfahren, daß selbst das geflissentliche Lärmen mit diesem angeblichen Erfolg auf seine Feinde keinen Eindruck machte, und der getreue Eichel begriff nicht, wie er die Negotiation zu Konstantinopel als „einziges Barometer“ ansehen und glauben könne, „wenn sie reüssiere, werde er aus allem Embarras und dem Frieden nahe sein, wenn nicht, würden alle Ressourcen insüffisant bleiben“. Und dennoch knüpfte er nachher ähnliche Hoffnungen an die Verbindung mit dem Tatarenchan, der Rußland anfallen sollte.

Ist es nicht, als ob der König in dem Ringen mit Schwierigkeiten, die unüberwindlich schienen, und bei der Erschöpfung aller seiner Mittel über außerordentliche Hilfen und ungeahnte Auswege grübelnd, wie von einem Schwindel erfaßt, den Boden der Wirklichkeit unter den Füßen verlor und ein verwegener Projektenmacher wurde? Schwer litt er unter dem Widerspruch: ihn überkam verzehrende Sehnsucht nach Ruhe, stumpfe Gleichgültigkeit gegen das doch nicht zu beschwörende Fatum, und er wünschte das Ende dieses elenden Daseins herbei. Und nun brachte der spät begonnene Feldzug nicht einmal die belebende Aufregung der Schlacht, in der er den er-

lösenden Tod hätte finden können. Noch nie, auch 1760 nicht, hatte er sich zu so ohnmächtiger Thatenlosigkeit verurteilt gesehen. Nicht immer glücklich, aber schließlich doch in der Hauptsache erfolgreich, focht Ferdinand von Braunschweig im Westen gegen die Franzosen. Prinz Heinrich behauptete den Rest von Sachsen, während er selbst in Schlesien die Vereinigung Laudons mit den Russen unter Butturlin nicht hindern konnte und zufrieden sein mußte, durch das Lager bei Bunzelwitz, in das er sich förmlich eingrub, die feindliche Uebermacht Wochen hindurch an anderen Unternehmungen zu hindern. Nur eine Schule zur Uebung der Geduld, nicht zu größerer Tüchtigkeit sah er in einer solchen Kriegführung. Noch nie hatte er so trüb in die Zukunft geblickt, so völlig verzagt an der Möglichkeit einer rettenden Wendung. Ein freiwilliger Tod allein schien ihn aus einer Lage retten zu können, in der er sich sagen mußte, nur noch dank der Unfähigkeit seiner uneinigen Gegner überhaupt aufrecht zu stehen. Und als die Russen endlich ohne den vernichtenden Streich geführt zu haben nach Polen zurückgingen, da trafen ihn neue Unglücksbotschaften. Am 1. Oktober überrumpelte Laudon Schweidnitz, und am 5. trat Pitt aus dem englischen Ministerium. Unter solchen Umständen machte es Friedrich kaum noch Eindruck, daß ein verwegener schlesischer Edelmann, v. Warkotsch, der früher in österreichischen Diensten gestanden hatte, ein Komplott spann, um ihn in dem Lager aufzuheben und in die Hände seiner Feinde zu liefern, das, durch seine Bediensteten verraten, vereitelt werden konnte. Er meinte, die Sache habe aus der Entfernung gefährlicher ausgesehen, als sie in Wirklichkeit gewesen.

Trostlos war das Facit auch dieses Feldzuges, wie Friedrich es beim Beziehen der Winterquartiere gegen Finckenstein zog (10. Dezember). „Die Oesterreicher sind in Schlesien Herren Schweidnitz' und des Gebirges; die Russen stehen hinter der Warthe: in meiner unsicheren Stellung hänge ich durchaus ab von meinen Feinden. Wenn ein Bund Stroh, ein Transport Rekruten oder Geld zu mir gelangt, verdanke ich das ihrer Gnade oder ihrer Nachlässigkeit. In Pommern ist Kolberg so gut wie verloren: nur ein Wunder könnte es retten. Das Ge-

birge beherrschen in Sachsen die Oesterreicher, in Thüringen die Reichstruppen, während die Franzosen bis Mühlhausen vorgedrungen sind. Wenn die Feinde nur leidlich thätig sind, ist unser Untergang unabwendbar. Stettin, Küstrin und Berlin sind den Russen preisgegeben, in Sachsen muß die erste Bewegung Dauns meinen Bruder über die Elbe zurückdrängen. Das Uebel ist auf einen Punkt gekommen, wo es kein Mittel mehr dagegen gibt, wenn nicht bald große und gewaltsame Abhilfe schaffen." Wirklich mußte Kolberg am 18. Dezember kapitulieren, da alle Versuche des Prinzen von Württemberg, es zu verproviantieren, mißlangen. Und auch die allgemeine politische Lage, an deren Stabilität seine militärischen Erfolge wirkungslos abgeprallt waren, erfuhr, nun sie in Fluß kam, eine ihm neues Verderben drohende Wandlung. Spanien trat durch den Familientraktat mit den französischen Bourbonen den Gegnern Englands bei. Und nun machte sich England des seit Pitts Rücktritt gefürchteten schnöden Treubruchs wirklich schuldig. Lord Bute stellte die Zahlung der Subsidien ein, um die zu bitten Friedrich zu stolz war. Versagte nun auch die als letzte Zuflucht festgehaltene Türken- und Tatarenhilfe noch, nach deren Gewährung er durch die Garantie Schleswigs und Holsteins Dänemark zur Land- und Seehilfe zur Wiedereroberung Kolbergs und gegen Rußland und Schweden gewinnen wollte, so mußte Friedrich im nächsten Feldzug erliegen. Er hielt es für geboten, rechtzeitig Verhandlungen anzuknüpfen, um für seinen Neffen zu retten, was von den Resten seines Staates der Habgier der Feinde noch entrissen werden konnte. Sein Name freilich würde unter einem solchen Frieden nicht gestanden haben.

Bekanntlich trat gerade in diesem Augenblick völliger Aussichtslosigkeit der rettende Umschlag ein. Am 6. Januar wies der König Finckenstein an, den Frieden durch Abtretungen zu erkaufen. Am 19. erhielt er über Warschau die Nachricht, daß am 5. Kaiserin Elisabeth gestorben sei. Was das bedeuten konnte, war klar. Ob es das wirklich bedeutete, mußte sich erst offenbaren. Der gehofften Vorteile sich zu versichern, bedurfte es der größten Vorsicht. Aber der Himmel fing doch an sich zu klären, man durfte wieder Mut schöpfen. Und bis

zum März war der König sicher sich zu halten: so hoffte er einen radikalen Wechsel in der russischen Politik. Denn „Morta la bestia, morto il veneno“, meinte er. Was geschah, übertraf seine kühnsten Erwartungen. Der neue Zar Peter III. blieb sein schwärmerischer Verehrer: von nichts sprach er lieber als von ihm, seinen Truppen, seinen Anordnungen; er kannte die Namen aller preußischen Generale und Regimenter und beeilte sich, preußische Einrichtungen nachzuahmen. Aehnlich jählings war Friedrichs Lage durch diesen Thronwechsel gewandelt, wie einst die Ludwigs XIV. durch Marlboroughs Sturz. Doch sah er darin nur einen Anfang. Ein Waffenstillstand entledigte ihn sofort des Krieges im Osten. Die Kriegsgefangenen wurden beiderseits freigelassen. Die Russen traten den Rückmarsch an: er durfte hoffen, bald wieder Herr Preußens zu sein und dort Aushebungen vornehmen zu können. Wurden jetzt die Oesterreicher, im eigenen Lande bedrängt, zum Frieden genötigt, so mußte auch Frankreich „Wasser in seinen Wein gießen“. Der Friede war nahe. Und eben damals ließ Lord Bute ihm raten, da England nun genötigt sei, sich auch gegen Spanien zu wenden und daher in Deutschland nicht mehr kriegerisch handeln könne, möge er sich mit dem Wiener Hof verständigen. Schon war sein Adjutant, Oberst von der Goltz, nach Petersburg unterwegs, angeblich zur Beglückwünschung des Kaiserpaares, in Wahrheit um einen schnellen Frieden zu erwirken. Von Peter III. bestens aufgenommen, brachte er in sechs Wochen nicht nur diesen ohne jedes Opfer für Preußen zum Abschluß, sondern auch eine russisch-preußische Allianz, die Friedrich der Hilfe von 18000 Russen versicherte und dem Zaren nach Beendigung dieses Krieges die Hilfe Preußens zur Wiedergewinnung seiner von Dänemark occupierten holsteinischen Erblande verhieß. Eine Konsequenz des am 5. Mai (24. April a. St.) unterzeichneten Friedens, dem Peter III. aus eigenem Antrieb die russische Garantie des preußischen Besitzstandes von vor dem Kriege einfügte, war der Friede auch mit Schweden (22. Mai), andererseits aber der Verzicht auf die mit der Pforte und den Tataren verfolgten Pläne. Auch in Warschau wurden neue Friedenswünsche laut; aber bevor nicht seine Lande völlig ge-

räumt seien, erklärte Friedrich von der Räumung Sachsens nicht sprechen zu können.

Wohl durfte er das eben Erlebte mit der Peripetie in der griechischen Tragödie vergleichen. Doch brachte es auch neue Sorgen mit sich. Der nahe Ausbruch des russisch-dänischen Krieges drohte der europäischen Politik „greuliche Konfusion". Friedrichs Verhältnis zu England wurde immer übler. Daß er von den Verhandlungen in Petersburg in London nicht hatte Mitteilung machen lassen, erschien Lord Bute als Bruch der Bundestreue, obgleich der englische Gesandte in Petersburg von allem gewußt und Anteil daran gehabt hatte, und nahm es zum Vorwand, um die Weiterbewilligung der Subsidien nicht zu beantragen. Auch wußte Friedrich nur zu gut, daß der rettende Umschwung nicht den Verhältnissen entsprang, sondern allein der Persönlichkeit Peters. Ihrer suchte er sich, um dem Glücke Dauer zu verleihen, möglichst zu bemächtigen. Aber die Art, wie er das that, hat für unser Gefühl etwas Unwürdiges. Daß er Peter den Schwarzen Adlerorden verlieh, ihn zum Chef eines seiner besten Regimenter — von Syburg — machte, seine Geliebte und seinen Geheimsekretär kostbar zu beschenken eilte, besagt wenig; erstaunlich aber ist, welchen Ton niedriger Schmeichelei er mit der eigenen Würde für vereinbar hielt. Er muß von den geistigen und sittlichen Eigenschaften des Zaren eine sehr geringe Meinung gehabt haben, wenn er damit auf ihn Eindruck zu machen dachte. Oder sollte er Peter III. wirklich für einen „Fürsten von deutscher Gesinnung" gehalten haben, weil er ihm, um Deutschland nicht Oesterreichs Knechtschaft verfallen zu lassen, rettend die Hand reichte? Ihm vertraut haben nicht als einem der mächtigsten Fürsten der Welt, sondern als „dem Menschen", „dem intimen Freund, den ihm der Himmel gegeben". „Wenn ich ein Heide wäre," schreibt er ihm, „würde ich Eurer Majestät einen Tempel und Altäre errichten als einem wahrhaft göttlichen Wesen, das der Welt ein Beispiel der Tugend gibt, dem namentlich die Fürsten und Könige nachstreben sollten." „Ich gehöre Eurer Majestät mit Leib und Seele." Er betrachtet ihn wie einen gnädigen Gott, einen Schutzgeist, der über ihm walte. Er preist seinen „gött-

lichen Charakter", um den jeder ihn lieben und segnen müsse, der das Glück hat, ihn zu kennen. Das war bewußte, auf einen recht gewöhnlichen Zweck berechnete Schmeichelei, die ihrem Urheber so wenig wie dem also Umworbenen zur Ehre gereicht. Aber es galt den günstigen Augenblick, der so schnell enteilen konnte, auszunutzen. Wie recht der König damit that, erwies der Fortgang der Dinge.

Der Russen und Schweden entledigt, begann Friedrich den siebenten Feldzug. Während im Westen Ferdinand von Braunschweig am 24. Juni die Franzosen bei Wilhelmsthal schlug, stieß das russische Hilfscorps unter Czernitschew am 30. Juni bei Lissa zum König, der, um Daun zum Rückzug nach Böhmen zu nötigen, dorthin streifen und die österreichischen Magazine bedrohen ließ, selbst aber durch einen Vorstoß nach Mähren die Entscheidung herbeiführen wollte. Schon waren die beim Einmarsch zu veröffentlichenden Patente gedruckt, die den Einwohnern verboten zu fliehen, ihre Habseligkeiten zu verstecken und mit dem Feinde zu korrespondieren. Aber Dauns zähe Beharrlichkeit ließ ihn nicht dazu kommen: er rührte sich nicht aus seiner sicheren Stellung, in der er zugleich Schweidnitz deckte, und nichts war erreicht, als am 18. Juli die Nachricht von der Absetzung Peters III. und der Erhebung Katharinas eintraf. Ein neuer Parteiwechsel Rußlands schien zu fürchten. Und dabei standen die Russen noch in Preußen. Wohl erfolgten alsbald beruhigende Erklärungen der neuen Kaiserin: der Friede sollte gelten, wenn Friedrich nichts Feindliches unternahm, namentlich Czernitschew unbehelligt abziehen ließ. Doch gab dieser nach, bis zum 22. Juli bei Friedrich zu bleiben, und ermöglichte ihm so, wenn er auch unthätig zusah, im letzten Augenblick den ersehnten Erfolg gegen Daun. Am 21. Juli nahmen die Preußen die verstreuten festen Stellungen im Gebirge, namentlich bei Burkersdorf, die Dauns Verbindung mit Schweidnitz sicherten. Noch vor der beabsichtigten Erneuerung des Angriffs zog sich Daun zurück. Wurde nun Schweidnitz erobert, so war Schlesien zurückgewonnen; brachte er dann noch Dresden in seine Gewalt, so meinte Friedrich des Friedens sicher zu sein. Doch zog sich die Belagerung von Schweidnitz,

die er selbst gegen einen Entsatzversuch von Daun deckte, unerwartet lange hin.

Aber inzwischen schwanden vollends die Besorgnisse wegen Rußlands. Auch das Volk hatte sie geteilt: hatte doch in Preußen Soltikow Katharina Treue schwören lassen. Als aber diese ihre feierlichen Erklärungen wiederholte, beruhigte man sich. Den Rückmarsch der Russen, deren Zuchtlosigkeit vielfache Klagen veranlaßte, aus Preußen und Pommern zu beschleunigen, ließ Friedrich ihnen ihre Magazine ohne Prüfung der Qualität der Vorräte abkaufen. So hatte er sich zwar nicht all der Vorteile versichern können, die er von dem russischen Bündnis gehofft hatte, aber es waren doch auch die Befürchtungen unerfüllt geblieben, welche die Revolution in Petersburg bei ihm erregt hatte. Größere Besorgnis erweckte ihm die Haltung Englands. Dasselbe hatte zwar Frankreichs Vorschlag, die Lande seiner übrigen deutschen Alliierten zu räumen, die preußischen aber, Wesel und Geldern, bis zum allgemeinen Frieden besetzt zu halten, nicht einfach abgewiesen, diese Bestimmung vielmehr trotz Friedrichs geharnischten Protestes in den Entwurf der Präliminarien aufgenommen. Um so mehr wollte der König in Dresden ein Aequivalent wiedergewinnen, zumal er besorgte, die Franzosen könnten abziehend jene Plätze den Oesterreichern überliefern. Nun fiel aber das heldenmütig verteidigte Schweidnitz erst am 9. Oktober, und Friedrichs Heer blieb um 8000 bis 10000 Mann, das des Prinzen Heinrich gar um etwa 20000 Mann hinter der Sollstärke zurück. Letzterer mußte schließlich vor den vereinigten Oesterreichern und Reichstruppen unter Hadik weichen, stellte dann aber durch den Sieg bei Freiberg in Sachsen (29. Oktober) dort das Glück wieder her. Ausschwärmend trugen seine Reiter neuen Schrecken bis tief nach Franken. So wenig wie sonst im Reiche hatte man dort Lust, sich für Oesterreich zu opfern. Andererseits wurden am 3. November die englisch-französischen Präliminarien in Fontainebleau unterzeichnet. Lord Bute hatte Preußen im Stich gelassen. Ja, er hätte es gern gesehen, wenn Rußland zu gunsten der Räumung Sachsens auf dasselbe einen Druck ausgeübt hätte. Versucht war das schon früher, aber erledigt worden durch Fried-

richs Erklärung, er werde den ihm ausgesprochenen Wunsch mit Vergnügen erfüllen, sobald Frankreich und Oesterreich es ihm durch die Räumung von Kleve, Geldern und Glatz ermöglichten. Selbst eine russische Mediation wies er nicht von der Hand, wollte nur vorher ihre Basis kennen, da er ohne dies sich ja selbst den Strick um den Hals legen würde. Daß Katharina einen Zwang zu gunsten Oesterreichs weder ausüben konnte noch wollte, wußte er: um so mehr wollte er alles thun, was ihm Rußland verbinden und zum Rückhalt gewinnen konnte.

Eine Wendung, wie sie 1745 Preußen bedroht hatte (S. 37), stand demnach für Oesterreich nicht zu hoffen. Man überzeugte sich in Wien von der Aussichtslosigkeit der Lage. Was man aber mit Rußland, Frankreich und Schweden nicht hatte erreichen können, allein zu erreichen traute man sich doch nicht mehr zu. Immer lauter äußerten die eigenen Unterthanen ihre Friedenssehnsucht. Im Reiche drohte unter dem Eindruck der energischen Ausnutzung des letzten preußischen Sieges allgemeiner Abfall. Im Osten stieg die Türkengefahr. Die Armee war in fortschreitender Auflösung, die Finanzen trostlos zerrüttet. Ohne den Frieden mit Frankreich drohte in England die Rückkehr Pitts an die Spitze der Geschäfte, was die Lage Oesterreichs heillos verschlechtern mußte. Darauf wollte Maria Theresia es nicht ankommen lassen. Sie entschloß sich, die neue Stellung Preußens endgültig anzuerkennen, so sehr sie dem Interesse ihres Hauses, der katholischen Religion und des deutschen Reiches zuwiderlaufe. Damit war der Friede gegeben. Daß sie ihre Niederlage möglichst zu verhüllen, den Frieden als einem hochherzigen Entschlusse ihrerseits entsprungen darzustellen suchte, war menschlich und weiblich. Ihres Gegners Ritterlichkeit sicherte ihr jede Erleichterung. Ende November 1762 kam der Krieg thatsächlich zum Stillstand, indem auf wiederholtes österreichisches Ansuchen eine Waffenruhe geschlossen wurde. Um so mehr empfand man in den Reichslanden den Fortgang der preußischen Aktion zur Eintreibung von Kontributionen, Requisitionen von Pferden und Lieferungen und Aushebung von Rekruten. Es galt nach Friedrichs Wort „Wasser auf die Mühle" zu beschaffen. In Weimar, Altenburg, Fulda, Würzburg und

Bamberg wurde übel gehaust und der Abschluß des auch für die Reichstruppen nachgesuchten Stillstandes geflissentlich hinausgezögert, um sich der erreichbaren materiellen Vorteile noch möglichst zu versichern. Damit wurde die Last des Krieges thatsächlich von Oesterreich auf seine deutschen Parteigänger abgewälzt: wohl ihre Friedenssehnsucht, aber weder ihre Sympathie für Oesterreich, noch die für Preußen wurde dadurch gesteigert.

Wie politisch, militärisch und wirtschaftlich, so war der Friede nun auch moralisch eine Notwendigkeit. Den ersten Schritt dazu zu thun bestimmte Kaunitz den sächsischen Kurprinzen. In seinem Auftrag erschien am 28. November der kursächsische Geheimrat Freiherr v. Fritsch in Meißen vor Friedrich. Seine Bitte um Schonung Sachsens wurde derb abgewiesen, bot ihm aber, wie gehofft, Gelegenheit unter Bezugnahme auf eine frühere Mahnung des Königs von den inzwischen gemachten erfolgreichen Bemühungen des sächsischen Hofes in Wien für den Frieden zu berichten. Den dort erwiesenen „friedliebenden Gesinnungen der Kaiserin-Königin“ erklärte der König „vorderhand“ trauen, auch selbst die Feder gebrauchen zu wollen, um „das gute Werk“ möglichst zu fördern. Am nächsten Tage händigte er v. Fritsch ein Memoire ein, das die Behauptung des Wiener Hofes, er habe Preußen früher Friedensofferten gemacht, als unwahr zurückwies, dann aber seine Bereitwilligkeit zur Anbahnung eines gerechten, ehrenvollen und dauerhaften Friedens erklärte. Nur wollte er wissen, was man österreichischerseits unter dem proponierten „billigen Frieden“ verstehe. So erst könne der Wiener Hof die Welt überzeugen, daß es ihm ernst sei. Schon nach diesen Erklärungen konnte der Friede für gesichert gelten. Alles andere, der Ort der Unterhandlung und ihre Träger waren untergeordnete Fragen. Daß Oesterreich zunächst Glatz zu retten suchte, Friedrich es entschieden verweigerte, da es nach Dauns Zeugnis für Oesterreich offensiven, für Preußen bloß defensiven Wert habe; daß jenes dann wenigstens die Festung geschleift haben wollte, damit aber ebensowenig durchdrang wie mit dem Verlangen einer Entschädigung für Sachsen, verzögerte den Abschluß wohl,

gefährdete ihn aber keinen Augenblick. Und mehr als eingebracht wurde das scheinbar Versäumte, indem, was der österreichische Bevollmächtigte Baron v. Collenbach und der Sachsens, v. Fritsch, auf ihren Konferenzen zu Hubertsburg mit dem preußischen geheimen Legationsrat v. Hertzberg vorläufig vereinbart hatten, schließlich auf Friedrichs Anregung gleich als definitiver Friede anerkannt und ohne weitere Verhandlungen mit ihnen in einem einfachen Zusatzprotokoll verzeichnet wurde, welche von den beiderseitigen Bundesgenossen darin mit einbegriffen sein sollten. Unterzeichnet wurde erst am 15. Februar: um zur Eintreibung der noch ausstehenden Kontributionen Zeit zu gewinnen und die Räumung Sachsens vorzubereiten, hatte Friedrich Hertzberg angewiesen, damit etwas zu zögern. Auch versäumte er nicht, Katharina II. ein neues Kompliment zu machen, indem er angeblich nur wegen der zu befürchtenden Zeitversäumnis darauf verzichtete, Rußland mit unterzeichnen zu lassen. Fast allzu deutlich gab er zu erkennen, daß er nach glücklicher Ausfechtung des Kampfes um das Dasein in engem Bunde mit Rußland Sicherheit suchte.

Der Friede gab die Grafschaft Glatz samt Stadt, Festung und Artillerie, in dem Zustande, worin sie sich vor der Einnahme durch die Oesterreicher befunden, seine westfälischen und niederrheinischen Lande an Friedrich zurück. Er räumte Sachsen binnen zwei Monaten und stellte den König von Polen in allen ihm gehörigen Staaten her. Die Kriegsgefangenen wurden beiderseits ohne Lösegeld entlassen. Die Friedensschlüsse von Breslau und Dresden, die der Krieg hatte beseitigen sollen, wurden also vielmehr bestätigt: konnte die Welt danach noch zweifeln, wer Sieger war, auch wenn die brandenburgische Kurstimme bei der künftigen Königswahl dem Erzherzog Joseph zugesagt wurde?

III. Das Retablissement des preußischen Staates. 1763—1769.

„So endete dieser grausame Krieg, der Europa hatte umwälzen sollen, ohne daß außer England irgend eine Macht ihre Grenzen auch nur um das Geringste erweiterte.“ Dahin faßt Friedrich in der „Geschichte des Siebenjährigen Krieges“, die er auf Grund der meist von ihm selbst herrührenden Kriegsberichte, der Relationen Prinz Heinrichs und Ferdinands von Braunschweig und der Angaben Finckensteins über die diplomatischen Vorgänge alsbald zu schreiben unternahm, das Ergebnis des Riesenkampfes zusammen, aus dem er am Abend des 30. März 1763, festlich empfangen und jubelnd als der Große begrüßt (Bd. I, S. 27), nach mehrjähriger Abwesenheit in seine Hauptstadt zurückkehrte. So erleichtert er, wie erlöst, aufatmete: dem Ausdruck tiefinnerlichen Glücksgefühls begegnen wir bei ihm nicht. Nur der eine Wunsch drängte sich vor allen auf seine Lippen, daß die Nachwelt nie ähnliche Scenen zu sehen bekommen möchte, wie sie ihm in den letzten beiden Jahren beschieden gewesen waren.

Müde, vorzeitig gealtert, durch das jahrelange Kriegerleben daheim ein Fremdling geworden, herausgerissen aus den meisten der ihm einst teuren und sein Leben verschönenden Verbindungen und gedrückt von dem Bewußtsein vor einer Aufgabe zu stehen, die seine Kraft erst recht in Anspruch nehmen und ihm sich selbst zu leben auch ferner unmöglich machen mußte — so kam der Einundfünfzigjährige heim als ein Greis, der Ruhe ersehnte und doch nicht hoffen durfte. Auch klingt es aus seinen Worten gelegentlich wie eine schmerzliche Enttäuschung. War der Ausgang des Kampfes schließlich nicht doch ein ganz anderer, als er einst zuversichtlich gehofft hatte?

Wohl hatte Preußen sein Dasein siegreich behauptet: darin lag ein ungeheurer moralischer Erfolg. Aber der militärische und politische Triumph war ihm versagt geblieben, der ihm für das Geschehene volle Genugthuung hatte gewähren sollen. So ruhmreich Verlauf und Ausgang des Kampfes waren — Sieger in dem Sinne, wie er gehofft hatte, war Friedrich nicht. Von Eroberungen, die ihn für den aufgedrungenen Krieg entschädigten, von Ländertauschen, die Preußen territorial arrondierten und gegen ähnliche Ueberfälle sicherten, war nicht die Rede. Er durfte froh sein, die Abtretungen vermieden zu sehen, durch die allein noch ein Teil seiner Länder für seinen Neffen zu retten schien (S. 122). Und daß dieses Aeußerste abgewandt war, konnte er füglich nicht als sein Verdienst in Anspruch nehmen. Offen bekennt er am Schlusse der „Geschichte des Siebenjährigen Krieges", die Rettung vor dem Untergange verdanke Preußen zunächst dem Mangel an Einigkeit und Uebereinstimmung bei seinen Gegnern, welche die Verschiedenheit ihrer Interessen gerade die wirksamsten Maßregeln zu ergreifen hinderte und namentlich die österreichischen und russischen Generale im entscheidenden Augenblick die Schritte nicht thun ließ, die es sicher zermalmt hätten, demnächst der allzu selbstsüchtigen Politik des Wiener Hofes, der die schwierigsten und gefährlichsten Aufgaben seinen Verbündeten zuschob, um die eigene Armee zu schonen und so die schließliche Entscheidung in seine Hand zu bringen. Deshalb versäumten es die österreichischen Generale mehrfach, dem hoffnungslos am Boden liegenden Preußen den Gnadenstoß zu geben. Dazu kam dann der Tod der Kaiserin Elisabeth, mit der die russisch-österreichische Allianz zu Grabe getragen wurde, und als Folgen davon Peters III. Bündnis mit Preußen und das Erscheinen eines russischen Hilfsheeres in Schlesien.

Diese Einsicht in seine wahren Ursachen bewahrte Friedrich davor, die Tragweite seines Sieges zu überschätzen. Von den Gefahren, die Preußen seither bedroht hatten, war keine beseitigt, konnte bei seiner dauernden Isolierung jede sich demnächst erneuen. Ein neuer Krieg aber — das stand für Friedrich fest — war der Ruin Preußens. Mehr noch als bisher

nahm der König deshalb das Augusteische Festina lente zur Richtschnur seiner Politik. Die Erfahrungen, die er an sich und seinen Gegnern gemacht, hatten ihn überzeugt, daß auch der umfassendste und berechnendste Geist, der den Zusammenhang der Dinge in der Vergangenheit richtig erkannt hat, sich über das Kommende nur allzu leicht täuscht und die sichersten Kombinationen scheitern sieht. Denn bei der Unbeständigkeit alles Menschlichen sind mit den Menschen auch ihre Entwürfe und die Ereignisse stetem Wechsel unterworfen. Daß auch der thätigste, pflichttreueste und vorsichtigste demgegenüber ohnmächtig ist, verleidete ihm die Beschäftigung damit und hatte seinen Ehrgeiz gedämpft. Doch war noch in einer anderen Richtung während des Kampfes um das Dasein in seinem Denken ein Wandel eingetreten. Inmitten der auf ihn einstürmenden Bedrängnisse hatte der bequeme Wolffsche Determinismus, in dem sein philosophisches Denken bisher gewurzelt (S. 44), ihm doch nicht den Halt geben können, dessen er bedurfte, um nicht zu verzweifeln, sondern auch nach den schwersten Schicksalsschlägen sich wieder aufzurichten und selbst ohne Aussicht auf Erfolg in dem Dienst der Pflicht gegen seinen Staat und sein Volk auszuharren. Was er erlebte, überzeugte ihn, daß der Mensch doch nicht, wie er gemeint, dem aller Logik spottenden Spiel des Zufalls preisgegeben sei. Er ahnte eine höhere Macht, die das Schicksal des Einzelnen wie der Gesamtheit ausgleichend und vergeltend lenkt und aufopfernd treue Pflichterfüllung, auch wenn sie vergeblich bleibt, doch nicht unbelohnt läßt. Zu der kindlichen Glaubenszuversicht freilich, mit der Ziethen ihn in den hoffnungslosen Wochen des Bunzelwitzer Lagers (S. 121) auf seinen „Alliierten dort oben" vertröstete, hat der Schüler der französischen Aufklärung sich nicht erhoben, aber trotz der scherzhaften Form spricht doch ein tiefer Ernst aus dem, was er unter dem Eindruck des rettenden Sieges bei Freiberg seiner Schwester Amalie schrieb. Als Aebtissin von Quedlinburg könne sie freilich wissen, ob ihr himmlischer Schwiegervater ihm wohlwolle oder nicht; ihm fehlen solche Beziehungen zum Himmel; als armer Sterblicher kenne er keinen Hund im Paradiese und befinde sich in der größten Unkennt-

nis; darum nehme er das Gute, das ihm beschieden, mit Vergnügen und trage das Ueble geduldig; aber er könne nicht billigen, wenn man dem Glück, das die Heiden als blind und ungerecht, launenhaft und unbeständig schilderten, die Vorsehung gleich stelle, ihr also dieselben üblen Eigenschaften zuschreibe. Das sei förmliche Blasphemie. Und dann fährt er fort: „Voll tiefer Ehrfurcht vor der Gottheit, hüte ich mich, ihr auch nur in Bezug auf den geringsten Sterblichen ein ungerechtes, unbeständiges und tadelnswertes Betragen zuzuschreiben und glaube deshalb lieber nicht, daß das höchste Wesen in seiner Güte und Allmacht sich um alle Einzelnheiten der menschlichen Dinge kümmert, halte vielmehr alles, was den geschaffenen Wesen begegnet, für die notwendige Wirkung sekundärer Ursachen, beuge mich schweigend vor dem anbetungswürdigen Wesen und bekenne die Unkenntnis seiner Wege, die mir zu offenbaren seiner göttlichen Weisheit nicht gefallen hat."

Auch über den Krieg dachte der König jetzt anders als einst im Antimachiavell. Weil er alle anderen Heimsuchungen in sich schließt, ist er ihm das größte Uebel, freilich ein zu Zeiten notwendiges. Berechtigt ist er nur, wenn er den Frieden herbeiführen soll. Je mehr der letzte Krieg durch seine Dauer bereits die Kultur gefährdet hatte, um so mehr wünschte er dauernden Frieden und war entschlossen, alles zu vermeiden, was neuen Krieg drohen konnte. Deshalb mußte die Sorge für Erhaltung und Stärkung der preußischen Wehrkaft dieselbe bleiben, namentlich im Hinblick auf den bedenklichen Zustand der Armee beim Ende des Krieges. Die alte Ordnung und Disziplin war fast vergessen. Selbst die dem König eingereichten Listen der Regimenter und Rapporte hatten sich als unzuverlässig erwiesen. Die Masse der Kleinigkeiten aber, auf die es bei Bekämpfung der Mißstände ankam, selbst zu bewältigen, war für den König unmöglich. Deshalb schuf er damals das Institut der Armeeinspektoren, die auch die Aufsicht über die Rekrutierung und die Entlassung der ausgedienten Soldaten zum Zweck der Ansiedlung erhielten. Während bei der Kavallerie eine Reduktion erfolgte, galt es das Fußvolk zu vermehren und zu verjüngen. Dazu half die Rückkehr der zahlreichen Kriegs-

gefangenen, deren viele in die feindlichen Armeen gesteckt oder in die Fremde verschleppt waren, wie von den abziehenden Feinden auch mancher friedliche Bürger und Bauer mit in die Fremde fortgeführt war. Sie aufzufinden und zu befreien kostete namentlich in Rußland Mühe, und die dadurch veranlaßten Verhandlungen zogen sich noch Jahre hin. Ein übles Nachspiel bildete das kriegsgerichtliche Verfahren gegen etliche aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrende höhere Offiziere, obenan v. Finck (S. 112) und seinen Schicksalsgenossen Generalmajor v. Rebentisch. Andere, die ohne strafbares Verschulden unglücklich gewesen, wie die Generale v. Lestwitz, der 1757 Breslau (S. 96), und v. Schmettau, der 1759 Dresden übergeben hatte (S. 110), ließ der König „auf das Eigentlichste avertieren", daß sie ihm sich nicht präsentieren noch unter die Augen kommen sollten. Es war eben nicht seine Art, zu verzeihen oder zu vergessen. Auch that so eiserne Strenge not, um die Armee zu reorganisieren, von deren Infanteriecorps manche nicht besser waren als ungeschulte Milizen. So aber war sie bei einer auf 151 000 Mann normierten Friedensstärke durch rastlose Uebung, welche die Fülle der im Kriege gemachten Erfahrungen gewissenhaft benutzte, bald wieder zu der alten Tüchtigkeit erhoben. Doch war es ein auf die Dauer bedenkliches Mißverhältnis, daß noch nicht die Hälfte der Mannschaften — etwa 70 000 Mann — nach dem Kantonsystem aus dem Lande selbst beschafft wurden; für die größere blieb man auf Werbung angewiesen. So kamen immer wieder minderwertige Elemente in die Armee, wie z. B. im Sommer 1764 Soldaten, die polnische Magnaten während des Interregnums angeworben hatten und nach der Königswahl entließen. Wie sollte da der gut soldatische und zugleich königstreue und vaterlandsliebende Geist erhalten bleiben, der die Armee in den ersten Jahren des Krieges beseelt hatte? Größere Sorge noch machte dem König für den Fall eines neuen Krieges die isolierte Lage Ostpreußens. Sie veranlaßte Erwägungen über die Möglichkeit, die zur Verteidigung dieser Provinz nötigen Mannschaften durch stärkere Heranziehung der Kantone von ihr selbst aufbringen zu lassen, die in letzter Konsequenz auf die allgemeine Wehr-

pflicht geführt haben würde. Doch blieb es bei solchen Erwägungen: Land und Volk waren Ansprüchen derart damals weder quantitativ noch qualitativ gewachsen. Sie zu ihrer Erfüllung zu befähigen, war die Aufgabe Friedrichs, und von ihrer Lösung hing die Zukunft des glücklich geretteten Staates überhaupt ab. Die Großmachtsstellung war behauptet: es galt das preußische Volk wirtschaftlich, sittlich und geistig fähig zu machen, sie gebührend auszufüllen.

Es war nicht übertrieben, wenn Friedrich Preußen am Ende des Krieges einem Manne verglich, der mit Wunden bedeckt und durch Blutverlust erschöpft eben seinen Leiden erliegen will. Es bedurfte frischer Nahrung, um sich zu erholen, Spannkraft, um sich wieder zu stärken, und Balsam zur Ausheilung seiner Narben. Der Adel war erschöpft, der kleine Mann ruiniert. Eine Menge von Ortschaften lagen in Asche, Städte waren zerstört. Ein Zustand der Anarchie war eingerissen, da Polizei und Verwaltung vielfach zu fungieren aufgehört hatten. Die Geldverhältnisse waren total zerrüttet. Friedrich sah sich vor einer, wie es schien, unlösbaren Aufgabe. Bei ihm aber verband sich mit der klaren Einsicht in das, was es zu thun galt, die richtige Erkenntnis der zweckdienlichen Mittel und die ihrer selbst gewisse Entschlossenheit in deren Anwendung. Er wußte auch hier, was er sollte und wollte, nicht minder aber, was er konnte. Voll Bewunderung hatte er einst gesehen, was sein Vater mit dem Retablissement Ostpreußens geleistet hatte (Bd. II, S. 358): dieses wurde das Vorbild für das Retablissement des preußischen Staates. Noch inmitten schwerer militärischer Sorgen hatte er schon die künftige Friedensarbeit im Auge gehabt. Ihr Programm stand fest, noch bevor der Friede unterzeichnet war. Zuerst gelte es, schrieb er am 14. Februar dem Prinzen Heinrich, die Mark und Magdeburg in Stand zu setzen, dann eine Tour nach Pommern und weiter nach Kleve zu machen; bis zum Juni hoffte er das Münzwesen geordnet und alle Schulden bezahlt zu haben. „Dann kann ich, beliebt es mir, ruhig sterben.“ Die ihm alle Zeit eigene allzugroße Hoffensfreudigkeit offenbart sich auch hier, aber sie erleichterte ihm die Erfüllung seiner Regentenpflicht.

Ueber diese sprach er sich nicht ohne einen Seitenblick auf die eigene Lage aus, als damals der eben zur Regierung gekommene Markgraf Friedrich Christian von Bayreuth aus Zweifel an seiner Kraft und aus Liebe zur Ruhe abdanken und sein Land ihm überlassen wollte. Gerade jetzt, wo es die Folgen des Krieges gut zu machen gelte, würde sich derselbe, so urteilte er, vor Gott verantwortlich machen, „wenn er sich der Ausführung der weisen göttlichen Absichten entziehen und eine Retraite dem Wohlsein und der Hilfe so vieler Landesunterthanen präferieren wollte". Denn die Vorsehung habe Regenten über Länder gesetzt, „nicht damit sie auf sich allein und ihr persönliches Interesse sehen, sondern ihre Hauptattention auf das Beste ihrer Länder und Unterthanen richten und dadurch ihre Pflichten gegen Gott und Menschen erfüllen". Und: „Was für ein Mensch!" ruft er aus bei der Nachricht, das erste, was der Kurfürst von Sachsen und König von Polen, von schwerer Krankheit genesen, gethan habe, sei die Ausschreibung neuer Steuern. Für sich konnte er davon höchstens Vorteil erwarten, da das Elend viele Sachsen in das benachbarte Preußische auszuwandern nötigen werde.

Friedrich that hier beinahe mehr als seine Pflicht: er war ein Schwärmer für das öffentliche Wohl. Das durfte er ohne Selbstruhm von sich sagen, der eben 64 000 Menschen dem bürgerlichen Leben wiedergab und von den für das neue Kriegsjahr aufgehäuften Getreidevorräten einen Teil den Landleuten als Saatgetreide schenkte, den anderen auf den Markt warf, um die hohen Preise zum Sinken zu bringen. Im ganzen wurden so 25 000 Wispel Korn und 17 000 Wispel Hafer verteilt. Nicht weniger als 35 000 Militärpferde wurden der Landwirtschaft dienstbar gemacht. Dazu kamen reiche finanzielle Beihilfen für die einzelnen Landschaften. Schlesien erhielt drei Millionen Thaler, Pommern und die Neumark je 1 400 000 Thaler, die Kurmark 700 000, Kleve 100 000 und Preußen 800 000. Obenein verzichtete der König in den vom Kriege zumeist getroffenen Provinzen fürs erste auf seine Einnahmen: sie erhielten Steuererlaß, teils halben, teils auf kürzere Zeit — Pommern auf zwei Jahre. Das erst gab denen, die den Krieg

überdauert hatten, die Möglichkeit, ihre bürgerliche Existenz neu zu begründen und sich vielleicht wieder zu Wohlstand emporzuarbeiten. Vielfach aber mußten für entvölkerte Strecken erst wieder Einwohner beschafft werden. Der Grausamkeit der Feinde sollten in Brandenburg 3000, in der Neumark 4000, in Pommern 6000 und in Preußen gar 30 000 Menschen zum Opfer gefallen sein. Viel größer noch war die Zahl derer, die Elend und Krankheit dahingerafft hatten. In der Neumark war die Bevölkerung um 57 000 Seelen vermindert, lag Küstrin in Trümmern und waren auf dem Lande 2000 Gebäude zerstört. Was an Einwohnern noch vorhanden war, lebte in Hunger und Elend. Dort erwarb sich der Geheimerat v. Brenckendorf die größten Verdienste. Auf seinen Bericht bewilligte der König 768 000 Thaler zu Brot und Saatkorn, 6342 Zugpferde und 68 000 Schafe. Während Küstrin schon Ende 1763 mit Professionisten neu besetzt war, die zur Einrichtung Vorschüsse aus Staatsmitteln erhielten, wurden auf dem Lande während der nächsten Jahre mehr als 10 000 Kolonisten angesiedelt, so daß nach zwölf Jahren die Bevölkerungszahl von 1757 wieder erreicht war. Noch Größeres leistete das Retablissement in Hinterpommern, wo die Russen namentlich die Gegend um Colberg in eine Wüste verwandelt hatten: man beklagte dort einen Abgang von 59 000 Menschen und 1288 Häusern. Zwölf Jahre später war die Einwohnerzahl von 1756 um 30 000 übertroffen. Und ähnlich ging es überall, wenn die vorhandenen Listen auch nicht ausreichen, um die Zahl der Kolonisten in jedem Fall sicher zu berechnen. Im Magdeburgischen und Halberstädtischen wird sie auf mindestens 10 000, in dem am wenigsten lockenden Ostpreußen doch noch auf über 3000 angeschlagen. Und darunter waren fast alle deutschen Stämme vertreten, von Süddeutschen namentlich Pfälzer und Württemberger. Auch Ausländer fehlten nicht.

Kam diese Sorge für die „Peuplierung" der entvölkerten Provinzen auch zunächst und am meisten dem flachen Lande zu gute und bewirkte eine Erneuerung und Vermehrung der bäuerlichen Bevölkerung, so brachte sie doch auch den Städten und dem Bürgertum Gewinn. Galt es dort vor allem Hebung

des Ackerbaus und der Viehzucht, in deren Interesse der König auf Einführung der englischen Wirtschaftsart drang, die durch stärkeren Futterbau dem Landwirt mehr Vieh zu halten und es besser zu ernähren erlaubte, so war die städtische Kolonisation vorzugsweise auf die Hebung von Handwerk und Gewerbe gerichtet. Dabei suchte der König auch neue Betriebe aus der Fremde heranzuziehen. Auf diesem Gebiet hatte ihm der Aufenthalt in Sachsen mannigfache Anregung gewährt. Aber auch in weiterer Ferne entging ihm nicht leicht, was seinen Zwecken nützlich werden konnte. Sein Reichstagsgesandter v. Plotho sollte Künstler, Handwerker und Fabrikanten, „recht gute und sonst etwas bemittelte Leute aus Regensburg, Ulm, Augsburg und anderen Orten, namentlich Goldschmiede und Professionisten, zur Uebersiedelung nach Preußen veranlassen, möglichst Evangelische". Auch vermögende Kaufleute, insbesondere solche, welche Handel mit der Levante treiben wollten, sollten willkommen sein. Ein Sachverständiger wurde heimlich nach England geschickt, um sich Kenntnis von den Handgriffen der Seidenappretur und den dabei gebrauchten Maschinen zu verschaffen. Denn die Einbürgerung der Seidenraupenzucht ließ sich der König ganz besonders angelegen sein und hat da trotz der von der Natur bereiteten Hindernisse beträchtliche Erfolge aufzuweisen gehabt, wenn die Seidenindustrie auch niemals so allgemein verbreitet und in dem Maße eine Quelle des Volkswohlstandes wurde, wie er gehofft hatte. Auf diesem Gebiete griff er persönlich ein, anregend, kontrollierend, ratend und helfend.

Und über Erwarten reich wurde sein Bemühen belohnt. Das Retablissement des Staates war schneller und vollständiger durchgeführt, als bei der Größe der Aufgabe irgend hatte erwartet werden können. Zwei und ein halbes Jahr nach dem Frieden rechnete Friedrich zwar, daß er noch 4000 Häuser und Bauern zu retablieren habe: denn Ende des Jahres 1765 schätzte er die Gesamtzahl der aufzubauenden Häuser und Scheunen auf 12 360, meinte aber damit bald zu Ende zu sein und an die Heilung der anderen Wunden gehen zu können, die der Krieg dem Lande geschlagen. Besonders hatte er sich gleich anfangs die Herstellung einer gesunden Ordnung im Geldwesen

angelegen sein lassen. In knapp anderthalb Jahren war die Zerrüttung ausgeglichen, die er da notgedrungen hatte einreißen lassen, ja, zum Teil herbeiführen müssen, wollte er nicht, was er mit den Waffen behauptet hatte, durch eine finanzielle Katastrophe verloren gehen sehen (S. 105). Auch sonst hatte im Drange der Not die vorgeschriebene Ordnung nicht durchweg gewahrt werden können und die sonst so peinliche Verwaltung hatte manches durchlassen müssen, was sie unter anderen Umständen niemals geduldet haben würde. Jetzt wurde die strengste Revision vorgenommen und mancher Beamte und Offizier für die im Drange der Not geübte Willkür oder zugelassene Inkorrektheit nachträglich haftbar gemacht. Aber ihnen zu ersetzen, was sie all die Jahre durch die Zahlung ihres Gehaltes in der minderwertigen Münze oder in Schuldscheinen verloren hatten, ist niemandem eingefallen: auch vom Privatmanne verlangte der König, daß er seinen Vorteil dem des Staates opfere. So hart das war, es half doch Preußen vor einer wirtschaftlichen Krisis bewahren, wie sie sonst kriegerischen Heimsuchungen derart als trauriges Nachspiel zu folgen pflegt, und erleichterte die rasche Gesundung der Finanzen, in deren Zustand Friedrich das Barometer sah für den Zustand des Staates. Von diesem legte es ein glänzendes Zeugnis ab, daß in den dem Kriege folgenden Jahren, von allen sonstigen Leistungen abgesehen, mehr als zwanzig Millionen zur Unterstützung der Provinzen angewiesen werden konnten. Um aber eine Zwangslage, wie sie ihn 1758 genötigt hatte, bei den Juden Itzig und Ephraim Hilfe zu suchen und ihnen von Staats wegen die minderwertige Nachahmung der Prägungen der Nachbarstaaten einzuräumen, in Zukunft auszuschließen und in kritischen Zeiten dem Staate sowohl wie Handel und Gewerbe auf legalem Wege helfen zu können, ermöglichte er im Sommer 1765 durch einen Vorschuß von acht Millionen, den entbehrlichen Teil des Staatsschatzes, die Errichtung einer von der Verwaltung ganz unabhängigen Bank, die durch Filialen auch in den Provinzen auf den Geldverkehr regulierend und ausgleichend einwirkte. Dem ländlichen Grundbesitze gewährte ähnliche Hilfe die Organisation des landschaftlichen Kreditwesens

in den Provinzen. Die Ausgabe von Pfandbriefen, für die der gesamte Grundbesitz der betreffenden Provinz bürgte, bot dem verschuldeten Adel die Möglichkeit, sich finanziell zu arrangieren und die zu besserem Wirtschaftsbetrieb nötigen reicheren Mittel ohne ausbeutende Belastung und unter staatlicher Kontrolle aufzubringen. Damit wurde eine der festesten Grundlagen für den preußischen Nationalwohlstand geschaffen. Das Beispiel, das da Schlesien unter der Leitung des dortigen Justizministers von Carmer gab, fand in allen Provinzen Nachahmung. Aehnliches leistete für die beschränkten Verhältnisse des kleinbürgerlichen Lebens die Errichtung von staatlichen Leihhäusern.

Vor allem aber war Friedrich auf Erschließung neuer Hilfsquellen für den Staat bedacht. Diesem für seine Zwecke, namentlich die nach wie vor obenanstehenden militärischen, möglichst reiche Mittel zu beschaffen, war das nächste Ziel auch seiner Finanz-, Wirtschafts- und Handelspolitik und gab ihr einen ausgesprochen fiskalischen Charakter. Ja, das steigerte sich im Fortgange seiner Regierung, und das System, das innerhalb gewisser Schranken segensreich wirkte, führte in seiner Uebertreibung schließlich zu drückenden Mißständen. Es entsprach des Königs Vorstellung von der in ihm verkörperten Omnipotenz des Staates, daß er auch auf einem Gebiete, wo ohne eine gewisse Freiheit Gedeihen unmöglich ist, alles reglementiert, dirigiert und kontrolliert sehen wollte, um das wirtschaftliche Leben ganz in die Schablone seiner extrem merkantilistischen Ideale zu zwingen. Helles Licht und dunkle Schatten liegen daher gerade hier in seiner Regierung dicht bei einander. Die preußische Industrie verehrt in ihm ihren Schöpfer. Unermüdlich anregend und unerschöpflich freigebig hat er die von dem Vater gemachten bescheidenen Anfänge, die zudem unter dem Kriege vielfach gelitten hatten, zu schneller und lebenskräftiger Entfaltung gefördert, indem er Verbesserungen aller Art in den vorhandenen Gewerbebetrieben ermöglichte, neue industrielle Anlagen schuf und ausländische Industrien einbürgern half. Manches Experiment derart mißlang: aber durch die von ihm gezeitigte Blüte der Leinwand-, Woll- und Baumwollenindustrie, die Einführung der Seidenzucht und Seidenweberei,

der Glas- und Porzellanmanufaktur, der Zuckerraffinerie und anderes mehr wurde der Nationalwohlstand doch in ungeahnter Weise gehoben. Auch wollte Friedrich sein Land nicht bloß von der Industrie des Auslandes unabhängig machen, sondern durch den Export preußischer Produkte möglichst viel fremdes Geld in das Land ziehen. Daher erschwerte er nach Möglichkeit die Einfuhr fremder Waren ebenso wie die Ausfuhr heimischer Rohprodukte. Durch dieses Sperrsystem ging ein Teil des auf der einen Seite Gewonnenen auf der anderen wieder verloren. Denn es hieß einander ausschließende Ziele erstreben, wenn die Getreideausfuhr erschwert wurde, um die Getreidepreise zum Vorteil des Volkes niedrig zu halten, die Einfuhr aber, um sie im Interesse der Produzenten vor dem Sinken zu bewahren. Damit war ein schwunghafter Handel überhaupt unvereinbar. Das beeinträchtigte auch den Erfolg, den des Königs fast leidenschaftliche Sorge für Manufaktur und Industrie bei größerer Freiheit der Bewegung des Handels hätte haben können, zumal bei der territorialen Zerrissenheit des preußischen Staates selbst. Daher hatten denn auch die Unternehmungen größeren Stils, durch die Friedrich einzelne Handelszweige mit staatlicher Hilfe zu organisieren dachte, keinen besonderen Erfolg. Weder die zur Entwickelung des Handels mit dem Morgenlande 1765 errichtete Levantinische Compagnie, noch die in Emden begründete Gesellschaft zur Monopolisierung des Heringshandels prosperierte, und auch die 1772 geschaffene Seehandlung erlangte trotz mannigfacher staatlicher Begünstigung doch nur mäßige Bedeutung.

Am augenfälligsten aber werden die Fehler des Fridericianischen Systems in den beiden Schöpfungen, auf die er als seine persönlichen Werke geradezu stolz war, da er als Volkswirt durch sie einen besonderen Fortschritt veranlaßt zu haben glaubte, während er damit doch nur die abschüssige Bahn engherziger und gewaltthätiger Monopolherrschaft betrat. Das geschah einmal durch die 1766 ins Leben gerufene Generaltabaksadministration, die auf dem Wege des Monopols den Tabak, dessen Gebrauch seit einem Menschenalter immer mehr in Aufnahme gekommen war, zu einer Finanzquelle machte, die bald 1¾ Millionen Thaler jährlich abwarf, das heißt den

elften Teil der gesamten Staatseinnahmen. Dagegen blieb der Ertrag des gleichzeitig eingeführten Kaffeemonopols weit hinter Friedrichs Erwartungen zurück. Zweifellos verließ dieser mit solchen Maßnahmen die in Preußen bisher verfolgten Bahnen und verleugnete die volkswirtschaftlichen und steuerpolitischen Prinzipien, zu denen nach seines Vaters Vorgang er selbst sich so lange bekannt hatte. Damit aber trat er zugleich in einen bedauerlichen Gegensatz zu dem in deren Dienst gebildeten und von ihrer Richtigkeit überzeugten Beamtentum, das eine höhere Belastung des Volkes, die er um die wachsenden Bedürfnisse des Staates reichlicher befriedigen und namentlich für militärische und Kulturzwecke größere Aufwendungen machen zu können, in Aussicht nahm, mit gutem Grunde für unzulässig erklärte. Ohne und gegen dasselbe beschloß er daher die von ihm politisch für notwendig gehaltene Maßregel durchzuführen, indem er das bestehende Steuersystem zwar beibehielt, aber dadurch ertragreicher zu machen suchte, daß er die Administration nach dem Muster der französischen Regie umgestaltete und ihre Leitung in die Hände von Franzosen legte. Das war eine unverdiente Kränkung der bewährten preußischen Beamten, die um so schmerzlicher empfunden wurde, als er wegen der Unzuverlässigkeit der Fremden die eigentliche Kassenverwaltung ausschließlich den Preußen vorbehielt und so ihrer erprobten Ehrlichkeit ein glänzendes Zeugnis ausstellte. Außerdem aber wurde die Neuerung dadurch höchst unpopulär, daß die von jenen als unzulässig abgelehnte Steuererhöhung samt der Monopolisierung auch noch des Salzes nun doch erfolgte: ihre rücksichtslose, vielfach verletzende Durchführung durch die unbeliebten und oft auch persönlich nicht makellosen Fremden wurde wie eine Herausforderung empfunden. Nun stellten sich aber bei der hohen Besoldung der Fremden, welche die der preußischen Beamten weit übertraf, die Kosten der Regieverwaltung außerordentlich hoch, so daß trotz der zeitweisen Steigerung des Steuerertrages auf etwa 5½ Millionen Thaler der schließliche Ueberschuß nur eine Viertelmillion betrug, eine Bagatelle, die viel zu teuer erkauft war durch den schweren Abbruch, den die im Kampf mit dem Beamtentum durchgesetzte Neuerung

der Volksbeliebtheit des Königs that. Daß die tapferen Männer des Generaldirektoriums, die sich ihm im Interesse des Volkes widersetzt hatten, die Ungnade des Königs, der für die freimütige Aeußerung einer abweichenden Ueberzeugung von seiten seiner Beamten kein Verständnis hatte, schwer zu empfinden bekamen und ihr Wortführer, der Geheimerat Ursinus, der die gesamte Handels- und Steuerpolitik des Königs einer nicht eben günstigen Kritik unterwarf, abgesetzt und nach Spandau geschickt wurde, war nicht geeignet, den üblen Eindruck abzuschwächen und die Mißstimmung zu beschwichtigen. Trotz der üblen Erfahrungen, die er bei der ebenfalls 1766 eingeführten Postregie mit den Franzosen machte und die schon 1769 die Rückkehr zu der altbewährten gewinnbringenden preußischen Staatspost zur Folge hatten, beharrte der König hier auf seiner vorgefaßten Meinung: das Generaldirektorium sah sich mehr und mehr beiseite geschoben und zu gunsten des königlichen Kabinetts aus der ihm gebührenden Stellung verdrängt.

Der Popularität Friedrichs hat die Reform vom Jahre 1766 einen Stoß versetzt, der nie wieder gut gemacht worden ist. Der Eindruck, den sie machte, und der Erfolg, der sich daraus ergab, entsprachen eben nicht der Absicht, die ihn eigentlich dabei geleitet hatte. Denn ein großer und berechtigter Gedanke lag der Regie ohne Frage zu Grunde. Insofern sie nämlich über alle die noch bestehenden lokalen, provinziellen und ständischen Sonderrechte und Privilegien zur Tagesordnung überging, welche zum schweren Schaden der Staatsfinanzen in Bezug auf die Besteuerung noch bestanden, war sie geeignet, die Geltung des monarchischen Staatsgedankens in Preußen zu steigern und die wirtschaftliche Einheit des aus so ungleichen Bestandteilen zusammengefügten Staates wirksam zu fördern. Aber das Uebergangsstadium, das dazu durchgemacht werden mußte, sowie die gewaltsame Durchbrechung der bisher geltenden und als ausreichend angesehenen Ordnung brachte zu große Uebelstände mit sich und ließ des Königs eigentliches Ziel zu wenig klar hervortreten, als daß man daraufhin die ganze Reform nicht gleich hätte verurteilen und sich ihr in einer Weise wider-

setzen sollen, die auch den König erbitterte und zu gesteigertem Druck herausforderte.

Gerade in diesen Neuerungen offenbaren sich die Schwächen des Fridericianischen Systems. Es krankte an dem Widerspruch zwischen dem aufs höchste gespannten Pflicht- und Ehrgefühl des Königs selbst und seinem Mangel an Glauben an das Pflicht- und Ehrgefühl anderer, zunächst seiner Beamten, dann aber auch seiner Unterthanen. Daß daran bei ihnen gezweifelt werde, hatten die einen so wenig wie die anderen um ihn verdient. Dazu kam ein anderer Widerspruch. So eifrig er sich zu den Prinzipien der Aufklärung bekannte: die Konsequenzen ließ er doch nicht gelten, die sich daraus für eine Reform der politischen und sozialen Verhältnisse ergaben. Niemals ist ihm, dem groß-herzigen Förderer der Landwirtschaft, dem Kolonisator weiter Gebiete, dem Begründer wirtschaftlichen Gedeihens für Tausende von Bauern, der Widerspruch zum Bewußtsein gekommen, der zwischen seiner Agrarpolitik und der Art obwaltete, wie er den Bauern in der Abhängigkeit erhalten sehen wollte, in die ihn eine unheilvolle Entwickelung gebracht hatte. Seine Erb-unterthänigkeit war ihm eines der Fundamente der bestehenden Ordnung in Staat und Gesellschaft, an dem, wenn diese erhalten bleiben sollte, nicht gerührt werden durfte. Wohl hat er einzelne Mißstände beseitigt, und wo er, wie nachmals in Westpreußen, diese Dinge ohne Rücksicht auf das geschichtlich Ueberkommene regeln konnte, die Abgaben und Dienste der an die Scholle gebunden bleibenden Bauern möglichst herabgesetzt, das Prinzip aber nicht angetastet, weil er in den bestehenden bäuerlichen und gutsherrlichen Verhältnissen eine unerläßliche Voraussetzung sah auch für die militärische Organisation und damit die Wehrhaftigkeit Preußens.

Unabsichtlich aber und unbewußt hat er doch gerade auf diesem Gebiete für die Zukunft große soziale Reformen vorbereitet, indem er, wie es an die Wende zweier Zeitalter gestellten Männern nicht selten geht, die auf der einen Seite bekämpften Neuerungen durch ihnen scheinbar fremde Maßregeln auf der anderen Seite anbahnte. Je mehr er, nicht aus allgemeiner Menschenliebe oder physiokratischen Theorien zu-

liebe, sondern zunächst um im Interesse des Staates ihre Leistungsfähigkeit zu steigern, die Bauern geistig und sittlich hob, um so mehr mußten sie ihre gesellschaftliche Unterordnung und ihre politische Rechtlosigkeit empfinden. Dahin mußte schließlich führen, was Friedrich für die Hebung der Volksschule that. Auch dabei scheinen Eindrücke und Erfahrungen mitgewirkt zu haben, die ihm im Gegensatz zu den Zuständen des eigenen Landes während des Aufenthalts in Sachsen zu teil geworden waren, seit der Reformation dem klassischen Lande der Schulen und der Schulmeister, welches trotz seines wirtschaftlichen Elends und der Entartung seines von dem Evangelium abgefallenen Fürstenhauses auf die deutsche Geisteskultur gerade im 18. Jahrhundert segensreich einwirkte. Aus eigener Anschauung mit dem hohen Stande der Volksbildung in Sachsen bekannt geworden, scheint Friedrich in der Haltung seines Volkes während des eben durchgerungenen Kampfes Mängel empfunden zu haben, die er dem Zurückbleiben auf diesem Gebiete schuld gab und durch rascheren Fortschritt in demselben zu beseitigen hoffte. Noch vor Unterzeichnung des Friedens benachrichtigte er (12. Februar 1763) den Minister von Danckelmann, er habe acht sächsische Schulhalter geworben, mit deren Hilfe er die Landschulen in den Marken und Hinterpommern verbessern wolle, und inmitten der eiligen Arbeit an dem Retablissement des erschöpften Staates fand er Zeit und Kraft zur Ausarbeitung des General-Landschulreglements vom 12. August 1763. Auch darin offenbart sich der Wandel, den während des Krieges sein religiöses Denken erfahren hatte, daß er ohne die Grundlage eines vernünftigen sowohl als christlichen Unterrichts, der die Jugend zur Gottesfurcht und anderen nützlichen Dingen anleitete, sich von der Sorge für das Wohl seiner Länder und aller Stände Erfolg nicht versprechen zu können meinte. Weil nur so recht materielles Gedeihen zu hoffen ist, will er der „höchst schädlichen und dem Christentum unanständigen Unwissenheit" abhelfen, damit in Zukunft „in den Schulen geschicktere und bessere Unterthanen" erzogen und gebildet werden. So führte er den Schulzwang in dem erweiterten Sinne ein, daß Eltern, Vormünder und Herrschaften bei Strafe verpflichtet

wurden, die Kinder spätestens vom fünften Jahre an zur Schule zu schicken und bis zum dreizehnten darin zu belassen, „bis sie nicht nur das Nötige vom Christentum gefaßt und fertig lesen und schreiben, sondern auch von demjenigen Rede und Antwort geben können, was ihnen nach den Lehrbüchern beigebracht werden soll". Wer als Schulmeister angestellt werden wollte, mußte sich die vorgeschriebene Unterrichtsmethode durch den Besuch des Berliner Schullehrerseminars angeeignet und auch Kenntnis von der Seidenzucht erworben haben, um dieser seine freie Zeit zu eigenem Gewinn und zum Besten der Landeskultur widmen zu können. Doch hatte Friedrich sich das Ziel auch hier höher gesteckt, als den gegebenen Verhältnissen entsprach. Für eine so groß angelegte Entwickelung der Volksschule fehlte in Preußen doch noch manche Voraussetzung, namentlich der zu ausreichender Dotierung der Schulstellen unentbehrliche Wohlstand. So mußte die Regierung die knapp dotierten Schulstellen namentlich zu notdürftiger Versorgung der vielen Invaliden verwenden oder es dankbar annehmen, wenn in kleinen Städten ein notleidender Handwerker das Schulmeisteramt gegen elende Bezahlung nebenher ausfüllte.

Das aber thut der Bedeutung der Maßregel, deren ganze Folgewichtigkeit der König selbst nicht übersah, keinen Abbruch. Galten die wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Maßnahmen zum Retablissement des Staates zunächst der Ausgleichung der durch den Krieg verursachten Schäden, so nahm diese bereits einen höheren Flug und wollte den geistigen und sittlichen Standpunkt des gesamten Volkes heben. Und noch in einem anderen Sinn durfte von einem Retablissement Preußens gesprochen werden, in bezug auf sein Verhältnis zu Deutschland und seine Bedeutung für Deutschland. Schon einmal waren die Blicke des deutschen Volkes voll froher Hoffnung auf den Staat der Hohenzollern gerichtet gewesen, damals, als Friedrichs Urgroßvater den ehrlichen Deutschen in begeisternden Worten an seine Pflicht und sein Recht erinnern ließ und man von seinen Siegen die Sprengung der Fesseln erhoffte, welche der Westfälische Friede den deutschen Strömen angelegt hatte (Bd. II, S. 56). Selbst in den Tagen der Fehr-

belliner Schlacht, wo man den Brandenburger Kurfürsten zuerst vom Elsaß her als den Großen begrüßt hatte (Bd. II, S. 223), war die öffentliche Meinung den Hohenzollern nicht so geneigt gewesen wie damals. Die folgenden Irrungen, der unbefriedigende Ausgang von Europas Kampf gegen Frankreich, die unselbständige Haltung Preußens während desselben und seine freiwillige Dienstbarkeit unter Oesterreich hatten einen besonderen Wert Preußens in den Augen des deutschen Volkes nicht begründen können. Auch die Politik Friedrichs während der ersten beiden schlesischen Kriege, echte Kabinettspolitik mit all deren üblen Eigenschaften, hatte Sympathien für Preußen nicht erwecken können. Erst die Siege der preußischen Armee auf den Schlachtfeldern des Siebenjährigen Krieges hatten das gethan.

Wie kaum ein anderes Volk ist das deutsche von jeher für Kriegsruhm und Waffenehre besonders empfänglich gewesen: und diese wurden ihm nun hier in fast überströmender Fülle geboten. Franzosen, Russen, Schweden und die undeutschen Scharen Maria Theresias erlagen den rein deutschen Soldaten des Preußenkönigs. Es waren deutsche Siege, die er erfocht. Daß sie zum Teil auch über Deutsche gewonnen wurden, minderte die Freude daran nicht. Denn wer sah damals in dem österreichisch-ungarischen Länderkomplex noch ein deutsches Land? Das machte schon die undeutsche Politik des Wiener Hofes unmöglich, der seinen Haß gegen den brandenburgischen Emporkömmling zu befriedigen, kostbares altdeutsches Kolonialland den Russen überließ, den Franzosen den Weg in das Herz Deutschlands bahnte und durch die Art, wie er das Interesse des katholischen Glaubens für sich ausnutzte, zum Schrecken des evangelischen Deutschland die übelsten Erinnerungen aus dem Religionskriege erneute. Sich selbst hatte es Oesterreich zuzuschreiben, wenn das von Friedrich zunächst bloß aus politischer Berechnung und um des sozusagen rhetorischen Effektes willen gebrauchte volltönende Schlagwort, es gelte das Evangelium zu verteidigen, allmählich eine reale Bedeutung erlangte, in immer weiteren Kreisen Eindruck machte und ihm immer mächtigere Sympathien gewann. Und zu diesen ideellen Momenten kam nun der Zauber seiner Persönlichkeit, die vor den Augen

der staunenden Welt eine ganz neue Art von Fürstentum verkörperte. Ein König, der zugleich genialer Feldherr und verwegener Soldat war, dem die feindlichen Kugeln nichts anhaben zu können schienen, dessen Siegeslauf einem an Erstaunlichem reichen Heldengedicht verglichen werden konnte, übte er auf Freund und Feind eine unwiderstehliche Anziehungskraft und erschien zugleich als der Träger einer Regierungsweise, welche berufen schien, die Theorien der Aufklärung praktisch durchzuführen, ein ganz neues, auf voller Interessengemeinschaft beruhendes Verhältnis zwischen Herrscher und Volk zu begründen und so das den Philosophen vorschwebende Idealbild einer im besten Sinne des Wortes humanen Staatsordnung zum Segen der Unterthanen zu verwirklichen. Das ist es, was Goethe, der in jungen Jahren Zeuge dieses übermächtigen Eindrucks war, den Friedrich auch auf die ihm feindlich Gesinnten hervorbrachte, in die Worte gefaßt hat, Friedrich sei „der leuchtende Polarstern gewesen, um den sich Deutschland, Europa, ja die Welt zu drehen schien". In der gemeinsamen Bewunderung dieses Heldentums ging dem deutschen Volk seit langer Zeit zum erstenmal das Bewußtsein auf von alle dem, was ihm trotz seiner Zerspaltung an geistigen und sittlichen Gütern unverlierbarer Gemeinbesitz geblieben war, und erweckte in ihm um so mächtiger den Wunsch, diesen festzuhalten und zu pflegen, als in dem Staate Friedrichs des Großen endlich der Mittelpunkt dafür geschaffen zu sein schien. In diesem fand das deutsche Volk gleichsam sich selbst politisch zuerst wieder. Dieser Staat war zu einer geistigen und sittlichen Macht erstarkt, an der hinfort alles gemessen, auf die alles bezogen werden mußte, was in Deutschland für Gegenwart und Zukunft etwas gelten und auf die nationale Entwickelung Einfluß üben wollte. So entsteht im Anschluß an den Krieg und Sieg Friedrichs eine preußische Litteratur: Berlin wurde das Zentrum einer litterarischen Entwickelung, auf die der im Schlachtendonner geborene preußische Geist um so mächtiger einwirkte, je mehr trotz der französischen Neigungen des Königs in ihm ein Stück echten Spartanertums lebte, das an die eben wieder entdeckte Antike gemahnte. Aus ihm wurde Lessings Minna von Barnhelm ge-

boren, welche die in Gleims Kriegsliedern begonnene Ausgleichung des Gegensatzes zwischen Soldatenstand und Bürgertum (S. 106) gewissermaßen in einer höheren Sphäre weiter führte und mit den schönsten allgemein menschlichen Motiven verknüpfte. So erhielt das deutsche Volk einen Anteil an dem neuen geistigen Leben, das in Preußen erblühte und dieses erlangte die Möglichkeit einer stärkenden und stählenden Einwirkung auf jenes.

In Jahren rastloser Friedensarbeit hat Friedrich das große Werk der Verjüngung seines Staates glücklich zu Ende geführt. Die Wunden, aus denen er geblutet hatte, waren geheilt und vernarbt: rings um sich sah der König fröhliches Gedeihen und verheißungsvolles Erblühen. Die frühere Einwohnerzahl war, wie die nun regelmäßig vorgenommenen Volkszählungen ergaben, wieder erreicht, in einzelnen Landesteilen beträchtlich überschritten. Die Landwirtschaft, der neue Gefilde und neue Arbeitskräfte gewonnen waren, lieferte immer reicheren Ertrag. Die gewerbliche Thätigkeit, durch Zahl und Mannigfaltigkeit der Betriebe zu ungeahnter Bedeutung entwickelt, hatte dem Volkswohlstand neue Quellen erschlossen, und auch der Handel nahm, so weit es die ihm gesetzten Schranken erlaubten, einen größeren Aufschwung. Zwar fehlte es auch nicht an Klagen über schwere Belastung. Und sie waren nicht grundlos: denn die Kraft des Volks wurde dauernd über das Maß des augenblicklich Nötigen hinaus in Anspruch genommen und mußte das im Hinblick auf die Unsicherheit der Zukunft. Erregte namentlich die Regie mit ihren zunehmenden Chikanen in weiten Kreisen mißmutiges Murren, so war das Volk doch im ganzen mit seiner Lage zufrieden und blickte voll dankbarer Verehrung zu dem König auf, unter dem es in siebenjährigem Ringen erst zum Volke geworden war, um zur Nation zu reifen, wenn es zugleich mit seiner Besonderheit sich seines Rechts und seiner Pflichten voll bewußt wurde. So durfte Friedrich glauben, in gewissenhaftester Erfüllung seiner Fürstenpflicht rastlos thätig sein Lebenswerk vollendet zu haben. Dabei hatte er selbst die übermenschlichen körperlichen Anstrengungen und die furchtbaren seelischen Kämpfe der sieben Kriegsjahre keineswegs überwunden. Er war vor-

zeitig gealtert, von allerhand körperlichen Beschwerden geplagt, die ihm kaum einen ganz gesunden Tag ließen, und wurde namentlich von schmerzhaften Gichtanfällen zeitweilig schwer heimgesucht. Wie seine ganze Familie hinfällig war, so glaubte auch er sich keines hohen Alters versehen zu dürfen, und bestellte sein Haus früh. Angesichts der Wolken, die sich im Osten bald wieder zu sammeln anfingen und neue Stürme drohten, fühlte er sich vollends verpflichtet, dem, der nach ihm das Steuer des Staates führen sollte, den Kurs vorzuzeichnen und dadurch die Möglichkeit zu geben, auch nach seinem Hingange von seiner Erfahrung und Einsicht zum Besten des Vaterlandes Nutzen zu ziehen. So unternahm er im Herbst 1768 eine Umarbeitung seines im August 1752 aufgezeichneten „Politischen Testaments" (S. 71), das bis auf den heutigen Tag leider nur bruchstückweise bekannt geworden ist. Neu behandelte er darin namentlich auch das Militärwesen („du militaire") und legte eingehend dar, in welcher Verfassung einzelne Teile des Heeres sich dermalen befanden, welche Gedanken ihn bei ihrer Organisation und Schulung geleitet hatten, und welche Grundsätze dabei in Zukunft verfolgt werden müßten. Dieses militärische Testament imponiert durch die Sicherheit, mit der er die kaum übersehbare Fülle der verschiedenartigsten Einzelnheiten beherrscht und darüber doch den großen Zusammenhang des Ganzen nicht aus dem Auge verliert. Er zieht darin gleichsam die Summe seiner unvergleichlichen Erfahrung und entwickelt an der Hand derselben die strategischen und taktischen Lehren, nach denen in dem künftigen Kriege zu handeln sein wird. Auch da leitet ihn unverkennbar das Festina lente (S. 132). Wagnisse, wie er sie früher im Augenblick der Not unbedenklich unternommen hätte, weist er jetzt vorsichtig von der Hand und geht darauf aus, die im Kriege einmal unvermeidlichen Gefahren nach Möglichkeit zu mindern und den erstrebten Erfolg so weit irgend angänglich zum voraus zu sichern. Um seinen Nachfolger auch nach der persönlichen Seite in den Stand zu setzen, diesen künftigen Krieg glücklich zu bestehen, fügte er seiner Denkschrift eine Reihe von Charakteristiken der damaligen Führer des preußischen Heeres bei.

Etwas später, im Januar 1769, machte Friedrich auch sein persönliches Testament, das an die Stelle der siebzehn Jahre früher (8. Januar 1752) aufgesetzten Disposition testamentaire treten sollte. Es bestimmte über seinen Nachlaß und setzte seinen Verwandten eine Reihe von Legaten aus. Charakteristisch als ein schönes Denkmal seiner königlichen Pflichttreue und Vaterlandsliebe sind die allgemeinen Sätze am Eingang und am Schluß. Im Hinblick auf die Kürze des dem Einzelnen zugemessenen Daseins, das daher möglichst der Arbeit für das Wohl der menschlichen Gesellschaft geweiht sein soll, beteuert er, von dem Augenblick an, wo er an die Spitze der Geschäfte gekommen, habe er alle ihm von der Natur verliehenen Kräfte nach bestem Wissen angewandt, um den Staat, den zu regieren er die Ehre habe, glücklich zu machen und zur Blüte zu bringen. Er habe die Gesetze und die Gerechtigkeit zur Herrschaft und Reinlichkeit in die Finanzen gebracht und die Armee in der Disziplin erhalten, die sie allen Truppen Europas überlegen gemacht habe. Er empfiehlt den Seinen, in Eintracht zu leben und, wenn es nötig, ihre persönlichen Interessen dem Wohl des Vaterlandes und dem Vorteil des Staates zu opfern. Und dann schließt er: „Meine letzten Wünsche im Moment des Todes werden dem Glück dieses Reiches gelten. Möge es immer mit Gerechtigkeit, Weisheit und Kraft regiert werden; möge es der glücklichste Staat sein durch die Milde seiner Gesetze, der am gerechtesten verwaltete in bezug auf seine Finanzen und der am besten verteidigte vermöge eines Heeres, das nur Ehre und Ruhm atmet, und möge es blühend fortdauern bis an das Ende der Zeiten.“

IV. Die Teilung Polens. 1763—1772.

Weniger reich gelohnt durch sichtbare Erfolge als die Arbeit an der Verjüngung des erschöpften Staates, ja eigentlich recht mühselig und sorgenvoll gestaltete sich zunächst die diplomatische Thätigkeit Friedrichs im Streben nach wirksamer Vertretung der Interessen Preußens in der europäischen Politik. Sein einziges Ziel dabei war die Erhaltung des Friedens. Denn ein neuer Krieg hätte das eben in Angriff genommene große Kulturwerk des Retablissements unheilvoll unterbrochen, seine Wiederaufnahme vielleicht unmöglich gemacht und so den eben dem Untergange entrissenen Staat einer neuen, vielleicht endgültigen Katastrophe entgegengeführt.

Von Oesterreich freilich war zunächst nichts zu befürchten. Aber zwischen den beiden gleich erschöpften und gleich ruhebedürftigen Gegnern erhob sich Rußland und drohte auf beider Kosten eine Stellung zu gewinnen, die seine Diktatur im Osten befürchten ließ. Daß es die dort verfolgten großen Pläne durch nachdrückliche Geltendmachung seines Einflusses auch auf die Angelegenheiten Deutschlands fördern konnte, war doch nur zum Teil das Werk der österreichischen Politik: auch Friedrich traf die Verantwortung dafür, der die Zarin gern selbst an dem Hubertsburger Frieden unmittelbar beteiligt gesehen hätte (S. 129). Wohl war das nicht ganz freiwillig geschehen: sein beflissenes Werben um die Freundschaft Katharinas, in deren Hand er nach dem jähen Ende Peters III. sein Schicksal gelegt gesehen hatte, entsprang der klaren Einsicht in die Gefahren, mit denen auch nach Beendigung des Krieges seine vollständige Isolierung ihn bedrohte, und in die Unmöglichkeit eines Anschlusses nach irgend einer anderen Seite hin. Sollte Preußen bei der andauernden Unsicherheit der europäischen Lage nur

einigermaßen gedeckt sein, so galt es, der Zarin die durch ihres Gatten Entthronung zerrissene Allianz doch wieder abzugewinnen, ja abzuschmeicheln. Den Preis, der dafür gefordert werden würde, war Friedrich von vornherein zu zahlen entschlossen. Daß es sich dabei um Polen handeln werde, stand ebenfalls fest. Auch fielen die Interessen Rußlands und Preußens dort insofern zusammen, als sie beide bestrebt sein mußten, sowohl die alte Schutzmacht Polens, Frankreich, dort auszuschließen, wie Oesterreich sich nicht einnisten zu lassen. Das eine wie das andere hätte Preußen unmittelbar bedroht. Andererseits bestand dabei freilich immer die Gefahr, daß Preußen durch sein Bedürfnis nach einer sonst nirgends erreichbaren Anlehnung genötigt würde, sich mit Rußland tiefer einzulassen, als mit der Verfolgung allein oder doch zunächst seines Vorteils vereinbar war, und so von seinem Bundesgenossen in eine Abhängigkeit geriet, in der es sich von diesem wohl oder übel benutzen lassen mußte. Diese Momente sind es, welche die Politik Friedrichs und namentlich seine Beziehungen zu Rußland während der nächsten Jahre bedingten und bestimmten, ihn mit wachsender Sorge vor dem in immer drohendere Nähe gerückten Kriege erfüllten und allmählich in eine Enge drängten, aus der ihm schließlich nur die unverhoffte Verwirklichung einer chimärischen, nahezu verwegenen Kombination einen rettenden Ausweg öffnete.

Noch vor Unterzeichnung des Hubertsburger Friedens hatte der König im Hinblick auf die Möglichkeit eines baldigen Ablebens des schwer kranken August III. von Sachsen für die künftige polnische Königswahl ein gemeinsames Vorgehen mit Rußland in Aussicht genommen. Er hoffte dafür von Rußland bei der Erwerbung Elbings unterstützt zu werden. Der Gedanke erwies sich zwar bald als unausführbar, aber die Pläne Friedrichs bewegten sich doch auch fernerhin in der damit bezeichneten Richtung: er blieb bereit, Rußland zur Unterwerfung Polens zu helfen, wenn es dagegen ihm die Erwerbung eines entsprechenden Stückes von Polen ermöglichte. Daher war er gerade wie der Leiter der russischen Politik zunächst gegen die Erneuerung der Union Polens mit Sachsen, mochte auch letzteres den Wunsch nach gutem Einvernehmen mit ihm recht

beflissen zum Ausdruck bringen. Am besten schien dem Interesse Rußlands sowohl wie Preußens gedient, wenn überhaupt ein fremder Fürst von dem polnischen Thron ausgeschlossen blieb und ein Pole, etwa ein Nachkomme der Piasten, erhoben wurde. In keinem Falle sollte ein österreichischer Prinz oder ein Schützling Frankreichs zugelassen werden. Im übrigen war die Frage noch offen, als am 5. Oktober 1763 August III. starb. Friedrich ließ Rußland in bezug auf die Besetzung des Thrones völlig freie Hand und gab Katharina selbst die Art an, wie sie ihrem Kandidaten im Notfall durch Entsendung von Truppen nach Polen zur Krone verhelfen könne, ließ auch durchblicken, daß er ihr dabei zur Seite zu stehen bereit sei, sobald ein russisch-preußisches Bündnis ihm das Recht dazu gebe: keine Macht werde ihr dann entgegenzutreten wagen und der Friede gesichert sein, worauf es ihm vor allem ankam.

Zunächst freilich ließ der unruhige Ehrgeiz des sächsischen Kurhauses Schwierigkeiten befürchten. Mit aller Entschiedenheit trat dem der König entgegen. Er hielt der Kurfürstin Maria Antonia, geborenen Prinzessin von Bayern, das Gefährliche und dabei Aussichtslose eines solchen Bemühens vor, das notwendig zum Konflikt mit Rußland führen müsse, wies auch darauf hin, wie nötig es sei, daß die sächsischen Fürsten doch endlich einmal an das Beste ihres Volkes dächten. Dennoch schien Friedrich Christian nicht darauf verzichten zu wollen, obgleich er mit seinen 12000 Mann doch nichts ausrichten konnte, namentlich sobald Friedrich, wie er Katharina für den Notfall in Aussicht stellte, ihm den Durchmarsch durch Schlesien verweigerte. Aber auch als Friedrich Christian schon nach wenigen Wochen (17. Dezember 1763) starb, hielt man in Dresden jene Pläne fest und suchte die polnische Krone Augusts III. drittem Sohne, Karl, zuzuwenden, der unter dem Druck der russischen Uebermacht in Kurland vor Biron hatte weichen müssen. Aber auch jetzt ließ Friedrich keinen Zweifel darüber, daß er sich um keinen Preis mit Rußland entzweien, sondern unter allen Umständen den Frieden gewahrt sehen wollte. Die Jurisprudenz der Monarchen, hatte er Maria Antonia geschrieben, sei nun einmal das Recht des Stärkeren, und wenn er klug sei, lasse sich der

schwächere auf einen Kampf nicht ein, in dem er unterliegen müsse.

Doch waren diese sächsischen Aspirationen auf Polen Friedrich insofern nicht unerwünscht, als sie den Wert seiner Freundschaft in den Augen Katharinas steigerten und das von ihm erstrebte Bündnis auch ihr wünschenswert machten. Gleich im Sommer 1763 hatte er durch Graf Solms ein solches in Petersburg vorschlagen lassen. Aber so günstig Panin den Antrag aufgenommen hatte, so wenig ernst hatte er die Sache betrieben, zum großen Verdruß Friedrichs, den die Möglichkeit einer neuen kriegerischen Verwickelung mit wachsender Sorge erfüllte, und der sich dabei doch sagen mußte, daß er ein entscheidendes Gewicht zu gunsten des Friedens erst als Alliierter Rußlands in die Wagschale legen könne. Aber auch in Petersburg wußte man, daß er die russische Allianz brauchte, wollte er nach Verwerfung der durch Ferdinand von Braunschweig angeregten Erneuerung des Bündnisses mit England auch nur notdürftige Sicherheit gewinnen, zog die Verhandlungen deshalb geflissentlich hin und nötigte ihm so größere Zugeständnisse ab. So entsprach das Bündnis, das am 11. April 1764 unterzeichnet wurde, den Wünschen Friedrichs nur wenig. Denn es setzte ihn doch der Gefahr aus, um Rußlands willen in einen Krieg verwickelt zu werden. Nur hoffte er als Verbündeter auf Rußland mäßigend einzuwirken und es durch die Rücksicht, die es auf ihn zu nehmen hatte, an allzu scharfem Vorgehen hindern und so auf einem Umwege den Frieden erhalten zu können. In dieser Berechnung ließ er sich die Mehrbelastung gefallen, ohne die, wie er sich hatte überzeugen müssen, das russische Bündnis eben nicht zu haben war. Außer gegenseitiger Besitzgarantie und Hilfe mit je 12000 Mann gegen den Angriff eines Dritten, sowie der Verpflichtung, nur gemeinsam Frieden zu machen, nahm der Vertrag insbesondere ein gemeinsames Eintreten in Aussicht für Erhaltung des polnischen Wahlkönigtums, das die Sammlung und Kräftigung Polens für immer hindern mußte und es so den russischen Plänen preisgab. Infolge einer Anregung des Dresdener Hofes, der damit wohl für seinen Thronkandidaten Stimmung machen wollte, wurde

auf Friedrichs Veranlassung dem Vertrage noch nachträglich (22. Juli 1764) ein zweiter geheimer Separatartikel angefügt, welcher die ihrer Rechte beraubten und hart gedrückten Dissidenten in Polen des Schutzes der Verbündeten versicherte. Aber auch er bot, wie sich bald zeigte, Rußland nur eine Handhabe mehr, um seine selbstsüchtigen Zwecke zu fördern. Das zu hindern, hielt Friedrich für so unmöglich, daß er der sächsischen Kurfürstin-Witwe, die bei ihm noch immer für ihren Schwager warb, Polens Unterwerfung unter Rußlands Machtgebot als einen unabwendbaren Schicksalsschluß darstellte. Wie der Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs, meinte er scherzend, Esau um sein Erstgeburtsrecht habe bringen lassen und ein Patriarch, befragt, das einfach auf eine den Menschen nicht erklärbare göttliche Vorliebe zurückgeführt haben würde, so wolle Gott augenscheinlich auch nicht das zum Gelingen der sächsischen Entwürfe nötige Erliegen der Czartoryskischen Partei in Polen und gebe der russischen Kaiserin ein, zu ihrer Unterstützung Truppen nach Warschau zu schicken: ihren Schlüssen unterworfen, bete er die Vorsehung an und schweige. Auch wünschte er gar nicht, die polnischen Dissidenten völlig befriedigt zu sehen: dann hätte ihre Auswanderung nach Preußen aufgehört, die ihm zur Vermehrung der Bevölkerung erwünscht war. Daher wollte er auch nichts von Repressalien wissen, um dem Klerus und der Regierung Zugeständnisse zu ihren gunsten abzunötigen.

So ging in Polen alles nach dem Wunsch Katharinas. Am 7. September 1764 wurde ihr schöner Günstling Stanislaus August Poniatowski, der Großtruchseß von Litauen, zum König gewählt. Weniger dem Erwählten als Katharina galten daher Friedrichs Glückwünsche zu dem Triumph über die „stolze Sarmatenrepublik“. Er erstarb scheinbar in Bewunderung vor der Weisheit der Zarin, die ohne Anstrengung und ohne Gewaltthätigkeit so Großes erreicht habe. „Gott sprach,“ schreibt er ihr, „es werde Licht, und es ward Licht. Bis zur Ottomanischen Pforte zwingt Eure Majestät alles zur Anerkennung der Vortrefflichkeit Ihres neuen Systems: Sie sprechen, Madame, und die Welt schweigt vor Ihnen.“ Auch hielt er es für seine Pflicht, sie von der Wut zu unterrichten, die ihre

Erfolge in Versailles und Wien erregt hatten, und vor den Gefahren zu warnen, die ihr von dorther drohten. Je mehr Katharina davon überzeugt war, um so höheren Wert hatte für sie das preußische Bündnis, um so mehr mußte sie Friedrich an sich zu fesseln suchen.

Nur traf diese Berechnung insofern nicht zu, als das russisch-preußische Vorgehen in Polen eine starke nationale Reaktion hervorrief. Von ihr unterstützt, leitete Stanislaus II. August Reformen ein, die Republik innerlich zu kräftigen und von Rußland unabhängig zu machen. Die Folge war eine wachsende Spannung auch mit Preußen, dem die Republik durch vertragswidrige Aenderung im Zoll- und Münzwesen zu nahe trat. Friedrichs Gegenmaßregeln führten zu einem erbitterten Zoll- und Handelskriege. Doch fand Preußen dabei nicht die gehoffte Unterstützung von seiten Rußlands. In Petersburg aber war man wieder damit unzufrieden, daß der König die Dissidentensache nicht als Vorwand für ein gewaltsames Einschreiten in Polen benutzen wollte. Damit wuchs die Gefahr einer kriegerischen Verwickelung. Schon nahm Oesterreich eine drohende Haltung an, da es Polen doch nicht so ohne weiteres aus der Reihe der selbständigen Staaten streichen lassen konnte. Das nötigte wieder Friedrich zu noch engerem Anschluß an Rußland, so augenscheinlich dieses die Vernichtung der durch seine Umtriebe in Bürgerkrieg gestürzten Republik betrieb. Am 4. Mai 1767 garantierte Rußland ihm zwar seinen gesamten Länderbesitz, versprach ihm auch gegen einen österreichischen Angriff mit aller Macht zu helfen und die Kriegskosten zu ersetzen, erhielt dafür aber von ihm die Zusage, einen österreichischen Angriff auf die russischen Truppen in Polen werde er durch einen Einfall in Oesterreich beantworten. Damit lag die Erhaltung des Friedens nicht mehr in des Königs Hand. Trieb Rußland durch seine Provokationen Oesterreich zum Einschreiten zu gunsten Polens, so mußte Friedrich zu seiner Unterstützung die Waffen ergreifen, obgleich bei einem solchen Kriege seine eigenen Interessen wenigstens nicht unmittelbar im Spiele waren. Die Opfer, die ihm das auferlegte, ohne entsprechende Entschädigung zu bringen, war für ihn nach Lage der Dinge unmög-

lich: einer solchen galt es sich also zum voraus zu versichern. Ins Auge faßte Friedrich dafür von Anfang an das polnische Preußen. Damit wurde er der geistige Urheber der Teilung Polens.

Neu war der Gedanke an eine solche nicht. Bereits dem Marienburger Vertrage von 1656 (Bd. II, S. 22) hatte er unausgesprochen zu Grunde gelegen. Damals glücklich abgewandt, bestand die Gefahr für Polen fort, und König Johann Kasimir bezeichnete bereits 1661 eine Teilung der Republik als bevorstehend, wobei Rußland Litauen und Brandenburg Großpolen nehmen, über Preußen aber mit Schweden entweder sich verständigen oder kämpfen und Oesterreich sich schließlich auch nicht vergessen, sondern nach Krakau greifen werde. Die Erwerbung des polnischen Preußen wäre im Anfang des nordischen Krieges das natürlichste und leicht erreichbare Ziel der preußischen Politik gewesen, hätte Friedrich I. seine militärischen Kräfte nicht in dem spanischen Erbfolgekriege gebunden gehabt (Bd. II, S. 321). Als Kronprinz (1731) hatte Friedrich selbst sie als besonders wünschenswert bezeichnet. Er griff jetzt also auf frühere Anläufe zurück, die eben noch das Schicksal Ostpreußens im Siebenjährigen Kriege als berechtigt erwiesen hatte. Die Lücke zwischen der Hauptmasse seiner Länder und der das Königtum tragenden Provinz auszufüllen, war auch militärisch eine Notwendigkeit. Auf Rußlands Hilfe aber glaubte er damals um so sicherer rechnen zu können, als dieses, durch den Vertrag vom 4. Mai gedeckt, in Polen seinen Willen durchsetzte, die nationale Opposition niederwarf, die Garantie des Wahlrechts und die Gleichberechtigung der Dissidenten erzwang und sich damit auch für die Zukunft freie Bahn sicherte (Februar 1768). Eben um jene Zeit nun ging der König daran, im Hinblick auf die geänderte Lage sein Haus politisch und militärisch neu zu bestellen (S. 150). In dem „Politischen Testament“ vom November 1768 empfiehlt er seinem Nachfolger die Erwerbung Westpreußens ins Auge zu fassen, und erörtert in einem „Träume und schimärische Pläne“ überschriebenen Abschnitt die Umstände, unter denen ein Versuch dazu mit Aussicht auf Erfolg werde zu machen sein. Rußlands Widerstand nicht herauszufordern, empfiehlt er, statt des Weges der Eroberung den einer stück-

weisen Erwerbung durch Unterhandlung zu wählen. Habe Rußland Preußen einmal nötig, so werde es leicht sein, sich vielleicht Thorn, Elbing und Umgegend abtreten zu lassen und so die direkte Verbindung von Pommern nach der Weichsel zu gewinnen. Ein solcher Moment schien eben damals gekommen. So beschloß der König die Verwirklichung jener Spekulation gleich jetzt zu versuchen. An demselben 7. November, an dem er das „Politische Testament“ abschloß und unterzeichnete, beauftragte er seinen Geschäftsträger in Warschau, zu erkunden, ob der Drang der gegenwärtigen Umstände nicht Aussicht gebe auf Abschluß eines vorteilhaften Vertrages mit Rußland. Dieses, lautete die Antwort, brüste sich Polen gegenüber mit seiner Uneigennützigkeit. Gleichzeitig ließ Friedrich in Petersburg darthun, im Hinblick auf die Verpflichtungen, die er Rußland gegenüber habe auf sich nehmen müssen, und die ungeheuren Kosten, die ihm daraus erwüchsen, müsse er eines Ersatzes gewiß, das heißt versichert sein, daß Polen durch Rußland zur Leistung eines solchen werde angehalten werden: um diesen Preis sei er bereit, das Bündnis mit Rußland auf zehn Jahre zu erneuern.

Mit Sorge verfolgte man in Wien die wachsende Intimität Preußens mit Rußland. Die Unversöhnlichkeit, an der man dem Räuber Schlesiens gegenüber festhielt, drohte Oesterreichs europäische Stellung vollends zu verschlechtern. Dennoch konnte man sich nicht entschließen, endgültig auf die Wiedergewinnung des Verlorenen zu verzichten. Da bot die im Osten heraufziehende Krisis der Kombinationslust Kaunitz' neue Möglichkeiten. Wie, wenn man sie benutzte, um Preußen durch Ueberlassung Kurlands und im Notfall des ganzen polnischen Preußen zur Rückgabe Schlesiens zu bestimmen und so zugleich seine Verbindung mit Rußland sprengte? Frankreich schien für einen solchen Handel leicht zu gewinnen, der Polen dem russischen Einfluß entzog. Auch Friedrich wußte das, daher wagte er sich mit seinem Projekt weiter vor. Am 2. Februar 1769 legte er es in einer eigenhändigen Aufzeichnung ausführlicher dar, die er zur Mitteilung an Panin Solms nach Petersburg sandte. Doch hielt er mit seiner eigenen Autor-

schaft zurück: Graf von Lynar, der an den Unterhandlungen von Kloster Zeven (S. 93) beteiligt gewesen war, sollte es ihm bei gelegentlichem Aufenthalt in Berlin mitgeteilt haben als einen ganz unverbindlichen Vorschlag zur Lösung der entstandenen Schwierigkeiten. Es ging nun dahin: Rußland überläßt Oesterreich für seine Hilfe gegen die Türkei Lemberg und Umgegend nebst der zu Anfang des 15. Jahrhunderts von Ungarn an Polen verpfändeten Starostei Zips, Preußen das polnische Preußen mit dem Ermeland und dem Schutzrecht über Danzig und nimmt selbst als Entschädigung für die Kriegskosten einen ihm anstehenden Teil von Polen. Panin, der den wahren Urheber doch wohl geahnt haben dürfte, nahm Anstoß an der zu reichen Bemessung des Anteils für Oesterreich, dem er von Polen nur die Zips einräumen, dafür aber gegen den endgültigen Verzicht auf Schlesien freie Hand gegen die Türkei lassen wollte. Gegen die Annexion des polnischen Preußen durch Friedrich erhob er keinen Einwand. Da es ihm aber nur darauf ankam, seiner Kaiserin zur Eroberung der europäischen Türkei zu verhelfen, der russische Krieg gegen die Türkei aber gerade den günstigsten Verlauf nahm, so durfte er gerade damals an das Ziel zu kommen hoffen, ohne die Gunst Oesterreichs und Preußens durch solche Zugeständnisse zu erkaufen. Daher war das angeblich Gräflich Lynarsche Projekt für ihn zur Zeit gegenstandslos. Aber in Wien stieg die Sorge vor dem Wachstum der russischen Macht. Ihm Einhalt zu thun war nur in Gemeinschaft mit Preußen möglich. Man mußte also versuchen, sich mit diesem zu verständigen, um ihm eine Lockerung seines Bundes mit Rußland zu ermöglichen. So dachte in Wien, unbefangen der Vergangenheit gegenüber, namentlich der junge Kaiser Joseph II. Er that den ersten Schritt: bei Gelegenheit der schlesischen Manöver weilte er vom 24. bis 26. August als Gast des Königs in Neisse. Politische Ergebnisse hatte die Zusammenkunft nicht, konnte sie nach Lage der Dinge nicht haben. Ueber einen allgemeinen, unverbindlichen Meinungsaustausch kam man nicht hinaus. Die Erwägung gemeinsamer Neutralität für den russisch-türkischen Krieg hatte keinen praktischen Wert

Dennoch machte die Neisser Begegnung in Petersburg Eindruck: man war Preußens also doch nicht so sicher, wie man geglaubt hatte. Man kam ihm daher mehr entgegen und ließ von den anfangs gestellten Forderungen ein Beträchtliches nach. So wurde am 12./23. Oktober 1769 auf Grund des 1764 geschlossenen zwischen beiden Mächten ein neues Bündnis unterzeichnet. Es vereinbarte ein gemeinsames Vorgehen zur Niederhaltung sowohl Polens wie Schwedens und versicherte Friedrich russischer Hilfe, damit Ansbach und Bayreuth beim Erlöschen des hohenzollernschen Mannesstammes nach dem 1752 mit beiden Linien geschlossenen Erbvertrage an Preußen fielen. Nun hatte man wieder in Wien Grund zur Besorgnis. Die russische Diktatur abzuwenden, wollte Kaunitz mit Preußen zu gunsten der Türkei intervenieren. Er ließ bereits in Siebenbürgen Truppen zusammenziehen, als neue Erfolge der Russen und die Bitte der Pforte um Hilfe eine solche Wendung auch Friedrich wünschenswert machten. Nun erfolgte eine entschiedene Annäherung zwischen Berlin und Wien. Vor der Welt wurde sie bethätigt durch den Gegenbesuch, den Friedrich Anfang September 1770 dem Kaiser in Mährisch-Neustadt machte. Doch entsprachen die politischen Ergebnisse auch dieser Zusammenkunft nur wenig den Absichten des heißblütigen Joseph. Er wollte durch die gemeinsame Mediation in dem Türkenkriege Rußland mit Preußen verfeinden, um ihm mit preußischer Hilfe dort Halt zu gebieten und hier die polnische Beute doch noch zu entreißen. Er sah einen unerlaubten Grad von „Schelmerei“ darin, daß Friedrich die europäischen Dinge nur von dem preußischen Standpunkte aus beurteilte und nicht Lust hatte, für Oesterreich die Kastanien aus dem Feuer zu holen, sondern nur darauf dachte, die Schrecknisse eines europäischen Krieges abzuwenden, bei dem er immer verlieren mußte. Friedrich blieb dem zum Leitstern seiner Politik gewordenen „Eile mit Weile“ unverbrüchlich treu, und mehr denn je galt damals für ihn das Programm, das er in den Tagen des Dresdener Friedens, von drückendster Sorge befreit, Finckenstein gegenüber scherzend dahin entwickelt hatte, er glaube zunächst der Haut des Fuchses mehr benötigt zu sein als der des Löwen.

Trotzdem spitzte sich die Situation besorglich zu. Sein Anerbieten zur Vermittelung der Türkei gegenüber sah der König in Petersburg abgewiesen. Ihm in des Kaisers Art durch Säbelrasseln Nachdruck zu geben, hätte die Gefahr nur gesteigert. Nun beharrte aber die Türkei auf ihrem Ruf um Intervention: gab Oesterreich ihm nach und griff Rußland an, so war Friedrich zweifellos verpflichtet, diesem Hilfe zu leisten. Nahm er die in Petersburg erfahrene Abweisung ruhig hin, so erlitt sein Ansehen schwere Einbuße. Ringsum also Verlegenheiten und Gefahr! In dieser Bedrängnis schickte der König im Herbst 1770 den Prinzen Heinrich in vertraulicher Mission nach Petersburg. Auch diesem war der Gedanke an eine Teilung Polens nicht fremd: da eine Teilung Deutschlands zwischen Oesterreich und Preußen nicht gut möglich sei, dachte er (1769) durch eine solche die Sättigung der beiden geborenen Nebenbuhler vielleicht zu erreichen. Aber so höflich man ihn aufnahm: von einer Erleichterung der der Türkei aufzulegenden Bedingungen wollte man nichts hören. Damit war der russisch-österreichische Krieg so gut wie gegeben, und Friedrich hatte nur die Wahl, ob er den Verträgen gemäß auf Rußlands Seite gegen Oesterreich oder aus Sorge vor der russischen Uebermacht mit diesem gegen Rußland fechten wollte. Da öffnete sich ihm unverhofft ein Ausweg. Ohne Kenntnis von dem „Lynarschen" Projekt und seiner teilweisen Billigung durch Panin hatte Oesterreich unter dem Druck der kaiserlichen Vergrößerungslust und ohne auf Kaunitz' abmahnende Stimme zu hören, den vorgezeichneten Weg seinerseits eingeschlagen und durch militärische Occupation eine Reihe schwerwiegender vollendeter Thatsachen geschaffen.

Daß Oesterreich in Siebenbürgen Truppen sammelte (S. 161), konnte die Nähe des russisch-türkischen Kriegsschauplatzes und die Unsicherheit der Zustände in Polen rechtfertigen. Da aber besetzte es plötzlich die Zips, angeblich um Ungarns Recht auf die einst an Polen verpfändete Landschaft zu wahren, während die Habsburger doch bereits Ende des 16. Jahrhunderts förmlich darauf verzichtet hatten. König Stanislaus sollte darum ersucht haben, um dem kriegerischen Treiben

der gegen ihn Konföderierten daselbst ein Ende zu machen. Kaum erhielt Friedrich Kunde davon, als er seinerseits das Gebiet von Elbing besetzen ließ. Und als in Geltendmachung vergessener Rechte Oesterreich im Sommer 1770 sein Gebiet auf Kosten Polens noch weiter ausdehnte, indem es die Starosteien Novistarz und Czorsztyn und einen Teil von Sandecz als ehemals ungarisch besetzte, rückten die preußischen Truppen alsbald bis Marienwerder vor. Das wiederholte sich, als Ende des Jahres die Oesterreicher den Rest der Starostei Sandecz occupierten, trotz Kaunitz' Widerspruch, der sah, daß man durch dieses Vorgehen der Absicht Friedrichs, sich auf Kosten Polens zu vergrößern, nur Vorschub leiste, da er sich nun auf dieses Beispiel berufen und es in Petersburg zur Nachahmung empfehlen könne, zumal allein auf diesem Wege der allgemeine Krieg abgewandt werden könne. Den Gedanken an eine Teilung Polens, der, schon anderwärts erwogen, doch zuerst von Friedrich unter der Hülle des Lynarschen Projekts formuliert worden, hatte Oesterreich also gerade in dem Punkte bereits realisiert, an dem Panin Anstoß genommen hatte (S. 160). Daß es aus den besetzten Gebieten, die es ausdrücklich wieder mit Ungarn vereinigte, gutwillig weichen würde, war völlig ausgeschlossen. Der Versuch, es dazu zu zwingen, bedeutete den europäischen Krieg. War es da, um diesen zu vermeiden und das bedrohte Gleichgewicht zu erhalten, nicht das Einfachste, wenn auch Preußen und Rußland entsprechende Stücke von Polen an sich brachten? Diesem Gedanken gab Katharina II. Ausdruck, als sie auf die Meldung von dem letzten Vorgehen der Oesterreicher Prinz Heinrich wie scherzend fragte, warum denn da nicht jeder zugreifen solle? Das war, wie sich bald zeigte, ganz ernst gemeint. Rußland nahm das früher abgewiesene „Lynarsche“ Projekt seinerseits auf. Die von Friedrich vorgeschlagene Teilung Polens ergab sich als der einfachste, ja als der einzige Weg zur Lösung der europäischen Krisis.

Doch blieben auch jetzt noch Schwierigkeiten genug zu überwinden. Zwar erwies sich die anfängliche Sorge Friedrichs bald als grundlos, Oesterreich könne die Occupation rückgängig machen und so die glücklich in Fluß gekommene Sache wieder

zum Stillstand bringen. Vielmehr zeigten die von ihm in Konstantinopel geführten Verhandlungen den Wiener Hof entschlossen, gegen entsprechende territoriale und finanzielle Vorteile sich der Türkei gegen Rußland anzunehmen. Am 7. Juli 1771 brachte sein Gesandter, Baron Thugut, einen Vertrag derart zu stande. Darauf mochte man es in Petersburg nicht ankommen lassen, sondern ging nun auf Friedrichs Entwürfe ein, von denen auch Oesterreich verständigt wurde. In Wien waren die Meinungen geteilt. Maria Theresia wollte im Interesse des europäischen Gleichgewichts nicht bloß die Türkei, sondern auch Polen erhalten sehen. Dagegen gab Kaunitz, nachdem man einmal so weit gegangen, seine ablehnende Haltung auf und erstrebte wie der Kaiser möglichst großen Gewinn. Durch ihren holländischen Leibarzt van Swieten unterhandelte Maria Theresia in Berlin selbst mit Friedrich. So kam es schließlich doch zu einer Verständigung, und am 28. Januar 1772 erklärte Oesterreich in Petersburg seine Zustimmung. Daraufhin unterzeichneten dort am 17. Februar 1772 Preußen und Rußland einen Geheimvertrag betreffend die Besitznahme polnischen Landes, in einem zweiten versprachen sie einander Hilfe gegen den Angriff eines Dritten. Sie trauten Oesterreich nicht, fürchteten auch seine unmäßigen Ansprüche und datierten die beiden Verträge auf den 15. Januar zurück, als ob sie sie ohne Rücksicht auf den Wiener Hof geschlossen hätten und auch ohne dessen Zustimmung vorgehen wollten. Aber bereits am 19. Februar trat dieser bei: die Teilung Polens durch die drei Großmächte war damit im Prinzip entschieden.

Doch dauerte es noch mehr als fünf Monate, ehe man sich über die Teilung im einzelnen einigte. Die größte Begehrlichkeit entwickelte wieder Oesterreich: schleunigst bemächtigte es sich auch der Salzwerke von Wieliczka, Krakaus und Lembergs. Doch mußte Friedrich es gewähren lassen, wollte er den glücklich geretteten Frieden nicht um Nebendinge gestört sehen. Auch sollte den beiden anderen Mächten ihr Anteil entsprechend vergrößert werden, um die in Aussicht genommene Gleichheit des Gewinns zu erreichen. Thatsächlich freilich geschah das nachher nicht. Denn während nach dem Teilungsvertrag vom 5. Au-

gust 1772 Oesterreich zu der ihm verbleibenden Zips noch beträchtliche Teile Lodomeriens und Galiziens und Rußland das Land zwischen Düna und Dniepr, jenes im ganzen etwa 1400, dieses mehr als 1900 Quadratmeilen mit drei Millionen und 1 800 000 Einwohnern erhielt, bekam Friedrich die Palatinate Pommerellen, Kulm und Marienburg nebst der Stadt Elbing, aber ohne Danzig und Thorn, die freie Städte blieben, im ganzen nur 644 Quadratmeilen mit knapp 600 000 Einwohnern. Diese Gebiete wurden aus jeder Verbindung mit Polen gelöst, das auch dem ihm in Wehlau (Bd. II, S. 46) verbrieften Recht auf den Rückfall Preußens beim Aussterben der Hohenzollern, der Lehnshoheit über Lauenburg und Bütow und dem Recht zur Einlösung Draheims entsagte (Bd. II, S. 47). Doch hat Friedrich sich über den Wortlaut des Vertrages hinaus auszubreiten gewußt. Bei der Besitznahme und Grenzziehung ließ er nämlich auf Bitten der preußenfreundlichen Familie Skorzewsky deren Güter mit etwa 2000 meist deutschen Familien noch zu Preußen schlagen und hat, dem von Oesterreich gegebenen Beispiel folgend, noch zweimal, 1773 und 1774, die Grenze eigenmächtig vorgerückt, so daß schließlich der ganze Netzedistrikt preußisch war und er überhaupt 139 Quadratmeilen mit 150 000 Einwohnern mehr erhielt, als ihm der Teilungstraktat zusprach.

Am 13. September 1772 erschien das Patent, durch das er auf Grund des Vertrages vom 5. August von Westpreußen Besitz ergriff. Am 27. huldigten die Stände in dem Remter des Schlosses zu Marienburg, das in seiner Trümmerhaftigkeit die Schicksale des Landes wiederspiegelte, wenn die Tradition dafür auch mit Unrecht die Polen verantwortlich macht. Die Zerstörung des herrlichen Baues, mit der schwedischen Occupation unter Gustav Adolf begonnen, war durch einen Brand 1644 gefördert und durch die zweite schwedische Occupation 1655—1660 weitergeführt worden. Ein übriges that dann die Verwendung desselben zu seiner Bestimmung völlig fremden, recht profanen Zwecken durch die neue Regierung.

Mit Ausnahme von Danzig und Thorn, freilich den beiden wichtigsten Kulturzentren in seinem westlichen Teile, war nun

das ehemalige Ordensland seinem ganzen Umfange nach dem Staate der Hohenzollern eingefügt. Nun erst waren sie nicht mehr bloß Könige in, sondern wirklich von Preußen. War dieser Titel auch schon früher gebraucht worden, wie die brandenburgischen Behörden vielleicht geflissentlich ungenau stets königlich geheißen hatten (Bd. II, S. 319), so hatte er doch streng genommen angefochten werden und Friedrich Wilhelm I. (1726) eine Absicht dahinter argwöhnen können, daß Rußland ihn im diplomatischen Verkehr abweichend von anderen Mächten König in Preußen nannte. Auch auf Medaillen, die auf Schlachten der schlesischen Kriege geschlagen waren, findet sich noch der ältere, der 1701 geschaffenen Rechtslage entsprechende Titel, während die lateinische Umschrift der Münzen (Rex Borussiae oder Borussorum) den Unterschied verwischte. Hinfort aber hieß er immer König von Preußen. Darin kam die geänderte Stellung zum Ausdruck, die Preußen nun einnahm. Auch nach der Erwerbung Schlesiens hatte Friedrich es als einen „Zwitter“ bezeichnet: es war nicht mehr Kleinstaat, aber noch nicht wirklich Großmacht. Eine solche wurde es erst jetzt durch die Schließung der Lücke zwischen der bisher so unheilvoll isolierten östlichen Provinz und der zentralen Hauptmasse der hohenzollernschen Lande und der endlichen Beseitigung der darin liegenden großen Gefahr. Die Aktion freilich, die das bewirkte, trat völlig heraus aus dem Rahmen, in dem Politik und Völkerrecht sich bisher entwickelt hatten. An dem modernen Nationalitätsprinzip gemessen, kann sie kaum bestehen. Einmal aber war dieses jener Zeit fremd und kann ferner doch bloß von Völkern und für Völker gelten, die sich als Nationen bewährten und bewähren. Große geschichtliche Erinnerungen und die Bewahrung eigener Sprache, Sitte und Art erweisen noch nicht eine daseinsberechtigte Nation. Dazu hat ein Volk auch Pflichten zu erfüllen, und zwar nicht bloß gegen sich selbst, sondern auch gegen die anderen Völker, die einzelnen sowohl wie ihre Gesamtheit. Waren die Polen in diesem Sinne noch eine Nation? Die Mißgeburt dieser Republik unter einem König, die Zuchtlosigkeit ihres Adels, der die Launen des Einzelnen in rücksichtslosem Egoismus auch den dringendsten Anforderungen des

Gesamtwohls entgegensetzte, der Ruin des einst blühenden bürgerlichen Lebens, die geistige und wirtschaftliche Verkommenheit des menschenunwürdiger Knechtschaft verfallenen Bauern, der hartherzige Fanatismus des für die Erhaltung des reinen Glaubens eifernden Klerus, die Menge der einander bekämpfenden landschaftlichen Sonderinteressen, das wüste Parteitreiben der Konföderationen, das die Gefahr des Bürgerkrieges zu einer dauernden machte — all das hatte Polen zu geordnetem staatlichen Leben unfähig gemacht. Ergab das nicht eine gewisse moralische Berechtigung für das Verfahren der Teilungsmächte? Daß Polen dem konsequent angewandten System roher Vergewaltigung, auf das die polnische Politik Katharinas hinauslief, schließlich erliegen müsse, war längst nicht mehr zweifelhaft. Sollten Preußen und Oesterreich sich für seine Rettung in ein Abenteuer stürzen, dessen Ausgang nicht abzusehen war? So lag hier einer von den in der Geschichte doch nicht ganz seltenen Fällen vor, wo die Gebote der bürgerlichen Moral großen historischen Problemen gegenüber versagen und den das Schicksal der Völker und Staaten zu lenken berufenen Männern die höhere moralische Pflicht erwächst, den Mut zu haben, davon unabhängig, allein nach den großen Gesichtspunkten einer rettenden Staatsraison zu handeln.

Je außerordentlicher der Verlauf dieser Aktion auch von dem Standpunkte der skrupellosen Kabinettspolitik jener Zeit erschien, um so verschiedener ist sie beurteilt und um so entschiedener verurteilt, um so heftiger namentlich Friedrich um ihretwillen angegriffen worden. Mag er aber auch als der geistige Urheber der Teilung, wie sie nun verwirklicht wurde, in Anspruch zu nehmen sein, so beseelte ihn dabei doch zuerst und zuletzt der heiße Wunsch, seinem ruhebedürftigen Staate die Segnungen des Friedens zu erhalten. Auch hat nicht er zuerst den Gedanken in die That umgesetzt. Das Projekt, das er unter der Maske des Grafen Lynar in Petersburg vorlegte, war dort nicht aufgenommen und mußte auch ihm als fallen gelassen gelten, als es durch Oesterreichs überraschendes Vorgehen praktische Bedeutung erlangte und die Lösung aller Schwierigkeiten ermöglichte. Bedarf Friedrich überhaupt der

Verteidigung? Nahm er doch nur deutsches Land zurück, Land, das dereinst mit deutschem Blut, deutschem Schweiß und deutschem Geist der deutschen Kultur gewonnen, dann freilich durch eigenes Verschulden dem Mutterlande entfremdet und schließlich von dem freiwillig erwählten Beschützer unter schnödem Bruch feierlich beschworener Verträge um seine Freiheit und sein Deutschtum gebracht und in seinem Glauben immer schwerer bedroht worden war. Zudem bedeutete seine That einen Sieg der Kultur über die Barbarei, des schöpferischen Fortschritts über Fäulnis und Verfall. In den zwei Jahrhunderten, die Westpreußen als „Preußen königlichen Anteils" polnische Provinz gewesen, war es immer tiefer in das verlumpte Elend der polnischen Wirtschaft hineingeraten. Während Danzig und Thorn immer mühsamer um die Bewahrung ihrer Stellung kämpften, lagen die kleinen Städte, halb entvölkert, zum Teil in Trümmern. Bürger und Bauer sahen sich der Willkür zuchtloser polnischer Starosten preisgegeben, und um vor diesen und ihren pfäffischen Verbündeten Ruhe zu gewinnen, beugten sich immer mehr von ihnen dem Polentum und der katholischen Kirche. Das geistige Leben erstarb. Handel und Wandel hörten auf. Verdummt und verkümmert schleppte die Bevölkerung ein freudloses Dasein elend dahin. Die hier und da noch vorhandenen dürftigen Reste der deutschen Kolonialbevölkerung dem Untergang entrissen zu haben, dem sie wirtschaftlich und moralisch entgegengingen, ist wahrlich kein geringes Verdienst und darf nicht bloß von denen, die dadurch vor völligem Verkommen bewahrt wurden, als eine Freiheitsthat gepriesen werden. Ein größeres Verdienst noch und eine schöpferische That war es, sie gleichsam verjüngt neu erstehen zu lassen, die trostlosen Folgen zweihundertjährigen Verkommens in wenigen Jahren nahezu auszutilgen und durch zuversichtlich emporstrebendes und fröhlich gedeihendes Leben zu ersetzen. Was Friedrich seit 1772 in Westpreußen geleistet hat, darf den größten und segensreichsten Kulturthaten aller Zeiten zugezählt werden.

Kanada, meinte der König nach seinem ersten Besuch in der neuen Provinz, sei besser kultiviert: er habe ein Stück Anarchie erworben, gedenke aber es umzuwandeln, damit es

ein europäisches, ein germanisches Aussehen gewinne. Dazu schuf die sofortige Einführung der preußischen Behördenorganisation die nötigen administrativen und richterlichen Instanzen. Der Bauer sah die Lasten, die ihn fast erdrückten, erleichtert und dem Mißbrauch der gutsherrlichen Rechte Einhalt gethan. Durch Wiederanbau des bisher unausgesetzt zunehmenden Unlandes und Trockenlegung der Sümpfe wurden dem Ackerbau neue Gebiete gewonnen. Sein Betrieb wurde rationeller gestaltet und ertragreicher gemacht durch Anleitung der Bauern zur Düngung, Einhaltung einer geordneten Fruchtfolge, Vermehrung und Verbesserung des Viehstandes und sorgsamer Pflege der Obstbäume. Mit freigebiger Hand gewährte der sonst so sparsame König Unterstützungen dazu und erweckte durch Aussetzung von Staatsprämien unter den bisher indolent dahinlebenden Landleuten einen Wetteifer, der ihren wirtschaftlichen Verhältnissen ebenso wie ihrer intellektuellen Entwickelung zu gute kam. Unnachsichtig trat er dem faulen Schlendrian entgegen, den die Masse der katholischen Feiertage bei dem bigotten Volke begünstigte (S. 47). Rechter Erfolg aber war von alledem doch erst zu hoffen, wenn nicht bloß der tief gesunkene Bildungsstand der Bevölkerung weiter gehoben und ihre Zahl nach Möglichkeit vermehrt wurde. Ersteres anzubahnen, wurde der Segen der preußischen Volksschule dem Lande erschlossen durch Einsetzung von Schulmeistern, protestantischen sowohl wie katholischen, deutschen und polnischen, und zwar nur von solchen, die für ihren hier besonders wichtigen Beruf gebührend vorgebildet waren, während der König es damit sonst nicht allzu genau nahm und nicht bloß abgedankte Soldaten, sondern auch Schuster und Schneider für geeignet hielt, gegen die ihnen gewährten Hungerlöhne die Dorfjugend in die Geheimnisse des Lesens, Schreibens und Rechnens einzuführen (S. 146). Hier galt es ein höheres Ziel. Die Bevölkerung sollte moralisch gehoben, der westpreußische Kleinbürger und Bauer der Halbwildheit entrissen werden, der sie in der polnischen Zeit verfallen waren. Zahlreiche Kolonisten wurden in das Land gezogen und unter günstigen Bedingungen angesiedelt. Gewöhnlich erhielten sie Reisegeld und dann Wirtschaftsgebäude,

das nötige Vieh, Ackergerät und fünfzehn Morgen Land zu freier Benutzung. Auch blieben sie von den meisten Abgaben und Diensten frei, ausgenommen die Beihilfe zum Kirchen-, Straßen- und Wegebau, zur Landesverteidigung und zur Vertilgung des Raubgetiers. Ihre Söhne unterstanden nicht der Enrollierung. Im ganzen sind so in den 1772 erworbenen Gebieten etwa 11 000 Kolonisten angesiedelt worden, darunter 775 deutsch-polnische Familien, 668 schwäbische, 716 aus verschiedenen Gegenden Deutschlands und 44 außerdeutsche. Schon das numerische Verhältnis zwischen deutsch-polnischen und deutschen Ansiedlerfamilien zeigt, daß eine planmäßige Germanisierung nicht in der Absicht des Königs lag. Aber die Einsicht in die Ueberlegenheit der deutschen Kultur machte es ihm wünschenswert, das „polnische Zeug" möglichst loszuwerden und mehr deutsche Leute zu bekommen. Das kam namentlich auch den kleinen Städten zu gute: in ihnen lebte das so gut wie zu Grunde gegangene Handwerk wieder auf. Die bürgerliche Arbeit, die in Polen und dem polonisierten Westpreußen so gar nichts gegolten, kam wieder zu Ehren. Die Einführung der in den alten Provinzen geltenden Zunft- und Innungsordnungen gab dem Handwerk alsbald festeren Halt, und da den städtischen Zuzüglern ähnliche Erleichterungen gewährt wurden wie den bäuerlichen Ansiedlern, sah der König Städte, die er als fast unbewohnte Trümmerhaufen übernommen hatte, bald fröhlich erblühen. Bromberg, das nur 800 Einwohner, aber 105 wüste Stellen zählte, hatte 1774 schon 1380 Einwohner. Von den mehr als 2200 Familien, die Friedrich in Westpreußen ansiedelte, entfielen 927 auf die Städte, 1279 auf das Land. Und schon dachte er in seiner Fürsorge weiter hinaus, indem er durch den Bau eines Kanals zwischen Netze und Brahe dem Handel Westpreußens den Wasserweg nach der Oder und Elbe eröffnete und so den Absatz der Landesprodukte erleichterte.

Vielleicht haben sich die außerordentlichen, recht eigentlich landesväterlichen Gaben Friedrichs nirgends so glänzend bewährt, wie gerade in dieser neuen Provinz. Und dabei verlor er über die Sorge für das Einzelne und Kleine nie das

Große und Ganze aus dem Auge, sondern hielt inmitten der bunt wechselnden Anforderungen der Praxis die leitende allgemeine Idee gleichmäßig fest. So sehr er das Gedeihen der verschiedenen Interessenkreise förderte: nie ist es ihm beigefallen, dem einen auf eines anderen oder der Gesamtheit Kosten besondere Vorteile zuzuwenden. Freilich hatte er auch das Glück, unter seinen Beamten Männer zu finden, die seine Absichten mit einer gewissen Kongenialität erfaßten und den widerstrebenden Verhältnissen gegenüber mit anpassungsfähigem praktischen Geschick verwirklichten. Reich gemessener Anteil an dem Ruhm, den Friedrich als Retter und Erneuerer der deutschen Kultur in Westpreußen gewann, gebührt dem trefflichen Geheimerat von Brenckendorff und dem Kammerpräsidenten Domhardt, welche die Last des Retablissements von Westpreußen vornehmlich getragen haben.

Drittes Buch.

Der Staat des alten Fritz.

1772—1786.

I. Die bayrische Erbfolge. 1772—1779.

Durch die Erwerbung Westpreußens war die Lücke geschlossen, welche die mittlere Hauptmasse der preußischen Provinzen von der das Königtum ursprünglich tragenden östlichen so lange getrennt und dadurch für jeden Kriegsfall den Gesamtstaat schwer gefährdet hatte. Friedrich glaubte nun der Zukunft ruhiger entgegensehen zu können, zumal sein Verhältnis zu Rußland sich zu einem nicht bloß äußerlich freundschaftlichen, sondern auch innerlich vertrauensvollen gestaltete. Mit unverkennbarem Wohlgefallen nahm Katharina II. die Huldigungen entgegen, die der König, in kluger Berechnung, nicht sowohl der Frau auf dem Throne, als der zu einer weltgeschichtlichen Rolle berufenen genialen Herrscherin darzubringen nicht müde wurde. Auch sein Verhältnis zu Oesterreich hatte sich gebessert. Freilich war bei Maria Theresia selbst durch den reichen Gewinn, den sie 1772 gemacht hatte, der Schmerz über den Verlust Schlesiens nicht beschwichtigt: aber sie begriff doch die Notwendigkeit, die europäische Ordnung, die durch Preußens Aufkommen geschaffen war, als eine endgültige anzuerkennen und verzichtete auf einen neuen Versuch zu ihrem Umsturz. Die Erschöpfung ihrer Erblande nach dem Kriege mahnte dringend zum Frieden: ohne ihn konnte auch hier die Neugestaltung des Staates nicht durchgeführt werden, die nach den letzten Er-

schütterungen unerläßlich war, um die Zukunft des habsburgisch-lothringischen Hauses zu sichern.

Noch bestand Oesterreichs Bündnis mit Frankreich, befestigt durch die Vermählung der Erzherzogin Marie Antoinette mit dem Erben der französischen Krone. Aber Frankreichs Zustände erlaubten nicht auf thatkräftige Hilfe von dorther zu rechnen. Erst der Beginn der nordamerikanischen Wirren und der drohende neue Kolonialkrieg mit England eröffnete die Aussicht, sich ungehindert gewisser Vorteile zu bemächtigen, die unter anderen Umständen von Paris her bestritten sein würden. Hier lag der Punkt, an dem der Dreibund von 1772, der die Westmächte so gut wie matt setzte und auch fernerhin jede Friedensstörung hindern konnte, schließlich gescheitert ist. Nach wie vor stand Oesterreich in den deutschen Angelegenheiten in ausgesprochenem Gegensatz zu Preußen, während Rußland in ihm den Nebenbuhler sah in der Beerbung der Türkei in Europa. Doch wäre beides zunächst wohl ohne praktische politische Folgen geblieben, hätte sich nicht in der österreichischen Politik immer stärker ein Dualismus geltend gemacht, seit gegenüber der besonnenen friedlichen Haltung seiner durch schwere Erfahrungen belehrten Mutter Kaiser Josephs unruhiger Thatendrang, leidenschaftliches Machtstreben und wachsende Ländergier an Einfluß gewannen. Unter ihrem Druck riß Oesterreich nicht nur von Polen mehr an sich, als ihm bei der Teilung zugedacht war, sondern bemächtigte sich im September 1774 auf nichtige Vorwände hin auch der benachbarten türkischen Bukowina, ohne daß Katharina und Friedrich, so unmutig sie darüber waren, dagegen einschreiten konnten. Um so mehr waren beide für die Zukunft auf ihrer Hut, da sie sich dort weiterer Eigenmächtigkeiten Oesterreichs versahen.

Der große Streich jedoch, den man zu Wien heimlich plante, sollte anderwärts fallen. Alte Wünsche endlich erfüllend, sollte er Oesterreich in den Besitz Bayerns bringen. Wenn man aber dabei gelegentlich darauf zurückgriff, daß vor mehr als sechs Jahrhunderten die österreichischen Markgrafen aus dem Babenberger Hause auch Herzöge von Oesterreich gewesen waren, so bewies das nur den völligen Mangel an historischem Ver-

ständnis bei dem Wiener Hofe und konnte ebensowenig ernst genommen werden wie der Versuch, aus dem vielfachen Schaden, den das Erzhaus im Laufe der Zeit durch Bayerns Feindschaft erfahren hatte, ein moralisches Recht zu später Vergeltung herzuleiten und das Kurfürstentum bei erster Gelegenheit für Oesterreich zurückzufordern. Verriet solche Beweisführung nicht vielmehr die Einsicht des Wiener Hofes in die Schwäche seiner Sache? Das Streben nach der Erwerbung Bayerns zieht sich als immer wieder auftauchendes Motiv durch die österreichische Politik wie das nach Westpreußen durch die preußische, wirkte aber stärker auf sie, weil die Habsburger die Beute bereits wiederholt in Händen gehabt, sich aber immer wieder hatten entreißen sehen müssen. Schon 1711 hatte Eugen von Savoyen Bayern, das er nach dem Siege bei Hochstädt eroberte, gegen die Niederlande eintauschen wollen. Im polnischen Erbfolgekriege überzeugte ihn der Bund Karl Alberts mit Frankreich vollends davon, daß Oesterreich sich Bayerns endgültig versichern oder es doch der Möglichkeit berauben müsse, ihm ferner zu schaden. Die Ereignisse, die dem Tode des letzten Habsburgers folgten, bestätigten diese Ansicht des größten österreichischen Staatsmannes und Feldherrn. So hatte Maria Theresia im Erbfolgekriege wenigstens einen Teil von Bayern zu gewinnen gesucht, ja Elsaß und Lothringen erobern und die Wittelsbacher dorthin verpflanzen wollen, und dann, als Friedrichs neuer Angriff diese Eroberung hinderte, sogar die Hand dazu bieten wollen, sie in Neapel und Sizilien glänzend zu versorgen. Auch die französischen Neigungen der Wittelsbacher konnten Oesterreich dort in keinem Falle so viel schaden, wie im Herzen Süddeutschlands, während dieses, wenn es hier an ihre Stelle trat, im Reiche eine gebietende Stellung erlangte. Schließlich aber zog Maria Theresia es doch vor, durch den Verzicht auf solche Entwürfe Karl Alberts Nachfolger zur Trennung von Preußen und Frankreich zu bestimmen und durch das Kaisertum ihres Gemahls ihrem Hause den Platz an der Spitze Deutschlands zu erhalten. Selbst den anfänglich vorgeschlagenen Tausch etlicher österreichischer Besitzungen in Schwaben gegen das günstiger gelegene Land am rechten Ufer von Inn

und Salzach ließ sie fallen: der Füssener Friede (1745) änderte nichts in dem Territorialbestande Bayerns.

Hatte dabei die Hoffnung mitgewirkt, durch Konzentrierung aller Kräfte gegen Preußen doch noch Schlesien zurückzuerobern, so wurde diese damals so wenig erfüllt wie nachher durch den im Bunde mit Europa unternommenen Ansturm gegen die junge preußische Großmacht. Als es sich dann endlich um den Frieden handelte, wurde auch die bayrische Frage gestreift. Friedrich nahm damals keinen Anstoß an der Erwerbung eines Stückes von Bayern durch Oesterreich, sondern schlug (Januar 1760) selbst vor, den Frieden dadurch zu ermöglichen, daß Oesterreich zu den in den Niederlanden zu bewilligenden Abtretungen an Frankreich vermocht werden solle durch die Zusicherung der Nachfolge in einem Teile Bayerns nach dem Tode des kinderlosen Maximilian III. Joseph. Das bayrische Kurhaus hatte also Grund vor Preußen sowohl wie vor Oesterreich auf der Hut zu sein. Dachte ersteres sein Land teilweise zur Entschädigung für Oesterreich zu verwenden, so durfte auch letzteres hoffen, eine günstige Gelegenheit zur Verwirklichung seiner Pläne benutzen zu können. Am besten sorgten die Wittelsbacher daher für die Zukunft ihres Hauses und die unverkürzte Erhaltung ihres Besitzes, wenn sie einträchtig zusammenhielten und durch rechtzeitige Sicherung der gesetzmäßigen Erbfolge unter sich jede fremde Einmischung ausschlossen. Da des kinderlosen Maximilian III. Joseph Erbe, Karl Theodor, Kurfürst von der Pfalz und Herzog von Jülich und Berg, ohne legitime Nachkommen war, mußte in absehbarer Zeit mit Bayern zugleich auch das pfälzische Kurfürstentum dem demnächst erbberechtigten Herzog Karl von Pfalz-Zweibrücken zufallen, also durch Vereinigung der drei bisher getrennten Gebiete eine Territorialmacht entstehen, die ihrem Inhaber einen beträchtlichen Einfluß auf die deutschen Angelegenheiten sicherte und mehr noch als Bayern das bisher gethan, auch an der allgemeinen europäischen Politik teilzunehmen erlaubte. Besonders energisch vertrat diese wittelsbachsche Familienpolitik die Gemahlin des Herzogs Klemens von Bayern, Anna Maria, aus dem Sulzbachschen Hause. Auch nach ihres Gemahls 1770 erfolgten Tode

erwarb sie sich dadurch um die Zukunft der Wittelsbacher und Bayerns die größten Verdienste. In aller Stille wurden die alten Hausverträge erneut; durch neue Vereinbarungen suchte man, so weit das rechtlich möglich war, auch das erst später Hinzuerworbene dem für die Zukunft gehofften wittelsbachschen Gesamtstaat zu sichern. Ja, um jede Ueberraschung von anderer Seite auszuschließen, räumten die Kurfürsten von Bayern und Pfalz sich schon jetzt gegenseitig den Mitbesitz ihrer Länder ein. Auch wurde unter Offenlassung allein des Datums bereits das Patent ausgefertigt, durch das nach Maximilian III. Josephs Tod sein Erbe Karl Theodor von der Pfalz alsbald von Bayern Besitz ergreifen sollte, so daß es im entscheidenden Moment nur eines Kanzleivermerks bedurfte, um es als rechtsverbindlich zu veröffentlichen.

Diese Vorsicht war sehr am Platz. Denn in Wien verschwand die bayrische Frage nicht mehr von der Tagesordnung. Wenn man dabei dort Beweise für Oesterreichs Recht aus dem Staub der Archive hervorsuchte, so handelte es sich selbstverständlich nur um die Wahrung des Scheines. Denn ernstlich wird auch in Wien niemand gemeint haben, für das Haus Habsburg-Lothringen einen Anspruch auf Bayern daraus herleiten zu können, daß vor drei und einem halben Jahrhundert (1426) Kaiser Sigismund dem Herzog Albrecht von Oesterreich, dem späteren Kaiser Albrecht II., die Anwartschaft auf das niederbayrische Straubing verliehen hatte, damit es nach dem Aussterben der Wittelsbacher an dessen Nachkommen fiele, zumal Sigismund selbst es bereits 1429 den oberbayrischen Wittelsbachern zugesprochen hatte und es demgemäß auch mit Oberbayern vereinigt war. Vermutlich waren die Bemühungen, die wittelsbachschen Geschlechtsgenossen zu gemeinsamem Vorgehen zu einigen, in Wien nicht unbekannt geblieben. Ihnen entgegenzutreten, bedurfte man jedenfalls des guten Willens von Preußen. Deshalb brachte im Frühjahr 1770 Generalfeldmarschallleutnant Graf Nugent, Oesterreichs Gesandter in Berlin, bei dem König die Absicht Kaiser Josephs zur Sprache, nach Maximilian Josephs Tod sein Recht auf Bayern geltend zu machen, und wollte — so wurde österreichischerseits später

versichert — die Antwort erhalten haben, dasselbe werde von niemandem bestritten werden. Doch traute man dieser Erklärung nicht, scheint vielmehr angenommen zu haben, Friedrich zeige sich der Sache geneigt, nur um eine Kompensation fordern zu können, wie er ja auch mit der Occupation, durch die Oesterreich eben damals anfing, sich auf Kosten Polens zu vergrößern, genau gleichen Schritt hielt (S. 163). So glaubte man die Gutheißung der kaiserlichen Pläne Friedrich am ersten abzugewinnen, wenn man durch den neuen Gesandten in Berlin, van Swieten (S. 164), das vermeintliche Recht auf Bayern mit dem Preußens auf Ansbach und Bayreuth in Parallele stellte und die Anerkennung des einen von der des anderen abhängig machte.

Friedrich wies das nicht einfach von der Hand. Zwar sei es nicht wahrscheinlich, meinte er, daß die beiden ihm an Jahren so weit nachstehenden Fürsten von Ansbach und Bayreuth vor ihm sterben sollten; doch könne ja auch das Unvermutete eintreten, und es sei daher gut, vorzusorgen und alle möglicherweise entstehenden Schwierigkeiten zum voraus zu begleichen, um nicht überrascht zu werden. Die Worte können so gedeutet werden, als ob er dem Wiener Hof zu rechtzeitiger Verständigung über die Zukunft sowohl Bayerns wie Ansbachs und Bayreuths die Hand bieten wolle. Daher kam van Swieten im Februar 1773 auf die Sache zurück, und zwar indem er die Sorge betonte, welche die künftige Vereinigung der fränkischen Markgrafschaften mit Preußen in Wien errege. Diesen Hebel aber hatte schon Herr v. Collenbach in Hubertsburg vergeblich eingesetzt. Mit dem Uebergang von Ansbach und Bayreuth an Preußen verlor Oesterreich nämlich auf dem fränkischen Kreistage die Majorität, sah sich auch durch die Nähe Preußens in Eger und Böhmen beunruhigt. Friedrich will in seiner Antwort wieder nur auf das Altersverhältnis zwischen ihm und den Markgrafen hingewiesen haben. Nach van Swieten hätte er die Besorgnis Oesterreichs begreiflich gefunden: doch könne ihr abgeholfen werden, wenn man ihm gestatte, die fränkischen Lande mit dem Kurfürsten von Sachsen, dem sie bequemer gelegen seien, gegen einen Teil der Lausitz zu tauschen.

Natürlich, bemerkte er dazu, denke er nicht daran, sich bei Lebzeiten eines Verwandten auf dessen Kosten zu vergrößern, aber es sei doch immer besser, für alle Möglichkeiten rechtzeitig Fürsorge zu treffen und Irrungen abzuwenden. Damit hatte er die österreichische Anregung freilich nicht abgelehnt, vielmehr eine Verständigung in dem von van Swieten angedeuteten Sinn als möglich und wünschenswert anerkannt.

Nun stellte gleich danach die Occupation der Bukowina durch Oesterreich (S. 173) dessen gutes Verhältnis auch zu Preußen in Frage. Die Vergrößerungssucht des Kaisers, der kaum noch den Schein zu wahren für nötig hielt, verstimmte Friedrich nicht minder wie Katharina II. Oesterreich die Erwerbung auch nur eines Teils der bayrischen Erbschaft zu gestatten, wozu er anfangs bereit gewesen war, mußte ihm nun vollends bedenklich erscheinen: sie als Kompensation gelten zu lassen, die der Anfall von Ansbach und Bayreuth an ihn begründen sollte, war jetzt nicht mehr möglich. Deshalb betonte der König besonders stark die unanfechtbar gute Begründung seines Rechts auf die fränkischen Lande im Gegensatz zu den Zweifeln, denen die österreichischen Ansprüche auf Bayern begegneten. Damit scheiterte der Versuch des Wiener Hofes, die beiden Angelegenheiten so miteinander zu verknüpfen, daß sozusagen die eine mit der anderen stand und fiel und Friedrich, um sein gutes Recht dort anerkannt zu sehen, hier die nicht ausreichend begründeten Ansprüche Oesterreichs durchsetzen half. Die Geltendmachung jener zu hindern, war zudem nach Lage der Dinge für den Kaiser keine Aussicht. Das erklärt die bittere Verstimmung, die nun in Wien wieder gegen Preußen Platz griff und von Kaunitz in heftigen Tiraden über Friedrichs Feindschaft gegen Oesterreich und Ländergier zur Schau getragen wurde.

Und währenddessen setzte derselbe Kaunitz alle Hebel ein, um Karl Theodor von der Pfalz zur Anerkennung der österreichischen Ansprüche auf Bayern zu bestimmen und zur Abtretung eines möglichst großen Stückes von der ihm zufallenden Erbschaft zu verpflichten. Er wollte eine vollendete Thatsache schaffen, der gegenüber Friedrich ebenso wenig etwas zu thun vermöchte

wie Katharina II. gegenüber der Occupation der Bukowina. Wie die erste Anknüpfung erfolgte, wissen wir nicht. Vielleicht ging sie von Karl Theodor aus, der in seiner Schlaffheit und Oesterreich freundlichen Gesinnung nur zu bereit war, die Zulassung zu der Erbschaft von Oesterreich selbst um ein beträchtliches Opfer zu erkaufen. Für ihre unverkürzte Erlangung etwas einsetzen oder Gefahr laufen mochte er um so weniger, als er ohne legitime Erben war und Bayern nach seinem Tode an seinen Neffen Karl von Pfalz-Zweibrücken fallen mußte. Bereits im Frühjahr 1777 wurde unterhandelt auf Grund ausführlicher Denkschriften, in denen beide Parteien ihr Recht urkundlich zu erweisen suchten. Doch konnte Karl Theodor den Zweibrückener nicht ohne Kenntnis davon lassen, da die Zustimmung des nächstberechtigten Verwandten für die Gültigkeit jedes Abkommens über die Erbschaft unerläßlich war. Um was es sich aber eigentlich handelte, ließ man, so scheint es, jenen mehr vermuten als wissen, um unter Wahrung des gefährlichen Geheimnisses von ihm eine Vollmacht oder Zustimmung zu erlangen, als ob es sich nur um die Vertretung der Interessen des wittelsbachschen Gesamthauses handele, wie sie durch die erneuten Hausverträge vorgesehen war. Aber gerade gegen die durch diese eingegangenen Verpflichtungen verstieß der Pfälzer Kurfürst bei diesen Verhandlungen, während Maximilian III. Joseph in eifriger Erfüllung derselben, um Oesterreich den Weg zu verlegen, unter dem Einfluß der Herzogin Maria Anna die bayrische Erbfolge zu einer europäischen Angelegenheit zu machen suchte, indem er für die erneuten Hausverträge die Garantie Preußens sowohl wie Frankreichs nachsuchte. Letzteres hatte auch Kaunitz vertraulich von Oesterreichs Vorhaben verständigt, indem er dabei den Anschein zu erwecken suchte, als ob man mit Bayern bereits einig sei und der alsbald angebotenen freundschaftlichen Vermittelung Frankreichs nicht mehr bedürfe.

So bereitete sich ein neuer preußisch-österreichischer Konflikt vor, der zugleich die Keime zu einem europäischen in sich trug. Denn die Erschütterung des guten Verhältnisses zwischen Oesterreich und Preußen verschob alsbald auch die Stellung der übrigen Mächte. Im April 1777 wurde der preußisch-russische

Defensivbund von 1764 erneut, während Oesterreich engeren Anschluß bei Frankreich suchte. Aber die Reise Kaiser Josephs zum Besuch des Versailler Hofes (1777) hatte nicht den gewünschten Erfolg. Von einer Unterstützung der kaiserlichen Pläne auf Bayern wollte dort niemand etwas hören, und selbst die Stellung der 24000 Mann, mit denen nach dem noch zu Recht bestehenden Versailler Traktat vom 1. Mai 1756 Frankreich ihn gegen den Angriff eines Dritten zu unterstützen hatte, erreichte Joseph nicht. Die Händel in Nordamerika stellten Frankreich vor einen neuen transatlantischen Krieg mit England, der alle Sympathien für sich hatte, während die öffentliche Meinung nach den zuletzt gemachten Erfahrungen von einem Kriege in Deutschland nichts wissen wollte.

Alles war demnach noch in der Schwebe und Oesterreich hatte, von dem schwachen Karl Theodor abgesehen, keinen Rückhalt für seine Pläne gefunden, als am 30. Dezember 1777 Maximilian III. Joseph nach kurzer Krankheit unerwartet starb und dem getroffenen Abkommen gemäß der Pfälzer Kurfürst als sein Nachfolger proklamiert wurde. So früh hatte man diesen Todesfall nicht erwartet. Alles schien für Oesterreich auf dem Spiel zu stehen. Würde Karl Theodor auch jetzt noch geneigt sein, die Zulassung zur Nachfolge durch Abtretung eines Teils der Erbschaft zu erkaufen? Würde Preußen die früher wenigstens nicht unbedingt abgelehnte Duldung einer teilweisen Verwirklichung der kaiserlichen Entwürfe unter den so veränderten Umständen noch zulassen? Konnte jetzt namentlich noch irgend welche Beihilfe oder auch nur Zulassung von seiten Frankreichs gehofft werden? Ein Erfolg schien für die kaiserliche Politik nur noch möglich, wenn sie dem vor allem Ruhe ersehnenden Karl Theodor alsbald Zugeständnisse teils abnötigte, teils abschmeichelte, die den Schein einer Anerkennung der österreichischen Ansprüche erzeugten und so das Vorgehen legalisierten, zu dem man in Wien entschlossen war. Schon hatte Joseph II. trotz des Widerspruchs seiner Mutter, die wie Kaunitz die österreichischen Ansprüche schlecht begründet und veraltet fand, Truppen zur Occupation Bayerns bereit gestellt. Unter diesem Druck unterzeichnete der Bevollmächtigte Karl Theodors,

Herr von Ritter, am 3. Januar 1778 zu Wien einen Vertrag, nach dem der Kurfürst zugleich im Namen seiner Erben das Recht Oesterreichs auf den Teil von Bayern anerkannte, den nach der Teilung von 1353 Herzog Johann von Straubing besessen und Kaiser Sigismund 1426 Herzog Albrecht von Oesterreich zu Lehen gegeben hatte, auch die schwäbische Herrschaft Mindelheim und alle böhmischen Lehen in der Oberpfalz aufgab und alles zu thun versprach, damit diese Gebiete ohne Schwierigkeit in den Besitz des Erzhauses kämen, das ihn dafür als rechtmäßigen Erben der übrigen bayrischen Lande anerkannte, vorbehaltlich eines späteren Tausches einzelner Stücke, ja möglicherweise sogar des ganzen Landes. Oesterreich bahnte sich also gleich den Weg zu dem immer im Auge gehaltenen letzten Ziele.

Kaum hatte Karl Theodor diesen Vertrag, mit dem er in der Stille wohl einverstandener war, als die scheinbare Vergewaltigung seines Bevollmächtigten in Wien vermuten ließ, in unwürdiger Eile am 14. Januar 1778 ratifiziert, als auch sofort (15. Januar) die Oesterreicher einrückten und Niederbayern und die Oberpfalz besetzten. Gleichzeitig erklärte der Kaiser, der darin nur einen Anfang und eine Abschlagszahlung sah und sich jedenfalls bis zum Inn auszudehnen dachte, noch eine ganze Anzahl anderer bayrischer Grafschaften, Herrschaften und anderer Reichslehen durch den Tod Maximilian Josephs für erledigt und zu seiner Verfügung stehend, erbot sich freilich zugleich, etwa nachgewiesene Rechte anderer gewissenhaft zu prüfen. Während unter dem Schutze der Truppen von den betreffenden Gebieten Besitz ergriffen wurde, machte man dem Reichstag zu Regensburg von dem Geschehenen in einer Form Mitteilung, die den Glauben erwecken konnte, alles sei sowohl von Preußen als auch von Frankreich gutgeheißen und gebilligt.

In Wien rieb man sich vergnügt die Hände. Dank der Schwäche Karl Theodors, der den Vertrag vom 3. Januar seinem Zweibrückener Neffen nicht mitgeteilt hatte, schien alles nach Wunsch zu gehen, und durch die Masse der angemeldeten Ansprüche auch der Weg zu dem Tauschgeschäft frei gemacht zu

sein, welches das Werk krönen sollte. Da erhoben sich plötzlich Schwierigkeiten. Die bayrischen Stände verwahrten sich gegen die drohende Zerreißung und wollten, wenn Oberpfalz und Neuburg denn schon nicht zu retten seien, doch jedenfalls Ober- und Niederbayern bei einander gelassen sehen. Bei Karl von Zweibrücken, ohne dessen Zustimmung er derartige Verpflichtungen überhaupt nicht hätte eingehen dürfen, suchte Karl Theodor sich zu entschuldigen mit seiner Hilf- und Ratlosigkeit gegenüber den österreichischen Gewaltdrohungen: er meinte, das im Drange der Not Versehene werde bei dem geplanten Tauschhandel gut zu machen sein. Eben durch diesen hoffte dagegen der Kaiser doch noch ganz Bayern an sich zu bringen und machte demgemäß immer günstigere Anerbietungen. Aber die Entscheidung lag schon nicht mehr bei Karl Theodor. Die Dinge hatten eine Wendung genommen, durch die sie an eine höhere Instanz verlegt war, da nicht nur ein deutsches, sondern ein europäisches Interesse in Frage stand.

Frankreich zwar hüllte sich noch immer in Schweigen. So wenig man dort das Geschehene gut hieß, so wenig dachte man doch daran dagegen aufzutreten, so lange nicht von einer anderen Seite Einsprache erhoben wurde. Das aber geschah bezeichnenderweise nicht von dem zunächst betroffenen Karl von Zweibrücken, sondern von Stellen aus, zu denen man sich in Wien dessen am wenigsten versehen hatte. Daß auf Grund einer Anwartschaft, die ihm Kaiser Maximilian I. verliehen, Mecklenburg-Schwerin die Landgrafschaft Leuchtenberg beanspruchte, eines der von dem Kaiser für erledigt erklärten Reichslehen, konnte zwar keinen besonderen Eindruck machen. Mehr bedeutete es, daß die sächsische Kurfürstin-Witwe Marie Antonie, eine ehrgeizige und politisch hochstrebende Frau, als Schwester Maximilian III. Josephs auf dessen gesamtes Allodialvermögen im Betrage von 47 Millionen Gulden Anspruch erhob und Kurfürst Friedrich August III., erbittert durch die Parteinahme des Kaisers für das mit dem sächsischen Kurfürsten seit langer Zeit habernde Haus Schönburg, sich des Rechts der Mutter energisch annahm. Entscheidend aber wurde doch erst, daß neben der von privatrechtlichem Standpunkte ausgehenden Aktion Kur-

sachsens die reichsstaatsrechtliche und allgemein politische Seite der Sache endlich auch einen mächtigen Vertreter fand.

Am 3. Januar 1778 hatte König Friedrich die Nachricht vom Tode Maximilian Josephs erhalten. Der an demselben Tage unterzeichnete Wiener Vertrag blieb ihm zunächst unbekannt. Aber daß etwas im Werke sei, konnte er schon aus der ihm hinreichend bekannten Denkweise des Kaisers vermuten. Sie legte auch den Verdacht nahe, daß im geheimen bereits irgend eine Abmachung getroffen sei. Um dahinter zu kommen, schickte der König den in Weimar lebenden Grafen Eustachius v. Görtz unter dem Vorwande von Familienangelegenheiten in geheimer Mission nach Süddeutschland. Wie die Dinge standen, hatte der feinsinnige und scharfblickende Diplomat bald heraus. Er ließ nun Karl Theodor wissen, wenn er sich den ihm von Oesterreich angelegten Fesseln entziehen und die Sache an das Reich bringen wolle, könne er auf Preußens Schutz rechnen, das näheres mit ihm durch einen Vertrauensmann zu vereinbaren bereit sei. Der Kurfürst aber, der sein Behagen nicht durch weitaussehende Verwickelungen gestört sehen wollte, erklärte, er könne von den eingegangenen Verpflichtungen nicht mehr zurücktreten. So mußte Friedrich, dessen schlimmste Befürchtungen durch Oesterreichs Forderungen übertroffen waren, Karl von Zweibrücken zum Handeln zu bestimmen suchen, um als dessen Beschützer das Recht zu erlangen, dem Kaiser entgegenzutreten, dessen Vorgehen dem Westfälischen Frieden, den Satzungen des Reichs und der ihm auferlegten Wahlkapitulation zuwiderlief. Erfolg aber konnte das nur haben, wenn er dabei nicht allein blieb, sondern Frankreich sich ihm anschloß. Dort aber wünschte man, eben im Begriff mit den für ihre Freiheit kämpfenden nordamerikanischen Kolonien ein Bündnis einzugehen, den in Deutschland drohenden Brand zu ersticken. Gegen eine Vergrößerung Oesterreichs hatte man an sich so wenig wie gegen eine solche Preußens einzuwenden, vorausgesetzt, daß das Machtverhältnis zwischen beiden unverändert und somit die eigene ausschlaggebende Stellung zwischen beiden gewahrt blieb. Daher war man geneigt, Oesterreich die Erwerbung eines Teils von Bayern zu gestatten als Kompensation

für die Vereinigung von Ansbach und Bayreuth mit Preußen, dem es jedoch frei stehen sollte, diese Gebiete etwa gegen Mecklenburg zu vertauschen — was Friedrich selbst einmal in anderem Zusammenhange erwogen hatte (S. 111). Mehr als Neutralität war demnach, kam es wegen Bayerns zum Kriege, von Frankreich kaum zu erwarten. Um so wichtiger war es für Friedrich, daß die russische Bundesgenossenschaft trotz drohender neuer Verwickelungen mit der Türkei sich auch jetzt wieder bewährte. Gleich nach des bayrischen Kurfürsten Tod war ihm von Petersburg her aller Beistand verheißen. Dann wandte sich Friedrich August III. von Sachsen, erbittert über die beleidigende Abweisung, der die für seine Mutter angemeldeten Ansprüche in Wien begegnet waren, um Hilfe an ihn. Er riet ihm, russischen Schutz anzurufen und empfahl selbst seine Sache Katharina II., indem er sie auf den Gewinn an Einfluß, Ruhm und Macht hinwies, der ihr dabei winkte. Dann bat ihn der Herzog von Mecklenburg-Schwerin, sich seiner Ansprüche auf Leuchtenberg anzunehmen. Natürlich aber blieben die Vorstellungen, die er in Wien machen ließ, ohne Eindruck. Auch nur von freundschaftlicher Unterhandlung wollte der Kaiser nichts wissen: was Kaunitz mit der Feder gewonnen, war er entschlossen mit dem Degen zu behaupten. Die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes wuchs. Militärische Vorsichtsmaßregeln, die Friedrich nun traf, beantwortete der Kaiser mit der Aufstellung eines Heeres in Böhmen und Mähren, obgleich er glaubte, sein Gegner werde die zum Einschreiten auch für ihn unentbehrliche Hilfe nicht finden: zwar klopfe er an alle Thüren, werde aber, wenn er sie auch ferner verschlossen finde, sich endlich in Geduld fassen und so „diese Geschichte“ ganz ruhig verlaufen.

Daß es nicht so kam, war zum guten Teil das Verdienst Maria Annas von Bayern. Sie verhalf Görtz endlich zu einem Erfolge bei Karl von Zweibrücken, den das preußische Hilfserbieten auf dem Wege nach München erreicht hatte. Durch ihre Vermittelung hatte Friedrichs Emissär mit dem Herzog, seinen Ministern und dem französischen Gesandten in München geheime Unterredungen, infolge deren Karl sich entschloß, Preu-

ßens Schutz anzurufen. Nach Wien und Regensburg gingen entsprechende Mitteilungen. Das machte auch in Frankreich Eindruck: als Garant des Westfälischen Friedens meinte der Versailler Hof nun wenigstens die Oberpfalz Bayern nicht ohne weiteres nehmen lassen zu dürfen. Das verhieß Herzog Karl eine weitere moralische Unterstützung. Aber noch übler als in Wien vermerkte man des Herzogs Vorgehen in München. Doch betrieb Karl Theodor nur um so eifriger eine Verständigung mit dem Kaiser, der seine Erbietungen nun steigerte und schließlich durch den Vorschlag zu einem Tausch Bayerns gegen die Niederlande und eine Königskrone dem Ehrgeiz des Kurfürsten eine starke Versuchung bereitete. Diese Entwürfe aber wurden hinfällig, als trotz aller von pfalzbayrischer Seite bereiteten Hindernisse das Hilfsgesuch Herzog Karls endlich am 16. März 1778 den Reichstagsgesandten in Regensburg eingehändigt wurde.

Das schien eine Formalität. In Wahrheit war es ein erster Erfolg des preußischen Königs, der als Beschützer des in seinen Rechten bedrohten Zweibrückeners zugleich ein solcher der Reichsverfassung wurde und so seine Stellung Oesterreich gegenüber moralisch wesentlich stärkte. Denn so wurde die zwischen ihm und Oesterreich schwebende Frage auf ein ganz anderes Gebiet übertragen, wo auch juristisch alle Vorteile auf seiner Seite waren. Es handelte sich, so präzisierte er die Streitfrage einige Wochen später dem Kaiser gegenüber in einem derben Vergleich, eigentlich nur darum, ob im Reiche eine türkische Herrschaft geführt werden dürfe. War es dem Kaiser erlaubt, über die Lehen in der Bayern gegenüber beliebten Weise zu verfügen, so waren die Reichsfürsten nicht besser gestellt als die Timare in der Türkei, die ihre Lehen vom Sultan nur auf Lebenszeit erhielten. Das aber war gegen Gesetz, Gewohnheit und Brauch des Reiches. Kein Fürst, meinte Friedrich, könne dazu die Hand bieten, vielmehr werde sich jeder auf das Lehenrecht berufen, das die Lehengüter den Nachkommen zusichere, niemand sich dazu verstehen, die Gewalt eines Despoten zu befestigen, der früher oder später ihn und seine Kinder seit unvordenklichen Zeiten innegehabter Besitzungen berauben würde. Deshalb habe sich im Reich ein Schrei der Ent-

rüstung erhoben über den gegen Bayern verübten Gewaltstreich. Als Glied des Reiches und weil der Hubertsburger Friede auf dem Westfälischen beruhe, der das Erbrecht Karl Theodors begründete, fühle er sich — so erklärte Friedrich weiter — verpflichtet, die Immunitäten, Freiheiten und Rechte des Reiches und die Wahlkapitulationen zu verteidigen, durch die man die Macht des Reichsoberhaupts begrenzt habe, um den Mißbrauch seines Vorranges zu hindern. Irgend ein persönliches Interesse sei für ihn dabei nicht im Spiele. Müßte nicht, fragte er, der Kaiser selbst gering von ihm denken, wenn er die Privilegien preisgäbe, die er und die übrigen Kurfüsten von ihren Vorfahren überkommen hätten? Nicht mehr um Bayern handelte es sich also, sondern um das Reich und seine Zukunft, sofern sie durch die Entwickelung des seit 1745 konstituierten Dualismus zwischen Oesterreich und Preußen bedingt war. Daher greift Friedrich jetzt auch auf die Form deutscher Politik zurück, durch die er damals eine führende Stellung zu gewinnen versucht hatte. Am 18. März 1778 mit Kursachsen verbündet, das ihm 18 000 Mann stellte, unterhandelte er mit den herzoglich sächsischen und den hessischen Höfen, sowie mit denen von Hannover, Braunschweig und Karlsruhe über eine engere Vereinigung zur Vertretung der reichsfürstlichen Interessen. Wieder aber traute man seinen Absichten nicht recht: durften ja gerade die deutschen Mittel- und Kleinstaaten aus dem Streit der beiden Großmächte für sich Gewinn erhoffen.

Inzwischen standen die Heere an der böhmisch-schlesischen Grenze einander gegenüber. Aber eine Woche nach der anderen verging, ohne daß es zum Schlagen kam. Man unterhandelte weiter. Denn der König hoffte noch immer auf eine friedliche Wendung. Der Kaiser aber, so sehr er nach Kriegsruhm dürstete, mußte die in Oesterreich übliche Erfahrung machen, daß von dem zum Kriege Nötigen nichts recht bereit war. Und dazu herrschte dort an der obersten leitenden Stelle ein Zwiespalt, der jede Aktion lähmen mußte. Maria Theresia war entschieden gegen den Krieg: sie wußte, wie unheilvoll selbst ein glücklicher Krieg werden konnte, und kannte die Unberechenbarkeit des schließlichen Ausganges. Die umständlichen Deduktionen, durch

die Joseph Oesterreichs Recht auf Bayern zu erweisen meinte, hatten sie nicht überzeugt. Sie machte kein Hehl daraus, daß sie ihres Sohnes Vorgehen mißbillige, und tadelte es als unwahr und heuchlerisch, zumal man trotz aller Gewaltsamkeit doch nicht den Mut habe zu sagen, worauf man eigentlich hinaus wolle, sondern mit dem letzten Ziele hinter dem Berge halte. Erst Ende Juni verließ der österreichische Bevollmächtigte Graf Cobenzl Berlin: der wiederholt gemachte Vorschlag, die Vereinigung des occupierten Teiles von Bayern mit Oesterreich durch den Anfall Ansbachs und Bayreuths an Preußen kompensiert sein zu lassen, war von Friedrich endgültig abgelehnt. Joseph II. aber wollte sich unter keinen Umständen mit dem geringen Gebietszuwachs begnügen, den Friedrich ihm durch Ueberlassung eines schmalen Grenzstreifens gewähren wollte, wenn er die sächsischen und mecklenburgischen Ansprüche durch Geld abkaufte.

Wenn Friedrich so lange unterhandelte, was doch seine Stellung nicht verbesserte, so lag das auch bei ihm zum Teil an den unerfreulichen Erfahrungen, die er mit der Armee machte. Die Mobilmachung ging beunruhigend langsam vor sich. Vielfach stieß er auf Unpünktlichkeit, Schlaffheit und Unentschlossenheit. Der Marschordre vom 24. März 1778 fügte er eigenhändig die Drohung hinzu: „Hier ist nicht zu scherzen: wofern die Herren nicht ernst machen, so wird sie der Teufel holen," und bedrohte die Säumigen mit Festung. Das Generaldirektorium aber donnerte er an, mit ihren Köpfen hätten die Minister dafür einzustehen, daß die Armee am 14. April mobil sei. Ungewöhnlich häufig und zahlreich mußten Mahnungen und Warnungen an die höheren Offiziere ergehen. Trotz alles Uebens und Manövrierens der Armee war in den fünfzehn Friedensjahren viel von der alten Straffheit, Schnelligkeit und Unternehmungslust verloren gegangen. Es klappte vielfach nicht recht; die militärischen Maßnahmen gingen lahm und wie nicht ernst gemeint. Endlich rückte von Glatz her eine Armee in Böhmen ein. Joseph II. machte — unbegreiflicherweise — keinen Versuch sie zu hindern, verlangte dann aber von Oesterreich Anstrengungen wie für einen aufgedrungenen

Kampf um das Dasein. Da warf sich ihm seine Mutter mit an Verzweiflung grenzender Leidenschaft entgegen und beschwor ihn, um jeden Preis Frieden zu machen, unbeirrt durch den Schein der Schwäche, für den sie die Verantwortung auf sich zu nehmen bereit war. Trotz ihres Hasses gegen den Räuber Schlesiens, den „Unmenschen", das „Ungeheuer", wie sie ihn nannte, rangen die Einsicht in die Gefahren, die ihres Sohnes Ungestüm dem Erzhause bereitete, und die Sorge vor der Vernichtung ihrer ganzen Lebensarbeit ihrem Stolz und ihrer Mutterliebe einen Akt der äußersten Selbstüberwindung ab. Ohne Wissen des Kaisers wandte sie sich am 2. Juli 1778 in einem eigenhändigen Schreiben an Friedrich, den sie das Geheimnis auch seinerseits strengstens zu wahren bat, mit dem dringenden Ansuchen, die in Berlin eben abgebrochenen Unterhandlungen wieder aufzunehmen. Sie bevollmächtigte den Baron Thugut dazu, den gewandten und schmiegsamen Vermittler des unvollzogen gebliebenen österreichisch-türkischen Vertrages vom 7. Juli 1771 (S. 164), der alsbald nach dem preußischen Hauptquartier in Welsdorf in Böhmen abreiste. Denn es war Gefahr im Verzuge. Seit einigen Tagen hatten die Armeen miteinander Fühlung genommen; es hatten Plänkeleien stattgefunden und jeden Augenblick konnten ernstere Ereignisse eintreten, die eine Verständigung unmöglich machten.

Erwünschteres hätte Friedrich nicht geschehen können. In einem eigenhändigen Schreiben, in dem er nicht bloß die Hochherzigkeit und Mäßigung Maria Theresias rühmte, sondern in seiner Huldigung auch die heldenmütige Festigkeit pries, die sie einst in der Verteidigung ihres Erbes bewiesen, erklärte er sich zu einem Waffenstillstand bereit, fügte aber den von Thugut überbrachten Bedingungen dafür einige Punkte hinzu, die er zur Beschleunigung des definitiven Friedens gleich mit erörtert sehen wollte. Nach ersteren sollte Oesterreich von Bayern so viel behalten, als zur Gewährung einer Einnahme von einer Million jährlich nötig sei, alles übrige aber an Karl Theodor zurückgeben, von diesem dann aber noch so viel eintauschen dürfen, daß es daraus abermals höchstens eine Million zöge; doch dürfe das eingetauschte Stück weder Regensburg benachbart sein, weil das

die Freiheit des Reichstages gefährden könnte, noch Bayern in zwei Teile zerschneiden. Mit dem König gemeinsam wollte Maria Theresia dann einen Vergleich über die sächsischen Ansprüche vermitteln. Das zu erleichtern schlug Friedrich vor, der Kaiser möge auf die Lehenshoheit verzichten, die Böhmen über einige sächsische Besitzungen zustand, den Herzog von Mecklenburg aber für Leuchtenberg durch irgend ein kleines Reichslehen entschädigen. Auch kam er auf den Tausch der fränkischen Fürstentümer gegen einen Teil der Lausitz zurück: diesen für die Zukunft sicher zu stellen, sollte ihm in der Lausitz, dem sächsischen Kurfürsten in Ansbach und Bayreuth die Eventualhuldigung geleistet werden. Bis zum Eingang der Antwort versprach er sich kriegerischer Aktionen zu enthalten.

Leidenschaftlich brauste der Kaiser auf, als er von diesem Vorgehen der Mutter Kenntnis erhielt, aber die erneuten Unterhandlungen aufzuhalten vermochte oder wagte er nicht. In ihrem Verlauf kam Friedrich noch weiter entgegen, indem er das Burghausener Gebiet längs des Inn bis zur Mündung der Salzach und an dieser entlang bis zur Salzburger Grenze Oesterreich überlassen wollte, „eine große und fruchtbare Provinz, die es trefflich abrundete". Dagegen könne Oesterreich dem Pfälzer die Aufhebung der Lehensabhängigkeit gewisser Besitzungen und die Zahlung einer Million bewilligen. Dann aber wollte er auch die Befriedigung Sachsens gleich jetzt vereinbart sehen. Für Mecklenburg genüge Gewährung des jus de non appellando. Alle sonstigen Differenzen sollten durch wechselseitige Verzichtleistung erledigt und damit für die Zukunft jeder Streit beseitigt werden. Dagegen wollte Maria Theresia das in Bayern Besetzte räumen und Karl Theodor des Vertrages vom 3. Januar entlassen, nur wenn Preußen sich feierlich verpflichtete, Ansbach und Bayreuth als Sekundogenitur bestehen zu lassen, so lange es noch junge Hohenzollernprinzen gäbe — gemäß dem kaiserlicherseits einst bestätigten Achilleischen Hausgesetz! So würde, meinte sie, die bayrische Frage ganz in den ursprünglichen Stand gesetzt und die Erörterung der Ansprüche der übrigen Interessenten auf den gewöhnlichen Weg Rechtens verwiesen.

Das wäre für Oesterreich freilich ein annehmbares Geschäft gewesen. Ohne irgend welche Sicherheit für die Zukunft hätte Preußen die Kosten für Oesterreichs vorläufigen Verzicht auf Bayern getragen: weil jenem unrechtmäßiger Erwerb versagt blieb, sollte es auf eine ihm gebührende und längst als berechtigt anerkannte Vergrößerung verzichten. Das lehnte Friedrich natürlich ab, gab Maria Theresia jedoch anheim, seinen Ministern durch Thugut neue Vorschläge machen zu lassen. So konferierte dieser noch ferner in Braunau mit v. Finckenstein und v. Hertzberg. Aber die militärischen Operationen hatten inzwischen wieder begonnen, blieben jedoch auf beiden Seiten lahm und erfolglos. Vor Prinz Heinrich, der Ende Juli unter schwierigen Verhältnissen mit 80 000 Mann in Böhmen eindrang, wich Laudon nach einem Mißerfolg übereilt gleich bis hinter die Iser zurück. Doch konnte der Prinz die erlangten Vorteile nicht verfolgen, da der König sich nicht mit ihm vereinigte, obgleich das genügt hätte, um auch die vortreffliche Defensivstellung, die der Kaiser bei Königgrätz inne hatte, und halb Böhmen in die Gewalt der Preußen zu liefern. Infolge dieser Unterlassung, die er nachmals bereute, sah Friedrich noch einmal alle die bekannten Schwierigkeiten und Gefahren eines Krieges in Böhmen über sich hereinbrechen. Wie erst Prinz Heinrich mußte auch er schließlich nach Schlesien zurückweichen, das von den nachdrängenden Oesterreichern teilweise verwüstend heimgesucht wurde. Thaten- und ruhmlos, wie er begonnen, ging der Feldzug zu Ende. Teils politische Rücksichten, teils die Einflüsse des Alters hatten Friedrich verhindert, etwas zu leisten, obgleich er die Mittel dazu reichlich hatte. Seines Gegners Thatendurst aber blieb ungestillt, weil seine Mittel zu einem größeren Wagnis nicht ausreichten. Auf beiden Seiten war man eines Krieges müde, bei dem keine Ehre zu gewinnen war, und der nur unternommen schien, um für die ununterbrochen thätige Diplomatie eine Folie abzugeben.

Der Feldzug war bereits beendet, als endlich Rußland das entscheidende Wort sprach, das früher gefallen, Joseph II. längst Halt geboten hätte. Aber es hatte, abgesehen von der Verzögerung, welche die Entfernung verschuldete, Mühe ge-

kostet, den russischen Staatsmännern klar zu machen, worum es sich eigentlich handelte: sich in dem verwickelten Reichsrecht zurecht zu finden, war nicht jedermanns Sache, und Friedrich selbst hatte es erst studieren müssen. Auch hatte man in Petersburg mit der Möglichkeit eines neuen Türkenkrieges rechnen müssen und geglaubt, daß des Königs ernste Haltung den Kaiser zum Einlenken bestimmen werde. Sobald aber der Friede mit der Pforte gesichert und die Unverbesserlichkeit der kaiserlichen Politik erwiesen war, ließ Katharina II. im Oktober in Wien erklären, daß sie Oesterreichs Ansprüche auf Bayern als begründet nicht anerkenne und, falls der Kaiser auf ihrer Durchsetzung beharre, Preußen die bundesmäßige Hilfe leisten werde. Das machte Eindruck, zumal die Zarin die deutschen Fürsten durch Preußen gegen Oesterreich aufgeboten zu sehen wünschte: zu einem Bunde vereinigt, sollten sie sie um Hilfe angehen. Auf einen Krieg mit Preußen und Rußland konnte der Kaiser es nicht ankommen lassen. So wurden im März 1779 die Feindseligkeiten eingestellt, und unter Vermittelung Rußlands und Frankreichs trat in Teschen ein Kongreß zusammen, der nach mancherlei Schwankungen am 13. Mai 1779 den Frieden zu stande brachte. Es entsprach freilich nicht dem von ihm im Felde Geleisteten, wenn Oesterreich der Verzicht auf Bayern nun doch abgekauft wurde durch die Ueberlassung des Innviertels, zwischen Inn, Donau und Salzach, eines herrlichen Stück Landes von 40 Quadratmeilen und 60 000 Einwohnern. Friedrich selbst hatte das einst vorgeschlagen. Sachsen erhielt sechs Millionen Gulden und die Entlassung gewisser Territorien aus der böhmischen Lehenshoheit und Mecklenburg das jus de non appellando. Preußen aber wurde gegen Erneuerung des Verzichts auf Jülich und Berg der künftige Anfall von Ansbach und Bayreuth unter Aufhebung jeder Abhängigkeit von Oesterreich zugesichert.

Hatte Friedrich Grund sich dieses Friedens zu freuen? Höchstens doch insofern er der Fortsetzung des Krieges überhoben war, bei dem nach Lage der Dinge viel zu verlieren, aber wenig zu gewinnen war. Den Krieg zu vermeiden war ihm nicht gelungen, ebensowenig eine Vergrößerung Oesterreichs zu

hindern. Und lag nicht darin, daß man Oesterreich eine Art von Entschädigung zubilligte, mittelbar eine Anerkennung seines Rechts auf Bayern? Konnte sein Verzicht unter diesen Umständen als ein endgültiger angesehen werden? War nicht vielmehr zu fürchten, es werde auf das jetzt mißlungene Unternehmen bei der ersten günstigen Gelegenheit zurückkommen? War es endlich nicht höchst bedenklich, daß nicht bloß das Friedrich verbündete Rußland, sondern auch das mit Oesterreich in Allianz stehende Frankreich in eine eigentlich rein deutsche Angelegenheit hatte eingreifen dürfen und daß beide durch Uebernahme der Garantie für den Teschener Frieden ein Recht erlangten, derartige Einmischung zu wiederholen? Im Reiche selbst war kein fester Punkt gegeben, von dem aus man dem hätte entgegentreten können. Daß das Reich seine Glieder gegen Oesterreichs Ländergier nicht zu schützen vermochte, war klar geworden, nicht minder aber, daß auch die Kräfte Preußens allein dazu nicht ausreichten. Und damit erwuchsen der preußischen Politik neue Aufgaben innerhalb Deutschlands selbst.

II. Der Fürstenbund. 1779—1785.

Der Teschener Friede war eine nur notdürftig verhüllte Niederlage Preußens. Für den Augenblick, nicht endgültig hatte es Oesterreichs Angriff auf Bayern zurückgeschlagen. Auch ließ sich nach den bisherigen Erfahrungen erwarten, daß die ihm zugebilligte Entschädigung Josephs II. Begehrlichkeit noch steigern werde. Da rechtzeitig vorzusorgen, um ähnlichen Versuchen künftig erfolgreich entgegentreten zu können, mußte hinfort die vornehmste Aufgabe für Preußens deutsche Politik sein. Sie zu lösen war freilich nicht leicht. Denn inmitten der allgemeinen Gärung der europäischen Angelegenheiten ausschließlich auf die Defensive angewiesen zu sein, blieb immer bedenklich, zumal als Katharina II. dann die Frage nach der Zukunft der europäischen Türkei ernstlich aufnahm und in der daraus entspringenden Eroberungspolitik den Boden fand für eine Verständigung und bald eine enge Verbindung mit Oesterreich. Wie leicht konnte nun der russische Einfluß in Deutschland, den Friedrich eben zu seinen Gunsten in Wirksamkeit gesetzt hatte, ebenso gegen ihn geltend gemacht werden! Einen Rückhalt dagegen konnte er im Anschluß an eine der Westmächte suchen. Aber die Allianz mit England war aus persönlichen, die mit Frankreich aus politischen Gründen nicht möglich. Nicht minder unmöglich aber war es in solcher Isolierung zu verharren. So griff Friedrich auf einen Gedanken zurück, den er schon früher verfolgt und der als besonders zeitgemäß auch sonst unter den deutschen Fürsten damals Anhänger hatte, weil er dem morschen Reich gegen die Gefahren Schutz verhieß, die ihm der verschärfte Antagonismus zwischen Preußen und Oesterreich bereitete, nämlich die Bildung eines engeren Bundes innerhalb des Reiches.

Ein solcher hatte bereits die Association werden sollen, die Friedrich 1742 zum Schutz Karls VII. geplant hatte (S. 18). Doch war er damit so wenig zum Ziel gekommen wie mit dem ähnlichen Versuch 1743 (S. 25). Denn nur gegen Bewilligung von Hilfsgeldern wollten die zunächst zum Anschluß eingeladenen Höfe von Kassel, Mannheim, Stuttgart und Köln sich darauf einlassen, so daß der König das bekannte Wort von der Käuflichkeit der Schweizer unmutig in ein bitterböses, aber zutreffendes „Point d'argent, point de prince d'Allemagne" variierte. Erst mit der Union von 1744 war er seinem Ziele näher gekommen, mochten ihr fürs erste auch nur Kurpfalz und Hessen-Kassel beigetreten sein. Ihren Ausbau hatte dann der Tod Karls VII. vereitelt. Doch ergab sich der zu Grunde liegende Gedanke so naturgemäß aus den Verhältnissen des Reiches und der allgemeinen politischen Lage, daß er auch in anderen Kreisen auftauchte, zumal seine Verwirklichung gerade den mittleren und Kleinstaaten sowohl Oesterreich wie Preußen gegenüber bedeutende Vorteile verhieß. So beschäftigte sich 1748 der Kurfürst von der Pfalz damit. Auch der von Sachsen brachte ihn zu Sprache, und 1751 war Friedrich selbst darauf zurückgekommen. Während des Siebenjährigen Krieges war er dann von anderer Seite und auch in anderer Absicht aufgenommen worden. Der hessische Minister v. Schlieben wirkte für einen rein defensiven Bund der deutschen Staaten zweiten und dritten Ranges, um sich für den Fortgang des Krieges zwischen den beiden deutschen Großmächten der erzwungenen Teilnahme daran zu erwehren. Als dieser Anlaß mit dem Frieden fortfiel, blieb die Sache liegen. Sie nach dem Teschener Frieden von neuem aufzunehmen, veranlaßte den König neben der allgemeinen Lage namentlich die Anregung Katharinas II., die ihr Auftreten gegen Oesterreich davon abhängig machte, daß sie von einem solchen Bunde um Schutz angegangen würde (S. 191). Daraufhin trat Friedrich der Sache näher und ließ namentlich mit Hannover, Baden und Hessen verhandeln. Er fand infolge der Beunruhigung über Josephs II. Vorgehen jetzt mehr Entgegenkommen als früher. Man einigte sich über die Grundzüge eines Defensivbundes und nahm selbst die Aufstellung eines

Bundesheeres in Aussicht. Beginnen wollte man mit einer engeren Allianz der Kurfürsten von Brandenburg, Hannover und Sachsen, der die übrigen deutschen Fürsten allmählich beitreten sollten. Doch blieb die Sache wiederum liegen. Einmal versprach sich Friedrich von einer Vereinigung bloß defensiver Natur keine Wirkung auf Oesterreich, und dann erhob Frankreich Einspruch, weil es bei seiner Verfeindung mit England durch die Ansammlung eines Heeres, dessen Kern die Hannoveraner bildeten, sich dauernd bedroht sah.

Wenn man sich aber in immer weiteren Kreisen von der Notwendigkeit einer solchen engeren Verbindung innerhalb des Reiches überzeugte, um seinen Gliedern den Schutz zu gewähren, dessen es selbst sie nicht mehr versichern konnte, so bewirkte das wesentlich die herausfordernde Art, wie Joseph II. als Kaiser Recht und Herkommen verletzte und den Besitzstand mehr als eines Reichsstandes in Frage stellte, wie es schien, entschlossen, jeden Widerstand gewaltsam zu beugen und namentlich an Preußen für den bayrischen Erbfolgekrieg Vergeltung zu üben. Die militärische Regsamkeit, die in Böhmen herrschte, ließ auf solche Absichten schließen. Nur gingen diese weiter, als man irgend erwartete. Joseph wollte, sobald das preußisch-russische Bündnis glücklich gesprengt war, nicht bloß Bayern erobern, sondern auch Schlesien zurückfordern. Aeußerst willkommen war daher im September 1779 Friedrich der Antrag der Pforte, mit ihr und Rußland ein Bündnis einzugehen. Das hätte alle österreichischen Pläne vereitelt und zugleich Rußlands Absichten auf die Türkei durchkreuzt. Eben deshalb wollte man in Petersburg nichts davon wissen. Da man dort aber im eigenen Interesse Preußen vor dem Kaiser sichern wollte, regte man von neuem den Gedanken eines Fürstenbundes an und verhieß ihm thatkräftige Förderung. Gewiß hätte Friedrich die türkisch-russische Allianz der russisch-reichsfürstlichen vorgezogen. Da er aber Rußland nicht entbehren konnte und dieses sich mit der Türkei nicht einlassen wollte, mußte er den vorgeschlagenen Weg gehen, obgleich er ihm militärisch nicht entfernt die Vorteile verhieß, wie das Bündnis mit der Türkei, die ihm für einen Krieg mit Oesterreich auf eigene Kosten 40 000 Mann stellen

wollte. Doch war es für Preußen immer vorteilhaft, sich eines größeren Kreises von Reichsfürsten zu versichern, und wenn es sie zunächst nur für den Fall eines Konflikts am Anschluß an Oesterreich hinderte. Wenn Friedrich dabei als Vorbild den Schmalkaldischen Bund im Auge hatte, so war das freilich wenig zutreffend, da es sich jetzt doch um ganz andere Dinge handelte als 1531. Von dem Unionsversuch hatte er keine Kenntnis, den ziemlich in der von ihm verfolgten Richtung einst der Große Kurfürst unter des Grafen Waldeck Leitung gemacht hatte (Bd. I, S. 459).

So ging Friedrich auf die russische Anregung ein, meinte aber daneben auch die Tripelallianz mit Rußland und der Türkei verwirklichen zu können. Denn erst die Vereinigung beider Maßnahmen sicherte den erstrebten Erfolg. Aber gleich hier trennten sich die Wege des Königs und der Zarin. Diese glaubte die Zeit gekommen, um ihre auf die Zertrümmerung der Türkei gerichteten Pläne zu verwirklichen. Denn je mehr in der Leitung der österreichischen Politik die Besonnenheit Maria Theresias, welche die in der Vergangenheit wurzelnden Traditionen mit den Anforderungen der neuen Zeit zu versöhnen wußte, an Einfluß verlor gegen die revolutionäre Neuerungslust ihres Sohnes, der ähnlich zu gewaltsamem Vorgehen neigte wie Katharina, um so sicherer durfte diese von Oesterreich für ihre Pläne gegen die Türkei statt der bisherigen Hinderung kraftvolle Förderung erwarten. Schon damals war der Kaiser bereit, ihr dort freie Hand zu lassen, wenn sie ihm das Gleiche gegen Preußen gewährte. So lockerte sich Friedrichs Bündnis mit Rußland, und demgemäß verlor auch das Projekt eines deutschen Fürstenbundes für den Petersburger Hof an Interesse: von einer Beihilfe zu seiner Verwirklichung war schon nicht mehr die Rede. Friedrichs Lage war 1780 kritischer als zuvor.

Im Reiche mehrten sich die Uebergriffe des Kaisers. Offenbar lag ihnen ein bestimmtes System zu Grunde. Die Reichsverfassung planmäßig untergrabend, suchte Joseph möglichst viel wichtige Positionen an sein Haus zu bringen, damit bei dem Zerfall des Reiches, den er mit Kaunitz für unabwendbar und nahe hielt, von den Trümmern möglichst viel wie selbstver-

ständlich an Oesterreich käme. Seinen Bruder Maximilian nötigte er zum Eintritt in den geistlichen Stand und setzte seine Wahl zum Koadjutor mit dem Recht der Nachfolge in Köln und Münster durch, nistete sich also gerade da ein, von wo dem evangelischen Norddeutschland alle Zeit die größte Gefahr gedroht hatte. Denn sein Freidenkertum hinderte diesen Jünger der Aufklärung nicht, sich der reformationsfeindlichen Tendenzen der katholischen Kirche zu bedienen, wo das seiner Hausmacht zu gute kam. Auch in Lüttich, Paderborn und Hildesheim suchte er Maximilian die Nachfolge zu sichern und ließ den Plan erst fallen, als er sah, nur um den Preis eines Krieges im Reiche selbst könne er damit durchdringen. Das Mißtrauen jedoch, das sein Vorgehen erweckt hatte, blieb und schlug immer fester Wurzel. Es wurde eines der stärksten Motive der reichsfürstlichen Politik und führte namentlich zu einer Annäherung Preußens sowohl an Sachsen wie an Hannover. Das aber war eine Wendung, die wieder in die Richtung auf den fallen gelassenen Fürstenbund hin einlenkte. Und als wollte er für einen solchen Propaganda machen, forderte der Kaiser auch ferner weltliche und geistliche Reichsfürsten in einer Weise heraus, daß keiner mehr seines Rechtes und seines Besitzes sicher schien, und wie erst die Protestanten, nun auch die Katholiken an gemeinsame Abwehr seiner Uebergriffe dachten. Hier wurde der längst überlebte Brauch der Panisbriefe, die verdiente Beamte, Offiziere und Soldaten und andere mehr mit ihrer Altersversorgung von Reichs wegen auf dieses oder jenes Stift anwiesen, um von den meisten durch Geld abgefunden zu werden, wieder aufgenommen und so eigentlich eine allein von des Kaisers Belieben abhängige Reichssteuer eingeführt. Dort schritt die österreichische Polizei in benachbarten Gebieten ein, als ob sie noch innerhalb der österreichischen Grenze lägen. Bezeichnenderweise hatte man darüber namentlich in Bayern zu klagen. Dann sah sich der Bischof von Passau eines beträchtlichen Teils seines Sprengels beraubt, den der Kaiser aus eigener Machtvollkommenheit kurzweg dem von ihm neu kreierten Bistum Linz zuwies. Hatten nicht alle Nachbarn Oesterreichs ähnliches zu fürchten? Schnell wachsend ging eine mächtige Erregung

durch das Reich, und immer mehr fanden sich die sonst hadernden Reichsstände zusammen in der Sorge um die deutsche Freiheit und die Reichsverfassung.

Sich für solche Schlagworte zu ereifern, war nicht Friedrichs Art. Hier aber lagen dahinter doch thatsächliche Momente, die ihm ernste Sorge machten, namentlich seit die Anzeichen für das Vorhandensein einer intimen österreichisch-russischen Allianz sich mehrten. Zudem blieben die Annäherungsversuche Englands für Friedrich wertlos, so lange dessen Seekrieg mit Frankreich fortdauerte. Auch Frankreich hatte, beunruhigt durch die Pläne, die Katharina II. und Joseph im Osten verfolgten, gleich nach dem Frieden vergeblich mit ihm eine Verständigung gesucht. Wie bedrohlich isoliert er stand, wurde Friedrich vollends klar, als im Frühjahr 1784 von den Verhandlungen zur Beilegung der russisch-türkischen Verwickelungen wegen der Krimtataren von allen Großmächten allein Preußen ausgeschlossen blieb. Das war ein Affront für die Gegenwart und eine nicht mißzuverstehende Drohung für die Zukunft. Meinte man in europäischen Angelegenheiten Preußen einfach ignorieren zu können? Unter diesen Eindrücken griff Friedrich zurück auf den mehrfach erwogenen Gedanken an einen deutschen Fürstenbund. Es konnte sich dabei zunächst nur darum handeln, die aus sehr ungleichartigen Elementen bestehende, aber erstarkende Opposition gegen Oesterreich innerhalb des Reiches zu gemeinsamem Handeln zu einigen, um durch sie einmal im Reiche die überkommene Ordnung aufrecht zu erhalten und dann vermöge der so gewonnenen Führerschaft in Deutschland Preußens bedrohte europäische Stellung zu sichern. Am 21. Februar 1784 legte Friedrich dem Minister Grafen Finckenstein die Grundzüge dieser neuen Unionspolitik schriftlich dar. Angesichts der offenen Parteinahme Rußlands für Oesterreich, in der auch ein Thronwechsel keine Aenderung verheiße, und der Oesterreich freundlichen Haltung, zu der Frankreich der Einfluß der Königin Marie Antoinette bestimme, sowie der Erschöpfung Englands durch den nordamerikanischen Krieg, bleibe ihm, so legte der König dar, da auf Schweden und Dänemark doch nicht zu rechnen sei, gar kein Ausweg als eine Allianz mit den Reichs-

fürsten. Für erreichbar hielt er diese zunächst mit Hannover, Hessen und Braunschweig, vielleicht auch mit Bamberg, Würzburg, Fulda, Paderborn und Hildesheim und weiterhin überhaupt mit dem gesamten benachbarten Norddeutschland. Auch auf Kurpfalz meinte er rechnen zu dürfen, sobald dort das Haus Zweibrücken zur Herrschaft käme. Als einzigen Zweck dieser Konföderation bezeichnete er die Erhaltung der bestehenden Ordnung im Reich; doch müsse man sich ihrer auch für den Fall eines Krieges versichern, wenn nötig durch Gewährung von Hilfsgeldern. Hinderung erwartete er dabei von Oesterreich und Rußland, während Frankreich die Sache ruhig gehen lassen werde. Der Fürstenbund sei aber auch das einzige Mittel, so bekannte er, um sich aus der Verlegenheit zu ziehen und den furchtbaren Truppenmassen zu begegnen, welche die beiden Kaiserhöfe aufzubringen vermöchten.

Daß anderwärts bereits ähnliche Erwägungen angestellt wurden, war Friedrich unbekannt, und so weit seine Minister davon Kenntnis erhielten, fanden sie, dem Projekt überhaupt abgeneigt, es nicht für angezeigt, ihm davon Mitteilung zu machen. Namentlich im Kreise der kleineren Fürsten, welche Josephs II. Kaiserpolitik am meisten bedrohte, dachte man durch derartige Verbände sein Recht und seinen Besitz zu sichern. So hatte Karl Friedrich von Baden den Plan zu einem solchen entworfen, der sogar die Errichtung einer Bundeskasse und die Aufstellung eines Bundesheeres vorsah. Er rechnete dabei zunächst auf Braunschweig, Sachsen, Hessen und Holstein. Der Beitritt Preußens war nicht beabsichtigt: doch sollte dieses, ohne der Vereinigung anzugehören, ihr als natürlicher Schutz und Rückhalt dienen. Auch mit den Höfen von Gotha, Zweibrücken und Dessau wurde verhandelt. Durch den letzten kam die Sache zur Kenntnis des Herzogs von Braunschweig, dem Friedrich bereits 1783 gelegentlich von seinen ähnlichen Absichten gesprochen hatte: er machte dem Minister v. Hertzberg davon Mitteilung. Dieser billigte das Vorhaben nicht, hätte vielmehr einen geheimen Bund zwischen einigen wenigen Fürsten vorgezogen, die sich ganz aufeinander verlassen konnten. Aber auch damit wollte er erst bei einem geeigneten besonderen An-

laß vorgehen, etwa wenn wieder ein Türkenkrieg ausbrach oder die bayrische Erbfolgefrage von neuem auf das Tapet gebracht wurde. Endlich hatte Herzog Karl von Zweibrücken, der trotz des preußischen Schutzes seine Nachfolge in Bayern nach wie vor bedroht wußte, bereits im Herbst 1783 durch seinen Minister v. Hohenfels in Berlin vertraulich ein Projekt mitgeteilt, das ähnliche Ziele verfolgte, aber auf einen Bund aller Reichsfürsten mit Ausnahme allein des Kaisers hinauslief. Da aber ein solches Vorgehen von Oesterreich natürlich als rechtswidrig und wie Rebellion behandelt werden würde, sollten sich die Verbündeten von Anfang an zur gemeinsamen Verteidigung gerüstet halten und weiterhin in allen Reichsangelegenheiten gemeinsam vorgehen und Oesterreich nicht mehr blindlings folgen. Wie sehr die durch den Kaiser im Reich geschaffene Lage auf einen solchen Weg hinwies, geht daraus hervor, daß ähnliche Erwägungen selbst im Kreise der geistlichen Fürsten schwebten, die sich nach dem, was in Passau und anderwärts geschehen war, durch Joseph II. nicht minder bedroht fühlten.

Friedrich trat demnach unbewußt in eine Bewegung ein, die bereits von mehr als einer Seite in Gang gebracht war, als er am 6. März 1784 seinen Ministern den Befehl erteilte, die Bildung eines deutschen Fürstenbundes in Angriff zu nehmen. Aber Finckenstein sowohl wie Hertzberg erachtete die Sache nicht für dringend: sie wollten einen Schritt, der von Oesterreich als Provokation aufgefaßt werden würde, nur thun, wenn ein besonderer Anlaß ihn rechtfertigte. So zögerndes Vorgehen verwarf der König: darüber könne es leicht zu spät werden. Die Minister mußten die Sache in die Hand nehmen. Aber sie thaten es mehr zum Schein als in der Absicht, etwas zu erreichen. Hertzberg insbesondere fürchtete, die Gefahren, die es abzuwenden gelte, werde ein solches Vorgehen erst recht heraufbeschwören. Dennoch begannen in der Stille die Unterhandlungen. Aber während Baden, Pfalz, Zweibrücken, Gotha, Weimar, Mecklenburg und Braunschweig sich dem Plan geneigt zeigten, verhielten sich Sachsen und Hannover ziemlich ablehnend. Und gerade auf ihren Anschluß kam es besonders an. Auch blieb Preußens Vorgehen kein Geheimnis. Sowohl in

Wien wie in Paris zeigte man sich dadurch beunruhigt. Deshalb schlug Zweibrücken vor, man möge von einer Beteiligung Preußens zunächst überhaupt scheinbar absehen, namentlich um Frankreich jeden Vorwand zur Einmischung zu nehmen. Den Ministern Friedrichs konnte nichts Erwünschteres begegnen: thatsächlich geriet die Angelegenheit nach einiger Zeit in Stillstand, und sie wäre überhaupt wohl bald vergessen gewesen, hätte nicht der König selbst, der ihr im Hinblick auf die kritische europäische Lage nach wie vor die höchste Bedeutung beimaß, sie mit Nachdruck wieder in Anregung gebracht, indem er in einem eigenhändig niedergeschriebenen Entwurf vom 24. Oktober 1784 Finckenstein und Hertzberg die Grundzüge zu dem von ihm gewünschten Bunde ausführlich entwickelte. Danach sollte derselbe die Freiheit aller Fürsten und die Reichsverfassung gegen den Ehrgeiz und das Machtstreben des Kaisers schützen. Er sollte nicht bloß den weltlichen Fürsten ein Bollwerk sein gegen die immer häufigeren Uebergriffe des Reichskammergerichts und des Reichshofrats, sondern auch die geistlichen Fürsten hoffte Friedrich durch die Furcht vor Säkularisationen zum Anschluß bestimmt zu sehen. Es steigerte seinen Eifer, daß er in eben jenen Tagen von den Umtrieben Kenntnis erhielt, durch die Joseph II. Karl von Zweibrücken doch noch zur Anerkennung seines Erbrechts auf Bayern zu bestimmen suchte. Man dürfe, schrieb er am 29. Oktober, nicht gleichgültig zusehen, wie der Kaiser die ersten Schritte thue, deren Folgen dem Reiche und sämtlichen Souveränen von Europa verderblich werden müßten. Auch die Minister mußten die Sache nun ernst nehmen. Aber der Entwurf, den sie ausarbeiteten, fand nicht seinen Beifall. Sie wurden zu ihm nach Potsdam beschieden und in eingehender Besprechung genau von seiner Willensmeinung unterrichtet. Daraufhin entwickelte endlich im November Hertzberg in einer Denkschrift die Grundzüge des Fürstenbundes.

Ausgehend von dem allgemein bekannten Streben des Kaisers, seine Macht auf Kosten der Reichsstände zu erweitern, empfahl er, die dadurch erregte Unzufriedenheit zu benutzen, um „den Reichstag neu zu beleben". Die zum Teil schon seit

langer Zeit schwebenden Rekurse einzelner Reichsstände gegen Sprüche des Reichskammergerichts und des Reichshofrats sollten endlich erledigt, willkürliche Säkularisationen gehindert und Maßregeln getroffen werden zur Aufrechterhaltung der Integrität des geistlichen sowohl wie des weltlichen Fürstentums und namentlich auch zum Schutz der Wahlfreiheit der geistlichen Stifter, damit sie nicht — wie in Köln und Lüttich geschehen und anderwärts wenigstens versucht worden war — zur Wahl jüngerer Prinzen des kaiserlichen Hauses genötigt würden. Das Ziel des Bundes war also ein durchaus konservatives: er sollte die korporativen und partikularen Interessen der Fürsten und Stände schützen gegen die monarchisch-absolutistischen Tendenzen des Kaisers. Aber dem ersten Schritt, der damit in der von Friedrich vorgezeichneten Richtung endlich gethan war, folgte zunächst kein zweiter. Vielmehr waren die Minister mit Erfolg bestrebt, die Sache, die nicht nach ihrem Sinn war, zu verschleppen, den König unvermerkt von ihr abzulenken und sie so in Vergessenheit zu bringen. Da erhielt Friedrich im Januar 1785 durch seinen Zweibrückener Schützling Kenntnis von einem neuen Gewaltstreich des Kaisers, der im tiefsten Geheimnis eingeleitet und beinahe schon gelungen war.

Mit mehr Aussicht auf Erfolg denn je war der Kaiser auf den alten, schon von Eugen von Savoyen verfolgten Plan zurückgekommen (S. 174), die Niederlande, deren Besitz Oesterreich bloß belastete und sein Bündnis mit Frankreich gefährdete, mit Anstand loszuwerden, indem er sie gegen Bayern, Oberpfalz, Salzburg und Berchtesgaden als Königreich an Karl Theodor von der Pfalz und Bayern überlassen wollte. Der Zustimmung, ja für den Notfall der thätigen Beihilfe der russischen Kaiserin hatte er sich bereits im Herbst 1784 versichert. Seit Monaten wurde in München im geheimen unterhandelt, und man hatte sich im wesentlichen bereits geeinigt, da auch Frankreich seinen Einfluß zu gunsten des Tausches bei dem Kurfürsten geltend machte. Die unentbehrliche Zustimmung Karls von Zweibrücken zu erwirken, übernahm Rußland, stieß dabei aber auf eine entschiedene Weigerung. In der Sorge, daß man einen Zwang auf ihn auszuüben versuchen könnte, rief dieser

wieder Friedrichs Hilfe an und stellte sein „von dem Untergange bedrohtes Haus“ förmlich unter Preußens Schutz. Aber wie 1778 handelte es sich dabei um die Zukunft nicht allein Bayerns: in höherem Maße als damals war das Reich insgesamt gefährdet. Kam der Kaiser zum Ziel, so verfiel über kurz oder lang der ganze Süden Deutschlands der Herrschaft Oesterreichs. Denn wie sollten die zerstückelten geistlichen Gebiete, die Reste der reichsunmittelbaren Ritterschaft und die kleinen Reichsstädte sich auf die Dauer gegen einen Druck behaupten, wie ihn die sie umgebende österreichische Uebermacht dann ausübte? Und schon wurden angebliche Rechte des Kaiserhauses auch auf Württemberg erörtert, und Baden schlug man von Wien her einen ähnlichen Handel vor, wie er eben Bayern aufgenötigt werden sollte. Wurden diese Entwürfe verwirklicht, so war die Verfassung des Reiches vollends zu einem wesenlosen Schemen verflüchtigt und die Freiheit seiner Glieder der Gnade des Kaisers überantwortet: würde es dann noch möglich sein, diesem den Weg zum absolut regierten Einheitsstaat zu verlegen? Die unvermeidliche Folge davon aber mußte eine Aenderung der Machtverhältnisse überhaupt sein, die das europäische Gleichgewicht gefährdete.

Die Lage war demnach äußerst gespannt. Denn so einmütig man in Deutschland des Kaisers Vorgehen verurteilte — die Mittel ihm erfolgreich entgegenzutreten, boten sich eigentlich nirgends dar, und Friedrich selbst mußte gestehen, der „von Dämonen besessene Cäsar“ habe seine Fäden so geschickt gesponnen, daß dies Gewebe von List und Gewalt kaum noch zerrissen werden könne. Sehr zur rechten Zeit hatte Joseph eben weitaussehende Händel mit den Vereinigten Niederlanden begonnen, indem er die zweifellos unsinnige, aber doch nun einmal durch die Verträge festgesetzte und von seinen Vorgängern als zu Recht bestehend anerkannte Sperrung der Schelde nicht mehr gelten lassen wollte, durch die Handel und Schiffahrt Belgiens zum Vorteil Hollands ruiniert waren und ruiniert bleiben sollten. Sie boten ihm den Vorwand zur Entsendung von Truppen, die auf dem Durchmarsch Bayern kurzerhand besetzen sollten. Wer wollte das hindern? England wollte und

konnte sich nicht einmischen. Rußland leistete dem Kaiser jeden Vorschub und bedrohte den einzigen, der in voller Erkenntnis der Gefahr dagegen aufzutreten gewillt und im stande war, durch ein in Livland aufgestelltes Heer, das jeden Augenblick in Ostpreußen einrücken konnte. Mit Waffengewalt war demnach nichts zu thun: nur durch eine kraftvolle, von dem Beifall der mächtig erregten öffentlichen Meinung getragene diplomatische Aktion ließ sich der Gewaltstreich des Kaisers vielleicht noch parieren. Denn selbst wer Friedrich das Recht bestritt, den Kurfürsten von Bayern an dem Vollzug eines freiwillig geschlossenen Tauschvertrages zu hindern, mußte ihm doch die Befugnis zuerkennen, auf Grund des Teschener Friedens einzuschreiten, der die bestehenden bayrischen Hausverträge und auf deren Grund auch die künftige Nachfolge des Zweibrückeners in dem Kurfürstentum ausdrücklich verbürgt hatte. Und wie war es mit der Reichsverfassung in Einklang zu bringen, wenn eine Kur verschwand oder auf Oesterreich überging? Und in der Reichsverfassung, so wenig sie praktisch bedeutete, lag formell doch noch immer eine der wichtigsten Handhaben zur Vertretung der Interessen Preußens in Deutschland, die auch für seine europäische Stellung kaum entbehrlich war. So stand bei einem Gelingen der kaiserlichen Pläne für Preußen noch viel mehr auf dem Spiele: es war dann vollends in Gefahr durch Rußland und Oesterreich erdrückt zu werden. Diese Erkenntnis war es, die des greisen Königs Handeln förmlich beschwingte.

Mit wahrhaft jugendlichem Eifer trat er in den diplomatischen Feldzug ein, der ihm endlich die führende Stellung im Reich gewinnen und Preußen vollends zur deutschen Macht erheben sollte. Dem Protest, den er gegen des Kaisers Machenschaften einlegte, gab er größeren Nachdruck, indem er auch der russischen Kaiserin die Unsauberkeit des ganzen Handels gebührend darlegen ließ, so daß sie stutzig wurde und sich mehr zurückhielt, während ihr Verbündeter sich zunächst nicht anders zu helfen wußte, als daß er, obgleich gewissermaßen auf frischer That ertappt, alles leugnete, wie auch Karl Theodor von dem Vorhandensein eines solchen Tauschvertrages nichts wissen wollte.

Bei der allgemeinen Bewegung aber, die nun unter den Reichsständen gegen Oesterreich aufwogte, sah Friedrich den Augenblick gekommen, um mit dem Plan zu einem deutschen Fürstenbunde endlich an die Oeffentlichkeit zu treten. Wenn je so kam derselbe jetzt einem allgemeinen Bedürfnis entgegen und durfte guter Aufnahme und bereitwilligen Entgegenkommens gewiß sein. So wurde Ende März 1785 von Berlin aus der „Entwurf zu einer reichsverfassungsmäßigen Vereinigung der deutschen Reichsfürsten“ versandt. Diese sollte, so wurde erläuternd hinzugefügt, zu niemandes Beleidigung gereichen, sondern nur die „bisherige gesetzmäßige Verfassung des Reiches in seinem Wesen und Verbande und jeden der darin Verbundenen bei seinem rechtmäßigen Besitz durch alle rechtlichen und möglichen Mittel erhalten und gegen widerrechtliche Gewalt schützen“. Dazu sollten die Mitglieder vertrauliche Korrespondenz unterhalten, unbewilligte Einquartierungen und Durchmärsche hindern, eine Reform des Reichskammergerichtes betreiben und auf dem Reichstage gemeinsam handeln, vor allem aber einander Hilfe und Schutz verbürgen gegen Säkularisationen, Ländertausch und ähnliche Maßnahmen. Zum Eintritt sollten ohne Rücksicht auf die Konfession alle Fürsten und Stände des Reiches eingeladen werden.

Die Aufnahme des Vorschlages war natürlich an den verschiedenen Stellen eine verschiedene. Während die größeren Staaten, wie Hannover und Sachsen, Bedenken erhoben, weil sie als Glieder eines solchen Bundes Preußen gegenüber in eine Art von Abhängigkeit zu geraten fürchteten, hießen die kleineren ihn freudig willkommen zum Schutz ihrer vom Kaiser bedrohten Selbständigkeit. Am wirksamsten jedoch wurde Friedrichs Plan durch seinen eifrigsten Gegner gefördert. Kaunitz beklagte sich in einem Rundschreiben bitter über die grundlose Verdächtigung des Kaisers: niemals habe dieser, wie der Staatskanzler mit einer ihm geläufigen Beteuerung „heilig“ versicherte, sich mit Tausch- oder Säkularisationsplänen getragen. Und gleich danach mußte er es erleben, daß die russische Diplomatie in ihrem Bemühen für den Kaiser den bayrisch-niederländischen Tausch als eine Thatsache anerkannte, die für sie feststand, und

ihn so vor aller Welt Lügen strafte. Das machte allerwärts tiefen Eindruck. Selbst Hannovers Bedenken schwanden nun. Den gleichen Wandel erfuhr die Haltung Sachsens. Auf Grund eines Entwurfes, der fast ganz von dem hannoverschen Gesandten, Herrn v. Beulwitz, herrührte, unterhandelten beide im Juni 1785 in Berlin mit Preußen. Die scheinbar führende Rolle, die Friedrich in kluger Berechnung Hannover dabei einräumte, erhielt dessen Eifer rege, und so kam man trotz der Gegenbemühungen des Wiener Hofes in Dresden schnell zu einer Verständigung. Bereits am 23. Juli wurde zwischen den drei Kurfürsten ein Associationsvertrag unterzeichnet zu gemeinsamer Aufrechterhaltung der Reichsverfassung und gemeinsamem Schutz jedes Reichsstandes in seinem Rechte. Ein Geheimartikel zählte diejenigen Reichsstände auf, die zunächst zum Beitritt eingeladen werden sollten, und verpflichtete die Paciscenten namentlich jede Art von Ländertausch, Säkularisation und anderes mehr zu hindern, sobald einer der Beteiligten gegen seinen Willen dazu genötigt werden sollte. Insbesondere wollten sie dem österreichisch-bayrischen Tausch im Notfall binnen drei Monaten mit je 15 000 Mann entgegentreten, sowie bei der Wahl eines römischen Königs, der Feststellung einer Wahlkapitulation oder Errichtung einer neuen Kur durchaus gemeinsam handeln.

Das war für Friedrich seit langer Zeit der erste volle Erfolg. War die Spitze dieses Dreifürstenbundes auch nicht so offen, wie er es gewünscht, gegen Oesterreich gerichtet: er durfte mit dem Erreichten zufrieden sein. Er fühlte endlich wieder sozusagen festen Boden unter den Füßen, indem nicht bloß Oesterreichs Pläne durchkreuzt waren, sondern er selbst sich aus der Isolierung befreit sah, in der er sich bisher befunden hatte. Schon das gab ihm einen Rückhalt, der ihn befähigte, die eingeleitete diplomatische Aktion mit größerem Nachdruck fortzuführen. Kaum war das Dreikurfürstenbündnis vom 23. Juli am 21. August ratifiziert, als er die anderen Reichsstände davon in Kenntnis setzen und zum Beitritt einladen ließ. Auch den außerdeutschen Mächten wurde Mitteilung davon gemacht und dabei die Gefahr betont, die des Kaisers Pläne der Reichsverfassung bereiteten. Durchweg beifällig war

die Aufnahme natürlich nicht. Rußland empfand Oesterreichs Niederlage wie eine eigene; Frankreich hätte gewünscht, der Bund wäre unter Hannovers und Sachsens Leitung sowohl gegen Preußen wie gegen Oesterreich gerichtet gewesen und hätte so seinen eigenen Einfluß im Reich gestärkt. Innerhalb des Reiches aber wurde die Association von den kleinen Fürsten mit Freuden begrüßt: verhieß sie doch Schutz vor den wachsenden Uebergriffen der kaiserlichen Politik. Noch im Oktober erfolgten daher die Beitrittserklärungen von Sachsen-Weimar, obgleich dort Herzog Karl August, während er eine Vereinigung derart wünschte und bereits mit Baden und Dessau erwogen hatte, einer engeren Verbindung mit Preußen, dem er nicht recht traute, eigentlich abgeneigt war und in echt kleinstaatlicher Befangenheit ihr wenigstens alle militärischen Momente fernzuhalten suchte, von Sachsen-Gotha, Braunschweig, Mainz und natürlich von Pfalz-Zweibrücken. Im November folgten Baden und Hessen-Kassel, im Dezember der Fürstbischof von Osnabrück und die anhaltinischen Fürsten von Köthen, Bernburg und Dessau. Im Februar 1786 traten die Markgrafen von Ansbach, die Herzöge von Mecklenburg bei und endlich im Juni 1787 der Koadjutor des Mainzer Erzbischofs, Freiherr v. Dalberg. Dagegen blieben Hessen-Darmstadt, wo der Einfluß Oesterreichs überwog und Frankreich erfolgreich intriguierte, Württemberg und Oldenburg dem Bunde fern, während von den geistlichen Fürsten die Kurfürsten von Köln und Trier sowie die Bischöfe von Bamberg, Würzburg und Eichstädt nicht zu gewinnen waren.

Der Erfolg war also kein vollständiger, aber er war bedeutend, ja fast über Erwarten bedeutend. Hatte diese Vereinigung Bestand und wurde sie von einem starken und zielbewußten Willen geleitet, so verlor der Kaiser jede Aussicht auf weitere Erfolge auf Kosten des Reichsfürstentums. Denn er konnte nicht hoffen, mit seinem arg zusammengeschmolzenen Anhang gegen eine so festgeschlossene Majorität im Kurfürstenkollegium und im Fürstenrat aufzukommen. Dazu bedurfte der Fürstenbund freilich außer straffer Leitung auch der Selbstlosigkeit seiner Mitglieder, welche die Sonderinteressen der Einzelnen dem Interesse der Gesamtheit unterordnete. Das mußte nament-

lich für Preußens Haltung maßgebend sein: sobald es den Fürstenbund zu anderen Zwecken zu gebrauchen versuchte, als er zunächst erfüllen sollte, stellte es selbst seinen Bestand in Frage. Denn nur in diesem einen Zweck lag seine Berechtigung, und die gewissenhafte Beschränkung auf ihn bedingte seine Lebens- und Leistungsfähigkeit. Das übersahen in ihrem Eifer die, welche von ihm eine neue Aera nationalen politischen Lebens, eine Art von Wiedergeburt des Reiches erwarteten. Dem politischen Denken jener Zeit lag nichts ferner als dem modernen Einheitsstreben verwandte Tendenzen, die auf eine engere bundesstaatliche Einigung der dem Fürstenbunde beigetretenen Reichsstände hingewiesen hätten. In dem Augenblick, wo man einem der Genossen zugemutet hätte, zum Besten der Gesamtheit auch nur auf einen minimalen Teil seiner Souveränetät zu verzichten, wäre die Auflösung unabwendbar gewesen. Denn der Bund sollte ja die vom Kaiser bedrohte Souveränetät auch des Kleinsten und Schwächsten unverkürzt gewährleisten. Und hier lag von der ersten Stunde seines Bestehens an der Keim zu seinem Untergange. Gegründet aus einem ganz bestimmten Anlaß, nicht zum Dienst einer allgemeinen Idee, verlor er in demselben Maße an Bedeutung und an Berechtigung, wie dieser besondere Anlaß wegfiel und auch seine Wiederkehr in Zukunft weniger zu erwarten stand. Der Fürstenbund war eingegangen zur Hinderung des österreichisch-bayrischen Tauschprojekts und hat es auch gehindert. Wenn er danach fortbestand, so geschah das einmal, weil man besorgte, Joseph II. werde bei erster Gelegenheit in den ihm jetzt verlegten Weg wieder einlenken, und bereit sein wollte, ihm dann abermals entgegenzutreten. Damit aber war der Beruf des Bundes erfüllt. Er hatte eben nur die Ordnung, die 1648 geschaffen war, sicher stellen sollen, indem er die drohende Verschiebung des Gleichgewichts zu gunsten des Kaisertums hinderte. Davon abgesehen verliehen ihm zwei Momente eine allgemeine Bedeutung und machten ihn zu einem Markstein in der Entwickelung Deutschlands. Er war einmal der erste Versuch, Deutschland wieder auf sich selbst zu stellen und in seinen inneren Angelegenheiten vom Ausland unabhängig

zu machen. Eine befreiende That in anderer Richtung wurde er dann dadurch, daß er zuerst den Gegensatz der Konfessionen als politisch gleichgültig beiseite schob und evangelische Fürsten mit katholischen, ja sogar mit geistlichen zu politischer Gemeinschaft einigte und so das deutsche Volk endlich begreifen lehrte, wie unnötig und unheilvoll der Einfluß gewesen, den die konfessionelle Spaltung bisher auf sein staatliches Leben ausgeübt hatte. Mußte es nicht eilen sich von ihm vollends zu lösen, zumal da unter dem Einfluß der Aufklärung das kirchliche Moment längst aufgehört hatte in seinem Leben die Rolle zu spielen, die ihm anderthalb Jahrhunderte eingeräumt gewesen war? Es war ein Gewinn für die Zukunft, daß dieser Bann gebrochen wurde und weite Kreise in der Ignorierung der sonst immer so stark betonten konfessionellen Gegensätze das Moment sahen, welches diesem neuen Versuch zur Sicherung der bedrohten deutschen Freiheit endlich zum Gelingen verholfen hatte.

Von seinen zeitgenössischen Lobrednern freilich suchten viele die Bedeutung des Fürstenbundes in Gebieten, die ihm seinem Ursprung und seiner Bestimmung nach verschlossen bleiben mußten. Sie fühlten sich daher auch später von ihm enttäuscht. Doch auch von den Befürchtungen gingen viele nicht in Erfüllung, die seine Gegner hegten. Denn es fehlte in Deutschland nicht an Politikern, welche Oesterreich gestärkt sehen wollten, damit es Deutschland dem Auslande gegenüber wirksam vertrete. Andere bedauerten, daß Preußen sich durch den Fürstenbund die Hände gebunden und seine so wünschenswerte Ausbreitung in Norddeutschland unmöglich gemacht habe, die doch nur auf Kosten der kleineren Staaten erreichbar und nicht zu teuer erkauft schien, wenn man dafür auch Oesterreich in Süddeutschland freie Hand ließ. Namentlich Prinz Heinrich und der ihn umgebende Kreis frondierender Generale und Höflinge sahen die einfachste Lösung der deutschen Frage in der Teilung Deutschlands zwischen Oesterreich und Preußen. Die einen wie die anderen verließen den Boden der thatsächlich gegebenen Verhältnisse. Unbefangen an diesen gemessen, durfte der Fürstenbund wie vom preußischen so auch vom deutschen Standpunkte aus als ein Erfolg und als ein weitere Erfolge verheißender

Anfang begrüßt werden: nicht bloß wirksamer, sondern auch selbstloser als früher — sowohl zur Zeit seines Eintretens für das Wittelsbacher Kaisertum als im bayrischen Erbfolgekrieg — hatte Preußen die Verfassung des Reichs und Freiheit und Besitz seiner Glieder geschützt und damit den Ruf des Eigennutzes, der Selbstsucht und der Vergrößerungslust widerlegt, den ihm die ersten Jahre der Regierung Friedrichs eingetragen hatten. Dadurch gewann es eine neue, fruchtbare und entwickelungsfähige Gemeinschaft mit der Gesamtheit des deutschen Fürstentums und wurde in einem anderen und besseren Sinne als bisher eine deutsche Macht, daher auch mehr als bisher beeinflußt von der Gesamtentwickelung Deutschlands und befähigt, seinerseits auf sie einzuwirken.

III. Das Innere des Friderícianischen Staates. 1772—1786.

In der inneren Entwickelung des Fridericianischen Staates bezeichnet das Jahr 1766 einen Wendepunkt: das Verhältnis des Königs zu seinem Volke erfuhr eine bedauerliche Wandlung. Denn die damals eingeführte Regie (S. 142), so sehr ihr Grundgedanke die administrative Zentralisation und damit die monarchische Zusammenfassung Preußens zu fördern verhieß (S. 143), widerstritt nicht nur den Prinzipien, auf denen die Verwaltung namentlich der Finanzen Preußens seit Friedrich Wilhelm I. beruht hatte, und lohnte das Beamtentum für seine aufopfernde Thätigkeit mit Undank, sondern gab auch der Bevölkerung Anstoß durch die der Fremde entlehnten Formen, forderte sie heraus und demoralisierte sie durch das mit ihr verbundene System der Chikane und Spionage. Das beeinträchtigte die verehrende Bewunderung, mit der man bisher zu dem König aufgeblickt hatte. Ueber die neue Belästigung achtete man manche von den Neuerungen geringer, die man einst freudig begrüßt, aber längst als sicheren Besitz anzusehen sich gewöhnt hatte.

Zwar wurde die ebenfalls in französische Hände gelegte Postregie im Jahre 1769 aufgehoben und damit einer der lästigsten Mißbräuche abgestellt. Auch nahm die fernere Entwickelung dieses wichtigen Departements die bewährten Anfänge wieder auf, die seit dem Großen Kurfürsten (Bd. II, S. 112) zu einer gemeinnützigen und dabei doch für den Staat gewinnreichen Handhabung des Postregals gemacht worden waren, und erreichte in der allgemeinen Postordnung von 1782 einen für jene Zeit mustergültigen Abschluß. Besonders froh war man, des fremden Spionen- und Denunziantencorps entledigt zu sein.

Dagegen wurde die Acciseregie erweitert und ausgebaut. Die Monopolisierung des Handels mit Tabak, Kaffee und Salz und mehr noch die kleinliche und aufreizende Art ihrer Handhabung, die für die Staatsfinanzen nicht einmal entsprechend großen Gewinn abwarf, verstimmten und erbitterten je länger je mehr. Wurden später auch einzelne besonders anstößige Mißstände abgestellt, so blieb doch die Einrichtung im ganzen verhaßt und that der Popularität Friedrichs Abbruch. In den von der Regie bestellten „Kaffeeriechern" sah der Bürger persönliche Feinde, die sein König wider ihn hetzte. War es da zu verwundern, daß man dem mit ähnlichen Waffen zu begegnen suchte? Der staatlichen Spionage setzte man ein System der Hinterziehung und des Schmuggels entgegen, das zu einem täglichen stillen Kampf zwischen Regierung und Unterthanen führte. Dieser verwirrte in vielen Köpfen die Begriffe von Recht und Unrecht bedenklich und bewirkte eine Demoralisation, die Friedrich Wilhelms I. Bemühen um die Erziehung seines Volkes zur Pflichttreue und Gesetzlichkeit um ihr Ergebnis zu bringen drohte. Man entfremdete sich dem Staate, von dem man gedrückt und ausgebeutet wurde, freute sich ihm ein Schnippchen schlagen zu können und gewöhnte sich, das Privatinteresse der Wohlfahrt des Ganzen voranzusetzen.

Der sie einst umstrahlende Nimbus beglückender Volksfreundlichkeit ist in der zweiten Hälfte der Regierung Friedrichs beträchtlich verblaßt. Doch hat das nicht die Regie allein verschuldet, sondern sein gesamtes politisches System, das doch nicht bloß theoretisch in einem starren Subjektivismus wurzelte, sondern diesen auch in der Praxis rücksichtslos vertrat. Strenger noch gegen sich selbst als früher, hielt Friedrich fest an dem Gebot der Pflicht, wie er es sich philosophisch zurechtgelegt hatte. In seiner Erfüllung fand er Ersatz für so manches, was er einst ersehnt, dann aber resigniert entbehren gelernt hatte. Indem er den gleichen Maßstab auch an alle anderen legte, erschien ihm deren Wollen und Können fast durchweg unzureichend. Um geringfügiger Dinge willen erfuhren auch seine bewährtesten Diener herbe Zurechtweisung. Mißtrauisch beargwöhnte er auch das sorgsamst erwogene, sachlichste Urteil, wenn

es sich mit dem seinen nicht deckte, als oberflächlich und leichtfertig. Wohl hatte er sich durch eine unvergleichlich umfangreiche und mannigfache Praxis einen bewundernswert sicheren Blick angeeignet für alle die tausenderlei verschiedenen Dinge, welche die Verwaltung in buntem Wechsel an ihn heranbrachte, und traf da meist gleichsam instinktiv das Richtige. Unfehlbar aber war auch er nicht. Vielmehr entsprangen manche von den Mängeln seiner Regierungsweise dieser Ueberschätzung der eigenen Einsicht und der eigenen Kraft, die ihn andere leicht unterschätzen ließ. Er war da seinem Vater geistesverwandt: wie dieser meinte er, wo er auf Unrecht zu stoßen glaubte, ein Exempel statuieren zu müssen, und that dann gelegentlich wohl selbst unrecht.

Auch Friedrich war eben ein Mensch. Er war keine durchaus harmonisch in sich geschlossene Natur. Wie sein Handeln weist auch sein Denken auffällige Inkonsequenzen, ja Widersprüche auf. So aufgeklärten politischen und sozialen Theorien er huldigte: seine Praxis widersprach ihnen hier wie dort nicht selten. Namentlich im sozialen Gebiet kontrastiert seine stark französisch gefärbte und ausgeprägt aristokratische Denkweise scharf mit der durchaus deutschen und demokratischen Richtung seines kleinbürgerlich angelegten Vaters. Durchdrungen von dem Glauben an einen angeborenen Vorzug des Adels, schrieb er diesem nicht nur ein lebhafteres und feineres Ehrgefühl zu als den Bürgerlichen, sondern auch eine höhere moralische Veranlagung. Adlige allein hielt er für recht geeignet zu Offizieren und setzte bei ihnen besondere Fähigkeiten voraus für die höheren Staatsämter, während sein Vater tüchtige Offiziere mit solchen betraut hatte, um in den Zivildienst Disziplin und Strammheit zu bringen. Es ist kein schöner Zug in dem Bilde des großen Königs, daß er die zahlreichen bürgerlichen Offiziere, deren Blut in der Not des Siebenjährigen Krieges gut genug gewesen war, um in seinem Dienst vergossen zu werden, nach dem Frieden möglichst aus der Armee entfernte. Dankbar war das jedenfalls nicht (S. 109). Auch in den höheren Staatsämtern war das bürgerliche Element nur spärlich vertreten, unter den Ministern durch den einen Michaelis. War aber die

Aufklärung, zu der er sich bekannte, trotz ihrer hochadligen und fürstlichen Anhänger eine Bewegung ausgesprochen bürgerlichen Charakters, die dem dritten Stande auch in der sozialen und politischen Ordnung den ihm gebührenden Platz erobern wollte, so setzte Friedrich sich mit ihr in Widerspruch, wenn er das Bürgertum von der vollen, gleichberechtigten Teilnahme an Staat und Heer auch ferner ausschließen wollte. Er beeinträchtigte die erstrebte Besserung in den Verhältnissen des Grundbesitzes, indem er Bürgerliche keine adligen Güter erwerben ließ, und erhielt veraltete soziale Scheidungen künstlich aufrecht, indem er Mischehen zwischen Adligen und Bürgerlichen nach Möglichkeit hinderte und für eine besonders standesgemäße Erziehung der jungen Adligen Sorge trug. Das entfremdete ihm viele tüchtige Elemente, die seiner Monarchie die Grundlage wahrer Volkstümlichkeit hätten geben können, und lockerte wieder die staatsbürgerliche Gemeinschaft, zu der die Stände in dem Kampf um Preußens Dasein zusammenzuwachsen angefangen hatten. Es entging Friedrich nicht, daß die politische Entwickelung so gut wie die soziale und wirtschaftliche eine Richtung verfolgte, welche die Vorrechte des Adels in Frage stellte. Sie zu behaupten setzte er die Staatsautorität ein. Vornehmlich dem Adel kam die Organisation des landschaftlichen Kreditwesens zu gute. Stellte aber diese Sozialpolitik schließlich nicht das Prinzip der Gleichheit aller Unterthanen der Krone gegenüber in Frage und damit das Fundament für die absolute Monarchie? Mußte sie nicht Zweifel erwecken an der Gerechtigkeit des Königtums und ihm die Erfüllung seines hohen Berufs erschweren?

Auch in der Praxis seiner Agrarpolitik hielten die aufgeklärten Theorien Friedrichs nicht stand, und die vielverheißenden Anläufe, die er im Beginn seiner Regierung da genommen, fanden nicht entsprechenden Fortgang. Den großen Gedanken der Bauernbefreiung hatte schon sein Vater gefaßt; zu seiner Durchführung aber waren die Dinge damals noch nicht reif gewesen. Jetzt war die allgemeine geistige Disposition weit günstiger. Denn seit die Physiokraten dem Merkantilsystem ebenso einseitig zwar, aber doch mit dem Erfolge einer be-

freienden That die Erde als einzige Quelle des Reichtums entgegengesetzt hatten, war der Bauernstand in ein ganz neues Licht gerückt, und weiten Kreisen galt es als ein Postulat ebensosehr der Moral wie der Kultur, daß der Unfreiheit der Bauern ein Ende gemacht werde. Aus Sorge aber vor einer Schädigung des Adels, sei es in wirtschaftlicher Hinsicht, sei es rücksichtlich seiner Autorität, verzichtete Friedrich auf die Durchführung des humanen Prinzips, zu dem er sich anfangs bekannt hatte, und überließ den Bauer seinem Schicksal.

Seine anfänglichen Pläne läßt die Instruktion erkennen, die er 1748 für das Generaldirektorium (S. 50) gab. Sie verfügte ganz allgemein möglichste Erleichterung der bäuerlichen Frondienste in der Weise, daß sämtliche ungemessenen Dienste in gemessene verwandelt werden und diese in keinem Fall mehr als höchstens vier Wochentage beanspruchen sollten. Doch machte schon die Ungleichheit der Verhältnisse in den einzelnen Provinzen ein so einheitliches Vorgehen unmöglich. Zudem stieß es auf heftigen Widerstand bei den adligen Gutsherren. Als nur der herrschende Brauch ermittelt werden sollte, erklärten sie, die bäuerlichen Dienste seien unentbehrlich: vielfach beruhe auf ihnen der Wert der Güter, und die ohne sie nutzenbringend zu bewirtschaften sei unmöglich. Das machte auf den König Eindruck: er befahl, möglichst schonend, „mit allem Menagement" vorzugehen und gab eigentlich schon damit die Sache verloren. Die Opposition war natürlich da am heftigsten, wo die Herren die größten Rechte genossen und daher auch durch die Reform am meisten zu verlieren hatten. In Hinterpommern waren die Bauern wirklich leibeigene Knechte geworden und mußten, zu ungemessenem Dienste verpflichtet, zur Zeit der Bestellung und der Ernte mit ihrer Arbeit und ihren Zugtieren täglich zur Verfügung des Herrn sein. Deshalb sollte die Minderung der Dienste durch eine entsprechende Minderung des dem Bauern überlassenen Landes kompensiert oder durch eine Geldzahlung an den Herrn erkauft werden. Und diesen Standpunkt vertraten, so weit sie Gutsbesitzer waren, des Königs eigene Minister. Daher wurde die Reform selbst auf den Domänen nur teilweise durchgeführt. Sonst dauerten die Mißstände fort

und natürlich auch die Klagen der Bauern. Friedrich aber konnte nichts weiter thun, als gelegentlich an besonders argen Bauernplackern ein Exempel statuieren, um die Herren von dem Mißbrauch ihrer Rechte abzuschrecken.

Erst der Notstand, den die Mißernte von 1771 und 1772 herbeiführte, bestimmte ihn die Sache nochmals im großen in die Hand zu nehmen. Ein Plan wurde entworfen zu einheitlicher Regulierung der bäuerlichen Arbeitsleistungen im ganzen Staate. Doch brachten die Ursachen des früheren Mißlingens das Vorhaben auch diesmal zum Scheitern. Das Mißverhältnis zwischen Theorie und Praxis und damit zwischen Wollen und Vermögen des Königs blieb unausgeglichen. Was nützte es, daß Friedrich für Pommern verfügte, „absolut und ohne alles Räsonnieren sollen alle Leibeigenschaften sowohl in königlichen, adligen als Stadteigentumsdörfern von Stund an gänzlich abgeschafft werden“, und daß er erklärte, „es sollen alle diejenigen, so sich dagegen opponieren, so viel möglich mit Güte, in deren Entstehung aber mit Force dahin gebracht werden, daß diese so festgesetzte Idee zum Nutzen der ganzen Provinz ins Werk gesetzt werde“: etwas Allgemeines und Durchgreifendes geschah nicht. Auch der König überzeugte sich, daß das geschichtlich Gewordene nicht mit einem Schlage beseitigt und ein im Herkommen von Menschenaltern wurzelnder Brauch nicht plötzlich durch ein System ersetzt werden könne, das von einem bestimmten Prinzip aus theoretisch konstruiert war. Das würde, bekannte er, für die Landwirtschaft ein tödlicher Streich sein. Denn füglich konnte der Adel doch für die Verkürzung seiner Einkünfte durch die Aufhebung oder Beschränkung der bäuerlichen Dienste nicht von Staats wegen entschädigt werden. So begnügte sich Friedrich schließlich damit, den zur Durchführung der Gemeinheitsteilung bestellten Kommissionen in ihren Bezirken auch die Aufsicht über die bäuerlichen Dienste aufzutragen, damit sie je nach den besonderen lokalen Verhältnissen die bessernde Hand daran legten. Er wollte eben alles vermeiden, was den Adel verstimmen konnte, und so ist seine Thätigkeit schließlich darauf beschränkt geblieben, daß er die Bauern gegen unrechte Gewalt schützte und die Gutsherren am

Mißbrauch und an willkürlicher Erweiterung ihrer Rechte hinderte.

Doch war auch das kein Geringes. Denn je schwerer die Bauern unter den Kriegen gelitten hatten, um so drückender empfanden sie die Härte, mit der die wirtschaftlich auch notleidenden Herrschaften die ihnen gebührenden Dienste und Leistungen beanspruchten. Klagen in Menge kamen an den König, der auf diese Dinge namentlich auf seinen Reisen ein wachsames Auge hatte. Körperliche Mißhandlung der Unterthanen traf harte Strafe. In diesem Punkte war den Amtskammern jede Nachsicht mit den Domänenpächtern verboten. Doch wich auch hier der alte rohe Brauch nur schwer höherer Gesittung. Um daher schon die Anlässe zu derartigen Ausschreitungen möglichst zu beseitigen, wollte Friedrich für jede Art von Vergehen der Dienstleute gegen die Herrschaft eine bestimmte Strafe angesetzt wissen: die Prügelstrafe, die er eines gesitteten Volkes überhaupt für unwürdig hielt, sollte gar nicht angewandt werden, wohl aber sollte Herrschaften, die dagegen fehlten, die Gerichtsbarkeit entzogen werden. Daß auch dabei wenig herauskam, schob er auf den Mangel an Eifer bei den Behörden. Selbst das Generaldirektorium wurde gelegentlich wegen seiner Lauheit hart getadelt, die der König geheimen Sympathien der Beamten mit den Gutsherrschaften schuld gab. Bei der litauischen Kammer ordnete er im Jahre 1777 eine Untersuchung darüber an, damit die Räte, die mit den Domänenpächtern Verbindung hätten, „fortgeschafft" würden. Da aber die meisten Konflikte derart immer daraus entsprangen, daß es an einer genauen, von beiden Teilen als verbindlich anerkannten Aufzeichnung der Rechte der Herren und der Pflichten der Dienstleute fehlte, wies er im September 1784 das Generaldirektorium an, alle ungemessenen Dienste auf gemessene zu setzen und diese dann durch eine Kommission schriftlich festlegen zu lassen, so daß aus den Urbarien sicher zu ersehen sei, was die Herrschaften zu fordern berechtigt und was die Unterthanen zu leisten verpflichtet seien. Das sei zwar, meinte er, eine weitläufige Arbeit und werde viel Zeit erfordern, sich aber auch lohnen durch den Nutzen, den es dem Lande bringen werde.

Da ergaben sich aber Schwierigkeiten anderer Art. Auf die Kunde von dem, was im Werke sei, wurden die Bauern namentlich in Schlesien unruhig: sie fürchteten noch mehr belastet zu werden. Sie aufzuklären, verfügte Friedrich im August 1785, es solle „eine recht deutliche Deklaration" abgefaßt werden, um den Leuten begreiflich zu machen, daß die Maßregel nur Streit zu hindern bestimmt sei. Auch die Geistlichkeit sollte in diesem Sinne auf die Bauern wirken. Doch war auch der Adel von der Sache nicht erbaut und bereitete ihr Schwierigkeiten, wie der König meinte, um bisher geübtes Unrecht in Geltung zu erhalten.

Dennoch wurde die Lage der Bauern unter Friedrich wesentlich gebessert, besonders durch die konsequente Durchführung der Separation, das heißt der Aufteilung der bisher gemeinsam benutzten Aecker und Weideländereien. Sie beseitigte eines der größten Hindernisse für das Erblühen der Landwirtschaft, indem sie die Bedingungen für den bäuerlichen Wirtschaftsbetrieb verbesserte. Bereits früher begonnen, war sie durch den Krieg in Stillstand gebracht, wurde aber gleich nach dem Frieden energisch aufgenommen und durch die persönliche Teilnahme des Königs wirksamst gefördert. Manche der dabei beobachteten Regeln gehen auf Friedrichs Anweisungen zurück, wie die 1769 ergangene Vorschrift, mitten durch jeden zu teilenden Distrikt solle ein breiter Weg gelegt werden, damit jeder Bauer bequem an das ihm zugewiesene Land gelangen könne. Doch galt es auch hier erst das Mißtrauen der Bauern zu beschwichtigen, die übervorteilt zu werden fürchteten. Dazu ließ er „ein ganz platt Büchelchen" über den Nutzen der Teilung verfassen. Das sollte jeder Bauer für wenige Pfennige kaufen können; auch sollte es in Städten und Dörfern verteilt werden. Denn er war nicht gewillt, auf das Widerstreben der Bauern, das er ihrer Dummheit zuschrieb, Rücksicht zu nehmen. Unrecht sollte ihnen nicht geschehen, im übrigen aber die Sache durchgesetzt werden, „und wenn sie bis zum jüngsten Tage schrieen". Nur ging es ihm damit viel zu langsam, und Verzögerungen, welche die Verhältnisse veranlaßten, gab er gern den Beamten schuld, war auch stets geneigt, jede Klage der Bauern als begründet

anzunehmen und auf Ungerechtigkeit oder Ungeschicklichkeit der Beamten zu schieben. Unermüdlich auf Vervollkommnung des Separationsverfahrens bedacht, gab er ihm im wesentlichen die Gestalt, die es bis auf die Gegenwart behalten hat.

Selbstzweck aber im Sinne der Physiokraten war die Besserung der Lage der Bauern für Friedrichs Agrarpolitik nicht. Wie er den Adel vor anderen Ständen bevorzugte, weil ihn der Staat in Heer und Verwaltung nicht entbehren konnte, so stand seine Agrarpolitik im Dienste der Landesmelioration, durch die er die Mittel des Staates unausgesetzt zu mehren bemüht war. Auch hatte er da glänzende Erfolge aufzuweisen, und die Küstriner Lehrzeit und seines Vaters Vorbild waren nicht vergeblich gewesen. So lästig er damals die aufgezwungene Arbeit empfunden und so sehr er sich bloß äußerlich mit ihr abzufinden gesucht hatte: er verdankte ihr doch den Einblick in die engen und kleinen Verhältnisse des wirtschaftlichen Alltagslebens, der ihn nun befähigte, auch von der Höhe des Thrones über die Masse des Kleinen und Einzelnen doch das große Ganze nicht zu übersehen. So hat er besonders auf diesem Gebiete nicht bloß mächtige Impulse gegeben und der Entwickelung hohe Ziele gesteckt, sondern auch das Einzelne mit Sachkennerschaft geleitet. Wirtschaftlichen Großthaten, wie der Trockenlegung des Oderbruchs, in dem er sich rühmen durfte, ein Fürstentum erobert zu haben, ohne Soldaten darin halten zu müssen, und des Netze- und Warthebruchs, der Gewinnung des alten Sumpflandes an Rhin und Dosse und des Drömling für Ackerbau und Wiesen- und Waldwirtschaft geht zur Seite eine lange Reihe minder umfangreicher, aber nicht minder verdienstvoller Unternehmungen ähnlicher Art in allen Provinzen. Im Jahre 1774 wurde nach eingehenden Vorarbeiten ein allgemeiner Meliorationsplan für ganz Preußen entworfen. Zur Gewinnung von Acker- und Wiesenland oder zur Besserung der Bodenverhältnisse sollten die Flüsse in Kanäle gelegt, die größeren bewallt, sumpfige oder Ueberschwemmungen ausgesetzte Gegenden trocken gelegt und der Flugsand gebändigt werden. Als Ideal schwebte es ihm vor, daß kein Fleck Erde ungenutzt bliebe. Auf Reisen, bei Manövern, selbst im Kriege prüfte er

dabei das Kleinste nicht entging, lehrt unter anderem seine Anordnung, die Leute, welche die Lumpen zur Papierfabrikation einsammelten, sollten Schwamm mit sich führen, um jedermann zu zeigen, wie gut damit Feuer zu machen sei, damit nicht mehr so viel Lumpen zu Zunder verbraucht würden. Wollte er so auch das Wertloseste nicht ungenutzt umkommen lassen, so dachte er natürlich erst recht nicht daran, einen industriellen Betrieb auf Kosten des anderen zu begünstigen oder, wie er es einmal ausdrückte, „Peter auszuziehen, um Paul zu bekleiden". Auch die Provinzen suchte er in dieser Hinsicht unabhängig voneinander zu machen und ihnen die gleichen Bedingungen wirtschaftlichen Gedeihens zu sichern. Die Preise z. B. der Ziegel in Preußen auf den in der Potsdamer Gegend üblichen niedrigen Stand herabzudrücken, bezeichnete er noch am 1. August 1786 ein paar ihm früher bekannt gewordene Stellen, wo dort mit Nutzen Ziegeleien angelegt werden könnten, die es bei jeder kleinen Stadt geben müsse. Auch das Kleingewerbe wollte er vom Auslande emanzipieren. Einmal befiehlt er die Anfertigung kleiner bunter Spiegel, wie sie von Nürnberg in den Handel gebracht wurden, das andere Mal kleiner Heiligenbilder für die katholische Bevölkerung, wobei die besonders beliebten Heiligen besonders zu berücksichtigen seien. Auch Oblaten wünscht er im Lande hergestellt zu sehen. Und dann wieder dringt er auf die Einrichtung von Seifensiedereien, die Einführung der Uhrenfabrikation von Neuschatel her, für die Rußland, Dänemark und Schweden als Absatzgebiet zu gewinnen sein möchten. Doch vernachlässigte er darüber nicht die Steigerung der Ertragsfähigkeit der natürlichen Hilfsquellen des eigenen Landes. Der bisher kümmerliche Bergbau gewann hohe Bedeutung, und der reichere Ertrag an Eisen, Blei und Kupfer ermöglichte die Entstehung einer rasch erblühenden Metallwarenindustrie. Auch der damals in England gemachte erste Versuch zum Ersatz der Menschenkraft durch Dampf entging Friedrichs Aufmerksamkeit nicht: eine in England konstruierte Maschine zum Auspumpen des Wassers aus Kohlengruben wurde das Vorbild, nach dem unter mancherlei Verbesserungen ähnliche angefertigt und im Bergwerksbetriebe verwendet wurden.

Trotz alledem aber behielt die preußische Industrie unter Friedrich doch etwas von der Treibhauspflanze. Denn nur zu einem kleinen Teil entsprang sie wirtschaftlichen Bedürfnissen: in der Hauptsache wurzelte sie in sorgsam zurecht gemachtem und gegen störende Einflüsse geschütztem Boden, entrückt dem kräftigenden Winde und Wetter der Konkurrenz, ohne die keine Industrie lebenskräftig werden kann. Auch hat Friedrich, entgegen dem Grundsatz, man dürfe Peter nicht ausziehen, um Paul zu bekleiden (S. 222), zum Vorteil von Industrien, deren wirtschaftliche Bedeutung er überschätzte, Erwerbszweige beeinträchtigt, die für die Erzeugung soliden Nationalreichtums unentbehrlich waren. Das der Industrie wegen durchgeführte strenge Schutzzollsystem hinderte nicht bloß den Handel, sondern schädigte durch Erschwerung des Verkehrs die Industrie selbst und auch die Landwirtschaft. Daß Handel und Verkehr sich nicht reglementieren lassen und ohne Freiheit nicht gedeihen können, ließ er nicht gelten. Daher trugen auch von den Schöpfungen seiner Wirtschaftspolitik so viele den Keim des Verfalls in sich: gewöhnt weniger auf eigene Kraft als auf die Hilfe des Staates zu bauen, mußten sie mit dessen Rückgang oder Wegfall den Boden unter sich wanken fühlen.

Fast auf allen Gebieten ist so der ideale Flug, zu dem Friedrich sich im Anfang seiner Regierung aufschwang, durch das Schwergewicht der gegebenen Verhältnisse gelähmt worden. Seine Ideale in sich verschließend, hat er alle Kraft einsetzen müssen, um den Anforderungen des politischen Alltagslebens zu genügen. So wurde er ein Bekenner des einfachen Nützlichkeitsprinzips, dem er, ganz aufgehend in der übernommenen Pflicht, sich dienstbar machte. Gebieten, die ihrer Natur nach so nicht wohl behandelt werden konnten, wandte er daher auch nur beschränkte Thätigkeit zu. Das gilt besonders von dem geistigen Leben. Der aristokratische und zugleich französische Grundzug seines Wesens offenbart sich da in der Art, wie er geistige Interessen eigentlich nur bei den gesellschaftlich höher stehenden voraussetzte. Während er, ohne selbst Dichter zu sein oder als solcher gelten zu wollen, die Poesie doch mit Eifer pflegte, um trotz des Andranges der heterogensten Geschäfte

seine Gedanken zu sammeln, zu klären und geordnet zu entwickeln, setzte er bei anderen ein solches Bedürfnis weder voraus, noch versuchte er es zu erwecken. Für das geistige Leben seines Volkes hat er daher wenig gethan. An die Verwirklichung des großen Gedankens, aus dem das General-Land-Schul-Reglement von 1763 (S. 145) entsprungen war, ist doch nur hier und da Hand angelegt worden. Die Volksschule blieb weit hinter den Aufgaben zurück, die zu lösen sie danach berufen und befähigt sein sollte. Das verschuldete zum Teil die Knappheit der Mittel, welche die Gewinnung eines ausreichend starken und gehörig vorgebildeten Lehrerstandes hinderte. Deshalb blieben auch die schönen Entwürfe unausgeführt, mit denen der geniale Minister v. Zedlitz sich trug, der als Leiter des geistlichen Departements das lutherische Kirchen- und Schulwesen unter sich hatte. Im Anschluß an die gesellschaftliche Gliederung des Volks das gesamte Unterrichtswesen neu zu gestalten, wollte er in der Volksschule den alles tragenden Unterbau schaffen. Darüber sollte sich die Bürgerschule erheben als Bildungsstätte für den auf die bürgerlichen Berufsarten gerichteten Mittelstand, während die Gymnasien der Vorbildung für den höheren Staatsdienst und die gelehrten Berufe dienten. Besondere Teilnahme erwies Zedlitz den Universitäten, denen der König in seinem Vorurteil gegen die zopfige deutsche Gelehrsamkeit fremd blieb. Bekannt ist die verständnisvolle Verehrung des Ministers für den großen Königsberger Philosophen, dessen Schülern auch in der Ferne sich anzureihen er kein Bedenken trug.

So hat Friedrich mit dem neuen geistigen Leben, das durch seine Thaten in Deutschland angeregt wurde, keine Gemeinschaft gehabt: er stand ihm teils zweifelnd, teils gleichgültig gegenüber. Wie er insbesondere zu der erwachenden deutschen Litteratur ein Verhältnis weder gewinnen konnte noch wollte, ist bekannt. Wenn er in seiner vielumstrittenen Abhandlung „De la littérature allemande“ ihr eine Zukunft nicht abspricht, sondern sie als entwickelungsfähig anerkennt, so bestimmte ihn dazu wohl mehr der Glaube an Deutschlands politische Zukunft als litterarische und ästhetische Ueberzeugung. Denn ein poli-

tisches, aber nicht litterarisches Zukunftsprogramm entwarf er gegen Ende der Abhandlung mit den berühmten Worten: „Auch wir werden unsere Klassiker haben; von ihnen zu gewinnen, wird jeder sie lesen wollen; unsere Nachbarn werden deutsch lernen, die Höfe es mit Vergnügen sprechen, und es kann kommen, daß unsere Sprache, verfeinert und vervollkommnet, sich zum Vorteil unserer guten Schriftsteller von einem Ende Europas zum anderen ausbreitet. Noch sind diese schönen Tage unserer Litteratur nicht gekommen. Aber sie nähern sich, ich verkündige sie; sie werden demnächst erscheinen. Ich freilich werde sie nicht mehr sehen. Das zu hoffen erlaubt mir mein Alter nicht. Aber ich bin wie Moses: aus der Ferne sehe ich das gelobte Land, wenn ich es auch nicht mehr betreten werde.“ Schon mit der deutschen Sprache stand er auf einem zu gespannten Fuße, um mit der Litteratur, die sich ihrer bediente, wirklich Fühlung zu gewinnen. Diesen undeutschen Zug rügte Klopstock bitter an dem von ihm sonst hochverehrten König. Kann man dem Sänger des Messias das zum Vorwurf machen? Auch andere verletzte der Kontrast zwischen dem Stolz des deutschen Volkes auf den Sieger von Roßbach und dessen fast demonstrativer Abwendung von dem nationalen Geistesleben, die entweder jenen als unberechtigt oder diese als Untreue gegen sich selbst erscheinen ließ. Freilich hat die deutsche Litteratur davon keinen Schaden gehabt, doch gab das Friedrich nicht das Recht, hinterher seine Haltung als auf die Wirkung berechnet darzustellen, die thatsächlich eintrat, wie er that, wenn er nachmals Mirabeau gegenüber es sich zum Verdienst anrechnete, daß er das Geistesleben der Deutschen nicht bestimmend beeinflußt, sondern seine eigenen Wege habe gehen lassen. Damit, meinte er, habe er ihnen mehr gegeben, als wenn er ihnen eine Litteratur geschaffen hätte. Leider hat er nicht gesagt, wie er das denn zu machen gedacht hätte. Daß er aber die Fähigkeit dazu bei sich voraussetzte, ist charakteristisch für seine Vorstellung von den in der Litteratur eines Volkes wirksamen Kräften. Meinte er auch das geistige Leben kommandieren zu können?

Nur als Mangel an Vaterlandsliebe soll man dem König

die Abkehr von der deutschen Litteratur nicht anrechnen, wie es E. M. Arndt gethan hat. Denn der Begriff des Vaterlandes war dem Deutschen jener Zeit fremd. Auch für Friedrich war das Vaterland nur der Staat, den er regierte und siegreich gegen eine Welt in Waffen verteidigt hatte. An dem modernen Vaterlandsbegriff gemessen, wie er sich, allmählich erstarkend, der Köpfe und der Herzen der Deutschen bemächtigte, würde Friedrichs Politik nicht bloß der deutschen Litteratur gegenüber undeutsch erscheinen. Verkörpert aber sah er dieses Vaterland nicht in dem preußischen Volke, sondern in dem Zivil- und Militärstaat, die in ihm selbst zusammenflossen und gipfelten. Auch für ihn galt, freilich in einem höheren Sinn, Ludwigs XIV. L'état c'est moi. Im großen wie im kleinen wollte er die entscheidende Instanz sein, selbst den staatlichen Autoritäten gegenüber, die zur Erfüllung ihres Berufes der Unabhängigkeit von jedem Einfluß bedurften. Auch gegen ihre Ueberzeugung sollten sie sich seiner, wie er meinte, stets überlegenen Einsicht beugen. Sogar in dem Gebiet der Rechtspflege erhob er diesen Anspruch. Bemüht, die Begehung irgend welchen Unrechts auf die Autorität des Staates hin unmöglich zu machen, stellte er gelegentlich selbst die Fundamente alles Rechts in Frage.

Gleich im Beginn seiner Regierung hatte er die absolute Trennung von Rechtspflege und Verwaltung proklamiert (S. 5). Ihre konsequente Durchführung erzeugte jenen festen Glauben an die unbeirrbare Gerechtigkeit der preußischen Richter, die auch dem gemeinen Mann sein Recht verbürge. Damit war das hohe Ziel erreicht, das sich Cocceji (gest. 4. Oktober 1755) gesteckt hatte. Doch fehlte es in der Folge auch hier nicht an Schwankungen. Gegen nichts aber war Friedrich in seiner mit dem Alter zunehmenden Reizbarkeit empfindlicher als gegen vermeintliche Versäumnis auf diesem Gebiete. Der bekannteste und charakteristischste Fall derart knüpft an den Müller Arnoldschen Prozeß an, der zu dem jähen Sturz des Großkanzlers v. Fürst führte.

Von Friedrich vielfach ausgezeichnet, war v. Fürst 1763 mit erst 46 Jahren geheimer Staats- und Justizminister, 1770 Großkanzler geworden. Als solcher enttäuschte er jedoch des

Königs Erwartungen. Ihm fehlte die Energie, mit der Cocceji den Mängeln im Prozeßwesen, den Uebergriffen der Beamten und unerlaubter Begünstigung Vornehmer entgegengetreten war. Gelegentliche Rügen besserten nichts. Die radikalen Reformen blieben aus, die der König daraufhin erwartete. Das verstimmte diesen: in seiner mißtrauischen und nörgelnden Art sah er hinfort in der Rechtspflege vor allem die Mängel und machte für sie ihren Chef persönlich verantwortlich. Daß Fürst sie zu entschuldigen oder zu vertuschen versuchte, erbitterte ihn vollends. Das war nicht sein Mann: er beschloß ihn bei erster Gelegenheit zu beseitigen, zumal er bereits einen Ersatz nach seinem Sinn zur Hand hatte. Wie einst gegen Detlef v. Arnim, den Vertreter des alten Schlendrian, in einer Art von persönlichem Kampf Cocceji in die Höhe gekommen war (S. 53), so bot sich dem König jetzt in dem Chef der schlesischen Justiz, Freiherrn v. Carmer (geb. 29. Dezember 1721, gest. 1801), ein Gehilfe dar, wie er ihn geeigneter für die Verwirklichung seiner Absichten nicht finden konnte. Ein Entwurf zur Reform des Prozeßwesens, den dieser im Sommer 1774 vorlegte, machte auf den König um so tieferen Eindruck, als Carmers jugendliche Kraft und zuversichtliche Energie den Erfolg zu verbürgen schienen. Daß Fürst und der Kammergerichtspräsident v. Rebeur ihn mißbilligten, bestärkte Friedrich in dem Verdacht, der sich gegen den Großkanzler in ihm regte. Er schlug einen schärferen Ton gegen ihn an: die Justiz fange schon wieder an einzuschlafen, schrieb er ihm im Frühjahr 1775. Dennoch ließ Fürst alles gehen wie bisher, arbeitete auch nicht dem wachsenden Einfluß v. Carmers durch ernstliche Reformen entgegen, während dieser im Herbst 1775 neue Vorschläge einreichte, über die der König mit beiden im Januar 1776 verhandelte.

Nun kamen dem Könige während des Aufenthalts in Pommern im Juni 1776 wieder Klagen über Mißstände in der Rechtspflege zu Ohren. Besonders empörte ihn, daß die Advokaten, denen er stets das Uebelste zutraute, die Gläubiger der adligen Gutsbesitzer zur Kündigung der geliehenen Kapitalien aufstacheln sollten. „Das müßt Ihr sofort abstellen,“ schrieb er Fürst, „oder wir werden Unfreunde und ich werde müssen

andere Mesuren nehmen.“ Den Großkanzler persönlich machte er verantwortlich für die angeblichen „ganz unerlaubten Streiche der Advokaten“, die sein Bemühen, den adligen Gutsbesitzern wirtschaftlich zu helfen, „contrecarrierten“ und seine „Ideen vereitelten“: bei der Justiz müsse eine bessere Ordnung gestiftet werden, der Mangel daran fange schon an Wohlstand und Gedeihen des Landes zu gefährden. Was jener an Visitationen der Gerichte, Kontrolle der oberen Behörden und eigener Prüfung schwieriger Fälle leistete, genügte ihm nicht. Hier und da sollten die Mängel der Rechtspflege zu Bedrückungen der Unterthanen führen. Das bestärkte den König in der Meinung, das Recht werde durch formalistische Handhabung zu gunsten der Reichen und Mächtigen gebeugt, der Arme und Schwache komme zu kurz, weil nicht nach Recht und Billigkeit entschieden werde.

Diesem Wetterleuchten der königlichen Ungnade folgte die donnernde Entladung aus Anlaß des Müller Arnoldschen Prozesses. Sein Held war wegen rückständiger Abgaben von seinem Gutsherrn, dem Landrat v. Gersdorf in Pommerzig, bei der Küstriner Kammer verklagt und wie erst von dem Fiskal, so von dieser verurteilt, nachdem seine Gegenklage, der Herr habe durch Anlegung eines Fischteiches die Mühle entwertet, als unbegründet abgewiesen war. Petitionierend, Beschwerde führend wandte er sich an den König. In seiner gereizten Stimmung griff dieser die Sache eifrig auf. Den Oberst v. Heuking zu Krossen beauftragte er mit ihrer Prüfung. Dessen Bericht fiel zu gunsten des Müllers aus: stammte er doch aus der Feder seines Auditeurs, der, ehemals Advokat, von der Küstriner Kammer seines Amtes entsetzt war und auf Rache dafür sann. Der Prozeß kam an das Kammergericht: das Urteil wurde bestätigt. Auf Arnolds Beschwerde verlangte der König seine ausführliche Begründung. Der Kammergerichtspräsident v. Rebeur aber wiederholte es einfach unter Berufung auf die Vorschrift, auch durch königliche Kabinettsordres sollten sich die Richter nicht beeinflussen lassen. Das war mindestens unklug. Unklug war es auch von Fürst, daß er das zuließ. Des Königs Zorn zu steigern, liefen nun auch noch aus Kleve Beschwerden ein wegen eines seit zwei Menschenaltern schweben-

den Prozesses. Auch diese „höchst strafbare Verschleppung" wurde Fürst schuld gegeben. Der König war außer sich über so „ganz offenbare und unverantwortliche Unordnungen". Kein Prozeß dürfe länger als höchstens ein Jahr dauern. Sofort müsse Abhilfe geschafft werden: „widrigenfalls werdet Ihr mit mir Händel kriegen. Wonach Ihr Euch zu richten." Die an dem Arnoldschen Prozesse beteiligten Kammergerichtsräte aber wurden samt dem Großkanzler auf den 11. Dezember vor den König beschieden. Von der Gicht geplagt und doppelt reizbar, hielt er ihnen die angebliche Ungerechtigkeit ihres Urteils vor. Als er dabei das Gericht irrig als Tribunal bezeichnete und Fürst ihn berichtigte, das Kammergericht sei mit der Sache befaßt gewesen, brach er wütend los: „Marsch, seine Stelle ist schon vergeben!" Er hatte also auf diesen Moment gewartet und den Nachfolger bereits zur Hand: noch an demselben Tage wurde Carmer nach Berlin befohlen. Die Kammergerichtsräte aber, die in der Müller Arnoldschen Sache geurteilt hatten, wurden abgesetzt und wanderten auf ein Jahr auf die Festung. Auch der Präsident der Küstriner Kammer verlor sein Amt. Der Müller aber wurde schadlos gehalten.

Der Vorgang machte ungeheures Aufsehen. Diese Art von Kabinettsjustiz war in Preußen unerhört. Das Urteil darüber fiel freilich verschieden aus. Das Beamtentum war außer sich. Die höheren Kreise der Residenz teilten seine Entrüstung. Unter des Königs Augen fuhr man am nächsten Tage bei Fürst vor, um ihm seine Teilnahme zu bezeugen. War es, fragte man sich, solcher Willkür gegenüber noch möglich, seinem Amte nach Pflicht und Gewissen vorzustehen? Konnten Regierungskollegien oder einzelne Räte noch wagen in einer Sache zu verfügen, bei der Unterthanen im Spiele waren? Mußte nicht entweder alles liegen gelassen oder auch in der ungerechtesten Sache den Unterthanen gewillfahrt werden? Denn schon bekam man auf einen ungünstigen Spruch von diesen die Drohung zu hören: Wir gehen zum König! „Gott weiß," so klagt der in ähnliche Verlegenheit geratene und ähnlich bedrohte Magdeburger Kammerpräsident, „jeder rechtschaffene Patriot muß wünschen, daß diese Epoche nur erst überstanden." Heller Jubel

herrschte dagegen beim gemeinen Mann, namentlich den bäuerlichen Unterthanen. Unter den Fenstern des Schlosses strömten sie nächster Tage zusammen, um dem freudig begrüßten König Bittschriften zu überreichen.

Aehnlich verschieden urteilt auch die Nachwelt. Während die einen in des Königs Eingreifen einen Akt der Willkür und einen Ausbruch despotischer Laune sehen, meinen die anderen, daß er nie größer gewesen sei als in jenem Augenblick. Das Richtige treffen beide nicht. Wohl waren die letzten Beweggründe Friedrichs die edelsten, und er wollte das Beste. Dennoch bleibt die That eine schreiende Ungerechtigkeit, mögen auch das Ungeschick und die Unbedachtsamkeit, womit die beteiligten Beamten dem gereizten König begegneten, diesen einigermaßen entschuldigen. Erschwerend fällt andererseits in die Wagschale, daß es sich Fürst gegenüber nicht um einen plötzlichen Ausbruch handelte, sondern um die Ausführung eines längst gefaßten Beschlusses. Danach scheint es sich für den König nicht sowohl um die Sache gehandelt zu haben, als um das, wozu sie sich benutzen ließ. Darin liegt eine gewisse Hinterhaltigkeit und Falschheit. Freilich kam für ihn auch ein großes Prinzip in Frage. Gegenüber dem formalen Recht, das nach seiner Meinung die Reichen und Mächtigen begünstigte, berief er sich als Anwalt der Armen und Schwachen auf Recht und Billigkeit. Jedenfalls offenbarte sich in diesem Falle, wie stark auch in ihm der Despot war. In der besten Absicht machte er sich aus einer vorgefaßten Meinung der schreiendsten Ungerechtigkeit schuldig und trug zur Verschärfung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Gegensätze bei, die er für das Gedeihen seines Staates möglichst beglichen zu sehen wünschen mußte.

War Fürst auch nicht der Mann, wie Friedrich ihn damals brauchte, seine langjährigen Dienste hätten ihn vor einer solchen Behandlung schützen sollen. Sie wird auch dadurch nicht entschuldigt, daß seinen Platz ein Mann einnahm, wie er dafür geeigneter nicht gefunden werden konnte. Alles, was der alte König in der Sorge, abgerufen zu werden, ehe er auch hier wenigstens einen festen Unterbau geschaffen, noch für die Reform der preußischen Justiz geleistet hat, knüpft sich an die Namen

v. Carmers und seines genialen Gehilfen Svarez (geb. 27. Februar 1746, gest. 14. Mai 1798). Von den Gesichtspunkten aus, die Friedrich selbst als die leitenden angegeben, gingen diese beiden Männer, unterstützt von in der Paxis bewährten richterlichen Beamten, an die Ausarbeitung eines einheitlichen Rechtsbuches für den preußischen Staat. Die erste Frucht war eine neue Prozeßordnung, die als erstes Buch des Corpus juris Fridericianum im Frühjahr 1782 erschien, unter Friedrich selbst aber eine Fortsetzung nicht mehr fand. Doch hat der fridericianische Geist auch die weitere Arbeit beherrscht: dem sinkenden Staate rettenden Halt zu geben, kam sie zu spät; wohl aber konnte sie für den künftigen Neubau den Grundriß vorzeichnen.

Neben dem Landesvater und Gesetzgeber aber tritt in Friedrichs Walten auch in diesen letzten Jahren durchaus der Soldat hervor. Hatte er ursprünglich besondere Neigung zu militärischer Thätigkeit nicht gehabt, so kannte er doch auch hier seine Pflicht. Und das erste Gebot der Politik blieb für Preußen die Erhaltung und Verbesserung seiner Wehrhaftigkeit. Gerade hier fühlte sich der König daher besonders verantwortlich. Trotz der zunehmenden Gebrechen des Alters blieb Friedrich der unermüdliche Bildner und Lehrmeister seines Heeres. Aber auch da war er vereinsamt und deshalb mehr Autorität, unbedingter an sich glaubende und unbedingter maßgebende Autorität als im Interesse der Vervollkommnung der Armee zu wünschen war. Das brachte einen Schematismus zur Herrschaft, der das unveränderte Festhalten der einmal als normal anerkannten Form höher schätzte als die Bereicherung, Vertiefung und lebensvolle Ausgestaltung des Inhalts. Dem leistete die lange Friedenszeit Vorschub. Trotzdem erhob die Armee auf den früher gewonnenen Ruhm hin dem Bürgertum gegenüber hohe Ansprüche, unterstützt durch den König selbst, der Adlige und Offiziere für Unterthanen höherer Art hielt. Aber auch von ihnen verlangte er nicht Rat, sondern nur strikte Ausführung seiner Befehle und peinlich genaue Einhaltung der Reglements. Das ertötete allmählich jede eigene Initiative: auch hier gewöhnte man sich daran, alle Anregung von oben zu erwarten, und ging ohne sie gedankenlos in dem alten Geleise weiter. Die

Folge war die zunehmende Ueberschätzung der kleinen Dinge des Dienstes, der an Strenge nichts verlor. Schon der bayrische Erbfolgekrieg hatte einen Rückgang in der Leistungsfähigkeit der Armee erkennen lassen: schmerzlich vermißte der König bei den Generalen die Selbständigkeit des Handelns. Damit wurde es in den letzten Jahren seiner Regierung natürlich nicht besser. Was mußte dann vollends der Hingang des königlichen Feldherrn bedeuten, der allein schon als Verkörperung von Preußens größter Zeit eine Macht war, für die es keinen Ersatz gab, am wenigsten in der Stärke des Heeres, so hoch er sie gesteigert haben mochte. Von rund 83 000 Mann, die er von dem Vater überkommen, hatte er sie schließlich auf etwa 200 000 gebracht. Davon waren etwas über 67 000 Mann den größten Teil des Jahres beurlaubt. Abzuziehen sind ferner die sogenannten Freiwächter, das heißt die von den Hauptleuten zum Betrieb eines Handwerks oder eines kleinen Handels innerhalb der Garnison Beurlaubten, deren Zahl, freilich ohne sicheren Anhalt, auf 45 000 veranschlagt worden ist, so daß etwa 133 000 Mann dauernd Dienst thaten. Demnach betrug die preußische Armee damals in Kriegsstärke 3½ Prozent der Bevölkerung, auf dem Friedensfuße 2¼ Prozent, das heißt mehr als das Doppelte der verfassungsmäßigen Friedensstärke des deutschen Reichsheeres unserer Tage. —

IV. Friedrich der Große und seine Zeit.

Vereinsamt und freudlos, trotz aller Erfolge von dem Erreichten nicht befriedigt, seinem Volke entfremdet und mit Verachtung auf die „verdammte Rasse" herabblickend, die, von Natur zum Bösen geneigt, ihm unfähig erschien zu der ihr zugedachten höheren Entwickelung, dennoch in mißtrauischer Unruhe Beamte und Gehilfen vorwärts treibend und darauf bedacht, die ihm noch vergönnte Spanne Zeit auszunutzen, dabei von zunehmenden körperlichen Leiden geplagt — die langsam fortschreitende Wassersucht veranlaßte eine Schwellung, die dem Blick des Besuchers durch bis an die Brust heraufgezogene Kissen notdürftig verdeckt wurde —: so hat Friedrich der Große den Abend seines thatenreichen Lebens verbracht, unverbrüchlich treu in der Erfüllung seiner Pflicht, aber ohne das beglückende Gefühl, das sonst daraus zu entspringen pflegt.

Zum letztenmal wohnte er im Sommer 1785 in Schlesien den Manövern bei und setzte sich rücksichtslos Wind und Wetter aus. Seitdem verschlechterte sich sein Zustand. Aber seine Vielgeschäftigkeit wuchs. Statt um sechs mußten die Kabinettssekretäre jetzt schon um vier Uhr früh bei ihm erscheinen. Denn es galt die Zeit zu benutzen: sie gehöre, meinte er, nicht ihm, sondern dem Staate. Trotz schlafloser Nächte, die er quälender Atemnot wegen im Lehnstuhl verbrachte, blieb seine Geistesfrische ungemindert, und die Antworten, die er auf die abends zuvor durchgesehenen Depeschen der Gesandten und Berichte der Minister und Generale diktierte, fielen nach Inhalt und Form so aus, daß die Kabinettssekretäre meist nur noch die Formalien und das Datum hinzuzufügen brauchten, obgleich er daneben Anweisung erteilte für die Beantwortung der massenhaft eingehenden Briefe, Anträge und Bittschriften von Privatpersonen.

Dann folgte die Erledigung der täglichen militärischen Obliegenheiten. Der Nachmittag gehörte der Unterzeichnung der auf das Genaueste geprüften Ausfertigung der des Morgens diktierten oder skizzierten Depeschen und Briefe. Täglich triumphierte so die Energie eines eisernen Willens von neuem über die Schwäche eines der Auflösung entgegengehenden Körpers. Noch aber trug sich Friedrich mit weitausschauenden Plänen, namentlich für Hebung der Landwirtschaft durch Gründung neuer Dörfer auf der Kultur gewonnenem Sandboden, zur besseren Anleitung der Bauernsöhne für ihren Beruf und anderes mehr; auch erwog er bereits mit den Ministern die Kulturarbeiten, welche im nächsten Jahre vorgenommen werden sollten. Seinen Adjutanten diktierte er noch die Dispositionen für die Manöver, die demnächst in Schlesien stattfinden sollten. Das ging so bis zum 15. August. Da erlosch das bisher immer wieder aufflackernde Lebenslicht schnell. Als er am Morgen des 16. August aus röchelndem Schlafe erwachte, war er unfähig zu der gewohnten Thätigkeit. Des Wortes nicht mehr mächtig, konnte er auch die Parole nicht mehr ausgeben. Mit einem klagenden Blick sank er in die Polster des Lehnsessels zurück. Der Tag brachte keine Aenderung. Um Mitternacht steigerte sich die Atemnot, das Röcheln nahm zu: zwanzig Minuten nach zwei Uhr trat der Tod ein.

Welchen Eindruck machte die Kunde davon auf die Welt? Wie stellte sich seine Zeit zu dem großen Toten, und wie hatte sie zu dem Lebenden gestanden?

Es liegt in der Natur der Dinge und entspricht der Art, wie das menschliche Urteil auch den größten Erscheinungen gegenüber immer durch nebensächliche Momente befangen wird, daß unter einer Regierung wie der Friedrichs die ihrer scharf ausgeprägten Eigenart entspringenden Mißstände von den Zeitgenossen, namentlich innerhalb des eigenen Volkes, lebhafter empfunden werden als die großen und glänzenden Seiten und der daraus hervorgehende bleibende Gewinn. Das war hier um so mehr der Fall, als zwischen Friedrich und weiten Kreisen seines Volkes seit Jahren eine Entfremdung bestand und beiderseits fast geflissentlich genährt wurde. Wenn zur Zeit des Müller

Arnoldschen Prozesses der Magdeburger Kammerpräsident seinem gepreßten Herzen in dem Worte Luft machte, jeder rechtschaffene Patriot könne nur wünschen, daß diese Epoche möglichst bald überstanden sei (S. 229), so stand er damit nicht allein: vielfach wurde ein Thronwechsel in der Stille herbeigesehnt und daher das Ende Friedrichs wie eine Erlösung fast freudig begrüßt. Besonders verletzend trat dieser häßliche Zug in der Hauptstadt zu Tage. Wohl wahrte man äußerlich den Anstand: von Trauer aber war nichts zu spüren. „Alles," schreibt Mirabeau, der mit Entrüstung Zeuge davon war, „ging seinen Geschäften nach, doch war niemand betrübt: nicht ein Bedauern, nicht einen Seufzer, nicht ein Lob bekam man zu hören. Das also," ruft er aus, „ist das Ergebnis von so vielen gewonnenen Schlachten, bei so viel Ruhm und einer Regierung von einem halben Jahrhundert, die von so viel großen Thaten erfüllt ist! Bis zum Abscheu war man ihrer überdrüssig." Entsprach das aber nicht vollkommen dem Eindruck, den bereits acht Jahre früher Goethe bei einem Besuch in Berlin von der Stimmung des Volkes gegen den König empfangen hatte, als er hören mußte, wie über den großen Menschen „sein eigenes Lumpengesindel räsonnierte"? Es ging hier eben wie so oft. Ueber die kleinen, aber täglich wie Nadelstiche empfundenen Mißstände, die Friedrichs Herrschaft namentlich während der letzten Jahre mit sich gebracht hatte, vergaß man die Fülle des Segens, die von ihr ausgegangen und einst mit jubelndem Danke begrüßt worden war.

Anders urteilten die ferner Stehenden, die unbeirrt durch störende Einzelnheiten das Gesamtbild dieser Regierung zu erfassen suchten. Wenn freilich Joseph II. auf die Nachricht von Friedrichs Tod Kaunitz gegenüber zwar die epochemachende Bedeutung hervorhob, die der Verstorbene in der Geschichte der Kriegskunst erlangt habe, aber bedauerte, daß er nicht dreißig Jahre früher gestorben sei, wo das für Oesterreich ein Gewinn gewesen wäre, so zeigte er in einer Weise, die ihm selbst nicht zur Ehre gereichte, wie völlig auch er kleinlichen Sinnes in den alten habsburgischen Antipathien befangen blieb. Dagegen sprach es der Schweizer Johannes Müller offen aus, wenige nur

werde es in der Geschichte aller Jahrhunderte geben, die Friedrich als Krieger, Staatsmann und Feldherr verglichen werden können. Größer noch faßt ihn von seinem universalhistorischen Standpunkte aus Herder auf. Für ihn war in dem König ein großer Genius von der Erde geschieden, und Freunde und Feinde seines Ruhms standen von Rührung ergriffen, weil sie des Glaubens gewesen, wie sein Ruhm werde auch seine irdische Hülle unsterblich sein. Am größten aber faßte ihn doch Goethe auf, wenn er ihn dem im hohen Norden leuchtenden Polarstern verglich, um den sich Deutschland, Europa, ja die Welt zu drehen scheine. Wenn er aber hinzufügt, in Friedrichs Siegen und seinem Ausharren habe die Zukunft des deutschen Vaterlandes gelegen, so wird das im Geiste der Zeit, auf die es sich bezieht, so gut wie in dem derjenigen, da es geschrieben wurde, nicht so gedeutet werden dürfen, als ob der Dichter etwa eine nationale Einigung Deutschlands unter Preußens Führung erhofft habe, sondern ist aufzufassen nur als Ausdruck der zuversichtlichen Freude an der ungeahnten Fülle der Kraft, deren Vorhandensein zuerst die preußischen Waffen in dem so lang unterschätzten deutschen Volke offenbart hatten. Die Bedeutung Friedrichs und seines Wirkens für die politische Zukunft Deutschlands zu ermessen, war gerade der Deutsche damals am wenigsten fähig. Dazu waren die deutschen Dinge zu unfertig und doch zugleich überlebt, zu unklar und zu widerspruchsvoll: sie machten einen Standpunkt von der Höhe und der Weite des Umblicks unmöglich, wie er dazu hätte eingenommen werden müssen. Dazu war bei den Deutschen die politische Bildung zu weit zurück und der politische Sinn zu wenig entwickelt.

Dagegen hat der geniale Franzose, der, inmitten der sein Vaterland einer furchtbaren Krisis entgegentreibenden Gärung zum Staatsmann reifend und erfüllt von dem sich mächtig regenden Geist der neuen Zeit, den Fridericianischen Staat damals studieren konnte, hat Mirabeau, ohne sich über seine Mängel und die ihnen entspringenden Gefahren zu täuschen, seine Bedeutung für die Zukunft ahnend erfaßt. Was er an seinem Vaterland trotz des Alters seiner nationalen Einheit und seiner

festen staatlichen Organisation bedauernd vermißte, fand er hier in seltener Vollständigkeit vereinigt. Ihm erscheint Preußen belebt von dem Geist des Fortschritts, dessen Deutschland bedarf, um den ihm gebührenden Platz in der Welt einzunehmen: im Fürstenbunde begrüßt er seine verheißungsvolle Bethätigung. Den außerordentlichen Mann, der ihn geschaffen, zu bewundern, erscheint ihm als ein Gesetz für jeden denkenden Geist.

Keines dieser weit auseinandergehenden Urteile, deren Zahl sich nach beiden Seiten hin leicht beträchtlich vermehren ließe, wird ohne weiteres als richtig anzuerkennen, aber doch auch keinem eine gewisse relative Berechtigung abzusprechen sein. Denn sie sind bedingt nicht bloß durch die Persönlichkeit des Urteilenden, sondern auch davon abhängig, welche von den Seiten, deren Fülle in des Königs Wesen und Wirken vereinigt ist, vornehmlich ins Auge gefaßt wurde. War doch diese gewaltige, bei scheinbarer Einfachheit so unergründliche Persönlichkeit mit der Unerschöpflichkeit der von ihr ausgehenden Wirkungen in ihrer Totalität zu erfassen gerade den Mitlebenden am wenigsten gegeben. Ueberhaupt wird ja historische Größe nur allmählich gewürdigt und erst spät als echt erkannt. Von den Zeitgenossen erteilt, entspringt der Namen des Großen leicht, wenn nicht der Schmeichelei, so doch einer Ueberschätzung, welche die wachsende Einsicht in den großen geschichtlichen Zusammenhang dann auf das rechte Maß zurückführt. Weder bei Ludwig XIV. noch bei Napoleon I. hat die Nachwelt den von den schmeichelnden Zeitgenossen gegebenen Beinamen des Großen ratifiziert. Friedrichs Recht darauf ist selbst von seinen Gegnern nicht bestritten. Denn es wurzelt nicht in dieser oder jener Seite seines Wirkens, nicht in seinen kriegerischen Thaten, nicht in seinem landesväterlichen Wirken auf allen Gebieten des staatlichen Lebens, nicht in der kunstreichen Politik, mit der er seinen Staat, nachdem er ihn der Vernichtung im Sturm des Krieges entrissen, glücklich durch die auf allen Seiten drohenden Klippen und Untiefen steuerte: sondern es beruht in der Gesamtheit der sich in alle dem bethätigenden Eigenschaften. Dazu aber kommt noch ein anderes. Wie Friedrich nach der einen Seite hin den Abschluß bezeichnet für die voraufgegangene

Entwickelung und aus ihr — nicht für Preußen und Deutschland allein und auch nicht allein für das staatliche Leben — gleichsam die Summe gezogen und der Folgezeit übermittelt hat, so ist er nach der anderen der Wegweiser und Bahnbrecher geworden für ein neu heraufsteigendes Weltalter und hat dadurch den Fortgang der Entwickelung weit hinaus bestimmt und beherrscht, weit hinaus über die Dauer des ihm vergönnten irdischen Wirkens.

Durch ihn trat eine neue Form der Monarchie in das Leben. In seinem Preußen schuf er den Staat, dessen Vorbild die gesamte politische Entwickelung seiner Zeit beherrscht hat. Man feiert ihn als den Schöpfer und klassischen Vertreter des aufgeklärten Despotismus. Doch liegt, was seine Art zu regieren vornehmlich kennzeichnet, eigentlich auf einem anderen Gebiete. Gewiß war er ein überzeugter Jünger der Aufklärung und hatte als solcher die Vorurteile überwunden, die Fürsten und Staatsmänner bisher befangen und an einem dem Staatsbegriff und dem Staatszweck wahrhaft entsprechenden Handeln gehindert hatten. Aber es ist doch nicht gerade dies, was die Bewunderung der Mitlebenden erregte und eine förmliche Schule von jüngeren Fürsten seinem Beispiel nachzueifern veranlaßte. Wurde der preußische Staat durch ihn auch vollkommener organisiert und erfüllte daher auch den Beruf, den die Aufklärung dem Staate zusprach, mehr als irgend ein anderer: rücksichtlich des leitenden Prinzips erhob sich das Fridericianische Preußen doch nicht über die anderen absolut regierten Staaten der Zeit. Wohl fehlten hier die anderwärts herkömmlichen Mißstände. Kein Fürst ist sparsamer gewesen in dem Aufwand für seine Person und seinen Hofhalt als Friedrich. Keinem widerstritt es mehr, sich als Träger der Krone in Formen verehrt zu sehen, die ihn als über den übrigen Menschen stehend erscheinen ließen. Bittschriften Ueberreichenden verbot er vor ihm niederzufallen — „für Gott kann man niederfallen, aber nicht für mich" — und ließ das auch von den Kanzeln der katholischen Kirchen bekannt machen. Aber auch er sah ab von dem Volke selbst und räumte ihm einen selbstthätigen Anteil an staatlichen Dingen so wenig ein wie irgend eine Art von Selbst-

bestimmung. Auch der Fridericianische Staat kann füglich einer Maschine verglichen und nach dem von Schlözer gebrauchten Bilde sein Herrscher als Maschinendirektor bezeichnet werden, mag die Maschine auch die kunstreichste und vollkommenste und der Maschinendirektor der am freiesten denkende, der aufopferndste und gewissenhafteste gewesen sein. Das, was diesen Staat und seinen Schöpfer von allen anderen unterscheidet, liegt vielmehr darin, daß hier das absolute Königtum nicht bloß auf den geistigen Nährboden der Aufklärung verpflanzt und dadurch vergeistigt, sondern auch versittlicht wurde, indem Friedrich die unumschränkte Gewalt, die ihm als seinem Träger zukam, in der Ausübung unter das Gebot der Pflicht stellte und als König den kategorischen Imperativ, den der große Königsberger Philosoph dachte und lehrte, unabhängig von ihm übte und lebte.

Zur Zeit ihrer Entstehung berechtigt und segensreich in ihren Wirkungen war die absolute Monarchie auch von den Völkern willkommen geheißen worden. Sie befreite sie von dem Druck der Feudalität und der Willkürherrschaft zahlreicher kleiner Tyrannen, indem sie alle ohne Ausnahme einem Herrn als dem Hüter der in dem Staate beruhenden allgemeinen Wohlfahrt zu unbedingtem Gehorsam unterordnete. Bald aber war sie diesem ihrem ursprünglichen Wesen untreu geworden: sie verleugnete das Prinzip, in dessen unverbrüchlicher Durchführung allein ihre Berechtigung beruhte. Das Ludwig XIV. zugeschriebene „L'état c'est moi“ war zulässig, wenn es besagen sollte, der König sei eins mit dem Staate, gehe in ihm auf, und daher falle sein Wille immer mit dem zusammen, was des Staates Gedeihen erfordere. Thatsächlich aber war es dahin mißdeutet worden, daß vielmehr der Staat nur in dem Fürsten und für den Fürsten da sei und daher in allem dem fürstlichen Belieben zu dienen habe. Zu welch schmählichem Mißbrauch der fürstlichen Gewalt das geführt, welch Elend das in politischer, wirtschaftlicher, geistiger und namentlich in sittlicher Hinsicht über Völker und Staaten gebracht, ist bekannt. Dieser Verkehrung eines richtigen Prinzips und der dadurch scheinbar legalisierten sündhaften fürstlichen Praxis

trat Friedrich entgegen, nicht bloß durch den sittlichen Ernst, mit dem er seines Amtes waltete, sondern auch durch die Darlegung seiner Theorien vom Staate und vom Fürstentum und dem Verhältnis beider. Dahin sind eigentlich auch seine historischen Schriften zu rechnen. Waltet in der Histoire de la guerre de sept ans, die er gleich nach dem Frieden in Angriff genommen hatte (S. 130), der kriegsgeschichtliche Standpunkt vor, so sollte sie doch nicht bloß in militärischer, sondern auch in politischer Hinsicht eine Rechenschaftslegung vor Mit- und Nachwelt sein. Das Gleiche gilt von seiner Darstellung der Zeit von 1763—1772 (Mémoires depuis la paix de Hubertsbourg jusqu' à la fin du partage de Pologne) und des bayrischen Erbfolgekrieges (Histoire de la guerre de 1778). So hat Friedrich selbst die Geschichte des größten Teils seiner Regierung geschrieben: ist ihm dabei, da er zum großen Teil aus der Erinnerung schrieb, auch im einzelnen mancher Irrtum begegnet, so ist ihm eine absichtliche Entstellung oder auch nur Schönfärberei nirgends nachzuweisen, und sein ernstes Bemühen um die Wahrheit wird bei jeder neuen Prüfung im einzelnen erwiesen: auch mit der Pflicht des Geschichtschreibers hat er es so ernst genommen wie mit der des Königs.

Ueber diese hat er sich oft ausgesprochen. Der Fürst soll für die Gesellschaft sein, was der Kopf für den Körper ist. Er muß sehen, denken, handeln für die ganze Gemeinschaft, um ihr alle Vorteile zu verschaffen, deren sie fähig ist. Ein anderes Mal teilt er ihm für den Bau des Staates die Rolle zu, die im menschlichen Körper das Herz spielt. Wie dieses das Blut aus allen Teilen des Körpers an sich zieht und dann wieder bis in die äußersten Enden treibt, so empfängt der Fürst von seinen Unterthanen Treue und Gehorsam und entgilt diese, indem er ihnen schafft, was zu ihrer Wohlfahrt nötig ist. Denn der Fürst ist nicht zum Prunke da, er soll nicht seinem Vergnügen leben: vielmehr ist er dem Staate vorgesetzt um der von ihm zu leistenden Arbeit willen. Nicht die ihm mit seiner Macht zur Verfügung gestellten Mittel zu genießen, ist seine Bestimmung, sondern pflichttreue Arbeit für das Glück seiner Unterthanen. Auf diesem Begriff der Fürstenpflicht be-

ruht Friedrichs ganzes politisches System. Für ihn war, wie er gleich nach seinem Regierungsantritt ausgesprochen hatte (S. 4), ein Gegensatz zwischen dem Interesse des Fürsten und dem des Volkes undenkbar. Der Fürst, der seinen Beruf erfüllt, kann kein anderes Interesse haben als das Beste des Staates, für den er zu sorgen hat, wie ein Vormund für sein Mündel. Er ist eben der erste Diener des Staates (S. 3) und soll den so weise, so redlich und uneigennützig verwalten, als ob er jeden Augenblick seinen Bürgern Rechenschaft ablegen müßte. Wie ernst er es damit nahm und wie klar er die Gefahren erkannte, die der Mißbrauch seines Rechts und die Mißachtung seiner Pflicht dem Fürstentum überhaupt drohte, beweist das fast prophetisch klingende Wort: „Wenn die monarchische Regierungsform den Vorzug vor der republikanischen behaupten soll, so muß der Souverän alle seine Kraft aufbieten, um die Stellung auch auszufüllen, welche er einnimmt." Wie lange dauerte es und es wurde durch die Ereignisse in Frankreich bestätigt, nachdem der Freiheitskampf der nordamerikanischen Kolonien der Welt die erste große Lehre derart gegeben hatte! Ihn hatte Friedrichs vollste Sympathie begleitet, zumal er England jede Demütigung gönnte und sich seiner Schwächung freute. Die weiter gehenden Entwürfe aber, die er daran geknüpft hatte, erwiesen sich als verfrüht. Der von Rußland angeregte Bund der neutralen Mächte zum Schutz von Handel und Schiffahrt gegen die Gewaltthätigkeiten der Engländer, dem er im Frühjahr 1781 beitrat, um den Grundsatz „frei Schiff, frei Gut" zur Anerkennung zu bringen, hatte nicht den gewünschten Erfolg. Doch nahm Friedrich den ihm zu Grunde liegenden Gedanken auch in den Freundschafts- und Handelsvertrag auf, den er im September 1785 mit den neukonstituierten Vereinigten Staaten von Nordamerika auf der Basis der Meistbegünstigung schloß. Obgleich derselbe nicht hielt, was man davon für Handel und Seefahrt Preußens gehofft hatte, ist er doch einer von den Ruhmestiteln des greisen Königs, der, daheim ein strenger Merkantilist, im Streben nach Anteil am Welthandel freiheitliche Grundsätze gelten lassen wollte. Auch damit wurde er unbewußt zum Verkündiger des

heraufdämmernden neuen Weltalters. Seiner Zeit vorauseilend, stellte er der Entwickelung Aufgaben, die zu lösen erst der Zukunft beschieden war. Leibhaftig aber einander entgegengetreten sind die beiden Weltalter, an deren Grenze Friedrich stand, in ihm und Mirabeau. Daher ist die Kritik, die letzterer nicht ganz unbefangen, aber mit ungewöhnlichem Verständnis und Scharfblick an seinem Regierungssystem übte, von besonderem Interesse. Mit dem Takt des politischen Genies traf der Franzose gerade die Punkte, die für die Zukunft Preußens den Ausschlag geben sollten, weil es eben in ihnen seiner Zeit und ihrer Beschränktheit seinen Tribut zahlte.

Durch seine stürmisch bewegte Jugend und die Konflikte, in die sie ihn mit dem Absolutismus und seinen Werkzeugen gebracht hatten, auch in Deutschland wohlbekannt, war Mirabeau Anfang des Jahres 1786 in Berlin eingetroffen, um als geheimer Agent des Ministers Vergennes neben dem Gesandten Graf d'Esterno, aber unabhängig von ihm, über die dortigen Zustände Bericht zu erstatten, die bei der Nähe des Thronwechsels für Frankreich besonderes Interesse hatten. Von dem Kronprinzen und Prinz Heinrich ausgezeichnet und von Hertzberg und Dohm vertraulichen Verkehrs gewürdigt, hatte er am 25. Januar 1786 auch bei dem König eine Audienz, bei der ihn der augenscheinlich dem Tode Entgegeneilende durch die Lebhaftigkeit und Anmut der Unterhaltung entzückte. Dann kam er von einem kurzen Besuch in Frankreich gerade noch rechtzeitig zurück, um Zeuge seines Todes und der erbitternden Gleichgültigkeit seines Volkes zu sein (S. 235). Freimütig gab er in den nach Paris erstatteten Berichten seiner Bewunderung für den König Ausdruck. Auf Grund derselben verfaßte er dann gemeinsam mit einem in Braunschweig als Offizier lebenden Landsmann Mauvillon und mit Hilfe eines reichen, aber weder erschöpfenden noch durchweg zuverlässigen historischen und statistischen Materials in eiliger Arbeit sein berühmtes vierbändiges Werk De la Monarchie Prussienne, das bei seinem Erscheinen 1788 ungeheures Aufsehen erregte und Gegenstand heftiger litterarischer Kontroversen wurde. Ein historisches Werk ist es freilich nicht, noch weniger aber, wie empfindliche Ver-

ehrer des großen Königs gemeint haben, eine Schmähschrift. Wohl beherrscht es eine bestimmte politische Tendenz: aber diese richtet sich nicht gegen Friedrich und Preußen, sondern gegen den Absolutismus überhaupt und den in Frankreich ausgebildeten insbesondere. Freilich wird Preußen mitgetroffen, aber doch nur insofern, als Mirabeau zeigen will, daß die absolute Monarchie, wenn sie selbst in der vollkommensten Gestalt, in der sie je verwirklicht gewesen, so viel Widersprüche, Mängel und unheilvolle Wirkungen aufweist, doch nicht nur da zu verwerfen ist, wo sie weniger vollkommen besteht, also alle ihre Fehler doppelt stark wirken, sondern überhaupt nichts taugt, auf einem falschen Prinzip beruht und je eher je lieber zu beseitigen ist. So gehen bei Mirabeau aufrichtige Bewunderung der Herrschergröße Friedrichs und überzeugte abfällige Kritik seines Staats Hand in Hand. Dabei entspringt letztere nicht aus politischem Doktrinarismus, der mit Schlagworten arbeitet, sondern beruht auf breiter realpolitischer Grundlage, indem von den Bevölkerungs- und Produktionsverhältnissen, von der Industrie, dem Handel, dem Unterrichts-, Kirchen- und Justizwesen, den Finanzen und dem Heere Preußens, also allen Friedrichs Wirken bedingenden realen Verhältnissen und Zuständen, genaue Kunde gegeben wird. So bahnt sich Mirabeau den Weg zu der merkwürdigen Schlußbetrachtung, in der er in großen Zügen den Einfluß Friedrichs auf seine Zeit und die Beziehungen Preußens zu dem europäischen Staatensystem und der Menschheit überhaupt darzulegen versucht.

Bei aller Anerkennung für die Eigenschaften und Leistungen des Königs, namentlich seine Gerechtigkeit, Ordnungsliebe und Pflichttreue, und trotz des feinen Verständnisses für seine historische Größe, glaubt Mirabeau doch nicht an die Gesundheit und Lebensfähigkeit des von ihm geschaffenen Staates. „Preußen ist," bemerkt er, „für die Geschichte des Despotismus, was Aegypten für die Alten war, die sich unterrichten wollten. Vielleicht lehrt es uns die merkwürdige Theorie, daß der Mensch als Maschine dem, der ihn zu verwenden weiß, mehr Nutzen bringt, als der Freie." „Vielleicht kommen wir," fährt er ironisch fort, „dahinter, ob nicht in der Türkei alles deshalb

schief geht, nur weil der Despot ein Dummkopf ist und weil seine Mittel nicht die richtigen sind, wie es alle Staatsmänner und selbst einige Männer von Geist behaupten." Nicht an dem unfähigen Haupte also liegt es, daß despotisch regierte Staaten nicht gedeihen, sondern an dem Prinzip, auf dem sie beruhen. Das bestätigt ihm die Betrachtung des Fridericianischen Staates, das will er an seinem Beispiel darlegen. Wohl hat nie ein bewundernswerterer Mann das Scepter getragen: aber auch er ist der Aufgabe nicht gerecht geworden, die dem absoluten Herrscher gestellt ist. Ihr kann überhaupt niemand gerecht werden. Einen Staat absolut regieren wollen ist also ein Unding. Zu welchen Ungeheuerlichkeiten muß es daher führen, wenn gar Männer mit weniger Begabung, weniger Pflichtgefühl, weniger Selbstlosigkeit sich des Unmöglichen unterfangen! Ein Staat darf überhaupt nicht auf das Genie eines Menschen gegründet werden: das ist eine unsichere Grundlage, und der Sturm einer Nacht kann den Bau in Trümmer legen. Denn was eines Herrschers hervorragende Eigenschaften einem Staat an Festigkeit verleihen, das heben die zersetzenden Wirkungen seiner Fehler wieder auf. So weit der Staat als Maschine vollkommen sein kann, erscheint der Fridericianische Mirabeau vollkommen. Er ist aber auch eine entsprechend verwickelte Maschine, die nur richtig funktionieren kann, wenn sie dieselbe Hand leitet, die sie so kunstreich konstruiert hat.

Das Bild, das Mirabeau von dieser Maschine entwirft, entspricht im wesentlichen der Wirklichkeit. Auch ist er zu sehr Realpolitiker, um nicht von den Erscheinungen, die er tadelt, doch manche als gerechtfertigt oder entschuldigt gelten zu lassen durch die Verhältnisse und die durch sie geschaffene Notlage. So sehr auch ihm die preußische Armee imponiert: die Masse der fremden Elemente darin läßt ihn an der unbedingten Zuverlässigkeit dieser Waffe zweifeln. Er nimmt Anstoß an der unmenschlichen Strenge der Disziplin, die bei den Gemeinen irgend welche edlere Regung nicht voraussetzt, ihnen weder Vaterlandsliebe noch Ehrgefühl zutraut. Um so mehr freut er sich, daß in Preußen die Anschauung immer mehr durchdringt, jedermann sei zum Soldaten geboren. Er tadelt Friedrichs

übergroße Sparsamkeit, aber er gibt doch zu, daß seine Lage ihn dazu genötigt, weil von seiner finanziellen Leistungsfähigkeit sein Dasein, sein Ruhm, seine Sicherheit und seine Macht abhingen. Wenn Mirabeau bedauert, daß Preußen konstitutioneller Formen entbehre, so ist damit nicht gesagt, daß er deren Einführung gewünscht oder auch nur für möglich gehalten habe. Sie kommen für ihn nur in Betracht, weil sie theoretisch am meisten geeignet schienen, der von ihm richtig erkannten Hauptschwäche des Fridericianischen Staates abzuhelfen, indem sie die bisher gebundenen Kräfte zu selbständiger wetteifernder Thätigkeit entfesselten. Denn diese lähmt der Absolutismus, der niemanden nach eigener Lust und Neigung thätig sein läßt, sondern jedem Art und Maß seines Wirkens vorschreibt, alles überwacht und reglementiert. Mit diesem System dauernder staatlicher Bevormundung muß gebrochen, allen Kräften Spielraum gewährt werden zu freier Bethätigung. Als überzeugter Physiokrat geht Mirabeau von hier aus namentlich mit Friedrichs Wirtschaftspolitik streng ins Gericht, ohne dabei, wie er das sonst thut, auf die besonderen Schwierigkeiten Rücksicht zu nehmen, mit denen jener zu rechnen hatte.

Auch wenn man erwägt, daß Mirabeau, als Franzose ein entschiedener Gegner des allen nationalen Traditionen widerstreitenden Bündnisses mit Oesterreich, wünschen mußte, dieses möglichst geschwächt und Preußen auf seine Kosten gestärkt zu sehen, so überrascht doch der Schluß seines Werkes durch den Ausdruck eines zuversichtlichen Glaubens an Preußens Beruf für Deutschland und die Welt. Was er da im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse seiner Zeit für und von Preußen fordert und erhofft, könnte heute fast wie ein Seherwort erscheinen, das, der Logik der Thatsachen vorauseilend, ihren weiteren Fortgang und ihr schließliches Ergebnis ahnend in großen Zügen skizzierte. „Bürger Deutschlands,“ ruft er da aus, „welches Standes ihr auch seid, hört auf einen Freund, der euch verehrt. . . . Betrachtet die Standarte des Hauses Brandenburg als das Wahrzeichen eurer Freiheit, schart euch um seine Macht, helft ihm, befördert sein rechtmäßiges Wachstum, verhindert, so viel an euch ist, daß es nicht in Irrtümer verfalle . . .

Hinge nicht das Glück Deutschlands davon ab: ich würde euch, mein Vaterland, ja ganz Europa nicht beschwören, die preußische Monarchie zu unterstützen, der Klugheit und Güte Zeit zu geben, ihre Basis zu befestigen und zu erweitern. Die Mittel dazu anzugeben war der Hauptzweck meines mühevollen Werkes. Sie sind keine anderen als Friede und Freiheit. Bürgerliche Freiheit aller Unterthanen, Freiheit der Industrie, Freiheit des Handels, Freiheit der Religion, Freiheit der Meinungen, Freiheit der Presse, Freiheit der Dinge und der Menschen: die ganze Regierungskunst liegt darin beschlossen. . . . Die preußische Monarchie ist mehr als eine andere bereit, eine so schöne Ernte einzubringen, alles in ihr ist reif für die große Umwälzung. . . . Möge der Schutzgeist Europas und des Menschengeschlechts über Preußens Geschick wachen; möge er es vor seinen eigenen Irrtümern bewahren; möge er ihm in den Gefahren, die ihm drohen, zur Seite stehen; möge er es auf den Gipfel der Macht und Größe führen, den es nur durch Gerechtigkeit und Weisheit erreichen kann."

Der Gang, den die Geschicke Deutschlands schließlich genommen, würde Mirabeaus Beifall nicht gefunden haben. Erklärte er Preußen doch dem Hasse des Weltbürgers und des Franzosen für verfallen, wenn es versuchen sollte, sich auf den Trümmern der Reichsverfassung zu erheben. Er sieht Preußens Beruf darin, die Politik des Fürstenbundes weiterführend, dem Machtstreben Josephs II. endgültig den Weg zu verlegen und so im Interesse Frankreichs und Europas die für beide unentbehrliche deutsche Freiheit zu schützen. Die Fähigkeit dazu aber wird es nach seiner Meinung nur erlangen, wenn es mit dem Prinzip der absoluten Monarchie bricht und sich nicht bloß geistig, sondern auch politisch und wirtschaftlich auf den Boden der Freiheit stellt. Wie recht er mit dieser Forderung hatte, die sich ihm aus der Kritik des Fridericianischen Systems ergab, hat bereits die nächste Zukunft gelehrt durch das Unheil, das ihre Nichterfüllung über Preußen brachte. So Großes er geleistet, Friedrich hatte seinen Staat je länger je mehr dem Banne der Unfreiheit überantwortet, so daß er wirklich nicht mehr war als eine äußerst künstliche Maschine. Wie eine solche

stillsteht, sobald die treibende Kraft versagt, so war auch hier alles, die Beamtenschaft in der Verwaltung so gut wie die Armee in ihrer Kriegsschulung, das Bürgertum in Handel und Gewerbe so gut wie der Bauer mit seinem landwirtschaftlichen Betriebe gewöhnt, nur auf Befehl von oben zu handeln und verfiel der Unthätigkeit, sobald dieser ausblieb. Unmündig und willenlos war das Volk ohne Initiative und unfähig sich selbst zu helfen. Was sollte werden, wenn der Staat von einem Unglück getroffen, an das Volk zu appellieren genötigt war, um seine Kräfte zu seiner Rettung aufzubieten?

Und diese Lage war bereits zwei Jahrzehnte nur nach des großen Königs Tod thatsächlich gegeben und sein Staat damit in eine Krisis geworfen, die er nicht überstehen zu können schien. Das dennoch zu ermöglichen, galt es dem Volke die unter dem absoluten Regiment verlorene Selbständigkeit wiederzugeben und ihm die in trauriger Erschlaffung abhanden gekommene Initiative wieder anzuerziehen.

Viertes Buch.

Die Zeit der Epigonen.

1786–1795.

I. Der Abfall von der Aufklärung und Bruch mit der altpreußischen Verwaltungsordnung. 1786–1797.

Ein glänzendes Erbe hinterließ der große König seinem Nachfolger. Fast um die Hälfte — von 2160 Quadratmeilen auf 3540 — hatte er den Staat vermehrt. Die Zahl der Einwohner war mehr als verdoppelt, von 2¼ Millionen auf 5½ gestiegen. Von dem zunehmenden Wohlstand zeugte die Erhöhung der jährlichen Einkünfte von 12 auf 24 Millionen Thaler. Ein Heer von 200 000 Mann schien die Behauptung der neugewonnenen Stellung als europäische Großmacht zu verbürgen.

So eindrucksvoll diese Zahlen Friedrichs Verdienst verkündeten: die jüngere Generation war doch nur zu geneigt, es zu unterschätzen. Sie sah mehr auf die Schattenseiten und die Mißstände seines Systems. Ihr fehlte das Verständnis für die außerordentlichen geistigen und sittlichen Kräfte, denen sein Wirken entsprungen war, für seine überzeugungsvolle Anhänglichkeit an die Prinzipien der Aufklärung und seine selbstverleugnende Pflichttreue. Daß Preußen gleich ein ähnlich gearteter Regent beschieden sein sollte, ließ sich freilich nicht hoffen. Aber ein besonderes Verhängnis war es doch, daß der Nachfolger dem Geiste der Zeit um einiger Verirrungen willen, in die er ihn verstrickt sah, überhaupt feindlich gegenübertrat und dabei der sittlichen Festigkeit entbehrte, um auch bei so abweichender

Denkweise nur dem Gebote der Pflicht zu folgen. Doch nicht er allein verschuldete den üblen Gang, den die Dinge nahmen. Die Verantwortung dafür trifft auch sein Volk. Dem gealterten, unzugänglichen und harten Schöpfer seiner Größe entfremdet, setzte dieses die jüngste Vergangenheit geflissentlich herab, um die neue Aera in ein um so helleres Licht zu rücken. Mußte das nicht auch den Nachfolger Friedrichs zu einer falschen Schätzung des eigenen Wertes verleiten? Mit einem Enthusiasmus begrüßt, zu dem kein Anlaß vorlag, mußte er sich über sich selbst, seine Fähigkeiten und seine Leistungen täuschen, zumal ihm gerade die Eigenschaften abgingen, aus denen wie die Härten und Schroffheiten, so auch die großen Eigenschaften jenes entsprungen waren, lebendiges Staatsbewußtsein und regstes Verantwortlichkeitsgefühl.

Darin glich Friedrich Wilhelm II. seinem Vater August Wilhelm, dessen von dem königlichen Bruder nie verziehene Fehler (S. 93) mehr hier als aus Mangel an Begabung entsprungen zu sein scheinen. Am 25. September 1744 geboren, hatte er, seit des Vaters Tod (12. Juni 1758) als Prinz von Preußen designierter Nachfolger, eine ganz französische Bildung empfangen. Um so mehr ließ ihn schon die Opposition, die Kronprinzen im Hinblick auf die Zukunft der herrschenden Richtung entgegenzusetzen pflegen, Vorliebe für deutsches Wesen gewinnen. Die Größe, Kraft und Jugendschönheit, die einst an seinem Großvater bewundert worden war (Bd. II, S. 342), schien in ihm erneut. Doch hing damit auch seine Neigung zu Sinnengenuß zusammen, vor allem die Empfänglichkeit für weibliche Reize. Die Anlage zur Verschwendung ist davon selten getrennt: nicht bloß bei seiner Schwester Friederike Wilhelmine, der Gattin des oranischen Generalstatthalters der Niederlande, auch in Frankreich und England machte der Prinz beträchtliche Schulden. Beides erregte des königlichen Oheims höchste Unzufriedenheit. Die schon 1765 eingegangene Ehe mit der schönen Elisabeth von Braunschweig besserte ihn nicht: sie wurde 1769 gelöst. Auch eine zweite, mit Luise von Hessen-Darmstadt, brachte keinen Wandel. Obgleich sie ihm sechs Kinder geschenkt, lebte Luise auch als Königin, von dem Gemahl wegen Mangels

an Würde getadelt, zurückgesetzt in Monbijou. Denn jener vermochte sich nicht den Liebesbanden zu entreißen, in die ihn in jungen Jahren die schöne und geistig geweckte Tochter des Musikers Enke geschlagen hatte. Durch ein Verhältnis, das er mit ihrer älteren Schwester unterhielt, hatte er die erst dreizehnjährige Wilhelmine kennen gelernt. Zum Schein mit seinem Kammerdiener Rietz verheiratet, wurde die zierliche, gewandte und unterhaltende Person seine anerkannte Maitresse. Auch als sie von dem entrüsteten alten König nach Charlottenburg verwiesen war, dauerte das Verhältnis fort. Jetzt wurde „die Rietz" eine Macht. Wer Einfluß erstrebte oder Vorteile suchte, mußte sie gewinnen. Ein Sohn, den sie geboren, wurde zum Grafen von der Mark erhoben, sie selbst mit Gütern und Reichtümern überhäuft. Auch war sie klug genug, ihn nicht für sich allein zu beanspruchen, sondern seine Gunst ruhig mit anderen Schönen zu teilen. So überdauerte sie sowohl die schöne Julie v. Voß, die als Gräfin Jugenheim im Frühjahr 1787 dem König durch den liebedienerischen Hofprediger Zöllner zur linken Hand angetraut wurde, unter Berufung auf das unwürdige Zugeständnis, das Luther einst Philipp von Hessen gemacht hatte, wie die Gräfin Sophie Dönhoff, die nach jener Tod im Frühjahr 1790 dieselbe Stellung einnahm — wie Mirabeau boshaft bemerkt, „die deutsche Art das Konkubinat zu edeln, von verschmitzten Höflingen und gefälligen Priestern erfunden, um den äußeren Anstand zu wahren". Ja, 1794 wurde sie zur Gräfin Lichtenau erhoben und erhielt die einem Gliede der königlichen Familie gebührenden Ehren zugestanden.

Dergleichen war selbst in den bösesten Zeiten Friedrichs I. nicht geschehen. Aber der Jubel, mit dem er, als der Ersehnte und Vielgeliebte begrüßt und wegen seiner Güte und Herablassung gepriesen, gegen das Andenken des großen Königs gleichsam ausgespielt wurde, machte Friedrich Wilhelm glauben, es genüge das Gegenteil von dem zu thun, was unter jenem üblich gewesen, um ferneren Beifalls gewiß und der Beglücker seines Volkes zu sein. Denn gutherzig und wohlmeinend war er, auch beständig in einmal gefaßten Neigungen. Wie er sich selbst keinen Genuß versagte, wollte er auch alle glücklich und

zufrieden sehen. Wie herzerfreuend stach er dadurch ab von dem Oheim, der, unzugänglich, wortkarg, haushälterisch mit seiner Zeit, sparsam bis zum Geiz, herb und verletzend, von den meisten gefürchtet, von niemand geliebt worden war. Er dagegen zeigte sich gern, sprach viel und daher nicht selten unbedacht, hielt die Zeit nicht zu Rate und kannte kein Maß in Gnadenerweisen, so daß Adelstitel, Ordensverleihungen u. s. w. rasch im Kurse sanken. Diese Eigenschaften brachten ihn bei seiner impulsiven Natur schnell in Abhängigkeit von seiner Umgebung, obgleich er nichts so sehr fürchtete als abhängig zu scheinen. Ganz richtig schloß Mirabeau daraus, daß er vielmehr der Leitung bedürfe.

Trotz seines imponierenden Aeußeren war dieser König aus weichem Stoff gebildet und von zu reger Phantasie, als daß er sich gegen Beeinflussung hätte schützen können. Zudem ging ihm Kenntnis der Geschäfte ab. Auch besaß er weder den Ernst noch die Ausdauer, um sich in sie einzuarbeiten, und folgte daher gern denen, die sie ihm in einer seiner Neigung entsprechenden Richtung zur bequemen letzten Entscheidung zurecht machten. Daher gingen zwar die gewöhnlichen Kabinettssachen den herkömmlichen schnellen Gang; wichtigere fanden ihn unentschlossen. So hoch die Meinung war, die er von Recht und Macht des Königs hegte: ihm fehlte das entsprechende lebhafte Pflichtgefühl und der Eifer war bald verflogen, mit dem er anfangs die Geschäfte erfaßte. Berge von unerledigten Eingängen sammelten sich in seinem Kabinett. Es rächte sich, daß der Oheim ihn den Staatsgeschäften ferngehalten hatte. Nur in die auswärtige Politik hatte ihn Hertzberg ohne dessen Wissen eingeführt, nicht ohne die Absicht, sich dem künftigen König unentbehrlich zu machen, um unter ihm seine von Friedrich II. keineswegs gebilligten Lieblingsideen verwirklichen zu können. Auch war des neuen Königs erster Gnadenakt die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an ihn; am Tage der Beisetzung Friedrichs wurde er zum Grafen erhoben, bald danach der Akademie als Kurator vorgesetzt. Seinem Einfluß schrieb man es zu, daß Friedrich Wilhelm seine Anhänglichkeit an deutsches Wesen alsbald so stark betonte.

Berufene und unberufene Ratgeber drängten sich alsbald an diesen, als einer der ersten Mirabeau. So wie bisher, urteilte er, könne es nicht fortgehen: eine Aenderung müsse eintreten, und da die Stricke allzu straff gespannt seien, könne nur ein Nachlassen erfolgen. Das Volk sei so unterdrückt, gequält, gepeinigt, daß es eben nur erleichtert werden könne. Daher werde alles wie von selbst gehen, so lange Friede herrsche, beim ersten Kanonenschuß aber dieser ganze Bau von Mittelmäßigkeit zusammenbrechen. Das wollte er abwenden helfen. In einem umfangreichen Brief an den König, den er natürlich längst bereit hatte, entwickelte er sein Reformprogramm, ein Gemisch praktisch brauchbarer Vorschläge und phantastischer Projekte. Es nahm den Inhalt des Werkes „De la Monarchie Prussienne" teilweise vorweg. Auch hier eiferte Mirabeau gegen den Militarismus. Die Werbung im Auslande soll aufgehoben, die Dienstzeit verkürzt, das bürgerliche Beamtentum im Range den Offizieren gleichgestellt, der Bauer befreit, jede ständische Schranke beseitigt werden. Er verlangt Verbesserung der Volksschule, Ersatz der indirekten Abgaben und Zölle durch eine direkte Grundsteuer und Aufhebung der Monopole. Die Auswanderung soll frei gegeben, die Zensur abgeschafft, unbeschränkte Toleranz gewährt, das Lotto beseitigt, der Staatsschatz aufgelöst und der Transithandel begünstigt werden. Aber den Grundfehler des ganzen Systems traf der Rat, es solle weniger regiert, nicht alles und jedes reglementiert, sondern dem Einzelnen erlaubt werden, seine Arbeit in Frieden zu genießen. Selbstlos war Mirabeaus Rat nicht. Nicht als ob er sich für eine Anstellung hätte empfehlen wollen: aber daß Preußen die europäische Stellung behaupte, zu der es Friedrich erhoben, erschien ihm im Interesse Frankreichs geboten zur Ueberwindung der österreichisch-russischen Diktatur. Aber Vertrauen auf die Zukunft hegte er nicht, denn er hatte den König bald durchschaut. „Hat er ein System?" fragt er. „Ich glaube es nicht! Hat er Verstand? Ich bezweifle es! Hat er Charakter? Ich weiß es nicht!"

Vielverheißend freilich waren die Flitterwochen der neuen Regierung. Allgemeinen Beifall fand die Aufhebung der ver-

haßten Regie: sie war das große Sühneopfer, das der Nation gebracht wurde. Daß die wohlerworbenen Rechte der dabei angestellten Beamten gekürzt oder ganz mißachtet wurden, focht niemand an. Ja man freute sich der Aussicht auf strenge Ahndung des da angeblich geschehenen Unrechts, als eine Kommission unter dem Minister v. Werder die gesamte Geschäftsführung der Regie zu untersuchen beauftragt wurde. Auch das Kaffee- und Tabaksmonopol fiel. Und schien es nicht, als ob der König sich wirklich von Mirabeau beraten ließe, wenn das Werbewesen neu geordnet und von Mißbräuchen gesäubert, die Soldaten besser gekleidet und genährt, die Erwerbung adliger Güter für Bürgerliche erleichtert und manches Unrecht gut gemacht wurde, das bei der Occupation Westpreußens durch willkürliche Konfiskationen begangen worden war? Aehnliches geschah auf anderen Gebieten. Blücher und York wurde der Wiedereintritt in die Armee gestattet, den der alte König ihnen nicht gewährt hatte. Die an dem Müller Arnoldschen Prozeß (S. 228) beteiligten Beamten wurden hergestellt, und es ergingen Bestimmungen, die dem „ausgelassenen und mutwilligen Querulieren und Supplizieren steuern und der aufrührerischen und unruhigen Gesinnung einiger Bauern Schranken setzen sollten“. Auch wurde (6. Juli) 1787 der Großkanzler v. Carmer aufgefordert, für die Erhaltung der unparteiischen Rechtspflege zu sorgen, welche die preußischen Gerichtshöfe so respektabel gemacht habe; die Bauernprozesse insbesondere seien eine Pest für das Land: die Gutsbesitzer würden dadurch „fatiguiert, die Bauern aber an den Bettelstab gebracht“.

Lag aber in einer solchen Korrektur des Vorgängers nicht das Eingeständnis, wie es sich früher arg vergriffen habe, so könne das unumschränkte Königtum sich auch wieder vergreifen? Ergab sich daraus nicht für die Unterthanen der Anspruch, dagegen gesichert zu werden und für die Regierung die Pflicht, solche Sicherheit zu gewähren? So wurde aus Anlaß der Huldigung, zu der der König selbst im Lande erschien, Ostpreußen „das lange nicht genossene Vorrecht verliehen, Stände zu formieren und das Recht nach der Art und Weise wie in Pommern und anderen privilegierten Provinzen aus dem Adel Landräte

und Kreisdirektoren zu wählen". Ja, aus Anlaß eines Spezialfalles stimmte der König dem von dem Großkanzler aufgestellten Grundsatz bei, Beamte dürfen nicht ohne hinreichenden Grund entlassen werden, da sie nicht des Fürsten, sondern des Staates Diener seien.

Auch für das geistige Leben schien eine bessere Zeit anzubrechen. Mit dem Kultus des Franzosentums war es zu Ende. Die Akademie der Wissenschaften berief endlich eine ganze Anzahl deutscher Gelehrten und Schriftsteller zu Mitgliedern; sie bediente sich hinfort der deutschen Sprache und errichtete sogar eine besondere Deputation zu deren Pflege, die „Beiträge zur deutschen Sprachkunde" veröffentlichte. Ramler und die Karschin wurden durch einen Ehrensold belohnt. Das Theater, bisher vom französischen Schauspiel und der italienischen Oper beherrscht, wurde eine Pflegestätte des deutschnationalen Geisteslebens. Daß man dabei nicht mit der weimarischen Dichterschule Fühlung suchte, sondern die einheimischen Talente, mochten sie auch dritten und vierten Ranges sein, um ein eigenes Banner sammelte, war recht nach dem Sinn der Berliner, die an Geschmack sowohl wie an Aufklärung allen voraus zu sein meinten und daher sich gern in boshafter Kritik ergingen. Dem Schulwesen wurde ernste Sorge zugewandt. Die Gewährung reicherer Mittel ließ den Minister v. Zedlitz (S. 224) hoffen, von seinen Plänen nun mehr als bisher verwirklichen zu können. Die höheren Schulen kamen unter die sachkundige Leitung des neugeschaffenen Oberschulkollegiums, dem Provinzialschulkollegien untergeordnet waren. Für die Volksschule galt es endlich die Mittel zu schaffen zum Bau der nötigen Schulhäuser und die einigermaßen menschenwürdige Dotierung der Lehrerstellen.

Auf einen Bruch mit dem bisherigen System aber lief das alles doch nicht hinaus. Man nahm die Fäden der Entwickelung wieder auf, die jenes über dringendere Sorgen hatte fallen lassen. Indem man Uebelstände zugab und zu beseitigen suchte, schien der Geist des großen Königs fortzuleben, aber minder einseitig und in minder harter Bethätigung. Alles erschien milder und gemäßigter, wie darauf berechnet, die starren Formen des Fridericianischen Staats in ähnlicher Weise mit einem rei-

cheren und menschlich erfreulicheren Inhalt zu erfüllen, wie das jener einst mit dem Friedrich Wilhelms I. gethan hatte. Diesem Verjüngungsprozeß entsprach die Verschönerung der Hauptstadt. Der Um- und Ausbau des Opernhauses, die Errichtung des den Propyläen nachgebildeten Brandenburger Thores und anderes mehr fanden um so mehr Beifall, als auch auf diesem Gebiete die Herrschaft des Franzosentums ein Ende hatte und in einem Langhans (geb. 1733, gest. 1808) und Johann Gottfried Schadow (geb. 1764, gest. 1850) die deutsche Kunst zu ihrem Rechte kam. Die Akademie der Künste wurde reorganisiert und unter Leitung Chodowieckis (geb. 1726, gest. 1821) eine Pflegstätte deutscher Kunst. Es war also ernst gemeint, was der König, wie man erzählte, in einem Ministerrate gesprochen hatte: „Wir sind Deutsche und wollen es bleiben."

So regte sich in den ersten Wochen nach dem Thronwechsel überall frisches, freudiges Leben. Ein Hauch befreiender und erquickender Frühlingsluft erweckte scheinbar erstorbene Knospen zu verheißungsvoller Entwickelung. Und das schien unmittelbar auszugehen von der sonnig heiteren, liebenswürdigen und gewinnenden Persönlichkeit des Königs, der die Schranken zwischen sich und seinem Volke fallen ließ und keine größere Freude kannte, als anderen Freude zu machen. Die ganze Stadt, so berichtet ein Zeitgenosse, war voll von den Wohlthaten, die er allen erwies, die sich ihm nahten: er ließ niemand ungehört von sich und nahm alle Bittschriften persönlich entgegen. Dem aufmerksamen Beobachter aber entging doch die bedenkliche Unterströmung nicht, die sich von Anfang an geltend machte. In dem Hofhalt ging es darunter und darüber. Keiner wußte, wer eigentlich Herr war, und die Dienerschaft bekam das Heft in die Hände. Gelegentliche Zornausbrüche des heftigen Königs machten bald keinen Eindruck mehr. Zusammenhängender Arbeit entzog er sich immer mehr. Auch das soldatische Treiben langweilte ihn: den kleinen Dienst, dem der „Alte" Stunden zu widmen pflegte, hatte er schnell satt. So löste den anfänglichen Jubel bald ein Gefühl der Enttäuschung ab, das sich rasch zu bitterer Unzufriedenheit steigerte. Plan- und Ziellosigkeit und daher jähe Uebergänge von viel versprechenden An-

läufen zu verstimmendem Rückschritt wurden die Signatur der neuen Regierung. So schwand bald die Ordnung, und das Staatswesen geriet in Verwirrung.

Das offenbarte sich zuerst in der Wirtschaftspolitik. Den Getreidehandel gab man zwar frei, ließ aber die staatlichen Getreidemagazine bestehen, und bereits 1788 erging für Preußen und Pommern ein neues Ausfuhrverbot, das 1789 verallgemeinert wurde, trotz des Widerspruchs, den das am 28. September 1788 reorganisierte Generaldirektorium dagegen erhob. Die Lotterie, deren Unmoralität Mirabeau so stark betont hatte, bestand nicht bloß fort, sondern wurde, bisher verpachtet, in Staatsbetrieb übernommen. Sich zu entlasten, stellte der König im Juni 1787 an die Spitze des Militärwesens ein Oberkriegskollegium mit sieben, später acht Departements, nominell unter dem Oberpräsidium Ferdinands von Braunschweig, thatsächlich von dem ihn als Vizepräsident vertretenden Feldmarschall v. Möllendorf (geb. 1724, gest. 1816) geleitet, der eine glatte Höflingsnatur und militärische Unfähigkeit hinter imponierendem martialischem Aussehen verbarg. Wohl erwarb es sich manches Verdienst: das Kadettencorps wurde reorganisiert und vergrößert, für die Ingenieur- und Artillerieoffiziere wurden besondere Fachschulen errichtet, später (1796) auch eine solche für Chirurgen. Für die ausgedienten Soldaten, deren Los bisher ein sehr trübes gewesen, wurde durch Vermehrung der Invalidencompagnien besser gesorgt. Auch eine Offizierswitwenkasse wurde errichtet. Doch hatte die Neuerung auch ihre Schattenseiten: die Bureaukratie mit ihrem Schreibwerk hielt ihren Einzug in die Armeeverwaltung, zum Nachteil des Geistes thatenfrohen Handelns, der bei aller Peinlichkeit der Verwaltung bisher dort geherrscht hatte. War unter Friedrich Wilhelm I. der Zivilstaat nach dem Vorbild des Kriegsstaates geordnet worden, so gewann jetzt umgekehrt jener auf diesen bedenklichen Einfluß. Geplante weitergehende Reformen wurden von den Vertretern der großen Traditionen geradezu als Attentat auf die Armee angesehen.

Der Sitz des Uebels lag in der Umgebung des Königs. Das Eindringen unfähiger oder unwürdiger Fremder machte

Preußen zum gelobten Land der politischen und militärischen Glücksritter. Da wurde aus Sachsen ein Graf v. Lindenau berufen, angeblich eine Autorität im Gestütswesen, das im Interesse der Armee gehoben werden sollte. Ebenfalls ein Sachse, Graf Brühl, ein Katholik, ein Sohn des berüchtigten Preußenfeindes (S. 64), wurde unter Ernennung zum Generalleutnant — in Preußen etwas Unerhörtes! — Gouverneur des sechzehnjährigen Kronprinzen. Denn ein Sachse war es, der des Königs Ohr ganz besaß und, ohne eigentlich politische Ziele, sich in seiner durch ein glückliches Ungefähr gewonnenen Stellung zu befestigen trachtete, indem er den König mit Leuten umgab, die auf ihn als unentbehrliche Mittelsperson angewiesen blieben und ihm halfen, den Herrn seinen Neigungen gemäß zu unterhalten und zu beschäftigen. Das war Johann Rudolf v. Bischoffswerder. Wenig älter als Friedrich Wilhelm (geb. 1741), hatte er seit 1760 in der preußischen Reiterei gedient, dann, durch einen Sturz seinen Abschied zu nehmen genötigt, verschiedene Stellungen am sächsischen Hofe eingenommen und im bayrischen Erbfolgekrieg als Führer einer Freicompagnie in Böhmen den Prinzen von Preußen kennen gelernt. Diesem imponierte seine ungewöhnlich stattliche Persönlichkeit und sein feierlich gemessenes Wesen, hinter dem er hohe Gaben und außerordentliche Einsichten vermutete. Daß er als Mitglied des Rosenkreuzerordens von einem besonderen Geheimnis umgeben war, steigerte diesen Reiz. Seitdem er den Prinzen gar durch ein Geheimmittel von lästiger Krankheit geheilt hatte, war dieser von seinen übernatürlichen Kenntnissen überzeugt. So gewann Bischoffswerder auf den Erben der preußischen Krone, dem ihn der König als Begleiter beigab, unumschränkten Einfluß. Ob der welterfahrene, lebenslustige Genußmensch an jene Mysterien selbst glaubte oder nur eine weitverbreitete geistige Modekrankheit geschickt ausnutzte, bleibt dahingestellt. Sicher ist, daß er den Prinzen, dessen auf das Grobsinnliche gerichtete Natur in gelegentlichen phantastischen Anwandelungen in das Reich des Uebersinnlichen einzudringen und den Schleier vom Jenseits zu heben brannte, von dieser Seite vollends fesselte. Natürlich war nun auch die Rietz bald eine Gläubige, froh des neuen Mittels, den fürstlichen Lieb-

haber festzuhalten. Politische Ziele verfolgten sie und Bischoffswerder nicht. Auch der nominelle Gatte der Maitresse hielt sich der Politik fern, wird aber als Begleiter des Königs auf seinen einsamen Promenaden in persönlichen Dingen gelegentlich Einfluß geübt haben. Verhängnisvoll für Preußen wurde diese Clique erst, seit sie in dem neugebackenen Geheimen Finanzrat Wöllner einen geistig überlegenen Leiter fand, der den Kampf gegen die Aufklärung zu seiner Lebensaufgabe gemacht hatte.

Als Pfarrerssohn 1731 geboren und zum Geistlichen bestimmt, hatte Johann Christoph Wöllner im Hause des Generals v. Itzenplitz sein Glück gemacht. Vom Lehrer des Sohnes zum Gutspfarrer und nach seines Patrons Tode zum Berater der Witwe und weiterhin trotz des Widerspruchs der Verwandten zum Gatten der Tochter aufsteigend, hatte er sich dem Landbau und volkswirtschaftlichen Studien gewidmet, aber seine Bitte um Verleihung des Adels von dem König mit der derben Bemerkung abgewiesen gesehen: „Der Wöllner ist ein betrügerischer und intriguanter Pfaff.“ Doch verdankte er seinen einschlägigen Schriften 1767 die Beschäftigung in der zur Durchführung der Separation (S. 218) ernannten Kommission und anderen landwirtschaftlichen Angelegenheiten. Eine Anstellung erhielt er nicht. So trat er 1770 als Kammerrat und Rentmeister in des Prinzen Heinrich Dienst. Auch sonst wollte es ihm nicht glücken. Seit 1765 gehörte er dem Freimaurerorden an. Dank seiner Persönlichkeit und Beredsamkeit anfangs rasch zu höheren Würden befördert, sah er doch schließlich seine Neugier so wenig wie seinen Ehrgeiz befriedigt. Daher trat er aus und ging zu den Rosenkreuzern über, die im Gegensatz zu jenen ausgesprochene Feinde der Aufklärung waren, aber durch ihre hohen Verbindungen ihm ein rasches Fortkommen verhießen. So kam er in Beziehung zu Bischoffswerder und durch diesen zu dem Prinzen von Preußen: 1781 wurde dieser als Ormesus Magnus durch ihn in den Orden aufgenommen.

Aber noch von einer anderen Seite her gewann Wöllner bei dem Erben der preußischen Krone Einfluß. In den Jahren 1783—1786 ließ sich dieser von ihm über wichtige Fragen der Volkswirtschaft und der Staatsverwaltung Vorträge halten.

Darin übte Wöllner als entschiedener Physiokrat an dem Fridericianischen System scharfe Kritik. Was das für die Steigerung der Wehrkraft unentbehrliche Wachstum der Bevölkerung irgend hinderte, will er beseitigt sehen, die Regie und den Merkantilismus mit der staatlichen Protektion von Handel und Fabrikwesen, die nur bei voller Freiheit auf eigenen Füßen stehen können. Vor allem will er die Lage des Bauernstandes gründlich bessern: denn sein Gedeihen bedingt das der Armee. Daher verlangt er Aufhebung der Leibeigenschaft, Aufteilung der Domänen, Säkularisation der Stifter und Zerschlagung der Rittergüter. Den finanziellen Ausfall will er decken durch Ausdehnung der Kontribution auf den Adel und eine progressive Klassensteuer, welche die großen Vermögen treffen soll, sowie durch Luxussteuern. Wie volksfreundlich klang das alles! Nur fehlte der einheitlich leitende Gedanke, der die Vorschläge zu einem System zusammengefaßt und damit erst ausführbar gemacht hätte: sie entsprangen einem temperamentvollen, aber oberflächlichen Dilettantismus. Tiefer, nämlich in dem Haß gegen die Aufklärung, den die im Freimaurerorden erfahrene Enttäuschung und die üble Behandlung durch den großen König verstärkt hatten, wurzelten Wöllners Ideen zur Reform der geistigen und sittlichen Zustände. Alles verschuldet da nach seiner Ansicht die aus falscher Toleranz entsprungene Irreligiosität, die in dem geistlichen Departement ihre staatliche Vertretung hat. Sie führt zur Sittenlosigkeit und diese zur Ehelosigkeit: so beeinträchtigt die Aufklärung das Wachstum der Bevölkerung. Auch hier hatte er zur Abhilfe das Programm bereit: strenge Sonntagsheiligung — auch beim Militär —, Beaufsichtigung der Geistlichen in Lehre und Predigt, Heranbildung eines gläubigen Nachwuchses durch entsprechende Prüfungen und Hinderung des schädlichen Einflusses der Litteratur durch die Zensur. Sein Mann war Zedlitz daher nicht: den „redlichen Chef des geistlichen Departements“ dachte er sich als „den wahren Seelsorger für Millionen Menschen“. Ein Gegner der Toleranz freilich will er darum nicht sein: Juden, Türken und Heiden gegenüber gilt sie, nur im Christentum ist kein Platz dafür, sofern nicht bloß das persönliche Meinen

und Glauben in Betracht kommt. Wer von Amts wegen Jesum zu lehren verpflichtet ist, darf davon nicht ungestraft abweichen; Angriffe und Spöttereien gegen die Religion sind unzulässig.

Ob Wöllner wirklich aus Ueberzeugung sprach? Ob er nicht bestimmte Absichten verfolgte? Einem Thronerben empfiehlt man sich ja nun einmal am besten, wenn man die bewährten Gehilfen des noch regierenden Königs herabsetzt, durch deren Autorität und Verdienst sich jener zum voraus bedrückt fühlt. An Zedlitz' Stelle zu treten meinte Wöllner um so mehr berufen zu sein, als er als Großbeamter des Rosenkreuzerordens im Besitz höherer Weisheit und befähigt sein wollte, den diese auch suchenden Prinzen ihr zuzuführen. Sollte doch das Ziel des Ordens sein, „die Ehre des Allmächtigen in einer gefallenen Welt zum Glück des Menschengeschlechts zu befördern durch die von der göttlichen Barmherzigkeit den höchsten Ordensoberen allein verliehenen übergroßen Kenntnisse und Kräfte". Und derselbe Mann, der sich und seine Gläubigen in solchen Phrasen berauschte, erteilte einem seiner Ordensbrüder einen scharfen Verweis, weil er bezweifelte, daß die Ordensoberen vermöge der ihnen innewohnenden Wunderkräfte aus gekochten Eiern Hühner auszubrüten vermöchten! Bereits im März 1786 ließ er sich durch Bischoffswerder Ormesus Magnus als „unwürdiges Instrument" empfehlen, „um Millionen Seelen vom Untergange zu retten und das ganze Land wieder zum Glauben an Jesum zurückzubringen", war aber auch bereit, sich einstweilen mit dem Posten eines Finanzministers zu begnügen.

Zunächst geschah zwar weder das eine noch das andere. Bald nach dem Thronwechsel aber war Wöllner der mächtigste Mann und hieß im Volksmunde der „Vizekönig" oder der „kleine König". Er wurde Geheimer Finanzrat, erhielt den Adel und war des Königs Vertrauensmann bei der Regulierung des Nachlasses Friedrichs. Die Akademie wählte ihn zum Mitglied und ließ des großen Königs nachgelassene Werke durch ihn zum Druck bringen. In verschiedenen Departements erhielt er einen Platz. Bald hatte er alle Fäden in der Hand. Durch ihn allein ging des Königs Verkehr mit dem Generaldirektorium.

Dazu erschien er freilich manchem etwas sehr subaltern. Aber er besaß Geist, Gewandtheit und Geschäftskenntnis, war thätig, anstellig und dabei doch untergeordnet genug, um ohne Eifersucht gebraucht zu werden. Aber von den Reformen, die er früher gefordert hatte, erfolgten nur einzelne und diese sprungweise und zusammenhanglos. Bald begann die rückläufige Bewegung. Alles huldigte dem „Liebling" des Königs: Bischoffswerder, der vorsorglich zwei seiner Töchter als Ehrenfräulein bei der Königin placiert hatte, Frau Rietz mit ihrem Gatten, Graf Lindenau und Brühl, alles beugte sich ihm willig. Seine Hauptgehilfen aber wurden neben dem neuen Minister v. Werder, der an der Aufhebung der Regie und der Untersuchung ihrer Geschäftsführung hervorragend beteiligt war, drei Brüder v. Beyer — ebenfalls neu geadelt —, von denen der eine als Geheimer Finanzrat im Generaldirektorium, der andere im Kabinett des Königs und der dritte in der Oberrechenkammer saß. Das ermöglichte denn freilich ein pünktliches Zusammenarbeiten an den entscheidenden Stellen. Noch suchten von den alten Ministern einige die Staatsinteressen vor diesen Emporkömmlingen zu schützen, hinter denen natürlich eine Menge untergeordneter, aber nicht minder eigennütziger Gehilfen wirkten. Wöllners Plan einer Kopfsteuer scheiterte an dem Widerspruch der Minister Grafen Hertzberg und Hoym, die nach seinem Ausdruck „noch immer den Satan im Herzen" hatten, das heißt sich von ihm in die Verwaltung ihrer Departements nicht hineinreden lassen wollten. Besonderen Anstoß aber nahmen der König und Vizekönig natürlich an Zedlitz, dem vornehmsten Vertreter der Aufklärung. Ersterer ließ den Minister alsbald wissen, er wolle, daß auf geschickte Prediger gesehen, der Sozinianismus entfernt und die Religion Jesu gelehrt werde, verwarnte ihn auch als guten Juristen, aber schlechten Christen. Ihn zu ersetzen fühlte Wöllner sich förmlich berufen. Und er erreichte sein Ziel: am 3. Juli 1788 erhielt Zedlitz seinen Abschied, und der ehemalige Pastor und prinzliche Kammerrat trat an seine Stelle, um — wie er sagte —, was ihm noch an Jahren gegönnt war, „recht fleißig zur Demütigung der Aufklärer zu verwenden". Das war die Parole, die Preußens

geistige Entwickelung das nächste Jahrzehnt beherrschen und seine politische zu Grunde richten sollte!

Gewiß war die Fridericianische Aufklärung von Irrtümern und Uebertreibungen nicht frei, hatte auch in manchen Köpfen Verwirrung angerichtet. Daran aber war mehr als ihr Wesen ihr französisches Gewand schuld: das begünstigte die Herrschaft der französischen Litteratur und die Nachahmung französischer Unsitte. Dem abzuhelfen bedurfte es jedoch nicht des Bruchs mit den Ideen, in denen die geschichtliche Bedeutung der Aufklärung lag, hätte vielmehr die Beseitigung der Verirrungen genügt. Wenn aber der König erklärte, nicht mehr leiden zu können, daß die Religion Jesu untergraben, dem Volke die Bibel verächtlich gemacht und das Panier des Unglaubens, des Deismus und des Naturalismus öffentlich aufgepflanzt werde, so war das arg übertrieben. So im Stande der Notwehr war das Christentum in Preußen nicht, daß die kirchlich Gläubigen von Staats wegen hätten geschützt werden müssen. Hinter der Fiktion, diesen müsse Toleranz ausgewirkt werden, bargen sich die härteste Intoleranz und die finsterste kirchliche Reaktion, ihnen verbunden Wöllners persönlicher Haß gegen das Fridericianische System, das seinem ehrgeizigen Strebertum sich versagt hatte.

Längst war dieser bereit, die Arbeit zu beginnen. Am 3. Juli 1788 zum Justizminister und Chef des geistlichen Departements in allen lutherischen Kirchen-, Schul- und Stiftssachen ernannt, konnte er schon am 9. Juli das „Edikt, die Religionsverfassung in den preußischen Staaten betreffend", veröffentlichen. Als geduldete Sekten zählte es, von den Juden abgesehen, Mennoniten, Herrenhuter und Böhmische Brüder auf. Evangelischen und Reformierten gebot es unverbrüchliches Festhalten an der alten Agende und Liturgie: durch die beliebten willkürlichen Aenderungen der alten Lehrbegriffe sei zügellose Freiheit eingerissen, die dem Geiste des wahren Christentums widerspreche und alte Sektenirrtümer aufwärme, um sie mit vieler Dreistigkeit und Unverschämtheit durch den gemißbrauchten Namen der Aufklärung unter dem Volk auszubreiten. Daher gelte es die christliche Religion gemäß der Bibel und den sym-

bolischen Büchern jeder Konfession gegen Verfälschung zu schützen. Geistliche und Lehrer, die dagegen fehlen, wurden mit „unausbleiblicher Kassation" und nach Befinden härterer Strafe bedroht, das heißt denken und glauben konnten sie, was sie wollten, verkündigen durften sie allein das staatlich anerkannte Dogma. Und damit sollte den Geistlichen die gleiche Toleranz gewährt sein wie allen Unterthanen und ihrer Ueberzeugung nicht der mindeste Zwang angethan werden! Hieß das nicht Heuchelei und Lüge empfehlen, ja gebieten?

Geistige Nacht brach über Preußen herein. Aller Widerspruch gegen das Religionsedikt blieb wirkungslos. Das Oberkonsistorium büßte ihn mit dem Verlust seiner Befugnisse: es wurde eine bloß beratende Behörde, an deren Meinung die in seines Präsidenten Wöllner Hand gelegte Exekutive nicht gebunden war. Das Zensuredikt vom 19. Dezember 1788 machte jede Erörterung religiöser und dogmatischer Fragen unmöglich. Der Zukunft aber versicherte sich Wöllner durch die Ordnung für die Prüfung der Predigtamtskandidaten vom 9. Dezember 1790. Danach mußte jeder Geprüfte durch Handschlag geloben, die christliche Religion gemäß der in dem — nicht mehr öffentlichen — Tentamen bethätigten Erkenntnis zu lehren. Die dabei vorzulegenden Fragen aber wurden zum voraus festgestellt, auch wie die Antworten, um zu befriedigen, lauten mußten. Diese Prüfungsordnung, die auf planmäßige Verdummung der Geistlichen und Lehrer ausging, war das Werk von Wöllners eifrigstem Gehilfen, des Oberkonsistorialrats H. D. Hermes, der sich schon als Pfarrer in Schlesien als heftigen Gegner des Rationalismus bekannt gemacht hatte und nun mit seinen Kollegen Hillmer und Woltersdorff die Oberexaminationskommission bildete, die den Kandidaten zu attestieren hatte, daß sie nicht „von den schädlichen Irrtümern der jetzigen Neologen und sogenannten Aufklärer angesteckt seien". Ein äußerer Schein ließ sich so wohl erzwingen, ein innerer Wandel nicht. Eher war das Gegenteil der Fall, und im Frühjahr 1794 mußte die Oberexaminationskommission in ihren Berichten selbst anerkennen, daß die bisherigen Maßregeln nichts genützt hätten. Der König war außer sich und machte Wöllners Eitelkeit und

Schwäche dafür verantwortlich. Damit er sich ganz der Sache Gottes widmen könne, entlastete er ihn anderweitig, bedrohte ihn aber zugleich mit Entfernung aus dem geistlichen Ministerium. Zunächst nahm er selbst die Sache in die Hand. Erlasse ergingen, um „in seinen Staaten ein rechtschaffenes thätiges Christentum als den Weg zur wahren Gottesfurcht aufrecht zu erhalten". Er bestimmte, daß bei der Besetzung der Stellen vor allem die von der Examinationskommission als „zuverlässig" bezeichneten Kandidaten berücksichtigt werden sollten. Hinfort hatte jeder Lehrer und Professor vor dem Antritt seines Amtes einen Revers zu unterschreiben, durch den er sich verpflichtete, „weder in seinem Unterricht noch außer demselben auf keine Art weder direkt noch indirekt etwa gegen die christliche Religion, gegen die Heilige Schrift und gegen die landesherrlichen Verordnungen im Religionswesen etwas vorzubringen". Wöllner wurde angewiesen, gegen „renitente Prediger, Schullehrer und Professoren" auf das Schärfste vorzugehen: denn dem Unwesen müsse gesteuert werden, erklärte der König ihm, eher würden sie nicht wieder gute Freunde. Die Sache einheitlicher zu treiben, wurden Hermes und Hillmer auch Mitglieder des Oberschulkollegiums (S. 254). Für diese ärgsten Ausschreitungen der Aufklärungsfeinde ist demnach nicht Wöllner persönlich verantwortlich zu machen. Das Ziel billigte er wohl, aber im Gegensatz zu dem cholerischen Hermes, der immer gleich mit dem Schwert dreinschlagen wollte, empfahl er ein gelindes Verfahren. Doch fügte er sich natürlich dem Willen des Königs und half das von ihm befohlene Schreckensregiment durchführen. Dieses war Friedrich Wilhelms II. persönlichstes Werk. Die Aburteilung der neologischen Pfarrer wurde den Gerichten genommen und dem gefügigen Konsistorium übertragen. Keine Anstellung und Beförderung erfolgte, wenn nicht die Examinationskommission dem Betreffenden seine Rechtgläubigkeit bescheinigte. Die akademischen Lehrer mußten den anbefohlenen Revers ausstellen. Die Wissenschaft mußte sich resigniert Schweigen auferlegen, und der große Königsberger Philosoph sich für seine Abhandlung über „Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft" Entstellung und Herabwürdigung von Haupt- und

Grundlehren des Christentums vorwerfen und sagen lassen, er habe seine Pflicht als Lehrer der Jugend unverantwortlich verletzt und die ihm wohlbekannten väterlichen Absichten des Königs mißachtet, ja die Ermahnung einstecken, sein Talent künftig besser anzuwenden, widrigenfalls er unangenehme Verfügungen zu gewärtigen haben werde. Als „Eurer Majestät getreuester Unterthan" verzichtete Kant darauf, unter dieser Regierung noch über Religion zu handeln. Unter der Hülle der staatlich erzwungenen Gläubigkeit aber hielt wüste Sittenlosigkeit ihren Einzug. Dieser Widerspruch zwischen dem äußeren Schein und dem lockeren Leben der höheren Stände forderte die Spottlust unwiderstehlich heraus, und gegen sie half keine Zensur und keine Examinationskommission. Die Wissenschaft konnte man mundtot machen, aber nicht die frechen Satiren und giftigen Pasquille, die sich in Hohn und Spott über die Regierung ergingen. Sah man doch den kirchlich so eifrigen König selbst den Tag mit elenden Nichtigkeiten, wenn nicht Schlimmerem verbringen, und blickte mit Geringschätzung auf ihn. Der Staat war tief krank. Mirabeau bezeichnete seinen Zustand als Fäulnis vor der Reife.

Ihr schien auch des großen Königs Plan zur Schaffung eines einheitlichen preußischen Rechts verfallen zu sollen. Anfänglich hatte Friedrich Wilhelm ihm Interesse bewiesen. Im Januar 1788, als der zweite Teil des Entwurfs erschienen war, hatte er Carmer den Schwarzen Adlerorden verliehen. Seit Wöllner regierte, änderte sich das. Er focht manche der da aufgestellten Grundsätze an als unvereinbar mit dem unumschränkten Königtum. Da war von Pflichten des Staatsoberhauptes die Rede, namentlich der, einen jeden bei dem Seinigen gegen Gewalt und Störung zu schützen; da sollten landesherrliche Privilegien nur so weit gelten, als sie nicht Rechte dritter verletzten, und wurde dem König die Befugnis abgesprochen, selbst zu richten oder Strafen zu verschärfen. Vor allem wurde die Freiheit der religiösen Ueberzeugung proklamiert: niemand sollte um ihretwillen verspottet oder verfolgt werden dürfen. Wurde das Gesetz, so waren freilich Wöllners rosenkreuzerische Pläne zur Verchristlichung von Kirche und Schule

unausführbar. Wirklich gelang es ihm, das Inkrafttreten des Gesetzbuches, das am 1. Juni 1792 erfolgen sollte, zu hindern. Die französische Revolution bot ihm weitere Argumente dagegen. Schließlich aber waren die Verhältnisse doch mächtiger als der „Vizekönig“. Die neuen polnischen Lande Preußens bedurften absolut einer Regelung des Rechtswesens, und so trat Carmers und Svarez' Werk als Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten am 1. Juni 1794 endlich in Kraft. Das rettete doch in einer Reihe von wichtigen Fragen die Ergebnisse der Aufklärung für Staat und Gesellschaft in Preußen.

Um so unheilvoller wirkte Wöllners Einfluß in anderer Hinsicht. Ihn in erster Linie trifft die Verantwortung dafür, daß Preußen seine europäische Stellung einbüßte. Seine liederliche Finanzwirtschaft verschuldete es, daß ihm im entscheidenden Augenblick die Mittel zu ihrer erfolgreichen Vertretung fehlten. Wenn für irgend einen Staat, so waren für Preußen geordnete Finanzen eine Lebensbedingung. Durch eine außergewöhnliche Kraftanstrengung zur Großmacht erhoben, hatte es die Bedürfnisse, aber nicht die Hilfsmittel einer solchen. Deshalb erkannte selbst Mirabeau die Ansammlung eines Staatsschatzes durch Friedrich II., die er aus wirtschaftlichen Gründen verwarf, als berechtigt an, weil er die Sicherheit des alle Zeit bedrohten Staates verbürgte. Und diesen hat Wöllner in einigen wenigen Jahren verwirtschaftet, so daß Preußen in seiner auswärtigen Politik abhängig wurde von der Börse, dem Kredit und damit dem Auslande. Ihm hatte der König die Verwaltung der Dispositionskasse anvertraut, in die unter Friedrich die Ueberschüsse aller Kassen flossen, um teils zu außerordentlichen Staatsbedürfnissen verwendet, teils in den für einen künftigen Krieg bestimmten Staatsschatz abgeführt zu werden. An diesen fanden gleich während der ersten drei Jahre Friedrich Wilhelms II. (1788—1791) die üblichen Ueberweisungen nicht mehr statt, wohl aber wurde von seinen 50 Millionen eine nach der anderen nicht bloß für andere Staatszwecke, sondern auch für die Bedürfnisse des königlichen Hofhalts verbraucht. Nur vorübergehend besserte sich das unter dem Eindruck, den in den nächsten Jahren die kriegerischen Ereignisse auf den

König machten; doch kehrte man bald zu dem bequemen Verfahren zurück, das den als Kriegsreservefonds geschaffenen Schatz zu einer allgemeinen Staatskasse für außerordentliche Zwecke machte, die Dispositionskasse aber aus einer Staatskasse für außerordentliche Bedürfnisse in eine Privatkasse des Königs verwandelte. Den Minister v. Schulenburg-Blumenberg, der dem entgegenzutreten versuchte, schwärzte Wöllner bei dem König so an, daß er endlich, von harter Ungnade bedroht, sich verzweifelnd das Leben nahm. Im Jahre 1795 war der Schatz leer. Zwar wurde 1796 die Ansammlung eines neuen begonnen: Wöllner gelüstete nach dem so zeitgemäßen Ruhm eines guten Hausvaters. Auch wollte er dadurch mit der ihm eigenen Schlauheit den fremden Gesandten den Einblick in die wahre Lage der preußischen Finanzen verwehren. Es war ein reines Scheinmanöver. Denn während die von Friedrich ersparten 50 Millionen verbraucht waren, hatte man 27 Millionen Schulden gemacht, die mit 1 1/2 Millionen jährlich verzinst werden mußten.

Das bedeutete den Bankerott im Inneren: der in der auswärtigen Politik war die Folge davon. Auch da sollte das fast prophetische Wort furchtbar in Erfüllung gehen, das Mirabeau im Januar 1787 als Summe seiner Berliner Eindrücke geschrieben hatte: „Der Mann ist gerichtet; seine Vertrauten sind gerichtet; das System ist gerichtet.“ —

II. Das Ende des Fürstenbundes. 1786—1790.

Kennzeichnet die innere Politik Friedrich Wilhelms II. der Wechsel zwischen vielverheißenden Anläufen und plötzlichem Nachlassen und Stillstehen, dem dann ein bewußter Rückschritt folgte — beides das Ergebnis der impulsiven, zwar wohlmeinenden, aber der Selbständigkeit und der Ausdauer entbehrenden Natur des Königs —, so kehrt dieser Zug auch in seiner auswärtigen Politik wieder, und zwar stärker ausgeprägt, weil der König auf diesem Gebiete, dem er besonderes Interesse zuwandte, mehr eine eigene Meinung hatte, sich selbst das Ziel steckte und mehr beeinflußt wurde von den großen Traditionen der Fridericianischen Zeit, edlem Ehrgeiz, patriotischem Machtstreben und fürstlicher Begierde nach kriegerischem Ruhm. Daher war auch das Ergebnis hier ähnlich wie dort. Das Kapital von Ansehen und Einfluß, das sein großer Vorgänger Preußen gewonnen, wurde so schnell aufgebraucht wie der von ihm hinterlassene Staatsschatz. Wie er dort den ihm anfangs zujubelnden Unterthanen eine Enttäuschung nach der anderen bereitete, zog er sich hier bei alten und neuen Verbündeten den Vorwurf der Unbeständigkeit und Unzuverlässigkeit zu und ließ den großen Moment ungenutzt verstreichen, wo die seit dem Hubertusburger Frieden gestellte deutsche Frage zu gunsten Preußens gelöst und so auch dessen europäische Machtstellung endgültig gesichert werden konnte. Dem finanziellen Bankerott daheim entsprach der moralische in Deutschland und Europa. Der Grund davon lag auch hier in der Abhängigkeit des Königs von seiner Umgebung und seinen Räten, namentlich von dem ihm schon vor der Thronbesteigung nahe getretenen Hertzberg (S. 251), dessen Meisterschaft in der diplomatischen Technik ihn seine Einsicht in die treibenden Kräfte der europäischen Politik überschätzen ließ.

So ist er auch hier gelegentlich gerade bei dem Gegenteil von dem angekommen, was er gewollt und erstrebt hatte.

Die europäische Lage war bei dem Tode Friedrichs für Preußen nicht günstig. Das Bündnis zwischen Rußland und Oesterreich war durch ihre Pläne zur Eroberung der Türkei vollends gefestigt. Die Verschwägerung Josephs II. mit dem französischen Hofe bot noch immer die Möglichkeit, auch Frankreich dafür zu gewinnen und so die Konstellation zu erneuern, die Preußen 1757 mit dem Untergange bedroht hatte. Dieser Gefahr hatte Friedrich den Fürstenbund entgegengestellt: ohne deutsch-nationale Bedeutung, war er auf einen bestimmten Effekt in der europäischen Politik berechnet und hatte diesen auch ausgeübt, indem er das bayrische Tauschprojekt vereitelte. Er mußte also der Angelpunkt der preußischen Politik bleiben. Auch hatte sich der König bereits als Prinz von Preußen lebhaft für ihn interessiert, und in Regensburg war der geistvolle und gewandte Graf Goertz, einst Friedrichs Gesandter in Petersburg, eifrig bemüht, ihm eine Reihe praktischer Konsequenzen abzugewinnen, wie eine Reorganisation des Reichskammergerichts. Aehnlich war der dem König persönlich befreundete Herzog Karl August von Weimar thätig. Er wollte den Fürstenbund so ausgestalten, daß er über den besonderen Anlaß seiner Entstehung hinaus zu „einem wirksamen Corps“ würde zur Aufrechterhaltung deutscher Freiheit, Sitte und Gesetze, das heißt zu einem engeren Bund innerhalb des Reiches, der auf Grund der erneuten Bundesakte nicht bloß kaiserlicher Willkür und Vergrößerungssucht entgegentreten, sondern, von einem ständigen Ausschuß in Mainz geleitet, die Reichsreform in die Hand nehmen und die Mittel zu seiner eigenen Verteidigung schaffen sollte. Der König billigte diese Pläne. Hertzberg aber, gekränkt durch die Rolle eines dritten Ministers, die Karl August neben ihm und Finckenstein spielte, war anderer Meinung. Ein Schwärmer für den Fürstenbund war er nie gewesen: nur auf ausdrücklichen Befehl und mit unverkennbarem Widerstreben hatte er daran mitgearbeitet. Auch jetzt war sein Hauptargument dagegen die Befürchtung, ein solches Vorgehen könne Oesterreich herausfordern und den Konflikt, den man zu ver-

meiden dachte, vielmehr beschleunigen und verschärfen. Dieser Widerstreit der Meinungen hinderte natürlich den Ausbau des Fürstenbundes überhaupt. Er blieb in seiner ursprünglichen Lockerheit auf den ihm zunächst angewiesenen Wirkungskreis beschränkt.

Trat Friedrich Wilhelm hier, durch die Autorität eines von ihm überschätzten Ministers irregeleitet, die Erbschaft seines großen Vorgängers nicht an und wucherte nicht mit dem ihm hinterlassenen Pfunde, so gab er, ebenfalls im Gegensatz zu den Traditionen der Fridericianischen Politik, in einer anderen Angelegenheit der begreiflichen, aber unpolitischen Aufwallung seines Temperaments nach und stürzte sich in ein Abenteuer, dessen fast unverdient glücklicher Ausgang, obgleich er Vorteil daraus zu ziehen nicht verstand, ihn zur Ueberschätzung seines Ansehens und der Leistungsfähigkeit seines Heeres verleitete.

Seit Jahren war die Republik der Vereinigten Niederlande der Schauplatz erbitterter Parteikämpfe, die zu einem Ringen zwischen dem französischen und englischen Einfluß führten. Daß Joseph II. die Fesseln zu sprengen versuchte, in welche englische und holländische Selbstsucht durch die Sperrung der Schelde Handel und Seefahrt der aus der spanischen Erbschaft an Oesterreich gekommenen belgischen Provinzen geschlagen, hatte die Republik unter dem Einfluß der in den Städten, namentlich Hollands und da besonders in Amsterdam Ausschlag gebenden Großkaufmannschaft zu dem Schutz- und Trutzbündnis mit Frankreich vom 10. November 1785 getrieben. Dieses widerstritt den oranischen Traditionen. Im Einklang mit diesen suchte der Erbstatthalter Wilhelm V. Anlehnung bei England. Deshalb wollte die Partei der sogenannten Patrioten die ohnehin schon geringen Befugnisse des Erbstatthalters noch mehr kürzen und ihm namentlich die Verfügung über das Heer nehmen. Dem widerstrebte besonders seine thatkräftige und ehrgeizige Gattin, eine Schwester Friedrich Wilhelms II., die als preußische Prinzessin vielmehr eine Aenderung der Verfassung im entgegengesetzten Sinne betrieb und dabei auf England rechnete. Der drohende Zusammenstoß zwischen England und Frankreich gab diesen Wirren eine allgemeine Bedeutung. Friedrich der

Große hatte von einer Einmischung zu gunsten des Gatten seiner Nichte nichts hören wollen, obgleich Hertzberg dazu neigte. Nur beschwichtigend hatte er eingewirkt und den Patrioten Mäßigung empfohlen. Der Thronwechsel änderte das. Des neuen Königs Selbstbewußtsein empfand die in dem Schwager seiner Schwester zugefügte Kränkung lebhafter, zumal auch Hertzberg auf Wahrung der dort engagierten Ehre Preußens drang. Auf einen Zusammenstoß mit Frankreich freilich wollte er es nicht ankommen lassen, sondern suchte sich mit ihm über ein gemeinsames beruhigendes Einwirken zu verständigen. Aber noch vorher kam in der Republik der Bürgerkrieg zum Ausbruch. Für ihn rechneten die Patrioten im Notfall auf die Hilfe Frankreichs, das es am Hetzen gegen den Statthalter so wenig fehlen ließ wie England am Schüren des preußischen Unmuts. Da hielten Posten der Patrioten die Statthalterin, als sie zu einer Besprechung mit ihren Anhängern in den Generalstaaten nach dem Haag fahren wollte, am 28. Juni 1787 auf und fast einen Tag wie eine Gefangene. Dann mußte sie nach Nimwegen zurückkehren. Das empfand der König wie eine persönliche Beleidigung. Er verlangte Genugthuung. Aber an eine kriegerische Aktion dachte er nicht, vielmehr hoffte er mit Hilfe des bei den Patrioten starken französischen Einflusses sein Verlangen um so eher durchzusetzen, als die politischen Gegensätze dabei kaum in Frage kamen. Aber das wüste Lärmen der patriotischen Presse, die von einem Zugeständnis an Preußen nichts wissen wollte, erhitzte in Holland die Gemüter, zumal man sah, daß hinter Preußen das verhaßte England stand, um, wie so häufig, durch fremde Arbeit für sich leichten Gewinn zu machen. Die Genugthuung nun zu erzwingen schien für Preußen ungefährlich. Frankreich brauchte es nicht zu fürchten: trotz aller großen Worte war es durch die eben beginnende innere Krisis außer stande, für seine holländischen Schützlinge einzutreten. Gefährlicher konnte Oesterreich werden, wenn es sich der Republik annahm oder Preußens Beschäftigung benutzte, um auf das bayrische Tauschobjekt oder gar die Wiedereroberung Schlesiens zurückzukommen. Das war jedoch nicht mehr zu besorgen, als Rußlands neue Uebergriffe die Türkei zum Kriege

trieben und Joseph II. ihm als dem angegriffenen Teil Hilfe leisten mußte. Außerdem erstand der von Hertzberg befürworteten Politik energischen Handelns eine einflußreiche Fürsprecherin in der schönen Julie v. Voß, der Geliebten des Königs (S. 250), die als Verehrerin englischer Sprache und Sitte auch politisch mit England sympathisierte. Doch machten auch militärische Vorbereitungen auf die holländischen Patrioten keinen Eindruck. Das preußische Ultimatum, das förmliche Abbitte bei der beleidigten Fürstin und Annahme der preußischen Vermittelung in dem Streite der Provinz Holland mit dem Statthalter forderte, wurde abgelehnt. Sofort rückten 20 000 Mann unter dem unlängst zum Feldmarschall erhobenen Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig in Geldern ein.

Ohne nennenswerte Waffenthat führte dieser holländische Feldzug zu einem vollständigen Erfolge, dank den eigenartigen Verhältnissen, unter denen er stattfand, die aber preußischerseits weder gekannt noch in Rechnung gezogen waren. Vielfach wurden die Preußen freudig begrüßt als Befreier von den verhaßten Patrioten. Die gegen sie herrschenden Vorurteile widerlegte ihre musterhafte Mannszucht. Nun blieb trotz der Durchstechung der Dämme und Deiche die Ueberschemmung aus. Die Truppen und mehr noch die Führer der Patrioten erwiesen sich als völlig unbrauchbar. So entfiel den Leitern der Bewegung bald der Mut: sie erklärten sich zu Unterhandlungen bereit. Mit dem Vormarsch der Preußen lebten in der Bevölkerung die oranischen Sympathien auf. Schon am 20. September zog der Statthalter festlich im Haag ein. Nur Amsterdam beharrte im Widerstand, und es schien dort doch noch zu ernsterem Kampf kommen zu müssen. Als aber die Angreifer über das ungesperrt gebliebene Haarlemer Meer setzten und die Stadt vom Rücken her bedrohten, erbot sie sich zum Waffenstillstand, dem am 10. Oktober die Kapitulation folgte. Sie machte der Patriotenherrschaft ein Ende. Mit den Besiegten verfuhr Braunschweig überaus milde: selbst auf den Einzug in Amsterdam verzichtete er. Kriegskosten wurden nicht gefordert, und die 4000 Mann, die, als das Hauptheer Ende Oktober abzog, in Holland blieben, aus preußischen Mitteln unterhalten.

Man ließ sich daran genügen, die Autorität des Statthalters hergestellt und die einer preußischen Prinzessin zugefügte Beleidigung gestraft zu haben.

Für die Republik war dieser Ausgang freilich kläglich. War er aber entsprechend ruhmreich für Preußen? Der eigentlich Besiegte war doch Frankreich. Hatte es anfangs gedroht, Preußens Intervention mit dem Einmarsch von 100 000 Mann zu beantworten, so erklärte es jetzt, auf die Sache nicht weiter zurückkommen zu wollen. Aber viel mehr als Preußen kam diese Demütigung Frankreichs England zu gute: seinen Einfluß in den Niederlanden hatten die preußischen Waffen befestigt. Das Haus Oranien blieb gefährdet: der Haß der unterlegenen Patrioten untergrub seine Stellung planmäßig, begünstigt von dem erstarkenden revolutionären Geiste in Frankreich. Preußen ging leer aus, und Friedrich Wilhelm konnte sich mit seiner Selbstlosigkeit brüsten. Nirgends aber ist solche weniger angebracht als in der Politik. Hier offenbarte sie augenfällig die Inferiorität der preußischen Diplomatie. Sehr zu Unrecht sonnte man sich in Berlin in dem Glanze des in Holland angeblich erworbenen Ruhmes und glaubte den Schmeichlern, die thaten, als ob durch Braunschweig Friedrich der Große übertroffen worden sei. Wer, so hieß es in preußischen Offizierskreisen, vermöge einer solchen Armee zu widerstehen?

Dieses verkehrte Urteil übte auf Regierung, Heer und Volk bedenkliche Wirkungen. Den Dienst, den Preußen England geleistet, vergolten zu sehen durch Hannovers Hilfe beim Ausbau des Fürstenbundes in Karl Augusts Sinn war ausgeschlossen, seit im Januar 1788 Hertzberg den König bestimmte, auf die Verfolgung dieses Planes zu verzichten. Ohne Verständnis und Interesse für die deutschen Dinge, denen er nur untergeordnete Bedeutung beimaß, war Hertzberg, ein diplomatischer Schachspieler großen Stils, mit kunstreich kombinierten Projekten europäischer Politik beschäftigt, auf deren Verwirklichung ein neuer russisch-türkischer Krieg und Josephs II. notgedrungene Teilnahme daran Aussicht zu eröffnen schien. Auch des Königs lebhaften Geist zogen diese so an, daß er seinem Minister in ungeduldiger Thatenlust noch voraneilte. Das brachte in die

preußische Politik einen gewissen Dualismus, wenn nicht in betreff des erstrebten Ziels, so doch der Art, wie es zu erreichen war. Hertzberg dachte durch eine kunstreiche diplomatische Aktion für den entscheidenden Augenblick die Preußen günstigste Konstellation zu schaffen, fand die gegebene aber nie günstig genug, um zu handeln, sondern wollte die Mittel des Staates immer für eine noch günstigere aufsparen. Der König fand an diesem weitläufigen Manövrieren auf die Dauer kein Gefallen. Sein ungeschulter, aber gesunder Menschenverstand erfaßte die Dinge praktischer, wollte rascher vorgehen und drängte zu schnellem, wenn auch gewagtem Handeln.

Darin freilich waren beide einig, daß Preußen nicht ruhig zusehen dürfe, wenn Rußland und Oesterreich durch Bewältigung der Türkei die Machtverhältnisse in Europa völlig verschoben. Denn sicher würden sie sich dann nach der anderen Seite wenden, um die von Kaunitz fest als Ziel im Auge behaltene Zertrümmerung Preußens herbeizuführen. Der Heeresfolge Polens waren sie dabei gewiß. Frankreich ihnen zuzuführen, war Josephs II. Schwester auf dem französischen Throne unausgesetzt bemüht. Die Türkei zu erhalten hatte nun aber auch England das höchste Interesse: es wünschte dazu Preußen ähnlich zu gebrauchen wie eben in den Niederlanden. Auch bestimmte sein Gesandter am Hofe des Erbstatthalters, Sir William Harris, den König während eines Besuches bei seiner Schwester im Juni 1788 persönlich zum Abschluß eines vorläufigen Vertrages, durch den sich beide Mächte zur Sicherung der Republik nach innen und außen verbanden. Auf Grund desselben wurde dann gegen Hertzbergs Rat am 13. August in Berlin ein zweiter Vertrag geschlossen. Die Mächte garantierten einander ihren Besitzstand und sagten sich zu seinem Schutze 20 000 Mann zu. Die Geheimartikel aber erhöhten diese auf 64 000 Mann, vereinbarten gemeinsames Handeln in betreff des Türkenkrieges und nahmen die Zuziehung der Niederlande und Schwedens in Aussicht. Erstere traten schon zwei Tage später (15. August) bei. Der Anschluß des letzteren war sicher, seit König Gustav III. Rußlands Beschäftigung durch den Türkenkrieg zur Wiedereroberung der verlorenen schwedischen Provinzen

zu benutzen versuchte, die russische Flotte an der Fahrt nach dem Mittelmeere hinderte und in Finnland einfiel, während das Rußland verbündete Dänemark durch die Drohung einer preußischen Invasion in Holstein zur Ruhe genötigt wurde. Auch Polen wurde beiden Kaiserhöfen entfremdet. Und da sich auch die Türken tapfer hielten, wurde die Lage Rußlands und Oesterreichs bald schwierig, zumal ihre Hoffnung auf einen französischen Angriff auf Preußen mit dem Bastillensturm hinfällig wurde.

Ueber Erwarten günstig hatte sich die Lage für Preußen gestaltet. Sie auszunutzen, bedurfte es aber des Handelns. Der moralische Schutz, den es volksfreundlich dem siegreichen Aufruhr der Lütticher gegen die Mißregierung des Bischofs Franz, Grafen v. Hoensbroech, gewährte, hatte Preußen weithin Sympathien gewonnen. Auch die Bewegung gegen Josephs II. kirchenfeindliche Reformen, die in den niederländischen Provinzen Oesterreichs immer mächtiger anschwoll, kam ihm zu gute. So plante Friedrich Wilhelm für das nächste Jahr eine wohl vorbereitete militärische Aktion, um die Türkei vor ihren übermächtigen Gegnern zu sichern. Hertzberg dagegen meinte, auch ungewaffnet könne Preußen Schiedsrichter in Europa werden. Sein Vorbild war dabei Friedrichs des Großen diplomatische Aktion von 1770—1772. Nach seinem Plan sollte die Türkei, die, wenn auch bedrängt, doch in erfolgreichem Widerstand beharrte, an Oesterreich die Wallachei und Moldau überlassen, dieses dafür Galizien an Polen zurückgeben und letzteres an Preußen Danzig, Thorn und den Obrabezirk abtreten. Einen solchen Handel diplomatisch zur Annahme zu bringen, hielt der König für ausgeschlossen: er erwartete Krieg und wollte dann Oesterreich gründlich demütigen und dauernd schwächen. Schien es doch fast, als ob dieses noch vor dem preußischen Angriff zusammenbrechen sollte. Der Aufstand in Belgien begann: Ende des Jahres 1789 war diese Provinz so gut wie verloren. In Ungarn, das durch Josephs Reformen seine Nationalität bedroht sah, ließ die wachsende Gärung ein Gleiches erwarten. Böhmen und Mähren waren voll drohender Unzufriedenheit. Auf allen Teilen des Reiches lasteten schwer die ungeheuren

Opfer, die der Türkenkrieg bisher gefordert hatte. Dazu erweckte des Kaisers leidender Zustand die ernstesten Besorgnisse. Eine Katastrophe schien unabwendbar, wenn sich Preußen erhob und im Bunde mit Polen und Schweden der Türkei Luft machte, die belgischen Aufrührer unterstützte und den Ungarn die Erhebung ermöglichte, im Reiche aber vermöge des Fürstenbundes die reichsfürstliche Opposition zu einheitlichem Handeln zusammenfaßte.

So dachte Friedrich Wilhelm auch zu handeln. Die Belgier ließ er zum Ausharren ermuntern und veranlaßte die französische Nationalversammlung zu einer Sympathieerklärung für sie. Er ließ einen seiner Generale ihre Truppen organisieren und half ihnen zur Beschaffung der nötigen Vorräte. Von Lüttich aus, wo er mit seinen Truppen die Stände gegen die drohende Reaktion des Bischofs schützen sollte, trat General v. Schlieffen mit Lafayette, dem Leiter der Bewegung in Frankreich, in Verbindung. Mit der Türkei wurde am 31. Januar 1790 ein Bündnis geschlossen: sie sollte nächstes Frühjahr den preußischen Angriff auf Oesterreich von Kroatien her unterstützen. Obgleich Polen trotz der Aussicht auf Galizien Danzig und Thorn nicht abtreten wollte, kam am 30. März auch mit ihm ein Vertrag zum Abschluß, wonach es dem preußischen Heere 24000 Mann schicken sollte. Ueberall siegte so des Königs Thatenlust über Hertzbergs Vorliebe für die Verfolgung auch der größten Ziele allein auf diplomatischem Wege. Politisch war das zweifellos das Richtige: der Erfolg konnte kaum ausbleiben. Noch war Rußland durch den Türkenkrieg an der Unterstützung Oesterreichs verhindert, Frankreich zu jeder Aktion unfähig: die siegreiche Revolution machte die Sache der Belgier zu der ihrigen und sympathisierte mit ihrem Beschützer, dem sie schon aus Haß gegen Marie Antoinette jeden Triumph über Oesterreich gönnte. Was konnte es Preußen da schaden, daß England weder Belgien unabhängig, noch Danzig und Thorn preußisch sehen wollte und dem Bündnis mit der Türkei entgegen war, weil es im Interesse Hannovers Oesterreich nicht zu schwach und Preußen nicht zu stark wünschte?

Und nun starb inmitten dieser Verwickelungen (20. Fe-

bruar 1790) Joseph II. Auch in Deutschland bekam Preußen nun freie Hand. Mit seiner europäischen Stellung zugleich sah Oesterreich die drei Jahrhunderte behauptete an der Spitze des Reiches aufs äußerste gefährdet. Sie war verloren, wenn der Fürstenbund, von Preußen richtig geleitet, den Augenblick zu benutzen wußte. Der preußischen Politik waren mit diesem Thronwechsel ganz neue Ziele gesteckt. Friedrich Wilhelm war nicht unvorbereitet. Seit er die Aussichtslosigkeit von Josephs II. Zustand kannte, erwog der die Möglichkeit, die Kaiserkrone an ein anderes Fürstenhaus zu bringen. Aber Karl von Zweibrücken, dessen Kandidatur zunächst lag, wäre erst als Kurfürst von Pfalz und Bayern geeignet gewesen, und noch war die dortige Kur in der Hand des ihm verfeindeten Karl Theodor. Auch war Hertzberg nicht geneigt, so weit zu gehen. Der Gegensatz zwischen seiner Neigung, durch diplomatische Künste die Stellung der Gegner unhaltbar zu machen, und der auf eine Entscheidung drängenden militärischen Natur des Königs machte sich auch hier geltend. Ersterer übersah, daß die Dinge nicht stillstehen, und that als ob die augenblicklich so günstige Konjunktur nach Wochen und Monaten noch ebenso bestehen müsse, obgleich England gegen den Krieg war und den Frieden zwischen der Türkei und ihren Gegnern auf Grund des Besitzstandes von vor dem Kriege befürwortete, also sein Tauschprojekt und damit die Vergrößerung Preußens verwarf. Daß er demnach auf die Mitwirkung Englands verzichten müsse, machte auf den König Eindruck: er stimmte weiteren Unterhandlungen zu, um nach ihrem Scheitern England mit sich zu ziehen.

Darüber wurde der günstigste Moment verpaßt und die größte Gefahr für Oesterreich, das Zusammengehen der Aufständischen mit den auswärtigen Feinden, abgewandt durch die besonnene, milde und versöhnliche und dabei kraftvolle Haltung des Thronfolgers. Geschmeidiger und anpassungsfähiger als sein Bruder begriff der bisherige Großherzog Leopold von Toskana, daß er nur nach schneller Beschwichtigung der meuternden Unterthanen und Beendigung des Türkenkrieges sich übermäßiger Anforderungen Preußens werde erwehren oder den Krieg mit ihm wagen können. Er gab die Josephinischen Re-

formen zum größten Teil preis, reinigte die in Geltung bleibenden von Härten und Gewaltthätigkeiten und gewann die öffentliche Meinung durch eine Reihe von Zugeständnissen, die den ihm von Toskana her vorangehenden Ruf eines aufgeklärten und volksfreundlichen Fürsten bestätigten, wahrte sich aber klug eine Stellung, von der aus zu günstigeren Zeiten das augenblicklich Preisgegebene leicht zurückgenommen werden konnte. Belgien und Ungarn freilich erstrebten offen die Unabhängigkeit, und Preußen schien nach wie vor bereit, ihnen dabei zu helfen. Deshalb hielt Kaunitz den Krieg für geboten. Leopold aber ging seinen eigenen Weg. Am 26. März richtete er an Friedrich Wilhelm ein Schreiben, dessen ritterlich freimütiger und gewinnend ehrlicher Ton klug auf dessen Eigenart berechnet war. Er wünsche, so führte er aus, Frieden mit aller Welt; auch mit der Türkei werde er leicht herzustellen sein, wenn Preußen und Polen sie ohne Hilfe ließen, da er nur die im Frieden von Passarowitz (1718) festgesetzten Grenzen verlange. Auch Belgien hoffe er zu versöhnen oder niederzukämpfen, wenn es ohne fremde Hilfe bleibe. Preußen wolle er jede billige Forderung erfüllen, ja selbst dem Fürstenbunde beitreten: nehme der König die ihm vertrauensvoll gebotene Hand an, so sei Europa der Friede gesichert.

Die Aufnahme des Schreibens entsprach nicht ganz den Erwartungen Leopolds. Friedrich Wilhelm hatte sich trotz Hertzbergs Gegenwirken in den Gedanken an Krieg hineingelebt. Auch änderte jede Woche, die verging, ohne daß es zum Schlagen kam, die militärische Lage zu seinem Nachteil. Wenn er trotzdem nicht einfach ablehnte, so veranlaßte das namentlich die Haltung Englands, das plötzlich an der Lebensfähigkeit eines selbständigen Belgien zweifelte und im Türkenkriege um seines Handels willen einen Stillstand vermitteln wollte zum Zweck eines Friedens auf Grund des Besitzstandes vor dem Kriege, einen preußisch-türkischen Angriff auf Oesterreich aber, wie ihn das — freilich noch nicht ratifizierte — Bündnis vom 31. Januar vorsah, entschieden verwarf. Das alles stärkte Hertzbergs Stellung dem kriegslustigen König gegenüber, und so fiel die Antwort auf Leopolds Schreiben mehr nach dem Sinn des

Ministers aus als nach dem des Königs. Auch er, hieß es darin, wünsche vor allem den Frieden und sei nur durch die Abweisung seiner Vermittelung und die übermäßigen Ansprüche Rußlands an die Türkei genötigt, mit Polen und anderen anzuknüpfen, da er eine Teilung der Türkei um der eigenen Sicherheit willen nicht zulassen könne. Der Friede könne erreicht werden durch Herstellung des Zustandes von vor dem Kriege oder besondere Maßnahmen zur Sicherung des europäischen Gleichgewichts. Stellte sich demnach der König friedfertiger als er war, so gab sich Hertzberg einen kriegerischeren Anschein, als seinen wirklichen Absichten entsprach. Er empfahl durch Subsidienverträge von Hessen-Darmstadt und Hessen-Kassel Truppen zur Verwendung in Belgien zu gewinnen, auch preußische dort zu verwenden, um nötigenfalls auch England und die Vereinigten Niederlande zur Fügsamkeit nötigen zu können. Die Rüstungen sollten also nur einen Druck zu gunsten des von ihm festgehaltenen Tauschprojekts ausüben, während der König auf die Verhandlungen nur einging, um nicht als Friedensbrecher zu erscheinen. Näher aber kam man sich nicht. Preußen erklärte, nicht ohne Polen und die Türkei unterhandeln zu können, Leopold nicht ohne Rußland. Immer verwickelter wurde das diplomatische Intriguenspiel, durch das Hertzberg ohne Krieg zum Ziele kommen wollte, immer ungeduldiger wollte der König endlich handeln: spätestens Ende Mai müsse er eine Entscheidung haben.

Es war doch eine ungewöhnliche Naivetät und von einem so erfahrenen Diplomaten fast unbegreiflich, daß Hertzberg die Zauberformel, durch die er den Frieden herzustellen und Preußen ohne Schwertstreich zu vergrößern dachte, Oesterreich, das die Kosten tragen sollte, zu derselben Zeit vertraulich mitteilte, wo er ohne Preußens Verbündete sich auf nichts einlassen zu können erklärte, naiv auch die Art, wie er von der „Seelengröße" Leopolds ihre Geheimhaltung der Türkei gegenüber erwartete, die im Stich gelassen werden sollte. Nach dem Vorschlag, den er am 5. Mai nach Wien richtete, sollte Oesterreich den größeren Teil Galiziens an Polen zurückgeben und dafür auf Kosten der Türkei, die an Rußland die Krim zu überlassen hatte, ent-

schädigt werden. Dann wollte Preußen die Unterwerfung Belgiens nicht hindern und Leopold bei der Kaiserwahl die brandenburgische Stimme geben, seinerseits aber durch Danzig und Thorn vergrößert werden. Leopold verwarf diesen Ausgleich zwar nicht prinzipiell, betonte aber doch das Absonderliche der Zumutung, daß Oesterreich nicht bloß das der Türkei Abgenommene aufgeben, sondern auch Polen vergrößern solle, um diesem eine Abtretung an das an dem Kriege gar nicht beteiligte Preußen zu ermöglichen. Dennoch entnahm Hertzberg daraus die Neigung, darauf einzugehen: ihr nachzuhelfen, empfahl er dem König stärkere militärische Demonstrationen durch weitere Truppenansammlungen in Schlesien und Ostpreußen; auch solle er selbst sich zur Armee begeben. Das werde, meinte er, den Wiener Hof schon nachgiebig machen, zumal die Aussicht, der englisch-spanische Konflikt über den Nutkasund könne die bourbonischen Höfe zum Kriege gegen England einigen und Preußen von dem Angriff auf Oesterreich und Rußland abziehen, bald wieder entschwand. Thatsächlich jedoch dachte man in Wien vielmehr den von Preußen gewollten Kampf aufzunehmen. Auch fand die Ernennung Laudons zum Oberbefehlshaber der in Böhmen gesammelten Armee allgemeinen Beifall. Trotzdem und obgleich er zugab, Galiziens Abtretung erzwingen zu wollen gehe nicht mehr an, da Oesterreich den Vorwand dazu durch Annahme des von England empfohlenen Friedens auf Grund des Zustandes vor dem Kriege jederzeit beseitigen könne, war Hertzberg voller Zuversicht. Selbst als der preußische Gesandte in Warschau, Marquis v. Lucchesini, meldete, daß die Polen die Cession von Danzig und Thorn verweigerten, gab er seinen Plan nicht auf und schürte das aufglimmende Feuer des Krieges in der Zuversicht, es im entscheidenden Augenblick löschen zu können. Die Verbindung mit den Häuptern der ungarischen Nationalpartei, die zum Aufstand rüstete, wurde sorgsam gepflegt und eine Kooperation mit dem Insurgentenheere erwogen. Aehnliche Fäden spann er in Galizien und stand in Paris durch den Gesandten Grafen Goltz mit den Führern der Jakobiner in Beziehung, um Frankreich jede kriegerische Aktion dadurch unmöglich zu machen, daß die Verfassung

dem Königtum das Recht über Krieg und Frieden nahm. Gustav III. von Schweden aber ließ er zur Fortsetzung des unglücklich begonnenen Krieges gegen Rußland anfeuern.

Hertzberg trieb doch ein gewagtes Spiel. Würde er die Kriegslust des Königs im letzten Moment bändigen und ihn bestimmen können, statt der großen Beute, welche die Waffen verhießen, sich mit dem kleinen Gewinn zu begnügen, den die Diplomatie Freund und Feind mühsam abrang? Während der König im Vertrauen auf die Armee, die bei längerem Zuwarten nur verlieren könne, den Erfolg für sicher hielt, betonte Hertzberg warnend die Unbeständigkeit des Kriegsglücks, besorgte aber vornehmlich, Oesterreich könne durch Annahme von Englands Vorschlag, der ihm größere Opfer, aber keine zum speziellen Vorteil Preußens zumutete, sein Tauschprojekt beseitigen und Preußen, wenn es darauf beharrte, vor Europa ins Unrecht setzen. Doch kam Leopold angesichts der ihn im Inneren umdrängenden Schwierigkeiten wirklich noch einen Schritt mehr entgegen, trotz Kaunitz' Abraten, der die gewaffnete Abrechnung mit Preußen empfahl. Am 17. Juni schrieb er nochmals an den König, der bereits bei der Armee in Schlesien weilte. Unter Hinweis auf die bisher bethätigte Versöhnlichkeit und Friedensliebe, die der König teile, erbot er sich zur Entsendung des Staatssekretärs v. Spielmann und des in Berlin accreditierten Fürsten Reuß, um durch offene Aussprache sei es mit dem König selbst, sei es mit seinen Bevollmächtigten, eine Verständigung zu versuchen. Diesem persönlichen Appell nicht nachgeben, hätte Preußens Absichten eingestehen geheißen. Obgleich diese die gleichen blieben, ging der König auf Leopolds Wunsch ein und bevollmächtigte Hertzberg, in dem der böhmischen Grenze benachbarten schlesischen Städtchen Reichenbach mit den österreichischen Gesandten zu verhandeln. Am 26. Juni wurde der Kongreß eröffnet, zu dem auch die Vertreter der Verbündeten Preußens, Englands und der Niederlande, zugelassen werden mußten.

Von den Verhandlungen erhoffte Hertzberg die Unterwerfung Oesterreichs unter seinen Willen. Der König wünschte, daß sie sich zerschlügen, und wollte es dazu treiben, da er ja an der

Spitze seines Heeres höhere Forderungen stellen und energischer auftreten müsse als bisher, während Hertzberg dachte, durch allmählichen Nachlaß von den anfänglichen Forderungen schließlich sein Tauschprojekt doch noch als das für Oesterreich Annehmbarste durchzusetzen. Wurde aber diese Politik nicht schon dadurch hinreichend gekennzeichnet, daß sie zum Maßstab für die Oesterreich aufzuerlegenden Opfer den Gewinn nahm, den das an dem Kriege ganz unbeteiligte Preußen durch den von ihm vermittelten Frieden machen müsse? Auch ließen sich die Verhandlungen, obgleich die Oesterreicher unlängst vor Giurgewo von den Türken geschlagen waren, nicht eben verheißungsvoll an. Daß ihnen wirklich Hertzbergs Tauschprojekt zu Grunde gelegt wurde, war allerdings ein Erfolg Preußens. Um Polen die Abtretung Danzigs und Thorns und des Gebietes längs der Obra samt dem Lande zwischen Netze und Warthe an Preußen zu ermöglichen, sollte ihm Oesterreich danach das beste Stück Galiziens zurückgeben. Dem wollte dieses nur zustimmen, wenn ihm Belgrad blieb. Das lehnte Hertzberg ab. Der englische Vorschlag, einfach den Zustand vor dem Kriege herzustellen, war damit glücklich beseitigt und Oesterreichs Bevollmächtigte waren auf den Teil ihrer Instruktion festgelegt, wonach der Kongreß eine Einigung auf Grund der Ausgleichung gegenseitiger Vorteile versuchen sollte. Nach Rücksprache mit dem Könige und seinen militärischen Ratgebern formulierte Hertzberg in der zweiten Konferenz (29. Juni) die preußischen Forderungen genauer. Wenn Oesterreich zu den 144 Quadratmeilen, die es in Galizien an Polen zu überlassen bereit war, die Kreise Bochnia, Tarnow, Rceczow, Zamosk, die Stadt Brody und die Salzwerke von Wieliczka fügte, Rußland ohne Hilfe lassen, Belgiens Verfassung herstellen und durch das Reich und die Seemächte garantieren lassen und allen an den dortigen Unruhen Beteiligten Amnestie gewähren wollte, sollte es gegen die Türkei die Grenzen des Passarowitzer Friedens von 1718 erhalten, jedoch ohne Belgrad. Solchen Zumutungen gegenüber wandten sich die österreichischen Gesandten um Instruktion nach Wien. Diese ließ lange auf sich warten. Das Mißtrauen im preußischen Hauptquartier wuchs; man argwöhnte einen öster-

reichisch-türkischen Separatfrieden: er hätte freilich Hertzbergs Plan den Boden völlig entzogen. Andererseits eröffnete die steigende Gärung in Ungarn günstige Aussichten. Verlangte, wie im Werke war, der ungarische Reichstag die Garantie der Landesverfassung durch Preußen, so gewann dieses Oesterreich gegenüber eine furchtbare Stellung und konnte des Sieges gewiß sein. Sollte man sich eine solche Gelegenheit entgehen lassen, um das seinem Erfolg nach höchst zweifelhafte diplomatische Schachspiel Hertzbergs fortzusetzen? Das widerstritt des Königs Naturell: er war stets für den Krieg gewesen, hatte nur unterhandelt, erst um Zeit zu den Rüstungen zu gewinnen, dann um auch den Schein des Friedensbruches zu vermeiden, und immer wieder kurze Fristen gesetzt, in denen die Unterhandlungen das Ziel erreicht haben müßten, widrigenfalls er losschlagen würde. In dieser Auffassung bestärkte ihn nun gerade in jenen Tagen gespannten Wartens auf Antwort aus Wien Lucchesini (S. 280), der auf Hertzbergs Wunsch aus Warschau berufen war, um über die Lage in Polen Bericht zu erstatten. Die Militärs waren des thaten- und ruhmlosen Lagerlebens müde, zumal sie sahen, wie die Oesterreicher sich inzwischen in Böhmen verstärkten und unter Laudon immer kriegstüchtiger und zuversichtlicher wurden.

So erfolgte, noch ehe die Antwort aus Wien eintraf, ein vollkommener Umschlag. Am 11. Juli erhielt Hertzberg durch Lucchesini den Befehl, die Herstellung des Zustandes vor dem Kriege als Basis des Friedens zu verlangen. Die Ablehnung sei ein unanfechtbarer Grund zum Kriege: dafür müsse England eintreten, und die Türkei werde es mit neuer Kriegslust erfüllen. Auch müsse nicht bloß die Garantie der belgischen Verfassung, sondern womöglich auch die der ungarischen durch den König in dem Vertrage ausgesprochen werden. Die Lage war also von Grund aus gewandelt, als endlich am 12. Juli die Antwort aus Wien eintraf. Sie acceptierte die preußischen Vorschläge vom 29. Juni in der Hauptsache, wünschte jedoch einige Modifikationen. Und nun sahen sich die österreichischen Bevollmächtigten in dem Augenblick, wo sie die Annahme des Ultimatums aussprachen, vor ein neues, viel übler lautendes

gestellt! Peinlicher noch war die Lage Hertzbergs; doch ließ der Befehl des Königs keine Widerrede zu: waren diese Vorschläge nicht binnen zehn Tagen angenommen, gab es Krieg. Ehe die Entscheidung des Wiener Hofes darüber vorliege, lehnte es der König rundweg ab, sich über irgend welche Einzelheit zu äußern. Hertzberg befahl er das Kriegsmanifest zu entwerfen, den Truppen am 25. Juli in Böhmen einzurücken. Da erklärte in letzter Stunde — den 24. Juli — Fürst Reuß auf Grund neuer Instruktionen, Leopold acceptiere den Besitzstand von vor dem Kriege als Basis des Friedens mit der Türkei. Oesterreich unterwarf sich. Die innere Lage ließ Leopold keine Wahl. Belgien beharrte in siegreichem Aufruhr. Selbst die österreichischen Stände nahmen eine drohende Haltung an. In Galizien gärte es. Der Türkenkrieg dauerte fort. Laudons Tod (14. Juli) entmutigte Armee und Volk. Ungarn stand bereit, sobald Preußen losschlug, sich zu erheben. Bis in seine Grundfesten war der Staat Maria Theresias erschüttert: der Krieg mit Preußen schien seinen Zusammenbruch unabwendbar zu machen.

Mit Oesterreich aber war zu Reichenbach Hertzberg der Besiegte. Sein Tauschprojekt sah er in alle Winde zerstieben, und die weiteren Unterhandlungen führte er nicht mehr als leitender Staatsmann, sondern nach den Befehlen des Königs, den dabei Lucchesini beriet. Kurz angebunden, rücksichtslos, drohend wurde die Sprache Preußens. Wie sie sich drehen und wenden mochten, Spielmann und Reuß mußten sich fügen.

Nach dem vom König selbst aufgestellten Programm wurden die Schwierigkeiten in einer Reihe von Erklärungen beglichen, welche die Mächte am 27. Juli austauschten. Oesterreich schloß mit der Türkei alsbald Waffenstillstand; der Friede sollte den früheren Besitzstand beider herstellen, die Türkei jedoch mit Rücksicht auf den Umfang der Gebiete, die sie zurückerhielt, Oesterreich an einigen Stellen eine bessere Grenze zugestehen unter Vermittelung Preußens, das dafür von Oesterreich eine Kompensation erhalten sollte. Mit England und den Niederlanden versprach dieses dahin zu wirken, daß Belgien nach Herstellung seiner Verfassung sich der österreichischen Herrschaft wieder

beuge. Kämpft Rußland weiter gegen die Türkei, so darf Oesterreich es nicht unterstützen. England und die Niederlande stimmten alledem zu und versprachen, bei beiden Teilen auf die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen hinzuwirken und auf dem Friedenskongreß weiter zu vermitteln.

Es scheint in der Umgebung Friedrich Wilhelms nicht an Leuten gefehlt zu haben, die selbst diesem für Oesterreich demütigenden Frieden den Krieg vorgezogen hätten. Aber bereits am 4. August traf die Ratifikation ein. Preußens Triumph schien vollkommen. War er es aber auch? Verhieß er irgend Dauer? Beide Fragen waren zu verneinen. Das hat Hertzberg, den die öffentliche Meinung sehr mit Unrecht als den Urheber des Reichenbacher Vertrages ansah, nur zu richtig erkannt. Blieb doch die Türkei dem überlegenen russischen Angriff ausgesetzt: was sie nach Preußens anfänglicher Haltung erwarten durfte, wurde ihr nicht geleistet, es sei denn, daß Preußen das gegen Oesterreich durchgeführte Spiel nun gegen Rußland wiederholte. Das beabsichtigte der König auch: einen Teil der nun in Schlesien entbehrlichen Armee wollte er sofort nach Ostpreußen schicken. Und doch fehlten Rußland gegenüber alle die Voraussetzungen, die einer so springenden, im Grunde inkonsequenten Politik Oesterreich gegenüber zum Ziele verholfen hatten. Das Bündnis zwischen diesem und Rußland bestand und gefährdete Preußen nach wie vor. Dem Türkenkriege fern zu bleiben, hatte sich Oesterreich verpflichtet: galt das aber auch von einem russisch-preußischen, zumal wenn Preußen der angreifende Teil war? Würden die Seemächte, welche die Erfüllung der Reichenbacher Verabredungen überwachen sollten, es ihm fern zu halten bereit und fähig sein? Hatte Leopold nicht bloß der Not des Augenblicks nachgegeben, um die erste günstige Gelegenheit zu benutzen, um Preußen die Demütigung heimzuzahlen? Wo waren denn Preußens Bundesgenossen? Von diesen hatte die Türkei zwar auf dem Papiere Gewinn von dem Reichenbacher Vertrage. Würde sie ihn aber gegen Rußland behaupten können? Polen wähnte sich durch Preußen verraten, weil ihm Galizien entging. Schweden mußte eiligst mit Rußland Frieden machen. Auf keine von diesen Mächten konnte

Preußen mehr rechnen. Und nun wurde Leopold der inneren Schwierigkeiten unerwartet schnell Herr und erhob Oesterreich zu der alten Leistungsfähigkeit. Ungarn, von Preußen im Stich gelassen, machte Frieden mit ihm. Belgien wurde wieder besetzt. Von den ihm in Reichenbach verbürgten Zugeständnissen aber war nicht mehr die Rede. Katharina erkannte ihres Verbündeten scheinbaren Abfall an als geboten durch eine außerordentliche Ungunst der Umstände: sie wußte, daß er, sobald die Lage sich gebessert, zur Weiterverfolgung der gemeinsamen Entwürfe zurückkehren werde, ja erhielt die Gewißheit, daß er ihr beispringen werde, sobald Preußen auch ihr ein Reichenbach zu bereiten versuchte. Auch der Türkei wartete eine herbe Täuschung: die Oesterreicher räumten weder die Walachei, noch machten sie Ernst mit den verheißenen Friedensverhandlungen.

Auf dem Papiere erschien die Konvention von Reichenbach wie ein Triumph Preußens. Die widerstrebenden Seemächte mit sich fortziehend, hatte es Europa Gesetze gegeben. Kaum aber gab es seine drohende Haltung auf, als niemand mehr an deren Erfüllung dachte. Preußen war wirklich, wie ein scharf blickender Staatsmann urteilte, obgleich es den Reichenbacher Vertrag diktierte, völlig hinter das Licht geführt. Und doch war das noch das geringste Uebel. Denn nicht daß Oesterreich seine Fesseln bald wieder abstreifte, that dem Ansehen Preußens in den Augen der Welt und namentlich Deutschlands so schweren Abbruch: viel schlimmer war es, daß die Leiter seiner Politik den Punkt, von dem für die Zukunft eigentlich alles abhing, entweder übersehen hatten oder zu gering achteten, um ihn in den Verhandlungen überhaupt zu berühren. Ueber die Jagd nach einigen Stücken polnischen Landes hatte Hertzberg, über die Sorge um das europäische Gleichgewicht der König das Nächstliegende und Wichtigste außer acht gelassen, das Reich und das künftige Verhältnis Preußens und Oesterreichs. Ihre Gegnerschaft, die auch den Konflikt über die Türkei veranlaßt hatte, entsprang dem Fürstenbunde, den auch Leopold als ein Attentat auf die Reichsverfassung ansah und zu sprengen versuchte, indem er den Mainzer Kurfürsten Friedrich Karl v. Erthal ihm abwendig machte. Dieser aber hatte jede

bindende Zusage klug vermieden. Wenn je so war jetzt der Moment gekommen, um den zentralistischen und absolutistischen Tendenzen des Kaisertums Halt zu gebieten und die Stellung der Reichsstände gegen sie zu sichern und den Fürstenbund zu dem leistungsfähigen Körper zu entwickeln, den Karl August von Weimar in Uebereinstimmung mit Friedrich Wilhelm II. daraus zu machen wünschte, indem man Leopold vor der Kaiserwahl auch den im Reiche gegebenen Zustand anzuerkennen und auf jede Anfechtung des Fürstenbundes zu verzichten nötigte. Leopold erkannte die Gefahr richtig: schon bei der geheimen Anknüpfung wegen der Kaiserwahl betonte er Mainz gegenüber seine Freundschaft für den Fürstenbund. Auch wußte er, welchen Schwierigkeiten die Aufstellung einer Gegenkandidatur begegnete. Selbst Hertzberg dachte nicht an eine solche. Der König aber war wenigstens vorsichtig genug, diese Frage bis nach der Entscheidung über Krieg oder Frieden zu vertagen. Dennoch ist sie in Reichenbach nicht zur Sprache gekommen, geschah daher dort nichts, um die seit 1785 allein auf dem Fürstenbunde beruhende Stellung Preußens dauernd zu sichern. Das war der verhängnisvolle Fehler, der den scheinbaren Triumph Preußens in Reichenbach zu nichte machte und den schnellen Zusammenbruch seiner äußerlich so imposanten Stellung verschuldete. Die deutsche Frage, wie sie seit 1745 gestellt war, zu gunsten Preußens zu lösen, ließ man sich eine Gelegenheit entgehen, wie sie so günstig kaum wiederkehren konnte, und enttäuschte und entfremdete dadurch alle die Reichsstände, die seit 1785 in Preußen in dem jener Zeit geläufigen Sinn den Vorkämpfer der deutschen Freiheit gesehen hatten. Namentlich die bisher zu ihm stehenden Süddeutschen sahen sich geradezu Oesterreich preisgegeben. Man begriff nicht, wie Preußen, seit Monaten kriegsbereit, nicht den Mut fand, dem hartbedrängten Oesterreich die Anerkennung des Fürstenbundes abzunötigen und in Gemeinschaft mit der von ihm doch zu diesem Zweck 1785 gesammelten reichsfürstlichen Opposition die so lange geforderte Reichsreform endlich in die Hand zu nehmen.

Die Folgen dieser Versäumnis zeigten sich sofort. Der Ausschluß Leopolds vom Kaisertum kam nicht mehr in Frage.

Eine entsprechend schärfere Fassung der Wahlkapitulation durchzusetzen, erwies sich als unmöglich: Preußen blieb mit den darauf abzielenden Anträgen, so bescheiden sie waren, im Kurfürstenkollegium in der Minderheit, mochte auch die schon so knapp gemessene kaiserliche Autorität in einzelnen Stücken noch mehr gekürzt werden. Am 30. September 1790 wurde Leopold in Frankfurt einstimmig gewählt, am 9. Oktober gekrönt. Wie völlig hatte sich in den neun Monaten seit seiner Thronbesteigung die Lage gewandelt! Der Zusammenbruch Oesterreichs war nicht erfolgt, ja es hatte schließlich keine der so schwer bedrohten Positionen verloren. Insbesondere blieb das Reich auch ferner zu seiner Verfügung, und Preußen konnte, moralisch diskreditiert, den Kampf um die Vorherrschaft fürs erste nicht wieder aufnehmen. Auch Friedrich Wilhelm hatte im entscheidenden Augenblick nicht den Mut gehabt, aus dem Fürstenbunde die Konsequenzen zu ziehen, die ihn zur Erfüllung eines deutschnationalen und zugleich europäischen Berufs befähigt hätten.

Auf lange hinaus hat das die Zukunft Preußens und Deutschlands entschieden. Wie in Europa, so war Preußen auch in Deutschland isoliert. Oesterreich vergaß ihm nie die zwecklose Demütigung von Reichenbach. Rußland harrte nur des Augenblicks, wo es mit Oesterreich gemeinsam Preußen die erfahrene Hinderung vergelten konnte. England und die Niederlande entzogen sich den eingegangenen Verpflichtungen. Die Türkei, Schweden und Polen klagten über Preußens Treulosigkeit. Der Fürstenbund löste sich auf, und der Gedanke an eine Leitung des Reiches durch Preußen erlosch. Wo durfte Preußen, umgeben von offenen Gegnern, geheimen Nebenbuhlern und betrogenen Freunden, bei einer neuen europäischen Krisis Anschluß zu finden hoffen? Seine einzige Zuflucht blieb die Allianz mit Frankreich.

Hundert Jahre später urteilte der größte Staatsmann, den Deutschland hervorgebracht hat, der Schöpfer seiner Einheit, über die Reichenbacher Konvention (Fürst Bismarck, Gedanken und Erinnerungen I, S. 271), er könne sich des Eindrucks nicht erwehren, das damals gegen die Vergrößerung Rußlands und Oesterreichs im Osten eingelegte Veto Preußens sei ein Akt

unfruchtbaren Selbstgefühls gewesen, nach der Art des französischen Prestige, in dem die von Friedrich dem Großen geerbte Autorität zwecklos verpufft wurde, ohne daß Preußen einen Vorteil von dieser Kraftleistung gehabt hätte als den einer befriedigten Eitelkeit über die Bethätigung seiner großmächtlichen Stellung den beiden Kaisermächten gegenüber. Nach seiner Ansicht hätte es vielmehr im Interesse Preußens gelegen, Oesterreichs und Rußlands orientalische Bestrebungen zu fördern und zu befestigen und dadurch ihren Druck auf seine Grenzen abzuschwächen. Denn Preußen war nach seinen militärischen Einrichtungen damals schneller schlagfertig als seine Nachbarn und hätte diese Schlagfertigkeit wie bei manchen späteren Gelegenheiten nutzbar machen können, wenn es sich verfrühter Parteinahme enthalten und seiner damaligen verhältnismäßigen Schwäche entsprechend sich lieber en vedette gestellt hätte, anstatt sich das Prestige des Richteramtes zwischen Oesterreich, Rußland und der Pforte beizulegen. Wäre er, so meint Fürst Bismarck, Minister Friedrich Wilhelms II. gewesen, so würde er eher dazu geraten haben, den Ehrgeiz Oesterreichs und Rußlands in der Richtung auf den Orient zu unterstützen, aber als Kaufpreis dafür materielle Konzessionen zu verlangen, sei es auch nur auf dem Gebiete der polnischen Frage, an welcher man damals Geschmack fand, und mit Recht, so lange man Danzig und Thorn nicht besaß und an die deutsche Frage noch nicht dachte. An der Spitze von 100 000 und mehr schlagfertigen Soldaten und mit der Drohung, sie nötigenfalls in Thätigkeit zu setzen, würde die preußische Politik in der damaligen Situation immer Besseres haben erreichen können als den diplomatischen Erfolg von Reichenbach.

III. Die Intervention in Frankreich. 1790—1793.

Preußens Politik krankte seit Reichenbach an einem inneren Widerspruch sowohl prinzipieller wie persönlicher Natur: ersteres insofern der Staat, dessen innere Entwickelung bewußte Feindschaft gegen die Aufklärung beherrschte, draußen den Beschützer derer spielte, die ihr nationales und politisches Leben eben nach den Prinzipien der Aufklärung neu gestalten wollten, und hier den aufständischen Belgiern, dort den meuternden Ungarn Hilfe verhieß und die Lütticher gegen ihren wortbrüchigen Bischof schützte. Ein persönlicher Widerspruch lag darin, daß der berufene Leiter der auswärtigen Politik über deren Mittel und Ziele anders dachte als der König, der ihm ja auch während der Reichenbacher Krisis das Steuer aus der Hand genommen und das Staatsschiff in einen anderen Kurs herumgeworfen hatte. Dieser Zwiespalt mußte verhängnisvoll werden zu einer Zeit, wo von entgegengesetzten Seiten herandringende Schwierigkeiten Preußen zu hindern drohten, seine Kräfte rechtzeitig an der rechten Stelle ausschlaggebend einzusetzen. Noch hatte zwar zu Reichenbach der König so gut wie Hertzberg den Schwerpunkt der Politik im Osten gesucht: ließ sich aber das entworfene Programm dort durchführen bei der unklaren Stellung Oesterreichs, das zwar unter Preußens Willen gebeugt, aber noch mit Rußland verbündet war? Jedenfalls mußte Preußen sich nach dieser Seite frei und Herr seiner Mittel halten. Würde das möglich sein bei dem Gange, den die Dinge in Frankreich nahmen?

Sich darein verwickeln zu lassen, lag freilich in den Verhältnissen Preußens selbst kein Anlaß. So mächtig der Eindruck war, den die französische Revolution auf das deutsche

Volk machte, er blieb auf das geistige Gebiet beschränkt und griff nicht auf das politische hinüber. Ja, in Preußen wurde man sich unter ihm des Segens recht bewußt, den das Fridericianische System durch die Verbindung eines pflichttreuen absoluten Königtums mit der durch die Herrschaft allein des Gesetzes gesicherten bürgerlichen Freiheit gewährte. Nie habe, rühmte man sich, ein preußischer Monarch die Gesetze seines Landes mißachtet. Und da nach des großen Königs Willen, Gehorsam vorausgesetzt, jeder hatte „raisonnieren", das heißt die öffentlichen Angelegenheiten sachgemäß erörtern dürfen, fehlte hier der anderwärts Generationen hindurch schweigend aufgesammelte Mißmut, die ihm entspringende Erbitterung und Neuerungslust. Eine Verschärfung der Zensur, die Wöllners Gehilfe Hillmer (S. 263) empfahl, erschien unnötig. Die Regierung hegte keine Besorgnis, zumal der König persönlich beliebt war und selbst diesem Regiment eigentliche Gesetzwidrigkeiten doch nicht vorzuwerfen waren. Unangefochten durfte der Königsberger Geschichtsprofessor Mangelsdorff in einer akademischen Festrede der süßen Pflicht des Gehorsams gegen einen wohlwollenden Monarchen das gute Recht unglücklicher Völker gegenüberstellen, despotischer Unterdrückung sich zu widersetzen — ein Kompliment zugleich für die Regierung, die sich solcher angenommen hatte. So konnten in Preußen Regierung und Volk dem, was in Frankreich geschah, zusehen, ohne die Sorge, dadurch in Mitleidenschaft gezogen zu werden.

So dachte auch Wöllner. Anders urteilte Bischoffswerder. Ohne die natürliche praktisch-politische Begabung jenes und den preußischen Verhältnissen fremd, war er als Rosenkreuzer ein Feind der Revolution, in der die Aufklärung zu triumphieren drohte, und daher auch ein Anhänger des Bündnisses mit Oesterreich, das schon durch persönliche Momente der Bewegung in Frankreich Einhalt zu thun berufen schien. In doppelter Hinsicht erstand so in ihm Hertzberg ein Gegner, zumal der König dessen Politik ohnehin nicht mehr billigte, mochte ihm auch der Gedanke an einen Kreuzzug gegen die Jakobiner, wie Bischoffswerder ihn hegte, noch fern liegen. Bei des Königs impulsivem Naturell aber siegte auch hier das leicht erregte Gefühl

über den richtig abwägenden Verstand, und die preußische Politik erfuhr zum zweitenmal einen jähen Umschwung. Während Hertzberg die Revolution benutzte, um Frankreich jedes Einflusses in Europa zu berauben, sah Friedrich Wilhelm in dem Träger der französischen Krone das Königtum als solches gedemütigt, und die steigende Gefährdung der königlichen Familie empörte seinen ritterlichen Sinn. So regte sich bei ihm, noch ehe der zu Reichenbach auf dem Papier gemachte Gewinn realisiert war, weniger aus politischen als allgemein menschlichen Motiven der Gedanke an ein Einschreiten für Ludwig XVI. Schon im September 1790 brachte ihn Bischoffswerder bei dem österreichischen Gesandten, Fürsten Reuß, zur Sprache. Es war der erste Schritt zu einem folgenschweren Engagement Preußens im Westen: er geschah zu einer Zeit, wo die im Osten schwebenden Fragen, in die Preußen sich gedrängt hatte, neue Kriegsgefahr drohten.

Während so der König mit seinem außerordentlichen Berater Pfade einschlug, die denen schnurstracks entgegenliefen, die im Glauben an sein Einverständnis der Minister verfolgte, hielt dieser den Gedanken fest, Preußen in Polen zu vergrößern. Dessen Erstarken galt es für ihn zu hindern und alles zu vermeiden, was Preußens Aktionsfreiheit dort beeinträchtigen konnte. Daher war Hertzberg gegen die Uebertragung der polnischen Krone auf des Königs Neffen, den Prinzen Louis Ferdinand, die Lucchesini im Einverständnis mit einer polnischen Partei betrieb, und auch gegen des Prinzen Ehe mit der Tochter Friedrich Augusts III. von Sachsen, der von anderer Seite als Thronkandidat aufgestellt war. Selbst die erneute Verbindung der polnischen Krone mit dem sächsischen Kurhut schien ihm für Preußen minder gefährlich als ein im Inneren geordnetes und nach außen kräftiges Polen. Aber gegen seinen Rat überließ der König auch die polnische Frage dem Kongreß, der im Dezember 1790 in dem bulgarischen Städtchen Sistowa an der Donau zusammentrat, auf Grund der Reichenbacher Konvention den österreichisch-türkischen Frieden zu vermitteln. Die Aussichten waren nicht eben glänzend. Rußland, gegen die Türkei im Felde im Vorteil, wies alle Friedensmahnungen ab, und

auch Oesterreich erhob neue territoriale Ansprüche an die Türkei. Hatte sich Leopold II. zu Reichenbach vor Preußen nur schweren Herzens gebeugt, als er den Gewinn von drei opferreichen Feldzügen preisgab, so fürchtete er jetzt, dasselbe könne seine immer noch schwierige Lage benutzen, um ihn noch tiefer zu demütigen und sich zu vergrößern. Auch schwebte damals trotz aller offiziellen Ableugnungen wirklich der Handel, durch den Markgraf Karl Alexander von Ansbach und Bayreuth sich gegen eine Jahresrente der Regierung zu gunsten Preußens entäußerte, dieses also weit nach Süden und an die Grenze Böhmens vorrückte. Hertzbergs Sinnen jedoch blieb auf polnisches Land gerichtet. Und eben da setzte die österreichische Politik geschickt ein. Als Sieger von Reichenbach verlangte Friedrich Wilhelm in dem künftigen Frieden von Sistowa als Bürge genannt und damit förmlich als Schiedsrichter von Europa anerkannt zu werden. Auf Oesterreichs Widerspruch verzichtete er zwar schließlich darauf, doch sollte nun wenigstens die Reichenbacher Konvention als Basis des Friedens angeführt, die Demütigung Oesterreichs also vor Europa konstatiert werden. In Wien wollte man sich das gefallen lassen, wenn auch Preußens Verzicht auf jede polnische Erwerbung aufgenommen würde. Ehe aber das Berliner Kabinett sich so die Hände band, ließ es lieber auch jene Forderung fallen. Dadurch ermutigt, erhob Oesterreich auch sonst größere Ansprüche. Man kam dem Frieden nicht näher, und als nun auch in der Türkei die Kriegspartei obsiegte und andererseits die Anzeichen für eine neue österreichisch-russische Kooperation sich mehrten, schien der Krieg unvermeidlich, den Preußen ein Jahr früher unter den denkbar günstigsten Umständen hätte führen können, jetzt aber unter weit schwierigeren führen mußte, wollte es nicht seine ganze Politik gleichsam Lügen strafen. Der Triumph von Reichenbach verflüchtigte sich vollends zu einer Episode, über die Preußen eine unvergleichliche Gelegenheit versäumt hatte.

Inzwischen aber hatte Bischoffswerder seine Wühlarbeit erfolgreich fortgesetzt. Schon im Januar 1791 konnte er in Wien vertraulich wissen lassen, um gemeinsam mit Oesterreich der Revolution entgegentreten zu können, wünsche sein Herr

den Frieden zu beschleunigen und wolle deshalb die Türkei auch Otschakow an Rußland abtreten lassen. Bald danach erschien er selbst in Wien — im tiefsten Geheimnis, unter falschem Namen und in einer unscheinbaren Vorstadtherberge einquartiert —, um dem Kaiser in aller Form ein Freundschafts- und Defensivbündnis anzutragen. Dabei entwickelte er als Vertreter der wahren Absichten seines Königs ein Programm, das mit Preußens bisheriger Haltung so wenig übereinstimmte, daß man dahinter zunächst eine Falle witterte. Auch verhieß er die Entfernung Hertzbergs, der nur augenblicklich noch nicht entbehrlich sei. Dann werde, so legte er mit undiplomatischer Offenheit redselig dar, der König alles bewilligen, wovon man in Wien das gemeinsame Vorgehen zur Rettung des französischen Königtums abhängig mache, jeder Vergrößerung auf Kosten Polens entsagen — es sei denn, daß dieses sich freiwillig zu einer Abtretung entschlösse — und die österreichisch-russische Allianz nicht anfechten; stimme aber Oesterreich der Erwerbung von Danzig und Thorn, sowie von Ansbach und Bayreuth und dem künftigen Tausch der letzteren gegen die beiden Lausitz zu, so wolle er ihm zu einem Teil von Bayern und anderen Gebieten verhelfen. Unaufhaltsam glitt Preußen auf der schiefen Ebene abwärts, die es betreten hatte. Zu Reichenbach über Oesterreich triumphierend, hatte es durch eine ebenso zweideutige wie eigennützige Politik erst seine Schützlinge und Verbündeten im Stich gelassen und stellte sich nun gar in den Dienst eben der Bestrebungen, die der große König als gefährlich für Preußen, Deutschland und Europa unter allen Umständen zu vereiteln gesucht, gegen die er den Fürstenbund gestiftet hatte.

Den letzten Zweck des Bundes mit Oesterreich zu bezeichnen, hütete sich Bischoffswerder noch, und man mag zweifeln, ob der König sah, wohin er geführt werden sollte. Entscheidend wurde, daß der Gegensatz zwischen des Königs und seines Ministers Politik anerkannt und Hertzbergs Entfernung dem Wiener Kabinett gleichsam als Unterpfand für die Ehrlichkeit der Absichten Preußens zugesagt wurde. Bereits am 1. Mai 1791 wurden Graf Schulenburg-Kehnert und Freiherr v. Alvenslebe

zu Kabinettsministern ernannt und nebst Finckenstein mit den weiteren Unterhandlungen beauftragt, angeblich um Hertzberg, der kränklich sei, zu entlasten.

Zudem trat eben damals ein Ereignis ein, das Hertzbergs Politik ihrer wichtigsten Voraussetzung beraubte. Am 3. Mai hatte Stanislaus Poniatowski dem Reichstag in Warschau den Entwurf zu einer Verfassung für Polen vorgelegt, die im Sinne der polnischen Patrioten die von Rußland bedrohte, von Preußen im Stich gelassene Republik durch kräftige Zusammenfassung im Inneren auch nach außen sichern sollte. Das liberum veto sollte abgeschafft, die Leibeigenschaft aufgehoben, die Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen proklamiert und das Wahlkönigtum beseitigt werden, indem Poniatowski zunächst Kurfürst Friedrich August III. von Sachsen, diesem seine Tochter folgen und deren Geschlecht die Krone erblich bleiben sollte. Vergeblich suchten die Parteigänger Rußlands die Annahme zu hindern. Oesterreich und Preußen aber hätten ein Interesse daran gehabt, diese neue Ordnung für die Dauer befestigt zu sehen. Denn Preußen mußte die Minderung des russischen Einflusses, Oesterreich die Sicherung von Danzig und Thorn vor Preußen willkommen sein, zumal dieses, wie Leopold II. bemerkte, nun zwischen Polen und Sachsen wie in einen Käfig gesperrt war. Die Unterhandlungen zu Sistowa gerieten vollends ins Stocken; von der Einlösung der Reichenbacher Zusagen durch Oesterreich war keine Rede: keinen von den Vorteilen erlangte Preußen wirklich, die ihm dort verschrieben waren.

Preußen nahm die polnische Verfassung vom 3. Mai um so mehr mit demonstrativem Beifall auf, als es in dem drohenden Kriege Polen von Rußland zu trennen wünschte. Denn ohne Landgewinn und ohne Rußland wollte Oesterreich von Frieden nichts mehr hören. Der Bund der beiden Kaisermächte war fester als je. Nach Leopolds II. Meinung war damit die Zeit für einen Despotismus vorbei, wie ihn Preußen zu Reichenbach hatte üben können. Sein Bevollmächtigter verließ Sistowa. So blieb nur der Appell an die Waffen. Preußen stellte 80 000 Mann zu einem Einfall in Mähren bereit, obgleich es sich überzeugen mußte, daß auf England, so groß dessen In-

teresse an der Erhaltung der Türkei war, auch gegen Rußland nicht zu rechnen sei.

Um so eifriger betrieben die nun in Berlin leitenden Männer die Verständigung mit Oesterreich. Noch im Mai ward Bischoffswerder zum Kaiser nach Italien geschickt. Nach der Instruktion, die ihm der König erteilte, aber natürlich er selbst eingegeben hatte, wollte Preußen in Polen alles gut heißen, wenn Oesterreich endlich mit der Türkei abschloß und in dem russisch-preußischen Kriege neutral blieb. Schnell zum Ziel zu kommen, sollten die beiden Herrscher selbst in Pillnitz zusammentreffen. Bischoffswerder fand gute Aufnahme. Die Gegnerschaft, die von Kaunitz zu erwarten gewesen, beseitigte der gewaltige Eindruck, den die Nachricht von dem gescheiterten Fluchtversuch Ludwigs XVI. auf den alten Herrn machte. Selbst für ihn gab es nun nur ein europäisches Interesse, die Rettung Ludwigs XVI. und die Sicherung der Monarchie. Mit Katharina II. sah er in jenem alle Souveräne angetastet. Hatte Leopold, so weit er das Kriegstreiben der Emigranten in den Rheinlanden von sich wies, doch ein gemeinsames Einschreiten aller europäischen Mächte in Erwägung gezogen und erwartete schon von der Bethätigung des ernsten Willens dazu einen Erfolg, so schien jetzt der Augenblick der Ausführung gekommen. Damit aber war der Schwerpunkt der europäischen Politik plötzlich nach Westen verlegt. Im Osten hatte Rußland nun gewonnenes Spiel: die Türkei und Polen wurden ihrem Schicksal überlassen. Auch in Berlin dachte man nun nicht mehr an Danzig und Thorn. Hertzberg verlor jeden Einfluß. Seit Monaten beiseite geschoben, auf Befehl des Königs ohne Kenntnis der entscheidenden Vorgänge gelassen, erhielt er am 5. Juli die geforderte Entlassung. Später als seinem Ansehen dienlich war, trennte er sich von seinem Amte. Größere Selbstachtung und eine weniger hohe Meinung von sich würden ihn vor Demütigungen bewahrt haben, wie er sie erfuhr. Dennoch verschmerzte er es nicht, daß er endlich hatte weichen müssen, und hielt es nicht unter seiner Würde, sich auch ferner an den König zu drängen, in der Hoffnung, als Retter aus der Verlegenheit zu Hilfe gerufen zu werden. Der rechte Weg dazu

war es freilich nicht, wenn er in der Akademie, deren Kurator er blieb, den Lobredner der Revolution machte und in der Verherrlichung der Fridericianischen Politik, die doch nicht sein Werk gewesen, zugleich für seinen eigenen Nachruhm sorgte. Die Geschichte Friedrichs des Großen, die er hatte verfassen sollen, blieb ungeschrieben, und von der Sammlung der Denkschriften, Manifeste und Verträge, die er während seiner langen Dienstzeit abgefaßt hatte, wurde die Ausgabe des dritten Bandes 1793 verboten, weil er den Abfall der preußischen Politik von den Fridericianischen Traditionen allzu schlagend erwiesen hätte; erst nach seinem Tode (27. Mai 1795) durfte er erscheinen.

Rasch vollendete sich nun der Umschwung in der preußischen Politik, den Bischoffswerder angebahnt hatte. Am 6. Juli rief der Kaiser von Padua aus die Fürsten Europas auf zur Befreiung der königlichen Familie und Herstellung der Ordnung in Frankreich. Militärische Vorbereitungen erfolgten noch nicht. Denn in Wien mißtraute man Preußen, und in Berlin fürchtete man gegen Frankreich gehetzt zu werden, damit Oesterreich und Rußland im Osten freie Hand bekämen. Da vereinbarte Bischoffswerder mit Kaunitz selbst am 25. Juli einen Vertragsentwurf, der den Abfall von dem Hertzbergschen System besiegelte und die Herrschaft des Systems Bischoffswerder inaugurierte. Oesterreich und Preußen verbürgten einander ihren Besitz, versprachen einander von sonst etwa eingegangenen Bündnissen Mitteilung zu machen und bestätigten die Friedensschlüsse von 1742, 1745, 1763 und 1779: — die Konvention von Reichenbach blieb unerwähnt. Gemeinsam wollten sie auf ein Einschreiten Europas in Frankreich hinwirken, in Polen zusammen mit Rußland für die Erhaltung der Freiheit, das heißt also die Beseitigung der Verfassung vom 3. Mai eintreten und jede Konkurrenz unter sich dadurch ausschließen, daß weder ein österreichischer, noch ein preußischer, noch ein russischer Prinz König werden dürfte. Vor allem tauschte der einstige Beschützer der Ungarn und Bürge der belgischen Verfassung mit seinem neuen Alliierten die Zusage gegenseitiger Hilfe gegen innere Unruhen. Als ob in Preußen solche zu fürchten gewesen wären! Von den Reichenbacher Abmachungen war nun nichts mehr übrig. In diesem

Sinne stellte Kaunitz den Vertrag dem Versailler vom 1. Mai 1756 an die Seite. Wie jener zwischen Oesterreich und Frankreich die Vergangenheit gleichsam ausgelöscht und ein ganz neues Verhältnis begründet hatte, sollte dieser es zwischen Oesterreich und Preußen thun. Der Vergleich traf auch insofern zu, als auch hier kein Feind genannt war und doch nur Frankreich gemeint sein konnte, da durch dessen Vorgehen der defensive Charakter des Bundes alsbald in einen aggressiven verwandelt werden mußte.

Alle Schwierigkeiten schienen gehoben. In Sistowa wurde am 4. August der Friede unterzeichnet — nach Leopolds Urteil kein glänzender, aber doch noch besser, als zu erwarten gewesen. Seine türkischen Eroberungen gab Oesterreich heraus und begnügte sich mit einer Grenzregulierung. Acht Tage später kam in Galatz der Präliminarfriede zwischen Rußland und der Türkei zum Abschluß. Europa schien dem revolutionären Frankreich sein Gebot aufnötigen zu wollen. Nur maß man selbst in Wien dem Paduaer Rundschreiben eine derart verbindliche Kraft nicht bei. Je lauter die Emigranten die Intervention forderten, um so entschiedener erklärte Leopold, daß sie nur erfolgen könne, wenn sämtliche von ihm aufgeforderten Mächte mitthäten. Diese Bedingung aber war unerfüllbar. Daran änderte auch die Zusammenkunft nichts, die der Kaiser mit Friedrich Wilhelm Ende August in Pillnitz bei Friedrich August III. von Sachsen hatte. Wohl zeigte der König Lust, dem Grafen v. Artois und dem ehemaligen Minister Grafen Calonne, die ungeladen erschienen waren und sich nicht beiseite schieben ließen, nachzugeben und die Vorschläge des Kaisers in einem ganz anderen Sinne auszuführen, als sie gemeint gewesen waren. Doch beschwichtigte ihn Leopold. Die lästigen Bittsteller loszuwerden, unterzeichneten die Fürsten am 27. August eine Deklaration, die zwar dem Interesse Ausdruck gab, das alle Fürsten an dem Schicksal Ludwigs XVI. nehmen müßten, seine Bethätigung aber davon abhängig machte, daß die von Padua aus eingeladenen Fürsten sich sämtlich daran beteiligten. Dieser Vorbehalt nahm auch der beschlossenen Kriegsbereitschaft Oesterreichs und Preußens für Frankreich alles Bedrohliche.

Trotz dieses sozusagen platonischen Charakters wirkte die Pillnitzer Erklärung unheilvoll. Die Wortführer der Emigranten thaten, als ob alle ihre Wünsche erfüllt oder doch baldiger Erfüllung sicher wären, während davon auch jetzt nicht die Rede war: Katharina II. dachte nicht daran, sich im Westen zu engagieren. War in Pillnitz doch nicht einmal das Bündnis zwischen Oesterreich und Preußen zu stande gekommen, weil jenes an der russischen, dieses an der türkischen Allianz festhielt. Friedrich Wilhelm bedauerte durch des Kaisers Lauheit zur Unthätigkeit verurteilt zu sein, besorgte aber von einem glücklichen Kriege eine gefährliche Stärkung Oesterreichs. Vollends gegenstandslos aber wurden alle solche Erwägungen, als im September die Annahme der Verfassung durch Ludwig XVI., die auch Leopold empfohlen hatte, jeden Anlaß zum Einschreiten zu beseitigen schien.

An einer Stelle jedoch wurde das als eine Enttäuschung empfunden. Nirgends erging man sich in so leidenschaftlichen Reden gegen die Revolution wie in Petersburg. Katharina selbst schien Feuer und Flamme und that, als ob Europa keine dringendere Aufgabe hätte als den Kreuzzug gegen die Franken. Natürlich: durch die Beschäftigung Oesterreichs und Preußens im Westen wollte sie im Osten freie Hand bekommen, um zunächst mit Polen ein Ende machen zu können. Deshalb gab sie den Dreibund der Ostmächte aus für den berufenen Hüter der europäischen Ordnung und den Vorkämpfer des monarchischen Prinzips und verteilte die Rollen so, daß Oesterreich und Preußen die Revolution in Frankreich bändigten, sie selbst sie in Polen niederwürfe. Denn aller Logik und aller Moral zum Trotz gab sie die nationale Bewegung in Polen für wesensgleich aus mit der Revolution in Frankreich, und spielte sich in einem Atem auf als Beschützerin der durch die Verfassung vom 3. Mai angeblich gefährdeten polnischen Freiheit und des französischen Königs gegen das Freiheitsstreben seiner Unterthanen. Während sie hier als Hüterin der von Gott gesetzten Ordnung den Aufruhr bekämpfte, erhob sie dort im Namen der Freiheit sein Banner. Leichter als den besonnenen Kaiser durfte sie hoffen, den heißblütigen König von Preußen in dies Aben-

teuer zu verstricken. Schmeichelnd lobte sie die schneidige Art, wie er die Beleidigung erlauchter Personen ahnde, und den Eifer, mit dem er die Sache der Könige zu der seinen mache. Aber sie hatte noch ein anderes Mittel in Bereitschaft. Nur widerstrebend hatte Friedrich Wilhelm einer Vergrößerung auf Kosten Polens entsagt. Wie leicht also würde er durch ein Zugeständnis in dieser Hinsicht zu gewinnen sein! Eine neue Teilung Polens verhieß alle Schwierigkeiten zu begleichen. So erhob sich zu derselben Zeit, wo Friedrich Wilhelm nach Hertzbergs Sturz dem Osten den Rücken kehrte, um im Westen die Revolution zu bekämpfen, die polnische Frage von neuem. War Preußen im stande, sein Interesse zugleich hier und dort zu vertreten? Oder durfte ihm zugemutet werden, daß es über die ihm von der Zarin im Westen gestellte Aufgabe der Umwälzung im Osten unthätig zusah?

In Frankreich waren der Ruhe nach Annahme der Verfassung neue Stürme gefolgt. Die Monarchie zu stürzen, brauchte die Gironde den Krieg. In den Verhandlungen über die Emigranten, die trotz kaiserlicher Abmahnung namentlich im Trierschen lärmend gegen Frankreich rüsteten, sowie über die Entschädigung der Reichsstände, die in ihren elsässischen und lothringischen Gütern durch die revolutionäre Gesetzgebung geschädigt waren, schlug sie einen herausfordernden Ton an. Daß der Kaiser einem Einfall mit Waffengewalt begegnen zu wollen erklärte und die Gefährdeten seines Schutzes versicherte, wurde in Paris als Drohung ausgelegt. Marie Antoinette aber warb im geheimen dringend um Hilfe. Ihr Gedanke, das französische Königtum ohne Gewalt durch einen europäischen Kongreß von seinen Bedrängern zu befreien, erwies sich jedoch als unausführbar. Das Bekanntwerden der Note vom 21. Dezember 1791, durch die Leopold ihn bei den Mächten vertraulich zur Sprache gebracht hatte, erbitterte die öffentliche Meinung in Frankreich noch mehr. Dazu die Hand zu bieten, erklärte die Nationalversammlung für ehrlos und Hochverrat. Und dabei unterhandelte Ludwig XVI. bereits in Berlin um gewaffnete Intervention, deren Kosten Frankreich tragen sollte! Ein Versuch der derzeitigen Gewalthaber, durch einen dorthin geschickten

Vertrauensmann Friedrich Wilhelm von diesem Gedanken abzubringen und der Revolution günstig zu stimmen, hatte eher die entgegengesetzte Wirkung. Aber so sehr der König die Monarchie zu retten brannte: handeln konnte er nur in Gemeinschaft mit dem Kaiser. Und dieser beharrte in kühler Zurückhaltung, teils wegen der Gefahren eines solchen Krieges, teils aus Mißtrauen gegen Rußland. Wie würde sich Preußen zu dessen polnischen Plänen stellen? Würde es mit Rußland gemeinsame Sache machen oder im Einverständnis mit Oesterreich Polen schützen?

Unter dem Druck dieser Ungewißheit erfuhr am Wiener Hofe die Auffassung des Verhältnisses zu Preußen einen Wandel. Nur ehrliche Versöhnung mit dem alten Gegner konnte Oesterreich gegen dessen Zusammengehen mit Rußland oder gar mit Frankreich sichern. Sie aber war unmöglich ohne endgültigen Verzicht auf alle Revindikationsgelüste, mit denen man sich in betreff Schlesiens noch immer trug, das heißt den Bruch mit dem 1756 inaugurierten politischen System, an dem man trotz gelegentlicher Zugeständnisse an die Ungunst der Zeiten bisher festgehalten hatte. Man entschloß sich dazu, und nun endlich wurde auf Grund des Vorvertrages vom 25. Juli 1791 (S. 297) das österreichisch-preußische Bündnis am 7. Februar 1792 zu Berlin unterzeichnet. Im Anschluß an den Wortlaut des Versailler Traktats vom 1. Mai 1756 garantierten sich beide Staaten ihren Besitz und versprachen einander 20 000 Mann gegen jeden Angriff von außen oder Aufstand im Inneren, letzteres nach den Geheimartikeln mit Ausnahme des Falles, daß es sich für Oesterreich um Belgien, für Preußen um Westfalen und Ostfriesland handle. Der Gegner wurde auch jetzt nicht genannt. Er konnte nur Frankreich sein. Griff dieses Belgien an, so war Preußen auch dort Oesterreich Hilfe schuldig. Dagegen bestätigte dieses nochmals alle Schlesien betreffenden Verträge und versprach Aufrechterhaltung der Reichsverfassung. Damit entsagte es der Erwerbung Bayerns und nahm Preußen den Vorwand zur Wiederaufnahme der Fürstenbundpolitik. In Polen wollten beide die Verfassung vom 3. Mai 1791 nicht anerkennen und ließen Rußland freie Hand, das neben Eng-

land, den Niederlanden und Sachsen zum Anschluß eingeladen werden sollte.

Dieser lag freilich nicht in Katharinas Absicht: höchstens zu einem Separatvertrage mit Preußen war sie bereit. Vor allem aber waren die Ziele der beiden Verbündeten nicht dieselben. Der Kaiser dachte nach wie vor nur an die Defensive gegen Frankreich, Friedrich Wilhelms Eifer für den Kampf gegen die Revolution wurde gesteigert durch die sich regende Eroberungslust. Der Gegensatz der beiden Monarchen wiederholte sich in Kaunitz und Bischoffswerder. Während jener den Krieg zu vermeiden suchte, dessen Einfluß auf des Kaisers Unterthanen, namentlich die Belgier, er fürchtete, daher Frankreich langmütig begegnete und die Hoffnung auf eine friedliche Lösung festhielt, suchte Bischoffswerder, so sehr er das Einverständnis mit dem Wiener Hofe betonte, des Königs Kriegslust zu entfachen. Nach seiner Ansicht steigerte die milde Sprache jenes bloß Frankreichs Uebermut. Was man dort vorsichtig vermied, durch harte Worte die Leidenschaft der Franzosen zu plötzlichem Ausbruch zu reizen, wäre ihm und dem König gerade erwünscht gewesen. Aber während es den Rosenkreuzer lockte, für das monarchische Prinzip ins Feld zu ziehen, war des Königs realistischem Wesen solcher Idealismus fremd. Opfer zu bringen lag ihm fern. Mindestens verlangte er Ersatz, wenn möglich wollte er Gewinn machen. Genügten militärische Demonstrationen, so sollte Frankreich die Kosten ersetzen, mußte ein Krieg geführt werden, Elsaß und Lothringen abtreten. Einen Teil davon sollte der Kaiser, den anderen der Pfälzer Kurfürst erhalten und dafür Jülich und Berg an Preußen überlassen. Seine naive Begehrlichkeit hielt solche Vorschläge noch für bescheiden, zumal er dann auf die neue Teilung Polens verzichten wollte.

Zu näherer Verabredung, auch wegen der von dem König gewünschten Ernennung Karl Wilhelm Ferdinands von Braunschweig zum Oberbefehlshaber der verbündeten Heere, ging wieder Bischoffswerder nach Wien. Auch jetzt ließ die üble Finanzlage und die Sorge vor Rußland Kriegseifer dort nicht aufkommen, zumal in Paris eben die dem Kriege abgeneigten

Gemäßigten noch einmal ans Ruder kamen. Am 25. Januar hatte die Nationalversammlung, echt französisch, vom Kaiser eine demütigende Bekräftigung seiner friedlichen Absichten verlangt. Seine vornehme, ruhige und sachlich schlagende Antwort vom 17. Februar machte Eindruck. Am 1. März wurde sie ausdrücklich als friedlich anerkannt: die Kriegsgefahr schien beseitigt. Zu derselben Zeit aber, wo dies in Paris geschah, erlag in Wien Leopold II. einem Schlagfluß. Gerade in dem kritischsten Augenblick wurde der Mann abberufen, dessen Umsicht, Besonnenheit und mit Thatkraft gepaarte Mäßigung die kriegerischen Elemente zurückgehalten und damit auch von Ludwig XVI. das Aeußerste noch abgewandt hatte.

Sein Nachfolger Franz II. dachte ganz anders. Ebenso beschränkt wie anspruchsvoll, durchdrungen von dem Glauben an Oesterreichs Zukunft, aber ohne staatsmännische und militärische Begabung, ein Pedant ohne Ideen und ohne Ideale, eine subalterne Natur mit der Scheu einer solchen vor allen reicher beanlagten und höher strebenden Geistern, dachte er von dem Recht der Herrscher und des Absolutismus wie die Emigranten. So wurde er, wofür man seinen Vater fälschlich ausgegeben, das Haupt der bisher zurückgedrängten Kriegspartei, zumal in Paris die Girondisten, die den Krieg aus Gründen der inneren Politik wollten, durch Dumouriez' Schlagwort von Frankreichs natürlichen Grenzen die Leidenschaften vollends erhitzten. Auch in Berlin drangen die Fürsprecher nachsichtigen Zuwartens nun nicht mehr durch, und Friedrich Wilhelm steuerte, ohne seine amtlichen Berater zu befragen, unter dem Einfluß Bischoffswerders ganz in das kriegerische Fahrwasser. Deshalb schätzte man in Wien seine Freundschaft jetzt auch höher. Kaunitz, der aus Mißtrauen gegen Preußen den Krieg scheute, verlor an Einfluß. Doch auch ihm ließ die Verblendung der Girondisten schließlich keine Wahl. Im März 1792 forderte eine französische Note von Franz II. Auflösung der gegen Frankreich geschlossenen Verträge und Zurückziehung der in den Grenzlanden gesammelten Truppen. Die Gegenforderung — endliche Entschädigung der in Elsaß und Lothringen benachteiligten deutschen Fürsten und Herstellung

einer Ordnung im Inneren, welche die Nachbarn nicht gefährdete — wurde am 20. April durch die Kriegserklärung an Oesterreich beantwortet.

Nach den Verträgen vom 25. Juli 1791 und vom 7. Februar 1792 war damit auch für Preußen der Krieg gegen Frankreich gegeben. Der König freute sich, endlich handeln zu können. Die Armee hoffte leichten Ruhm: mehr als die Holländer würden die Jakobiner doch nicht leisten. Vielleicht schloß sich gar ein Teil des französischen Heeres den fremden Rettern seines Königs an. Doch erhoben sich auch gewichtige Stimmen gegen den Krieg, der dem System Bischoffswerder zu dauernder Herrschaft zu verhelfen drohte. Es fehlte in den leitenden Berliner Kreisen nicht an solchen, die sich zu den Ideen der Revolution bekannten und es Preußens für unwürdig hielten, Frankreich gewaltsam an ihrer Verwirklichung zu hindern. Ihr Haupt war des Kronprinzen ehemaliger Erzieher, der Elsässer Leuchsenring. Sie korrespondierten mit Gesinnungsgenossen in Paris, und auf ihren Einfluß rechnete Dumouriez wohl, als er Anfang April 1792 in Berlin vorschlug, Preußen möge in dem Streit über die Entschädigung der Reichsstände und dann auch zwischen den Parteien in Frankreich vermitteln und die Rückkehr der Emigranten auf billige Bedingungen und eine Aenderung der Verfassung im gemäßigten Sinne bewirken. Ob das ernst gemeint war oder Preußen bloß aushorchen sollte, vielleicht um es zu kompromittieren, bleibt zweifelhaft. Jedenfalls kam man den jakobinischen Verbindungen jenes Kreises auf die Spur. Leuchsenring wurde des Landes verwiesen. Seine Partei nahm übrigens auch die schöne Sophie Dönhoff (S. 253): Leuchsenring habe, so erklärte sie, den König ja nur mit gesunderen Grundsätzen der Politik und — der Moral erfüllen wollen, und verließ den Hof. Auch Wöllner war ein Gegner des französischen Krieges. Fußfällig bat er den König, davon abzustehen. Doch kam auch er gegen Bischoffswerder nicht mehr auf. Namentlich scheint er geltend gemacht zu haben, daß dieser Krieg durchaus unpopulär sei. Teilnahmlos sah der Bürger den Staat in ein Abenteuer stürzen, dessen Zweck und Ziel ihm unverständlich blieb. Was gingen Preußen die französischen

Unruhen an? Bekämpfte es nicht eben die Ideen, denen es selbst sein Gedeihen verdankte?

Angesichts des nahen Krieges war die Wahl des neuen Reichsoberhaupts ungewöhnlich schnell und einmütig geschehen. Bereits am 5. Juli wurde Franz II. in Frankfurt zum Kaiser gewählt; am 14. empfing er die Krönung. Dann traf er in Mainz mit dem preußischen König zusammen, und um sie vereinigte sich ein glänzender Kreis von Fürsten und Großen, die als Gäste des Kurfürsten Karl Friedrich von Erthal von einer prunkenden Festlichkeit zur anderen eilten, während ihre Minister bereits berieten, was nach dem Siege geschehen sollte. Dabei handelte es sich namentlich um die den Rettern der Monarchie zuzubilligende Entschädigung. Preußen blickte wieder nach Polen, Oesterreich, für das erst Elsaß und Lothringen, dann das französische Flandern und Hennegau in Aussicht genommen war, glaubte jetzt Belgien gegen Bayern tauschen zu können, und wollte, da es sich so zwar arrondiere, aber für das Aufgegebene doch nicht vollen Ersatz erhalte, Ansbach und Bayreuth zugelegt haben. Daß Preußen das nicht einfach abwies, sondern seine Hilfe zur Erlangung Bayerns zusagte, war kein geringer Erfolg der österreichischen Politik. So hatte in dem Moment, wo es gegen Frankreich zu schlagen galt, Oesterreich Bayern und Preußen Polen im Auge, und da dieses von der Abtretung der fränkischen Fürstentümer nichts hören wollte, suchte jenes einen anderen Weg, um die Gleichheit des beiderseitigen Gewinnes herzustellen.

Gewiß war nur eines: Rußland erhielt im Osten ganz freie Hand. Seit Anfang des Jahres 1792 des türkischen Krieges entledigt und durch die Verwickelung im Westen vor Oesterreich und Preußen sicher, durfte Katharina II. ihre polnischen Pläne jetzt zu verwirklichen hoffen. Ihre Anhänger, die Gegner der Verfassung vom 3. Mai 1791, einigte sie in der Konföderation in Targowicze. Ihre Truppen rangen die nationale Opposition nieder. Am 14. Juli 1792 ging Oesterreich, am 7. August Preußen ein Defensivbündnis mit ihr ein zur Aufrechterhaltung der alten Ordnung in Polen. Während ihre Verbündeten sich im Westen auf Kosten Frankreichs ver-

größern sollten, dachte Katharina den einen Teil der Republik ihrem Reiche einzuverleiben, den anderen zu einem Vasallenstaat herabzudrücken. Aber das Gelingen dieses Planes hing ab von den Erfolgen Oesterreichs und Preußens gegen Frankreich. Und hier traf die Berechnung nicht zu: im Westen ohne die gehoffte Beute, ja bald von Verlusten bedroht, fiel zunächst Preußen der Zarin in den Arm und zwang sie zur Ueberlassung eines Anteils an dem polnischen Raube und zur Lösung der Allianz mit Oesterreich. Eben das hatte Kaunitz von dem Bündnis mit Preußen gefürchtet: die Verantwortung nicht mit tragen zu müssen, zog er sich in den Tagen grollend zurück, wo dasselbe durch den gemeinsamen Angriff auf Frankreich bethätigt werden sollte.

Wie kläglich dieser verlief, ist bekannt. Während das thörichte Manifest des Herzogs von Braunschweig vom 25. Juli durch seine dem blinden Haß der Emigranten entsprungenen Drohungen auch die friedfertigsten Franzosen in das Lager der Kriegspartei trieb, wurden die militärischen Operationen verspätet begonnen und langsam und energielos geführt. Die vorsichtig methodische Strategie Braunschweigs kollidierte mit des Königs vorwärts drängender Thatenlust. Darüber blieb nach dem Fall Longwys (28. August) und Verduns (2. September) der günstige Moment unbenutzt. Gegen seine Ueberzeugung von dem König zum Schlagen genötigt, ließ der Feldherr bei Valmy (20. September) die erkämpften Vorteile unverfolgt. Das entschied den Feldzug. Ein Uebriges that Dumouriez' Verschlagenheit, der Unterhandlungen anknüpfte und einen Separatfrieden mit Preußen zu suchen schien. Darüber verging die Zeit, wo ihm mit Erfolg hätte entgegengetreten werden können. Am 29. September mußte Braunschweig den Rückzug antreten. Die Verhandlungen mit Dumouriez erregten bei Oesterreich Befürchtungen; es zog seine Hilfstruppen nach Belgien zurück. Bald waren die Franzosen im Vordringen und trugen die revolutionäre Propaganda in die Nachbarlande.

IV. Die Teilung Polens und der Baseler Friede. 1792—1795.

Noch nie war ein preußischer Feldzug so kläglich ausgegangen wie der in der Champagne. Aber auch noch keiner hatte so ganz des Rückhalts in der öffentlichen Meinung entbehrt. Sie konnte sich nicht darein finden, den Staat Friedrichs Schulter an Schulter mit Oesterreich fechten zu sehen für eine Sache, die ihn nichts anging. So dachte auch die Armee. Bei aller Selbstüberschätzung und Siegesgewißheit fehlte ihr doch jede Thatenlust. Sie war des grund- und zwecklosen Krieges müde, noch ehe er begann. Außer dem König hatte niemand ein Herz für das Abenteuer, in das man durch Bischoffswerder gestürzt war. Von den Ministern machten der greise Finckenstein und Alvensleben kein Hehl aus ihrer Abneigung gegen den Krieg. Schulenburg, den Bischoffswerder einst gegen Hertzberg ausgespielt hatte (S. 294), fiel während des Feldzuges in Ungnade und wurde durch den Grafen v. Haugwitz ersetzt. Ein geborener Schlesier, von gewinnenden Formen, großer geistiger Beweglichkeit und litterarischen Neigungen, war dieser, nach einer wilden Jugend in den Hafen herrnhutischer Frömmigkeit eingelaufen, tief verstrickt in die herrschende Geheimbündelei. Viel gereist und mit hohen fürstlichen Verbindungen, hatte er den Eintritt in den Staatsdienst wiederholt abgelehnt. Erst als 1791 das Bündnis mit Oesterreich einen Wechsel in der Vertretung Preußens am Wiener Hofe nötig machte, war er, auf den ausdrücklichen Wunsch Leopolds II., als Gesandter dorthin gegangen, ohne die Erkaltung hindern zu können, die über die Entschädigungsfrage alsbald zwischen beiden Höfen eintrat. Nachfolger Schulenburgs wurde er eben in den Tagen des Rückzuges aus der Champagne. Ein

Anhänger des Krieges war auch er nicht: nachdem man aber einmal so weit gegangen war, hielt er es für eine Ehrenpflicht, Oesterreich nicht zu verlassen; doch müsse man zugleich auf möglichst schnelle Herstellung des Friedens bedacht sein. Diese mittlere Richtung machte ihn geeignet, zwischen den widerstreitenden Meinungen einen vorläufigen Ausgleich herbeizuführen. Daher ist er denn auch für den schließlichen üblen Ausgang von beiden Seiten verantwortlich gemacht worden, zum Teil unverdienterweise. Neben ihm aber vertrat, ohne Minister zu sein, im Rat des Königs Lucchesini als Kenner der polnischen Angelegenheiten seine Lieblingsidee, die Vergrößerung Preußens in Polen.

Störender aber noch als dieser Mangel an Uebereinstimmung unter den Räten des Königs wirkten auf die preußische Politik finanzielle Schwierigkeiten ein. Nur für ein Kriegsjahr noch war man der Mittel sicher: dann mußte man sich durch Anleihen zu helfen suchen. Das wurde denn auch von den berufenen Stellen energisch geltend gemacht zur Unterstützung ihrer Bitte um baldigen Frieden. Zunächst freilich vergeblich. Denn je größere Opfer dem Kriege bereits gebracht waren, um so berechtigter schien der Gedanke, für die fernere Unterstützung Oesterreichs im Kampfe gegen die Revolution müsse Preußen sich durch ein Stück von Polen bezahlt machen, schon damit dort Rußland nicht zu mächtig werde. In dieser Kombination glaubte man die Formel gefunden zu haben, welche die Gegensätze beglich. Sie erzeugte doch aber nur den Schein des Zusammenwirkens von Kräften, die thatsächlich nach entgegengesetzten Richtungen auseinander strebten, machte dadurch aber freilich trotz des inneren Zwiespalts die Beteiligten an das Vorhandensein einer zielbewußten preußischen Politik glauben. Den zeitgenössischen Zuschauern schien die Einigkeit der Mächte noch zu bestehen, als sie bereits hart am Bruche standen.

Von den ideellen Momenten, die wenigstens mitgewirkt hatten, als der König sich zum Vorkämpfer der Monarchie aufwarf, war kaum noch die Rede. In Rußlands Interesse war Preußen bereit, Oesterreich die Fortsetzung des Krieges gegen

Frankreich zu ermöglichen, wenn ihm entsprechender Landgewinn verbürgt wurde. So erklärte es in Wien wie in Petersburg, indem es die angeblich gesicherte Zustimmung des einen Hofes dem anderen gegenüber zu benutzen suchte, um den ihm zu bewilligenden Lohn zu steigern. Das ihm versprochene Stück Polen, that Haugwitz in Wien kund, könne der König als eine entsprechende Entschädigung nicht anerkennen: es müsse verdoppelt und ihm die sofortige Besitzergreifung gestattet werden. Die Ueberlassung der fränkischen Fürstentümer an Oesterreich (S. 305) lehnte er endgültig ab, versprach aber den Tausch Belgiens gegen Bayern zu fördern, auch Oesterreich sonst noch zu Erwerbungen zu helfen, sei es im Elsaß, sei es in Südpolen. Nun war die Kriegslage für Oesterreich augenblicklich sehr ungünstig. Es hatte Belgien verloren; Lüttich und Aachen waren von den Franzosen gewonnen. Dabei ließen die Beziehungen des preußischen Hauptquartiers zu Dumouriez einen preußisch-französischen Separatfrieden befürchten. So mußte sich Franz II. fügen (Dezember 1792). Sein Gesandter in Petersburg machte offiziell den Anwalt der preußischen Forderungen, intriguierte freilich gleichzeitig gegen ihre Erfüllung. Jedenfalls hatten Rußland und Preußen beim Vorgehn gegen Polen von Oesterreich zur Zeit Hinderung nicht zu befürchten. So marschierte denn von der einen Seite eine russische Armee auf Grodno, um dem Reichstag die Gutheißung der neuen Raubthat abzuzwingen. Von der anderen rückten preußische Truppen unter Feldmarschall v. Möllendorff ein, um das Land von Aufruhr und Bürgerkrieg zu befreien. Die Teilung war also bereits im Gange, als am 23. Januar 1793 in Petersburg der Geheimtraktat unterzeichnet wurde, der Preußen neben Danzig und Thorn zu sofortiger Besitzergreifung das Land überließ, das eine von Czenstochau über Rawa nach Soldau gezogene Linie begrenzte. Dafür wollte es mit Rußland Oesterreich zu dem belgisch-bayrischen Tausche und sonst noch zu allen Vorteilen verhelfen, die mit dem allgemeinen Interesse irgend vereinbar seien. Ob letztere in Elsaß oder Polen oder wo sonst gesucht werden sollten, blieb eine offene Frage, deren Beantwortung von dem Gange des Krieges abhing. Die bereits begonnene Occupation nahm

ihren Fortgang: im Frühjahr 1793 befand sich Preußen im Besitze des ihm zugebilligten territorialen Lohnes.

Alles verlief nach dem zwischen Berlin und Petersburg vereinbarten Programm. Auch nahm dem Wunsche der Zarin gemäß der Krieg im Westen nun einen größeren Umfang an. Unter dem Eindruck des Königsmordes erging am 22. März zu Regensburg das Reichsgutachten für die Kriegserklärung an Frankreich. Da trat eine Krisis ein. Der Vertrag vom 23. Januar fand bei seiner geflissentlich verspäteten Mitteilung in Wien die übelste Aufnahme. Trotz der Aussicht auf Bayern und fernere preußische Hilfe gegen Frankreich war Franz II. außer sich über den Betrug, der ihm gespielt war. Er machte dafür seine Minister verantwortlich. Am 27. März entließ er den Vizekanzler Graf Cobenzl und den Staatsreferendar Baron Spielmann in Ungnaden und übertrug die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten dem Freiherrn Franz v. Thugut. Das bedeutete einen völligen Systemwechsel. Mit Thugut ergriff ein leidenschaftlicher Gegner Preußens das Steuer der österreichischen Politik. Von dem durch Katharina empfohlenen Beitritt zu dem Petersburger Vertrag war nun keine Rede: Thugut sah darin einen perfiden Bruch des bestehenden Bündnisses von seiten Preußens und hätte am liebsten sofort entsprechend gehandelt. Doch war das zur Zeit nicht möglich. In Polen stand man vor einer vollendeten Thatsache. Der militärischen Occupation hatten Rußland und Preußen die förmliche Besitzergreifung folgen lassen. Schon Anfang Mai war Friedrich Wilhelm in dem preußischen Anteil gehuldigt worden. Dann aber trat in dem Vollzug des Paktes ein Stillstand ein, der Oesterreich erfolgreiches Gegenwirken ermöglichte. Der Reichstag zu Grodno erwies sich unerwartet widerspenstig. Je hilfloser er sich Rußland gegenüber fühlte, um so mehr ließ er, des schadenfrohen Beifalls von Oesterreich gewiß, der Erbitterung gegen Preußen die Zügel schießen. Während er Rußlands Forderungen zustimmte, verwarf er die Preußens. Das verschob die Lage völlig zu dessen Nachteil. Im Besitz ihres Anteils an der Beute, hatte Katharina II. kein Interesse daran, Polens Widerstand gegen Preußens Ansprüche zu brechen; wohl aber konnte sie,

wie erst Preußen gegen Oesterreich, nun dieses gegen jenes ausspielen und beide miteinander verhetzen, um sich zur Schiedsrichterin ihres Streites aufzuwerfen.

Und dabei sollten Oesterreich und Preußen als Alliierte gegen Frankreich im Felde stehen! Dies unmögliche Verhältnis verschuldete den üblen Gang, den die Dinge 1793 auch militärisch nahmen, obgleich der Königsmord Europa gegen Frankreich gewaffnet hatte und so die Bedingung erfüllt war, von der Leopold II. das Einschreiten gegen die Revolution abhängig gemacht hatte. Nur fehlte es auch da an rechtem Einverständnis und Einheit des Handelns. England, das die Führung der Koalition erstrebte, hatte zunächst seinen Vorteil im Auge und suchte ihm die Kräfte seiner Verbündeten dienstbar zu machen. So wurden die anfänglichen Erfolge nirgends ausgenutzt. Zwar eroberte ein preußisches Heer, bei dem der König selbst sich befand, Mainz zurück, und im Elsaß nahm Braunschweig, von den Kaiserlichen unter Wurmser mehr gehindert als unterstützt, die Weißenburger Linien: schließlich aber geriet alles in Stillstand. Denn im Hauptquartier war der Umschlag erfolgt, den die Gegner des französischen Krieges längst betrieben hatten: am 21. September hatte der König die Armee verlassen, um nach Polen zu eilen und Preußen dort vor weiterem Schaden zu bewahren.

Der Verlauf des zweiten Feldzuges gab den Gegnern des Krieges Argumente genug an die Hand. Von ihnen hatte Wöllner, als er zur Besprechung namentlich der schwierigen Finanzlage mit den übrigen Ministern im Januar 1793 in Frankfurt am Main erschien, einen zweiten (S. 304) Appell für den Frieden an den König gerichtet, war aber ungnädig abgewiesen. Noch stand Friedrich Wilhelm ganz unter Bischoffswerders Einfluß. Im Verlauf des Feldzuges aber erlitt dessen Ansehen einen Stoß. Als Militär unbedeutend, als Diplomat verantwortlich für das Bündnis mit Oesterreich, das so unbequem wurde, hatte er obenein, wie es scheint, durch eine dem König mißliebige Ehe dessen Gunst verscherzt. Die Gegner seiner revolutionsfeindlichen Politik kamen auf. Lucchesini, für den Preußens Zukunft in Polen lag, und der Generaladjutant

v. Manstein machten dem König begreiflich, es gelte alle Kraft im Osten einzusetzen. Schien es nach dem Ausgange des Grodnoer Reichstages (S. 310) doch, als ob Preußen überhaupt um den Lohn für die gegen Frankreich geleistete Hilfe gebracht werden solle. Damit verlor der Krieg auch für den König den Reiz: gewährte man ihm für die übernommenen außerordentlichen Leistungen nicht den zugesagten Gewinn, so wollte er auch nicht mehr leisten, als er nach dem Wortlaut des Vertrages mit Oesterreich zu leisten verpflichtet war, also sein Heer auf die bedungenen 20 000 Mann reduzieren. Die Truppen erhielten den Befehl zum Heimmarsch. Wie bald bedurfte man ihrer vielleicht in Polen! Persönlich wollte der König dort Preußens Recht vertreten gegen das verbündete Rußland so gut wie gegen das feindliche Oesterreich. Da bedurfte es dessen nicht mehr. Denn sobald Katharina II. sah, daß Preußen auf seinem Schein bestehe, eilte sie den Widerstand Polens, der auch den Fortgang ihrer eigenen Unternehmungen gefährdete, zu brechen und die Erfüllung ihrer Preußen gemachten Zusagen zu erzwingen. Der Reichstag wurde von neuem berufen. Etliche Oppositionsredner wurden verhaftet, eine Anzahl von Landboten war gekauft. Eine mit dem russischen Bevollmächtigten abgekartete Komödie sollte der Nation gegenüber wenigstens den Schein wahren. Von russischen Bajonetten und Kanonen umstarrt, setzte der Reichstag dem Verlangen nach Erfüllung der Preußen in dem Petersburger Vertrage gemachten Versprechungen verabredetermaßen Schweigen entgegen, das endlich mit sinkender Nacht als Zustimmung gedeutet und gelten gelassen wurde.

So fand Friedrich Wilhelm, als er vom Rhein herbeieilte, bereits alles nach Wunsch geordnet. Seine neuen Erwerbungen umfaßten über 1000 Quadratmeilen mit mehr denn 1 100 000 Einwohnern, nämlich außer Danzig und Thorn, die Westpreußen zugeteilt wurden, die Landschaften Kujavien und Dobrin nebst Czenstochau, die Palatinate Gnesen, Posen, Kalisch, Lenczyk und Sieradien nebst Wielun und Teile von Rawa und Plock, die zu einer Provinz Südpreußen vereinigt wurden. Gewiß war das ein reicher Gewinn. War er aber für Preußen ein Glück? Zunächst war alles in dem trostlosen Zustand echt

polnischer Verkommenheit: in vergrößertem Maßstabe galt es zu leisten, was zwanzig Jahre früher Friedrich in Westpreußen geleistet hatte. An gutem Willen fehlte es Friedrich Wilhelm nicht, nur daß er bei der ersten ernsten Schwierigkeit erlahmte. Dann aber fehlte hier — anders als in Westpreußen — die Anknüpfung an eine wenn auch nur in Resten nachlebende deutsche Kultur. Auch schadete der Uebereifer, den, des Königs Ungeduld zu befriedigen, die ausführenden Organe entwickelten, indem sie den gegebenen Verhältnissen und den in ihnen begründeten Vorurteilen der Bevölkerung nicht Rechnung trugen. Die Begünstigung der Bauern erregte Unzufriedenheit bei Adel und Klerus. Daß man dann vor dieser zurückwich und seine guten Absichten ständischen Vorurteilen opferte, steigerte das Widerstreben jener und erbitterte die Bauern, die ihre Erwartungen getäuscht sahen. Und wenn es endlich Preußen auch damals nicht an tüchtigen und pflichttreuen Beamten fehlte, so entbehrten doch viele der geistigen und sittlichen Eigenschaften, die sie zur Lösung einer solchen Aufgabe befähigt hätten. Das im Staate vorwaltende Interesse war überhaupt nicht auf mühsamen, nur allmählich lohnenden Ausbau gerichtet: eine unruhige Begehrlichkeit erstrebte möglichste Ausbeutung der großen Kombinationen der europäischen Politik.

Wenn nämlich Katharina II. gemeint hatte, durch Auslieferung des ihm zugesagten Teiles von Polen Preußen zur Fortsetzung des Krieges gegen Frankreich gewonnen zu haben, so hatte sie sich geirrt. Friedrich Wilhelm persönlich war wohl dazu bereit: aber woher wollte man das Geld zu einem dritten, vielleicht vierten oder gar noch fünften Feldzuge nehmen? Für das Jahr 1793 hatte Minister Struensee noch notdürftig Rat geschafft. Aber der Staatsschatz, der eben für Lagen wie die gegenwärtige die Freiheit des Handelns hatte sichern sollen, war erschöpft. Die nachteiligen Wirkungen des Krieges auf Handel und Gewerbe wurden immer fühlbarer. Den steigenden Bedürfnissen standen sinkende Einnahmen gegenüber, deren weiteres Zurückgehen die wachsende ausländische Konkurrenz befürchten ließ. Schon erzeugte der wirtschaftliche Verfall hier und da bedenkliche soziale Erscheinungen. In Schlesien gab

es im Sommer 1793 unter den Bauern, Webern und Handwerkern Unruhen. Sollte wohl gar die stolze Zuversicht zu schanden werden, mit der man in Preußen vor den Frankreich zerwühlenden Stürmen völlig sicher zu sein geglaubt hatte? Auswärtige Anleihen konnten dem Geldmangel nur vorübergehend abhelfen. Was weiter geschehen sollte, wurde von den Ministern sorgenvoll erörtert. Das Ergebnis war, daß man ohne reich gemessene Subsidien den Krieg nicht fortsetzen könne. Das wurde im November 1793 in London, Petersburg und Wien mitgeteilt. Für das Jahr 1794 allein beanspruchte man 22 Millionen Thaler, sonst müsse das preußische Heer bis auf 20 000 Mann zurückgezogen werden. Namentlich in Wien war man außer sich über so maßlose Ansprüche. In einem eigenhändigen Schreiben beschwor Franz II. die Zarin, ihren ganzen Einfluß der Habgier Preußens entgegenzusetzen, die, um ihr Ziel zu erreichen, es darauf ankommen lassen zu wollen scheine, unter den Verbündeten Zwietracht zu stiften auf die Gefahr hin, Europa einer alle Ordnung und alles Glück zerstörenden Anarchie zu überliefern. Die Erfüllung der Forderungen Preußens schien demnach ausgeschlossen, sein Austritt aus der Koalition gewiß. Feldmarschall Möllendorff, der Braunschweig im Kommando am Rhein ersetzt hatte, erhielt im März 1794 den Befehl, das Heer nach Köln zu führen und dort das weitere abzuwarten.

Aber schon bereitete sich ein Umschlag wieder auf die andere Seite vor. England wollte Preußen im Felde halten, um so auch Oesterreich zur Fortsetzung des Krieges zu nötigen. Denn es besorgte, Rußland, vor jeder Störung sicher, könne gemeinsam mit Oesterreich, das in Polen leer ausgegangen war, die Türkei angreifen und ihr ein ähnliches Schicksal bereiten wie eben im Bunde mit Preußen Polen. So erneute sich innerhalb der Koalition die Gruppierung der Mächte, die zur Zeit der Kongresse zu Reichenbach und Sistowa bestanden hatte, Oesterreich und Rußland auf der einen, die Tripelallianz Preußen, England und die Niederlande auf der anderen Seite. Vergeblich hatte Preußen (Februar 1794) den Freiherrn Karl August von Hardenberg, der, früher in hannoverschen, dann

braunschweigischen Diensten, auf Empfehlung des ihm befreundeten Haugwitz nach der Abdankung des Markgrafen Karl Alexander als preußischer Kabinettsminister mit der Verwaltung Ansbachs und Bayreuths beauftragt und dort sehr tüchtig bewährt war, an den Höfen der vorderen Reichskreise um Gewährung materieller Beihilfe für das preußische Heer werben lassen. Da erboten sich die Seemächte, ihm die Fortsetzung des Krieges zu ermöglichen. Sofort lebte die Kriegslust des Königs wieder auf. Auch hatte Haugwitz stets gewünscht, man möge Oesterreich die Treue halten und bis zum Frieden an seiner Seite bleiben. Die Aussicht auf diesen wuchs bei Preußens Beharren im Felde; deshalb meinten auch die Gegner des Krieges sich das gefallen lassen zu können, wenn es Preußen nichts kostete. So unterzeichnete am 19. April 1794 Haugwitz im Haag mit dem englischen Gesandten Lord Malmesbury einen Vertrag, nach dem Preußen gegen Zahlung von 300 000 Pfund Sterling Mobilmachungsgeldern und eine monatliche Beihilfe von 50 000 Pfund Sterling vom 1. April bis zum Jahresschluß England und den Niederlanden ein Heer von 62 000 Mann zur Verfügung stellte. Ueber seine Verwendung sollte später Vereinbarung getroffen werden, dabei jedoch der Vorteil der Seemächte maßgebend sein. Daraus mußte neuer Streit entstehen. Während England vor allem Belgien wieder erobern wollte, wünschte Friedrich Wilhelm am Rhein gegen die Königsmörder zu fechten. Vor allem aber war es Preußens unwürdig, sich der selbständigen Verfügung über einen so beträchtlichen Teil seines Heeres zu begeben und sie von der Zustimmung fremder Kabinette abhängig zu machen. Schon stellten auf Grund ähnlicher Verträge Hessen-Kassel und Baden England Truppen gegen Frankreich: nur durch die Verhältnisse, nicht seinem Wesen nach unterschied sich der Haager Vertrag von jenen. Er stellte Preußen auf eine Stufe mit jenen deutschen Kleinfürsten und trieb den Menschenhandel im großen Stil, dessen jene sich ihren beschränkten Mitteln gemäß im kleinen schuldig machten. Um die persönlichen Wünsche des Königs zu befriedigen und die Entscheidung, welche die aufs äußerste gespannte Lage dringend forderte, hinausschieben zu können, that

Preußen Söldnerdienste bei den Seemächten. Und jetzt fehlten die entschuldigenden Momente, die einst Friedrich I. zur Seite gestanden hatten, als er in ähnlicher Weise seine Mittel für fremde Interessen einsetzte. Ein idealer Gewinn, wie er in der Anerkennung der Königskrone damals in Aussicht stand, war jetzt nicht zu machen. Weil seine Leiter den Mut der Entscheidung nicht fanden, sondern gleichzeitig alle Möglichkeiten des Gewinnes offen halten, jedenfalls niemand anders allein gewinnen lassen wollten, stieg der Staat Friedrichs des Großen, ohne eine militärische Katastrophe erlebt zu haben, von der Höhe seiner europäischen Machtstellung herab, um als Söldner großen Stils fremde Dienste zu nehmen. Die Vergeltung blieb nicht aus: furchtbar wurde er vom Schicksal beim Wort genommen.

Zunächst erwies sich der Haager Vertrag als ein Schlag ins Wasser. Der Ausbruch des Aufstandes in Polen brachte alles wieder in heillose Verwirrung. Sehr geschickt half die französische Diplomatie dort, wo Preußen für die gegen die Republik geleisteten Dienste seinen Lohn suchte, einen Brand entflammen, den zu löschen Rußland und Preußen sich vor allem anderen angelegen sein lassen mußten. Den Gegnern des französischen Krieges im Rate Friedrich Wilhelms kam das kaum ungelegen. Konnte von der Leistung des den Seemächten zugesagten Söldnerdienstes nun noch die Rede sein, sei es am Rhein, sei es in Belgien, zumal die im Haag verheißenen Zahlungen auf sich warten ließen? Keckere Kombinationen griffen noch weiter aus. Wie, wenn Preußen sich auf den polnischen Aufstand warf, der das gärende Südpreußen zu ergreifen drohte, und dann weitere Stücke von Polen, namentlich Krakau, auf das längst Oesterreichs Begehrlichkeit gerichtet war, an sich nahm und sich so zum voraus Ersatz schaffte für das, was im Westen verloren ging? So dachte Lucchesini. Dazu aber mußte man des Krieges im Westen ledig sein. Ihn zu beenden, mahnte dringend auch die finanzielle Lage. Denn da man nun auch in Polen Truppen brauchte, stieg der monatliche Bedarf für das Heer auf zwei Millionen Thaler. Und wie lange war man der englischen Subsidien sicher? Schon hatte die Frage

nach der Verwendung der preußischen Truppen ernste Differenzen veranlaßt und Preußen versah sich der Kündigung des Vertrages. Was dann?

Auf die Kunde von dem siegreichen polnischen Aufstand hatte Friedrich Wilhelm dem Andringen seiner Räte endlich nachgegeben. Statt, wie er beabsichtigt hatte, an den Rhein zu gehen, war er den nach Polen geworfenen Truppen gefolgt. Anfang Juni traf er bei der Armee ein. Mit den Russen vereinigt, schlug diese den Diktator Kosziusko, besetzte am 15. Juni Krakau und stand bald vor Warschau, dessen Belagerung sie begann. Fiel es, so thaten sich vor Preußen große Aussichten auf. Für ihre Verwirklichung im entscheidenden Augenblick die nötige Kraft einsetzen zu können, durfte es aber auch jetzt nur hoffen, wenn es nicht mehr mit seiner Hauptmacht am Rhein gebunden war. Sich dort völlig loszumachen, wurde der König jedoch noch immer vergeblich bestürmt. Das that auch Möllendorff, der dort den Befehl führte, aber auch nach seinem Siege bei Kaiserslautern (23. Mai) unthätig blieb und den englischerseits verlangten Zug zur Eroberung Belgiens verweigerte. Am liebsten hätte der alte Herr mit Frankreich Frieden gemacht, knüpfte auch bereits geheime Verbindungen an. Die Minister aber verlangten für Hardenberg Vollmacht, damit er zunächst wegen eines Waffenstillstandes, dann wegen eines Friedens und zwar, wenn ein allgemeiner nicht erreichbar sei, wegen eines Separatfriedens Fühlung suche.

Davon wollte der König nichts hören. Statt sich im Westen frei zu machen und alle Kraft auf Polen zu wenden, wollte er sich vielmehr der polnischen Händel schnell entledigen, um am Rhein das Schwert entscheidend in die Wagschale zu werfen. Nun gingen aber die Dinge in Polen immer übler. Die Belagerung Warschaus machte keine Fortschritte, zum Teil infolge des leidenden Zustandes des Königs, der seine Thatkraft lähmte. Dabei wurde die Haltung Rußlands und Oesterreichs immer feindlicher. Der polnische Aufstand aber griff nach Südpreußen hinüber. Deshalb mußte die Belagerung Warschaus am 6. September aufgehoben werden, und die Preußen traten den Rückzug an. Die polnischen Insurgenten folgten ihnen, schlugen

eine Abteilung am 2. Oktober bei Bromberg, nahmen dieses und bedrohten Danzig und Graudenz. Ja, bis Frankfurt an der Oder streiften ihre Raubscharen, und selbst in Berlin hielt man Truppen zur Abwehr eines Handstreichs bereit. Im Westen aber mußte Möllendorff, obgleich er wieder einzelne Vorteile über die Franzosen gewonnen hatte, über den Rhein zurückkehren, als die Oesterreicher unter Clerfait das linke Ufer den Franzosen vollends preisgaben. Zum drittenmal wandte sich in diesem kritischen Momente Wöllner an den eben heimgekehrten König. Er beschwor ihn, sofort die ganze Rheinarmee zurückzurufen. Er erinnerte ihn an des großen Kurfürsten Verhalten bei den Schwedeneinfällen in die Mark (1675) und in Preußen (1679). Er bat ihn, sich ja nicht einreden zu lassen, es könnten, auch nachdem die treulosen Engländer ihre Zusagen unerfüllt gelassen, die Mittel zur Fortsetzung des Krieges am Rhein noch beschafft werden. Die Armee werde den Befehl zur Heimkehr mit Jubel begrüßen, das Volk sich in patriotischer Begeisterung erheben und an den polnischen Krieg seinen letzten Groschen setzen. Werde in Polen noch vor Beginn des Winters Ordnung gemacht, so sei der Staat gerettet, und „eigene Konservation gehe doch allem vor“. Auch Friedrich der Große habe im zweiten schlesischen Krieg mit Oesterreich Frieden gemacht, ohne dem alliierten Frankreich ein Wort davon zu sagen. Ob aber Wöllner den Eindruck seiner guten Gründe auf den König steigerte, indem er sie in niedrig kriechender Devotion vorbrachte — „Ich komme,“ so schloß sein Schreiben, „zum drittenmal als treues Tier zu den Füßen meines guten, ach zu guten Herrn gekrochen. Und nun sterbe ich ruhig“ — darf wohl bezweifelt werden. Befolgt wurde sein Rat so wenig wie der der übrigen Minister und Generale. Und inzwischen leisteten, was Preußen nicht gekonnt, die Russen unter Suworow, indem sie die Ordnung in Polen herstellten und auch Südpreußen von den eingedrungenen Insurgenten befreiten und zum Gehorsam zurückführen halfen. Dadurch wurde das Ansehen Preußens, auch bei den eigenen Unterthanen, natürlich nicht gehoben. Die Strenge aber, womit der König das Geschehene an dem doch nur zum Teil schuldigen Lande ahndete, entfremdete und er-

bitterte und erzeugte eine Gärung, die niederzuhalten dauernder harter Druck notwendig war.

Trotz alledem konnte Friedrich Wilhelm nicht zum Entschlusse kommen: unbeständig schwankte er zwischen den sich bietenden Möglichkeiten in Ost und West. Niedergedrückt von all diesen Widerwärtigkeiten, zudem körperlich leidend, tief verstimmt durch die Einstellung der englischen Zahlungen, die — längst erwartet — eben damals erklärt und durch Zweifel an der Bundestreue Preußens begründet wurde, und von den Ministern bestürmt mit trostlosen Schilderungen der finanziellen Erschöpfung, hatte er erst am 8. Oktober Möllendorff endlich erlaubt, unter Umständen über den Rhein zurückzugehen. Unter dem Eindruck der russischen Siege in Polen und der Aussicht auf neues Entgegenkommen der Seemächte, fiel er alsbald wieder in die alte Kriegslust zurück. Diese wieder zu ertöten, war das Ergebnis nur allzu geeignet, zu dem die Beratungen einer Ministerkommission über die Finanzlage führten. Die kompetentesten Staatsbeamten konstatierten dabei einstimmig, außer einem im Inlande aufzunehmenden Darlehen von Scheidemünze, welche staatliche und landschaftliche Kreditinstitute bei Kapitalanlagen ausschlossen, und gesteigerter Ausprägung von Groschen und Kreuzern sei keine Hilfsquelle mehr vorhanden, die für die Beschaffung der zur Fortführung des Krieges nötigen Mittel irgend Ertrag verheiße. Angesichts der so erklärten Leistungsunfähigkeit des Staates erneuten die Minister den „patriotischen Wunsch, der König möge seinen bis jetzt so glücklichen Unterthanen je eher je lieber den zur allgemeinen Wohlfahrt und Glückseligkeit so notwendigen Frieden unter zweckmäßigen Bedingungen zu verschaffen geruhen“. Das ganze Volk sei erfüllt von dem Wunsche nach Frieden und Ruhe, widerstrebe aber ganz besonders dem französischen Kriege, während es für die Dämpfung der polnischen Unruhen eher Opfer zu bringen bereit sein werde.

Eben in diesen Tagen nun wurde der König durch Möllendorff, der, zum Rückzug nach Westfalen angewiesen, doch Bedenken trug, die Rheinlande ganz ungeschützt zu lassen und daher wenigstens einen Waffenstillstand zu vereinbaren wünschte, von der geheimen Anknüpfung unterrichtet, die dazu mit Frank-

reich erfolgt war. Auch sein Oheim, Prinz Heinrich, empfahl dringend eine Verständigung mit Frankreich, die leicht sei, sobald dieses für den Fortgang des Krieges Preußens westfälische Lande schone, seine polnischen Erwerbungen anerkenne und für die Erhaltung Bayerns eintrete. Diese Autorität fiel bei dem König schwer ins Gewicht. Die „Bahn war gebrochen", wenn sie auch selbst jetzt noch nicht entschlossen verfolgt wurde. Jedenfalls war es ein Gewinn für Preußen, daß es in dem Streben nach Frieden alsbald mit einem Teil der Reichsstände die so lange verlorene Fühlung wiedergewann. Kaum eingeleitet, führte die Lösung von Oesterreich zur Wiederaufnahme des Gedankens, der den Fürstenbund ins Leben gerufen hatte. Bayern, das Preußen erst in Gemeinschaft mit Rußland an Oesterreich hatte ausliefern wollen, sollte nun erhalten werden. Das bahnte freilich auch dem französischen Einfluß nach Süddeutschland den Weg, der sich dort ohnehin schon einzunisten begann. Denn Hessen-Kassel hatte bereits zu Anfang des Jahres in Paris um Frieden geworben. Besonders eifrig wirkte für einen solchen der Koadjutor Karl Friedrichs von Mainz, Freiherr v. Dalberg: wollte Preußen nicht vorangehen, dachte er die Vermittelung der Neutralen, Dänemarks und Schwedens, anzurufen. Der Kurfürst von Trier war des Krieges längst müde. Ebenso dachte man in Pfalz-Bayern, in Zweibrücken um so mehr, als der Fortgang des Krieges möglicherweise die Aussichten des Tauschprojekts steigern konnte. Wie stark die Friedensbewegung im Reiche war, bewies die gute Aufnahme, die in Regensburg Kurmainz' Antrag auf ein Reichsgutachten gegen den Krieg fand, obgleich Oesterreich ihn bekämpfte. Seit der Thermidor der Schreckensherrschaft ein Ende gemacht hatte, mußte es für Friedrich Wilhelm etwas Lockendes haben, sich an ihre Spitze zu stellen. Es verhieß seinem lebhaften nationalen Empfinden die größte Befriedigung, wenn es ihm gelang, dem Reiche den Frieden wiederzugeben. Das überwand seine letzten Zweifel. Ende Oktober wurde dem Wunsche Möllendorffs gemäß beschlossen, einen Bevollmächtigten nach Basel zu schicken, um über die Entlassung der Gefangenen zu unterhandeln und dabei zu erkunden, ob Frankreich zum Frieden bereit sei. Die Truppen sollten nun

wieder am Rhein bleiben, um einen Druck auf Frankreich auszuüben und auch zum Schutz gegen mögliche Zwischenfälle. Denn über die Gefangenen und die Schonung von Preußens westfälischen Landen sich zu verständigen war leicht; aber bei der Frage nach Frieden oder auch nur nach Waffenstillstand mußte alsbald die nach dem Schicksal der linksrheinischen Lande zur Sprache kommen. Für Preußen war der Rücktritt vom Kriege unmöglich, ohne daß darüber wenigstens eine stillschweigende Verständigung erfolgte. Zu größeren Zugeständnissen war Friedrich Wilhelm nicht geneigt, da inzwischen Polen durch Suworow vollends niedergeworfen war, er sich also im Osten frei wußte und im Notfall den Krieg im Westen fortsetzen konnte.

Nun trafen aber diese Erwägungen schon nicht mehr zu, da ein neuer Umschlag im Osten die letzten Voraussetzungen der preußischen Politik aufgehoben hatte. Selbstsüchtig und zweideutig wie diese war auch die Politik der Verbündeten Preußens, die in Wahrheit doch seine Neider und Nebenbuhler waren: sie benutzten seine selbstverschuldete Isolierung, um ihm die Uebervorteilung heimzuzahlen, die sie von ihm erfahren hatten. Während Preußen in Basel bei den Verhandlungen mit Frankreich entgegen den Absichten, die das Verbleiben seines Heeres am Rhein vermuten ließ, Untreue wider seine Alliierten übte und Deutschlands Interesse voreilig preisgab, wurde es selbst das Opfer noch ärgerer Untreue. Konsequenterweise hätten die Verhandlungen abgebrochen werden müssen, als Frankreich die Abtretung des ganzen linken Rheinufers forderte: statt dessen meinte man in Berlin sein Ansehen zu wahren und das Odium dieser Abtretung von sich auf die Gesamtheit abzuwälzen, indem man die Entscheidung darüber dem allgemeinen Frieden vorbehielt, das von Frankreich aufgestellte Prinzip jedoch stillschweigend anerkannte, sich aber für den davon zu erwartenden Verlust unter der Hand reiche Entschädigung sicherte. Denn die Gefahr, welche die zwischen den beiden Kaisermächten in Petersburg schwebenden Verhandlungen über eine neue, auch Oesterreich gehörig vergrößernde Teilung Polens drohten, mahnte zu schleuniger Freimachung des Heeres im Westen. So kam Hardenberg, der den noch vor dem Abschluß verstorbenen Grafen

von der Goltz in Basel ersetzt hatte, mit Barthélémy, dem Bevollmächtigten Frankreichs, zu dem gewünschten Einverständnis: am 5. April 1795 unterzeichneten sie den Baseler Frieden, der bereits zehn Tage danach ratifiziert war.

Er bezeichnet eine tief einschneidende Epoche in der Geschichte Preußens und Deutschlands. Widerspruchsvoll und unklar gegenüber den gegebenen Verhältnissen und daher unzureichend auch gegenüber ihrer weiteren Entwickelung, beruhte er doch auf einem neuen politischen Gedanken, dessen Berechtigung die Zukunft erweisen sollte, indem er die Verschiedenheit der Interessen des nördlichen und des südlichen Deutschland anerkannte und eine wirksame Vertretung der ersteren ohne Oesterreich, ja gegen Oesterreich als möglich erwies. Die nachmals als kleindeutsch bezeichnete Richtung der deutschen Politik bethätigte sich in ihm zum erstenmal. Zu ihr hatte sich freilich schon Prinz Heinrich bekannt, wenn er die deutsche Frage durch eine Teilung Deutschlands zwischen Preußen und Oesterreich nach Nord und Süd gelöst und daher Preußen Verbindungen meiden sehen wollte, die es hinderten, bei günstiger Gelegenheit sich auf Kosten seiner Mitstände zu vergrößern. Von hier aus scheint der Prinz auch auf die schließliche Haltung Preußens zu Basel eingewirkt zu haben. Nur läßt sie auch bei dieser entscheidenden Wendung Klarheit und Folgerichtigkeit vermissen und mischt Schwäche und Gewaltthätigkeit, Zaghaftigkeit und Habgier. Die Führerschaft in Deutschland zu gewinnen, war es jedenfalls nicht der rechte Weg, sie sich gewissermaßen durch Frankreich zubilligen zu lassen, ja durch Preisgebung deutschen Landes zu erkaufen. Darauf lief es doch hinaus, wenn der Friede, nach dem die Franzosen die rechtsrheinischen Lande Preußens binnen vierzehn Tagen räumten, die linksrheinischen aber bis zur Entscheidung über ihre Zukunft in dem allgemeinen Frieden behielten, nicht bloß in betreff der Entlassung der Gefangenen gleich auf Pfalz-Bayern, Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt, Mainz und Sachsen ausgedehnt wurde, sondern überhaupt für alle die rechtsrheinischen Reichsfürsten — außer Oesterreich — gelten sollte, für die sich Preußen binnen drei Monaten verwenden würde. Der wahre Sinn dieser Ab-

machungen, die mehr einem Waffenstillstand als einem Frieden entsprachen, erhellte aus den Geheimartikeln. Danach enthielt sich Preußen auch gegen alle sonst von den Franzosen besetzten Gebiete jeder Feindseligkeit und wurde Norddeutschland durch eine Demarkationslinie abgegrenzt, welche die Franzosen nicht überschreiten durften. Die Schwierigkeit, die da in betreff Hannovers entstehen konnte, falls England den Krieg fortsetzte, sollte gehoben werden, indem Preußen dann dasselbe in Sequester nahm. Für die Einbuße, die es erlitt, wenn in dem allgemeinen Frieden das linke Rheinufer französisch blieb, sollte Preußen auf dem rechten entschädigt werden. Daß die Kosten die geistlichen Fürsten und kirchlichen Stifter zu tragen hätten, war nicht ausgesprochen, aber nach Lage der Dinge selbstverständlich.

Daß man den Baseler Frieden österreichischerseits als Verrat verschrie, war natürlich. War er es aber nach dem, was gleichzeitig Oesterreich gegen Preußen plante und zum Teil schon ausführte? Die beiden bisher wider Willen alliierten Mächte waren einander würdig. Während die eine die andere an Rußland verriet, verriet diese sie an Frankreich: in betreff der Moralität ihrer Politik standen sie beide gleich tief oder — gleich hoch. Daß man aber hier wie dort zu solchen Mitteln griff, ja, wollte man den Gegnern nicht gewonnenes Spiel geben, greifen mußte, entsprach der Verfahrenheit der deutschen und der europäischen Lage. Die Künste der schulmäßigen Diplomatie waren am Ende: auch diese kranke Zeit konnte nur mit Blut und Eisen geheilt werden. Dadurch aber geriet Preußen mit sich selbst in einen neuen Widerspruch. Jahrelang hatte es die Revolution bekämpft: jetzt bekannte es sich zu ihr und verband sich mit ihr zur Durchführung ihrer Anschauungen im deutschen Reich. Aber auch das war nicht das Ergebnis einer scharfblickenden und kühn zugreifenden Politik, die beim Zusammenbruch des alten Reiches von den Trümmern möglichst viel an sich bringen wollte, entsprang vielmehr einer Ratlosigkeit und Schwäche, welche, als sie den bisher verfolgten Weg zu dem erstrebten Ziele als ungangbar erkannte, kurz entschlossen das Ziel darangab und, um überhaupt etwas zu erreichen, die gerade entgegengesetzte Richtung einschlug. Der Eindruck da-

von mußte bei Freund und Feind für das Ansehen Preußens verhängnisvoll sein, und es war arge Selbsttäuschung, wenn Hardenberg, stolz auf sein Werk, den Baseler Frieden als sicher, vorteilhaft und ehrenvoll rühmte. Nur wer Frieden um jeden Preis als das dem Staat Friedrichs des Großen Erwünschteste und Geziemendste ansah, konnte so urteilen. Vielmehr hat das zu Basel inaugurierte System Preußen in dem nächsten Jahrzehnt dauernde Unsicherheit, vielfache Benachteiligung und empfindliche Kränkung seiner Ehre eingetragen: es hat den Zusammenbruch des Fridericianischen Staates verschuldet. Wer sollte noch ernstlich mit diesem als einem ausschlaggebenden Faktor rechnen, wenn er sah, wie er das Spiel, dessen er sich in dem Verhältnis zu Frankreich schuldig gemacht, in größerem Maße noch und unter erschwerenden Umständen im Osten alsbald wiederholte?

Die förmliche Eröffnung der Verhandlungen zu Basel stand noch bevor, als Katharina II. am 3. Januar 1795 einen neuen Triumph feierte, der, nur durch Preußens Beschäftigung am Rhein und seine Verfeindung mit Oesterreich ermöglicht, sie das in Polen verfolgte Ziel im wesentlichen erreichen ließ. Von diesem Tage datiert ihr Vertrag mit Oesterreich, nach dem beide Mächte angesichts der durch die Erfahrung erwiesenen Unfähigkeit des durch russische Waffen wieder unterworfenen Polen, sich eine kraftvolle Regierung zu geben oder unter der Herrschaft der Gesetze sich unabhängig zu erhalten, in ihrer Weisheit und Friedensliebe es für den Frieden und das Glück ihrer Unterthanen als notwendig erkannt haben, zu einer endgültigen Teilung der Republik unter die drei Nachbarstaaten zu schreiten, und deren Modalitäten sowie den Preußen zu gewährenden Anteil gemeinsam festsetzten. Den Löwenanteil sicherte sie natürlich sich selbst. Gegen Anerkennung der Teilung von 1793 erhielt Oesterreich Krakau zugewiesen, dann Sandomir und das Galizien nördlich benachbarte Land zwischen dem Bug im Osten und der zur Weichsel gehenden Pilica im Westen. Der Rest war Preußen zugedacht, aber nach einer an demselben 3. Januar 1795 unterzeichneten geheimen Deklaration nur unter der Bedingung, daß es sich einverstanden erklärte mit der Ausführung der

weiteren Pläne, die Katharina einst (1782) mit Joseph II. vereinbart hatte, das heißt der Errichtung einer russischen Sekundogenitur in den Donaufürstentümern und der Erwerbung der Donaufestungen von Nicopolis bis Belgrad für Oesterreich, dem außerdem, falls ihm Eroberungen auf Kosten Frankreichs nicht gelängen, das venetianische Festland, Dalmatien und Istrien, zugedacht wurden. Griff Preußen einen von beiden Staaten an, so sollte der andere diesem mit ganzer Kraft Hilfe leisten. Wie die russische Politik im Januar 1793 gemeinsam mit Preußen Oesterreich übervorteilt hatte, bereitete sie jetzt mit diesem Preußen das gleiche Schicksal. Unter dem Vorwand, im Interesse Europas der Revolution in Frankreich Einhalt zu thun, ihrem Einbruch in Deutschland zu wehren und die gleichgearteten polnischen Umsturzpläne zu hindern, vernichtete Katharina Polen vollends und leitete die Aufteilung der Türkei ein. Aber an dem Kampfe gegen Frankreich selbst teilzunehmen, war sie auch jetzt nicht zu bestimmen: sie müsse, behauptete sie, sich bereit halten zur Abwehr eines preußischen Angriffs, zumal wenn Preußen, wie nach den Baseler Verhandlungen zu erwarten stehe, sich mit Frankreich, der Türkei und Schweden verbünde. Dieser Eventualität, die Hannover bedroht hätte, galt das Bündnis Rußlands mit England vom 18. Februar 1795, dem Oesterreich am 20. Mai beitrat.

Als ein diplomatisches Meisterstück wird diese russisch-österreichische Aktion anerkannt werden müssen. Ohne daß eine Interessengemeinschaft die Dauer ihrer Verbindung verbürgt hätte, fanden sich das ins Ungemessene schweifende Machtstreben Katharinas und die unversöhnliche Preußenfeindschaft Thuguts dabei zusammen. Franz II. begrüßte einen Vertrag mit Freuden, der ihn nicht bloß hoffen ließ, die Hindernisse, die Neid und Habsucht seiner Freundschaft mit der Zarin bereiteten, durch das von ihm willig anerkannte Uebergewicht Rußlands beseitigt zu sehen, sondern ihm auch Ersatz verhieß für die Verluste, die er in einem Kriege erlitten, der, wie er elegisch bemerkte, um seiner Motive willen ein besseres Los verdient hätte. Inzwischen hatte Preußen mit Frankreich Frieden gemacht und wollte nun als führende Macht wenigstens für einen Teil des Reiches die

Konsequenzen daraus ziehen. So im Westen dem Ziel ganz nahe, sah es sich im Osten plötzlich auf das schwerste bedroht. Vergebens suchte es nun bei den Verhandlungen über den Reichsfrieden Frankreich zur Rückgabe des linken Rheinufers zu vermögen: nicht einmal einen Waffenstillstand erlangte es für das Reich. Frankreich hatte keinen Grund ihm Zugeständnisse zu machen, während Rußland und Oesterreich es mit Krieg bedrohten, wenn es dem Vertrage vom 3. Januar nicht beitrat. Auf diesen Krieg aber konnte es Preußen nicht ankommen lassen. Der künftige Reichsfriede stellte ihm den Verlust seiner linksrheinischen Lande in sichere Aussicht. Der Anschluß an den Petersburger Vertrag gewährte Ersatz dafür. Ihn ablehnen, konnte im Fall eines unglücklichen Waffenganges die Erwerbungen von 1793 in Frage stellen, die Oesterreich erst jetzt anerkannte. So erklärte Preußen nach kurzem Schwanken Mitte August seinen Beitritt zu dem Vertrage vom 3. Januar. Das wandte den Krieg zwischen den gegen Frankreich verbündeten Mächten ab. Am 24. Oktober wurde der betreffende Vertrag in Petersburg unterzeichnet. Auf Verwendung Katharinas überließ Oesterreich dabei Preußen von dem ihm verbleibenden Gebiet von Krakau den Schlesien benachbarten Streifen längs der Weichsel von Swydry bis zum Zusammenfluß von Bug und Narew; die Grenze zwischen beiden sollte dort unter russischer Vermittelung durch Bevollmächtigte festgesetzt werden, streitige Punkte dem Schiedsspruch der Zarin unterliegen. Weiter erhielt Preußen Warschau, Masowien, einen Teil von Podlachien und Bialystock, im ganzen 900 Quadratmeilen mit etwa einer Million Einwohnern. Sie bildeten die Provinz Neu-Ostpreußen.

Was sich gegen den Nutzen der polnischen Erwerbungen von 1793 hatte sagen lassen, galt in viel höherem Maße von diesen. Die wirtschaftliche und politische Kulturaufgabe, die es dort zu lösen galt, ging weit über Preußens damaliges Vermögen. Eben versuchte es von der durch den Baseler Frieden aus gewonnenen Stellung die Führung der deutschen Reichsstände an sich zu bringen, und nun sah es durch das Anschwellen seines Besitzes an slavischem Lande, das es nicht von der Hand weisen konnte, seinen Charakter als deutscher Staat ernstlich in Frage gestellt.

Fünftes Buch.

Der Zusammenbruch.

1795–1806.

I. Der Bankerott des Fridericianischen Staates.
1795–1797.

Kaum acht Jahre waren seit des großen Königs Tod verflossen: — und was war aus seinem Staate geworden! Was mußte weiter aus ihm werden, wenn er die abschüssige Bahn weiter verfolgte! Dem sittlichen und dem geistigen Bankerott, der über ihn hereingebrochen war, folgte der politische, mußte schließlich der militärische folgen. Denn einen sittlichen Bankerott bedeutete der Zustand, der mit der Herrschaft der „Madame Rietz", nunmehrigen Gräfin Lichtenau, mit den morganatischen Ehen und den anderen ohne kirchlichen Scheinsegen gebliebenen Liebschaften, mit dem vor plumpem Betrug nicht zurückschreckenden Treiben der Bischoffswerder und Genossen da seinen Einzug gehalten hatte, wo das preußische Volk bisher bürgerliche Zucht und Sitte, Wohlanständigkeit und Ehrbarkeit hatte walten sehen. Das dort gegebene Beispiel wirkte demoralisierend auf immer weitere Kreise. In der Hauptstadt fehlte es auch im Bürgertum nicht an sittlicher Lockerheit. Ueberall wuchs die Neigung zu leichtfertigem Lebensgenuß. Der geistige Bankerott aber war erklärt mit dem Siege des Systems Wöllner, das in seiner Feindschaft gegen die Aufklärung den preußischen Staat seiner eigentlichen Lebensluft beraubte.

Mit der gleichen selbstverschuldeten inneren Notwendigkeit war Preußen dem politischen Bankerott entgegengetrieben.

Seine innere so gut wie seine auswärtige Politik verwickelte sich in unausgleichbare Widersprüche. Darüber ging der Regierung die Einheit des Willens vollends verloren, und was an Kraft noch vorhanden war und, richtig verwendet, erfolgreich hätte eingesetzt werden können, wurde am unrechten Ort nutzlos verpufft. Nirgends entsprach daher das Erreichte dem Erstrebten, das Geleistete dem Gewollten. Ziellosigkeit und Unbeständigkeit kennzeichneten die preußische Politik und ließen sie unzuverlässig, ja unredlich erscheinen, während sie doch im Gefühl der Unsicherheit und Schwäche nur darauf aus war, einen Konflikt um jeden Preis zu vermeiden.

Im Gegensatz zu des großen Oheims Vorliebe für alles Französische hatte Friedrich Wilhelm II. sich vom ersten Tage an stolz als Vertreter des Deutschtums gegeben, und nun hatte er halb wider Willen seinen Staat auf einen Punkt geführt, wo sein deutscher Charakter bedroht war und mit der Gefahr seiner Slavisierung gerechnet werden mußte. Als überzeugter Gegner der Revolution und Vorkämpfer der Monarchie hatte er die Waffen gegen Frankreich ergriffen, und mit eben dieser Revolution, die seit dem Thermidor ihr Wesen doch nur scheinbar geändert, hatte er zu Basel einen Frieden geschlossen, der bereits eine Verbindung mit ihr in Aussicht stellte. Hier wie dort war seine Politik gewissermaßen entgleist. Und doch hatte der Erfolg im Osten die gleichen Ursachen wie die Erfolglosigkeit im Westen und bereitete wie diese nur neue Verlegenheiten. Durch seine Scheinerfolge nach außen — denn nur solche hatte es seit Reichenbach aufzuweisen — wurde Preußen im Inneren vor Aufgaben gestellt, denen es nicht gewachsen war, und die daraus entspringenden inneren Schwierigkeiten hinderten es wieder an kraftvollem und folgerichtigem Handeln nach außen, zumal das, was es als deutsche Macht förderte, seine Bedeutung als europäische minderte, und was ihm hier Vorteil verhieß, dort zu schaden drohte.

Ueber 2000 Quadratmeilen hatte Friedrich Wilhelm in wenigen Jahren neu erworben: von 3500 war Preußen auf 5600 gewachsen. Deutsches Land jedoch waren davon nur die fränkischen Fürstentümer. Infolge ihrer besonderen Entwickelung

aber und ihrer wirtschaftlichen Blüte erstrebten diese weder noch gewannen sie recht wirkliche Lebensgemeinschaft mit den alten Provinzen, und auch preußischerseits wurde kaum recht versucht, sie dem Staatsverbande fest einzufügen. Wie bloß durch Personalunion mit Preußen verbunden, lebten sie, von Hardenberg wie von einem Vizekönig regiert, nach ihrem eigenen Gesetz und Recht. Den alten Provinzen an Kultur überlegen, wurden sie, wie das in solchen Fällen wohl geschieht, höchst respektvoll behandelt und möglichst wenig belastet. Uebler noch war es, daß man ähnlich auch mit den neuen polnischen Landen verfuhr. Unter Graf Hoym behielten sie eine Selbständigkeit, die um so weniger am Platz war, als hier seine höhere Kultur den neuen Herrn verpflichtet hätte durchzugreifen und sie der Halbbarbarei zu entreißen, in die sie lange Mißwirtschaft gestürzt hatte. Statt dessen trat man auch dort nicht bloß schonend, sondern zaghaft auf. Des Segens deutscher Kultur sollten die aller staatlichen Ordnung entwöhnten Polen zwar teilhaftig werden; daß sie aber ihrerseits auch Pflichten zu übernehmen hatten, Pflichten, von denen nichts nachgelassen werden konnte, — das ihnen beizubringen, wurde in menschlich begreiflicher, politisch aber höchst unkluger Rücksichtnahme kaum versucht. Auf diese Weise ließ sich der nationale Gegensatz freilich nicht begleichen und der konfessionelle nicht mildern. Der polnische Edelmann verschmerzte es nicht, seiner Herrenrechte beraubt und dem Gesetz unterstellt zu sein. Der polnische Bauer aber blieb in der Hand der Geistlichen ein gefügiges Werkzeug zum Kampf gegen Deutschtum und Protestantismus. Die neuen polnischen Unterthanen Friedrich Wilhelms glaubten nicht daran, daß es sich um ein dauerndes Verhältnis handle, sondern erhofften baldige Lösung von Preußen. Trotz des wirtschaftlichen Gedeihens, das sie brachte, erschien ihnen die Herrschaft Preußens als eine Fremdherrschaft. Gewisse Vorgänge konnten sie in dieser Meinung nur bestärken. Als ob die neue Erwerbung nicht dem Staate, sondern den an seiner Leitung Beteiligten gehörte, stürzten sich diese auf sie wie eine Beute, die ein glückliches Ungefähr ihnen in den Schoß geworfen. Von einer Kolonisation wie unter Friedrich II. in Westpreußen ist ernst-

lich kaum die Rede gewesen. In unbedachter Freigebigkeit verschenkte der König kostbare Güterkomplexe, an denen die Empfänger nur durch den finanziellen Ertrag ein Interesse hatten. Anderwärts wurde zum Schaden des Staates Privaten zu leichtem Erwerbe die Hand geboten. An diesen Mißbräuchen war selbst das hohe Beamtentum beteiligt, und auch seine mittleren und unteren Schichten zeigten sich in der neuen Umgebung gelegentlich erschreckend empfänglich für die polnischen Untugenden des Eigennutzes und der Bestechlichkeit. Daß aber die neuen Provinzen, gelöst von dem Banne polnischen Stillstandes und berührt von dem befruchtenden Strome deutschen Lebens, unter dem Schutz des Norddeutschland gesicherten Friedens, wirtschaftlich zunächst gediehen, verleitete die Regierung dazu, was das Zusammentreffen von ihr unabhängiger Umstände bewirkte, als ihr Verdienst anzusehen. Sie überschätzte ihre Leistungen und täuschte sich über die Schwäche ihres Systems, das eigentlich Systemlosigkeit war. Einen scharfblickenden Beobachter befremdete wenig später in Preußen der Mangel an Zusammenhang zwischen innerer und auswärtiger Politik. An der Spitze der letzteren war Graf Haugwitz nur darauf aus, jeden Preußen für die Zukunft irgendwie bindenden Schritt zu vermeiden, so daß später ein witziger Kopf spotten konnte, er sei weniger der Minister der auswärtigen Angelegenheiten als der diese fernzuhalten bestimmte Posten. Das galt auch von der Rolle, die Haugwitz Preußen bei den Verhandlungen zur Ergänzung, Durchführung und Erweiterung des Baseler Friedens spielen ließ.

Einen Sonderfrieden, der seine Verbündeten preisgab, hatte Preußen in Basel nicht gesucht. Aber es hatte auch da den Schein gegen sich und bot seinen Gegnern eine neue empfindliche Blöße. Alles hing daher davon ab, ob es die Reichsstände davon überzeugte, daß es die Verständigung mit Frankreich für sie alle angebahnt habe, und dazu vermochte, bei den ferneren Verhandlungen mit ihm gemeinsam vorzugehen und so auch Oesterreich, das es des Abfalls und des Verrats an Kaiser und Reich bezichtigte, zum Frieden zu nötigen. Auch zeigte sich auf die Kunde von dem Baseler Frieden zum Leidwesen des Wiener Hofes entschiedene Neigung, sich Preußen

anzuschließen. Aber wieder einmal trugen über die wichtigsten realpolitischen Gesichtspunkte formalistische Bedenken den Sieg davon. Verstieß es nicht gegen die Reichsverfassung, wenn Preußen gewissermaßen das Reich dem Auslande gegenüber vertrat, was doch dem Kaiser zustand? Auch beanspruchte es das gar nicht. Daß ihm aber bei den bevorstehenden Verhandlungen der Platz neben dem Kaiser und damit ein Vorrang vor den übrigen Reichsfürsten gebührte, ergab die Lage doch eigentlich als selbstverständlich. Mit Frankreich im Frieden und durch die Demarkationslinie befähigt und bereit, einen großen Teil von Deutschland auch ohne Kaiser und Reich vor dem Kriege zu sichern, nahm es eine Stellung ein, die wohl den Augenblick geeignet erscheinen lassen konnte, um auf die dem Fürstenbunde zu Grunde liegende Idee zurückzukommen und wenigstens neben Oesterreich einen Platz an der Spitze des Reiches zu gewinnen. Nur war der Weg, den man dazu einschlug, wieder übel gewählt. Der Mitteilung über den Abschluß des Friedens mit Frankreich an die deutschen Höfe ließ Preußen am 1. Mai auf dem Reichstage eine Erklärung folgen, die, in ihrer Offenheit sehr wohlgemeint, doch kaum geeignet war, die Reichsstände für seine Gefolgschaft zu gewinnen, da sie seine Politik während der letzten drei Jahre unumwunden als verfehlt anerkannte durch das Eingeständnis, man habe an dem Kriege teilgenommen ohne unmittelbares eigenes Interesse. Und durfte Preußen sich wirklich für berufen halten, seine Mitstände Frankreich gegenüber zu vertreten, wo es das linke Rheinufer bereits preisgegeben, sich aber Ersatz dafür gesichert hatte? Denn es war Selbsttäuschung, wenn seine Diplomaten, Hardenberg obenan, meinten, Frankreich werde sich schließlich doch zum Verzicht auf das linke Rheinufer bewegen lassen. Dazu hätte man in Paris vor allem wissen müssen, ohne dies sei Preußen entschlossen, zu Kaiser und Reich zurückzutreten und mit ihnen für die Integrität Deutschlands fortzukämpfen. Das aber schlossen die immer erneuten Beteuerungen der preußischen Friedensliebe aus.

So liefen denn die Verhandlungen des Reichstages und die preußisch-französischen zu Basel, die, einander bedingend,

nur in engster Verbindung geführt, ihr Ziel erreichen konnten, nicht bloß ohne dies nebeneinander her, sondern einander bald entgegen. Das steigerte die Spannung zwischen den beiden deutschen Großmächten. Außerdem aber leitete Oesterreich gleichzeitig eine europäische Aktion ein, die Preußen näher an Frankreich herandrängte und so zum Vermittler ungeeignet machte. In denselben Tagen, wo man in Regensburg aus Anlaß der preußischen Erklärung vom 1. Mai auf Antrag von Kurmainz und unter Zustimmung des Kaisers die Eröffnung von Friedensverhandlungen mit Frankreich durch den Kaiser und Preußen erwog, brachte Hardenberg in Basel die Demarkationslinie glücklich zu stande. An der Grenze Ostfrieslands beginnend, folgte sie der Ems bis Münster, ging über Koesfeld an die klevische Grenze, wurde dann bis Duisburg vom Rhein gebildet, umfaßte die Grafschaft Mark und die Gebiete östlich von der Lahn und erreichte mit dem Main die Grenze der Pfalz, umschloß dann Hessen-Darmstadt, kam bei Eberbach an den Neckar und ging diesen aufwärts nach Wimpfen, um südöstlich über Nördlingen nach der bayrischen, oberpfälzischen und böhmischen Grenze zu laufen und so den fränkischen und obersächsischen Kreis einzuschließen. Sie schied also ziemlich genau den Norden vom Süden Deutschlands. Doch bereitete sie den militärischen Operationen doch Schwierigkeiten und wurde daher bald verletzt. Auch zogen einige der in ihr beschlossenen Reichsstände ihre Kontingente nicht gleich von dem Reichsheere zurück und erfüllten damit die Bedingung nicht, von der ihre Neutralität abhing. Daß Preußen dabei den Franzosen allerlei nachsah, aber auch die Oesterreicher nicht anhielt, die Bestimmungen zu respektieren, konnte sein Ansehen in Paris so wenig wie im Reiche heben. Und inzwischen hatte Oesterreich, während es die Friedensaktion des Reiches beschleunigt sehen wollte, am 4. Mai mit England ein Abkommen getroffen, nachdem es ihm, ähnlich wie einst Preußen nach dem Haager Vertrag (S. 315), gegen Subsidien 200 000 Mann zum Kampfe gegen den gemeinsamen Feind stellte, und dann am 20. Mai ein Schutz- und Trutzbündnis geschlossen, um gemeinsam mit Rußland Frieden und Ruhe in Europa herzustellen und zu erhalten. Gleichzeitig aber

unterhandelte es heimlich auch mit Frankreich, um für die Zustimmung zur Abtretung des linken Rheinufers den Tausch Belgiens gegen Bayern und Venedig bewilligt zu erhalten.

Der Wiener Hof hatte sich demnach der Bewegung zu gunsten des Reichsfriedens mit Frankreich nur angenommen, um ihre Leitung nicht an Preußen kommen zu lassen und das Reich zur Fortsetzung des Kampfes gegen Frankreich an sich zu fesseln. Das wäre ihm nie gelungen, hätte nicht Preußen, wie sich jetzt zeigte, durch die verkehrte Politik, die es seit den Tagen von Reichenbach verfolgt, das Ansehen und den Einfluß, die ihm einst der Fürstenbund gegeben hatte, so gut wie völlig eingebüßt. Die Sympathien, die sich auf die Kunde von dem Baseler Frieden im Reiche zu seinen Gunsten geregt hatten, wandten sich sofort Oesterreich zu, als dieses sich den Anschein gab, auch seinerseits den Krieg beenden zu wollen. So wurde entgegen dem kurmainzischen Antrage die Leitung der Friedensverhandlungen mit Frankreich am 3. Juli vom Reichstage ausdrücklich dem Kaiser übertragen und der König von Preußen nur gebeten, „zur Erreichung eines allgemeinen, die Integrität und die Verfassung des Reiches sichernden Friedens seine beihilfliche Verwendung und Mitwirkung eintreten zu lassen". Aber nicht einmal in der Deputation gewährte man Preußen einen Platz, die mit dem Friedensgeschäft beauftragt wurde: der nächst Oesterreich mächtigste Reichsstand sah sich demonstrativ von einer diplomatischen Aktion ausgeschlossen, bei der seine eigenen vitalsten Interessen im Spiele waren. Das Reich dankte sozusagen für Preußens Vermittelung, nicht weil es — wie Oesterreich — den Frieden nicht wollte, sondern weil es ihm nach seinen bisherigen Erfahrungen nicht traute. Damit aber wurde der wichtigste Vorteil hinfällig, den Preußen von dem Baseler Frieden gehofft hatte. Das wirkte auch auf sein Verhältnis zu Frankreich störend ein. In Paris sah man mit Ueberraschung, aber nicht ohne Befriedigung, wie wenig Preußen im Reiche bedeutete und auch da völlig isoliert stand, während die polnische Frage noch schwebte, in der es die beiden Kaisermächte unmittelbar bedrohten. Viel Rücksicht brauchte man demnach auf Preußen hinfort nicht zu nehmen, ja, durfte gar hoffen,

es zu sich herüberzuziehen, während die Leiter der preußischen Politik wähnten, dem Reiche die Vermittelung, die es abgelehnt hatte, mit Hilfe Frankreichs doch noch aufnötigen zu können, und Preußen so eine neue Demütigung zuzogen. Die guten Dienste zur Herbeiführung des Friedens mit dem Reiche, die Hardenberg am 24. Juli der Republik in Basel anbot, wurden abgelehnt, ebenso sein Antrag auf Bewilligung eines Waffenstillstandes. Preußen hatte sich recht eigentlich zwischen zwei Stühlen gesetzt, und es blieb ihm nun nichts übrig, als, wie es in Regensburg als seine Absicht erklärte, „dem Reiche die weiter zweckmäßig förderndeu Maßregeln lediglich zu überlassen", da es „eigentlich vorderhand für dasselbe nichts weiter thun könne"; doch sei es nach wie vor bereit, seine Verwendung und guten Dienste einstweilen für einzelne Reichsstände, welche sie wünschen und verlangen würden, auf das Wirksamste eintreten zu lassen. Man tröstete sich dabei mit dem Gedanken, ein von ihm vermittelter ungünstiger Friede — und war ein anderer zu erwarten? — werde Preußen nur neue Anklagen zuziehen. Und doch enthielt diese Isolierung für Preußen eine große Gefahr. Nur zwei Wege gab es aus ihr. Entweder mußte Preußen sich noch tiefer mit Frankreich einlassen oder seinen Frieden mit dem Kaiser machen. Welcher Zumutungen aber mußte es sich da von ersterem versehen! Sich letzterem nähern hätte einer Unterwerfung oder doch Bitte um Verzeihung ähnlich gesehen, auch die fernere Teilnahme an dem Kriege mit sich gebracht, die man eben um jeden Preis vermeiden wollte. Dennoch erwog Hardenberg diese Eventualität, und so wünschenswert schien sie ihm, daß er sie durch die Preisgebung Bayerns nicht für zu teuer erkauft hielt, vorausgesetzt, daß auch Preußen ein „dieser herrlichen Provinz" entsprechendes Aequivalent erhielt. Dieser Wendung stand jedoch damals die noch ungelöste polnische Frage im Wege. So blieb alles in der Schwebe und das einzige positive Ergebnis dieser Erwägungen und Verhandlungen war die Wiederanknüpfung direkter diplomatischer Beziehungen mit Frankreich: die Gesandtschaften in Paris und Berlin wurden beiderseits von neuem besetzt. Wie bisher ließ sich also Preußen, ohne die Verfolgung eines selbst-

gewollten Kurses zu versuchen, von den Ereignissen treiben und lebte mit seiner Politik sozusagen aus der Hand in den Mund.

So drohten, wie früher die vermeintlichen Erfolge von Reichenbach, nun auch die von Basel sich zu verflüchtigen, sobald man sie zu realisieren versuchte. Nur Hessen-Kassel bediente sich der Vermittelung Preußens, um Ende August mit Frankreich Frieden zu machen. Gegen Lösung der Subsidienverträge mit England und Belassung seiner linksrheinischen Lande in der Gewalt der Franzosen erhielt es Neutralität zugestanden. Für diese war die Demarkationslinie von entscheidender Bedeutung: in ihr allein eigentlich beruhte der Wert des Baseler Friedens. Was blieb von ihm übrig, wenn sie hinfällig wurde? Und das geschah gleich danach.

Als Anfang September die Franzosen unter Jourdan bei Düsseldorf den Rhein überschritten, drängten sie einen preußischen Posten zurück, der zur Bezeichnung der Demarkationslinie bei dem im Bergischen gelegenen, aber Pfalz gehörigen Eichelkamp aufgestellt war. Vor ihnen weichend, überschritten auch die Oesterreicher die Demarkationslinie, die, ihnen folgend, nun Jourdan nicht weiter beachtete. Der preußische Befehlshaber, Fürst Hohenlohe, protestierte bei beiden. Der österreichische General Clerfait wollte über diesen Punkt überhaupt nicht instruiert sein. Jourdan erklärte, Befehl zu haben, für die Reichsstände, die ihre Kontingente noch nicht vom Reichsheere abberufen hätten, die Demarkationslinie nicht gelten zu lassen und sich auch des von den Preußen besetzten Frankfurt zu bemächtigen. Auf letzteres verzichtete er zwar, als Hohenlohe ihm persönlich versprach, jede Mißachtung der Demarkationslinie durch die Oesterreicher zu seiner Kenntnis zu bringen. Eine solche erfolgte noch an demselben Tage (10. Oktober), indem die Oesterreicher bei Seligenstadt den Main überschritten und sich von dort weiter ausbreiteten. Nun war aber Hohenlohe auf seine alarmierenden Berichte über die ersten Konflikte derart, bei deren Beurteilung sich in Berlin eine gewisse Nachsicht zu gunsten der Franzosen geltend machte, bereits angewiesen worden, Ueberschreitungen der Demarkationslinie ruhig geschehen zu lassen. Jetzt setzte gegen ihn wie gegen Hardenberg, der

Frankreich energisch begegnet sehen wollte, Haugwitz gar den Befehl durch (24. Oktober), die Gegend von Frankfurt, wo es unter solchen Umständen, wenn Preußen etwas auf sich hielt, je nachdem mit den Franzosen oder mit den Oesterreichern zum Zusammenstoß kommen konnte, zu räumen und nach Franken zurückzugehen. Hardenberg aber mußte in Basel erklären, Preußen sehe in jener Gegend von der Demarkationslinie überhaupt ab und verzichte auf sie, für Westfalen dagegen halte es sie fest und wünsche dort ihre genauere Bestimmung. Noch vor Mitte November war Frankfurt und Umgegend von den Preußen geräumt.

Erklärte sich dieser schwächliche Beschluß auch aus der Rücksicht auf die polnische Frage, die Preußen doch noch nötigen konnte, im Osten zu handeln, so mußte er doch den Glauben an irgend welche Thatkraft des Berliner Kabinetts vollends vernichten. War es nicht ein Glück, daß die Interessen des Reiches und der Reichsfriede nicht in diese schwachen Hände gelegt waren? In Berlin selbst war man froh, damit nicht belastet zu sein. Denn nur diesem Umstande, so schien es, hatte man es zu danken, daß der polnische Handel günstig ausging, indem gerade in jenen kritischen Tagen in Petersburg der Vertrag unterzeichnet wurde, der Preußen einen stattlichen Anteil an der Polen abgedrungenen Beute sicherte (S. 326). Freilich beseitigte er keine von den Gefahren, welche die Erfolglosigkeit der zu Basel inaugurierten Politik im Westen heraufbeschwor. Diese vermehrte der Verzicht auf die Demarkationslinie um eine neue und besonders dringende. Während man in Berlin als den eigentlichen Kern der Baseler Abmachungen die Neutralisierung Norddeutschlands betrachtet hatte und nur um ihretwillen die Verständigung mit Frankreich gesucht haben wollte, hatte man nun mit der Möglichkeit eines französischen Angriffs auf Hannover zu rechnen, und zwar nicht als einem Uebergriff der Pariser Gewalthaber, sondern einem Schritt, dessen Berechtigung kaum zu bestreiten war. Obgleich nämlich der König von England als Kurfürst von Hannover die Vorteile der Demarkationslinie mitgenießen wollte, standen in Hannover außer den einheimischen auch englische und von Eng-

land geworbene deutsche Truppen, ja bewaffnete Emigrantenhaufen, um unter dem Erbstatthalter der Niederlande, Friedrich Wilhelms II. Schwager, einen Handstreich gegen die batavische Republik zu unternehmen. Auf Frankreichs Beschwerde erhob Preußen in London und Hannover dagegen Vorstellungen, worauf von dort im allgemeinen das Einverständnis mit den Baseler Abmachungen erklärt wurde. Aber es bedurfte erneuter Mahnungen, ja selbst Drohungen in London, um Anfang Oktober die ausdrückliche Erklärung der Neutralität Hannovers zu erwirken.

Diese war also eben erfolgt, als die Demarkationslinie durch Preußens Verzicht auf ihren wichtigsten Teil (S. 336) überhaupt hinfällig wurde. Würden die Franzosen die im übrigen aufgehobene Vereinbarung, wie Preußen wollte, nun gerade in Westfalen weiter gelten lassen und darauf verzichten, England an der verwundbarsten Stelle zu treffen? Vielmehr dachte man in Paris Hannover als Unterpfand für die von England eroberten französischen Kolonien in Besitz zu nehmen. Um die Neutralität Norddeutschlands und damit den letzten positiven Gewinn aus dem Baseler Frieden war es dann geschehen. Das trieb selbst das vor lauter Friedfertigkeit überall zurückweichende preußische Kabinett endlich einmal zu entschlossenem Handeln. Es ließ in Paris keinen Zweifel darüber, daß es einen Angriff auf Hannover als Kriegsfall ansehen werde, und trat auch gegenüber den nächst interessierten deutschen Staaten aus der Reserve, die es seit seiner Niederlage in Regensburg (S. 334) beobachtet hatte. So sehr aber hatte es im Reiche an Boden verloren, daß es die nun wünschenswerte nähere Verbindung mit jenen nicht in der Form einer vom Reiche unabhängigen Union nach der Art des Fürstenbundes suchte, sondern durch eine verspätete Wiederbelebung der Kreisverfassung.

Während es mit Frankreich über die neue Demarkationslinie verhandelte, lud Preußen die Stände des niedersächsischen Kreises ein, mit ihm zum Schutze ihrer Neutralität militärische Vorkehrungen zu treffen. Sachsen lehnte ab. Andere, obenan Kurköln, begründeten den gleichen Bescheid mit den üblen Erfahrungen, die sie früher mit Preußen gemacht hätten. Da

aber Hannover und Braunschweig, die am meisten gefährdet waren, darauf eingingen, kam die Sache doch zu stande. Auf Grund der niedersächsischen Kreisverfassung, die seit mehr als hundert Jahren nicht in Wirksamkeit getreten war, trat in Hildesheim ein Konvent zusammen, den außer dem dortigen Bischof und den kleineren Kreisständen Hannover, Braunschweig und Preußen beschickten. Auf des letzteren Vorschlag übernahmen sie gemeinsam die Verpflegung der inzwischen bei Minden zum Schutz Hannovers zusammengezogenen preußischen Truppen, erwogen auch weitere gemeinsame Sicherheitsmaßregeln. An sich unbedeutend, machte der Vorgang doch in Paris Eindruck: selbst Preußens Friedfertigkeit und Nachgiebigkeit hatten also ihre Grenzen. Obenein machten eben Rußland und England in Berlin alle Anstrengungen, um Preußen für die neue Koalition zu gewinnen. War dazu auch keine Aussicht, so hielt es die französische Regierung doch für geboten, durch Erfüllung seiner berechtigten Forderungen und Gewährung von Bürgschaft für die ihm unter der Hand gemachten Zusagen sich Preußens zu versichern. Dieses selbst war nur zu bereit, gegen Förderung seiner besonderen preußischen Interessen auf Vertretung der allgemeinen deutschen zu verzichten.

Darauf laufen die beiden Verträge hinaus, die Haugwitz und Caillard, der französische Gesandte, am 5. August 1796 in Berlin unterzeichneten. Der eine stellte die neue Demarkationslinie fest, und zwar so, daß sie auch die Neutralität Hannovers gewährleistete, — was angesichts der französischen Erfolge im Sommer 1796 von großer Wichtigkeit war. An der Nordsee die Mündungen von Elbe, Weser und Ems umfassend, ging die Demarkationslinie die holländische Grenze und die alte Yssel entlang bis zu deren Mündung in den Rhein, folgte diesem bis nach Wesel und zur Ruhrmündung und dann dem linken Ufer der Ruhr bis zu deren Quelle, und ging schließlich zur Fulda und diese aufwärts bis zu ihrem Ursprung. Mit den innerhalb dieses Zuges gelegenen Gebieten sollten noch die Grafschaften Mark, Sayn, Bendorf und die fränkischen Fürstentümer unter den in dem Vertrage vom 17. Mai 1795 vereinbarten Bedingungen Neutralität genießen. Um welchen Preis

aber erkaufte Preußen dieses Zugeständnis! In einem Geheimvertrag, der, wie Frankreich gleich erklärt hatte, die unerläßliche Voraussetzung war für die Bewilligung der Demarkationslinie, verzichtete es ausdrücklich auf die Erhaltung der Integrität des Reiches, die es, wenn auch nur um den Schein zu wahren, in Basel vertreten und auch jetzt noch befürwortet hatte, erklärte sein Einverständnis mit der Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich in dem künftigen Frieden, hieß die Entschädigung der dadurch in ihrem Besitzstand geminderten Reichsfürsten durch Säkularisation gut und erhielt daraufhin für sich einen Teil des Bistums Münster und die Herrschaft Recklinghausen zugesichert, wobei Frankreich, bestrebt, es möglichst weit vom Rhein zu entfernen, den späteren Tausch des ersteren gegen Mecklenburg in Aussicht nahm. Aehnlich sollten Hessen-Kassel und der Erbstatthalter von Holland entschädigt werden, und zwar waren letzterem die zu einem Kurfürstentum zu vereinigenden Bistümer Bamberg und Würzburg zugedacht, um nach dem Erlöschen seines Hauses an Preußen zu fallen.

Der Geheimvertrag vom 5. August 1796 bezeichnet den entscheidenden Schritt vorwärts auf dem Wege, der Preußen trotz territorialen Wachstums bergab und dem politischen Bankerott entgegenführte. Gewiß hatte es an der Neutralität Norddeutschlands das größte Interesse: aber was Frankreich dafür forderte, bewilligte es auf seiner Mitstände Kosten und ließ dann wieder dafür sich durch Frankreich belohnen auf anderer Mitstände Kosten. Vor allem bestrebt, dem Kriege fern zu bleiben, wollte es doch bei der künftigen Teilung der Beute im Westen so wenig leer ausgehen wie erst im Osten. Dieses Mißverhältnis zwischen Leistungen und Ansprüchen, gewagtem Einsatz und verlangtem Gewinn zeigt seine Politik erfüllt von einer Begehrlichkeit, die in der Wahl der Mittel zu ihrer Befriedigung nicht eben peinlich war, aber der Kraft und der Kühnheit entbehrte, die solche Entwürfe voraussetzen. Im Bunde mit den Pariser Gewalthabern trieb es im Reich revolutionäre Politik, indem es sich von jenen Gebiete anweisen ließ, über die zu verfügen sie beide gleich unberechtigt waren. Der Maßstab der politischen Moral ging ihm vollends verloren, und es trug kein

Bedenken, die in Polen siegreiche rohe Gewaltthätigkeit der großen Mächte nachzuahmen, wo das ohne Gefahr geschehen konnte.

Es gemahnte fast an die Art, wie mehr als hundert Jahre früher Ludwig XIV. Straßburg an sich gebracht hatte, wenn Preußen, seit der Erwerbung Ansbachs und Bayreuths bemüht, sich in Franken auszubreiten, jetzt Nürnberg zur Unterwerfung zu nötigen suchte. Zur Durchsetzung angeblicher ansbachischer Ansprüche auf einen Teil ihres Gebietes und zwei ihrer Vorstädte, die anzuerkennen der Rat sich weigerte, weil er voraussah, daß dem Ganzen demnächst das Schicksal des Teils bereitet werden solle, besetzten im Sommer 1796 preußische Truppen die Stadt. Ein Schrei der Entrüstung erhob sich über eine Gewaltthat, die in um so üblerem Lichte erschien, als die Kaiserlichen eben den Boden Deutschlands ruhmvoll gegen die französische Invasion verteidigten. Selbst seine französischen Freunde waren äußerst betreten über diesen Streich Preußens und befürchteten davon ihnen selbst nachteilige Verwickelungen. Hinterher aber hatte Preußen nicht einmal den Mut sich zu der That zu bekennen und den Raub festzuhalten. Als der Nürnberger Rat, ohne Hoffnung auf Hilfe, ähnlich wie das einst der Straßburger dem Allerchristlichsten König gegenüber gethan, seine angeblich freiwillige Unterwerfung erklärte, wurde der Antrag dankend abgelehnt. Die Siege des Erzherzogs Karl über die Franzosen hatten die Machtverhältnisse so zu gunsten Oesterreichs verschoben, daß Preußen scheu zurückwich und die Beute fahren ließ, die es nun hätte verteidigen müssen. Im Oktober wurde Nürnberg geräumt — ein Ausgang, der Preußens Ansehen vollends herabsetzte. Auf irgend welche Sympathien durfte es in Deutschland nicht mehr rechnen.

Um so mehr hoffte man in Frankreich sich seiner vollends zu versichern, als auf Grund der erneuten Allianz mit Oesterreich und England Katharina II sich rüstete, endlich thätig in den Kampf gegen Frankreich einzugreifen. Im Bunde mit der Türkei und Schweden dachte man in Paris sie durch Preußen in Schach halten zu lassen. Eifriger als bisher umwarb man es. Ja, man wollte ihm dafür zur Gewinnung einer herr-

schenden Stellung in Norddeutschland freie Hand lassen. Mit Hessen und Sachsen sollte es ein engeres Bündnis eingehen. Doch blieb die französische Diplomatie bestrebt, es vom Rhein weg und nach Osten zurückzuschieben, womöglich bis hinter die Weser. Sie kam auf den Tausch Münsters gegen Mecklenburg zurück. Dadurch aber erregte sie doch das Mißtrauen der preußischen Staatsmänner, und Hardenberg bezweifelte immer ernstlicher die Möglichkeit der dauernden Gemeinschaft mit einer so gefährlichen Macht. Ihm ging allmählich eine Ahnung auf von der Verderblichkeit einer Politik, die kein anderes Ziel kannte, als den Frieden um jeden Preis. An dieser aber hielt unter dem Einfluß von Haugwitz das Berliner Kabinett fest.

Es mußte ihm daher als ein besonderer Glücksfall erscheinen, daß der Tod Katharinas II. (17. November 1796) die Gefahr eines allgemeinen Krieges abwandte, da Kaiser Paul die von der Mutter geschlossenen Bündnisse nicht übernahm. Auch in Süddeutschland war die Kriegsgefahr rasch wieder erloschen: selbst Oesterreichs konfessionelle Hetzereien und Warnungen vor Preußens Säkularisationsplänen entflammten sie nicht mehr. So schien der Augenblick für eine Vermittelung gekommen. Frankreich wünschte den Versuch dazu durch Preußen gemacht zu sehen. Geschmeichelt griff dieses zu, obgleich die französischen Anträge weder die Integrität des Reiches noch einen allgemeinen Frieden verhießen, wohl aber die Auslieferung Bayerns an Oesterreich in Aussicht stellten. Ein Erfolg aber war schon dadurch ausgeschlossen, daß man in Petersburg sowohl wie in Wien den Geheimvertrag vom 5. August 1796 kannte. War es zu verwundern, daß man Preußen mit gleicher Münze heimzahlte und dazu ein gleich unehrliches Spiel mit Worten trieb?

Diesseits und jenseits der Alpen von dem Ungestüm seiner Gegner niedergeworfen und mit einer Invasion bedroht, schloß Oesterreich am 18. April 1797 den Präliminarfrieden von Leoben. In einem Atem stimmte es darin auch seinerseits der Ueberlassung des linken Rheinufers an Frankreich bei und acceptierte die Integrität des Reiches als Grundlage des künftigen Friedens. Unverbesserlich verblendet, glaubte man auf die Kunde davon

in Berlin die Zeit nahe, wo man seiner linksrheinischen Lande wieder Herr werden würde, hielt aber an der Entschädigung für die geminderten Einnahmen und der anderweitigen Versorgung des oranischen Hauses fest. Ohne Säkularisationen war demnach auch jetzt nicht durchzukommen. Darüber müsse, meinte man in Berlin und wurde darin von französischer Seite bestärkt, doch nachgerade alle Welt im Reiche einig sein. Man brauchte, so schien es, das Ding nur beim rechten Namen zu nennen, um einen Ausweg aus allen Schwierigkeiten zu finden. So trug Haugwitz denn auch kein Bedenken, auf Wunsch Frankreichs, das dadurch auf den Kaiser eine Pression ausüben zu wollen schien, den König (3. Juli) zu einer Erklärung zu bestimmen, die sich entsprechend dem Vertrage vom 5. August 1796 für die da in Aussicht genommene territoriale Umgestaltung des Reiches durch Säkularisationen aussprach. Damit gab sich Preußen vollends in die Hand Frankreichs und würdigte sich herab zu einem Werkzeug, das dieses beliebig gebrauchen und, wenn es seiner nicht mehr bedurfte, beiseite schieben konnte. Aber den ihm immer wieder zugemuteten letzten Schritt zu thun, an der Seite Frankreichs Oesterreich zu bekriegen, konnte es sich nicht entschließen. Das neue Aufwogen der revolutionären Tendenzen in Frankreich, wo der Staatsstreich vom 18. Fructidor die Gemäßigten aus der Gewalt verdrängt hatte, die eigene finanzielle Not, die eben zur Herstellung der erst unter allgemeinem Jubel abgeschafften Tabaksregie geführt hatte, ohne daß die einst zu ihrem Ersatz eingeführten Auflagen abgeschafft worden wären — was allgemeine Unzufriedenheit, energische Proteste der Kaufmannschaft und hier und da Tumulte erzeugte —: die Sorge vor der Haltung Rußlands und vor dem Ausbruch der in Polen gärenden Unzufriedenheit im Falle eines preußisch-russischen Krieges, und endlich bei des Königs besorglichem Zustand die Ungewißheit der nächsten Zukunft hielten Haugwitz davon zurück. Man blieb bei der Halbheit, die dem Feinde keinen Respekt, dem Freunde kein Vertrauen einflößte, es mit beiden verdarb und beide reizte. Die Ablehnung seiner Bündnisanträge gab Frankreich — darüber ließ dessen Vertreter in Berlin keinen Zweifel — das

Recht, sich mit dem Kaiser auch auf Preußen unbequeme Bedingungen hin zu verständigen und in einem gekräftigten und vergrößerten Oesterreich den Rückhalt zu suchen, den ihm Preußen trotz aller anfänglichen Erbietungen doch versagte. So fanden sich Oesterreich und Frankreich in dem Frieden zu Campoformio zu gemeinsamer Mißhandlung Preußens zusammen. In bewußtem Hohn gegen dessen naiven Glauben an die Möglichkeit einer Rettung der linksrheinischen Lande und gegen sein Streben nach Vergrößerung durch Säkularisationen, bestimmten sie in dem neunten Artikel des Geheimvertrages, die französische Republik solle Preußen seine Besitzungen links vom Rhein zurückgeben. Damit verlor Preußen den Rechtstitel auf die von ihm begehrte und ihm wiederholt zugesagte Entschädigung, und ihm sollte auch, wie die Mächte einander ausdrücklich verbürgten, daher jede andere Erwerbung versagt bleiben. Selbst in dem russisch-österreichischen Geheimvertrage vom 3. Januar 1795 war Preußen nicht so geringschätzig und zugleich so gehässig behandelt worden. Alles glaubte man ihm bieten zu können: es zählte in Deutschland, zählte in Europa nicht mehr mit. Sein politischer Bankerott war vollendet.

Am 17. Oktober 1797 war der Friede unterzeichnet, in dem Oesterreich Preußen dafür büßen ließ, daß es sich mit Frankreich zu weit eingelassen hatte, und Frankreich sich an ihm dafür rächte, daß es sich mit ihm nicht tiefer eingelassen hatte. Einen Monat später, den 16. November, erlag Friedrich Wilhelm II. der Brustwassersucht. Seit der letzten Rückkehr aus dem regelmäßig aufgesuchten Pyrmont schnell hinschwindend, abgemagert, kurzatmig und fast stimmlos und durch die Anschwellung der Beine im Gehen behindert, infolge heftiger Nervenzufälle öfters lange bewußtlos und dann wieder von unnatürlich anhaltendem Schlaf befangen, war er der Last der nun doppelt sorgenvollen Regierung nicht mehr gewachsen. Namentlich in der auswärtigen Politik blieb alles in der Schwebe, während sich immer weitere Kreise von der Notwendigkeit durchgreifender Reformen im Innern überzeugten. Wie wenig stimmte sein Ausgang zu dem vielverheißenden Glanz seiner Anfänge! Zu Reichenbach scheinbar Schiedsrichter Europas,

sah sich Preußen von allen beargwöhnt, beiseite geschoben und verächtlich behandelt. Ohne Geld, mit einem Heere, das hinter den Anforderungen der neuen Kriegsära weit zurückblieb, dem erfrischenden Strom des geistigen Lebens entrückt, ohne ein großes, alles einendes Interesse, mit einer Bevölkerung, die dem Ernste der Zeit nicht gern ins Gesicht sah, stand es inmitten des Zusammensturzes, der das alte Europa zertrümmern sollte. Mußte es nicht selbst von ihm mit zertrümmert werden?

II. Stillstand im Innern und Politik des Friedens um jeden Preis. 1797 bis Herbst 1800.

In dem Wesen des menschlichen Seelenlebens begründet, hat der Gegensatz zwischen Vater und Sohn, der in der Reihe einander ablösender Herrscher so oft zu Tage tritt, sich kaum anderwärts so regelmäßig wiederholt wie in dem Hause der Hohenzollern. Daß er für die Entwickelung ihres Staates entscheidende Bedeutung nicht erlangt und diese nicht in entsprechend widerspruchsvolle Bahnen gedrängt hat, zeigt am besten, welch zwingende Logik die Ausgestaltung eines großen Staates beherrscht und wie sie auch entgegengesetzte Charaktere nötigt, sich mit ihr abzufinden. Jetzt erneute er sich unter Umständen, die erwarten ließen, der Thronwechsel werde nach innen und außen auch einen Systemwechsel zur Folge haben.

Die unerquicklichen Verhältnisse des väterlichen Hofes hatten den Kronprinzen Friedrich Wilhelm (geb. 3. August 1770), eine stille, bürgerlich tüchtige und sittlich ernste Natur ohne jeden Anflug von Genialität, früh in einen bewußten Gegensatz gebracht zu dem kraftvollen und glänzenden, aber undisziplinierten Wesen des Vaters. Mirabeau fand den Siebzehnjährigen ungewandt und linkisch, aber tüchtig und von ausgeprägtem Wesen, rauh, aber wahrhaft und eindringend gründlich, hart und eigensinnig, doch auch aufrichtiger Zuneigung fähig. Während er den Vater in den unwürdigen Banden der Gräfin Lichtenau sah, hing des Prinzen Herz an dem Glück seiner stillen Häuslichkeit. Dem dissoluten Treiben jenes setzte er peinliche Ordnung und Sparsamkeit entgegen. Anteil an den Staatsangelegenheiten hatte er nicht. Doch hielt ihn in der auswärtigen Politik Haugwitz mit Wissen des Königs auf dem Laufenden. Aber da er scharf beobachtete, kannte er von Menschen und Dingen

mehr, als manche vermuteten. Während der Vater einst auf Kosten des großen Königs billige Popularität erstrebt hatte, blickte er mit schwärmerischer Verehrung zu diesem unerreichbaren Vorbilde auf. Sollte doch Friedrich einst von dem Knaben gesagt haben, er werde ihn wiederholen. So glaubten manche diesen zu großen Dingen berufen und sahen in ihm den Träger einer künftigen Umwälzung. Zunächst jedoch trat der neue Hof nur durch sein schönes Familienleben in einen wohlthuenden Gegensatz zu dem alten, in seinem Mittelpunkte eine Frau, die prangende Jugendschöne mit seltenen Gaben des Herzens und des Geistes vereinigte und trotz schlichter Natürlichkeit gleich einer Lichtgestalt da den Triumph edler Weiblichkeit sieghaft verkörperte, wo bisher Sinnenlust und Sittenlosigkeit geherrscht hatten.

Von stattlichem Aeußeren, aber ungewandt und daher geneigt, die ihn nie verlassende Unsicherheit und Befangenheit hinter schroffem Auftreten und polternder Redeweise zu verbergen, besaß Friedrich Wilhelm III. nicht die Gabe eindrucksvoller Repräsentation, wie sie die Menge zugleich gewinnt und beherrscht. Gerade nach dieser Seite, die in einer so entschieden antimonarchisch gerichteten Zeit besondere Bedeutung hatte, fand er eine unvergleichliche Ergänzung in der ihm Weihnachten 1793 angetrauten Luise von Mecklenburg-Strelitz (geb. 10. März 1776). Ihr Schwiegervater hatte sie als die „Fürstin der Fürstinnen" begrüßt, und Prinz Heinrich nannte sie einen Engel und ein Muster an Lieblichkeit und Klugheit. Wenn das Volk dem stattlichen Paare, das bereits drei blühende Söhne und ein liebliches Töchterchen umspielten, zujubelte und die damals geschlossene Verbindung die folgenden Prüfungen bestand, so war das zum guten Teil dem Zauber zu danken, den die ebenso weiblich zarte wie tapfere und starke Königin ausübte, indem sie das Ideal einer deutschen Hausfrau und Mutter verwirklichte. Aber sie that mehr. Ohne politisch eine Rolle spielen zu wollen, hatte sie den Staat, dessen Krone sie trug, und das mit ihm und durch ihn gewordene Volk nicht bloß in ihrer geschichtlich begründeten Eigenart verständnisvoll erfaßt, sondern hielt sie in begeisterter Liebe umfangen,

voll Glaubens an ihre Zukunft. In einer Zeit, wo Eroberungslust und Länderschacher Fürsten und Völker willkürlich trennten und verbanden, machte sie die Zusammengehörigkeit von Herrscher und Unterthanen zu einer Sache des Herzens, verknüpfte sie mit den stärksten und heiligsten Gefühlen der Menschenbrust und gewann die edelsten idealen Kräfte zu ihrem Dienste.

„Die Herrschaft der Maitressen und der Kammerdiener hat ein Ende," schrieb der französische Gesandte Caillard nach dem Thronwechsel. Aber mehr besagte es doch, wenn er nach seiner Kenntnis von der Persönlichkeit des jungen Königs die Bedeutung des eintretenden Wandels dahin zusammenfaßte: Nun beginnt die Herrschaft der Gerechtigkeit, der Ordnung und der Sparsamkeit. Wie einst nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms I., nur weniger gewaltsam, reinigte ein wohlthätiges Gewitter die ungesunde Atmosphäre des Berliner Hofes. Bischoffswerder wurde mit einer bescheidenen Pension entlassen: am 31. Oktober 1803 ist er auf seinem Gute bei Potsdam gestorben. Von den königlichen Adjutanten blieb nur Oberst v. Zastrow im Amte, ein ehrlicher Mann, der inmitten der allgemeinen Korruption seine Hände rein erhalten hatte, aber ein beschränkter Kopf, unbedeutend als Soldat und als Politiker. Auch der neben ihn tretende General v. Köckritz stand nicht höher. Aufgerückt in dem Potsdamer Garnisondienst, hatte er nur für dessen Kleinlichkeiten Sinn: herrisch nach unten und liebedienerisch nach oben, wollte er vor allem den gegenwärtigen behaglichen Zustand erhalten. Politisch bedeuteten diese Personalveränderungen demnach nichts, aber sie fanden Beifall, weil sie Männer beseitigten, welche die öffentliche Meinung für die herrschenden Mißbräuche verantwortlich machte. Besonders freudig begrüßte sie das Vorgehen gegen die Gräfin Lichtenau. Sie wurde verhaftet; doch ergab die Untersuchung nichts juristisch Strafbares — ob nur, weil, wie es scheint, Haugwitz ihre vorzeitige Einstellung veranlaßte, bleibt unklar. Doch wurden ihre Güter zum Teil eingezogen, ihr aber 4000 Thaler jährlich als Pension ausgesetzt. Hinterher fand der König, die Sache sei doch „über das Knie gebrochen", das heißt zu ihrem

Nachteil übereilt, und ließ ihr — sie hatte inzwischen, 46 Jahre alt, den einundzwanzigjährigen Theaterdichter und Schauspieler Franz v. Holbein in Breslau geheiratet — die Güter zum Teil zurückgeben, gewährte ihr auch (sie starb erst 1820 in Berlin) wiederholt pekuniäre Unterstützung.

Auch sonst wurde manches anders. Der Regen von Titeln, Ehren und Orden, der bisher angedauert, hatte ein Ende, nicht minder die bisher herrschende Verschwendung. Natürlich galt der junge König alsbald vielen für geizig. Selbst Mutter und Bruder sollten vergeblich zur Deckung ihrer Schulden eine Beihilfe aus Staatsmitteln erbeten haben. Friedrich Wilhelm hielt eben daran fest, daß die Staatseinkünfte nicht für den Herrscher und seine Bedürfnisse da seien, sondern nur ein ihm anvertrautes Gut, das bloß für die Zwecke verwendet werden darf, für die es bestimmt ist. Wie es Friedrich dem Großen möglich geworden sei, den Siebenjährigen Krieg ohne Schulden zu führen, war eine seiner ersten Fragen an den Obertresorier Grafen Blumenthal. Sicheren Blicks hatte er den Punkt erkannt, aus dem alle Verlegenheiten Preußens, innere wie auswärtige, entsprangen. In der Herstellung der finanziellen Ordnung sah er die nächste und vornehmste Aufgabe. Die Rückkehr zu der früher üblichen genauen Rechnungsführung brachte Ordnung in das verwilderte Kassenwesen, enthüllte freilich auch noch nachträglich böse Unredlichkeiten. Durchweg wurde den Beamten der allzu lange vergessene Begriff der Pflicht in Erinnerung gebracht. Des Königs eigenes Leben war ganz von ihm beherrscht. Schon der frühe Morgen fand ihn bei der Arbeit, die er in wohlgeordneter Planmäßigkeit erledigte. Nur so hoffte er seinem Berufe einigermaßen gerecht werden zu können. Auch wollte er selbst regieren, nicht anderen die Geschäfte überlassen. Nur sein Wille sollte gelten. Doch lag gerade in diesem stark ausgeprägten autokratischen Sinn eine Schwäche und eine Gefahr.

Gründliche Studien hatte der König nur in militärischen Dingen gemacht. Da besaß er Kenntnisse, Urteil, Initiative. Die Verwaltung kannte er nur oberflächlich: da fehlte ihm die allein durch eigene Erfahrung erreichbare lebendige Anschauung.

Ein allgemeiner, über die leitenden Prinzipien unterrichtender Ueberblick, wie ihn Svarez ihm für die Rechtspflege vermittelt hatte, genügte da nicht. Daß ihm da die Sicherheit des Urteils fehlte, wußte er selbst: daher die Unsicherheit seines Auftretens, der Mangel an Entschiedenheit und die Scheu vor dem möglichen Widerstand ihm unbekannter Kräfte, der seine Autorität schädigen konnte. Das zog der erfolgreichen Bethätigung seines guten Willens und seiner Pflichttreue verhältnismäßig enge Schranken. Auch entsprang dem Konflikt zwischen seinem autokratischen Denken und diesem Gefühl der Unsicherheit die Sorge, in Abhängigkeit zu geraten: daher das Unbehagen beim Zusammenwirken mit bedeutenden Männern. Er wollte keine selbständigen Beamten und hat es nie vergessen, wenn ihm jemand, sei es auch im Drange der Not und zum höchsten Gewinn für den Staat, die von ihm beanspruchte Entscheidung vorwegnahm. Denn er schreckte vor allem zurück, was sich über das Mittelmaß erhob, das ihm als das Normale galt. Eine bürgerliche, ja beinahe spießbürgerliche, jedenfalls subalterne Natur, besaß er wohl die Eigenschaften, um in friedlichen Zeiten pflichttreu über Land und Leute eines Kleinstaates zu walten, aber kaum eine von denen, deren der Erbe der Fridericianischen Traditionen bedurft hätte, um in so sturmbewegter Zeit Preußen eine seiner Vergangenheit entsprechende Zukunft zu sichern.

Und doch konnte die bescheidene Begabung Friedrich Wilhelms III. als ein Glück für seinen Staat gelten: eine auf das Große gerichtete, kühn aufstrebende, wagemutige Herrschernatur hätte in dem damaligen Preußen keine von den Voraussetzungen gefunden, deren sie zu erfolgreicher Bethätigung bedurfte. Die Verwaltung, schon in Friedrichs des Großen letzten Jahren verfallen, genügte wohl den alltäglichen Anforderungen: außerordentlichen gegenüber hätte sie sicher versagt. Auch so weit es nicht von der Demoralisation infiziert war, welche die neuen polnischen Provinzen gezeitigt hatten (S. 330), versah das Beamtentum seinen Beruf im allgemeinen in geistloser Routine. Mit dem Gefühl der Verantwortlichkeit hatte es die Lust und die Fähigkeit zu selbstlosem Schaffen eingebüßt.

Preußens finanzielle Erschöpfung stand längst fest. Wie sie vornehmlich die traurige Rolle verschuldet hatte, zu der es sich seit Jahren verurteilt sah, so wußte auch Friedrich Wilhelm III., daß, ehe da nicht Abhilfe geschafft, für ihn von Freiheit des Handelns nicht die Rede sei. Nicht anders stand es mit der militärischen Leistungsfähigkeit. Was wollte gegenüber einem territorialen Wachstum, wie die letzte Regierung Preußen gebracht hatte, eine Vermehrung der Armee um 35000 Mann und ein jährlicher Aufwand zu militärischen Zwecken von 14 Millionen besagen! Auch war das Heer, ohne Anteil an den Kämpfen der letzten Jahre, die Kriegskunst und Kampfesweise von Grund aus gewandelt hatten, gegen die der anderen Staaten zurückgeblieben, befangen in der Ueberschätzung von Aeußerlichkeiten, schwerfällig und dabei doch von einem Dünkel erfüllt, der es dem Bürgertum, das seinerseits mit unberechtigter Geringschätzung auf es herabsah, entfremdete und verfeindete.

Um das Bürgertum aber stand es nicht besser. Die bequeme Oberflächlichkeit, mit der in dem sinkenden Fridericianischen Zeitalter Gebildete und Halbgebildete auf die Autorität der Aufklärung hin fast jede Autorität hinwegräsonniert hatten, war nicht ohne schädlichen Einfluß auf die Sittlichkeit geblieben. Die Art, wie Bischoffswerder und Wöllner statt dieser Verirrungen vielmehr die aufgeklärten Ideen bekämpft und das Christentum, das vielleicht hier und da unterschätzt wurde, durch Zwangsmaßregeln zu seinem Schutz herabgewürdigt hatten, hatte unter der Hülle beflissener Fügsamkeit vielfach die entgegengesetzte Gesinnung gezeitigt. Solch innere Unwahrheit ertötet die Fähigkeit zu wahrem religiösen Empfinden, und mit dieser versiegt für ein Volk die Quelle der stärksten moralischen Impulse. Das hat auch das preußische erfahren: furchtbarer Erschütterungen bedurfte es, um es aufzurütteln und ihm mit dem Bedürfnis tiefen religiösen Empfindens auch das Vermögen dazu und damit die Kraft zu sittlicher Erneuerung zu geben.

Das System Wöllner konnte den König über seine wahre Natur nicht lange täuschen, mochte er sich auch seinem Schöpfer zunächst an Stelle des verstorbenen Königs gerührt als Freund

angetragen haben. Denn auch in religiösen Dingen hielt er es mit dem mittleren Durchschnitt. Ein Gegner jeder Schwärmerei, war er doch ein guter Christ. Dogmatischen Feinheiten unzugänglich, fand er in dem christlichen Glauben vor allem die Grundlage für ein ernstes sittliches Leben, und wie er selbst sich mit seinem Gott in der Stille verständigte, ließ er auch jedem anderen die Freiheit, das auf seine Art zu thun. Ohne den ursprünglichen politischen Nebensinn (S. 47) galt auch für ihn Friedrichs des Großen Wort, in seinem Staate könne jeder nach seiner Fasson selig werden. Aber als er aus Anlaß der Beschwerden des Predigers Schulz zu Gielsdorf, der auf Grund des Religionsedikts durch einen Machtspruch seines Amtes entsetzt worden war, einen Einblick gewonnen in die rechtlose Willkür, mit der selbst die Justizbehörden dem Systeme der Heuchelei und der Lüge dienstbar gemacht worden waren, bäumte sich seine grundehrliche Natur entrüstet auf. Die Examinationskommission (S. 263) war bereits aufgehoben und das Oberkonsistorium in seinen Befugnissen hergestellt, und als Wöllner trotzdem das Religionsedikt den Behörden zur ferneren Nachachtung in Erinnerung brachte, hatte es der König in einer Kabinettsordre vom 11. Januar 1798 gebrandmarkt als geeignet, nicht die Religion zu heben, sondern die Heuchelei zu fördern. Jetzt wurde Wöllner, obgleich er bereit war auch diese Anschauungen amtlich zu vertreten, am 11. März 1798 „aus bewegenden Ursachen“ gänzlich, das heißt ohne Pension seiner Stellung enthoben. Vergeblich bemüht, unter Hinweis auf seine bedrängte Lage sich ein Ruhegehalt auszuwirken, ist er am 10. September 1800 in ländlicher Zurückgezogenheit gestorben. Die positiven Leistungen aber, die den angerichteten Schaden hätten gut machen können, blieben aus: zu einschneidenden Reformen fand der junge König nicht den Mut.

So ging es auch sonst. Die ersten Maßnahmen Friedrich Wilhelms III., vor allem die Aufhebung der eben erst hergestellten Tabaksregie (S. 342), erweckten große Hoffnungen: die Erfüllung blieb aus. Grundehrlich, pflichttreu, wohlwollend, gerecht und treu dem gegebenen Wort, huldigte der König in Bezug auf Staat und Gesellschaft liberalen Theorien: an das

aber, was diesen in der bestehenden Ordnung widersprach, die bessernde Hand zu legen, wagte er in seinem bis zur Pedanterie korrekten Wesen nicht. Wie so viele, überschätzte er die Festigkeit der überkommenen Zustände. Doch erwarteten manche von ihm einschneidende Reformen, wie namentlich auch der damalige Sekretär im Generaldirektorium Friedrich Gentz (geb. 1764). Als Schüler Kants erst ein Lobredner, dann ein Gegner der Revolution, wandte sich dieser an ihn in einem Sendschreiben mit einem Reformprogramm, in dem Preßfreiheit die Hauptforderung war. Bei der Verwandtschaft der politischen Theorien des aufgeklärten Absolutismus mit denen der Revolution, galt der König manchem für einen Demokraten, und noch zwei Jahre später meinte ein preußischer Staatsmann, die Revolution, die in Frankreich von unten nach oben gemacht sei, werde in Preußen von oben nach unten erfolgen: auch da werde es feudale Rechte bald nicht mehr geben. Leider geschah das erst, als Ereignisse, die ihn mit seinem Staate zu vernichten drohten, den König zwangen, die Verwirklichung seiner Theorien durch andere zuzulassen. Seine Schwäche lag im Willen, nicht in der Einsicht. Seit Jahren hatte er das Staatswesen aufmerksam beobachtet und ein förmliches Regierungsprogramm entworfen, in dem er sich über seine Aufgabe und ihre Lösung klar zu werden suchte. In den Jahren 1796—1797 zu Papier gebracht, eröffnen uns diese „Gedanken über die Regierungskunst" einen Einblick in seine politischen Anschauungen.

Voran steht der Satz: das größte Glück eines Landes ist dauernder Friede. Darin klingt nicht bloß die Erinnerung nach an die Eindrücke, die er 1792 in der Champagne und 1794 in Polen empfangen hatte: auch seines Lehrers Svarez Denkweise hatte er sich da zu eigen gemacht. So ist die Politik die beste, die den Frieden erhält. Dazu bedarf es einer tüchtigen Armee und eines gefüllten Schatzes. Wie eine Polemik gegen die Ansichten, die der große König im Antimachiavell entwickelt hatte (S. 4), klingt es dann aber, wenn er unter Verwerfung aller Allianzen, die zu kriegerischen Verwickelungen führen können, die sonst geschlossenen gehalten sehen will und da jeden „Wortbruch" verwirft. Hieß das aber nicht in einer Zeit jäh wechselnder

Kombinationen die preußische Politik bedenklich festlegen? Auch war es zweierlei, ein Heer halten und einen Schatz sammeln, um sie zu gebrauchen, und sie nur als Mittel zur Sicherung der erstrebten Unthätigkeit betrachten. Auf diesem Wege war Friedrich Wilhelm I. nach des eigenen Sohnes Urteil (S. 7.) in Mißachtung gefallen.

Auch weiterhin werden in der Denkschrift richtige Grundsätze für die Praxis in ähnlicher Weise durch Vorbehalte abgeschwächt. Wirklich selbst regieren, wird ausgeführt, kann kein Fürst: auch Friedrich habe das nicht gekonnt, es auch nicht allen recht gemacht und Fehler begangen. Entschuldigt das nicht zum voraus, wenn der Nachfolger etwas versieht! Unentbehrlich sind jedem Fürsten „gesunde, reine Vernunft, richtiges Urteil und strenger Gerechtigkeitssinn". Fehlen sie oder sind gar die entgegengesetzten üblen Eigenschaften vorhanden, so können Zustände eintreten, die den Unterthanen das Recht geben, sich, wie es in Frankreich geschehen, eine bessere Regierung zu erzwingen. Das Recht der Revolution wird anerkannt. Die Gesetze sollen mit Religion und Vernunft in Einklang gebracht, den Provinzialständen vorgelegt und, von ihnen gebilligt, unverbrüchlich gehalten werden. Das Beamtentum muß unter strenger Zucht stehen: Verfehlungen aus bösem Willen dürfen nie Gnade finden. Allzu groß war danach des Schreibers Glaube an die Tüchtigkeit der preußischen Beamten nicht. Ließ sich aber für die da herrschenden Mängel Abhilfe erwarten von so wohlgemeinten, aber phrasenhaften Ermahnungen, wie sie in dem vielgepriesenen Erlaß vom 23. November 1797 ergingen, um alle Behörden zu pünktlicher Pflichterfüllung und die Beamten zu sittlichem Ernst und Charakterfestigkeit anzuhalten?

Eine wirksame Reform hätte an der Zentralstelle einsetzen müssen. Da aber blieb alles auf einen König zugeschnitten, der angeblich alles wußte, alles wollte und alles konnte, während er doch von den paar Beamten abhing, die ihn bei der Erledigung der laufenden Geschäfte unterstützten, das wußten und sich unentbehrlich zu machen suchten. Und wie leicht war das, da der König durch sie hörte und sah, verfügte und herrschte!

Auch Friedrich Wilhelm III. war trotz der Eifersucht auf seine Unabhängigkeit in der Hand seiner Kabinettsräte. Und unter ihnen gewann nun nach dem durch Krankheit veranlaßten Rücktritt Ludwig Menckes, eines gebildeten, feinfühligen und liberal denkenden Beamten, dessen Volksfreundlichkeit die aus seiner Feder geflossenen, so beifällig aufgenommenen ersten Erlasse des Königs erkennen lassen — durch seine Tochter Luise Wilhelmine wurde er der Großvater des Fürsten Bismarck —, der Geheimrat Lombard entscheidenden Einfluß, ein Mann, dessen nicht gewöhnliche Begabung und Geschäftskenntnis der Mangel an sittlichem Ernst und politischem Pflichtgefühl entwertete. Als Vermittler zwischen dem Könige und den Ministern hielt er alle Fäden der inneren und äußeren Politik in der Hand: er war eigentlich erster Minister, ohne die sonst durch einen solchen geschaffene Einheit herzustellen. Denn es gab für den König immer nur die durch ihn vermittelten Ansichten der einzelnen Minister, nie eine solche des Ministeriums. Daher schwankte der König so viel und entschied sich meist für die Ansicht, die am wenigsten gethan haben wollte. Dabei kamen natürlich gerade die großen Interessen des Staates zu kurz: Inkonsequenz und Schwäche traten an die Stelle des Geistes, der Preußen groß gemacht hatte.

Wenn Friedrich Wilhelm in den „Gedanken über die Regierungskunst“ bemerkt, nie dürfe sich ein Regent seinen Räten mit blinder Zuversicht anvertrauen oder ihre Ratschläge wie Evangelien ansehen und ausführen, sondern müsse sie prüfen, beurteilen und nicht eher ausführen, als bis er sich von ihrem Nutzen überzeugt habe, so fielen auch da Theorie und Praxis für ihn nicht zusammen. Das verschuldete wesentlich seine Unfähigkeit, allgemeine Gesichtspunkte zu fassen und sich von der Fülle der Einzelnheiten zur Idee zu erheben. Den großen geistigen Interessen blieb er daher stets fremd. Kunst und Wissenschaft hatten für ihn nur Wert, so weit sie nützten, z. B. zur Verbesserung der Landwirtschaft, des Handels und Wandels und der Industrie beitrugen. Abstrakte Wissenschaften aber, „die nur einzig und allein in das gelehrte Fach einschlagen und zur Aufklärung der gelehrten Welt beitragen“, kommen ihm für die Wohlfahrt des Staates nicht in Betracht. Er

empfiehlt sie einzuschränken und die Aufmerksamkeit der Gelehrten und der Akademien auf die nützlichen Dinge zu lenken: sonst erfüllen sie ihre Köpfe mit „spekulativischen Raisonnements", die das Beste des Ganzen nicht fördern. Auch die üblichen akademischen Preisfragen will er in diesem Sinne gestellt sehen und wünscht in etwas plumper Ironie von der Akademie der Wissenschaften eine Antwort auf die Frage: „Welches ist der wirkliche, nicht imaginäre oder bloß in der Ideenwelt (als mit welcher die Herren Akademiquer sich am liebsten zu beschäftigen pflegen) bestehende Nutzen, den die Akademie seit ihrer Gründung für das Wohl des Preußischen Staates und Landes gestiftet hat?" Daß dieser Fürst für die Bedeutung der deutschen Universitäten kein Verständnis besaß, daß seine pedantische Unteroffiziersnatur an ihrer Freiheit und der traditionellen, von mancherlei Auswüchsen ja nicht freien Ungebundenheit ihrer Studierenden schweren Anstoß nahm, kann nicht verwundern. Wie sehr fehlte den Hohenzollern noch die Einsicht in die nationale Bedeutung der Wissenschaftspflege! Friedrich Wilhelm I., mit dem sein Urenkel da eine frappante Aehnlichkeit aufweist, hatte die preußischen Universitäten gehöhnt, indem er ihnen seinen Hofnarren als Kurator vorsetzte. Was unter Friedrich dem Großen hier und da für sie geschah, ging nicht von ihm aus, sondern von dem Minister Zedlitz (S. 224). Friedrich Wilhelm II. hatte, Wöllner übertrumpfend, vor allem die Professoren in geistige Knechtschaft schlagen wollen, und sein Nachfolger meinte die Studenten wie seine Musketiere dem Stock unterstellen zu müssen. Am 23. Juli 1798 erging das sogenannte Prügeledikt, eine „Verordnung wegen Verhütung der die öffentliche Ruhe störenden Excesse der Studierenden auf sämtlichen Akademien in den Königlichen Staaten", die nicht bloß der Polizei gegen die Studierenden völlig freie Hand gab, sondern zur Warnung und um ein Exempel statuieren zu können, wörtlich bestimmte: „Bey groben, die öffentliche Sicherheit stöhrenden Excessen soll in keinem Fall auf Geldbuße oder Relegation, sondern jeder Zeit auf Gefängnis oder körperliche Züchtigung erkannt werden." Für den Niedergang der Universitäten und des Studentenlebens im nächsten Jahrzehnt haben einsichtige

akademische Lehrer namentlich diese unwürdige Bestimmung verantwortlich gemacht. Unempfänglicher für das Ideale war nie ein Hohenzoller, und wenn nachmals Napoleon die Deutschen als Ideologen höhnte und in den Preußen die ärgsten Ideologen haßte: Friedrich Wilhelm III. war über diesen Verdacht wahrlich erhaben. Und dabei stand er an der Spitze eines Staates, dessen Zukunft davon abhing, daß seine im Widerspruch mit der Vergangenheit gleichsam entgeistigte Form durch die Idee mit neuem Inhalte erfüllt wurde!

Es war ein Verhängnis, daß in einem Zeitalter des Weltkrieges Preußens Schicksal in der Hand eines Fürsten lag, dessen Ideal die Erhaltung des Friedens war. Die Schwächen, die, in seinen menschlich liebenswürdigen Eigenschaften begründet, seine innere Politik lähmten, wurden für die auswärtige vollends verderblich. Ihre Leitung kam ganz an Haugwitz: da nach des hochbetagten Finckenstein Tod (Sommer 1800) Alvensleben auf die dem Ressort zugehörigen nicht diplomatischen Angelegenheiten beschränkt wurde, die nach seinem Tode (1802) an den Justizminister übergingen, kann er als der erste eigentliche Minister des Auswärtigen in Preußen bezeichnet werden. Wenn man aber für die preußische Politik der nächsten Jahre ihn verantwortlich gemacht hat, so ist ihm unrecht geschehen. Vielmehr hielt auch er die Zeit für gekommen, wo Preußen aus seiner Zurückhaltung heraustreten, sich den Gegnern Frankreichs nähern und gegen dieses eine ernste Sprache führen müsse. Daß das nicht geschah, Preußen vielmehr immer tiefer in die Sackgasse einer Politik des Friedens um jeden Preis geriet, ist auf den König persönlich zurückzuführen.

In Paris hatte man gehofft, der Thronwechsel werde das letzte Hindernis für das Bündnis mit Preußen beseitigen. Die Ehrlichkeit, Gerechtigkeit und Festigkeit des neuen Königs schien dafür zu bürgen, daß er die ihm nachgerühmte revolutions- und franzosenfreundliche Gesinnung auch bethätigen werde. Wirklich fand Caillard bei Ueberreichung seiner Kreditive einen sehr freundlichen Empfang. Neue englische und russische Werbungen waren abgewiesen. Alvensleben empfahl Freundschaft mit Frankreich, schon weil man ihm militärisch nicht gewachsen sei. Den-

noch wurde ein Allianzvertrag, den Caillard im Mai 1798 vorlegte, abgelehnt, und zwar auf Haugwitz' Betreiben. Das wirtschaftliche Erblühen Norddeutschlands unter dem Schutze der Neutralität und deren stete Gefährdung durch Frankreich hatte ihn weniger an der Möglichkeit als an dem Nutzen des bisher befürworteten Bündnisses mit der Republik irre gemacht. Der bisherige Verlauf des Rastatter Kongresses aber, wo der Friede zwischen dem Reiche und Frankreich verhandelt wurde, zeigte schlagend, wie eng trotz der Demarkationslinie die Interessen Preußens mit denen des Reiches verknüpft waren, während die Unersättlichkeit der revolutionären Propaganda sich in der Schweiz und Italien von neuem bethätigte. In dem gleichen Sinn suchte auch der Herzog von Braunschweig auf den König einzuwirken und erhielt wenigstens Vollmacht, etwaigen Verletzungen der norddeutschen Neutralität durch die Franzosen ohne weitere Rückfrage mit den Waffen entgegenzutreten.

Wie Recht Haugwitz hatte, lehrte der Eindruck, den schon die Möglichkeit einer so geänderten Haltung Preußens in Paris hervorbrachte. Caillard wurde durch Sieyès ersetzt, nicht eben zur Freude des Berliner Hofes, der dem übelberufenen revolutionären Doktrinär starke Vorurteile entgegenbrachte. Er sollte die preußische Regierung überzeugen, daß sie ehrliche Freundschaft von Oesterreich nie erwarten dürfe, sondern sich in ihren berechtigten Vergrößerungsplänen von ihm immer gehindert sehen werde, und sie durch Aussicht auf Landerwerb für einen Bund gewinnen, der mit Frankreich auch Spanien, Holland, die Schweiz, Schweden, Dänemark, die italienische Republik und einen Teil der deutschen Reichsfürsten zu gemeinsamer Herstellung des Friedens vereinigen sollte. Doch wollte man sich in Berlin auf nichts einlassen, ehe nicht der Streit zwischen der Republik und dem Reiche beglichen wäre, wohl aber Oesterreich gegenüber vermitteln, wenn Frankreich alle Ansprüche über die Rheingrenze hinaus aufgab. Diesen Vorschlag nannte Sieyès „lächerlich, abgeschmackt und hinterlistig“. Dennoch trat man in Unterhandlungen ein und kam einander auch in einzelnen Punkten näher. War Preußen doch bereit, dem Frieden zu liebe auf jede Entschädigung im Reiche zu verzichten,

unter der Bedingung freilich, daß auch Oesterreich keine erhielt. Da überhaupt nur die weltlichen Fürsten für die Verluste auf dem linken Rheinufer entschädigt werden sollten, wäre so im Reiche ein Zustand hergestellt, wie ihn Frankreich nur wünschen konnte. Das Gleiche in Italien zu erreichen, sollte Preußen gemeinsam mit Frankreich, Spanien und der helvetischen Republik den dort durch den Frieden von Campoformio geschaffenen Besitzstand verbürgen. Auch das wurde abgelehnt (Oktober 1798). Denn Haugwitz sah, daß Preußen ja nur verpflichtet werden sollte, gegebenenfalls für Frankreich gegen Oesterreich einzutreten.

Das war eine Niederlage der französischen Politik. Aber auch preußischerseits war man von dem Gang der Dinge nicht erbaut. Die wachsende Spannung mit Frankreich erschwerte die Neutralität und steigerte die Gefahr, in den von Rußland und England betriebenen neuen Koalitionskrieg gezogen zu werden. Das wollte man um jeden Preis vermeiden. Würde aber Frankreich sich aus Sorge vor Preußens Uebertritt zu seinen Gegnern zu den Zugeständnissen bequemen, ohne die selbst eine so friedliebende Regierung nicht in der bisherigen Unthätigkeit beharren konnte? Im Gegenteil: da Preußen sich ihm versagte, wollte es die mit seiner Hilfe erstrebte Stellung in Deutschland erlangen, indem es die deutschen Mittel- und Kleinstaaten an sich zog, also die Rheinbundpolitik Richelieus erneute. In Paris herrschte ein ähnlicher Zwiespalt wie in Berlin zwischen dem König, Lombard und Köckritz auf der einen und Haugwitz auf der anderen Seite. Um es zum Alliierten zu gewinnen, wollten die einen Preußen als Vormacht Norddeutschlands belassen, die anderen, obenan Sieyès, hielten den Zusammenstoß doch für unvermeidlich und wollten Preußen rechtzeitig möglichst unschädlich machen, indem sie es hinter die Weser, ja hinter die Elbe zurückwarfen. Das bedrohte nicht bloß Preußens deutsche Stellung, sondern seinen Charakter als deutscher Staat. Denn es hörte auf ein solcher zu sein, wenn es außer dem alten ostelbischen Kolonialland nur slavische Gebiete enthielt und gar, wie weiter geplant wurde, in eine dynastische Verbindung mit Polen trat, die es mit Rußland dauernd ver-

feindete. Sprach man in diesem Zusammenhange doch von der „Polonisierung" Preußens, während in Berlin immer mehr die Erkenntnis durchdrang, daß gerade die letzten Erwerbungen von Unheil gewesen und die Anlässe der den Staat innerlich und äußerlich bedrängenden Schwierigkeiten seien.

Einig aber war man in Paris darüber, daß der Einfluß Preußens so gut wie der Oesterreichs in Deutschland gebrochen werden müsse. Dann konnte dieses unter französischem Schutz je nachdem in einem Bund oder deren zwei organisiert werden. Bald war die französische Diplomatie eifrig an der Arbeit, an den kleinen deutschen Höfen für diesen Plan zu werben, wobei man namentlich auf den dem preußischen Hofe eng verbundenen Kasseler rechnete, als der Tod des Kurfürsten Karl Theodor von Pfalz-Bayern (16. Februar 1799) noch glänzendere Aussichten eröffnete. Des preußischen Schutzes längst nicht mehr gewiß, flüchtete Bayern sich unter den Frankreichs. Maximilian Joseph wollte geradezu als Franzose betrachtet sein. Damit war für jene Rheinbundspläne die denkbar beste Grundlage gegeben: im Herzen des Reiches konnte Frankreich einsetzen, um zugleich nach Nord und Süd gewandt den morschen Reichsbau zu sprengen. Nur war trotz eifriger Unterhandlungen ein Einverständnis doch noch nicht erzielt, als der Krieg wieder ausbrach und der Rastatter Gesandtenmord die Gegensätze vollends vergiftete.

Auch die Lage Preußens wurde äußerst schwierig. Würde es möglich, würde es mit der Ehre vereinbar sein, in der Neutralität zu verharren, für die man nirgends Dank erntete, wohl aber sich von Oesterreich den Vorwurf der Franzosenfreundschaft, von Frankreich den sträflicher Lauheit zuzog? Die Gegensätze in der Regierung verschärften sich. Sieyès, in das Direktorium gewählt, verließ Berlin mit dem Eindruck eines offenen Zwiespaltes zwischen dem König, der, von Köckritz beraten, nach wie vor nur Frieden wollte und entschlossen war, auch ferner die strengste Neutralität zu beobachten, und Haugwitz, der den Anschluß an die Gegner Frankreichs forderte. Das Ergebnis waren neue Halbheiten, neue Widersprüche. Ihm jeden Grund zum Mißtrauen zu nehmen, suchte Friedrich Wilhelm

auch jetzt noch freundschaftliche Anlehnung an Frankreich, erklärte aber zugleich seinen Entschluß zu energischem Handeln, sobald es, obgleich sein natürlicher Verbündeter, ihn angreifen würde. Dann werde er sein Volk zu jedem Opfer bereit hinter sich haben. Haugwitz dagegen war durchdrungen von dem unverbesserlich aggressiven Charakter der französischen Politik und wollte ihr nicht durch unthätiges Zuwarten Zeit geben, eine immer furchtbarere Position zu gewinnen.

Als daher im Mai 1799 nach Wiederausbruch des Krieges England und Rußland in Berlin vorschlugen, Preußen solle Frankreich wenigstens zur Räumung Hollands auffordern und, wenn sie verweigert würde, die Waffen ergreifen, und einen Garantievertrag anboten, der ein gemeinsames Vorgehen für den Frieden in Aussicht nahm, empfahl Haugwitz, darauf einzugehen. Der König aber lehnte auf den Rat namentlich Köckritz' und Lombards beides ab. Auch die Rechtsverletzung endlich energisch zur Sprache zu bringen, weigerte er sich, deren die Franzosen sich alle die Zeit schuldig gemacht hatten, indem sie in den linksrheinischen Gebieten Preußens, wo der Baseler Friede ihnen nur die Befugnis militärischer Besetzung gab, sich auch der Zivilverwaltung bemächtigt hatten. Das hätte ja zum Bruch mit Frankreich führen können: dann aber, meinte er, sei die Rückkehr zur Neutralität unmöglich, während der Uebergang von ihr zum Kriege gegen Frankreich immer frei stehe. In keinem Falle wollte er sich durch einen Vertrag binden. Und dabei blieb er auch, als unter dem Eindruck der Siege Suworows in Italien England und Rußland ihn von neuem umwarben. Zwar drang ihm Haugwitz anfangs die Erlaubnis zum Eintritt in Unterhandlungen ab und hatte bereits einen Vertragsentwurf vereinbart, als seine plötzliche Sinnesänderung ihn nötigte alles abzubrechen.

So blieb alles beim alten. Man erkannte die Forderungen der koalierten Mächte an Frankreich als berechtigt und durch das Interesse Europas geboten an: sie zu den seinen zu machen, lehnte man ab. In dem Wahne, durch die jahrelange Neutralität zu Frankreich in einem Vertrauensverhältnis zu stehen und mit seinem Rat bei ihm etwas zu gelten, glaubte Fried-

rich Wilhelm durch diese sozusagen moralische Autorität Frankreich gütlich die Konzessionen abzugewinnen, ohne die an Erhaltung des Friedens mit ihm ebensowenig zu denken sei wie an einen allgemeinen Frieden. Natürlich aber blieb seine Verwendung für die Unabhängigkeit Hollands so vergeblich wie seine Reklamationen wegen der linksrheinischen Lande. Auch die bescheidene militärische Demonstration, die Haugwitz zu ihrer Unterstützung durchsetzte — eine kleine Truppenmacht zog langsam auf Wesel, um für den Fall der damals geplanten russisch-englischen Landung in Holland von dort aus das preußische Gebiet zu besetzen —, machte keinen Eindruck. Man wußte in Paris zu gut, daß der König, bloß auf Frieden bedacht, seinem Minister auf diesen Weg nie folgen würde. Und als dann gar im Felde ein Umschlag zu gunsten Frankreichs eintrat, stimmte auch Haugwitz seinen Ton herab und kehrte zur Neutralität zurück.

Gebessert war die Lage Preußens durch all das natürlich nicht. Selbst denen, die in Paris bisher die Allianz mit ihm befürwortet hatten, galt es nicht mehr für bündnisfähig. Die Instruktion des neuen Gesandten der Republik, der zu Beginn des Jahres 1800 in Berlin erschien, General Beurnonville, erwog diese Möglichkeit nicht mehr. Diese Isolierung gefährdete Preußen um so mehr, als Oesterreich damals in Süddeutschland und Italien siegreich war. Ließ sich von ihm da bei künftigen Friedensverhandlungen Rücksichtnahme auf Preußen erwarten? Würde man es nicht vielmehr für seine Hinneigung zu Frankreich büßen lassen wollen? Empfahl es sich am Ende nicht noch jetzt die siegreiche Koalition durch seinen Anschluß zu Dank zu verpflichten? War Preußen früher durch die Verfeindung mit Oesterreich auf die Seite Frankreichs gedrängt, schien es jetzt durch die Erkaltung seiner Beziehungen zu Frankreich wieder zum Anschluß an ersteres genötigt zu werden. Mit der Neutralität war es dann zu Ende, der Krieg war unvermeidlich.

Als einen höchst erwünschten Glücksfall begrüßte man es daher in Berlin, daß die Koalition infolge der Streitigkeiten zwischen Kaiser Paul und seinen Verbündeten sich auflöste und

Rußland von dem Kriege zurücktrat. Das ermöglichte der französischen Politik den Versuch, den Zaren durch Vermittelung Preußens zum Frieden zu gewinnen. Haugwitz zwar wollte davon nichts wissen, aber auf Befehl des Königs mußte er den Gesandten in Petersburg anweisen, die russische Regierung von den friedlichen Absichten des ersten Konsuls zu unterrichten. Auch schien man in Paris jetzt, wo man Preußen brauchte, von seinem Recht, in Europa ein entscheidendes Wort mitzusprechen, überzeugt. Es sei Zeit, schrieb Talleyrand an Beurnonville, daß Preußen als wesentlich beteiligt an den europäischen Angelegenheiten hervortrete; habe es die Ruhe gekräftigt, so könne ihre längere Dauer doch für seine politische und militärische Geltung verhängnisvoll werden und, was bisher als Klugheit gegolten, als Unentschlossenheit erscheinen; Preußen müsse nach dem mit seinem natürlichen Verbündeten — das ist Frankreich — vereinbarten Plan als Friedensstifter und Schiedsrichter auftreten, da sonst das Gleichgewicht in Deutschland und Europa gestört bleiben, Preußen selbst aber, weil es sich nicht rechtzeitig entschieden habe, im Gedränge zwischen eifersüchtigen Nachbarn zugleich mit den in fünfjähriger Neutralität gewonnenen Vorteilen diejenigen verlieren werde, die ihm sicher seien, wenn es gemeinsam mit der Republik für den allgemeinen Frieden auftrete. Solche Schmeichelreden sollten Preußen auf den Weg zu bewaffneter Vermittelung locken. Von einem Eingehen aber auf die für seine linksrheinischen Lande gestellten Forderungen war nicht die Rede. Nur in Nebendingen gab man nach. Da leitete der Tag von Marengo (14. Juni 1800) einen totalen Umschwung ein. Von Vermittelung Preußens zwischen Frankreich und Oesterreich war nicht mehr die Rede. Wohl aber eilte der erste Konsul sich seiner zu bedienen, um die nun doppelt wünschenswerte Verständigung mit Rußland zu erreichen, mit dem es unlängst (28. Juli 1800) unbeschadet seiner Neutralität das Defensivbündnis von 1792 erneut hatte. In Berlin bot man dazu bereitwilligst die Hand, denn Friedrich Wilhelm glaubte für Preußen und den allgemeinen Frieden am besten zu sorgen, wenn er einerseits mit Rußland, andererseits mit Frankreich gut stand.

III. Schwankungen und Scheitern der Neutralitätspolitik. 1800—1806.

Die friedliche Strömung, die nach dem Zerfall der dritten Koalition aufkam, war nirgends willkommener als in Berlin. Gelang es die preußisch-russisch-französische Tripelallianz und durch sie den allgemeinen Frieden zu stande zu bringen, so feierte die Neutralitätspolitik einen Triumph, indem sie Preußen seine europäische Stellung ohne Schwertstreich zurückgewann. Weder die geforderte Vergrößerung, noch die Hegemonie in Norddeutschland konnte ihm dann entgehen. Das steigerte seine Ansprüche und seine Zuversicht, nicht seine Thatkraft. Vielmehr erwartete es auch jetzt alles von der günstigeren Gestaltung der europäischen Lage und dem dadurch gesteigerten guten Willen der Mächte.

Dazu galt es für Preußen sich als Vermittler zwischen Frankreich und Rußland unentbehrlich zu machen und beide zu seiner Förderung zu gewinnen. Angeblich selbstlos für das allgemeine Wohl eintretend, verfolgte es doch nur den eigenen Vorteil. Das durchschaute man in Paris so gut wie in Petersburg. Statt daher ihre Verbindung von dem Vermittler regeln zu lassen, der nicht bloß der ehrliche Makler war, und ihm eine hohe Gebühr zu bewilligen, einigten sich beide Kabinette lieber ohne ihn und setzten nach Maßgabe allein ihres Interesses fest, was jenem zugestanden werden sollte. Namentlich die französische Politik ließ keinen Zweifel darüber, daß sie ihre Beziehungen zu Rußland ausschließlich nach ihrem und Rußlands Vorteil bemessen werde. Diese ernüchternde Erkenntnis war das nächste Ergebnis der Mission, in der Lucchesini im Oktober 1800 nach Paris geschickt wurde, einmal um die durch Preußen hergestellten Beziehungen zwischen Rußland und Frank-

reich zu pflegen und dann die österreichisch-französischen Verhandlungen zu überwachen, da Preußen zu dem in Luneville eröffneten Friedenskongreß nicht zugelassen war. Den Versuch als Lohn für die in Petersburg geleisteten guten Dienste Frankreich einen Vertrag abzugewinnen, der die Abtretung des linken Rheinufers, die Entschädigung durch Säkularisationen, die Räumung der rechtsrheinischen Lande und Hollands sowie die Unabhängigkeit der Schweiz, Neapels u. s. w. festsetzte, vereitelte Bonapartes kategorische Erklärung, vor dem Frieden mit Rußland könne von anderen Abmachungen nicht die Rede sein: Frankreichs Verhältnis zu Preußen sei und bleibe abhängig von dem zu Rußland. Von einer leitenden Stellung für Preußen war danach nicht die Rede: auch ferner mußte es sehen, den durch andere bestimmten Verhältnissen möglichsten Vorteil abzugewinnen.

Die gleiche Enttäuschung wartete Friedrich Wilhelms III. in Petersburg, obgleich er nicht bloß das Defensivbündnis von 1792 erneut, sondern (18. Dezember) sich auch dem Seebunde Rußlands mit Dänemark und Schweden zum Schutz des Handels der Neutralen gegen England angeschlossen und infolgedessen sogar die Mündungen von Elbe und Weser für englische Schiffe gesperrt hatte. Freilich entsprach das Programm für Preußens Entschädigung, das er mit Hilfe Rußlands bei Frankreich zur Annahme zu bringen dachte, wenig seiner bisherigen Unthätigkeit. Denn er forderte die Bistümer Bamberg und Würzburg und einige Reichsstädte in Franken, dann das Bistum Hildesheim, Osnabrück, das Eichsfeld und Erfurt, setzte sich auch schon in Bereitschaft, um Oesterreich und Bayern zuvorkommend diese Gebiete gleich nach dem Abzuge der Franzosen zu occupieren. Gelang das, so gewann Preußen in Norddeutschland, wo dann Sachsen, Hannover und Hessen geographisch und politisch so abhängig von ihm wurden, wie Braunschweig und Mecklenburg es längst waren, eine herrschende Stellung, die ihm für den Fall eines Konflikts mit Oesterreich auch Süddeutschland gegenüber alle Vorteile sicherte. Dabei hoffte der König, die bevorstehenden territorialen Aenderungen sollten das Reich militärisch stärken und auch Frankreich gegenüber wider-

standsfähiger machen. So verfolgte Preußen eigentlich unvereinbare Ziele. Auf Grund seiner angeblichen Befreundung mit Frankreich bemüht, dieses mit Rußland zu versöhnen, suchte es ihm zugleich mit dessen Hilfe für sich eine Stellung abzudringen, die ihm Halt gebot. Das konnte vollends nicht gelingen, seit Frankreich durch den Luneviller Frieden (9. Februar 1801) des Krieges mit Oesterreich und dem Reiche entledigt war. Ueberraschender war die ablehnende Haltung Rußlands. Statt der fränkischen Bistümer schlug es Ende März 1801 vor, Hannover an Preußen zu geben.

Es ist bezeichnend für die Begehrlichkeit seiner sonst ziellosen Politik, daß Preußen diesem Vorschlag gegenüber die eigenen Pläne sofort aufgab und ihn, wenn auch unter einigen Vorbehalten, im Prinzip annahm, zugleich aber die Verantwortung England gegenüber Rußland und Frankreich zuschob. Doch rang der König in schweren Zweifeln: mit Thränen in den Augen, heißt es, gab er den entscheidenden Befehl. So rückten 15000 Mann in Hannover ein. Kaum war das geschehen, als die Ermordung Kaiser Pauls (23.—24. März 1801) alles wandelte. Bonaparte sah die Entwürfe gegen England zertrümmert, die er auf die wachsende Intimität mit dem Zaren gegründet hatte. Auch mit diesem galt es nun schnell Frieden zu schließen. Was wurde nun aus der preußischen Occupation Hannovers? Auf Unterstützung von Rußland durfte Preußen da nicht mehr rechnen. Frankreich mußte darin ein lästiges Hindernis für den Frieden sehen. Hätte man in Berlin nicht besorgt, dem Abzuge der eigenen Truppen werde sofort der Einmarsch der Franzosen folgen, man hätte Hannover schleunigst geräumt. Doch bethätigte man durch Freigebung der Weser und Elbe England seine Bereitwilligkeit zu einem Vergleiche.

War demnach an die Behauptung Hannovers nun nicht mehr zu denken, so regte sich die Sorge wegen anderweitiger Entschädigung in Berlin um so mehr, als der neue Zar Alexander Preußen zwar seiner Freundschaft versicherte, aber gerade darüber zu einer bestimmten Erklärung nicht zu bringen war. Nur die fränkischen Bistümer wollte auch er nicht an Preußen kommen lassen, hatte aber gegen die Räumung Han-

novers nichts einzuwenden. Frankreich dagegen hielt von allen für Preußen in Betracht kommenden Entschädigungen Hannover für die wünschenswerteste, zumal so für das Reich die Gefahr vermindert werde, durch die Verbindung Hannovers mit England in ihm fremde Händel gezogen zu werden. Wäre so doch Preußen mit England verfeindet und zum Bündnis gegen dieses gewonnen worden. Auch verkannte man in Berlin nicht, daß die Annahme dieses Danaergeschenkes den Angriff Englands provozierte, sobald die durch den Systemwechsel in Rußland angebahnte Versöhnung desselben mit den nordischen Mächten erfolgte. Der Eifer, mit dem man die Sache in Paris betrieb, war nichts weniger als selbstlos. Auch enthielt der von Beurnonville Anfang Mai überreichte Vorschlag, der die Selbständigkeit von Hamburg, Bremen und Lübeck sicherte und die hannoversche Kur auf Hessen-Kassel übertrug, die Forderung, Preußen solle Neufchatel und Valengin Frankreich zur Verfügung stellen. Dazu war man in Berlin bereit! Nur selbst thun wollte man in der Sache auch jetzt nichts. Die Zustimmung Englands sollte Frankreich auswirken. Gelang ihm das nicht, so müsse es, meinte man, erst recht für die Ueberlassung der fränkischen Bistümer an Preußen eintreten.

Doppelt lockend klangen im Vergleich damit die Vorschläge, die, um eine Annäherung an Preußen bemüht, Oesterreich damals durch Graf Philipp Stadion machen ließ. Es verhieß Preußen volle Entschädigung, beanspruchte aber selbst keine, abgesehen von der Versorgung des Großherzogs von Toskana im Reiche. Es billigte Haugwitz' Vorschlag, die auf Grund der Luneviller Vereinbarungen festzusetzenden Entschädigungen nach dem finanziellen Ertrag der betreffenden Gebiete zu bemessen. Daß sie durch Säkularisation zu beschaffen seien, war im Prinzip zugegeben. Auch Oesterreich wollte durch die territoriale Neugestaltung die Wehrkraft des Reiches stärken, „um durch Herstellung mehrerer großer Massen in Deutschland der französischen Uebermacht und Zerstörungslust das einzig mögliche Bollwerk entgegenzusetzen“. Solche Uebereinstimmung machte auch auf den Reichstag Eindruck: er wählte eine Deputation von sechs Mitgliedern, „um die in dem Luneviller Friedens-

schluß einer besonderen Uebereinkunft vorbehaltenen Gegenstände im Einvernehmen mit der französischen Regierung näher zu untersuchen, zu prüfen und zu erledigen". Die Majorität darin stand zu Preußen.

Aber die Frage nach der Entschädigung Preußens war damit nicht gelöst. Die fränkischen Bistümer gönnte ihm Oesterreich so wenig wie Bayern. So faßte man statt ihrer in Berlin Westfalen, Osnabrück und Hildesheim in das Auge, und wollte sich damit begnügen, wenn alle anderen Projekte scheiterten. Nur daß man möglichst viel erwerben wollte, stand fest. Das Was? und Wie? blieben offene Fragen, deren Beantwortung man der Zukunft anheimstellte. So gut wie steuerlos überließ man das Staatsschiff dem Spiele der Strömungen, um schließlich der stärksten zu folgen. Und damit schien man gut zu fahren. Durch die Verständigung Englands und Rußlands bedroht, zur See im Nachteil und in Aegypten gefährdet, schlug man in Paris die Freundschaft Preußens wieder höher an und stimmte der Erwerbung der fränkischen Bistümer zu, forderte aber dagegen die Besetzung Hannovers durch französische Truppen. Der Antrag wurde abgelehnt: man könne dem mit der Entschädigungsfrage betrauten Reichstage nicht vorgreifen; der von Frankreich gewünschte Vertrag lasse sich jetzt nur auf die Entschädigung Preußens in Westfalen gründen. Und doch hatte man diese bisher nur als letzten und unerwünschtesten Notbehelf angesehen!

Nun wurden aber die Voraussetzungen, auf denen diese Antwort beruhte, wieder gewandelt. Zunächst erwies sich das Entgegenkommen Oesterreichs trotz der „einfachen, fast plumpen Freimütigkeit", die Graf Stadion, wie er sich rühmte, in Berlin zur Schau trug, als weder so ernst, noch so weitherzig, wie es geschienen hatte. Daß der Wiener Hof die geistlichen Kurfürstentümer erhalten wollte, stellte die Säkularisationen in Frage. Die von ihm veranlaßte Zuziehung Kurmainz' und Kursachsens änderte in der Reichsdeputation das Stimmenverhältnis zum Nachteil Preußens. Vor allem aber ließ er nach dem Tode Maximilians von Köln (27. Juli 1801), der zugleich Bischof von Münster war, gegen Preußens Protest nicht

bloß eine Neuwahl vornehmen, sondern wieder einen österreichischen Prinzen, Erzherzog Anton, erheben. Kehrte er damit nicht zu der josephinischen Politik zurück, der Preußen jetzt keinen Fürstenbund entgegenzustellen hatte? Auch ließ er Preußens Vorschlag, es durch Münster, Hildesheim, Osnabrück, Eichsfeld und Erfurt zu entschädigen, zunächst unbeantwortet, drang aber in das Petersburger Kabinett, es möge Preußen zur Herabminderung seiner Ansprüche bestimmen. Hatte Preußen gehofft, durch eine Verständigung mit Rußland und Frankreich trotz Oesterreichs die gewünschte Entschädigung sich auszuwirken, so sah es Rußland vielmehr bemüht, sie ihm im Interesse Oesterreichs möglichst zu verkürzen.

Als daher Kaiser Alexander sich erbot, in der Entschädigungsfrage zwischen ihm und Oesterreich zu vermitteln, so daß dem Reichstage nur die formale Gutheißung des Vereinbarten bleiben sollte, lehnte Preußen das zwar nicht ab, forderte aber, daß auch Frankreich zu den Verhandlungen zugezogen werde. Damit nahm es Oesterreich und Rußland die Entscheidung aus der Hand und legte sie in die des ersten Konsuls. Da es sich aber damit gewissermaßen unter Frankreichs Schutz stellte, konnte es füglich bei den Säkularisationen nicht die diesem feindliche Tendenz verfolgen und die Wehrkraft des Reiches gegen Westen dadurch stärken wollen. Wohl aber unterstützte nun Frankreich seinen Protest gegen die Kölner Wahl. So herrschte Ende des Jahres 1801 zwischen Berlin und Paris das beste Einvernehmen. Auch Haugwitz war es zufrieden: die Gegnerschaft Oesterreichs und Rußlands hatte die Antipathie gegen Frankreich und die Sorge vor dessen Machtstreben bei ihm so überwunden, daß er erklärte, Preußen müsse Rußland schonen, vor Oesterreich sich hüten, Frankreich aber lieben. Nun wollte man aber auch in Paris von der Entschädigung Preußens in Westfalen nichts wissen, seit der Präliminarfriede mit England unterzeichnet war und die Verständigung mit Rußland sicher schien. Vielmehr dachte der erste Konsul im Anschluß an Sieyès' Pläne (S. 358) Preußen vom Rhein und möglichst nach Norden und Osten zu drängen. Seine Festsetzung in Westfalen, hieß es, lasse Verwickelungen mit Holland und Frankreich befürchten,

welch letzteres durch Wesel ohnehin bedroht sei. „Weiter rückwärts", empfahl Talleyrand, möge es sich Passendes aussuchen, z. B. Mecklenburg, dessen Herzöge in Westfalen entschädigt werden könnten.

Auch dieser Anregung gab man in Berlin gefügig nach. Haugwitz lockte namentlich die Ausbreitung an der Ostsee. Aber die Mecklenburger Herzöge dankten für den Tausch. So versuchte das Berliner Kabinett nochmals die Bedenken wegen Westfalens zu zerstreuen. Die Nachbarschaft einer befreundeten Macht werde Frankreich stärken. Im Notfall wollte es auf den größten Teil von Münster verzichten. Da öffneten sich neue Aussichten. Als der Friede mit England sich verzögerte, ließ Bonaparte Preußen gegen Anerkennung seiner Neuerungen in Italien — der italienischen Republik und der Vereinigung Piemonts mit Frankreich — einen Vertrag anbieten, der ihm über seine letzten Forderungen hinaus einige fränkische Territorien und das ursprünglich für die Oranier bestimmte Herzogtum Westfalen und so eine gute Verbindung zwischen der Grafschaft Mark und Paderborn zusprach, und zwar zu sofortiger Besitzergreifung und nötigenfalls mit französischer Hilfe. Freudig griff man zu und bat nur, es möge bei der Fassung des Vertrages auf Rußland Rücksicht genommen werden, das ja doch eigentlich hatte vermitteln sollen.

Ehe man jedoch so weit war, hatte sich die Lage wieder geändert. Frankreich war des Friedens mit England sicher und über die Ordnung Deutschlands mit Rußland einig. Als man daher preußischerseits die vorläufigen Verabredungen festmachen wollte, wurden sie als nicht mehr zutreffend zurückgewiesen. Lucchesinis ungestümen Klagen antwortete Bedauern darüber, daß Rußlands Lauheit den ersten Konsul an der Verwirklichung seiner wohlwollenden Absichten für Preußen hindere. Erst als der Besuch Kaiser Alexanders bei den preußischen Manövern bei Memel doch eine Annäherung beider Staaten besorgen ließ, that Bonaparte einen Schritt vorwärts, bot aber, da der Friede mit England (27. März 1802) seine Stellung wesentlich gebessert hatte, Preußen gleich wieder weniger, während er dieselben Gegenleistungen verlangte. Preußen sollte —

und zwar zu sofortiger Besitznahme — die Bistümer Paderborn und Hildesheim, das Eichsfeld und Erfurt, einen Teil von Münster, die Reichsstädte Mühlhausen, Nordhausen und Goslar und die Abteien Herford, Quedlinburg, Elten, Essen und Werden erhalten, das Haus Oranien Fulda und Corvey, die nach seinem Erlöschen an Preußen fallen sollten. Die Zustimmung des Reiches wollte Frankreich erwirken. Aber binnen zwei Tagen mußte abgeschlossen sein. Anfangs sträubte sich Lucchesini: um 150 000 Seelen blieb nach seiner Berechnung dieses Angebot hinter dem letzten zurück. Auch wurde schließlich ein größeres Stück von Münster nebst der Stadt Münster und der Ems als Grenze bewilligt und so der Vertrag am 23. Mai unterzeichnet.

Mit dem territorialen Gewinn konnte Preußen zufrieden sein. Für 48 Quadratmeilen mit 127 000 Einwohnern und 1 500 000 Gulden Jahresertrag — denn darum handelte es sich bei dem links vom Rhein Aufgegebenen, einem Teil von Kleve, Geldern, Mörs und einigen Enclaven — erhielt es 230 Quadratmeilen mit über einer halben Million Einwohnern und vier Millionen Jahresertrag, und sah seine Stellung in Mittel- und Norddeutschland wesentlich gestärkt. Doch enthielt der Vertrag auch den Verzicht auf die Pläne, mit denen es sich für die Wehrhaftigkeit des Reiches getragen hatte: der Gedanke an seine Hegemonie war aufgegeben. Und verzichtete es nicht auf jede Aktion in Deutschland, die nicht von Paris aus gebilligt war? Denn konnte nicht die Ungnade des Allgewaltigen an der Seine die Erfüllung der geheimen Zusagen jeden Augenblick in Frage stellen? Gab es da für Preußen noch Freiheit des Handelns? Alles, was es durch die Neutralität gewonnen hatte, gab es preis und wich weiter zurück. Erst hatte es auf die Vertretung des Reiches, die es in Basel auf sich genommen, verzichtet, weil das Reich sich nicht von ihm vertreten lassen wollte, und sich auf den Schutz Norddeutschlands beschränkt. Jetzt gab es diesen auf und suchte mit Hilfe des Auslandes von dem zerbröckelnden Reich nur möglichst viel an sich zu bringen.

Dennoch begrüßte den Vertrag vom 23. Mai in Berlin

heller Jubel. Selbst der mit Lob so karge König war voller Anerkennung für Lucchesini. Für Lombard war es der schönste Moment seines Lebens, den König den Vertrag unterzeichnen zu sehen, und Haugwitz war froh über die endliche Herstellung einer Gemeinschaft mit Frankreich, mit der alle Beteiligten zufrieden sein könnten. Als die Ratifikation aus Paris auf sich warten ließ, herrschte fieberhafte Aufregung: Haugwitz und Lombard zitterten bei dem Gedanken an eine dort eingetretene Sinnesänderung und atmeten auf, als der Kurier eintraf. Sofort wurde die Besitzergreifung eingeleitet. War doch inzwischen auch die Freundschaft mit Rußland besiegelt: die ersehnte Tripelallianz (S. 363) schien verwirklicht. Denn die Zusammenkunft des Königs mit dem Zaren, deren Vorbereitung schon in Paris Eindruck gemacht haben sollte, hatte vom 10.—15. Juni stattgefunden. Zwar war auf Wunsch Alexanders, der die Tage ganz der Freundschaft gewidmet sehen wollte, die Politik ausgeschlossen worden. Aber den eben unterzeichneten Vertrag mit Frankreich ganz zu verschweigen, schien doch bedenklich. Indem er ihn dem russischen Minister Kotschubei mitteilte, deutete Lombard an, daß die Erklärung des russischen Einverständnisses erwünscht sei. Sie erfolgte nicht. Hielt man den unpolitischen Charakter der Zusammenkunft so streng fest oder hatte man Bedenken? Sonst verliefen die Memeler Tage ganz nach Wunsch. Der allem Ueberschwang abholde König wurde von der Gefühlsschwelgerei seines Gastes angesteckt und schwärmte für Freundschaft und Menschenliebe. Das Beste jedoch zu dem guten Verlauf that Königin Luise, die, schöner denn je, einer bezaubernden Fee gleich waltete und Alexander zum begeisterten Verehrer gewann. So glaubten die Fürsten einen auf Seelengemeinschaft beruhenden Freundschaftsbund geschlossen zu haben. Enttäuscht dagegen war Alexander von der preußischen Armee: er rügte die Schwerfälligkeit und Unsicherheit der Bewegungen und fand, sie habe verloren. Die vermeintliche Tripelallianz aber bestand nach wie vor nur in der Phantasie der preußischen Diplomaten. Weder in Paris noch in Petersburg wußte man von ihr. Dort war man nur darauf aus, Preußen sich vollends dienstbar zu machen; hier stand

der Zar als Freund Preußens ganz allein: seine Räte waren Feinde desselben, glaubten es bereits ganz Frankreich verfallen und wünschten den Augenblick herbei, wo Rußland entscheidend eingreifen würde. Selbst der am 3. Juni mit Frankreich geschlossene Vertrag, der die Entschädigung der deutschen Fürsten, wie sie dem Reiche aufgenötigt werden sollte, regelte und das Preußen am 23. Mai Zugewiesene gut hieß, erhielt nur durch des Zaren Eingreifen ihre Zustimmung. Sofort besetzte Preußen die betreffenden Gebiete. Diese Eile machte überall den übelsten Eindruck. Oesterreich aber ahmte das Beispiel sofort nach, indem es sich der für den Großherzog von Toskana bestimmten Gebiete und des Bayern zugedachten Passau bemächtigte. Und daraufhin nötigte wieder Bonaparte am 5. September Lucchesini, ohne Vollmacht einen Vertrag zu unterzeichnen, der Preußen verpflichtete, gemeinsam mit Frankreich Bayern zu schützen, im Notfall also gegen Oesterreich die Waffen zu ergreifen. Mit Schrecken wurde man in Berlin inne, wie abhängig man von Frankreich war. Dem König blieb nichts übrig, als den Vertrag zu ratifizieren. Das wurde wieder in Petersburg übel vermerkt, wo der Wandel bereits im Gange war, der Alexander in der Bekämpfung Bonapartes seinen Beruf finden ließ. Dabei rechnete er auf Preußen, während der friedfertige König in Frankreichs neuen Uebergriffen nur Erfolge einer befreundeten Macht sehen wollte.

Trotz der in Memel getauschten Freundschaftsbeteuerungen, die auch in ihrem Briefwechsel nachklangen, entfernten sich also Zar und König bereits voneinander. Damit wuchs die Gefahr für die preußische Neutralität. Nun ergab die Ausführung des Friedens von Amiens Differenzen auch zwischen England und Frankreich. Weil es die Räumung Maltas verweigerte, beschloß der erste Konsul den Vernichtungskrieg gegen England, und schon erhob sich dahinter der Gedanke, was durch Waffengewalt nicht zu erreichen sei, durch Sperrung des Kontinentes gegen den englischen Handel zu bewirken. Was wurde dann aus der preußischen Neutralität? Für eine Neutralität Norddeutschlands fehlte seit dem Luneviller Frieden und dem Reichsdeputationshauptschluß (25. Februar 1803) jede Voraussetzung:

keine von den Fragen schwebte mehr, die ein solches Provisorium militärisch und politisch empfohlen hatten. War da eine bloß preußische Neutralität möglich? Die Frage wurde alsbald brennend.

Am 20. März 1803 erschien General Duroc in Berlin, um mitzuteilen, der erste Konsul müsse beim Ausbruch des Krieges mit England Hannover besetzen und wünsche zu wissen, wie sich Preußen dazu stellen werde. Einst hatte dieses die Besetzung Hannovers als Kriegsfall bezeichnet (S. 337): sie war unterblieben. Um den Einmarsch der Franzosen abzuwenden, hatte es 1801 Hannover selbst besetzt, ohne daß es zum Kriege gekommen war. Jetzt aber fürchtete man von der Wiederholung dieses Schrittes den Bruch mit Frankreich. Deshalb wollte man zwischen Frankreich und England vermitteln. Dieses aber lehnte die Räumung Maltas wie bisher ab. Nun riet auch Haugwitz, wie 1801 zu handeln, obgleich jetzt die Zustimmung Rußlands fehlte. Um so mehr widersprach der König. Er schlug vor, Hannover möge — da es Bonaparte zumeist auf die dort einzutreibenden Kontributionen ankomme — die Okkupation abkaufen. Haugwitz wollte die preußische Okkupation aber wenigstens angedroht und durch teilweise Mobilmachung vorbereitet sehen. Der Zwiespalt in der Regierung war offen erklärt. Ihn zu begleichen, versammelte der König auf der Reise nach den neuen Provinzen Ende Juni zu Körbelitz an der Elbe seine Berater: seine Politik der Neutralität um jeden Preis siegte. Der allmählich erwachenden öffentlichen Meinung freilich behagte das nicht. Man sprach von Haugwitz' Rücktritt. Man tadelte die ebenso unwürdige wie gefährliche Halbheit dieser Politik. Aber der König beharrte, selbst als wenige Tage später aus Petersburg Anträge auf gemeinsamen Schutz der Neutralität Norddeutschlands einliefen, die Haugwitz dringend befürwortete.

Inzwischen hatten die Franzosen sich nicht bloß mühelos Hannovers bemächtigt, sondern behelligten trotz der Preußen gegebenen Versicherungen auch die Hansastädte mit ihren Ansprüchen, besetzten Cuxhaven, Ritzebüttel und Lauenburg und sperrten Handel und Seefahrt nach England. Auch am Nieder-

rhein und in Holland häuften sie Truppen an. Das preußische Volk wurde unruhig. Die Armee empfand die unwürdige Rolle, zu der sie verurteilt war. Schon erörterte man die Notwendigkeit eines gründlichen Wandels der Politik. Selbst Haugwitz bekannte, Preußen setze seine Zukunft auf das Spiel, indem es durch seine Unthätigkeit alle Achtung und Sympathie verscherze und dereinst den Kampf um seine Existenz ohne jede Hilfe unter den ungünstigsten Verhältnissen werde auf sich nehmen müssen. Aber der König wollte auch des Zaren erneutem Andringen auf Maßnahmen zum Schutz der norddeutschen Neutralität nicht nachgeben, bevor er nicht über Bonapartes Absichten genau unterrichtet war. Sie zu erkunden, schickte er im Juli 1803 Lombard nach Brüssel. Da war er freilich zum voraus sicher, nur zu hören, was er zu hören wünschte. Hatte Lombard sich doch so ganz in seine Art zu sehen und zu denken hineingelebt, daß er ein eigenes Urteil nicht mehr besaß, sondern nur darauf aus war, des Königs ihm bekannte Ansicht mit mehr Gründen zu stützen. Ja, mit dem Dank für ein Geschenk von 1000 Louisdor hatte er Talleyrand (November 1802) erklärt, täglich in des Königs Absichten zu lesen berufen, hätte er kein gut preußisches Herz, wenn es nicht zugleich gut französisch wäre. Er war ganz in Bonapartes Hand. Außer in Nebendingen wurde keine preußische Beschwerde abgestellt, wohl aber immer wieder beteuert, es handle sich nur um Krieg gegen England, der Kontinent bleibe unberührt, Preußen habe nicht das Geringste zu besorgen. Lombard glaubte das, wenn er auch zugab, bei der Natur der bonaparteschen Politik könnten wohl Verletzungen der Neutralen vorkommen, doch sei ja dann immer noch Zeit, auf Abwehr zu denken.

Nun erst lehnte der König Haugwitz' Antrag auf Mobilmachung endgültig ab. Zugleich aber kam er, politisch der kritischen Lage Rechnung tragend, in etwas veränderter Weise auf die Tripelallianz zurück. Rußland und Preußen sollten für die Dauer des englischen Krieges Frankreich gegen jeden Angriff von Deutschland her Bürgschaft leisten, wenn es in Hannover nur bis höchstens 20000 Mann halten, an der Grenze Norddeutschlands nicht mehr rüsten, Cuxhaven und Ritzebüttel

räumen und den Seehandel der Neutralen unbehelligt lassen wollte. Das wurde abgelehnt. Denn schon drohte der Bruch auch zwischen Rußland und Frankreich. Erfolgte er, während die Franzosen noch in Hannover standen, war Preußen aufs schwerste bedroht. Deshalb bot Haugwitz Frankreich gegen Räumung Hannovers Bürgschaft gegen jede Feindseligkeit von Deutschland her. Das genügte Bonaparte nicht; er verlangte volle Allianz: sie werde die Festlandsmächte nötigen, Frieden zu halten und auch England ihm geneigt machen; auch brauche Frankreich sie angesichts der Verwickelungen über die bevorstehende Aufteilung der Türkei. Dafür wollte er die Besatzung Hannovers vermindern, den Handel mit England erleichtern und Preußen in allen innerdeutschen Fragen unterstützen. Diese Basis acceptierte man in Berlin unter dem Druck der Zwangslage, in der man sich befand. Aber wohin man damit trieb, wurde klar, als die Forderung, Bonaparte solle über Hannover nur mit Zustimmung Preußens verfügen, unter keinen Umständen aber es für Frankreich selbst beanspruchen, durch ein Gegenprojekt beantwortet wurde, das für die unter Umständen zu bewilligende Räumung von Curhaven und Ritzebüttel Preußens Garantie forderte für den derzeitigen Besitzstand in Italien und der Türkei, also die europäische Stellung Frankreichs. Als sie verweigert wurde, wies man von Paris aus wie drohend hin auf die Möglichkeit einer Allianz mit Oesterreich. Ja, in Berlin besorgte man einen Bruch und ergriff im Februar und März 1804 in der Stille militärische Vorsichtsmaßregeln Durch offene Rüstungen besorgte man die Kriegsgefahr zu steigern. Die Unterhandlungen ließ man als aussichtslos fallen. Doch erklärte der König (3. April), so lange Frankreich, wie er hoffe, die Armee in Hannover nicht vermehre und die Neutralität Norddeutschlands respektiere, werde er auf keinen Plan hören, der Frankreich beunruhigen könnte. Natürlich stieg dementsprechend das Mißtrauen gegen Preußen in Petersburg. Man verlangte von dort Auskunft über die militärischen Maßnahmen in den östlichen Provinzen. Russischer Hilfe war Preußen demnach doch keineswegs sicher.

Um jene Zeit wurde Haugwitz, der kränkelte, auch sich

mit dem König so wenig einig wußte, ersetzt durch seinen zeitweiligen Vertreter, Freiherrn v. Hardenberg, einen Mann, der, voll Glaubens an sich selbst, auch aus der kritischsten Lage einen Ausweg zu finden überzeugt war, zudem geistig beweglicher und anpassungsfähiger, mit dem König besser auskam. Ein Systemwechsel war das nicht: kaum die Methode änderte sich. Daher blieben auch die Ergebnisse gleich bedenklich. Seinerseits durch die Erklärung vom 3. April gebunden, sah Preußen die Gegenleistung ganz in Frankreichs Belieben gegeben. Seine Stellung schwebte sozusagen in der Luft, während eine neue europäische Krisis nahte. Daher in den nächsten Monaten krampfhaft bemüht, irgendwo festen Fuß zu fassen, gleitet es rettungslos abwärts und verfällt schließlich der französischen Allianz. Sah Hardenberg in ihr die beste Bürgschaft für Preußens Zukunft, so verzichtete er damit zugleich auf seine Hegemonie in Deutschland: für dieses plante er einen Staatenbund, den es mit Oesterreich gemeinsam leiten sollte.

Wie dieses und das Reich nahm auch Preußen die völkerrechtswidrige Blutthat ruhig hin, die der erste Konsul an dem Herzog von Enghien beging (April 1804). Seine „dornige Stellung" erlaubte ihm nach Hardenberg nicht, „der alle fühlenden Herzen erfüllenden Trauer Ausdruck zu geben"; Rußland, weit vom Schuß, könne das thun. Die politische Demoralisation machte reißende Fortschritte! Sah Lombard doch einen Vorteil der Isolierung Preußens darin, daß es bei französischen Uebergriffen je nachdem die Augen zudrücken oder — statt Forderungen zu stellen — Vorstellungen machen könne. Nun führte aber jene Blutthat zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland. Ihr Zusammenstoß schien unabwendbar. Rußland warb um Anschluß, erreichte aber nur, daß Preußen durch eine Deklaration vom 24. Mai, das Gegenstück zu der vom 3. April, die Ruhe Norddeutschlands auch ihm gegenüber verbürgte. Für die preußische Neutralität freilich war damit wenig gewonnen. Schon kam von Paris die Anfrage, ob Preußen den Russen den Durchmarsch gestatten werde. Erfülle Frankreich, so lautete die Antwort, die am

3. April ausgesprochenen Erwartungen, so werde man weder den Russen noch sonst irgend wem den Durchmarsch erlauben. Hardenberg glaubte noch nicht an den Krieg, meinte aber einen Druck zu gunsten des Friedens auszuüben und die Neutralität zu sichern, indem er gegenüber dem Werben des Zaren Frankreich dadurch seiner Freundschaft versicherte, daß er alle Uebergriffe ruhig hinnahm, sich mit Scheinkonzessionen begnügte und die Errichtung des Kaisertums freudigst begrüßte. Dafür wurde denn auch im Herbst 1804 Friedrich Wilhelm die Annahme des Kaisertitels nahegelegt. Hardenberg war der Sache geneigt. Aber der König widersprach, nicht bloß aus Bescheidenheit, sondern wegen der bedenklichen Konsequenzen, welche diese Rangerhöhung haben konnte.

Seine Lage wurde immer schwieriger. Schon drohte auch zwischen Schweden und Frankreich der Krieg, als Ende Oktober 1804 der englische Resident bei dem niedersächsischen Kreise, Chevalier Rumbold, von den Franzosen auf neutralem Gebiet aufgehoben und dadurch auch der König als Kreisdirektor auf das Schwerste beleidigt wurde. Nun wäre aber der Krieg mit Preußen Napoleon gerade damals höchst unbequem gewesen. So eilte er — ganz gegen seine Art — auf die Beschwerden des Königs die Sache durch Freilassung Rumbolds zu erledigen, indem er sein lebhaftes Bedauern über den Zwischenfall aussprach. Von welchen Zufälligkeiten hing doch die preußische Neutralität danach ab! Vergeblich versuchte Friedrich Wilhelm nochmals zwischen Frankreich und Rußland zu vermitteln: die Verhandlungen wurden infolge neuer französischer Uebergriffe abgebrochen. Auch Hannover gegen die westfälischen Lande einzutauschen, wie angeregt wurde, um die französische Armee von dort zu entfernen, erwies sich als unmöglich. Preußens Lage war ungebessert, als der neue Weltkrieg entbrannte, der Rußland, England, Oesterreich und Schweden gegen den der Heeresfolge Süddeutschlands sicheren Kaiser der Franzosen in Waffen brachte. Was wurde nun, wenn die Russen in Hannover landeten oder die Schweden es von Vorpommern her angriffen? Preußen erklärte, das könne und wolle es nicht hindern. Die dort drohende Gefahr abzuwenden, wünschte Napoleon Hannover los-

zuwerden: er wollte es Preußen überlassen, wenn es sich verpflichte, Aenderungen der territorialen Verhältnisse in Italien zu hindern. Hardenberg war dazu geneigt. Längst wünschte er seine Heimat Preußen einzufügen, glaubte auch, durch die dabei Frankreich aufzuerlegenden Bedingungen und den Eindruck, den Preußens Allianz mit Frankreich auf Rußland und Oesterreich machen werde, den Krieg noch abwenden zu können. Statt dessen ließ Napoleon (Anfang September 1805) durch Duroc wissen, er gedenke den Gegnern durch den Angriff auf Oesterreich zuvorzukommen und hoffe auf eine militärische Demonstration Preußens gegen Böhmen. Das lehnte man ab, war jedoch nach wie vor bereit, sich mit ihm zur Aufrechterhaltung des Friedens zu verbinden. Hätte man nur über die Bedingungen einig werden können!

Preußens Neutralität bedrohte besonders der Kriegseifer Alexanders I.: er sah in ihr das größte Hindernis für seine Pläne, schob ihr die bedenklichsten Motive unter und wurde darin durch die Polen und Polenfreunde in seiner Umgebung bestärkt, deren Entwürfe die Zertrümmerung Preußens voraussetzten. Er dachte Preußen zum Anschluß zu zwingen oder zu entwaffnen, namentlich als es einen schwedisch-englischen Angriff auf Hannover durch die Besetzung Vorpommerns zu hindern drohte. Auch die Lockungen verfingen nicht, die Preußen auf die Seite der Koalition ziehen sollten. Ueberzeugt, daß eben die Uebel, welche diese abwenden wollte, durch den vergeblichen Kampf gegen den Imperator nur gesteigert würden, beharrte der König in der Neutralität, die Metternich boshaft, aber treffend als Nullität bezeichnete. Daß ihn beide Parteien umwarben, gab ihm ein verkehrtes Bild von seiner Stellung und Bedeutung. Auch die ihm von Rußland und Oesterreich angetragene bewaffnete Vermittelung lehnte er ab: seine Sympathien waren bei Frankreich, und dessen Gegner galten ihm als die Friedensstörer. Was bedeutete da eigentlich die am 7. September verfügte teilweise Mobilmachung? Die der ganzen Armee erfolgte am 18. September, als es hieß, die an der Grenze versammelten russischen Truppen sollten Preußen zum Anschluß zwingen. Um so dringender verlangte der König von

Napoleon die Ueberlassung Hannovers, für dessen Neutralität während des Krieges er sorgen werde. Da drohte ein neuer französischer Gewaltstreich ihn doch in die Koalition zu nötigen. Quer durch Ansbach war Bernadotte von Hannover aus südwärts gezogen, um den Kreis um die österreichische Armee schließen zu helfen. Der König war außer sich: kaum hielt ihn Hardenberg vom sofortigen Bruch zurück. An die Zusage vom 3. April wollte er nicht mehr gebunden sein; er rüstete zur Besetzung Hannovers. Auch beschloß er, da die Franzosen durch sein Gebiet gezogen waren, nun den Russen den Durchmarsch zu gestatten. Als ob Unparteilichkeit und Neutralität eins wären! Erinnerte das nicht an Georg Wilhelm? Verfolgte Preußen nicht eine Politik, wie sie damals Brandenburg an den Rand des Abgrundes gebracht hatte?

Aber die Zeit der halben Entschlüsse war noch nicht vorbei. Vielmehr geriet der König in immer heillosere Widersprüche. Hatte er früher den Besuch des Zaren abgelehnt aus Scheu vor seinem Einfluß, so wollte er ihn sich jetzt gefallen lassen. Aber gegen Frankreich sollten seine Rüstungen nicht gerichtet sein! Hardenberg dagegen sah den Krieg als unvermeidlich an und wollte ihn kräftig führen. So schieden sich seine und des Königs Wege: am 19. Oktober wurde ihm Haugwitz in der Leitung des Auswärtigen beigegeben. Auch zu seinem Volke trat der König mehr in Gegensatz. Dieses sympathisierte mit Rußland. So dachten auch am Hofe gewisse Kreise. Tief erschüttert durch Oesterreichs Unglück machte namentlich die Königin Luise kein Hehl daraus, daß sie dafür einst im Namen Deutschlands Vergeltung geübt zu sehen hoffe. Des Zaren Erscheinen in Berlin und Potsdam bestärkte sie in dieser Auffassung, wenn sie darum auch nicht, wie französischerseits behauptet ist, eine leidenschaftliche Vertreterin der Kriegspolitik wurde.

Das Ergebnis der Besprechungen mit dem Zaren war der Vertrag vom 3. November, nach dem Preußen unter Zustimmung Oesterreichs bewaffnet zwischen den Kriegführenden vermitteln und sich der Koalition anschließen sollte, wenn Napoleon sich nicht fügte. Dafür sollte Rußland ihm bei England die

Ueberlassung Hannovers auswirken, das es inzwischen widerstandslos besetzt hatte. Sicherheit für die Zukunft war auch damit nicht gewonnen, und die theatralische Scene entsprach der Lage nicht, die Alexander an dem Sarge Friedrichs des Großen vor dem königlichen Paare spielte mit dem pathetischen Gelöbnis unverbrüchlicher Freundschaft. Vielmehr wurde der innere Zwiespalt der preußischen Politik erst recht augenfällig. Nur ein kleiner Kreis klar blickender Männer, darunter Hardenberg, der ritterliche Prinz Louis Ferdinand, General Rüchel und der Finanzminister Freiherr vom Stein, forderten als notwendige Folge des Potsdamer Vertrages den Krieg gegen Frankreich. Der König, Haugwitz und die Kabinettsräte Lombard und Beyme meinten auf dem geraden Wege zum Frieden zu sein.

Als Träger der bewaffneten Vermittelung Preußens ging Haugwitz in das französische Hauptquartier nach Brünn. Nur entsprach die Lage schon nicht mehr den Voraussetzungen des Potsdamer Vertrages. So begnügte er sich bei dem Empfange durch den Kaiser (28. November) mit allgemeinen Andeutungen über Preußens Absichten. Wenige Tage danach wurden Oesterreich und Rußland bei Austerlitz (2. Dezember) vollends niedergeworfen. Oesterreich bat um Frieden, die Russen traten unter dem Schutz des Waffenstillstandes den Rückmarsch an. Alexander rechnete gar nicht mehr auf Preußen: er überließ es ihm, sich mit Napoleon zu verständigen, wie es ihm möglich sei, und wünschte, es möge sich durch die doch nur aus Freundschaft für ihn gethanen Schritte in dessen Augen nicht kompromittiert haben, um in demselben Atem zu beteuern, daß er es in jedem Falle mit allen seinen Kräften zu unterstützen bereit sei — ein Aufwogen von Selbstlosigkeit und Opferfreudigkeit ganz im Charakter dieses wie ein Rohr schwankenden Mannes, das Friedrich Wilhelm III. dennoch zu Thränen rührte. Aber wie hätte der Imperator sich jetzt zu den von Preußen geforderten Konzessionen verstehen sollen, Trennung der Kronen Italiens und Frankreichs, Räumung Deutschlands, Neapels, der Schweiz und Hollands, eine bessere Grenze für Oesterreich in Italien und Entschädigung Sardiniens? Wie konnte Preußen

gewaffnet für sie eintreten ohne zermalmt zu werden? Wie seine Stellung war auch die Lage seines Gesandten verzweifelt. Welchen gleichsam erlösenden Eindruck mußte es da auf diesen machen, als Napoleon ihm am 14. Dezember bei der Audienz in Schönbrunn aus freien Stücken das anbot, wonach Preußen all die Zeit her gestrebt hatte, Hannover zu ewigem Besitz, freilich unter der Bedingung der Abtretung Ansbachs an Bayern und Kleves und Neufchatels an Napoleon, dann ein Schutz- und Trutzbündnis zu gemeinsamer Verteidigung der Türkei, Preußens einschließlich Hannovers, Frankreichs samt seinen neuen Erwerbungen in Italien und Bayerns, sowie Zustimmung zu den von Oesterreich zu machenden Abtretungen. Am 15. Dezember schloß Haugwitz den Vertrag ab, der binnen drei Wochen ratifiziert sein sollte.

Gewiß war das ein höchst bedenklicher Schritt. War er aber nicht nur die letzte Konsequenz aus der einen der beiden Richtungen, die in der preußischen Politik all die Jahre her miteinander gerungen hatten? Und hatte nicht inzwischen auch Hardenberg eine ähnliche Wendung gemacht, indem er in Berlin von neuem mit Frankreich wegen einer Verständigung über Hannover unterhandelte, die Norddeutschlands Neutralität sichern sollte? Aber eben sie bedrohte der Schönbrunner Vertrag, da er zum Bruch mit England und Rußland führen mußte. Diesen zu umgehen, sich aber doch der Vorteile des von Haugwitz eigenmächtig getroffenen Abkommens zu versichern, änderte man in Berlin bei der Ratifikation dessen Fassung, indem man statt von einer Offensiv- und Defensivallianz von einer Allianz schlechtweg sprach und in betreff Hannovers Okkupation und Eigentum unterschied: erstere, für Preußen äußerst vorteilhaft, sollte fortdauern, die Erwerbung des letzteren, zur Zeit nicht möglich ohne Krieg mit England, in dem künftigen Frieden ausgesprochen werden. Man wollte den Vertrag also erst nach dem Kriege in Kraft treten lassen, jedoch sich des durch ihn gewährten Gewinnes versichern, die dafür zu übernehmenden Lasten aber vermindern. Napoleon hatte Preußen durch Hannover für den gegenwärtigen Krieg zum Bündner kaufen wollen: in Berlin wollte man Hannover als Preis einstecken für das

nach dem Frieden dem Kaiser zu gewährende Bündnis. Und nicht genug damit. Sorglos bis zum Leichtsinn rechnete man so sicher auf die Annahme des eigenmächtig veränderten Vertrages in Paris, daß man die Armee wieder auf den Friedensfuß setzte. Da der französische Gesandte in Berlin diese angebliche Ratifikation annahm, dachte man damit auch in Paris durchzudringen. Nach der quälenden Ungewißheit der letzten Zeit war Lombard froh, die Herstellung der früheren guten Beziehungen angebahnt und die unbegreifliche Gewaltthat, die sie gestört hatte, unter den Trümmern der österreichischen Monarchie in Vergessenheit begraben zu sehen. Ja, eine Proklamation des Königs machte den Vertrag in der für Frankreich noch gar nicht verbindlichen Gestalt bekannt. Die Besitzergreifung und die Uebernahme der Verwaltung folgten alsbald. Aber Haugwitz fand in Paris einen ganz anderen Empfang, als man in seiner Sorglosigkeit geträumt hatte. Er wurde von dem Kaiser teils angedonnert, teils wie ein Schulknabe abgekanzelt. Der Schönbrunner Vertrag, mußte er sich mit Entsetzen belehren lassen, existiere nicht mehr, angeblich weil die Ratifikation nicht innerhalb der festgesetzten Zeit erfolgt war, in Wahrheit, weil er seinen Zweck erfüllt und Oesterreich zu dem Preßburger Frieden genötigt hatte. Wolle Preußen mit Frankreich in ein näheres Verhältnis treten, sei ein neues Abkommen nötig, für das die Vorwürfe über Preußens Zweideutigkeit und der drohende Hinweis auf seine Hilflosigkeit Böses verhießen. So wurde der geängstigte Haugwitz vollends mürbe gemacht und dann eines Tages durch die Mitteilung überrascht, der Kaiser wolle gewissermaßen Gnade für Recht ergehen lassen. Aufatmend unterzeichnete er am 15. Februar 1806 den ihm vorgelegten neuen Vertrag. Er ließ Preußen Hannover; aber die zu Schönbrunn in Aussicht gestellte Entschädigung für Ansbach fiel fort; durch die Verpflichtung zur Sperrung der Elbe- und Wesermündungen trat Preußen in Kriegszustand mit England; die Garantie der napoleonischen Machtstellung umfaßte nun auch die Veränderung, die inzwischen in Neapel durch die Vertreibung der Bourbonen eingetreten war.

Furchtbar gingen den Berliner Staatsmännern die Augen auf. Dieser Pariser Vertrag bedeutete die vorbehaltlose Unterwerfung unter Frankreich. Blieb aber aus der Lage, die man selbst geschaffen, ein anderer Ausweg als die Ratifikation? Am 3. März 1806 wurde sie ausgesprochen, — wie man sich nachher, als auch um diesen Preis der Friede nicht zu erhalten war, hat einreden wollen, nur um die Kräfte auf einen günstigeren Zeitpunkt zu sparen.

IV. Von Jena nach Osterode. März bis November 1806.

In allen Krisen der preußischen Politik seit 1797 hatten statt sachlicher Momente solche den Ausschlag gegeben, die der Individualität des Königs entsprangen. Ihn trifft auch für den üblen Ausgang die Verantwortung. In der Freiheit von Sorge und Unruhe sah er das höchste Gut. Seine Erziehung und die Mißerfolge der vorigen Regierung steigerten seine nervöse Abneigung gegen kräftige Entschlüsse. Obgleich eine soldatische Natur, hegte er doch instinktiven Widerwillen gegen den Krieg, selbst wo er allein durch ihn Gefahren von seinem Staate abwenden konnte. Auch ein glücklicher Krieg, meinte er, ruiniere seine Provinzen sicherer als eine vorübergehende Okkupation. Irgend erträgliche Uebergriffe, wenn sie nur nicht an die Ehre gingen, wollte er lieber hinnehmen, als es auf die Herbeiführung eines viel unglücklicheren Zustandes ankommen lassen. Daher wollte er sich weder in Dinge mischen, die ihn nichts angingen, noch durch falschen Ruhm verführen lassen, noch auf Bündnisse bauen, deren Tragweite nicht zu übersehen sei. Verleugnete er dabei aber nicht, was bisher das Wesen des Preußentums ausgemacht hatte? Als König eines Staates, in dem bisher alles der Idee geopfert war, dachte er statt an die Macht der Monarchie nur an das Glück des Einzelnen. Dieser menschenfreundlichen, aber unköniglichen Denkweise entsprang seine Politik. Sie wurde vom Gefühl, nicht vom Verstande bestimmt: wer ihr mit Gründen entgegentrat, den schob er als unbequem beiseite, wie 1804 Haugwitz und 1806 Hardenberg. Seine Leute waren die Lombard, die immer seiner Ansicht waren und sich ihres ebensogut französischen wie preußischen Herzens rühmten (S. 374).

Nach dem Abschluß des Pariser Vertrages überkam ihn

doch die Ahnung, daß er einen verhängnisvollen Schritt gethan habe. Während Lucchesini die Ratifikation, die durchzusetzen er nach Berlin geeilt war, als die Krönung des Werkes feierte, dem fünf und ein halbes Jahr seine Wünsche und seine Thätigkeit gegolten, hoffte der König zwar, jetzt, wo sein Verhältnis zu Frankreich auf Freundschaft und Vertrauen beruhe, würden ihm diese Gefühle endlich auch von der anderen Seite bethätigt werden, konnte aber doch den Zweifel nicht los werden, ob seine ausdauernde Anhänglichkeit, der er so viele Opfer gebracht, vom Kaiser auch werde gebührend gewürdigt werden. Geschehe das nicht, urteilte er, so sei das ein böses Vorzeichen. Nie hatte man ihn so verzagt gesehen: selbst in Thränen war er gelegentlich. Er könne sich, besorgte Lombard, in die neue Lage nicht finden. Wollte er es vielleicht nicht? Zunächst sah er in ihr — den Thatsachen entsprechend — nur das Ergebnis eines unwiderstehlichen Zwanges. Erst Haugwitz brachte ihm eine andere, unzutreffende Auffassung bei. Daß Preußen von Frankreich in Abhängigkeit geraten, machte dieser ihn glauben, sei nur eine Ausstreuung ihrer gemeinsamen Feinde, um Zwietracht zu stiften; Napoleon wisse, welches Gewicht Preußen gegen ihn in die Wagschale zu legen habe, und müsse Preußens Macht um seiner eigenen willen fördern. So fragte sich der König schließlich, ob er es nicht am Ende bisher an dem rechten Vertrauen zu Frankreich habe fehlen lassen, und wollte hinfort alles vermieden sehen, was die junge Freundschaft beeinträchtigen könnte. Lucchesini sollte in Paris alle Zweifel an seiner Loyalität zerstreuen. Denn er wußte, daß solche bestanden, und fürchtete sie. Vergaß Napoleon doch nicht, welche Gefahr ihm ohne den Tag von Austerlitz Preußens bewaffnete Vermittelung bereitet haben würde. Er argwöhnte bei dem König persönliche Abneigung gegen das Bündnis und verlangte, dieser Verdacht solle durch die Haltung des Hofes und der Gesellschaft in Berlin widerlegt werden. In Hardenberg haßte er den angeblichen Urheber des Potsdamer Vertrages vom 3. November 1805. Im Moniteur vom 26. März ließ er ihn als den ehrlosesten Menschen in Europa, als meineidig und Verräter bezeichnen. Hardenbergs Rücktritt stand bereits fest: dieser Zwischenfall beschleunigte

ihn. Die Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und dem König und die Gegnerschaft mit Haugwitz und Lombard machten sein Verbleiben ohnehin unmöglich. Des Imperators roher, sachlich völlig unbegründeter Angriff umgab ihn mit einem Glorienschein, machte ihn aber auch zu einem persönlichen und deshalb überzeugten Gegner desselben.

Haugwitz irrte schwer, wenn er meinte, Napoleon rechne mit dem Gewicht, das Preußen in die Wagschale zu legen habe. Vielmehr bedeutete für ihn Preußen nichts mehr. Schon in den Tagen des Schönbrunner Vertrages urteilte Talleyrands geistvoller Mitarbeiter Hauterive, als Feind sei Preußen nicht zu fürchten, als Verbündeter nicht wünschenswert. Bei seinem Schwanken zwischen Vertrauen und Mißtrauen, Ehrgeiz und Furcht, Beflissenheit und Neid, Anhänglichkeit und Feindschaft sei alle Welt darin einig, gegen Preußen könne man sich betragen, wie man wolle; also könne auch Frankreich es jetzt gleich zerstören oder sich in erschlaffendem Frieden ruhmlos selbst langsam zerstören lassen. Das hänge ausschließlich von Frankreichs Vorteil ab. Preußen verdiene weder Haß noch Gunst. Doch empfehle sich jetzt, wo Rußland gedemütigt und Oesterreich unschädlich gemacht sei, vielleicht sein Ende nicht zu beschleunigen, sondern seinen Verfall den natürlichen Verlauf nehmen zu lassen. Man könne ihm auch den Schein der Kraft und der Macht lassen: er imponiere niemandem, auch Preußen selbst nicht mehr. Es sei ein Trugbild, das man dulden möge, bis es durch eine wirkliche Macht ersetzt werden könne, die sich und ihre Politik dem Kontinentalsystem leichter anpasse. „Denn in Norddeutschland thut ein Staat not, aber ein Staat mit Urteil und Willen. Daran fehlt es in Preußen mehr als in Schweden und Neapel.“ Und so urteilte man überhaupt in Frankreich: die Journalisten bestürmten Fouché um die Erlaubnis, frei zu sprechen; ihnen und aller Welt werde es eine Freude sein, Preußen zu beschimpfen. Ja, nur zwanzig Jahre nach des großen Königs Tod hielt man die Tage Preußens für gezählt, weil es, wie Hauterive ausführt, dem Prinzip untreu geworden war, das es gegründet und erhalten hatte, und sich täglich noch weiter davon enfernte. Denn es unter-

hielt einen gewaltigen militärischen Apparat, ließ ihn aber in Ruhe verkommen, während ihn doch nur der Krieg erhalten und mehren konnte. Es vergaß, daß es ein Staat war, nur weil es ein Heer war. Und fast prophetisch fährt Hauterive fort: „Sein Ruhm, bisher noch bewahrt durch frische Erinnerungen und ostentative Uebungen, wird die Probe eines aufgezwungenen Krieges nicht bestehen. An dem Tage, wo es alle feiger Politik zur Vermeidung des Krieges verfügbaren Ausflüchte erschöpft hat, wird es zugleich um seine Ehre und um sein Dasein kämpfen müssen. An dem Tage, wo es die erste Schlacht verliert, wird es kein Preußen mehr geben."

Gegen Preußen kann man sich betragen, wie man will, war auch Napoleons Devise. Es mußte, völlig isoliert, sich alles bieten lassen. Wohl ließ der Zar, an den zur Rechtfertigung des Geschehenen der Herzog von Braunschweig geschickt wurde, die Zwangslage Preußens gelten und versicherte es seines ferneren Wohlwollens. England hätte die Okkupation Hannovers auch diesmal ruhig hingenommen: aber die nach dem Pariser Vertrage übereilt verfügte Handelssperre beantwortete es durch die Kriegserklärung. Ihre Folgen trafen Preußens Handel vernichtend. Und dasselbe Spiel gegenseitiger Verhetzung wie zwischen Preußen und England trieb Napoleon zwischen Preußen und Schweden. Ihr Verhältnis war gespannt, seit der unberechenbare Gustav IV. Adolf den Schwarzen Adlerorden zurückgegeben hatte, weil er auch Napoleon verliehen war. Beim Einmarsch der Preußen in Hannover verweigerte er die Räumung des von ihm besetzten Lauenburg. Doch wichen seine Truppen bei einem Zusammenstoß am Schallsee (23. April) der Uebermacht. Nun ergriff er Repressalien, indem er preußische Schiffe mit Beschlag belegen und aufbringen, auch Danzig, Memel und Pillau blockieren ließ. Preußen aber riet Napoleon, die Gelegenheit zur Erwerbung von Schwedisch-Pommern zu benutzen. Dann war sein Konflikt mit Rußland, Schwedens Verbündetem, unvermeidlich und die Abwehr der neuen französischen Uebergriffe unmöglich. Nicht genug, daß Napoleon den Vertrag vom 15. Februar, noch ehe er ratifiziert war, auszuführen begann, indem er Ansbach bereits am 24. Februar besetzen ließ: sein

zum Herzog von Kleve und Berg erhobener Schwager Murat okkupierte die zu der preußischen Entschädigung geschlagenen Abteien Essen, Werden und Elten. Als der in Westfalen kommandierende General Blücher sie wieder besetzte, war ein gewaffneter Konflikt eigentlich bereits gegeben. Aber in Paris lenkte man ein: vorbehaltlich einer Prüfung der Rechtslage sollten einstweilen beide Teile die streitigen Gebiete räumen. Dann aber erhob man das Verlangen, weil die Preußen, in Ueberzahl einrückend, sich eines „militärischen Unrechts" schuldig gemacht hätten, sollten sie vierundzwanzig Stunden vor den Franzosen abziehen. Auch das gestand man zu, um dem Kaiser jeden Vorwand zu nehmen, auf den hin er von dem Abkommen wegen Hannovers hätte zurücktreten können.

Und dennoch wurde man immer mehr inne, daß, was man durch solche Demütigung hatte erreichen wollen, nicht erreicht war und nicht erreicht werden würde. Preußen blieb samt Norddeutschland Frankreichs Uebermacht schutzlos preisgegeben. Denn was hatte die französische Besatzung in Hannover besagen wollen im Vergleich mit den Truppenmassen, die, weil der Vollzug des Preßburger Friedens noch ausstand, Süddeutschland, Ansbach und die niederrheinischen Lande füllten? War die Vergewaltigung der drei Abteien vielleicht nur das Vorspiel zu Schlimmerem? Um Preußens Recht und Würde wahren zu können, sei die Bereitstellung militärischer Machtmittel unerläßlich, urteilte schon Anfang Juli Haugwitz sowohl wie des Königs Generaladjutant v. Kleist. Und sicher stand der letztere nicht allein mit der Klage über das traurige Schicksal, das unzweckmäßige Leitung seiner Kraft dem Heere bereitet, und mit der Befürchtung, dasselbe werde, ändere sich das nicht bald, trotz seines Enthusiasmus für Vaterland, Ruhm und Ehre ohnmächtig dahinsinken. Schrieb ihm doch der in Bayreuth kommandierende Generalmajor Tauentzien, der sein aus Ansbachern bestehendes Regiment auseinanderlaufen sehen mußte: „Es ist schrecklich, wie Preußen gesunken ist, blutige Thränen möchte man weinen, wenn man als wahrer Patriot die jetzigen Verhältnisse unseres Vaterlandes mit den ehemaligen vergleicht." Ebenso dachten viele Offiziere, aber es fehlte auch nicht an

solchen, die an dem Erfolge eines Krieges gegen Frankreich verzweifelten und wie der König Frieden um jeden Preis wollten.

Und dabei stand man erst im Beginn der Demütigungen, welche die Uebermacht seines huldigend umworbenen Bundesgenossen Preußen zudachte. Seit Napoleon wieder mit England unterhandelte, wurde die Rückgabe Hannovers an dieses in diplomatischen Kreisen als möglich erörtert. Durfte man der feierlichen Ableugnung dieser Absicht nach den bisher gemachten Erfahrungen Glauben schenken? Daß Hannover für Preußens Verteidigung unentbehrlich sei, hatte der König auch dem Zaren gegenüber (1. Juli) betont: so lange der Krieg zwischen England und Frankreich dauere, müsse er es ungestört in Besitz halten; danach wolle er sich darüber gern mit England freundschaftlich auseinandersetzen. Er suchte also doch auch nach der anderen Seite hin Fühlung zu gewinnen, und am 24. Juli kam mit dem Zaren ein Geheimvertrag zum Abschluß, der diesen verpflichtete, alle seine Streitkräfte für die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Integrität Preußens bereit zu halten und zu verwenden. Aber es drohte noch Schlimmeres.

Der Rheinbund war im Entstehen. Von ihm schien Preußen, befestigte sich seine Freundschaft mit Frankreich, Gewinn erwarten zu dürfen. Napoleon schlug ihm vor, seinerseits Norddeutschland zu einem engeren Bunde zu einigen. Da er um dieselbe Zeit (Anfang Juli) die Abteien räumen ließ und den Herzog von Kleve zu friedlicher Haltung anwies, glaubte man in Berlin am Ziel zu sein und mit Hilfe Frankreichs die Politik norddeutscher Neutralität doch noch zur Anerkennung zu bringen. Auch sonst trat eine friedliche Wendung ein: die nahe Verständigung Frankreichs mit Rußland ließ durch des letzteren Vermittelung die Versöhnung Preußens mit Schweden und England hoffen, dabei aber die erdrückende Uebermacht, mit der Napoleon Deutschland umklammert hielt, die Besorgnis vor einem Gewaltstreich nicht zur Ruhe kommen. Die in Wesel, an der Lippe und bei Düsseldorf angehäuften Truppenmassen bedrohten die Grafschaft Mark und Westfalen, die in Franken einerseits Bayreuth, andererseits Sachsen, während in Kassel eifrigst für den Anschluß Hessens an den Rheinbund geworben

und so zum voraus ein trennender Keil in den Nordbund getrieben wurde.

Um so mehr eilte Haugwitz diesen unter Dach zu bringen. Der Gedanke war nicht neu. Hatte man ihn aber zur Zeit der ersten Okkupation Hannovers als Dreifürstenbund mit Sachsen und Hessen geplant, so nahm jetzt ein Entwurf vom 2. August eine straffere, mehr bundesstaatliche Organisation in Aussicht, indem er nur sechs Souveräne beließ, die übrigen in bezug auf Gesetzgebung, Rechtspflege, Heer- und Steuerwesen in drei Kreisen unter Preußen, Sachsen und Hessen zusammenfaßte und die Oberleitung einem Kongreß in Dessau mit preußischem Direktorium zuwies. Weiterhin vereinbarte man ein erbliches norddeutsches Kaisertum für Preußen, beschränkte dagegen den Umfang der Mediatisierungen. Die Fürsten aber, die den Anschluß verweigern würden, sollten ihre Souveränität einbüßen. In Paris, Petersburg und London sollte von dem Bunde erst nach der Ratifikation der Verträge Mitteilung gemacht werden. Dann aber geriet die Sache in Stillstand, da dieser Entwurf sowohl in Kassel wie in Dresden wenig Beifall fand. Sachsen wünschte die Bildung mehrerer kleinerer souveräner Staatenbünde, die dann zu einer Föderation zusammentreten sollten, machte zudem seine Entscheidung von der Kurhessens abhängig, das seinerseits, von Frankreich für den Rheinbund umworben, sich in nichts binden wollte, ehe Sachsen sich nicht endgültig erklärt hätte. So hatte die französische Diplomatie in dem Augenblick, wo sie Preußen zur Einigung Norddeutschlands einlud, diese zum voraus unmöglich zu machen gewußt: ungestört konnte sie mit dem Rheinbund die Knechtschaft Deutschlands vollenden.

Damit wurde die Krisis akut. Um rettend zu wirken, hätte sie freilich Aeußeres und Inneres gleich gründlich wandeln müssen. Auch hatte schon im Mai der Finanz- und Handelsminister Freiherr vom Stein der Königin zur Mitteilung an den König eine Denkschrift überreicht, in der er an der Kabinettsregierung und ihrem Hauptträger Lombard eine vernichtende Kritik übte, aber auch die neue Ordnung skizzierte, die Rettung hoffen ließ. Doch war ihre Sprache auch der Königin zu stark. Ob

der König sie gelesen, ist fraglich: durchaus Autokrat, wies er unerbetenen Rat zurück. Was sich ein Mirabeau (S. 252) seinem Vater, ein Gentz (S. 352) ihm selbst gegenüber erlaubt hatte, wurde einem Manne versagt, der seit einem Vierteljahrhundert eine Zierde des preußischen Beamtentums war. Alles blieb beim alten. In einer Zeit, wo es, welchen Weg immer man gehen mochte, vor allem einheitlichen Wollens bedurfte, dauerten in der Regierung die sachlichen und persönlichen Gegensätze fort. Auch militärisch geschah nichts, obgleich der Herzog von Braunschweig schon Ende Juli es für unverantwortlich erklärte, ließe man des Königs Provinzen und Truppen noch ferner jeden Augenblick einem Angriff ausgesetzt.

Da erfolgte in den ersten Augusttagen Schlag auf Schlag. Auf Grund der Rheinbundakte vom 17. Juli ergingen am 1. August die Erklärungen Napoleons und seiner Vasallen, die das deutsche Reich auflösten. Am 6. August legte Franz II. die Kaiserkrone nieder. In der Nacht zuvor traf in Berlin die Nachricht ein, Napoleon habe England wirklich die Rückgabe Hannovers angeboten. Konnte man sie hindern? Der norddeutsche Bund war kaum im Werden. Preußen hatten die Franzosen so umstellt, daß sie es sofort bewältigen konnten. Wieder drang Haugwitz vor allem auf militärische Maßnahmen, wollte Sachsen und Hessen zu solchen auffordern, den Zaren auf die vom Rheinbund drohende Gefahr hin ersuchen, trotz des, wie es schien, fertigen Friedens mit Frankreich seine Heere nahe der preußischen Grenze stehen zu lassen. Auch Hardenberg fragte der König um Rat. Am 9. August befahl er Kriegsbereitschaft für den größten Teil des Heeres und einen Aufmarsch, der einem Ueberfall sowohl von Süden wie von Westen her begegnete. Aber Krieg wollte er nicht, nur sich die Freiheit des Entschlusses wahren. Der Pariser Vertrag vom 15. Februar, die durch ihn geschaffene Freundschaft sollte fortbestehen. Sie zu bezeugen, brachte bei dem Mahle, das der französische Gesandte am 15. August gab, Feldmarschall Möllendorf beredt des Kaisers Gesundheit aus, und Haugwitz, Köckritz und Kleist versicherten immer wieder, es handle sich bloß um durch die Vorsicht gebotene Defensivmaßregeln, die der Kaiser nicht un-

gnädig vermerken, aber überflüssig machen könne, wenn er die Preußen bedrohenden Wolken zerstreue, das heißt seine Truppen aus Deutschland zurückziehe.

Haugwitz freilich glaubte nicht mehr an den Frieden. Doch wollte er Zeit gewinnen. Schon hatte Augereau auf den glücklichen Krieg gegen Preußen getoastet und der französische Gesandte in Kassel den Anschluß an den Rheinbund empfohlen wegen der größeren Wirksamkeit des französischen Schutzes, da Preußens Macht gemindert werden solle. Aehnlich berichtete Lucchesini. Als Napoleon das erfuhr, mußte er abberufen werden. Aber auch der ihn ersetzende Generalmajor v. Knobelsdorf wurde angewiesen, auf Zurückziehung der französischen Truppen aus Deutschland zu dringen. Sie wurde verweigert, nicht, wie man vorgab, weil der Friede mit Rußland doch scheiterte und die Gesamtlage kriegerischer wurde. Das erregte die öffentliche Meinung in Preußen mächtig. Während der König noch immer hoffte, der Abzug der Franzosen werde ihn des Krieges überheben, wogte in der Armee heiße Kriegslust auf, deren Wortführer Prinz Louis Ferdinand wurde. Am Hofe, in der Gesellschaft fand sie Beifall. Ohne Kenntnis der Vorgänge im Kabinett, machten diese Kreise Haugwitz verantwortlich für alle die Schmach, die sie über Preußen kommen sahen. Durch Johannes Müller, den Schweizer Geschichtschreiber, der seit 1804 als Geheimer Kriegsrat, Hofhistoriograph und Akademiker in Berlin lebte, ließen sie eine Denkschrift aufsetzen, die von einigen Prinzen, Generalen und Stein unterzeichnet, dem König am 2. September die Entlassung von Haugwitz, Lombard und Beyme anriet, um die öffentliche Meinung zu beruhigen und zu kräftigen — ein Schritt, der des Königs höchstes Mißfallen erregte. Denn er wollte nur den Krieg vermeiden: wenn Frankreich, erklärte er, ihm die verlangte Beruhigung gewähre, wolle er bei ihm aushalten, ja, sich im Kampf für ihr gemeinsames System zerschmettern lassen.

Es war ein heilloser Zustand! Hier wachsender Kriegseifer, der in der Erinnerung an die große Vergangenheit und ohne Kenntnis der Wandlungen, die das Kriegswesen erfahren hatte, des Sieges gewiß war; dort der König, in dem Mo-

ment, wo er den Schritt that, der den Krieg bedeutete, nur von dem Wunsche beseelt, ihn zurückthun zu können; mitten inne ein Minister, der, was er längst als notwendig erkannt, aus Rücksicht auf des Königs Denkweise und die ihm entgegenarbeitenden Einflüsse nicht offen und energisch vertrat; dazu die unangenehme Ueberraschung, daß schon bei der Mobilmachung an der militärischen Organisation empfindliche Mängel zu Tage traten: — es war ein Zustand, der dem General v. Kleist den verzweifelten Ausruf abpreßte: „Es ist eine Konfusion, die ihresgleichen nicht hat." Das erklärt auch den eigentlich völlig überraschenden Ausgang.

In der Nacht vom 16. zum 17. September traf die Meldung Knobelsdorfs ein, Napoleon verweigere nicht bloß die Zurückziehung der Truppen, sondern verlange, daß Preußen abrüste. Das mußte abgelehnt werden. Aber man that mehr. Geduldig hatte man sich bisher allen Zumutungen gefügt, Schritt vor Schritt war man zurückgewichen und stand auf einem Punkte, wo es kein Rückwärts mehr gab. Diese nur widerstrebend eingenommene Defensivstellung zu behaupten, gebot die Selbstachtung, gebot die Rücksicht auf Preußens Vergangenheit und Zukunft. War es aber nötig, war es richtig, plötzlich aufbrausend überstürzt zur Offensive überzugehen, für die militärisch wie politisch jede Voraussetzung fehlte? Das wäre gegangen, so lange man die anfänglich eingenommene Stellung noch inne hatte. Daß man diese, während er in Paris war, aufgegeben und die Truppen verzettelt hatte, erklärte Haugwitz nachmals für den Fehler, der alles Unheil verschuldet: das erst habe Napoleon die Umstellung Preußens ermöglicht. Mit England befand man sich noch im Kriegszustand. Mit Oesterreich fehlte jedes Verständnis. Das eben mit Rußland geschlossene Geheimbündnis war wesentlich defensiver Natur. Der Nordbund war gescheitert. Kurhessen erstrebte — nach Preußens Vorbild — bewaffnete Neutralität. Auch mit Sachsen kam es nicht zu einer engen Allianz, und als sie endlich notgedrungen die Vereinigung ihrer Armee mit der preußischen verfügte, beteuerte die Dresdener Regierung in Paris ihre Friedensliebe. Nur Weimar stand zu Preußen.

Wie sollte da eine große militärische Demonstration — um mehr sollte es sich, hoffte der König, auch jetzt nicht handeln — auf Napoleon Eindruck machen? Sie überraschte ihn, weil er sich selbst dessen von Preußen nicht versah. Wohl hätte schnelles Handeln Preußens ungünstige militärische Lage immer noch etwas bessern können. Aber man ließ dem Gegner Zeit, vollends zu dem vernichtenden Streiche auszuholen. Das preußische Hauptheer sammelte sich bei Naumburg, wo der König weilte. Ehe der Enthusiasmus der Armee verraucht und sie ermüdet wäre, wollte man in Sachsen eine Schlacht liefern. Das gab man auf, weil die Meinungen der leitenden Persönlichkeiten auseinandergingen. Auch erwies sich die Ausrüstung als unfertig — die preußischen Gewehre waren die schlechtesten in Europa! — und die Verpflegung als schwierig. Man unterhandelte, aber ohne Glauben an einen Erfolg. So konnte Napoleon seine Truppen bis an die Grenze vorschieben und die Kontingente der Rheinbundfürsten nachziehen. Endlich forderte ein preußisches Ultimatum die Rückgabe der drei Abteien (S. 388) und Wesels, sowie Freiheit für die Errichtung des Nordbundes. Dem Kaiser am 7. Oktober überreicht, sollte es am 8. beantwortet sein. Eine solche Sprache hatte Napoleon kaum je gehört. Um so wütender brauste er auf. In unflätigen Ergüssen entlud sich der Haß, den der rohe Korse gegen den Staat Friedrichs des Großen aufgesammelt hatte. Wie sehr ihn dessen später Widerstand erbitterte, verriet der Hohn, mit dem er seine Urheber verblendete Tollkühne schalt. Wüstes Renommieren war man von ihm gewöhnt: eine solche Sprache hatte er noch nicht geführt. Den Brief, mit dem der König, immer noch um eine friedliche Wendung bemüht, das Ultimatum begleitet hatte, nannte er das Pamphlet eines englischen Lohnschreibers. Die Königin, die seit dem Frühjahr den Krieg als durch Preußens Ehre geboten ansah, schilderte er wie eine Kriegsfurie, die hoch zu Roß ihre Truppen gegen Frankreich fanatisiere, das doch nur Sachsen vor Vergewaltigung schützen und die Unabhängigkeit der deutschen Kronen sichern wolle. Um Preußen daheim Feinde zu erwecken, lockte er die Polen, bei denen Fürst Radziwill ein Corps für Preußen

zu bilden gedacht hatte, mit dem Trugbild nationaler Herstellung.

Wie matt klang dem gegenüber das langatmige Manifest, durch das der König am 9. Oktober von Erfurt aus seinen Unterthanen den Ausbruch des Krieges kundthat. Was es über die Gewaltsamkeit und Perfidie der französischen Politik und die Mißhandlung Deutschlands und Preußens sagte, war nur zu richtig: wurde es damit aber nicht eine Anklageakte gegen die preußische Politik? Wie hatte Preußen solchen Herausforderungen gegenüber zehn Jahre hindurch unthätig bleiben, sich immer wieder fügen können? Wenn Frankreich es mißhandelt hatte — es war selbst daran schuld! Und dabei wollte es berufen sein, den Frankreich noch nicht verfallenen Rest Deutschlands unter sich zu einigen, und nahm alle Staaten, die nicht zum Rheinbund gehörten, für seinen Nordbund in Anspruch. Konnte da die fast revolutionär klingende Wendung: „Vor allen Traktaten haben die Nationen ihr Recht", ernst genommen werden? Nicht bloß politisch und militärisch, auch moralisch stand Preußen völlig isoliert.

Doch nicht da allein entsprang sein Verhängnis. Aber ebensowenig soll man, wie nachmals geschehen, allein die Armee dafür verantwortlich machen. Erst gepriesen als ein unfehlbares Instrument, hat sie nachher nicht kläglich genug geschildert werden können. Gewiß stand sie an Kriegserfahrung der französischen nach: gering geschätzt aber wurde sie auch von dem Gegner nicht. Noch Ende des Jahres 1805 nennt sie ein französischer Beurteiler ein Muster an Regelmäßigkeit und Ordnung dank ihrer klösterlichen Abgeschlossenheit, strengen Schulung, Geduld und Bildsamkeit, Präzision der Manöver und ausgezeichneten Verwaltung, und rühmt ihre Unteroffiziere und Kriegskommissare als unübertroffen. Nur sei das alles nicht erprobt in dem Ernst des Krieges, wo es auf den Geist der Soldaten und das Genie der Generale ankomme, und der angeborene Instinkt des Menschen mehr gelte, als das künstlich Angelernte. Da sei die preußische Armee in den langen Friedensjahren zurückgegangen. Ihr fehle der Geist. Der Geist einer Armee aber ist bedingt von dem Geist der

Nation. Und weil der hier versagte, versagte auch die Armee.

Die Tradition behandelt die preußische Armee von 1806 ungerecht. Nicht an sich war sie unfähig: sie wurde es erst durch die Verhältnisse. In ihre altmodische, aber noch festgefügte Form hätte ein neuer Geist gegossen werden müssen. Dazu aber war weder die Regierung noch das Volk im stande. Ihren tüchtigen Kern haben die kompetentesten Beurteiler, fremde wie einheimische, anerkannt. Arg übertrieben hat man die angebliche Greisenhaftigkeit der Generalität. Der Oberbefehlshaber, Herzog von Braunschweig, war zwar 71 Jahre alt, aber körperlich und geistig noch rüstig. Fürst Hohenlohe zählte 60, Rüchel 52, Eugen von Württemberg 48, Tauentzien 45, Prinz Louis Ferdinand erst 32 Jahre, Scharnhorst 50, Phull und Massenbach 48. Alt konnten sie erscheinen nur im Vergleich mit ihren durch außerordentliche Verhältnisse rasch aufgestiegenen Gegnern. Doch fehlte ihnen die Vertrautheit mit der neuen Kampfesart. Einsichtige hatten das längst gerügt, Reformen waren angeregt und erwogen. Schon hatte Scharnhorst (geb. 12. November 1755), der 1801 aus hannöverschem Dienste in den preußischen übergetreten war, aber wegen seiner gelehrten Richtung und seiner hohen Ansprüche an die wissenschaftliche Schulung der Offiziere für ihren Beruf von manchen verspottet wurde, als bürgerlich geboren auch nach seiner Nobilitierung (1802) vielfach über die Achsel angesehen, angesichts des in Frankreich Geschehenen den großen Gedanken eines Volksheeres erfaßt. Gethan war nichts. Mißtrauisch gegen sich und andere und voll übergroßem Respekt vor dem Ueberkommenen, konnte der König zu keinem Entschluß kommen, zum Teil aus Scheu vor der öffentlichen Meinung. Denn dieser war über die Schwärmerei für Humanität und Menschenrechte das Verständnis für die Notwendigkeit und das Recht eines Heeres abhanden gekommen. Der Soldat wußte, daß der Bürger mit Geringschätzung, ja Mitleid auf ihn blickte. Er war ein Fremdling in seinem Volke. Was nützte auch eine Armee, die nur für den Exerzierplatz da war, mit der die Politik aber nie rechnete? In ihren eigenen Augen verlor sie an Bedeutung. In einer

Zeit des Weltkrieges zu faulem Friedensdasein verurteilt, vergaß sie, daß auch sie für den Krieg bestimmt, erst in ihm die Berechtigung ihres Daseins erweist. Außer stande, ihr Können in ernstem Kampfe zu erproben und zu schulen, verloren sich ihre Leiter in eine verkünstelte Kriegführung, mit der sie das bewunderte Vorbild des großen Königs zu kopieren wähnten, ohne zu ahnen, daß auch er zuletzt das früher Vertretene als veraltet aufgegeben und durch den gewandelten Verhältnissen angepaßte Neuerungen ersetzt hatte. So hielten sie die auf dem Paradeplatz und Manöverfelde übliche Schablone für passend auch auf die unberechenbaren Wechselfälle des Krieges. Und wenn sie da wenigstens einer Ansicht gewesen wären! Aber vollends verhängnisvoll machte alle diese Mängel die Zerfahrenheit der obersten Leitung. Der König war bei der Armee, führte jedoch nicht den Oberbefehl: Einfluß übte er aber doch, zumal die Ansichten auseinandergingen und er bald von dieser, bald von jener Seite angerufen wurde. Dem Oberbefehlshaber, Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, fehlte sowohl rasche Entschlossenheit und der Mut der Verantwortung, wie Vertrauen in seine Berater und Unterführer. Zu ersteren gehörte Scharnhorst als Generalstabschef. Von den letzteren war ihm namentlich der verdiente Fürst von Hohenlohe-Ingelfingen entgegen, beeinflußt von dem geistvollen, aber unruhigen und phantastischen Oberst v. Massenbach. Das ergab persönliche Reibungen, Mangel an Gehorsam und Eigenmächtigkeiten. So viel Tüchtigkeit, guter Wille, Einsicht und Tapferkeit im einzelnen vorhanden war: es fehlte die sie zum Zusammenwirken einigende Oberleitung, und das einem Feinde gegenüber, bei dem diese in seltener Vollkommenheit vorhanden war. Zudem machten sich auch nichtmilitärische Einflüsse störend geltend, während mit manchen Gesinnungsgenossen Blücher gehofft hatte, auch nach dieser Seite hin werde der Aufenthalt bei der Armee befreiend und kräftigend auf den König wirken, da er doch endlich einmal andere Meinungen zu hören bekommen werde, als sie ihm „von der boshafften Rotte niederer Faullthiere“ — das ist dem Kabinett — vorgetragen würden. Bedenklich war in militärischer Hinsicht vornehmlich die schlechte Bewaffnung und

der schwerfällige Troß der preußischen Armee, der sie an schnellen Bewegungen hinderte. Endlich stand sie der feindlichen an Zahl beträchtlich nach. Nach mancherlei Hin- und Hermärschen um den 8. Oktober zwischen Erfurt, Gotha und Weimar gesammelt, zählte sie etwa 120 000 Mann; dazu kamen 20 000 Mann Sachsen, während Napoleon sofort reichlich 160 000 Mann einzusetzen hatte.

Während man ursprünglich eine energische Offensive geplant und mit der Armee in das mittlere Deutschland vorzugehen gedacht hatte, gab man schließlich den Angriff überhaupt auf, um den Feind erst an den Saalepässen aufzuhalten. Am 8. Oktober, dem Tag, für den die Antwort auf das Ultimatum verlangt war, erfolgte der französische Angriff. Tauentzien, der bis Hof vorgeschoben war, ging fechtend zurück. Gegen den Befehl zum Rückzug griff der heißblütige Prinz Louis Ferdinand mit 8000 Mann die überlegenen Gegner bei Saalfeld an: er erlitt eine Niederlage, die 1800 Mann und 33 Kanonen, ihm selbst das Leben kostete. Nun wurde beschlossen, noch weiter zurückzugehen: erst zwischen Saale und Elbe wollte man fechten. Zur Deckung des Rückzuges blieben Hohenlohe und Rüchel mit etwa 50 000 Mann bei Weimar. Die Hauptmasse unter Braunschweig, fünf Divisionen, zog langsam auf der großen Straße von Frankfurt nach Leipzig der Saale zu, mit ihr der König. Eben hatte man am 14. Oktober im Morgennebel die Defileen bei Auerstädt passiert, als man auf feindliche Reiterei stieß. Blücher warf sie. Dahinter aber entwickelte sich Infanterie und Artillerie. Auch gegen sie stürmte Blücher an, wurde aber mit Verlust zurückgeschlagen. Daß man nur das Davoutsche Corps — etwa 27 000 Mann, bestimmt das Hauptheer bei Weimar im Rücken zu fassen — vor sich hatte, ahnte man nicht. Wie sie herankamen, warf man die Bataillone auf den Feind, der, auch seinerseits überrascht, bei dem Dorfe Hassenhausen eine starke Stellung nahm. Unter seinem Feuer aufmarschierend, erlitten die preußischen Bataillone schon vor dem Angriff schwere Verluste. Einige wichen in Unordnung, während andere tapfer vordrangen. Aber es fehlte an Artillerie, und die Reserven waren nicht zur Stelle. Während auf dem

linken Flügel, wo General Schmettau gefallen war, Scharnhorst das Gefecht herzustellen suchte — wegen des Mangels an Reiterei vergeblich —, wurde der Herzog von Braunschweig durch einen Schuß beider Augen beraubt. Inmitten heilloser Verwirrung mußte da der König das Kommando übernehmen. Vergeblich hieb er auf die Fliehenden ein; das Pferd wurde ihm unter dem Leibe getötet. Er befahl den Rückzug, den die nun herangekommenen Reserven deckten. Die ins Gefecht gekommenen drei Divisionen waren aufgelöst. In wirrem Durcheinander wälzte sich alles rückwärts. Zum Glück war der Feind zur Verfolgung selbst zu erschöpft. Er hatte aber nur den vierten Teil seiner Mannschaften — 7000 — verloren, der Verlust der Preußen betrug bei einer Stärke von 50 000 Mann jedenfalls über 10 000 Mann, außer 3000 Gefangenen und etwa 100 Kanonen von den 233, die sie den 44 der Franzosen entgegenzustellen gehabt hatten.

Die Niederlage war schwer: entscheidend wurde sie erst durch das, was inzwischen geschehen war. Auf dem Wege nach Weimar, wo man von Hohenlohe und Rüchel aufgenommen zu werden hoffte, entdeckte man plötzlich hinter Apolda französische Abteilungen. Das Rätsel fand eine böse Lösung. Jene beiden Corps nebst den Sachsen hatten ein ähnliches Schicksal gehabt wie das Hauptheer. In der Nacht zum 14. Oktober hatte Napoleon das für unzugänglich gehaltene Plateau des Landgrafenberges vom Saalthal aus erstiegen und Hohenlohe von einer ganz unerwarteten Seite her angegriffen, der seine zerstreuten Abteilungen einzeln ins Gefecht werfen und trotz tapferen Widerstandes von der Uebermacht — der Kaiser hatte von 96 000 Mann zwar nur 54 000 im Gefecht gegen 53 000, die ihm freilich an Artillerie bedeutend überlegen waren — zermalmt sehen mußte, bevor Rüchel herankam. Die sächsischen Truppen gerieten beim Rückzug hart ins Gedränge: der größte Teil wurde gefangen. Die Verluste auch der Preußen waren hier um so schwerer, als der Sieger hart nachdrängte und den Fliehenden folgend noch am Abend in Weimar einzog.

Ohne Armee fand der 15. Oktober Friedrich Wilhelm in Sömmerda. Nie ist der ihm eigene quietistische Zug so zu Tage

getreten wie damals. Eine Darstellung der Schlacht bei Auerstädt, die er gleich danach aufsetzte, überrascht durch Ruhe und Objektivität. Er behandelt die Vorgänge, die das Schicksal seines Staates entschieden, wie ihm ganz fremde, mit einem an Apathie grenzenden Gleichmut. Er beweist dabei treffendes Urteil, tröstet sich aber schließlich: „Also brav ist man doch im ganzen, gottlob, gewesen, allein nicht glücklich." Damit war für ihn die Sache erledigt. Der Krieg, zu dem ihn die Verhältnisse genötigt, hatte sich als verfehlt erwiesen: also gab er ihn auf und kehrte zu der so ungern verlassenen Politik des Friedens und der Freundschaft mit Frankreich zurück. Hatte er doch am Morgen des 14. endlich eine vom 12. aus dem Lager bei Gera datierte Antwort auf das am 27. September an Napoleon gerichtete Schreiben (S. 394) erhalten. Seine Niederlage, hieß es darin, sei unabwendbar: noch aber könne er ungeschlagen seinem Range gebührend verhandeln. Er sei irre geleitet: noch könne er seine Unterthanen vor den Schrecken des Krieges bewahren und sich den Dank Europas verdienen. Solche Worte fanden bei ihm jetzt vollends ein offenes Ohr. Es war ihm aus der Seele gesprochen, wenn der Kaiser Menschenblut zu sparen wünschte. Es traf den Kern seiner politischen Ueberzeugung, wenn jener erklärte, seiner geographischen Lage nach brauche Preußen nicht Frankreichs Feind zu sein. Noch am 15. Oktober schrieb er an den Kaiser und erbat einen Waffenstillstand und Mitteilung der Friedensbedingungen: er wolle allem zustimmen, was ihn mit dem Kaiser dauernd vereinigen könne. Jenes Seelenadel und Loyalität bürge ihm dafür, es werde nichts gegen seine Ehre und die Sicherheit seiner Staaten verlangt werden. So blieb er in dem Streben nach Freundschaft mit Frankreich und aus Abneigung auch gegen den gerechtesten Krieg in der Beurteilung Napoleons ein unverbesserlicher Optimist. Furchtbar sollten ihn die nächsten Wochen über dessen wahren Charakter aufklären!

Wie dieser die Bedeutung des Doppelsieges übersah, schweiften seine Pläne alsbald ins Ungemessene. Alle diesseits der Weichsel gelegenen Lande sollte Preußen verlieren und 110 Millionen Franken Kriegssteuern zahlen. Sachsen zog er

zu sich herüber, indem er die demonstrativ gütig behandelten gefangenen sächsischen Offiziere sich zugleich im Namen ihrer Soldaten auf Ehrenwort verpflichten ließ, nie wieder gegen Frankreich zu fechten, auch nicht auf ausdrücklichen Befehl ihres Herrn. Aber Friedrich Wilhelms Bitte um Waffenstillstand wies er ab. Das preußische Heer eilte inzwischen in völliger Auflösung teils auf Erfurt, teils auf Magdeburg. Erfurt aber wurde gleich am 15. Oktober feige übergeben. Die von der Oder heranziehenden Reserven unter Eugen von Württemberg wurden am 17. bei Halle zurückgeworfen. Hohenlohes Absicht, die Hauptmacht unter den Mauern Magdeburgs zu sammeln, vereitelte des Kommandanten Erklärung, sie nicht verpflegen zu können. Nur Blücher, bei dem Scharnhorst war, kam glücklich über den Harz und, von dem Obersten Yorck und seinen Jägern gedeckt, durch die Altmark über die Elbe. Da suchte der König von Magdeburg aus durch Lucchesini nochmals einen Waffenstillstand nach. Doch nur einen Präliminarfrieden wollte der Kaiser bewilligen. Als Bedingungen dafür forderte Duroc am Abend des 22. Oktober zu Wittenberg Abtretung der linkselbischen Lande außer Magdeburg und der Altmark, 100 Millionen Franken Kriegssteuer und den Verzicht Preußens auf jede Verbindung mit irgend einem von den deutschen Staaten, die sämtlich unter Frankreichs Schutz zu einem Bunde vereinigt werden sollten. Daraufhin zu unterhandeln hatte Lucchesini keine Vollmacht: er reiste ab. Die Franzosen beschleunigten ihren Vormarsch. Schon am 24. Oktober war Napoleon in Potsdam. Den Degen und Hut des großen Königs sandte er als Trophäe nach Paris. Am 25. besetzte Davout Berlin: am 27. hielt der Kaiser durch das Brandenburger Thor seinen Einzug.

Wohl hatte sich dort auf die Kunde von dem Unglück der Armee in der Bürgerschaft Entschlossenheit und Opferwilligkeit geregt: der Gouverneur, Minister Graf Schulenburg-Kehnert, warnte vor jeder That und erklärte Ruhe für die erste Bürgerpflicht. Gab er damit aber eigentlich nicht bloß den Gedanken wieder, der die Politik des Königs bisher beherrscht hatte? Danach handelten auch die sieben Minister, die dem Sieger

den Treueid leisteten. Kläglich war die militärische Scheinherrlichkeit Preußens zusammengebrochen, aber kläglicher noch war der Bankerott des so stolzen preußischen Beamtentums. Wie war sein geistiger und sittlicher Gehalt geschwunden! Nicht einmal die in der Hauptstadt aufgehäuften Staatsmittel waren in Sicherheit gebracht! Nur die Kassen hatte Stein geborgen. War es dem Sieger zu verdenken, wenn er solche Leute seine Geringschätzung fühlen ließ? Wohl wußte er, daß es auch hier Leute gab, deren in sittlichem Ernst und Vaterlandsliebe wurzelnder Glaube an die Zukunft in der Erniedrigung nur an die Erhebung dachte. Instinktiv wandte sich sein Haß vornehmlich gegen die Königin Luise, die er verspottete und verhöhnte, ja mit nichtswürdigen Ausstreuungen beschmutzte. Machte er damit aber nicht die edle Frau, deren Größe im Unglück kein Herz ungerührt und unerhoben ließ, für alle Patrioten erst recht zur Trägerin in der Stille genährter nationaler Hoffnungen?

Noch aber hatte das Unglück sich nicht erschöpft. Während Sachsen sich zunächst neutral erklärte, um bald zu Napoleon und dem Rheinbund überzugehen, der Kurfürst von Hessen und der Herzog von Braunschweig ihrer Länder beraubt, die Trümmer des preußischen Heeres von der Uebermacht der Verfolger umstellt wurden und Spandau (25. Oktober) kapitulierte, sandte der König von Küstrin aus Lucchesini und den Generaladjutanten v. Zastrow zu Napoleon, um statt des früher erbetenen Waffenstillstandes einen Präliminarfrieden nachzusuchen, dabei aber von den linkselbischen Landen wenigstens Halberstadt, den Saalekreis, Hohenstein, Mansfeld und Hildesheim zu retten. Aber Duroc, der in Charlottenburg mit ihnen verhandelte, konnte von dem in Wittenberg Geforderten nichts nachlassen. Aus Furcht vor den französischen Umtrieben in dem gärenden Polen und in der Hoffnung, dem Präliminarfrieden, wie verheißen, den allgemeinen Frieden gleich folgen zu sehen, fügten sich die preußischen Bevollmächtigten. Inzwischen aber hatte Hohenlohe am 28. Oktober mit den ihm gebliebenen 10 000 Mann zu Prenzlau unrühmlich kapituliert und war am 29. Stettin schmählich gefallen, während eine am 28. in Grodno unterzeichnete Konvention über den Marsch der Russen durch Preußen nach Schlesien

Preußen Aussicht auf russische Hilfe erschloß. Nun war für Napoleon der siegreiche Krieg gegen Preußen nur ein Vorspiel gewesen zu einem Kriege gegen Rußland. Dazu brauchte er Preußen als Operationsbasis. Der Präliminarfriede, wie er vereinbart war, leistete das nicht. Daher mußte er noch bei der Unterzeichnung geändert werden. Ein Zusatz verpflichtete Preußen, fremden Truppen gegen Frankreich Durchmarsch zu versagen und bei einem russischen Angriff auf die Türkei im Bunde mit Frankreich Rußland in Polen zu bekämpfen. In Graudenz, wohin er von Küstrin (das dann am 1. November feige übergeben wurde) entwichen war, erhielt der König diesen Entwurf. Es galt die Entscheidung: annehmen oder ablehnen? Zu diesem hatte man nicht den Mut; jenes bedeutete statt Frieden neuen Krieg, und zwar mit Rußland, von dem allein noch Rettung zu hoffen war. Der letzten Forderung wollte man sich entwinden, selbst um den Preis des Eintritts in einen von Frankreich geleiteten deutschen Bund. Es war die alte Halbheit — hier eine Weigerung, an deren Ernst der Sieger nicht glaubte, da sie dort aufgewogen wurde durch schwächliche Nachgiebigkeit. Aber vielleicht wand man sich durch die Schwierigkeiten hindurch, wenn man Rußland gütlich zuredete, die Türkei in Frieden zu lassen und seine Truppen zurückzuhalten. Dann trat ja der Fall nicht ein, in dem man Frankreich Heeresfolge zu leisten hatte. In diesem Sinne empfahl der Rat, den der König am 6. November in Graudenz hielt, mit Stimmenmehrheit die Annahme des Charlottenburger Vertrages. Damit glaubte man den Krieg los zu sein, und der König richtete am 7. ein Schreiben an den Kaiser, das in warmen Worten den Wunsch nach Frieden und Freundschaft erneute.

Aber wieder war dieser Beschluß durch die Ereignisse überholt. Am 7. November hatte Blücher, der sich in Gemeinschaft mit Scharnhorst bis Lübeck durchgeschlagen, wegen Mangels an Brot und Pulver in Ratkau kapituliert. Am 8. kapitulierte Magdeburg schmachvoll — mit 24 000 Mann, 6000 Pferden, 600 Kanonen und Ueberfluß an allem zu monatelanger Verteidigung Nötigen. Am 9. befahl Napoleon Duroc, Lucchesini und Zastrow wissen zu lassen, jetzt, nach der Bewältigung der

letzten Reste des geschlagenen Heeres, sehe er die Schlacht bei Jena als beendet an und sei zu einem den Frieden anbahnenden Waffenstillstand bereit, wenn Preußen Hameln, Nienburg und Glogau räumen, seine Truppen hinter die Weichsel zurücknehmen und schon eingerückte russische Abteilungen wieder entfernen wolle. Es war dasselbe Spiel, wie einst mit dem Schönbrunner Vertrage (S. 382), nur schlimmer, entsprechend der verschlimmerten Lage Preußens. Ja, während der Verhandlungen wurden die Forderungen noch gesteigert — unter drohendem Hinweis auf das Schicksal Preußens, wenn die kaiserlichen Heere erst die Weichsel überschritten und den Polen die Hand gereicht haben würden. Es schien, Preußen sollte, als Pfand für die durch England eroberten Kolonien einbehalten, aus der Reihe der selbständigen Staaten gestrichen werden. So unterzeichneten die preußischen Unterhändler am 16. November den Vertrag, der, bis zum 21. ratifiziert, Preußen Waffenruhe bewilligte, wenn es Thorn, Graudenz, Danzig, Kolberg, Lenczyk, Glogau, Breslau, Hameln und Nienburg übergab, seine Truppen nach Ostpreußen zurückzog und die Russen nicht zuließ, das heißt alles, was ihm noch an Abwehrmitteln geblieben war, dem Feinde auslieferte. Die Ratifikation auszuwirken, eilte Duroc selbst zum König in das ostpreußische Städtchen Osterode. Dort fand am 21. November abermals ein großer Rat statt. Er wurde entscheidend. Denn endlich fand Preußen den Mut, die Fesseln fauler Friedensliebe zu sprengen und den Kampf um sein Dasein zu wagen, um im Notfall unterzugehen.

Zwar waren die Meinungen geteilt. Die Mehrheit stimmte für die Ratifikation. Warum sollte man Plätze nicht aufgeben, die doch bald fallen mußten? Man rettete so wenigstens in den Besatzungen den Kern für ein neues Heer. Die Minderheit betonte dagegen, wie man durch den Vertrag den siegreichen Gegner stärke, den zu helfen bereiten Freund schwäche und dem polnischen Aufstand Vorschub leiste, den Kampf also, wenn es nicht zum Frieden kam, unter viel ungünstigeren Umständen aufnehmen müsse! So urteilten die Minister vom Stein und v. Voß und der Kabinettsrat Beyme. Und der König stellte sich auf ihre Seite. Es war die erste tapfere That seiner Re-

gierung, der erste Entschluß, der nicht ein Kompromittieren zwischen unversöhnlichen Gegensätzen erstrebte, sondern ohne Nebengedanken die eine Seite der Alternative ergriff. Die Neutralitätspolitik war endlich aufgegeben. Es war dem König klar geworden, daß die Annahme des Charlottenburger Vertrages die Selbstaufgabe Preußens bedeutete. Schlimmeres als seiner dann wartete, konnte ihm auch, wenn es weiter kämpfte und erlag, nicht beschieden sein.

Napoleon kam die in Osterode gefällte Entscheidung, die ihm Duroc bereits nach Posen überbrachte, unerwartet. Daß Preußen an der Grenze der Nachgiebigkeit angelangt und sein Dasein mit Einsetzung der letzten Kraft zu verteidigen entschlossen war, durchkreuzte seine Entwürfe. Waren doch für einen Kampf gegen Rußland auf der einen und England, dem er an demselben 21. November durch die von Berlin aus verfügte Kontinentalsperre den Todesstoß zu geben glaubte, auf der anderen Seite jetzt, wo Preußen als Mittelglied zwischen sie trat, die Bedingungen weniger günstig als bisher. Weniger noch als das bedrohliche Auftreten vor Jahresfrist konnte er Preußen dies verzeihen. Nicht mehr seine Schwächung, seine Vernichtung faßte er ins Auge. In jenen Tagen entwarf einer seiner verständnisvollen Diener bereits das Dekret, das der Welt die Absetzung des Hauses Brandenburg kundthun sollte, weil es seine eigenen und Europas Interessen verraten habe, indem es sich mit Rußland einließ, das allein die vom Kaiser erstrebte Erhaltung der Türkei gefährde.

Sechstes Buch.

Erniedrigung und Wiedergeburt.

1806–1812.

I. Der Friede zu Tilsit.

21. November 1806 – 12. Juli 1807.

Die Entscheidung, die am 21. November 1806 in Osterode fiel, eröffnete eine neue Epoche in der preußischen Geschichte. Sie löste den Bann, der bisher auf dem Fridericianischen Staate gelegen und ihn zu einem Schatten seiner selbst gemacht hatte, bis ein Zusammenbruch sondergleichen die Lüge seines Daseins offenbarte. Die Franzosenfreunde, die Anbeter des Erfolges, die Friedensschwärmer, alle Halben und Faulen sahen ihre Hoffnungen getäuscht. Der kleine Kreis der Patrioten mit militärischem Ehrgefühl und politischem Sinn durfte hoffen, nun doch noch durchzudringen und durch eine große Anstrengung die Zukunft zu retten. Nur lag für einen solchen Fortgang in der Persönlichkeit des Königs keine Gewähr. Ihn zu sichern, galt es den augenblicklich gebrochenen Einfluß der Männer dauernd zu beseitigen, die, am Amte hängend und ohne den Mut einer eigenen Meinung, ihm immer zum Munde geredet hatten. Dazu mußte die Geschäftsführung an der obersten Stelle im Staate so gestaltet werden, daß die Ansichten der wirklich Sachkundigen auch bis zu ihr durchdrangen und gewissenhafter Prüfung sicher waren. Es galt das Kabinett zu beseitigen und durch eine wirklich staatliche Instanz zu ersetzen. So führte die Krisis der auswärtigen Politik sofort zu einer solchen der inneren. Hatte jene der König persönlich hervor-

gerufen, so hinderte er jetzt wiederum persönlich die Lösung dieser und verkümmerte dadurch auch die Wirkung der ersteren. Sein Staat lag in Trümmern: sein autokratischer Sinn war ungebrochen.

Die Verwerfung des Charlottenburger Vertrages hatte Haugwitz als Minister unmöglich gemacht. Ihn förmlich zu entlassen und so seine Politik vor der Welt preis zu geben, gewann der König nicht über sich. Das hätte die eigene Niederlage eingestehen geheißen. Den Mut zu solcher Konsequenz hatte er noch nicht gefunden. Und doch hatte er bereits am 20. November das Ministerium des Auswärtigen dem Freiherrn vom Stein anbieten lassen. Er hatte abgelehnt, als diesem Gebiete ganz fremd. Auch als er am 29. wenigstens die Vertretung des angeblich nur auf einige Zeit beurlaubten Haugwitz übernehmen sollte, dankte er, empfahl aber den in Königsberg weilenden Hardenberg, den der König noch gelegentlich befragt hatte. Zugleich forderte er in einer Denkschrift abermals die Beseitigung des Kabinetts (S. 390) und die Vereinigung der Minister zu einem vom König geleiteten Staatsrat. Der Nutzen eines solchen leuchtete dem König ein. Aber das Ende des persönlichen Regiments im Kabinett erschien ihm wie eine Minderung seiner Würde. So kam er zunächst wieder nur zu einer halben Maßregel, indem er das Kabinett beibehalten, daneben aber die Leiter der drei wichtigsten Ressorts zu einem besonderen Rate vereinigen wollte, das heißt eine Zweiteilung einführen, die erst recht Reibungen veranlassen mußte. Stein erklärte sich dagegen: nur wenn die von ihm vorgeschlagene Organisation durchgeführt und als Leiter des Auswärtigen Hardenberg neben ihn gestellt würde, wollte er des Königs Ruf folgen.

Zum erstenmal stieß dieser auf eine fest in sich gegründete Ueberzeugung, die, gepaart mit strengem Pflichtgefühl und stolzem Selbstbewußtsein, Zugeständnisse um äußerer Rücksichten willen nicht kannte. Gewohnt seine Räte sich seinem Willen fügen zu sehen, rief er durch einen Erlaß vom 19. Dezember den Dreiministerrat dennoch ins Leben. Stein sollte die Finanzen und das Innere übernehmen, General v. Rüchel, ein

begeisterter Verehrer der Fridericianischen Traditionen und nach Clausewitz' boshaftem Urteil „eine aus lauter Preußentum konzentrierte Säure", das Kriegswesen, das Auswärtige aber, als ob es nie einen 21. November gegeben hätte, General v. Zastrow, der mit Lucchesini den Charlottenburger Vertrag geschlossen hatte und das Heil von der Freundschaft Frankreichs erwartete. Das Kabinett blieb: sein Leiter, Beyme, sollte bei den Beratungen der Minister das Protokoll führen. Wie sehr der König die Lage und die beteiligten Persönlichkeiten verkannte, lehrt diese Unvereinbares zusammenzwängende Kombination und sein naiver Glaube, Stein werde sich fügen. Dieser blieb bei seiner Ablehnung. Das aber erschien dem König als Ungehorsam. In einem Erlaß vom 3. Januar 1807 warf er Stein vor, statt auf das Beste des Staates zu sehen, lasse er, auf sein Genie und seine Talente pochend, sich durch Kaprizen leiten und handle aus Leidenschaft, persönlichem Haß und Erbitterung, und erklärte ihm rund heraus, daß er bei so respektwidrigem und unanständigem Betragen auf seine Dienste nicht weiter rechne. Die sofort nachgesuchte Entlassung wurde Stein umgehend (4. Januar) bewilligt.

Gewiß war die Entrüstung des autokratischen Königs zu so verletzendem Ausdruck gereizt durch den Lombard-Beymeschen Kreis. Sie offenbarte doch aber auch den Gegensatz zwischen jener älteren Staatsidee, wie sie das absolute Königtum vertrat, und der neuen, die angesichts der unzureichenden Kraft auch des tüchtigsten Mannes das Wort vom Fürsten als erstem Diener des Staates zu verwirklichen für möglich hielt allein unter Teilahme des zum Staatsbewußtsein erwachten Volkes durch Schaffung einer das Staatsoberhaupt verantwortlich beratenden, die Gemeinsamkeit der Staatsinteressen vertretenden zentralen Körperschaft. Neuer furchtbarer Schläge bedurfte es, um den König zu belehren, daß die Beamten nicht seine persönlichen Diener, sondern Diener des Staates und daher dessen Rechte auch ihm gegenüber zu vertreten verpflichtet seien, sein Wille also nur so weit freudigen Gehorsams gewiß sei, als er sich in den Dienst des Gemeinwohls stellte und im Einklang befand mit dem der Nation, wie er ihm von seinen Gehilfen

auf Grund ihrer pflichtgemäß gepflogenen Verbindung mit der öffentlichen Meinung wahrheitsgetreu vermittelt wurde. Die Anschauungen, in denen der König befangen war, erklärt und entschuldigt ein Rückblick auf die Entwickelung des preußischen Staates und insbesondere des preußischen Königtums. Aber wie die Armee und das Beamtentum, sollte schließlich auch das absolute Königtum zusammenbrechen bei dem Versuche, den stürzenden Staat allein und auf seine Art zu retten. Da erst wandte es sich zurück zu den wahren Quellen seiner Kraft, indem es durch die Vermittelung eines sittlich wiedergeborenen Beamtentums das Volk zur Mitarbeit gewann.

Politisch wie militärisch war die Lage Preußens verzweifelt. Sachsen war offen zu den Gegnern übergegangen. Zum Königreich erhoben und auf Kosten Preußens durch Kottbus vergrößert, trat es dem Rheinbund bei. Mit dem Eintritt der sächsischen Herzogtümer und der übrigen mitteldeutschen Kleinstaaten verschwand in Deutschland jede selbständige staatliche Existenz außerhalb Preußens. Nur vom Auslande konnte dieses noch Hilfe hoffen. Aber in Wien fehlte es zwar nicht an Männern, die den Augenblick zum Kampf gegen Frankreich gekommen glaubten, wurde auch gerüstet, so weit es die allgemeine Erschöpfung erlaubte: doch konnte man fast zweifeln, ob es nicht vielmehr gegen Rußland geschehe, dessen Angriff auf die Türkei ernste Besorgnisse erregte. Das that auch der von Napoleon geschürte polnische Aufstand. Gegen seine üblen Folgen schlug der Imperator als einfaches Auskunftsmittel vor, Oesterreich möge Galizien an das erneute Polen zurückgeben und sich durch Schlesien entschädigen. Die Lockung war zu plump, um Eindruck zu machen. Aber bei der Erschöpfung aller seiner Mittel war für Oesterreich ein Eingehen auf die dringenden Werbungen unmöglich, durch die Rußland, England und Preußen es an sich zu ziehen suchten. Auch England bereitete Preußen eine Enttäuschung. Zwar wurde der zwischen ihnen herrschende Kriegszustand, der Preußens Handel und Seefahrt schwer geschädigt hatte, am 28. Januar 1807 zu Memel durch einen Frieden beendet, in dem Preußen Hannover vorbehaltlos entsagte. Aber nicht einmal die so dringend nötige finanzielle

Unterstützung war gleich zu erhalten. Man traute in London einer Regierung nicht, die sich auch jetzt noch dem Auslande gegenüber durch einen Franzosen- und Friedensfreund wie Zastrow vertreten ließ, wollte auch abwarten, wie sich Rußland und Schweden erklärten.

Der Zusammenstoß, zu dem es 1806 zwischen Preußen und Schweden gekommen war (S. 387), hatte zur Blockade der preußischen Häfen und Aufbringung preußischer Schiffe geführt. Als dann Preußen Lauenburg räumte und Schweden es wieder besetzte, trat thatsächlich ein Stillstand ein. Jetzt sollte ein Friede den Weg zum Anschluß Schwedens an die neue Koalition öffnen. Am 2. Januar 1807 wandte sich Friedrich Wilhelm brieflich an Gustav IV. Adolf. Aber Voraussetzung für diese Allianz war die russisch-preußische. In Preußen hielt man diese für ganz sicher und rechnete mit ihr als einem Faktor, der nicht versagen könne. Auch der Zar dachte so. Aber in seiner Umgebung wirkten persönliche und nationale, politische und militärische Momente dagegen. Zu Alexanders Freundschaftsbeteuerungen stimmte nicht die Haltung seiner Minister und Generale. Auf diese hatte der Zusammenbruch Preußens tiefen Eindruck gemacht: sie zweifelten an der Nützlichkeit dieser Allianz, zumal Rußland auch in einen neuen Türkenkrieg geraten war. So kam Alexander I. bei aller Teilnahme an dem Schicksal des königlichen Freundes doch nicht zu entschlossenem Eintreten für ihn. Seine Russen sahen in der Freundschaft der Herrscher keinen Grund, um einem stets beargwöhnten und unbequemen Nachbarn zur Wiedergewinnung seines ruhmlos verlorenen Landes zu helfen. Es genügte, wenn sie die eigene Grenze schützten. Der Krieg schien ihnen aufgenötigt durch eine persönliche Laune ihres Herrschers. In ihren Reihen ging die Rede, er sei veranlaßt durch die Liebschaft, die der Zar mit der schönen Preußenkönigin unterhalte! Eine Unterstützung, die es aufgerichtet und moralisch gehoben hätte, hatte Preußen von diesem Bundesgenossen sicher nicht zu erwarten. Sogar die, welchen Preußens Rettung als im Interesse Rußlands selbst geboten galt, zweifelten bei der Zertrümmerung der preußischen Wehrkraft an dem Erfolge, zumal auch jetzt die Männer, die

den König berieten, keine Bürgschaft dafür gaben, daß Preußen ausharren und sich auf einen Separatfrieden nicht einlassen werde. Mochte der König noch so feierlich versichern, seine Interessen seien mit denen Rußlands unlöslich verknüpft, und er werde die Waffen nur mit des Zaren Zustimmung niederlegen: die Entlassung Steins, welche die Hoffnung auf eine große Kraftanstrengung Preußens vereitelte, und die Berufung eines Zastrow hatte tief verstimmt: man versah sich von Preußen eines plötzlichen Rückfalls in die Neutralitäts- und Friedenspolitik.

So blieb Preußen zunächst ohne Hilfe. Neue Unglücksbotschaften kamen von allen Seiten. Schon näherten sich die Franzosen Königsberg. Am 3. Januar floh die königliche Familie von dort nach Memel. Der König und die Königin machten sich am 6. dorthin auf den Weg, die Königin, kaum von schwerer Krankheit genesen, in eiliger Wagenfahrt über die kurische Nehrung. Ein Teil der noch vorhandenen Gelder und Kostbarkeiten wurde zu Schiff nach Kopenhagen geschickt, andere zum Transport nach Riga bereit gestellt, wohin der König selbst im Notfall gehen wollte. Inzwischen wurde auch Schlesien fast ganz okkupiert, nicht ohne daß neue Schmach die preußische Waffenehre befleckte. Ohne Schwertstreich ergab sich (2. Dezember) Glogau. Nach anfänglichem Widerstand, dem die Entschlossenheit der Bürgerschaft auch Erfolg verhieß, öffnete Breslau (5. Januar 1807) doch vorzeitig die Thore. Noch übereilter verzichtete Brieg (16. Januar) auf die Verteidigung. Unter ganz besonders schimpflichen Umständen aber nahm Schweidnitz (8. Februar) den Feind auf. Kosel, Glatz und Neisse retteten zwar die Ehre des preußischen Namens: das Verhängnis abzuwenden vermochten sie nicht. Mit einem kleinen Freiwilligencorps bereitete Graf Goetzen eine Volkserhebung vor, die zum Ausbruch kommen sollte, sobald Oesterreich sich für Preußen erklärte. In Pommern hielt sich, alten Ruhmes eingedenk, Kolberg. Auf die Bitte der Bürgerschaft um einen zum Aeußersten entschlossenen Kommandanten dorthin geschickt, zeigte Major v. Gneisenau, was vom rechten Geiste beseelt und von dem rechten Mann gelenkt, eine kleine Schar zu leisten

vermöge. Ein leuchtendes Vorbild gab auch die Art, wie die Bürgerschaft unter dem greisen Joachim Nettelbeck, der schon die russische Belagerung mitgemacht hatte (S. 122), opferfreudig mit der heldenmütigen Besatzung zusammenwirkte, während des Dragonerleutnant Ferdinand v. Schill Streifzüge, die den Feind weithin beunruhigten, bewiesen, daß kecker Reitermut der preußischen Kavallerie noch nicht abhanden gekommen war.

So wenig diese vereinzelten Erfolge die Trostlosigkeit der Lage besserten, sie richteten doch den Mut auf und halfen kräftiger Entschlossenheit vollends zum Siege über die bisherige Halbheit. Es war doch kein Geringes, wenn der König in denselben Tagen, wo er Stein, der ihm den Weg zur Rettung zeigte, von sich stieß, es über sich gewann, durch Beyme seine Sache in warmen Worten an das Herz des Volkes zu legen. Indem er am 1. Dezember den Entschluß zur Fortsetzung des Krieges bekannt gab, appellierte er an die Nation, die den siebenjährigen Kampf ruhmreich bestand und nicht verzweifelte, noch in der Treue wankte, als damals wie mit der Hauptstadt der größte Teil des Reiches in die Gewalt der Feinde gefallen war. Mehr als damals gelte es jetzt die Erhaltung alles dessen, was der Nation ehrwürdig und heilig sei: nur für Unabhängigkeit und Selbständigkeit habe der König, wie die Nation, wie die Welt wisse, die Waffen ergriffen. Solche Worte zeigten: die durch eine lebensgefährliche Krisis angebahnte Genesung schritt fort. Stillstände und Rückschläge freilich blieben nicht aus, und gelegentlich schienen Kleinmut und fatalistische Resignation obzusiegen. Nur die Königin schwankte nicht: wahrhaft königlichen Charakter entwickelnd, war nach dem Zeugnis Heinrich v. Kleists sie es, die das hielt, was noch nicht zusammengestürzt war.

Bis zur Weichsel war Preußen verloren. Dort wollte man Widerstand leisten, gestützt auf Thorn, Graudenz und Danzig und mit Hilfe der anrückenden Russen. Denn man selbst hatte keine 25 000 Mann bei einander. In Graudenz hatte der greise Courbière im Notfall den preußischen Staat überdauern zu wollen erklärt, in Thorn Lestocq, ebenfalls hochbetagt und weder persönlich noch geistig der Befehlsführung recht gewachsen, doch

die Uebergabe verweigert. Danzig konnte sich monatelang halten. Aber vor dem gewaltigen Vorstoß, den Napoleon mit Hilfe des insurgierten Polen gegen sie führte, gaben die Russen die Weichsellinie auf, obgleich so die letzte Provinz Preußens den Franzosen geöffnet wurde. Der polnische Feldzug enttäuschte jedoch Napoleons Hoffnungen. Der Tag von Pultusk (26. Dezember) endete ohne Entscheidung. Daß die Russen sich nun nach Neuostpreußen zurückzogen, sicherte wenigstens ihre Verbindung mit dem kleinen preußischen Heere, das etwa 13000 Mann stark nach der freiwilligen Räumung von Thorn unter Lestocq tapfer, aber erfolglos gegen die feindliche Uebermacht gefochten hatte. Beide Teile bezogen Winterquartiere, Lestocq, durch die preußischen Seen gedeckt, bei Angerburg, wo er Königsberg gegen einen Handstreich deckte.

Aber die Winterruhe wurde jäh unterbrochen. Der neue russische Oberfeldherr Bennigsen, dessen Ernennung, eine Niederlage des Nationalrussentums und Anerkennung der europäischen Bedeutung des Krieges, auch in Königsberg freudig begrüßt war, beschloß den Feind anzugreifen, der seine Corps teils unvorsichtig vorgeschoben, teils sorglos verstreut hatte. Mit 80 000 Mann — die Preußen auf dem rechten Flügel — brachte er Bernadotte zwar bei Mohrungen (25. Januar) hart ins Gedränge, hielt aber, jener Stärke überschätzend, mitten im Erfolge ein. Dem Gegenstoß Napoleons ausweichend, ging er fechtend zurück, mußte aber, wollte er nicht Königsberg preisgeben, sich schließlich dem nachdrängenden Gegner doch stellen. Zwei kleine Märsche von der preußischen Krönungsstadt, bei Preußisch-Eylau, kam es am 8. Februar 1807 zur Schlacht. Anfangs dem feindlichen Zentrum durch ihre furchtbare Artillerie überlegen, sahen die Russen sich nachher durch Davout hart bedrängt, ihre Flügel unter schweren Verlusten zurückgeworfen und die Schlacht so gut wie verloren, als das Eingreifen der unter Scharnhorst herbeieilenden 6000 Preußen das Schicksal des Tages wandte. In Lübeck mit Blücher gefangen (S. 403), aber sogleich ausgewechselt, war Scharnhorst vom König gut aufgenommen und gewissermaßen als sein persönlicher Vertrauensmann Lestocq beigegeben worden. In richtiger

Erkenntnis der Gefahr hatte er, von des Oberfeldherrn Ordres eigenmächtig abweichend, den Marsch so beschleunigt, daß die Preußen, die sie weit abgedrängt glaubenden Franzosen überraschend, das Schlachtfeld noch rechtzeitig erreichten, um durch ihren todesmutigen Ansturm den Sieg Davouts fast in eine Niederlage zu verwandeln. Nur das Dunkel der Nacht rettete ihn. Das Schlachtfeld behaupteten die Preußen. Der Sieg war ausschließlich Scharnhorsts Werk, mochte auch bis auf unsere Tage eine irrige Tradition ihn dem thatsächlich an dem Kampfe völlig unbeteiligten Lestocq zuschreiben. Ihn auszunutzen aber machte Bennigsens Rückzug unmöglich. Scharnhorst mußte sich fügen und durfte froh sein, die von jenem begangenen Fehler möglichst gut zu machen, indem er dem russischen Heere wenigstens die Verbindung mit Rußland sicherte.

Die moralischen Wirkungen des Tages von Preußisch-Eylau machten sich alsbald segensreich bemerkbar. Der Glaube an die Armee und ihre Führer lebte wieder auf. Was ließ sich von ihnen unter günstigeren Umständen und mit größeren Mitteln erwarten, wenn nach dem Kampfe auf den Schneefeldern von Eylau dieser Feind zurückging und Ruhe hielt, um seine erschöpfte Armee zu Kräften kommen zu lassen? Und wie anders schien er mit einemmal Preußen zu beurteilen! Noch unlängst hatte er es aus der Reihe der Staaten tilgen und die Hohenzollern absetzen wollen, und nun erschien am 16. Februar in Memel Marschall Bertrand mit einem Schreiben, in dem er dem Könige Frieden und Freundschaft bot, sich bereit erklärte, ihn in seine Staaten zurückzuführen und das preußische Gebiet ohne irgend ein Opfer zu gunsten seiner Freunde und Alliierten sofort zu räumen. Gering war die Versuchung nicht, die damit an den König herantrat. Mit überraschender Entschlossenheit lehnte er gemäß dem von ihm eingeholten Rat Hardenbergs den Antrag kurzweg ab. Konnte er nach allem, was geschehen, dem Kaiser trauen? Irgend welche Verheißung der Art ernst nehmen? Er hatte den Allgewaltigen, zu dem er einst nicht ohne Bewunderung emporgeblickt, allmählich mit den Augen seiner Gemahlin sehen gelernt. Zerrissen von Jammer über das Elend, das er über ihr Volk und ihr Haus ge-

bracht, haßte diese in Napoleon die Verkörperung des bösen Prinzips, den Teufel, dem kein Gesetz heilig. Wenn der König jetzt die auf den ersten Blick so lockenden Anerbietungen ablehnte, ohne auch nur zu fragen, ob und wie weit sie ernst gemeint seien, so gaben dabei weniger politische als ethische Momente den Ausschlag. Auch wenn alle die Zweifel, die sich ihm diesen Anträgen gegenüber aufdrängten, hätten beschwichtigt werden können: er würde sie abgewiesen haben, da Ehre und Gewissen ihm die Trennung von seinem russischen Freunde verboten. Doch erlangte dieses ethische Moment auch hohe politische Bedeutung. Zweifellos wollte Napoleon nur Preußen von Rußland trennen. Noch Ende Januar hatte Talleyrand Zastrow ähnliche Anträge gemacht und auf ihre Ablehnung Preußen von neuem mit Vernichtung bedroht. Nun hatten die Mißerfolge in Polen und der kriegerische Aufschwung Preußens, wie er sich am 8. Februar offenbart, das als doch unerwartet schwierig erwiesen. So paßte der Kaiser sich der geänderten Lage an. Friedrich Wilhelm jedoch vermied die Schlinge, und das versetzte nicht bloß den Gegner in Nachteil, sondern erhob und stärkte ihn selbst in dem befriedigenden Gefühl, seine Pflicht gethan und dem Sittengesetz gemäß gehandelt zu haben. Um so zuversichtlicher durfte er des Glaubens leben, daß auch der Zar ihr Bündnis hoch und heilig halten werde.

Doch nicht bloß in sich selbst trug die Tapferkeit des Königs ihren Lohn. Sie klärte auch die innere Lage und stärkte Preußen nach außen. Die Frage, um derentwillen der König Stein aus dem Amte genötigt hatte, wurde als die entscheidende für die Zukunft Preußens von Hardenberg aufgenommen. Anläßlich der Begutachtung der letzten französischen Anträge empfahl auch er die Beseitigung des Kabinetts, vertrat also, nur in der Form weniger schroff, denselben Standpunkt wie Stein. Dennoch vermochte ihn der König zum Eintritt in den neuen Ministerrat, zunächst ohne bestimmten Ressort. Zastrows Tage waren gezählt. Als Ende März Kaiser Alexander nach Memel kam, gab er demonstrativ sein Einverständnis mit Hardenberg zu erkennen: Zastrow übersah er völlig. Ersterer begleitete die Monarchen in das Lager bei Kydullen. Der Zar

selbst führte dort seine Truppen dem König vor und lieferte, rührselig wie er war, in einem der ihm eigenen Gefühlsausbrüche ein Seitenstück zu der Scene, die er einst am Sarge Friedrichs des Großen aufgeführt hatte (S. 380), indem er den König umarmend ausrief: „Nicht wahr, keiner von uns beiden fällt allein? Entweder keiner von beiden oder beide zusammen!“ Konnte Friedrich Wilhelm noch an seiner Festigkeit zweifeln? Mehr denn je war er entschlossen auszuharren. Nun war Hardenberg vollends sein Mann. Nicht bloß das Auswärtige übertrug er ihm, sondern auch das Innere und die oberste Leitung der Verpflegung des Heeres, legte also eine ungeheure Machtfülle in seine Hand. Zastrow wurde entlassen. Auch seine Gesinnungsgenossen waren mit ihren Intriguen bald zu Ende und räumten das Feld. Denn schon sahen sie hinter Hardenberg Stein sich drohend erheben, den zum Mitarbeiter zu gewinnen jener entschlossen war. Um seine Rückkehr ins Amt anzubahnen, hatte er des Königs Ruf Folge geleistet ohne die Garantien, die jener einst gefordert hatte.

Nun schwanden auch die Bedenken, welche die russischen Diplomaten gegen ein engeres Bündnis mit Preußen gehegt hatten. So eröffneten sich große Aussichten. Denn dann konnten Schweden und England nicht zurückbleiben, und auch Oesterreich, so schien es, mußte handeln. In dem preußischen Städtchen Bartenstein unterzeichnete Hardenberg mit Budberg, dem russischen Minister des Auswärtigen, am 26. April ein Schutz- und Trutzbündnis. Es bedeutete für Preußen einen ersten großen Erfolg, insofern ihm darin Rußland die europäische Stellung, deren Rückgabe Napoleon ihm durch Bertrand anzubieten die Gnade gehabt hatte, weil er sich von ihrer Notwendigkeit überzeugt haben wollte, unter Zustimmung des in Bartenstein vertretenen England und auch Schwedens als etwas eigentlich Selbstverständliches zusprach und als unentbehrlich anerkannte für die Herstellung einer dauernden Ordnung in dem befriedeten Europa. Während ein Vertrag, den am 20. April in Bartenstein Preußen und Schweden schlossen, ihr Zusammenwirken zur Befreiung Pommerns ordnete, entwarf der russisch-preußische vom 26. April ein Programm für die künftigen

Gestaltung Europas. Ein merkwürdiger Vorgang! Als es an Macht und Ansehen noch ungeschädigt stand, hatte Preußen freiwillig erst seinen Einfluß auf Norddeutschland beschränkt, dann sich auf die eigenen Grenzen zurückgezogen und als europäische sowohl wie als deutsche Macht gleichsam abgedankt. Aus tausend Wunden blutend und einer dunklen Zukunft gegenüber, beanspruchte es jetzt in Gemeinschaft mit Rußland eine schiedsrichterliche Rolle in Europa. Lag darin nicht noch nachträglich eine vernichtende Kritik seiner Haltung seit 1795? Preußen brauchte sozusagen nur etwas sein zu wollen, und es war etwas!

Als Zweck des Bundes bezeichnete der Bartensteiner Vertrag die Herstellung dauernden Friedens. Gemeinsam wollten beide Mächte den Krieg fortsetzen und nur gemeinsam die Waffen niederlegen. In dem Frieden sollte jeder Macht ihr Besitzstand durch alle übrigen garantiert werden. Denn ohne Frankreich erniedrigen oder sich in seine inneren Angelegenheiten mischen zu wollen, könnten die Verbündeten nicht ruhig zusehen, wie eine Macht auf Kosten der anderen unaufhaltsam wachse und durch Beseitigung jedes Gleichgewichts aller Dasein bedrohe. Nicht Eroberung erstreben sie, sondern Wohlfahrt, Ruhe und Sicherheit aller Staaten, deren Beziehungen mit Billigkeit, Gerechtigkeit und Mäßigung geordnet werden sollen. Dazu aber muß Frankreich angehalten werden, sich in geziemende Grenzen zurückzuziehen und diese nicht zu überschreiten, den übrigen Mächten ihre Unabhängigkeit gesichert und die Kraft gegeben werden, sie auch zu bewahren, die aber, die Verluste erlitten, nach Möglichkeit entschädigt werden. Die dazu gebotenen Aenderungen wollte man auf das unumgänglich Nötige beschränken. Denn es gelte einen Bau aufzuführen, der nicht bei dem ersten Stoß wieder zusammenbreche. Dazu sollte Preußen in den Stand von 1805 gesetzt, eventuell gebührend entschädigt werden. Frankreich müsse seine Heere aus Deutschland zurückziehen und das linke Rheinufer herausgeben. So mußte Preußen als Bedingung für die Ordnung Europas und seine eigene Sicherheit die Wiedergewinnung der Gebiete anerkennen, die es einst zuerst preisgegeben hatte. Vor allem galt es Deutsch-

land neu zu ordnen. Die Reichsverfassung herstellen zu wollen bezeichnete der fünfte Artikel des Bartensteiner Vertrages als einen gefährlichen Irrtum: sie würde der ersten Erschütterung wieder erliegen. So sollte in Deutschland eine „konstitutionelle Föderation“ geschaffen werden, gesichert durch eine gute militärische Grenze und eine dem Rhein parallele Verteidigungslinie. Dazu sollte Oesterreichs Einverständnis erwirkt und alles gethan werden, um zwischen diesem und Preußen jede Eifersucht zu beseitigen und eine innige Verbindung zu schaffen, damit jedes gemäß seinen besonderen Interessen innerhalb zu vereinbarender Grenzen seinen Einfluß geltend mache und die Konföderation zum Zweck der gemeinsamen Verteidigung leiten helfe. So taucht hier zuerst der Gedanke auf, der nachmals in dem deutschen Bunde verwirklicht wurde, und zwar in der scharf dualistischen Form, die ihm Hardenberg von jeher gab. Kam das aber nicht zu spät? Zehn Jahre früher wäre eine solche Organisation möglich gewesen. Was auf die Trümmer des zerfallenden Reiches paßte, war unbrauchbar gegenüber den neuen Souveränitäten von Napoleons Gnaden. Schließlich nahm der Bartensteiner Vertrag den Beitritt Oesterreichs, Englands und Schwedens in Aussicht und stellte auch für deren künftige Entschädigung gewisse allgemeine Gesichtspunkte auf.

Leider entsprach der Intimität, die in dem Vertrage zum Ausdruck kam, das thatsächliche Verhältnis der Alliierten wenig. Während der Zar dem auf einen dürftigen Rest seines Bestandes reduzierten Preußen Anteil an der Neuordnung Europas einräumte, behandelten es seine Soldaten als erobertes Land. Alles hallte wieder von Klagen über ihr zuchtloses Treiben. So erbarmungslos hausten sie, daß die Mittel zum Unterhalt des preußischen Heeres zu fehlen drohten und selbst Militärs die Fortsetzung des Kampfes unter diesen Umständen für unmöglich hielten. Aber man beharrte, in der Hoffnung auf englische Hilfe und auf das Eintreten Oesterreichs. Auch wuchsen in Wien die Thätigkeit und der Einfluß der Aktionspartei. Nur war ihr Sieg nicht eher zu hoffen, als die Koalition einen Erfolg im Felde aufzuweisen hatte. Das Verhängnis war, daß ihr dieser versagt blieb.

Erst Anfang Juni begannen die Feindseligkeiten. Wieder warf sich Bennigsen auf Bernadotte. Zwei Tage (5.—6. Juni) wurde an der Passarge unentschieden gefochten. Dann ging Napoleon zum Angriff über, wurde aber (10. Juni) mit einem Teil seines Heeres bei Heilsberg von den Russen zurückgewiesen. Nur benutzte auch hier Bennigsen den Erfolg nicht, sondern ging auf Königsberg zurück. Dorthin hatte sich, vom Feinde hart bedrängt, Lestocq mit genauer Not gerettet. Einen Kampf in offenem Felde wagte er nicht. Seine Leute trauten den Russen nicht: sie fürchteten außer Landes geschleppt zu werden. Auch wollten die Russen wirklich vor allem möglichst schnell über die Grenze kommen. Aber schon hatte Napoleon, über Preußisch-Eylau gegen den Pregel vorstoßend, ihnen fast den Weg verlegt. Als Bennigsen am 13. Juni Friedland erreichte, hatte er die ganze feindliche Armee unter dem Kaiser selbst sich gegenüber. In wenigen Stunden wurde er am Nachmittag des 14. unter furchtbaren Verlusten geschlagen. Einen neuen Kampf vor der Ankunft von Verstärkungen erklärte er für unmöglich. Damit war zunächst das Schicksal Königsbergs entschieden. Um nicht dort eingeschlossen zu werden, mußte Lestocq mit dem Rest des Heeres den Russen nach Tilsit folgen. Die Franzosen zogen in die Krönungsstadt ein, die, von Verwundeten und Kranken überfüllt, der Schauplatz beispiellosen Elends wurde.

So schien Friedrich Wilhelm auch den nordöstlichsten Winkel seines Staates verlassen zu müssen, ein landloser König, ganz in die Hand seines Alliierten gegeben. Denn die 12 000 Mann zählende Besatzung von Danzig, das am 25. Mai kapituliert hatte, durfte ein Jahr lang nicht gegen Frankreich fechten. Den Krieg möglichst schnell los zu werden, übertrieb Bennigsen obenein die Ungunst der Lage. So beschwichtigte er Alexanders anfängliche Bedenken. Bereits am 19. Juni begannen die Unterhandlungen: am 21. wurde der russisch-französische Waffenstillstand unterzeichnet, dem der Friede sofort folgen sollte. Rußland ließ Preußen im Stich. Auch diesem blieb nun nichts übrig, als sich schleunigst mit dem Sieger zu verständigen. Dazu war Hardenberg freilich nicht geeignet: einer der Franzosenfreunde,

General Graf v. Kalkreuth, der sich eben als Verteidiger Danzigs bewährt hatte, aber nicht nur der diplomatischen Schulung entbehrte, sondern auf die Diplomaten auch mit Geringschätzung herabsah, eilte am 24. Juni in das kaiserliche Hauptquartier nach Tilsit. Schon am 25. unterzeichnete er den Waffenstillstand, der zwar die noch nicht gefallenen Festungen rettete, aber ihre Verproviantierung verbot und so ihr Schicksal zum voraus entschied, falls die Feindseligkeiten wieder begannen. Doch war die Tapferkeit eines Courbière in Graudenz und eines Gneisenau in Kolberg nicht ganz umsonst gewesen. Letzterer hatte eben nach einem furchtbaren Bombardement die Katastrophe herannahen sehen, als der Waffenstillstand gemeldet wurde.

Für Preußen bedeutete dieser Unterwerfung auf Gnade und Ungnade. Denn eine Wiederaufnahme des Kampfes war ausgeschlossen. Das Schicksal Preußens und der Hohenzollern hing ab von dem, was die beiden Kaiser vereinbarten, der Sieger, der die Unterlegenen ihre hilflose Ohnmacht möglichst empfinden lassen wollte, und der falsche Freund, der nur darauf ausging, sie zur Fügsamkeit gegen den Allgewaltigen zu bestimmen. Als ob bei diesem Mittel hätten verfangen können, wie sie auf ihn wirkten, bereitete Alexander dem von ihm Verratenen noch eine tiefe Demütigung. Am 25. Juni traf er in Tilsit mit Napoleon zusammen und wurde von dessen gleißnerischen Reden so bestrickt, daß er sich in eitler Selbstgefälligkeit zu der Rolle drängte, wozu der Weltherrscher ihn neben sich zu berufen vorgab. Auf seine Veranlassung erschien am 26. Friedrich Wilhelm vor seinem Besieger. Seine Lage verschlimmerte sich dadurch nur. Der abstoßende Eindruck, den er empfing, erschwerte ihm nur die Unterwerfung unter das Unvermeidliche. Bei dem Sieger, dem er nicht minder antipathisch war, wurde der böse Wille gegen ihn noch gesteigert. Schlimmer als man irgend gefürchtet, lauteten die Bedingungen für Preußen. Napoleon griff zurück auf das Programm Sieyès' und anderer Diplomaten der Republik. Deutschland Frankreich gegenüber zur Ohnmacht zu verurteilen, sollte Preußen nicht bloß über die Weser, sondern bis hinter die Elbe zurückgeworfen werden, freilich ohne darum, wie jene gewollt, poloni-

siert zu werden (S. 358). Gleichzeitig sollte es seine linkselbischen und polnischen Lande verlieren. Ursprünglich beabsichtigte der Kaiser Preußen auch Schlesiens zu berauben, um dieses mit Preußens polnischen Landen und Sachsen unter seinem jüngsten Bruder Jerôme zu vereinigen, den Kurfürsten von Sachsen aber durch Hessen und Preußens rechtselbische Lande zu entschädigen. Rußland sollte dafür gewonnen werden durch Ueberlassung Ostpreußens bis zur Weichsel. Die Hohenzollern hätten dann nur noch in der Mittel- und Neumark und in Pommern und Westpreußen geboten. Das war für Alexander unannehmbar, da Napoleon dann bis an die russische Grenze geherrscht hätte. Der Zar erhob entschiedenen Widerspruch. Seine junge Freundschaft mit Rußland aber wollte Napoleon nicht gefährden. Deshalb verzichtete er auf den Einfluß auf die Lande westlich der Elbe: sie sollten die Barriere bilden zwischen den beiden großen Reichen, und auf Fürsprache Alexanders wollte er dem König von Preußen wieder zu den Ländern verhelfen, welche die beiden Haffs bespülen und die von den Quellen der Oder bis zum Meere reichen. Ohne diese Rücksicht, ließ er durchblicken, würde Preußen noch eine ganz andere Behandlung zu gewärtigen haben.

Nichts unversucht zu lassen, was das Schicksal Preußens mildern konnte, erlegte sich der König trotz des unerquicklichen Verlaufes, den die erste Begegnung mit Napoleon genommen hatte, die Pein einer zweiten auf, doch nur um sich und seinen wankelmütigen Verbündeten von dem Imperator verhöhnt zu sehen durch den Vorschlag, jener möge ihn in Oldenburg und Mecklenburg, das heißt auf Kosten seiner nächsten Verwandten entschädigen. Von Frieden, hieß es am 3. Juli, könne nicht die Rede sein, so lange Franzosenfeinde wie General v. Rüchel und Hardenberg im Rate des Königs säßen, obgleich nicht dieser, sondern Kalkreuth in Gemeinschaft mit Graf Goltz als Unterhändler geschickt war. Ihr Ringen um Erleichterungen blieb fruchtlos. Da wurde ein letzter Ansturm auf den Sieger versucht. Er beweist, wie unter allen Schicksalsschlägen die moralische Kraft auch des Königs gebrochen war. Er ließ Königin Luise den Bittgang zu dem Manne antreten, der ihr

die Verkörperung des bösen Prinzips war. Wer auf dieses Mittel, das dann namentlich Kalkreuth empfahl, zuerst verfallen ist, bleibt unklar. Vermutete der Zar, dem jede Menschenkenntnis abging, in seinem neuen Freunde ein ähnlich empfindsames Gemüt, wie er selbst besaß, so daß der Anblick der rührenden Schönheit der unglücklichen Königin ihn vermögen werde, ihr zu gewähren, was er allen anderen verweigerte? So tief diejenigen moralisch standen, die der Königin das zumuteten, so hoch stand sie selbst, indem sie das Opfer brachte. Nie hat sie ihre Hingebung an Haus und Volk glänzender bewährt, als wie sie am 6. Juli zu Tilsit vor Napoleon als Bittende erschien. Unhöflich zu sein, war dieser trotz aller Roheit doch zu klug: aber er bedauerte am nächsten Tage, daß sie höfliche Phrasen ernst genommen habe. Denn sich nicht erweichen zu lassen, war er zum voraus entschlossen gewesen. Noch auf St. Helena renommierte er, wie von Wachstuch seien Luisens Bitten von ihm abgeglitten.

Seine Antwort war die geradezu raffinierte Geringschätzung, mit der er Preußen behandelte. Von dem Staate, der noch unlängst, als es ihn von Rußland zu trennen galt, für die Ordnung Europas unentbehrlich gewesen war (S. 414), gab er sich jetzt den Anschein, einen dürftigen Rest bestehen zu lassen — nur, um dem Kaiser von Rußland zu beweisen, wie er mit ihm in Freundschaft und Vertrauen unlöslich verbunden zu sein wünsche. So wurde denn auch die betreffende Zusage zunächst nicht Preußen, sondern dem Zaren gegeben. In dem am 7. Juli zu Tilsit mit Rußland geschlossenen Frieden versprach Napoleon, dem König von Preußen als dem Verbündeten des russischen Kaisers von den in seiner Gewalt befindlichen Gebieten zurückzugeben das Königreich Preußen in dem Umfange vom 1. Januar 1772, den rechts der Elbe gelegenen Teil des Herzogtums Magdeburg und die Marken mit Ausnahme des Sachsen zugedachten Kreises Kottbus, Pommern, Schlesien mit der Grafschaft Glatz, den nördlichen Teil des Netzedistrikts, Pommerellen nebst der Nogatmündung und dem Landstrich zwischen der Nogat und Ostpreußen. Von den Preußen genommenen Gebieten kamen mit Ausnahme des 200 Qua=

dratmeilen umfassenden Distrikts von Bialystok, den der Zar anzunehmen kein Bedenken trug, nachdem er den Streifen Landes von der Mündung des Niemen bis zur Grenze Kurlands und Memel abgelehnt hatte, die polnischen als Herzogtum Warschau an Sachsen, das dorthin eine Militärstraße durch Preußen erhielt. Danzig wurde Freistaat unter preußischem und sächsischem Schutz. In einem Geheimartikel wurde Preußen für den Fall, daß Hannover französisch würde, an der Elbe ein Gebiet mit 300 000—400 000 Einwohnern zugesagt.

Preußen hatte sich dem einfach zu fügen. Das geschah in dem Frieden vom 9. Juli. Er verpflichtete es außerdem zur Sperre gegen England, die auch Danzig auferlegt wurde. Die Rückgabe der okkupierten Gebiete und Festungen, der Gefangenen u. s. w. sollte eine besondere Konvention ordnen. Dieser Friede, den Napoleon ihm als eine Gnade zugestanden haben wollte, reduzierte Preußen auf etwa die Hälfte seines Umfanges, von 5570 Quadratmeilen auf 2877 mit 4 938 000 Einwohnern statt 9 743 000. Aber das war nicht das Schlimmste! Geradezu hoffnungslos wurde die Lage erst dadurch, daß Preußen auch die Mittel der ihm bleibenden Gebiete zunächst in der Hand des Feindes lassen mußte, der das seinem russischen Freunde mit der Schonung Preußens gemachte Zugeständnis auf einem Ummwege unwirksam machte, indem er es im Frieden planmäßig zu Grunde richtete. Die Handhabe bot ihm die Konvention, die Kalkreuth am 12. Juli zu Königsberg unterzeichnete. Danach sollten die Preußen verbleibenden Lande so geräumt werden, daß die Franzosen bis zum 1. August die Passarge, bis zum 20. die Weichsel, bis zum 5. September die Oder und bis zum 1. Oktober die Elbe überschritten, während der rechtselbische Teil des Herzogtums Magdeburg und die „Provinzen" Prenzlau und Pasewalk bis zum 1. November in ihrer Gewalt blieben, alles das aber nur dann, wenn die ausgeschriebenen Kontributionen richtig gezahlt wurden oder der Generalintendant der französischen Armee die dafür gebotene Sicherheit als genügend anerkannte. Von dem Tage der Ratifikation dieser Uebereinkunft an sollten die Landeseinkünfte wieder in die königlichen Kassen fließen, wieder unter der Voraussetzung, daß

bis dahin alle seit dem 1. November 1806 fälligen Kontributionen gezahlt wären. Auch mußte Preußen bis zur Räumung die Verpflegung der französischen Armee und der Kriegsgefangenen übernehmen. So wurde, was man Preußen mit der einen Hand gab, und mehr als das, ihm mit der anderen wieder genommen. Aber weder die Höhe der Kontribution noch die Zahlungsfrist hatte Kalkreuth vereinbart. Erst hinterher kam Frankreich mit der Forderung von 100 Millionen. Sie bot dazu die Möglichkeit, immer neue Forderungen zu erheben und die Räumung immer weiter hinauszuschieben. So blieb die französische Armee, auf preußische Kosten unterhalten, in Preußen, Oesterreich und Rußland gleichmäßig bedrohend, und Preußen mußte dem Imperator einen großen Teil der finanziellen Mittel liefern, deren er zur Vollendung seines Weltherrschaftsbaues bedurfte.

II. Die Reorganisation des preußischen Staates. 1807—1810.

Der Friede war kaum unterzeichnet, als der österreichische General Graf Stutternheim in Tilsit eintraf. Er überbrachte das Erbieten zu bewaffneter Vermittelung. Nach Lage der Dinge bedeutete das den Anschluß Oesterreichs an die Koalition. In denselben Tagen landeten auf Rügen englische Truppen, nachdem der englisch-preußische Allianz- und Subsidienvertrag am 27. Juni in London unterzeichnet war. Hier wie dort hatte die Kunde von der Ueberflutung Preußens durch die Franzosen allem Schwanken ein Ende gemacht. Aber man kam zu spät. Ein, zwei Tage früher hätten diese Nachrichten vielleicht die Verwerfung des Friedens durch Preußen zur Folge gehabt. Wäre es aber fähig gewesen den Kampf fortzusetzen? Hardenberg hat es dafür gehalten. Bereits in einem Schreiben, das er am 12. Juli an den Gesandten in London, Baron Jakobi-Kloest, richtete, damit dieser dort die verzweifelte Lage Preußens darthue und Repressalien für die ihm aufgezwungene feindliche Haltung abwende, deutete er an, was er gethan haben würde, wenn er König von Preußen wäre. Er hat die Ansicht auch später festgehalten und breiter ausgeführt. Friedrich Wilhelm hätte, meinte er, einen großen heroischen Entschluß fassen können. Er hatte noch Truppen an der Memel, in Schwedisch-Pommern, in Pillau, Kolberg, Graudenz, Kosel und Glatz, mochten auch die letzten beiden Plätze dem Falle nahe sein. Der Hafen von Memel lag voller Schiffe, Geld war auch noch vorhanden — nach seiner Rechnung etwa 5½ Millionen Reichsthaler. Wenn der König sich zu Schiff nach Rügen begab, unterwegs Kolberg Hilfe brachte, von England Geld, Waffen und Munition forderte, die sicher zu erhalten waren — eng-

lische Schiffe befanden sich schon mit Artillerie und Kriegsvorräten auf der Fahrt nach der Ostsee und wurden nachher zurückgeschickt; wenn er in einem Aufruf an sein Volk und an Deutschland die Lage darthat und ein allgemeines Aufgebot ergehen ließ, so würde das mächtig gewirkt haben, zumal in Westfalen, Hessen und Niedersachsen die Insurrektion vorbereitet war und man nur auf die Landung von 17000 Engländern und Hannoveranern wartete, die nun sofort eingeleitet wurde. Wenn er sich dann selbst an die Spitze seiner Truppen stellte und im Rücken der Franzosen in das Herz seiner Staaten vordrang, indem er sich einiger schwach besetzter Plätze, wie Stettins, Magdeburgs, Spandaus und Hamelns, bemächtigte, konnte er vielleicht mit Ruhm und Ehre bedeckt unterliegen, aber auch, ehe Napoleon sein Heer von der Weichsel zurückführte, eine furchtbare und gefährliche Macht zwischen diesem und Frankreich aufstellen, ganz Deutschland in Bewegung bringen, Oesterreich mit fortreißen und so der Befreier seiner Staaten und der Welt werden. Vielleicht überschätzte Hardenberg die vorhandenen materiellen Mittel. Daß die zu ihrer Anwendung unerläßlichen moralischen Voraussetzungen nicht gegeben waren, sah auch er ein. Eines solchen Entschlusses war der König nicht fähig. Wäre das anders, bekannte Hardenberg auch der Königin gegenüber, so wäre Napoleon eben nicht bis an die Memel gekommen und Preußen hätte diese Katastrophe überhaupt nicht erlebt.

Es war eben das Verhängnis Preußens, daß man auch da, wo man das Richtige erkannte, es doch nicht that. Das hatte die jüngste Vergangenheit immer wieder erwiesen. Aber düsterer noch als sie erschien jetzt die Zukunft unter dem Druck der Konvention vom 12. Juli. Erst allmählich wurde man des Unheils recht inne, das Kalkreuths Kopflosigkeit und Leichtfertigkeit verschuldet hatte. Und doch fehlte es nicht an solchen, die ihn einer Bürgerkrone für würdig hielten, während er nach anderer Meinung in das Irrenhaus oder an den Galgen gehörte. Die Deutbarkeit der von ihm zugelassenen Ausdrücke „Provinzen“ Pasewalk und Prenzlau ermöglichte den Franzosen jede vertragswidrige Gewaltthat: Stettin konnte darauf-

hin dauernd besetzt gehalten und gegen Dänemark und Schweden wie gegen England Boulogne gebraucht werden. Und dann durfte der „Markgraf von Brandenburg“ sich glücklich schätzen, mit dem Großherzog von Berg und dem Grafen von Schwarzburg Napoleon bei der völligen Vernichtung der alten Dynastien Handlangerdienste zu leisten. War es da nicht besser, verzweifelt alles zu verweigern und unterzugehen, als solche Schande auf sich zu nehmen? Einen ewigen Schandfleck in der Geschichte Preußens und eine nie versiegende Quelle von Aerger und Kummer nennt die Verträge vom 9. und 12. Juli, unter die er, Kalkreuth nachträglich beigegeben, seinen Namen hatte setzen müssen, Graf von der Goltz, der nach Hardenbergs Ausscheiden vorläufig das Auswärtige übernahm. Mit Schrecken aber erfüllte ihn die Beobachtung, wie mit dem Frieden alsbald auch die alte Mißwirtschaft wiederkehrte, welche die gewaltsamen Anstrengungen der letzten Zeit beseitigt hatten. Die unheilvollen Männer, die sich hatten zurückziehen müssen, suchten sich des Einflusses bei dem König wieder zu versichern. Schwachheit und Unentschiedenheit gewannen wieder die Herrschaft; die tüchtigen Männer mußten fürchten beiseite geschoben zu werden: die Charlatane machten wieder Glück. Nur ein Trost blieb: Preußen hatte seinen ehrlichen Namen gerettet, indem es der Versuchung zum Verrat an Rußland widerstand. Man durfte ihm also vertrauen: das konnte ihm Teilnahme erwecken und erschloß für künftig die Möglichkeit, die Unabhängigkeit wiederzugewinnen. Doch hatten nicht bloß diese idealen Momente den König bestimmt, nach dem Tage von Preußisch-Eylau den Separatfrieden abzulehnen (S. 414): vielmehr hatte er sich gesagt, daß dann der Rest Preußens den Russen verfiel, die besetzt hielten, was sich nicht in der Gewalt der Franzosen befand.

Aber so trostlos die Lage war: die rettende Krisis hatte doch begonnen. Was dabei den Ausschlag gab, wie sie zum Durchbruch kam, wissen wir nicht. Die entscheidenden Vorgänge spielten sich in der intimsten Umgebung, ja im Innern des Königs ab. Einen großen Anteil aber an dem Wandel, der da eintrat, wird man der Königin zuschreiben dürfen. Klarblickend, klug und tapfer, war sie, auch ohne politisch

Einfluß üben zu wollen, sich doch ihrer sittlichen Verpflichtung bewußt, die Umgebung des Königs gegen Menschen zu sichern, die seine und des Landes Wohlfahrt gefährdeten, und um ihrer Kinder willen die Würde des königlichen Hauses und das Wohl des Staates zu erhalten. Aus diesem idealen Sinn entnahm sie die patriotische Begeisterung und die politische Energie, die ihrem Gemahl fehlten. Doch hatten die über ihn hereingebrochenen Schicksalsschläge wenigstens dessen starr autokratischen Sinn gebrochen. Er glaubte sich von einem bösen Schicksal verfolgt, dem gegenüber auch die für unerschöpflich gehaltene Kraft des Königtums nicht ausreichte, um zu retten, was von dem Staate Friedrichs des Großen noch übrig war. Zudem sah er sich vereinsamt. Von den bisherigen so bequemen Gehilfen waren die einen als völlig unfähig erwiesen, die anderen wurden von der entrüsteten öffentlichen Meinung für die Katastrophe verantwortlich gemacht. Die Zastrow, Kalkreuth, Köckritz und andere waren politisch so unmöglich geworden, wie die Hohenlohe und ihresgleichen militärisch. Lombard hatte sich auf der Flucht durch Pommern von der erbitterten Menge als Verräter bedroht gesehen. Die Königin selbst hatte ihn für schuldig gehalten und verhaften lassen, was natürlich die höchste Unzufriedenheit ihres Gemahls erregte. In den militärischen Kreisen aber hatten die Ereignisse einen Stamm jüngerer Männer in die Höhe gebracht, die tapfer alsbald die Neuschöpfung der preußischen Wehrkraft in Angriff nahmen. Entsprechendes auch in dem Gebiet der Zivilverwaltung zu leisten, fehlten nicht die geeigneten Kräfte. Aber seit der Entfernung Hardenbergs war kein Mittelpunkt mehr vorhanden, um den sie vereinigt und von dem aus sie geleitet werden konnten. Diesen zu bilden und alle zu wetteifernder Thätigkeit zu entflammen, war nach dem Urteil aller Patrioten nur ein Mann fähig, der ehemalige Minister Freiherr vom Stein. Daß auch der König ihn für den Berufensten hielt, an das Steuer des Staatsschiffes zu treten, hatte er bereits bewiesen. Jetzt hatte Napoleon selbst ihm den „geistreichen Mann“ zum Nachfolger Hardenbergs empfohlen. Nach dem freilich, was zwischen ihnen vorgegangen, war ihn zu berufen für den König keine geringe Zumutung. Er sollte

den wegen Trotzes und Ungehorsams gleichsam weggejagten Beamten (S. 408) um Hilfe bitten, den Mann, dessen von den Ereignissen nachher nur allzusehr als berechtigt erwiesenen Rat er ungnädig abgewiesen hatte, beschwören, die Lösung der Aufgabe zu unternehmen, zu der das Königtum sich als unfähig erwiesen hatte und die doch gelöst werden mußte, wenn Preußen nicht aus der Reihe der Staaten verschwinden sollte. Mußte ihm das nicht wie eine Kapitulation des Königtums vorkommen?

Es kann Hardenberg nicht hoch genug angerechnet werden, daß er ihn von der Notwendigkeit dieses Opfers überzeugte. In dem letzten Gespräch, das er in dem Hauptquartier zu Piktupöhnen bei Tilsit mit ihm hatte, bat er ihn, Stein, den er selbst ja alle Zeit als künftigen Mitarbeiter im Auge behalten hatte, wieder in Dienst zu nehmen und ihm, das Geschehene vergessend, die bisher von ihm selbst innegehabte Stellung vertrauensvoll einzuräumen. Die Sprache des Herzens, die er dabei anschlug, überwand des Königs Widerstreben. Auch verfügte derselbe auf seinen Antrag, daß seine bisherigen Hauptmitarbeiter im Departement der inneren Angelegenheiten, die Geheimräte v. Altenstein, v. Schön, Stägemann, Klewitz und Niebuhr als Immediatkommission die Geschäfte bis zu Steins Ankunft führen sollten. Er selbst versprach auf des Königs Wunsch die Einsendung einer Denkschrift über die künftige Organisation der Verwaltung.

Daß der Reichsfreiherr dem Rufe des Königs folgen werde, bezweifelte niemand, der ihn kannte. Graf Goltz freilich befürchtete, bei der neuerdings wieder eingerissenen Wirtschaft werde er es keine vierzehn Tage aushalten. Auch riet Hardenberg Stein, seine Bedingungen zu stellen, namentlich sich Sicherheit dafür geben zu lassen, daß der Zutritt zum König ihm stets offen stehen und dessen Umgebung einen entsprechenden Wechsel erfahren werde. Er gründete seine Hoffnung auf den völligen Wandel, den der König in den letzten Wochen durchgemacht habe: wie so viele Menschen habe auch er im Unglück gewonnen, namentlich an Standhaftigkeit; er werde sich zu allem bestimmen lassen, was als gut und nützlich erweisbar

sei. Doch empfahl er Vorsicht in der Form: niemals dürfe es scheinen, als ob Stein ihn beherrsche. Widerspruch vertrage er und könne die Wahrheit hören, wenn sie in geziemender Form, ohne Schärfe und mit warmem Gefühl vorgebracht werde. Diese Darlegung Hardenbergs unterstützte ein Schreiben der Prinzessin Luise Radziwill, der Schwester des Prinzen Louis Ferdinand. Auch sie rühmte des Königs geändertes Wesen: festen Mutes sei er zu jedem Opfer bereit, denn er habe sich überzeugt, es sei besser edel zu fallen, als mit Schande zu leben. Soldatisch derber, aber auch kampfesmutiger hatte bereits im April Blücher den ihm von Münster her befreundeten Stein zu rettendem Handeln aufgerufen: durch ihn verstärkt, werde man sich von den „an geist und leib kranken Faultihren" — das ist den Kabinettsräten und ihren Genossen — keinen Schritt Terrain mehr streitig machen lassen. Auch Graf Finckenstein, der Gesandte in Wien, der diese Schreiben Stein übermittelte, drang in ihn, dem Rufe zu folgen: er allein sei im stande, mit kräftigem Arm das Ungezieser der Selbstsüchtigen, der Verräter und der Dummköpfe auszurotten, welche die Fundamente des Staates untergraben.

Die Briefe trafen Stein krank: sobald er reisefähig sei, wollte er kommen. Irgend welche Bedingungen stellte er nicht: es sei unmoralisch, in einem Augenblick des allgemeinen Unglücks seine eigene Person in Anrechnung zu bringen. Am 30. September traf er in Memel ein. Am 1. Oktober hatte er die erste Unterredung mit dem König. Sie ergab ihr Einverständnis über die nächsten Schritte. Nur auf der Entfernung Beymes bestand Stein. Sie wurde zugesagt: sobald die geplante neue Ordnung in Kraft träte, sollte jener als Kammergerichtspräsident seinem bisherigen Wirkungskreis entrückt werden, obgleich er, auch durch die Ereignisse gewandelt, sich mit Hardenberg versöhnt hatte und zu den Patrioten hielt. Als letzter Repräsentant der Kabinettsregierung, deren Beseitigung jetzt selbstverständlich war, konnte er in dem neuen System keinen Platz finden, ohne es zu kompromittieren.

Seit Richelieu hatte kein Minister eine solche Machtfülle in sich vereinigt, wie sie eine Kabinettsordre vom 4. Oktober

Stein übertrug. Indem er die Leitung aller Zivilangelegenheiten erhielt, trat er an die Spitze des preußischen Provinzialministeriums, das der in Ostpreußen heimische, hochgebildete und edel denkende Geheimrat v. Schrötter verwaltete, des interimistischen Justizministeriums, welches das einstige Großkanzleramt ersetzte, der bei Hardenbergs Ausscheiden gebildeten Immediatkommission und der Friedensexekutionskommission in Berlin. In allen diesen Behörden zustehenden Geschäften hatte er den Vortrag beim König. Er erhielt Vorsitz und Stimme im Departement des Auswärtigen und stand den Generalkassen und der Generalkontrolle, der Bank und der Seehandlung vor. Da ferner die Leitung des Kriegswesens sowohl in betreff der künftigen Einrichtung wie der einstweiligen Bestimmung des Heeres nicht allein zu den Finanzen, sondern auch zu der Politik und der künftigen Staatsverfassung in engster Beziehung stand, sollte er auch — von militärisch-technischen Fragen abgesehen — an den Beratungen der Militärkommission teilnehmen, die unter Leitung des Obersten Scharnhorst seit Ende Juli die Rekonstruktion des Heerwesens begonnen hatte, nachdem bereits ein Publikandum vom 1. Dezember 1806 zur Säuberung der Armee von unfähigen und unwürdigen Elementen ein kriegsgerichtliches Verfahren gegen die Urheber der schmachvollen Kapitulationen angeordnet war.

Auch angesichts des geringen Umfangs, auf den Preußen damals beschränkt war, war die Last der Arbeit und der Verantwortung doch übergroß, die Stein auf sich nahm. Wie auf einem Atlas ruhte auf ihm der gesamte Staat. Wohl verfügte er mit fünfzig Jahren (geb. 26. Oktober 1757, gest. 29. Juni 1831) in der Reife männlicher Kraft über eine reiche Erfahrung, die er sich in 27 Dienstjahren als Diplomat, Bergrat in Westfalen, Regierungspräsident in der Grafschaft Mark und dann Oberpräsident in Westfalen, wo er sich um die Organisation des neu erworbenen Münster besonders verdient gemacht, und endlich als Finanz- und Handelsminister erworben hatte. Dennoch hätte die Erstreckung seiner Thätigkeit auch auf ihm bisher fremde Gebiete Bedenken erregen können. Doch kam es jetzt vor allem darauf an, daß gleichmäßig in allen Zweigen

des Staatslebens ein Charakter die Leitung übernahm, der fest in sich gegründet und seiner selbst gewiß, auch andere zu gleicher Energie stärken konnte, und daß eine einheitliche Organisation großen Stils der bisherigen Zerfahrenheit Einhalt that. Beides leistete Stein in unvergleichlicher Weise. Zu den schmiegsamen Geistern, die sich den Verhältnissen anpassen, gehörte er nicht. Zum Gebieten und Herrschen berufen, war er stets darauf aus, die Verhältnisse sich zu unterwerfen. Als er, gelockt durch die Herrschergröße Friedrichs II., preußische Dienste nahm, trug er auch in das preußische Beamtentum etwas von dem stolzen Selbstbewußtsein des Sprößlings eines alten reichsfreiherrlichen Geschlechts. Nur der Sache und nicht der Person dienend, bewahrte er sich auch dem König gegenüber eine Unabhängigkeit, die den preußischen Beamten der Zeit unbekannt war. Unberührt von dem spezifischen Preußentum und seiner Selbstüberschätzung, aber voll lebendigsten Nationalgefühls, diente er in Preußen Deutschland. Ein universal angelegter Geist und gewöhnt, die Dinge in dem Zusammenhang zu betrachten, hatte er auch als Beamter in jedem einzelnen Zweige der Verwaltung das Interesse des Ganzen im Auge und förderte in den besonderen Zwecken immer den Staatszweck. Inmitten einer Amtsthätigkeit, die es gerade mit den realsten Seiten des staatlichen und des wirtschaftlichen Lebens zu thun hatte, war er ein Ideologe geblieben, der nichts mechanisch that, keine Routine kannte und alles Banausentum weit von sich wies. Gerade damit trat er in einen Gegensatz zu der Mehrheit der damaligen preußischen Beamten, aber auch zu dem König, der ihm eine Stellung einräumte, die er noch vor wenigen Monaten seiner eigenen Abdankung gleichgeachtet haben würde. Aber wessen der Staat damals bedurfte, konnte der König ihm nicht geben: da ließ er Stein an seine Stelle treten und gewann über sich selbst einen Sieg, der reich belohnt wurde, da, was Stein aus Preußen machte, sein eigenes Verdienst wurde.

Als Stein nach Memel kam, brachte er den Plan zu der Erneuerung des preußischen Staats im wesentlichen fertig mit in Gestalt eines Entwurfes für die künftige Organisation der obersten Behörden, den er in der unfreiwilligen Muße der

Nassauer Zeit ausgearbeitet hatte. Auf des Königs Aufforderung hatte auch Hardenberg sich darüber in einem Gutachten geäußert und Altenstein und Niebuhr zu solchen veranlaßt. In den allgemeinen Gedanken trafen sie zusammen. Es galt in der obersten Leitung der Staatsverwaltung möglichste Einheit und Kraft zu vereinigen, so daß sie von einem Punkte ausging, in dem sich alle Hauptorgane der Ausführung, deren Zahl möglichst klein sein sollte, beratend konzentrierten. Der Wegfall des bisherigen Kabinetts sollte den König in unmittelbare Verbindung setzen mit den an die Spitze der einzelnen Verwaltungszweige gestellten Personen und sicherte durch deren Verantwortlichkeit die Erteilung des sachgemäßesten Rates und die pünktlichste Ausführung des Beschlossenen. Diese Organisation bahnte für künftig den Weg zur Errichtung eines Staatsrates, dem der König persönlich präsidieren sollte. Demnächst war Stein besonders bedacht auf zweckmäßige Verteilung und Abteilung der Geschäfte allein nach Hauptverwaltungsgegenständen und nicht mehr, wie bisher daneben, nach Provinzen, um die Entstehung eines allgemeinen, das Ganze umfassenden Geistes der oberen Staatsbehörde zu fördern und die bisher so oft störende Verschiedenheit der Grundsätze in der Behandlung derselben Sache in den einzelnen Provinzen zu beseitigen. So vermied man auch, daß fehlende Sachkenntnis der Beamten, die ja nicht alles wissen können, einzelne Verwaltungszweige schädigte und die eine Provinz vor der anderen bevorzugt wurde. In die kastenartige Abgeschlossenheit des Beamtentums wurde Bresche gelegt und seine geistige Verjüngung angebahnt dadurch, daß für die Zweige der Verwaltung, die besondere wissenschaftliche oder technische Kenntnisse erfordern, die ein vielbeschäftigter Beamte sich nicht erwerben kann, wissenschaftlich und technisch gebildete Männer aus allen Ständen als Ratgeber zugezogen und so Deputationen aus Geschäftsmännern sowohl als aus Gelehrten, Künstlern u. s. w. gebildet werden sollten, um die Anwendbarkeit der wissenschaftlichen und technischen Fortschritte für die Verwaltung zu prüfen. Damit führte Stein ein Prinzip ein, das auch auf andere Gebiete und das Ganze der Staatsverwaltung angewandt, die sittliche Neubelebung der Verwal-

tung und des Staates überhaupt förderte. Daß in Behörden, namentlich unteren, die bloß aus besoldeten Beamten bestehen, leicht, wie Stein sich ausdrückte, ein Mietlingsgeist die Herrschaft gewinne, hatte die jüngste Vergangenheit gezeigt. Dem zu steuern, darf die Nation nicht von der Staatsverwaltung ausgeschlossen bleiben. Der Mangel an Fühlung mit ihr erzeugt bei den Behörden leicht ein Leben in bloßen Formen und Furcht vor Veränderungen, bei dem Volke läßt er die rechte Teilnahme an dem Gedeihen jener und damit des Nationalwohlstandes nicht aufkommen, bewirkt Gleichgültigkeit und schädigt schließlich die Nationalehre. Die herkömmliche Trennung der Staatsverwaltung von der Nation zu hindern, empfiehlt Stein, die größeren Grundeigentümer, die nach ihrer Lage und Erziehung einen thätigen Anteil an dem öffentlichen Wohl nehmen können, für den Staat nutzbar zu machen: er vertrat damit das Prinzip der Selbstverwaltung. Folgerichtig wandte er den Gedanken, die Beamten durch Beiordnung sachkundiger Deputationen zur Lösung auch solcher Fragen zu befähigen, für die ihnen die besonderen Fachkenntnisse fehlen, auch auf allgemeinere Verhältnisse und Aufgaben höherer politischer Ordnung an und beabsichtigte, „der Nation ihrem Zustande und dem Verhältnisse angemessene Stände zu geben und deren Repräsentanten eine zweckmäßige Teilnahme und Einwirkung auf die Administration zu gestatten“. Für den Augenblick sah sein Organisationsplan solche Repräsentanten allerdings nur bei der Gesetzkommission vor, aber doch gerade an der Stelle, wo die Mitwirkung von Vertretern der Nation besonders wichtig war. So wurde gleich beim Beginn des Neubaues des preußischen Staates seine schließliche Krönung durch eine Nationalvertretung in Aussicht genommen. Freilich dachte sich Stein diese nicht mit den Befugnissen des englischen Parlaments ausgestattet und auch nicht als das Organ, um nach einem Ausdruck Hardenbergs „demokratische Grundsätze in einer monarchischen Regierung“ zu verwirklichen, sondern beschränkte sie auf eine bloß beratende Thätigkeit.

Solche Entwürfe zu verwirklichen, mußte aber eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt sein. Der Anfang dazu war schon

vor Steins Ankunft in Memel gemacht. Um alle im Staate vorhandenen Kräfte zur Arbeit für das Gemeinwohl zu gewinnen, mußten die Schranken fallen, die bisher weite Kreise davon ausgeschlossen hatten, und die Bande gelöst werden, die andere im vollen Anteil daran behindert hatten. Die geschichtlich und wirtschaftlich gegebenen ständischen Sonderungen, so weit sie Verschiedenheiten des Rechts des Einzelnen an dem Staat begründeten, mußten fallen. Ein davon unabhängiges Staatsbürgertum war unerläßliche Voraussetzung für die politische Sittlichkeit, zu der die Nation erzogen werden sollte, und unvereinbar mit jeder Art von persönlicher Unfreiheit. Durch deren Abschaffung erst ließ sich in dem preußischen Bauernstande eine Grundlage gewinnen, breit und tief genug, um die neue gesellschaftliche Ordnung des neuen Staates zu tragen. Auch eröffnete sie der Nation eine Quelle immer erneuter Verjüngung von innen heraus. Und dabei handelte es sich für Preußen doch nur um die endliche Erfüllung eines Postulats, das seit Generationen zu dem traditionellen Programm der preußischen Könige gehörte. Nun befand sich aber von dem preußischen Staatsgebiet augenblicklich allein Ostpreußen im Besitz des Königs. Daher hatten auf die Neuordnung der Monarchie auch dessen besondere Verhältnisse starken Einfluß. Ein durch sie nahegelegter, dort ausgereifter und im kleinen verwirklichter Gedanke sozialer und wirtschaftlicher Reform, den an der Erneuung des zertrümmerten Staates besonders beteiligte Söhne des alten Ordenslandes dort endlich durchführen wollten, wurde von Stein, der diesen Bestrebungen eigentlich fremd war, mit der Sicherheit des Genius in seiner Bedeutung für den Gesamtstaat erkannt und nutzbar gemacht.

Noch heute sehen die Ostpreußen in ihrem Anteil an diesen Ereignissen einen besonderen Ruhmestitel. In manchem Zuge spielt da freilich ein Stück provinzieller Legende mit. Gewiß aber ist, daß der spezifisch ostpreußische Geist, wie er während des letzten Menschenalters durch die Königsberger Universität entwickelt war, auf die preußische Reformgesetzgebung vielfach bestimmend eingewirkt hat. Ausgeprägter noch als heute bewahrte Ostpreußen damals den Charakter eines Koloniallandes.

Gestählt durch den steten Kampf mit den Schwierigkeiten, welche die Natur ihrem wirtschaftlichen Gedeihen bereitete, gewöhnt an ein äußerlich bescheidenes Leben voll harter Arbeit, das Inhalt und Wert durch geistige und sittliche Vertiefung erhielt, und daher unberührt von der Lockerheit und Oberflächlichkeit, die anderwärts die Herrschaft gewonnen hatten, war der Ostpreuße, der Edelmann so gut wie der Bürger und der hier in den Kölmern reichlich vertretene Stand nichtadliger freier Grundbesitzer, erfüllt von dem Bewußtsein der eigenen Kraft, starkem Unabhängigkeitssinn und pietätvoller Anhänglichkeit an die überkommene Art — Züge, welche die aus allen deutschen Stämmen gemischte Bevölkerung der Grenzmark an Pregel und Memel von altersher gekennzeichnet hatten. Der ihr daher eigene gesunde Egoismus aber war sittlich veredelt und gleichsam vergeistigt worden durch Kant, der als Mensch, weit über den Kreis seiner Schüler hinaus auf Denken und Fühlen seiner Landsleute tief und nachhaltig eingewirkt hatte. Ihm verdankte die geistige und sittliche Atmosphäre, in der die gebildeten Ostpreußen lebten, etwas von der nervenstärkenden Härte und Frische, die gesunde Naturen der ostpreußischen Luft nachrühmen. Scharf ausgeprägt wiederholten sich diese Züge in den ostpreußischen Beamten. Dank der auf der heimischen Hochschule herrschenden Richtung ebensosehr allgemeinen Ideen zugänglich, wie gut vorgebildet für ihren besonderen Beruf, hatten sie einen Unabhängigkeitssinn bewahrt, der sich politisch in dem Mut der eigenen Meinung und dem Urteil bloß nach sachlichen Gesichtspunkten bethätigte. So fand Stein gerade dort ihm geistesverwandte Mitarbeiter und praktisch hoch beanlagte Männer, die neue Wege zu gehen bereit waren oder selbst wiesen. Auch auf diesem Gebiet hatte die Entlegenheit des an Hilfsquellen armen Landes einen starken Antrieb zu energischem Streben enthalten. Ihm entsprang in Königsberg eine volkswirtschaftliche Schule, welche die Lehren Adam Smiths weiter bildend, in geschickter Anpassung an die besonderen Landesverhältnisse eine ausgesprochen praktische Richtung verfolgte. Durch ihren Begründer Christian Jakob Kraus (geb. 1753, gest. 1807) ging auch sie auf Kant zurück. Professor der praktischen Philosophie,

wirkte Kraus vorzugsweise als Lehrer der Finanzwissenschaft und Volkswirtschaft und machte sich seit 1794 als Leiter eines kameralistischen Kursus besonders um die Bildung der höheren Beamten verdient. Ein stiller Gelehrter, der die Grundlage seines wirtschaftlichen Systems in der Betrachtung der Gutswirtschaft seines Freundes, des Präsidenten Hans Jakob v. Auerswald, während seiner Besuche in Faulen gelegt hatte, besaß er auch für die großen Probleme des Staats- und Völkerlebens geniales Verständnis. Seine Schüler waren auch der preußische Provinzialminister Friedrich Leopold v. Schrötter (geb. 1743, gest. 1815) und der Geheimrat Theodor v. Schön. Selbst auf Stein hatte er gelegentlich eingewirkt.

So fanden in der Immediatkommission (S. 429) Kraus' Ideen kräftige Vertretung, am lebhaftesten, wenn auch nicht am wirksamsten durch den enthusiastischen Theodor v. Schön (geb. 1773, gest. 1856), der sich in jungen Jahren auf einer Studienreise, wie sie damals noch selten waren, für englische Wirtschafts- und Handelspolitik in einem Maße begeistert hatte, das ihn trotz seiner hohen praktischen Veranlagung zuweilen hinderte, die anders gearteten Verhältnisse daheim unbefangen zu erfassen. Ueberſprudelnd lebhaft, begeistert für alles Gute und Schöne, vaterlandsliebend und opferfreudig, war Schön doch weder ganz selbstlos noch frei von einem gewissen Streben nach Originalität. Eine nicht immer ganz naive Eitelkeit trieb ihn, sich in möglichst helles Licht zu setzen, und eine lebhafte Phantasie ließ ihm seinen Anteil an dem Geschehenen später zuweilen größer erscheinen, als er gewesen. Weniger originell und nüchterner, aber ruhiger und sachlicher, unabhängiger von der Theorie, doch mit dem klaren Blick und der sicheren Hand des vielbewährten Praktikers, erscheint neben ihm Schrötter lange nicht so glänzend, aber in der Bescheidenheit seines Wirkens nicht minder verdient, zuweilen besonnener und im ganzen fruchtbarer.

Bereits 1792 hatte Kraus die Aufhebung der Privatunterthänigkeit gefordert. Sie war um so mehr geboten, als sie in den 1793 und 1795 preußisch gewordenen Gebieten durch die polnische Verfassung von 1791 (S. 295) erfolgt war. Ihren

Segen hatte gerade Schrötter als Minister von Alt- und Neuostpreußen kennen gelernt. Was er dort für die Hebung der Landeskultur geleistet, wäre ohne sie unmöglich gewesen. Daher hatte er bereits im Sommer 1806 die Unterthanen seiner beiden Güter freigelassen. Nach dem Frieden rastlos thätig für das Retablissement des von seiner Provinz preußisch gebliebenen Teils, schlug er bereits am 16. Juli bei der Immediatkommission die Aufhebung der Erbunterthänigkeit vor: gerade jetzt verhieß die Abschaffung eines widernatürlichen Verhältnisses die inneren Kräfte zu stärken und Ersatz für die Verluste nach außen zu gewähren. Begeistert nahm Schön den Gedanken auf. Er entwarf die entsprechende Verfügung für Ost- und Westpreußen. Der König stimmte ihr am 23. August bei, froh einen Schritt vorwärts zu thun auf ein Ziel hin, das ihm wie schon seinen Vorgängern vorgeschwebt hatte. Zu einer großen, den Staat verjüngenden Reform aber erhob die Maßregel erst Stein, indem er ihre Durchführung für alle Provinzen befürwortete. Auch damit war der König einverstanden (8. Oktober), weil der Grundsatz des Gebrauchs seiner Person und seines Eigentums überall gleich anwendbar und gleich wohlthätig sei. Doch wünschte er, wie auch Stein, Bestimmungen zum Schutz des Kleinbauern gegen seine stärkeren Nachbarn. So ergänzt erschien am 9. Oktober 1807 das „Edikt den erleichterten Besitz und den freien Gebrauch des Grundeigentums sowie die persönlichen Verhältnisse der Landbewohner betreffend". Angesichts der durch den Krieg veranlaßten Not außer stande, jedem einzelnen wirksam zu helfen, erklärte der König es für eine Forderung der Gerechtigkeit und ein Gebot wohlgeordneter Staatswirtschaft, wenigstens all das zu entfernen, was den Einzelnen bisher gehindert, den Grad von Wohlstand zu erlangen, den er nach dem Maße seiner Kräfte zu erlangen fähig war. Da die Beschränkungen, die bisher in Bezug auf den Besitz und Genuß des Grundeigentums und auf die persönlichen Verhältnisse der Landarbeiter bestanden, der Wiederherstellung der Kultur einen großen Teil der sonst verfügbaren Kraft entziehen, indem sie einerseits den Wert des Grundeigentums und den Kredit des Grundbesitzers beeinträchtigen, andererseits den Wert

der Arbeit verringern, sollen sie so eingeschränkt werden, wie es das gemeinsame Wohl erfordert, indem die Erbunterthänigkeit in dem gesamten Königreich aufgehoben und jede Art von Grundbesitz und Gewerbe jedem Preußen ohne Ausnahme frei gegeben wird. Hinfort kann also jeder sich sein Gewerbe wählen ohne Rücksicht auf seinen Stand. Ohne an diesem gemindert zu werden, kann der Adlige, der Bürger sich bäuerlicher, der Bauer sich bürgerlicher Erwerbsthätigkeit widmen. Damit wurde eine zunächst nur agrarpolitische Maßregel zu einer sozialpolitischen Großthat, welche die bisher gebundenen Kräfte zu ungehinderter Erwerbsthätigkeit befreite.

Wohl nie sonst ist eine Reform von solcher Tragweite unscheinbarer ins Leben getreten. Mit ihr vollzog sich friedlich eine großartige Revolution. Kaum die Aufhebung der Feudalrechte in der berühmten Augustnacht 1789 hatte so tiefgreifend gewirkt, wie dieses Edikt auf die entsprechenden Verhältnisse Preußens, die den einst in Frankreich bestehenden ähnlich, zum Teil noch weiter zurückgeblieben waren. Zwei Dritteile der Gesamtbevölkerung Preußens wurden jetzt erst voller persönlicher Freiheit teilhaftig. Denn vom Martinstag 1810 an durfte der Gutsherr den Bauern weder zur Uebernahme einer Stelle nötigen oder an der Auswanderung hindern, noch seine Kinder zwingen auf dem Gute als Knechte und Mägde zu dienen. Damit wurde die dem Staate zur Verfügung stehende Kraft verdreifacht. Und der kühnen Entschlossenheit, mit der so ein großes Prinzip proklamiert wurde, entsprachen die ruhige Besonnenheit und der praktische Takt, womit es auf die gegebenen Verhältnisse angewandt und ein friedlicher Uebergang aus der alten sozialen Ordnung in die neue gesichert wurde. Am 28. Oktober erging die Kabinettsordre über die Aufhebung der Erbunterthänigkeit auf sämtlichen preußischen Domänen. Vom 27. Juli 1808 datiert die Verordnung wegen der Verleihung des Eigentums an den Grundstücken der Immediateinsassen in den ost- und westpreußischen und litauischen Domänen, durch die etwa 47 000 bäuerliche Familien freie Besitzerinnen des von ihnen bebauten Bodens wurden, indem sie von den bisher darauf lastenden Abgaben und Diensten drei Vierteile binnen vier-

undzwanzig Jahren durch Geld ablösten und nur ein Vierteil auch ferner zu tragen hatten. Die Aufhebung des Mühlenzwanges, der Zünfte und des Verkaufsmonopols der Bäcker, Höker und Schlächter sicherte sie zugleich mit den städtischen Bevölkerungen gegen wirtschaftliche Ausbeutung. Die in Aussicht genommenen Bestimmungen über das Verfahren bei dem Zusammenziehen bäuerlicher Grundstücke oder der Verwandlung solcher in Vorwerksland ergingen für Ost- und Westpreußen und Litauen am 14. Februar 1808, für Schlesien und Glatz am 27. März 1809 und für die Kurmark, Neumark und Pommern am 9. Januar 1810. Sie vermieden glücklich ebenso unbillige Begünstigung der wohlhabenden Besitzer, wie ein radikales Vorgehen, das die durch den Krieg meist schwer verschuldeten Großgrundbesitzer ruiniert hätte. Diesen gab ein Generalindult die Möglichkeit, die kritische Zeit zu überdauern und sich wirtschaftlich zu erholen. In diesen Fragen hielten der konservative Sinn Steins und die Erfahrung v. Schrötters dem Eifer des von dem Glauben an die Theorie beherrschten Schön glücklich die Wage.

Was das Edikt vom 9. Oktober 1807 — Schön feiert es nicht ganz zutreffend als die preußische Habeaskorpusakte — für die ländliche Bevölkerung, das wurde in einem noch höheren Sinn für die städtische die Städteordnung vom 19. November 1808. Auch sie ist nicht aus Steins Initiative entsprungen: auch hier nahm der Minister eine unabhängig von ihm begonnene Bewegung in Erkenntnis ihrer Wichtigkeit entschlossen auf und stellte ohne ihn in Thätigkeit getretene Kräfte in den Dienst des Reformwerks, da sie durch die Verminderung der besoldeten Beamten und ihren Ersatz durch ehrenamtlich fungierende Staatsbürger den Gedanken der Selbstverwaltung für die städtischen Kommunen verwirklichten. Die Reform des Städtewesens, durch die Friedrich Wilhelm I. der Mißregierung des Patriziates und der Raubwirtschaft der Zünfte ein Ende gemacht und Ehrlichkeit in den Stadtverwaltungen zur Herrschaft gebracht hatte (Bd. II, S. 356), war nicht von dauernder Wirkung gewesen. Mit dem Nachlassen der strengen Kontrolle und des energischen Antriebes von oben waren auch die neuen

Räte und Bürgerrepräsentationen in einen bequemen Schlendrian geraten und Gemeinsinn, Selbstthätigkeit und Opferfreudigkeit immer seltener geworden. Die Katastrophe, die über den Staat hereingebrochen war, hatte auch da unhaltbare Zustände offenbart. Doppelt schwer wurden dabei die ungeheuren Ansprüche empfunden, die auch an die Städtegemeinden gemacht wurden.

Die Erkenntnis davon hatte bereits im Bürgertum selbst auf eine zeitgemäße Umgestaltung der städtischen Verwaltung denken lassen. Als Rechtskonsulent der Kaufmannschaft hatte in Königsberg der Kriminalrat Brand Ende des Jahres 1807 eine neue Verfassung für die dortige Bürgerschaft entworfen. Er legte sie den Gemeindeältesten vor, die sie mit einzelnen Modifikationen guthießen und möglichst bald realisiert sehen wollten. Ein Gleiches thaten die Zünfte, während Brand auf die geäußerten Wünsche hin den Entwurf schon teilweise umarbeitete und Stein mitteilte, dem eine solche Initiative, die seinen Absichten auf mehr als halbem Wege entgegenkam, höchst willkommen war. Er veranlaßte Brand (26. Juni) den Entwurf durch die Bürgerschaft dem König einzureichen. Auch bei diesem fand er gute Aufnahme: am 25. Juli 1808 wurde Schrötter angewiesen, ihn zu berücksichtigen bei dem Entwurf einer städtischen Gemeindeverfassung, der sowohl für die Repräsentation der Bürgerschaften wie die Einrichtung der Magistrate die Verschiedenheit der einzelnen Städte nach Umfang und Bevölkerung in Rechnung ziehen und ihnen und ihren Vorstehern nur Befugnisse beilegen sollte, die sie von den Fesseln unnützer Formen befreien und wieder mit Bürgersinn und Gemeingeist erfüllen konnten: er sollte die Städte sich selbst und ihren Angelegenheiten wiedergeben. Dazu hob die Städteordnung vom 19. November 1808 alle bisher bestehenden Unterschiede unter den Stadtbewohnern auf: es gab nur noch Bürger und Schutzverwandte. Anteil an der Stadtverwaltung erhielten nur die ersteren: sie wählen die Stadtverordneten, die wiederum den zumeist aus unbesoldeten Mitgliedern bestehenden Magistrat wählen. Diesem Recht entspricht die Pflicht zu zeitweiliger unentgeltlicher Uebernahme städtischer Aemter. Aber

der unbescholtene Schutzverwandte kann jederzeit Bürger werden; er muß es, um Grundbesitz erwerben und gewisse Gewerbe treiben zu können. In dem großen Reformwerk von 1807 und 1808 ist die Städteordnung wohl das gelungenste Stück. In ihr wurde der Gedanke der Selbstverwaltung konsequent durchgeführt. Schneller und vollständiger als anderwärts traten daher hier auch die erhofften Wirkungen ein. Zwischen dem Bauernstande, der seine neue Freiheit erst gebrauchen lernen mußte, und dem Adel, der nur grollend seine bisherige privilegierte Stellung fallen sah, wurde das Bürgertum in der Schule der städtischen Selbstverwaltung zu staatlicher Arbeit gebildet, rasch mit Verständnis für das öffentliche Leben erfüllt und zu seinem Träger erhoben. Der vorwiegend bürgerliche Charakter der neueren preußischen Geschichte setzt hier ein.

Daher erwuchsen der neuen Ordnung die erbittertsten Gegner aus den Reihen des alten Adels. Durch die Bauernemanzipation und ihre Folgen wirtschaftlich geschädigt, sah er eine Reihe altererbter Vorrechte verloren und den Bürger in Bezug auf Besitz und Recht am und im Staate ihm gleichgestellt. Die Reduktion der Armee nach dem Frieden beraubte Tausende von Edelleuten der Mittel, auf die ihre Existenz dem Herkommen nach gegründet war. Die Heeresreform bedrohte die privilegierte Stellung des Adels auch auf diesem Gebiete. Geborene Offiziere wollten die Herren wohl sein, aber wie der Bürger und Bauer zum Heerdienst verpflichtet sein wollten sie nicht. Und doch brach sich, wenn auch noch nicht als Prinzip proklamiert, so doch in der durch die Not erzwungenen Praxis der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht bereits Bahn. Drängte doch gerade des mißtrauischen Siegers Bemühen, Preußen dauernd wehrlos zu erhalten, die Leiter seiner militärischen Reorganisation auf diesen Weg, auf dem die sittliche Erneuerung des Heeres am sichersten zu erreichen war. Harmonischer noch als in dem Wirken Steins und seiner Mitarbeiter klingen in dem ihren die der Not des Augenblicks gemachten Zugeständnisse mit den treibenden idealen Kräften zusammen.

Ein Werk aus einem Gusse, klar im Grundriß, festgefügt in den Teilen und harmonisch im Aufbau schuf der so wenig

militärisch dreinschauende, aber im Denken und Handeln durchaus heldenhafte Scharnhorst, der auch in der tiefsten Erniedrigung mit einer Art von verbissener Zähigkeit die Stunde der Vergeltung erharrte und für sie die Waffen schmiedete, in Gemeinschaft mit Gneisenau, Grolmann, Boyen und Clausewitz, die bei aller Verschiedenheit ihres Wesens sich doch wunderbar ergänzten und wetteiferten in begeisterter Hingebung an den großen Zweck, den sie in verschwiegenem Herzen verschließen mußten, statt ihn laut verkündigend Tausende zu jubelnder Mitarbeit gewinnen zu können, einig in der Grundanschauung, daß die Kriegführung eine Kunst sei, in der sich auch das sittliche und geistige Vermögen eines Volkes am schönsten und kräftigsten bethätigt. Und das war es, was sie scharf von dem König trennte. In der menschenfreundlichen, aber weichlichen Denkweise der Aufklärung befangen, hatte er für das Große in dem Wesen und Wirken dieser Männer kein Verständnis. Daher stießen auch ihre Entwürfe bei ihm oft auf Widerstand, hemmte seine Bedächtigkeit ihre frische Thatkraft und lähmte seine Unentschlossenheit ihre heiße Sehnsucht nach kühnem Handeln. Doch wurde auch hier der bisherigen Kabinettswirtschaft ein Ende gemacht durch den Entschluß zur Errichtung eines Kriegsministeriums, dem alle militärischen Instanzen ohne Ausnahme unterstehen sollten. Durch die Lösung des finanziellen Interesses, das die Generale, Obersten und Hauptleute mit ihren Regimentern und Compagnien verband, indem sie deren Equipierung, Verpflegung und Besoldung u. s. w. gegen ein Pauschquantum in Entreprise nahmen, so daß dem Kriegswesen immer noch ein gutes Stück „Finanzerei und Kaufmannschaft" anhaftete (Bd. I, S. 427), trat die Armee endlich von der obersten bis zur untersten Stelle in unmittelbare Abhängigkeit von dem König als oberstem Kriegsherrn. Damit wurde auch ihre Ergänzung durch Werbung unhaltbar, für die durch die territorialen und politischen Wandlungen die einst verfügbaren Gebiete ohnehin verloren gegangen waren. Die neu zu schaffende Wehrkraft mußte allein auf die Landeskinder gegründet werden. Das machte die Aufhebung der herkömmlichen Befreiung ganzer Klassen von der Aushebung notwendig.

So traf die militärische Reorganisation mit der zivilstaatlichen zusammen im Kampf gegen die Privilegien. Damit aber hörte der Soldatenstand auf ein besonderer Stand zu sein. Man konnte dem Bürger, der diente, nicht die Ehren und Rechte vorenthalten, die ihm sonst zustanden: das Regiment des Stockes hatte ein Ende, als unvereinbar mit der bürgerlichen so gut wie mit der soldatischen Ehre. Ehrgefühl und Vaterlandsliebe sollten die treibenden Kräfte bei dem Soldaten werden. Auch für die militärische Schulung wurden ganz andere Gesichtspunkte maßgebend. An Stelle des mechanischen Drills trat eine Unterweisung, die des Einzelnen geistige und sittliche Kräfte zu wecken suchte und dem Verdienst seinen Lohn verhieß ohne Rücksicht auf Stand und Geburt. Die Offizierstellen konnten nicht mehr den Adligen vorbehalten bleiben. Das war ein Bruch mit allen Fridericianischen Traditionen. Daher das Entsetzen der in diesen lebenden adligen und militärischen Kreise, als das Reglement über die Besetzung der Stellen der Portepeefähnriche vom 6. August 1808 den Grundsatz verkündete, Anspruch auf Offizierstellen, den bisher jeder Adlige als geborener Junker mit auf die Welt brachte, gewähren im Frieden nur Kenntnis und Bildung, im Kriege nur ausgezeichnete Tapferkeit und Umsicht. Selbst ein York verdammte das als eine Konfiskation wohlbegründeter Rechte. In die preußische Armee aber zog damit der Geist der neuen Zeit ein, mochte auch der König die praktische Durchführung möglichst an sich kommen lassen, so daß bürgerliche Offiziere noch eine Seltenheit blieben. Das Bürgertum begrüßte schon das prinzipielle Zugeständnis mit Befriedigung. Wie es dachte, lehrt ein Wort des inzwischen heimgegangenen Kraus (S. 437) an den alten, wunderlichen, warmherzig patriotischen Königsberger Scheffner, einen Veteranen aus dem Siebenjährigen Kriege. Die Ueberlegenheit des französischen Heeres entsprang danach nicht in des Einen Menschen Feldherrnkunst, sondern in dem republikanischen Geist, den der Enthusiasmus für die Menschenrechte geweckt, und auf der anderen Seite in dem „seelentötenden Dämon des Feudalismus“. Diesen Männern schwebte wie Scharnhorst als Ziel vor die Schaffung eines Volksheeres. Und nun nötigte das Gebot

des Siegers, wonach Preußen nicht mehr als 42 000 Mann unter Waffen haben durfte, den erfindungsreichen Scharnhorst zu der listigen Entwickelung des Krümpersystems. Indem zwar immer nur 42 000 Mann im Dienste waren, schnell ausgebildet und entlassen und durch andere ersetzt wurden, wurde thatsächlich ein Vielfaches der erlaubten Zahl bereit gestellt.

Friedrich Wilhelms persönlicher Anteil an der Neugestaltung Preußens ist nicht leicht festzustellen. Was geschah, erschien ferner Stehenden als sein Werk. Die wahren Urheber mußten darauf bedacht sein, diesen Schein zu wahren: die Erkenntnis seiner Abhängigkeit hätte den König alsbald in das Lager der Gegner getrieben. Selbst Scharnhorst, zu dem er ungewöhnliches Vertrauen gefaßt hatte, sah seine Entwürfe gelegentlich solchen zur Begutachtung vorgelegt und die Einführung prinzipiell zugesagter Neuerungen auf unbestimmte Zeit vertagt. Auch suchte der König sich gemachten Zusagen wohl wieder zu entziehen: über die versprochene, dann aber in Frage gestellte Entlassung Beymes (S. 430) war es noch im Oktober 1807 zu einem Konflikt gekommen, der zum Rücktritt Steins zu führen drohte. Nur das Eingreifen der Königin wandte ihn ab. Um des Königs, um des Vaterlandes, um ihrer Kinder, um ihrer selbst willen beschwor sie den Minister, Geduld zu haben, „daß um Gottes willen das Gute nicht um drei Monate Geduld und Zeit über den Haufen falle“. Auch in Nebendingen bestand der König gelegentlich hartnäckig auf seiner Ansicht. Es war und blieb doch eben nur der Zwang der Verhältnisse, der ihn mit Stein und Scharnhorst zu gehen nötigte. War er auch von der Nützlichkeit einzelner Reformen überzeugt: der Gesamtheit, dem System gegenüber wurde er ein gewisses Unbehagen nicht los. Er zweifelte ja nicht an der redlichen Absicht der Reformer, glaubte sich auch nicht ihnen an Einsicht oder Können überlegen und wurde wohl nur zum Teil bestimmt durch Anhänglichkeit an die altüberkommene Ordnung: daß der König, auf dessen Namen hin eine Revolution von oben ins Werk gesetzt wurde, selbst nirgends anregend und wegweisend eingriff, sondern sie nur geschehen ließ, erklärt sich aus der beschränkten Art des Denkens und Fühlens, die ihm nach An-

lage und Entwickelung eigen war. Ein stark rationalistisch angehauchter Jünger der Aufklärung und durchaus prosaischer Natur stand er den idealen Mächten, die sich um ihn bethätigten, fremd gegenüber. Der patriotische Enthusiasmus und das sittliche Pathos, welche die besten Männer der erwachenden Nation erfüllten, waren und blieben ihm unverständlich, ja verdächtig. Er hatte keine Gemeinschaft mit dem, was dem neuen Leben seines Volkes den kostbarsten Inhalt gab. Stein, Scharnhorst u. s. w. waren ihm doch nicht viel mehr als sonderbare Schwärmer, deren geniale Größe sein nüchterner Sinn nicht begriff. Auch zu der nationalen Erneuerung des preußischen und des deutschen Volkes, wie sie sich in der Litteratur zu bethätigen anfing, gewann er nie ein näheres Verhältnis.

Wieder trat da die Königin Luise für ihn ein. Neben seinem ehrenwerten, aber schwunglosen bürgerlichen und militärischen Pflichtgefühl verkörpert sie das in dem Bewußtsein der eigenen Würde wurzelnde königliche Pflichtgefühl. Schon weil sie Könige geboren, war sie sich bewußt, königlich denken zu müssen. Um sie sammelten sich die geistigen Vorkämpfer der neuen Zeit und vermittelten ihr die Fühlung mit dem erwachenden nationalen Leben: neben dem trefflichen J. G. Scheffner (S. 444) namentlich Johann Wilhelm Süvern, der seit Ostern 1807 an der Königsberger Universität die klassischen Sprachen vertrat, aber auch vor Herren und Damen der Gesellschaft geschichtliche Vorlesungen in patriotischem Geiste hielt, welche die Königin voll Erhebung in der Handschrift genoß, J. F. F. Delbrück, der Prinz August und Prinzessin Charlotte, die nachmalige Kaiserin von Rußland, unterrichtete, und der Historiker Karl Dietrich Hüllmann, der dem Kronprinzen und einigen gleichaltrigen jungen Leuten historische Vorträge hielt. Auch die Uebertragung des Rektorats der Albertusuniversität auf den Kronprinzen, bald nach der Rückkehr des Hofes von Memel nach Königsberg (Januar 1808), erhielt durch diese geistige Gemeinschaft eine höhere Bedeutung. Daß die Reorganisation der Hochschule, die durch die Ereignisse unterbrochen war, nun mit einem für die Lage der Finanzen beträchtlichen Aufwande durchgeführt wurde, bewies, wie die jetzt leitenden Männer die bis-

her vernachlässigten geistigen Mächte richtig schätzten. Auch die ersten Schritte zur Neugestaltung des höheren und des Volksschulwesens geschahen damals. Junge Lehrer wurden nach der Schweiz zu Pestalozzi geschickt, um seine neue Unterrichtsmethode sich anzueignen. Und schon waren die ersten Schritte gethan, um für die mit Halle verloren gegangene Universität in Berlin einen Ersatz zu schaffen.

Und was unter dem Drucke harter Not, in der die königliche Familie durch schlichte Bürgerlichkeit des Lebens allen ein Vorbild gab, wie man sich in die Zeit zu schicken und in der Pflege der für Herz und Geist unverlierbaren Güter Ersatz für das Verlorene zu suchen habe sich in der Krönungsstadt im kleinen abspielte, wiederholte sich anderwärts und namentlich auch in Berlin. Statt der leichtfertigen Frivolität und gedankenlosen Genußsucht, die einst geherrscht, kam ein ernster, tüchtiger Sinn auf, der die allzu lange vergessenen Schätze der deutschen Vergangenheit wieder hervorzog, alt und jung an die so lange gering geachteten Pflichten gemahnte und jeden in seinem Berufe befähigen wollte, sie zum Heile des Ganzen zu erfüllen. Fichte, Schleiermacher, E. M. Arndt wurden die Lehrer der Nation, in der der Wille erwachte, die Schmach zu tilgen, und die damit auch die Kraft dazu in sich wachsen fühlte.

Wenn Stein als Ziel der Reformen bezeichnet hatte, einen sittlichen, religiösen, vaterländischen Geist in der Nation zu erwecken, ihr wieder Mut, Selbstvertrauen, Bereitwilligkeit zu jedem Opfer für Unabhängigkeit und Nationalehre einzuflößen und die erste günstige Gelegenheit zu ergreifen, um den Kampf für beide zu beginnen, und später an Gneisenau schrieb, die Neigung der wissenschaftlichen und der gewerbetreibenden Stände zu unkriegerischen Gesinnungen werde durch die Errichtung einer Landwehr bekämpft werden, die auch der Trennung der verschiedenen Stände voneinander und vom Staate entgegenwirken und in allen das Gefühl der Pflicht erzeugen werde, für dessen Erhaltung ihr Leben aufzuopfern, so war er völlig einig mit den Männern, die um das preußische Volk in Waffen zu bringen, wie Gneisenau alle Kräfte weckten und jeder einen angemessenen Wirkungskreis geben wollten, wie es

bei dem französischen Volke die Revolution gethan habe. Und diese patriotischen Bemühungen waren nicht erfolglos. Der Gedanke des Kampfes um die Freiheit erfüllte immer weitere Kreise. Nicht die heißblütige Jugend allein, auch das reife Alter lebte in ihm. Der Ausbruch des spanischen Aufstandes nährte ihn, wenn auch die ruhige norddeutsche Art vor übereilter That bewahrt blieb. Denn auch der Tugendbund, der, 1808 von dem Königsberger Gymnasiallehrer und außerordentlichen Professor der Philosophie Lehmann gestiftet, außer einigen Gelehrten auch Beamte und Offiziere zu Mitgliedern zählte, beschränkte sich auf deren geistige und moralische Vorbereitung für die Stunde der Befreiung und konnte bei der geringen Zahl der Mitglieder gar nicht praktisch-politische Ziele verfolgen. Doch hinderte das nicht, daß die Gegner ihm Uebles zutrauten und eine Bedeutung verliehen, die er nicht besaß, Männer wie Stein und Scharnhorst aber, ohne ihm anzugehören, ihn zur Förderung ihrer Zwecke benutzten.

Den äußeren Abschluß der Reorganisation des Staates, die Stein im Oktober 1807 in Angriff genommen, bezeichnet die am 24. November 1808 vollzogene „Verordnung, die veränderte Verfassung der obersten Verwaltungsbehörden in der preußischen Monarchie betreffend". Sie entsprach dem Programm, das er bei Uebernahme der Geschäfte entworfen und der König gebilligt hatte (S. 432). An die Spitze der gesamten Staatsverwaltung sollte danach ein vom König präsidierter Staatsrat treten. Ihm gehören als geborene Mitglieder von ihrem achtzehnten Jahre die Prinzen des königlichen Hauses an, von Amtes wegen die sämtlichen Minister und die geheimen Staatsräte der einzelnen Departements. In besonderen Fällen werden auch andere Beamte mit bloß beratender Stimme zugezogen. In dieser Vollzähligkeit soll er namentlich wichtige gesetzgeberische Akte vorberaten. Zum Zweck der Verwaltung gliedert er sich in sechs Abteilungen, das Kabinett, dem sämtliche Minister und die bestimmte Departements vertretenden Geheimen Staatsräte angehören, und die Ministerien des Innern, der Finanzen (die endgültig voneinander getrennt werden), des Auswärtigen, des Krieges und der Justiz, deren jeder den ihm

zugewiesenen Ressort selbständig und verantwortlich leitet. Die gesamte Finanzverwaltung, die durch die Zusammenlegung der verschiedenen Generalkassen in eine zentralisiert wird, führt der Finanzminister. Von diesen fünf Zentralstellen ressortieren die von Oberpräsidenten geleiteten Provinzen, zu denen die Amtsbezirke der nun als „Regierungen“ bezeichneten alten Kriegs- und Domänenkammern, denen die richterlichen Befugnisse vollends genommen wurden, nach geschichtlichen und geographischen Gesichtspunkten zusammengelegt wurden. Hinfort geht die Regierung, so faßt Stein selbst in der Einleitung der Verordnung die durch sie herbeigeführten Aenderungen zusammen, aus von einem dem Staatsoberhaupte unmittelbar untergeordneten obersten Punkte, von dem nicht bloß das Ganze übersehen, sondern auch kräftig auf die Administration unmittelbar eingewirkt werden kann. Eine möglichst kleine Zahl oberster Staatsdiener steht an der Spitze einfacher, nach Hauptverwaltungszweigen natürlich abgeteilter Behörden. Im genauesten Zusammenhang mit dem Regenten leiten sie die Geschäftszweige nach dessen ihnen erteilten Befehlen selbständig und selbstthätig mit voller Verantwortlichkeit, und wirken so auf die Administration der unteren, in gleicher Art gebildeten Behörden ein.

Aber Stein dachte noch weiter. „Die Nation erhält,“ schloß er die Einleitung, „eine ihrem wahren Besten und dem Zweck angemessene Teilnahme an der Regierungsverwaltung, indem dem ausgezeichneten Talent in jedem Stand und Verhältnis Gelegenheit eröffnet wird, zum Besten der Verwaltung davon Gebrauch zu machen, und indem neu angeordnete Stände des Reiches und deren Repräsentanten zu Beratungen allein oder gemeinschaftlich mit Staatsdienern zugezogen werden, ersteres in verfassungsmäßig gebildeten ständischen Versammlungen, letzteres in den untergeordneten Behörden des Staates. Die Ausbildung der Nation wird so gefördert, Gemeingeist geweckt und die ganze Geschäftspflege einfacher, kräftiger und weniger kostbar.“

III. Unter dem Zwange der Okkupation. 1807—1809.

Den patriotischen Mut der Männer recht zu würdigen, die mit Stein an der Regeneration Preußens arbeiteten, darf man nicht vergessen, daß es einen preußischen Staat damals eigentlich nicht gab. Was jene schufen, war zunächst nur theoretische Konstruktion. Wie weit es zu realisieren, hing davon ab, ob Preußen wieder politisch selbständig wurde, indem es durch Erfüllung der ihm auferlegten finanziellen Verpflichtungen die Okkupation beendete. Das möglichst hinzuhalten, vielleicht überhaupt zu hindern, war das Ziel, das Napoleon bei der Ausnutzung der durch den Tilsiter Frieden geschaffenen Lage verfolgte. Gegenüber der Friedensvollziehungskommission zu Berlin unter dem geschäftskundigen, energischen und vaterlandsliebenden Geheimen Oberfinanzrat Sack hat sein Generalintendant Graf Daru, der freilich nur seine Befehle vollstreckte, einmal bekannt, bei den an Preußen gestellten Forderungen handle es sich nicht um Rechenexempel, sondern politische Kombinationen. Das Wort, das auch vom Kaiser mehrfach variiert wiederholt ist, gibt den Schlüssel zu dem, was Preußen demnächst erlebte. An die Tilsiter Verträge erachtete sich Napoleon nicht für gebunden. Sie dienten ihm nur dazu, neue Ansprüche durchzusetzen oder von anderen erhobene abzuwehren. Deshalb verknüpfte er das Schicksal Preußens mit der Lösung der orientalischen Frage, die er in Tilsit dem Zaren vorgespiegelt hatte. Der Friede, den er angeblich aus Rücksicht auf diesen Preußen bewilligt hatte, war nur ein diplomatischer Schachzug, dessen Wert erst der Fortgang des Spiels offenbaren sollte.

Hatte Napoleon Alexander für den Fall, daß der allgemeine Friede nicht zu stande käme, die Teilung der europäischen Türkei zugesagt und als ersten Schritt dazu die Okku-

pation der Moldau und Walachei gestattet, so sollte dieser nun entweder die Erfüllung dadurch erkaufen, daß er Preußen vollends preisgab und die Vereinigung Schlesiens mit Sachsen und Polen (S. 421) guthieß, oder darauf verzichten. Beides war nur möglich, wenn die große Armee in Preußen blieb und nicht bloß Rußland dauernd bedrohte, sondern auch Oesterreich im Zaum hielt. So konnte der Zar den durch Frankreich vermittelten Waffenstillstand mit der Türkei verwerfen und die Donaufürstentümer besetzt halten, aber nichts weiter unternehmen. Von der Lösung dieses Konflikts hing auch das Schicksal Preußens ab.

Die Konvention vom 12. Juli (S. 423) hatte die wichtigsten Fragen offen gelassen. Schon am 16. Juli hatte der König deshalb den Generalmajor v. Knobelsdorff nach Paris geschickt, um zu erklären, 100 Millionen Franken zu zahlen, sei für Preußen eine „physische Unmöglichkeit", und die Niederschlagung der bis zum Tage des Friedensschlusses nicht eingegangenen Kontributionen und möglichst lange Zahlungsfristen auszuwirken. Aber nur bis zur Passarge wurde das Land der Konvention gemäß geräumt: der Rest selbst Ostpreußens sollte besetzt bleiben, bis der Friede in allen Punkten vollstreckt sei. In Wahrheit galt es, dadurch einen Druck auf Rußland auszuüben, damit es den Bruch mit England beschleunige. Sich dieser Handhabe für möglichst lange zu versichern, ließ Napoleon Ende August in Berlin eine Berechnung vorlegen, die alle Staatseinnahmen vom 1. November 1806 bis zum 9. Juli 1807 Frankreich gutschrieb, und so statt 100 Millionen 154 forderte. Auch sollten vor der Räumung die zwischen Preußen einer- und dem Herzogtum Warschau und der Republik Danzig andererseits schwebenden finanziellen und territorialen Fragen geordnet sein. Dabei handelte es sich wieder um viele Millionen. Ehe nicht gezahlt sei, erklärte Daru, gebe er auch die Zivilverwaltung in den okkupierten Gebieten nicht heraus, da man, wie er höhnte, durch sie das Land aus dem Tintenfaß regiere, während man sonst Soldaten marschieren lassen müsse. Und in Elbing verlangte Soult bei der Auseinandersetzung mit dem Herzogtum Warschau für dieses auch die 40 Quadratmeilen des sogenannten

Neuschlesien an der Netze, das zu Tilsit ausdrücklich Preußen belassen war, und für Danzig statt eines Gebietes von zwei Lieues im Umkreis von der Enceinte ein solches von zwei deutschen Meilen von dem am meisten vorgeschobenen Werk an. Die Sachsen einzuräumende Straße nach Polen (S. 423) sollte auch den Truppen seiner Verbündeten offen stehen und der Verkehr darauf zollfrei sein. Knobelsdorff richtete nichts aus. Die Kontribution, hieß es, gehöre der Armee, selbst der Kaiser könne davon nichts nachlassen. Der König erbat die Intervention des Zaren. Der aber riet, sich zu fügen und schnell abzuschließen. So gab Friedrich Wilhelm zunächst Neuschlesien daran samt dem Kreise Michelau, im ganzen 60 Quadratmeilen.

Gebessert aber wurde dadurch nichts. Vielmehr drohte Daru, wenn nicht die ganze Kontributionsangelegenheit bis dahin geordnet sei, am 1. Oktober die Staatseinkünfte zu beschlagnahmen. Das abzuwenden, erkannte die Friedenskommission die Forderung von 154 Millionen vorläufig an, reduzierte sie aber durch Abzug der seit dem Frieden erhobenen außerordentlichen Zahlungen und Lieferungen auf 124 Millionen. Doch auch diese konnte Preußen nicht aufbringen. Als das Aeußerste, was es leisten könne, bot der König im Einverständnis mit Stein (6. Oktober) 100 Millionen. Indem er nun die Schuld auf 112 berechnete, gab Daru zu, seit dem Frieden nicht weniger als 42 Millionen erhoben zu haben. Es sollten 12 in bar und 50 unter Verpfändung der Festungen Stettin, Küstrin und Glogau in Wechseln und Pfandbriefen bezahlt, für die anderen 50 aber Domänen überlassen werden. Wurden diese teils zur Ausstattung von Generalen verwendet, teils an französische Spekulanten verkauft, so hatte man den Feind dauernd im Lande. Daß Daru vor allem die Westfalen benachbarten Domänen verlangte, erweckte den übelsten Verdacht. „Gott, wo sind wir?“ schrieb die Königin verzweifelnd an Stein, „wohin ist es gekommen? Unser Todesurteil ist gesprochen.“ Stein riet, die Summe, vorbehaltlich genauer Abrechnung, gelten zu lassen. Aber die Zahlung mit Domänen lehnte er ab. Die 50 Millionen wollte er als Hypothek auf die Gesamtheit der Domänen zwischen Elbe und Oder eintragen

lassen, so daß Eigentum und Verwaltung dem preußischen Staate blieben. Aber Napoleon wollte keine Verständigung, die der Okkupation ein Ende gemacht hätte. Daher überreichte Daru, der inzwischen — ohne Rücksicht auf des Königs Anwesenheit in diesem Gebiete — die Verwaltung auch in Ost- und Westpreußen bis zur Passarge in Besitz genommen hatte (25. Oktober), eine Sommation, welche die Zahlung der einen Hälfte der Kriegsschuld durch Cession von Domänen forderte, für die andere als Pfand aber zu Stettin, Küstrin und Glogau auch noch Graudenz und Kolberg verlangte, deren jedes 8000 Mann auf Kosten Preußens halten sollte. Das allein erforderte 40 Millionen jährlich, das heißt zwei Drittel des Gesamtertrages, den die preußischen Staatseinkünfte günstigsten Falls erreichten. In dieser entsetzlichen Lage beschloß der König, durch seinen Bruder Wilhelm einen letzten Versuch bei dem Kaiser selbst zu machen. Mit seiner Gemahlin Marianne von Hessen-Homburg, einer begeisterten Verehrerin Steins, rüstete sich der Prinz zur Reise, mit ihm der in Paris nicht bloß bei den Gelehrten wohl angesehene Alexander v. Humboldt. Die Vorschläge wegen der Tilgung der Kriegsschuld zur Annahme zu bringen, sollte er auch ein Schutz- und Trutzbündnis anbieten, das Preußen verpflichtete, Frankreich in allen kontinentalen Kriegen bis zu 30 000, ja 40 000 Mann zu stellen. Aeußersten Falls wollte der König sogar dem Rheinbund beitreten. Auch vollzog er jetzt den zu Tilsit zugesagten Bruch mit England, indem er den englischen Gesandten zur Abreise veranlaßte. Auch gegen Schweden hatte er, ohne dazu verpflichtet zu sein, thatsächlich die Sperre verhängen müssen.

Die Hoffnung auf einen Erfolg Prinz Wilhelms gründete sich auf die Annahme, das Drängen des Zaren werde die zu Tilsit geplante Aufteilung der Türkei in Gang bringen und bei solchen territorialen Aenderungen für Preußen wenigstens ein Teil der verlorenen Provinzen wieder zu erlangen sein. Man ahnte nicht, daß Napoleon vielmehr eine Vergrößerung Rußlands kompensiert sehen wollte durch die Abtretung Schlesiens an Sachsen. Wohl blieben Preußen dann nur zwei Millionen Einwohner: doch reiche das hin, meinte ein französischer

Diplomat, „für das Glück der königlichen Familie". Von der Räumung Preußens war demnach nicht die Rede. Vielmehr suchte Napoleon, während er dem Zaren Preußen zu erleichtern verhieß, dieses zu dem von ihm gewünschten Abschluß zu drängen, indem er die Kriegssteuer auf 108 Millionen Franken herabsetzte, aber bei der Ueberlassung von Domänen für 50 Millionen beharrte, dagegen sich mit den zuerst geforderten drei Festungen als Pfändern begnügen, auch die Besatzung beträchtlich reduzieren wollte. Der Antrag, der so viel nachließ, hatte viel Verlockendes. Aber des Königs Räte waren einig darin, daß man Domänen nicht weggeben dürfe. Auch Schön urteilte so, empfahl aber, die Herabsetzung der Kriegssteuer um die Hälfte durch weitere Landabtretung zu erkaufen, für die er den rechtselbischen Teil von Magdeburg und Stücke Schlesiens in Aussicht nahm. Nur so, meinte er, werde der Kredit des Staates erhalten, das Vertrauen des Volkes gestärkt und die Aufbringung der übrigen Millionen ermöglicht werden. Zu der Abtretung aber wollte er die Zustimmung des Volkes durch einzuberufende Repräsentanten einholen. Konnte der Gedanke einer Repräsentativverfassung unglücklicher eingeführt werden? Schien es nicht, als sollte dem König ein Zugeständnis abgenötigt werden, zu dem er sonst nicht zu bestimmen war? Der üble Eindruck hat lange nachgewirkt, und mancher spätere Vorgang wird von hier aus zu erklären sein. Mit Recht wurde dagegen geltend gemacht, daß, wenn der König und sein Haus dem Staate alles opfere, das Gleiche von der Nation erwartet werden dürfe. Gebe man einen Teil von Land und Leuten hin, um den anderen zu erleichtern, so vernichte man das Vertrauen zur Regierung. Zudem heiße, das Gebiet des Staates noch weiter vermindern, auf seine Reorganisation verzichten.

Doch ergaben diese Beratungen einen neuen Entwurf zur Tilgung der Kriegsschuld. Von den 101 Millionen, die man noch schulden wollte, sollten 51 in guten, nach drei Monaten fälligen Wechseln gezahlt, die übrigen in landschaftlichen Obligationen hinterlegt werden, für deren Einlösung binnen Jahresfrist Stettin, Küstrin und Glogau als Pfänder dienen sollten, um jedoch entsprechend dem Fortgange der Zahlung successive

geräumt zu werden. Sonst sollte das Land zwischen Elbe und Oder binnen zwanzig, Schlesien binnen dreißig und die Provinzen zwischen Weichsel und Oder binnen vierzig Tagen nach der Ratifikation geräumt werden. So der 160 000 Franzosen entledigt, die seither auf Preußens Kosten lebten, und nur noch die auf 6200 Mann normierte Besatzung der drei Festungen zu unterhalten verpflichtet, hoffte man die Kriegsschuld in einem Jahre abzuzahlen. Die Zuversicht steigerte der in jenen Tagen (7. Dezember) erfolgte endliche Abschluß des Vertrages wegen der Grenzen der Republik Danzig. Denn nun gingen die Franzosen über die Weichsel zurück, und auch in diesem Teil Ost- und Westpreußens kehrte die Ordnung wieder. Am 15. Januar 1808 nahm der König in Königsberg Aufenthalt. Man hielt die Tage der Okkupation für gezählt, sobald Prinz Wilhelm sich in Paris seiner Aufträge entledigt haben würde.

Aber gleich die erste Unterredung mit dem Kaiser (8. Januar 1808) stimmte des Prinzen Zuversicht beträchtlich herab. Aus Napoleons Reden sprachen Mißtrauen und Haß gegen Preußen, das sich doch nur seinen Verpflichtungen entziehen wolle und ihn nötige, gewaffnet zu bleiben. Das Bündnis lehnte er ab als wertlos bei der Schwäche Preußens. Erst als der Prinz, einen schon zu Memel in der Stille gefaßten Entschluß ausführend, sich erbot, als Geisel in Frankreich zu bleiben, sagte er wenigstens die Erwägung der gemachten Vorschläge zu. Eine Antwort erfolgte nicht. Der Prinz sah, das Schicksal Preußens hing von Faktoren ab, die seiner Einwirkung entrückt blieben. Denn vergeblich drang der Zar, nachdem er alle in Tilsit gegebenen Zusagen erfüllt und mit England und Schweden gebrochen hatte, auf die Verwirklichung auch des ihm Verheißenen. Napoleon hatte inzwischen den Kampf gegen England auch in Portugal und Spanien aufgenommen. Portugal war bereits (November 1807) okkupiert. Die Erhebung Spaniens band seine Kräfte dort. Um so mehr wollte er seine Stellung in Preußen behaupten: sie erschwerte dem Zaren die Benutzung seiner augenblicklichen Verlegenheit und bot, versuchte er sie dennoch, die Operationsbasis zu seiner Bewältigung. So kamen Prinz Wilhelm und der Gesandte v. Brockhausen nicht

vorwärts. Eine russische Bürgschaft für die Erfüllung der Preußen auferlegten Verpflichtungen, wie sie früher angeregt, war nun ausgeschlossen. Indem er darauf bestand, die finanziellen Fragen müßten erledigt sein, ehe man die politischen erörtere, verquickte der Kaiser die Zukunft Preußens immer enger mit seinen sonstigen Entwürfen. Preußen werde geräumt werden, erklärte er (Januar 1808) mit Bezug auf Aeußerungen im englischen Parlamente, wenn in London der allgemeine Friede angenommen, die weggeführte dänische Flotte herausgegeben und Schweden dem Kontinentalsystem beigetreten sei. Und als Prinz Wilhelm, außer sich über die Nachrichten von der Ausraubung Preußens, endlich (23. Februar) eine neue Audienz durchsetzte, bekam er zu hören, den Tilsiter Frieden mit Preußen bedinge der mit Rußland: noch aber halte dieses die Donaufürstentümer besetzt und habe mit der Türkei nicht Frieden gemacht; davon und von der Gestaltung der allgemeinen Angelegenheiten hänge die Räumung Preußens ab. Peinlich sei dessen Lage freilich: richtig regiert aber werde es sich schnell erholen; vor allem müsse es nicht mehr als 40 000 Mann unter Waffen haben.

Um so dringender warb man von Königsberg aus um die Gunst des Kaisers. Selbst ihm zu schmeicheln, hielt Stein in dieser Not nicht unter seiner Würde. Die begonnene Reorganisation vor seinen Eingriffen zu schützen, riet er, möge man sie für eine Nachahmung seiner Staatsschöpfung ausgeben. Doch mußte er von Humboldt vernehmen (Ende Februar), es sei dem Kaiser ganz gleichgültig, ob man dabei seinen Ideen folge; auch an einem Bündnis und Hilfstruppen, selbst am Eintritt Preußens in den Rheinbund liege ihm nichts: er wünsche nur, alles in der Schwebe zu lassen und seine drohende Stellung zu behaupten. Der Vorschlag Steins, den Kaiser oder seine Gemahlin zu Paten des Kindes zu bitten, das die Königin unter dem Herzen trug, scheint nicht weiter erörtert zu sein. Dann meinte Prinz Wilhelm den guten Eindruck, den er auf den Kaiser gemacht — dieser rühmte an ihm Liebenswürdigkeit, Geist, Kenntnisse, vornehme Gesinnung und interessierte sich für den auf ihm liegenden Schatten der Schwermut —,

politisch verwerten zu können, wenn er als Kriegsminister sein Mißtrauen gegen den Geist der preußischen Armee beschwichtigte und so deren Reorganisation deckte. Dem König war seine Jugend und Unerfahrenheit bedenklich. Auch schien dergleichen unnötig, da inzwischen ein Abkommen mit Daru gelungen war.

Stein selbst war dazu nach Berlin geeilt. Die spanischen Wirren nötigten Napoleon, den Zaren bei guter Laune zu erhalten: er verhieß ihm die Räumung Preußens und befahl Daru, mildere Saiten aufzuziehen. Das erklärt Steins Erfolg. Am 9. März wurde ein Vertragsentwurf unterzeichnet, der im wesentlichen den preußischen Vorschlägen vom 2. Dezember (S. 454) entsprach. Durch Abschreibung der seit dem 12. Juli 1807 einbehaltenen Staatseinkünfte, der geleisteten Abschlagszahlungen und Naturallieferungen reduzierte er die Kriegsschuld auf 101 Millionen Franken, die in bar, Wechseln und Pfandbriefen zu zahlen waren. Bis zur Einlösung der Pfandbriefe sollten Stettin, Küstrin und Glogau von im ganzen höchstens 9000 Franzosen besetzt bleiben. War das erste Drittel erlegt, sollte Glogau, nach dem zweiten Küstrin geräumt werden, übrigens die große Armee Preußen binnen dreißig Tagen nach der Ratifikation verlassen. Dieser Vertrag war ein großer Erfolg Preußens. Die nötigen Barmittel ließen sich beschaffen. Zu 8 Millionen, die vorhanden waren, lieferte die Ausgabe von Pfandbriefen auf die Domänen, welche — allerdings erst mittels einer Reform des landschaftlichen Kreditwesens, mit der in Ostpreußen der Anfang gemacht wurde — die Ritterschaften garantierten, 71 Millionen Franken. Da Verhandlungen über eine Anleihe mit dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Hessen erfolglos blieben, weil er seine Herstellung verbürgt haben wollte, rechnete man für den Rest auf ausländische Anleihen. Aber der Vertrag blieb unratifiziert, denn er paßte nicht mehr in die politischen Kombinationen Napoleons.

Die Spannung zwischen ihm und dem Zaren wuchs. Mit Schweden um Finnland im Kriege und zur See von England bedroht, weigerte dieser um so mehr die Räumung der Donaufürstentümer, als die Okkupation des Kirchenstaates und Spaniens Frankreichs Uebermacht furchtbar steigerte. Schon

rechnete der Kaiser mit der Möglichkeit eines russischen Krieges und erwog die Waffnung der Türkei. Unter solchen Umständen drang Prinz Wilhelm vergeblich auf die Bestätigung der Konvention vom 9. März, indem er zugleich Preußens Teilnahme an dem Kriege gegen England in Aussicht stellte. Die Räumung Preußens kam für Napoleon jetzt vollends nicht in Frage, da er im Besitz der Oderlinie auch Oesterreich bedrohte, das die spanischen Vorgänge fieberhaft erregten. Seine Haltung gegen Preußen wurde feindseliger. In Bayonne überließ er die bisher sequestrierten 30 Millionen Thaler, die der preußische Staat und seine milden Stiftungen, wie Witwenkassen u. s. w., in dem Herzogtum Warschau ausstehen hatten, durch einen Vertrag vom 10. Mai für 20 Millionen Franken dem König Friedrich August von Sachsen. Um dieselbe Zeit wurde der dem Prinzen Wilhelm beigegebene Geheime Legationsrat Le Roux ausgewiesen, wohl wegen freimütiger Aeußerungen, die er mündlich oder brieflich gethan hatte. In Brandenburg erhob Daru unerhörte Forderungen für ein Lager von 25 000 Mann bei Berlin und erregte dadurch eine Erbitterung bei den Ständen, die Stein vergeblich zu beschwichtigen suchte. An der Konvention vom 9. März, die der Kaiser selbst zunächst als wohl annehmbar bezeichnet hatte, setzte man nun in Paris alles Mögliche aus. Rekriminationen und Drohungen wurden wieder üblich. Daß die märkischen Stände Darus Forderung ablehnten, galt für eine von der Regierung begünstigte Widersetzlichkeit. Gehe das so fort, bekam Prinz Wilhelm zu hören, so müsse der Kaiser den Tilsiter Frieden als hinfällig ansehen. Von neuem drang die preußische Regierung in den Zaren, für die Bestätigung der Konvention einzutreten. Bei dem Gange der Dinge in Spanien, meinte sie, werde Napoleon alles vermeiden, was sein Verhältnis zu Rußland trüben könnte. In Petersburg aber leugnete man das Vorhandensein einer Spannung mit Frankreich: man möge in Königsberg ja nicht damit rechnen. Ja, der Zar schien im Falle des Krieges zwischen Oesterreich und Frankreich zu diesem stehen zu wollen. Bei seiner Zusammenkunft mit Napoleon, tröstete er, werde auch die preußische Frage geregelt werden, und empfahl wie früher

aufrichtige Versöhnung mit Frankreich. Mußte da Preußen nicht den Versuch machen, bei Oesterreich Hilfe zu finden?

Sein Verhältnis zu diesem war seit 1807 sehr kühl. Nun aber hatten die spanischen Ereignisse auch in Wien den Männern zu Einfluß verholfen, die den Moment zum Kampf mit Frankreich für gekommen hielten. Rasch verschärfte sich der Gegensatz zu diesem. Um so wichtiger wurde für Napoleon die Stellung in Preußen. Nur wünschte Oesterreich zu wissen, was es von diesem zu erwarten habe, ob es z. B. die schlesischen Festungen den Franzosen öffnen werde. Die Antwort wurde abgelehnt: zu solchen Eröffnungen stehe man nicht intim genug. Aber man faßte doch auch in Königsberg die hier auftauchende Möglichkeit nun schärfer ins Auge. Oberstleutnant Graf Götzen sollte in Schlesien auf jeden Fall Vorbereitungen treffen. Noch nahm man freilich an, Napoleon werde jetzt das in Preußen stehende Heer frei zu machen wünschen und daher erneuten Erbietungen Gehör geben. Geschah das aber nicht, so eröffnete die europäische Lage einem verzweifelten Appell an die Waffen jetzt Aussicht auf Erfolg. Welche Gefahr man dabei lief, war augenfällig. Aber auch der andere Weg bot solche. Konnte Napoleon die angebotene Heeresfolge (S. 453) nicht zuerst gegen Oesterreich verlangen?

Es galt eine große Entscheidung. Daß sie für die Erhebung ausfallen könnte, erfüllte all die mit Entsetzen, die seit Steins Berufung hatten zurückstehen müssen, aber durch ihre Verbindungen am Hofe immer noch von Einfluß waren. Die Zastrow, Köckritz und Beyme erhoben ihre warnende Stimme. Sie verlangten die Entfernung Steins und Scharnhorsts: der Verdacht gegen diese mache Napoleon so unversöhnlich. Auch daß Hardenberg, damals in Tilsit, mit der Regierung in Verbindung stehe, erbittere ihn. Zastrow erbot sich zur Uebernahme des Auswärtigen, um Preußen mit Napoleon zu versöhnen. Zwar wies der König so plumpe Versuche, ihn zu beeinflussen, mit ruhiger Entschiedenheit zurück: aber daß sie gemacht wurden, war ein böses Zeichen. Was jetzt mißlang, konnte ein andermal glücken.

Aeußerst kritisch mußte Preußens Lage werden, wenn der

österreichisch-französische Krieg ausbrach, ehe es über die Ausführung des Tilsiter Friedens sich mit Frankreich geeinigt hatte. Auf Oesterreichs Seite zu treten, drohte bei des Zaren Haltung sicheren Untergang. Neutralität konnte Napoleon nicht zulassen. Ja, nach Aeußerungen zu Prinz Wilhelm beabsichtigte er, Preußen die Haltung eines Heeres überhaupt zu verbieten. Dann war die militärische Reorganisation unmöglich und jede Aussicht für die Zukunft dahin. Abwenden ließ sich das, indem man die Armee vorläufig Frankreich zur Verfügung stellte. In diesem Sinn empfahl (13. Mai) selbst Scharnhorst ein Bündnis mit Napoleon, so sehr das, zumal in einem Kriege gegen Oesterreich, das Gefühl empören möge. Es sollte nur gewisse äußerste Gefahren beschwören, mehr Schein als Wirklichkeit sein. Aehnlich dachte auch Stein: dem Zwange der Lage müsse man sich beugen, aber in der Nation den Unwillen rege halten über die Abhängigkeit von übermütigen Fremden, sie mit dem Gedanken der Selbsthülfe und der Aufopferung von Leben und Eigentum vertraut machen und für die Insurrektion vorbereiten und schulen. Stelle man Frankreich Hilfstruppen, sei darauf zu sehen, daß diese sich im entscheidenden Augenblick mit den Oesterreichern verbinden könnten, — wie York nachmals mit den Russen.

Demgemäß erbot sich Preußen durch Prinz Wilhelm, Frankreich 40 000 Mann zu stellen, deren gesamte Ausrüstung ihm aus seinen von den Franzosen okkupierten Magazinen zu liefern war. Doch durften sie nur in Deutschland verwendet werden und hatten im Falle des Krieges mit Oesterreich die schlesische Grenze zu decken. Dafür sollte Frankreich auf die Kriegssteuer ganz oder teilweise verzichten und Preußen lange Zahlungsfristen gewähren und namentlich die eingezogenen öffentlichen und privaten Gelder herausgeben. Würde Napoleon auf dieser Basis überhaupt unterhandeln? Verweigerte er das, so war er zum Ruin Preußens entschlossen, und diesem blieb nur der Verzweiflungskampf. Mit dieser Möglichkeit rechneten Scharnhorst und Gneisenau, und Stein schrieb am 15. August dem Fürsten Wittgenstein, die Ablehnung der preußischen Anträge lasse keine Wahl und es gelte dann auf das im Frühjahr 1807

Geplante (S. 417) zurückzukommen. Scharnhorst entwarf bereits den Plan für die Kooperation mit den Oesterreichern auf der einen, den zwischen Ems und Weser landenden Engländern auf der anderen Seite und mit dem Volksaufstand in Mitteldeutschland. Die von ihm empfohlene geheime Anknüpfung mit Oesterreich lehnte der König noch ab, mit England wurde sie eingeleitet.

Da machte der Verlust Spaniens durch die Kapitulation von Baylen (24. Juli) Napoleon den Krieg gegen Oesterreich unmöglich. Die Befreiung Portugals durch die Engländer wandelte die Lage vollends. Der Thronwechsel in Konstantinopel, der den russisch-türkischen Frieden und sogar den Rußlands mit England in Aussicht stellte, bedrohte die Fundamente seiner Weltherrschaft. Sie zu sichern, galt es den Zaren noch einmal an sich zu ketten. Zugleich mit der Einladung nach Erfurt ließ er Anfang August an ihn die Erklärung gelangen, er wolle Preußen die befürwortete Erleichterung gewähren. In Paris aber legte Champagny dem Prinzen Wilhelm und Brockhausen einen Vertragsentwurf vor, der nichts derart enthielt, wohl aber Preußen wirklich vorschrieb, sein Heer nicht über 40000 Mann zu bringen. Natürlich weigerte der Prinz ein Zugeständnis, das Preußens Zukunft preisgab. Es abzukaufen, schien auch ihm ein Bündnis mit Frankreich, ja der Eintritt in den Rheinbund kein zu hoher Preis. Doch steigerte das nur die französischen Ansprüche. Am 19. August übermittelte Champagny einen neuen Vertragsentwurf. Er erhöhte die zu zahlende Summe wieder auf 154 Millionen und rechnete die einbehaltenen Staatseinkünfte so wenig ab, wie die geleisteten Abschlagszahlungen und die Lieferungen. Sie sollte teils in bar und Wechseln gezahlt werden, wovon monatlich 6 Millionen einzulösen waren, teils in Pfandbriefen, die binnen anderthalb Jahren zurückgekauft sein mußten. Der Bayonner Raub wurde nicht zurückgegeben, wohl aber sollten die preußischen Staatseinnahmen bis zur Unterzeichnung an Frankreich fallen. Dreißig Tage nach der Ratifikation wollten die Franzosen Preußen räumen, nur in Glogau, Küstrin und Stettin im ganzen bis zu 10000 Mann lassen. War die Hälfte der Kriegs-

schuld gezahlt, erfolgte die Rückgabe von Glogau. Militärstraßen sicherten den Franzosen den Weg von Magdeburg nach Glogau, nach Sachsen, Schwedisch-Pommern und Danzig. Das preußische Heer durfte die nächsten zehn Jahre nicht mehr als 42 000 Mann zählen, wovon im Falle eines Krieges mit Oesterreich 16 000 Mann Napoleon Heeresfolge zu leisten hatten.

Daß höchstens von der wieder erhöhten Kriegsschuld etwas abgehandelt werden könne, war klar: 112, im äußersten Falle 120 Millionen wollten Prinz Wilhelm und Brockhausen zugestehen. Champagny bestand auf 140 und produzierte bei einer Besprechung darüber plötzlich jenen Brief Steins an Fürst Wittgenstein vom 15. August (S. 460). Wohl nicht ganz ohne Zuthun der heimischen Feinde des Ministers war er durch die Unbedachtsamkeit des Ueberbringers in Berlin aufgefangen. Dieser Zwischenfall verschlimmerte Preußens Lage furchtbar. Bekannte man sich zu seinem Inhalt, so stand man vor dem Kampf um das Dasein, ohne daß eine von den Bedingungen erfüllt war, die einen glücklichen Ausgang ermöglichten. Verleugnete man ihn, so mußte man jede irgend verlangte Bürgschaft des Wohlverhaltens geben, und Steins Stellung war schwer bedroht. Im ersten Falle war des Prinzen Wilhelm Freiheit gefährdet: eine so kostbare Geisel würde Napoleon sich nicht entgehen lassen. Und wo hatte Preußen, wenn es die Konvention ablehnte, Hilfe zu hoffen? Der Zar rüstete sich zur Reise nach Erfurt. In Oesterreich hatte der Kriegseifer wesentlich abgeflaut, seit man sah, Rußland stand zu Frankreich und dieses behielt seine furchtbare Stellung in Preußen. Vergeblich eröffnete ein Emissär des Grafen Götzen in Wien Aussicht auf sofortigen Anschluß Preußens. Ohne Kenntnis davon, wenn auch angewiesen keine Zugeständnisse weiter zu machen, voll Furcht vor den möglichen Folgen eines verfrühten Bruchs mit Frankreich und Sorge für die Sicherheit seiner Person, unterzeichnete Prinz Wilhelm am 8. September den Entwurf samt einem nachträglich eingefügten Artikel, nach dem der König alle aus den abgetretenen Provinzen Gebürtigen des Dienstes entließ. Das war auf Stein gemünzt. An demselben

Tage veröffentlichte der Moniteur dessen Brief, um „die Denkungsart des preußischen Ministeriums“ zu kennzeichnen.

Der Eindruck in Königsberg war niederschmetternd. Daß Alexander von Napoleon völlig umstrickt sei, hatte man bei seinem Besuche auf der Durchreise nach Erfurt gesehen. Die Zeit zur Erhebung gegen Frankreich sei noch nicht gekommen, antwortete er auf Steins Mahnung, den zwecklosen Krieg gegen Schweden und die Türkei aufzugeben und sich mit Oesterreich und Preußen zur Befreiung Europas zu verbinden. Zur Fügsamkeit mahnend, versprach er zwar auf strikte Beobachtung des Tilsiter Friedens zu dringen, also eine Erleichterung der Konvention vom 8. September auszuwirken, riet aber, sie zunächst zu ratifizieren. Nun war aber der König mit seinen Räten darin einig, daß diese Verpflichtungen zu erfüllen unmöglich sei, und sträubte sich Zusagen zu geben, die er doch nicht einlösen konnte. Abermals scheint da Schön geraten zu haben, lieber noch eine Provinz — Schlesien — zu opfern. Stein widersprach. So sollte schließlich die Ratifikation nicht vollzogen, aber auch nicht direkt verweigert, sondern mit Hilfe des Zaren durch Goltz, der nun statt Steins mit Prinz Wilhelm nach Erfurt ging, versucht werden, eine Aenderung des Vertrages auszuwirken. Im letzten Augenblick aber entschloß sich der König anders. Ohne Steins Wissen wies er Goltz am 29. September doch zur Ratifikation an. Wie das kam, ist nicht klar. Bestimmend war wohl die wachsende Sorge vor den Folgen des Steinschen Briefes. Nicht düster genug konnten des Ministers Gegner diese ausmalen. Aber mehr als um die Gunst des französischen Kaisers war es ihnen dabei um den Sturz Steins zu thun. Dieser widersprach der Ratifikation nicht: er hatte sie dem König anheimgestellt, da ein anderer Ausweg kaum blieb. Daß man die Fesseln im ersten günstigen Augenblick zerriß, war ein selbstverständlicher Vorbehalt, mochte der König auch Bedenken dagegen haben. Sie zu beschwichtigen, bemerkte Stein, er bediene sich dann doch nur einer List gegen Verruchtheit und Gewaltthätigkeit, und es sei doch nicht Napoleon allein erlaubt, an die Stelle des Rechts Willkür, der Wahrheit Lüge zu setzen.

Zu den versöhnlichen Reden, die Prinz Wilhelm beim Abschied in Paris zu hören bekommen hatte, stimmte der Ton freilich nicht, der in Erfurt gegen Goltz angeschlagen wurde. Vor Oesterreich sicher, des nochmals umstrickten Zaren gewiß, konnte Napoleon Preußen nach Laune treten und drücken. In wohlberechneter Wiederholung des zu Tilsit geübten Hohnes (S. 422), benachrichtigte er erst beim Abschied den Zaren, ihm seine Freundschaft zu beweisen, setze er die preußische Zahlung um 20 Millionen herab; das Nähere sollte Goltz in Berlin mit Daru vereinbaren. Umgehend erklärte Alexander, er habe kein Interesse an dem Artikel des Tilsiter Friedens, wonach, falls Hannover französisch würde, Preußen eine Kompensation auf dem linken Elbufer erhalten sollte (S. 423). Außerdem aber wurde der Erlaß von 20 Millionen thatsächlich auf die Hälfte reduziert durch die von Daru auf des Kaisers Befehl Goltz aufgezwungene Bestimmung, daß die Kontribution bis zu vollständiger Abzahlung mit vier Prozent verzinst werden müsse — was gerade 10 Millionen ausmachte. Nach dieser am 6. November unterzeichneten Konvention zahlte Preußen von den 120 Millionen Franken 50 in Wechseln der ersten preußischen Kaufmannshäuser und 70 in Pfandbriefen, und löste davon monatlich 4 Millionen ein, so daß die ganze Summe in zweieinhalb Jahren getilgt war. Die Franzosen räumten das Land zwischen Weichsel und Oder bis zum 22. November, zwischen Oder und Elbe bis zum 5. Dezember.

Solchen Verpflichtungen konnte Preußen nur genügen, wenn alle seine produktiven und sittlichen Kräfte zur höchsten Leistungsfähigkeit gesteigert wurden. Die Gewähr dafür aber lag allein in dem System und der Person Steins. Nun war dessen Stellung erschüttert, aber sie war, wenn auch modifiziert, doch noch haltbar, wenn alle Beteiligten dazu selbstlos mithalfen. Statt dessen wirkten wie die Franzosenfreunde und seine politischen und persönlichen Gegner auch ehrliche Patrioten, die mit ihm dasselbe Ziel erstrebten, auf seine Beseitigung, um die Gefahren abzuwenden, die er heraufbeschworen haben sollte. Hier entsprang auch des Königs Gegensatz zu ihm.

Die Konvention vom 8. September hatte Stein zu bestätigen

anheimgegeben (S. 463) unter dem selbstverständlichen Vorbehalt, sie zu zerreißen, wenn sie in Erfurt nicht annehmbar gestaltet wurde. Alles war darauf vorbereitet. In Preußen und Schlesien, in der Mark und Pommern gärte es. Die abgetretenen Provinzen erwarteten das Zeichen zur Erhebung. Die besten Männer der reorganisierten Armee brannten, deren junge Kraft zur Bethätigung zu entfesseln. Boyen empfahl durch die Berufung einer Volksvertretung alle schlummernden Kräfte zum Kampf für König und Vaterland zu wecken. Auch Stein hielt es für geboten, die Nation mit der Lage bekannt zu machen: denn je nachdem man den Vertrag erfüllen oder brechen wolle, nehme man ihr Eigentum oder ihr Gut und Blut in Anspruch. Er ließ Süvern (S. 446) einen Aufruf an die Deutschen entwerfen. Der König verweigerte die Unterschrift. Doch erlaubte er die Veröffentlichung eines Zeitungsartikels, der unter Hinweis auf das zur Erneuung des Staates bisher Geschehene die Prinzipien darlegte, nach denen auch weiterhin verfahren werden sollte, um „der Macht des Vorurteils und der Gewohnheit zum Trotz zum Wohl des gemeinsamen deutschen Vaterlandes und der Welt aus den Zerstörungen dieser drangsalvollen Zeit einen Staat neu erblühen zu lassen, dessen lebendiges Prinzip, die musterhafte Rechtlichkeit, nur zu dem höchsten Bedauern der Menschheit mit ihm untergehen würde“.

Das klang bereits wie ein politisches Testament. Hatte Stein gemeint, über Spanien werde Napoleon ihn vergessen, so hatte er nicht mit seinen preußischen Feinden gerechnet. Voll patriotischer Beängstigungen stellten diese sein Verbleiben im Amte dar als Preußens Verderben. Manche glaubten das wirklich, andere thaten wenigstens so, weil sein Sturz ihnen Vorteil verhieß, wie Altenstein und Nagler, die unter ihm nicht die gehoffte Rolle spielten und in dem ehemaligen Minister v. Voß schon den Nachfolger in Bereitschaft hatten. Auf Goltz hatten in Erfurt Napoleons Drohungen Eindruck gemacht. Er riet Stein, durch seinen Rücktritt den Zorn des Imperators zu entwaffnen. Von allen Seiten leisteten die Halben, Faulen und Feigen Vorschub Daß Stein von den Patrioten nun

um so mehr gefeiert und in Gedichten, Adressen und anderem mehr als der Hort des Vaterlandes gepriesen wurde, ließ sich bei dem in dergleichen empfindlichen König gegen ihn benutzen. Die Bittschrift, die eine große Anzahl angesehener Beamter, Gutsbesitzer und Bürger in Königsberg und Nachbarschaft um seine Belassung im Amte an den König richtete, galt als Bestätigung des am Hofe umlaufenden Wortes, Stein sei ein guter Minister des Volkes, aber nicht des Königs. Das machte um so mehr Eindruck, als der König bei aller Anerkennung der Verdienste Steins sich doch durch die gewaltige Persönlichkeit des ihm von den Verhältnissen aufgenötigten Ministers unbehaglich gedrückt fühlte.

Daß er in der Stellung eines leitenden Ministers nicht bleiben könne, war Stein klar. Um aber den Fortgang des Reformwerkes zu sichern, dachte er, auf Grund des am 28. Oktober dem König vorgelegten Planes zur Organisation der obersten Staatsbehörden ohne Amt in den Staatsrat berufen, weiter wirken zu können. Aber gerade diesem Punkte, für ihn dem wichtigsten, stimmte der König nicht bei. Die Sache wurde bis zur Rückkehr des Zaren und Goltz' aus Erfurt vertagt. Hätte es dessen bedurft, wenn der König auf Steins Vorschlag eingehen wollte? Auch die Königin wandte sich von Stein ab. Von Schwächen war auch sie nicht frei: diese wußte mit Hilfe der Oberhofmeisterin Gräfin Voß, deren Zimmer der Sammelplatz aller Klätscher und Intriganten war, Nagler geschickt zu benutzen. Auf der Rückreise von Erfurt lud der Zar das königliche Paar nach Petersburg ein. Wie hätte diese Aussicht die Königin nicht locken sollen? Ihr Gemahl hatte Bedenken, teils finanzielle, teils politische. Stein fürchtete vor allem den Einfluß, den der intime Verkehr mit dem Zaren auf des Königs Stellung zu den Patrioten haben konnte: er widerriet die Reise. Das empfand die Königin bitter.

So schlossen sich die Stein feindlichen Kreise. Auch auf den König gewannen sie Einfluß. Als ihm Stein eine Proklamation vorlegte, welche die für die Verwaltung des Staates in Zukunft maßgebenden großen Gesichtspunkte entwickelte, weigerte er die Unterschrift, blieb dabei auch, als sie ihm am

6. November verändert vorgelegt wurde. Darauf erbat Stein am 7. November seine Entlassung. Dazu schien ihn der Nachdruck aufzufordern, mit dem der König gegenüber seinem Wunsch, ihn im Amte zu behalten, die dem entgegenstehenden Hindernisse betonte. Stein sah, der Kampf des Gemeinen und Schwachen mit dem Besseren sollte nun erst recht entbrennen. Schwer wurde dem König der Entschluß. Dazu kam die Sorge um den Ersatz. Bald hier, bald da erholte er sich Rats. Auch Hardenberg ging er darum an, als er auf der Reise nach der Mark Königsberg berührte. Auf der Landstraße trafen er und die Königin (11. November) mit ihm zusammen. Auch er sprach sich für Steins Rücktritt aus, besonders wegen der angeblich konspiratorischen Art, in der er die Volkserhebung vorbereitet haben sollte. Er witterte darin revolutionären Geist, der auch zum Mißbrauch der neuen Institutionen führen könne. Gerade das leuchtete dem König sehr ein. Und hier lag die größte Gefahr. Dem Personenwechsel einen Wechsel des Systems folgen zu lassen, war die Absicht der Leute, die durch ihre Klagen über Steins gefährliches Treiben die Franzosenknechte und Rheinbundsfreunde zu immer neuen Ergüssen gegen ihn provozierten und daraus dann dem König seine Entlassung als ein Gebot der Selbsterhaltung deduzierten. Aber die von Stein gelegten Fundamente der neuen Ordnung preiszugeben, war der König doch nicht gewillt. Sie wurden noch vollends in Sicherheit gebracht. Vom 19. November ist die Städteordnung (S. 440), vom 24. das Dekret über die veränderte Verfassung der obersten Verwaltungsbehörden (S. 448) datiert. Aber an demselben Tage erhielt Stein auch die erbetene Entlassung.

Gewiß war der König von ihrer Notwendigkeit überzeugt. Deren Schein hatte das Zusammenwirken der Gegner Steins mit den Franzosenfreunden glücklich erzeugt. Was er praktisch an Stein verlor, würdigte Friedrich Wilhelm vollauf. Aber für seine hohen sittlichen Ideale hatte er kein Verständnis. Seine Verstandeskühle blieb unerwärmt von jenes glühendem Enthusiasmus. Wie allen groß angelegten Naturen empfand er auch Stein gegenüber erst recht, was ihm selbst fehlte. Auch beunruhigte des Ministers Konsequenz, die auf

weitere Neuerungen drängte, seinen am Bestehenden hängenden Sinn. Ans Herz ging ihm demnach die Trennung nicht. Höchst bezeichnend aber für den Wandel der Stimmung in den intimen Hofkreisen ist es, daß von einem Bedauern über das Ausscheiden Steins von seiten der Königin nichts verlautet. Sie scheint sein Votum gegen die Petersburger Reise nicht verschmerzt zu haben. Ja, dieses wirkte noch weiter nach. Zum Finanzminister, augenblicklich dem wichtigsten Posten, empfahl Stein Theodor v. Schön, zweifellos den dazu geeignetsten Mann, dessen idealer Sinn und Enthusiasmus erwarten ließen, daß er auch auf die Verwaltung im Sinne Steins wirken werde. Das Bewußtsein davon war es, was den trefflichen, aber von Eitelkeit nicht freien Mann sich allzu sehr als den Geisteserben Steins gerieren ließ. Er riet diesem, er möge sich von seinen Mitarbeitern verabschieden durch eine Darlegung der von ihm befolgten und fernerhin zu befolgenden Prinzipien. Stein beauftragte ihn mit dem Entwurf dazu (24. November), lehnte dann aber die Unterzeichnung ab. Erst am Morgen seiner Abreise (5. Dezember) vollzog er sie. Die Denkschrift blieb damals das Geheimnis eines kleinen Kreises. Bekannt wurde sie erst 1817. Dann überreichte Schön sie 1840 Friedrich Wilhelm IV. gleichsam als Regierungsprogramm, indem er sie — im Widerspruch mit ihrem Ursprung ihre Bedeutung übertreibend — als „Politisches Testament Steins" bezeichnete.

Habe es — so führt Schön im Sinne Steins, aber mit starker individueller Färbung darin aus — gegolten, den Zwiespalt innerhalb des Volkes aufzuheben, den Kampf der Stände zu beenden, jedem einzelnen die freie volle Entfaltung seiner Kräfte zu ermöglichen und das Volk mit opferfreudiger Liebe zu König und Vaterland zu erfüllen, so sei dazu viel geschehen durch die Aufhebung der Erbunterthänigkeit, die Befreiung des Grundeigentums, die Gewerbefreiheit und die Städteordnung. Noch aber erübrige die Aufhebung der gutsherrlichen Polizei und der Patrimonialgerichtsbarkeit, die Neuordnung des Gesindewesens und die Einführung einer Nationalrepräsentation. Erst wenn sie erfolgt seien, werde die ständische Absonderung des Adels aufgehoben, die allgemeine Wehrpflicht eingeführt,

die Regelung der ländlichen Dienste angebahnt, der religiöse Sinn durch einen tüchtigen geistlichen Stand gehoben und eine Jugendbildung eingeführt werden, die jedes edle Lebensprinzip anrege und nähre, alle Einseitigkeit aber vermeide und durch die Pflege der Liebe zu Gott, König und Vaterland das Heranwachsen eines physisch und moralisch kräftigen Geschlechts und damit eine bessere Zukunft verbürge. Wer, wenn auch in Vollmacht eines Stein, so sprach, war freilich in diesem Augenblick zum Minister in Preußen nicht geeignet. Auch Hardenberg war gegen Schön: Altenstein wurde zum Finanzminister berufen.

Am 5. Dezember reiste Stein von Königsberg nach Berlin ab, das die Franzosen endlich am 3. verlassen hatten. Am 10. rückten die ersten preußischen Truppen unter Major v. Schill ein. Am 16. unterzeichnete Napoleon in Madrid, wo er am 5. eingezogen war, das Edikt, durch das le nommé Stein geächtet und die Konfiskation seiner Güter verfügt wurde. Es überbrachte nach Berlin Anfang Januar 1809 der neue französische Gesandte St. Marsan, zugleich mit der Erklärung, daß Steins Verbleiben im Lande ihm den sofortigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Pflicht mache. In der Nacht vom 5. zum 6. Januar reiste Stein in die Verbannung: über Schlesien begab er sich nach Böhmen.

Mit welchen Gefühlen er von Preußen geschieden sein mag? Wir können es nur aus dem schließen, was er nachmals in betreff der Stellung Preußens in und zu Deutschland beurteilt und beabsichtigt hat. Für den Staat der deutschen Zukunft hat er es nicht gehalten, die Hegemonie in Deutschland ihm nicht zugedacht. Hatte er je einen Glauben derart gehegt: er hat ihn gründlich und für alle Zeit aufgegeben. Die Regierung, die Beamten, das Volk hatten ihn tief enttäuscht. Und was in Preußen weiterhin geschah, konnte ihn in dieser ungünstigen Meinung nur bestärken.

IV. Die Jahre der Enttäuschung und Erniedrigung. 1809—1812.

Trübere Zeiten hat Preußen nie erlebt, als die andert-halb Jahre nach Steins Rücktritt. Im Gefühl der wachsenden Kraft zum Freiheitskampf entschlossen, sah das Volk sich von der Regierung im Stich gelassen, durfte die Armee den großen Moment nicht benutzen. Nie ist die Anhänglichkeit des preußischen Volkes an sein Königshaus auf eine härtere Probe gestellt worden. Wie mancher Tapfere wandte sich von diesem ab, um unter fremdem Banner gegen den Tyrannen zu fechten. So ganz hatte auch der König die Fühlung mit seinem Volke verloren, daß er an Niederlegung der Krone dachte.

Zum Finanzminister war auf Hardenbergs Empfehlung Altenstein ernannt. Das Innere übernahm Graf Alexander zu Dohna-Schlobitten. Justizminister wurde Beyme. Das Auswärtige behielt Goltz. Hinter diesen Männern standen Steins höfische und altadlige Gegner, die mit dem Minister auch sein System beseitigt zu sehen gehofft hatten. Das geschah nun zwar nicht: die bisher durchgeführten Reformen konnten nicht rückgängig gemacht werden. Aber ein Stillstand trat ein, vielleicht weniger aus bösem Willen als aus Unvermögen der leitenden Männer. Nur zwei Gebiete blieben davon ausgenommen. Scharnhorst arbeitete weiter an der Verjüngung der Armee, die vermöge des Krümpersystems (S. 445) trotz der Konvention vom 8. September und der Wachsamkeit St. Marsans auch numerisch rasch wuchs, und im Ministerium des Innern sorgte als Leiter der Abteilung für Kultus und Unterricht Wilhelm v. Humboldt (geb. 22. Juni 1767, gest. 8. April 1835) für die Bildung des heranwachsenden Geschlechts. Die Volksschule wurde auf Pestalozzis Lehren gegründet. Die höheren Schulen

verdankten Süvern (S. 446) neues Erblühen. Humboldt selbst nahm sich der Universitäten an: Königsberg wurde reorganisiert, Frankfurt vor völligem Verfall geschützt und die Gründung der Berliner Hochschule vorbereitet, die der Mittelpunkt werden sollte für das geistige und sittliche Leben der Nation.

Sonst herrschte Stillstand. Dem Ministerium Dohna-Altenstein fehlten die großen Gesichtspunkte, patriotische Thatkraft und moralischer Mut. Dabei konnte Preußen nur bei äußerster Anspannung aller Kräfte seinen Verpflichtungen gegen Frankreich genügen, zumal — wie 1806 — der Rücktritt Steins seinen Kredit im Auslande schwer geschädigt hatte. Befriedigte es Frankreich nicht, so war sein Schicksal ohne den Rückhalt irgend welches Vertrages in die Willkür Napoleons gegeben. Verschlimmert erneute sich 1809 die peinvolle Lage von 1808. Wie damals der spanische Aufstand, bot jetzt die Erhebung Oesterreichs die Möglichkeit eines erfolgreichen Freiheitskampfes. Konnte, durfte man ihn wagen?

Bei dem Besuche in Petersburg (S. 466) — Neujahr 1809 — hatte das königliche Paar sich von dem Zaren wieder belehren lassen müssen, nur ehrliche Hingabe an Napoleon und sein System könne Preußens Zukunft sichern. Trotzdem hielt man es in Königsberg beim Ausbruch des Krieges für möglich, den Zaren zum Anschluß an Oesterreich zu gewinnen, sah aber bald, daß er eher für Frankreich eintreten und jedenfalls, erklärte man sich gegen dieses, in Ostpreußen einrücken werde. Doch zweifelte man an seiner Beständigkeit und warb in England um Waffen und Geld und Sendung eines Heeres nach der Elbe. Eifrigst wurde an der Kriegsbereitschaft der Armee gearbeitet. Die Zahlungen an Frankreich stellte man ein. Selbst der üble Verlauf des österreichischen Einfalls in Bayern minderte die Kampflust nicht. Eine allgemeine Volkserhebung schien sicher, sobald Preußen handelte. Der Anschlag v. Katts, eines einstigen preußischen Offiziers, auf Magdeburg mißlang zwar. Aber in Hessen stand Oberst v. Dörnberg mit zahlreichen Genossen zum Losschlagen bereit. Von Berlin her wollte ihm Major v. Schill seine Husaren zuführen. Beide Unternehmen scheiterten. Daß der König Schill nicht wie einen Briganten

behandelte, sondern seine Bewältigung Franzosen und Dänen überließ, bewies in Napoleons Augen sein Einverständnis mit dem unbedachten Helden. Die Bluturteile, denen die Beteiligten verfielen, steigerten die allgemeine Erbitterung. Dazu kam die große Botschaft von Aspern und Eßlingen, dem zweiten siegreichen Aufstand der Tiroler und das Erscheinen Friedrich Wilhelms von Braunschweig-Oels mit seiner schwarzen Schar in Sachsen. Der Moment der allgemeinen Erhebung schien gekommen.

Dringend aber ließ der Zar in Königsberg vor jeder Uebereilung warnen. Nicht einmal die Zusage gab er, Preußen, wenn es sich Oesterreich anschlösse, wenigstens nicht mit Krieg zu überziehen. Dann rückte Erzherzog Ferdinand, der Warschau besetzt hatte, bis nach Thorn vor, in der Hoffnung, Preußen werde ihm die Hand reichen. Man kannte in Wien die Stimmung des Volkes und der Armee und hielt es für möglich, daß Blücher und andere Befehlshaber auf eigene Gefahr handelten. Planten doch in Schlesien etliche höhere Offiziere die Ueberrumpelung der Franzosen in Glogau. Da nötigte das Erscheinen eines russischen Heeres im Warschauischen den Erzherzog zum Rückzug nach Galizien. Jedenfalls hatte Napoleon Grund, Preußen zu mißtrauen. Nur irrte er, wenn er die Regierung an solchen Plänen beteiligt wähnte. Ihr bereiteten diese die schwerste Verlegenheit. Die Haltung Rußlands und der Mangel jeder Bürgschaft für Oesterreichs Ausharren widerrieten den Schritt, den der Volkswille verlangte. Daß er verweigert wurde, machte diesen immer stürmischer aufwogen. Jeden Tag konnte sein Ausbruch den Konflikt mit Frankreich herbeiführen. Der König befand sich in peinlichster Lage. Während er von Napoleon bei erster Gelegenheit vollends um Land und Leute gebracht zu werden fürchten mußte, lief er vielleicht die gleiche Gefahr, wenn er sich dem Freiheitsdrange seines Volkes dauernd widersetzte. Nie war er so hoffnungslos gewesen. Er dachte daran, der Krone zu entsagen. Und ähnlich gebrochen war die Königin: nur um ihrer Kinder willen würde sie den Verlust der Krone bedauert haben; sonst war sie sich längst bewußt, durch die fürchterliche Politik von Freund

und Feind ganz auf ihren inneren Wert beschränkt zu sein. Aber vielleicht drohte noch Schlimmeres. Der Hof war nicht nach Berlin zurückgekehrt, aus Sorge vor einem Gewaltstreich gegen die königlichen Personen: jeden Tag konnten sie von Magdeburg oder von Stettin aus durch die Franzosen aufgehoben werden.

Und dabei rechnete man in Wien auf den Anschluß Preußens und suchte ihn zu beschleunigen, indem man es kompromittierte. Auch gab die Haltung des Königsberger Hofes ein gewisses Recht dazu. Ueberzeugt, Rußland werde gegen Oesterreich doch nur einen Scheinkrieg führen, nahm er eine kriegerische Haltung an, namentlich auf die Nachricht von Aspern. Schon erschien der österreichische Oberst Steigentesch, die nötigen militärischen Verabredungen zu treffen. Der König und die Königin hielten mit ihren Sympathien für Oesterreich nicht zurück. Steigentesch sorgte dafür, daß das zur Kenntnis der Franzosen kam, und St. Marsan hielt den Krieg mit Preußen für unvermeidlich, sobald Rußland sich von Frankreich trennte oder Oesterreich ein neuer Erfolg beschieden war. Aber auch ohne einen solchen, als die Oesterreicher, bei Wagram (6. Juli) geschlagen, nach Mähren wichen und zu Znaim einen Waffenstillstand schlossen, schickte der König den Major von dem Knesebeck an Kaiser Franz, um das Bündnis abzuschließen. Doch waren die geforderten Zusagen nicht zu erlangen: unter dem Eindruck der französischen Erfolge in Spanien und des Mißlingens der englischen Landung in Holland schloß Oesterreich vielmehr am 14. Oktober zu Wien Frieden.

Nun verlangte Napoleon von Preußen Rechenschaft für die bewiesene Unzuverlässigkeit. Auf Fürsprache Alexanders war kaum zu rechnen. Er hatte Preußens kriegerische Neigungen entschieden gemißbilligt; die Schlacht bei Wagram hatte seine Anhänglichkeit an Frankreich befestigt, und er erkannte Napoleon das Recht zu, für die Haltung, die der König während des Krieges anzunehmen für angemessen erachtet, Genugthuung und Sicherheit für die Zukunft zu fordern. Grober und drohender als je lautete Napoleons Sprache gegen den nach Paris gesandten Oberst Krusemark. Mit schneidendem Hohn geißelte er

Preußens Zweideutigkeit. Er verlangte Satisfaktion für die gegen Schill bewiesene Schwäche: die von ihm verhängten Todesurteile hätten preußischerseits ergehen müssen; auch hätte man loyalerweise ihm ein Hilfscorps gegen Oesterreich anbieten müssen. Daß Lestocq und nicht Kalkreuth Kommandant von Berlin sei, nannte er eine Herausforderung. Aber Preußen befinde sich eben in einem Zustande der Desorganisation. Dann kam die Kriegsschuld zur Sprache. Habe man Geld zu Rüstungen, müsse man ihn auch bezahlen können. Müsse man sparen, so könne man die Armee auf 6000 Mann reduzieren. Im Notfall werde er sich durch eine neue Okkupation bezahlt machen, für die er das Erscheinen von 60 000 Mann bei Magdeburg in Aussicht stellte. Auch werde er Berlin besetzen, wenn nicht der König bald selbst dorthin käme. Leider waren alle diese Vorwürfe insofern begründet, als Preußen die durch die Konventionen vom 8. September und 6. November 1808 übernommenen Verpflichtungen thatsächlich nicht erfüllt hatte.

Und daran war allerdings, wenn auch in einem anderen Sinne, als ihn Napoleon dem Worte beilegte, die Desorganisation des Staates schuld. Denn auf eine solche lief der Zustand hinaus, der seit dem Rücktritt Steins in Preußen herrschte. Die Gesetze, die zur Durchführung der bisherigen Reformen nötig waren, ergingen nicht. Die Neuordnung der Verwaltung, deren Sicherung Steins letzte Sorge gewesen war, that keinen Schritt vorwärts. Die Finanzen gerieten in heillose Verwirrung. Die Erfüllung der pekuniären Verpflichtungen gegen Frankreich war bald unmöglich. Das aber bot Napoleon die Handhabe, um Preußen vollends zu demütigen, weiter zu verkleinern und schließlich vielleicht zu vernichten. Damals schlug Niebuhr vor, der König möge die Kontribution abkaufen, indem er seine Krone einem ständigen Tribut von 10 Millionen Franken jährlich unterwarf. Andere wollten statt dessen Glogau und im Notfall auch die anderen Oderfestungen schleifen. Aber schon erklärte St. Marsan, wenn Preußen nicht zahle, müsse es eine Provinz abtreten. Und wie sollte man zahlen? Von 68 Millionen, die bis zum 8. März 1810 hatten erlegt sein sollen, waren bis zum 1. Januar nur 23½ bezahlt. Die aufgelaufenen

Zinsen hatten die Schuld bereits auf 127 Millionen gesteigert. Hier Nachlaß zu erwirken, erwies man sich dem Tyrannen in anderen Dingen dienstbeflissen. Brockhausen, den jener einen Minister nicht des Königs, sondern Schills gescholten hatte, wurde aus Paris abberufen. Das Gleiche geschah Finckenstein in Wien. Scharnhorsts Entfernung aus dem Kriegsministerium wurde erwogen. Auch kehrte der König Weihnachten 1809 nach Berlin zurück, obgleich er sich der Gefahren des dortigen Aufenthalts bewußt war. Erreicht aber wurde durch all das nichts. Das wiederholt erbetene Bündnis wurde für undiskutierbar erklärt, so lange nicht die Kriegsschuld bezahlt sei, im Notfall durch neue Landabtretungen. Eine solche wollte Napoleon. Auch das Ministerium Dohna-Altenstein wußte keinen anderen Ausweg. In einer Denkschrift vom 12. März that es dem König dar, um jeden Preis müsse endlich „ein völlig reines Verhältnis“ zu Frankreich hergestellt werden; auch zu Sachsen und dem Herzogtum Warschau seien gute Beziehungen unentbehrlich. Deshalb sei eine Territorialcession erwägenswert und zu verantworten. Doch gelte es schnell abzuschließen, damit man nicht genötigt werde, mehr abzutreten, als die Schuld betrage. Ohne es zu nennen, hatten die Herren Schlesien im Auge. Preußen sollte die Hälfte des ihm gebliebenen Gebietes darangeben, um durch ihre Verbindung mit Sachsen und dem durch den Wiener Frieden um 2000 Quadratmeilen vergrößerten Warschau einen es in weitem Bogen umfassenden Staat von 5000 Quadratmeilen bilden zu lassen! Es sollte Napoleon anbieten, was er sonst nur durch einen Krieg gegen Rußland erlangen konnte.

Einen Akt der Selbstvernichtung muteten dem Könige seine Räte zu. Die Desorganisation führte zu politischer Demoralisation. Das öffnete dem König die Augen. Eine ähnliche Krisis erfolgte wie einst in Osterode (S. 404). Friedrich Wilhelms Kraft lag in der Negative: bei dem steten Zweifel an sich selbst das Gute zu schaffen unvermögend, war er unbeugsam, wo es Unheil zu hindern galt. Er handelte dabei weniger aus politischer Einsicht als unter dem Impuls eines starken moralischen Gefühls. So viel er dem ihn verfolgenden feind-

lichen Schicksal zu opfern bereit war: es gab eine Grenze, die königlicher Stolz und königliches Pflichtgefühl ihn nicht überschreiten ließen. Was ihm jetzt zugemutet wurde, war unkönigliche Selbstaufgabe. Und hätte der Kleinstaat, der dann zur Versorgung der Hohenzollern übrig blieb, irgend eine Gewähr des Bestehens gehabt? Hatte er in fatalistischer Ergebung die Altenstein, Goltz u. s. w. gewähren lassen: politischen und moralischen Selbstmord zu üben war er nicht gewillt. Die Königin scheint an diesem Entschluß besonderen Anteil gehabt zu haben. Der Oberkammerherr Fürst Wittgenstein wies auf Hardenberg als Helfer hin. Am 14. März berief ein Eilbote diesen nach Berlin; in einem eigenhändigen Schreiben bat ihn die Königin um eilige Ankunft.

Hardenberg erschien alsbald. Zunächst prüfte er die Finanzlage: 80 Millionen Thalern Passiven standen 122 Millionen Aktiva gegenüber. Der Staatsbankerott ließ sich also vermeiden und Frankreich befriedigen. So erklärte er sich bereit, die Leitung der Regierung zu übernehmen. Aber er stellte, vorsichtiger als Stein, Bedingungen. Altenstein und Beyme, sowie der intrigante Vizegeneralpostmeister Nagler sollten entfernt werden, alle Ministerien ihm unterstehen. Der König bewilligte beides. Fast wider Erwarten hatte auch Napoleon gegen Hardenberg nichts einzuwenden. War Schlesien von Preußen freiwillig überlassen zu erhalten nicht möglich, wollte er, des spanischen Krieges wegen in finanzieller Bedrängnis, wenigstens die preußischen Millionen bekommen, und er traute Hardenberg das Geschick zu, sie aufzubringen. So trat dieser am 6. Juni sein Amt an.

Der trostlosen Stagnation der letzten Zeit folgte ein bewegtes, ja übergeschäftiges Leben: man fing wieder an zu hoffen und zu streben. Schon diese moralische Wirkung des Wechsels im Ministerium war ein Glück. Seiner durfte auch Königin Luise sich noch erfreuen. Die bessere Zeit selbst aber sollte sie nicht mehr sehen. Inmitten der Vorbereitungen dazu wurde sie abberufen — ein schwerer Verlust für den König und sein Haus, für Staat und Volk. Ihr Glaube an die Zukunft Preußens, den auch die schwersten Schicksalsschläge nicht

hatten ertöten können, war bei der Eigenart ihres Gemahls ein Moment von hoher moralischer und politischer Wirksamkeit. Sein Wegfall sollte schmerzlich empfunden werden, seit die edle Frau bei einem Besuch in der Heimat am 19. Juli 1810 zu Hohenzieritz einer Lungenentzündung erlag, in ihrer Kraft längst gebrochen durch den zehrenden Kummer um Preußens Schicksal und doch aufrecht erhalten durch den Glauben an das Walten göttlicher Gerechtigkeit und den endlichen Sieg des Guten und Wahren über Bosheit und Lüge.

Aber auch ihr würde Hardenbergs Walten manche Enttäuschung bereitet haben. Ein Mann von seltenen Gaben, reicher Erfahrung, bestem Willen, erstaunlicher Arbeitskraft, größter geistiger Beweglichkeit und gewinnender Geschmeidigkeit, entbehrte dieser doch des sittlichen Ernstes eines Stein, ja, war nicht frei von einer gewissen Leichtfertigkeit. Mehr Diplomat als Verwaltungsbeamter, ein Anhänger der gemäßigten politischen Theorien, die das bleibende Ergebnis der Revolution darstellten, hatte er nichts von dem großen, schöpferischen Stein. Nicht ohne Selbstgefälligkeit und eifersüchtig auf die Macht, erstrebte er eine bureaukratische Zentralisation der Verwaltung, nicht eine den Grundgedanken deutscher Gesellschafts- und Staatsordnung entsprechende Selbstverwaltung. Eine glänzende, in manchem Zuge blendende Erscheinung, imponierte er doch nicht wie Stein. Trotz Sorge und Arbeit ein leichtlebiger Genußmensch, bot er durch seine persönlichen Schwächen den Gegnern Waffen zum Angriff auch auf die von ihm vertretene Sache. Die Wiedergeburt Preußens im Geiste Steins zu vollenden, war er nicht der Mann. Dazu war er schon zu wenig Preuße und ohne rechtes Verständnis für das preußische Wesen. Ihm fehlte gegenüber den Anforderungen der Gegenwart das Verständnis für Preußens geschichtliche Bedingtheit. Er glaubte es behandeln zu können wie ein neues Staatsgebilde Napoleonischer Schöpfung, das sich nach Theorien zurechtschneiden ließ.

Preußischen Traditionen widersprach schon die Machtfülle, die Hardenberg eingeräumt wurde. Als Staatskanzler hatte er die fünf Ministerien unter sich; denen des Innern und der Finanzen stand er selbst vor. Auch das Auswärtige hing, trotz

Goltz' Verbleiben darin, ganz von ihm ab. Dagegen waltete Scharnhorst an der Spitze des Kriegswesens selbständig, mußte aber im Sommer 1811 vor Napoleons wachsendem Mißtrauen weichen und wurde durch General v. Hake ersetzt. Auch der Leiter der Justiz, v. Kircheisen (S. 476), blieb als Fachminister unabhängiger. Der von Stein geplante Staatsrat trat nicht ins Leben. Die Oberpräsidenten als Chefs der Provinzialverwaltungen fielen fort. Die einzelnen Regierungen wurden direkt der Zentralstelle untergeordnet, was auf die Dauer die Bedeutung der alten historisch begründeten Provinzialverbände gefährdete. Da der Staatskanzler auch in dem in veränderter Gestalt fortdauernden königlichen Kabinett den leitenden Platz inne hatte, war er thatsächlich allgebietend. Doch verhieß er gleich in dem Erlaß vom 27. Oktober 1810, der gewissermaßen sein Programm entwickelte, sowohl für die Provinzen, wie für den Gesamtstaat eine „ordentlich organisierte" Volksvertretung. Dabei handelte es sich weniger um eine Verfassung, als um einen schönen liberalen Schein, um das Volk mit der Belastung zu versöhnen, die zur Deckung der Kriegsschuld notwendig war.

Eine glückliche Hand hatte Hardenberg dabei nicht. Mit den wirtschaftlichen Verhältnissen Preußens, welche die Kontinentalsperre zerrüttet hatten, wenig vertraut, ließ er sich allzusehr beeinflussen durch die in Hannover und den fränkischen Fürstentümern gemachten Erfahrungen und das Vorbild seines Vetters v. Bülow, des Finanzministers König Jerômes. Er verlor sich in gewagte Projekte, die bei seinen Mitarbeitern auf Widerstand stießen. Niebuhr nahm deshalb den Abschied, und Schön lehnte das Finanzministerium ab und zog sich als Präsident der litauischen Regierung nach Gumbinnen zurück. Auch Stein, mit dem Hardenberg, um sich seiner Zustimmung zu seinen Plänen zu versichern, an der österreichischen Grenze im September heimlich zusammentraf, erhob Bedenken. Erst wiederholte Umarbeitung ergab einen Finanzplan, der einerseits eine allgemeine Grundsteuer, andererseits volle Gewerbefreiheit und daneben Konsumtions- und Luxussteuern in Aussicht nahm. Letztere erregten großen Unwillen und erfuhren mehrfach Aenderungen. Auch sonst fehlte es nicht an verunglückten Ver-

suchen. Schließlich aber wurde doch eine erträgliche Ordnung gefunden, welche, obgleich niemandem genehm, doch die Aufbringung der nötigen Mittel ermöglichte. Die Zahlungen an Frankreich wurden aufgenommen. Doch waren Ende 1810 noch 67 Millionen zu tilgen, von denen bis zum Frühjahr 1812 die Hälfte abgetragen wurde.

Im Sinne Steins war Hardenberg bestrebt, jeder erwerbenden und produktiven Thätigkeit möglichste Freiheit zu gewähren. Das Gewerbe wurde vollends von hindernden Schranken gelöst und damit der Städteordnung erst recht zu voller Wirksamkeit verholfen. Die Gesindeordnung vom 8. November 1810 führte die soziale Reform weiter. In einer anderen Richtung that das die Emanzipation der Juden (11. März 1812). Wirtschaftlich befreiend wirkte die Säkularisation der geistlichen Güter. Aber jede dieser Neuerungen brachte Kreisen, denen der bisherige Zustand zu gute gekommen war, Nachteile. Sie betonte man um so mehr, als man hinter der Reform nur die Absicht vermutete, dem Staate größere Einnahmen zu schaffen. Deshalb stießen namentlich die weiteren agrarpolitischen Maßnahmen auf erbitterten Widerstand. Auch nahmen sie thatsächlich in wichtigen Stücken zu wenig Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse und ignorierten die in der Praxis eintretenden Schwierigkeiten. So blieben denn scharfe Konflikte nicht aus.

Gegenüber der scheinbaren Begünstigung des Bürgertums sah sich der Adel durch die Wirkungen der Bauernemanzipation wirtschaftlich bedroht. Nicht bloß ein Teil seines Landes, auch Arbeitskräfte, Vieh und Gerätschaften, über die er bisher verfügt hatte, entzog sie ihm. Seine Steuerprivilegien kamen in Wegfall. Die Grundsteuer stellte neue Belastung in Aussicht. Die geplante Aufhebung der gutsherrlichen Polizei und der Patrimonialgerichtsbarkeit drohte weitere Kürzungen der alten Standesrechte. Auf einer Versammlung von sechzig durch die Regierung ernannten Notablen, meist Rittergutsbesitzern, die auf Grund des Edikts vom 27. Oktober 1810 als angebliche Nationalrepräsentation einberufen wurde, kam die Unzufriedenheit zum Ausbruch. Daß Hardenberg die Hauptredner, Herrn von der Marwitz, den Typus des märkischen Junkers, und den

Grafen Finckenstein, nach Spandau schickte, machte die Sache nicht besser, zumal er in einigen Punkten nachgab. So heiß ging es zwar in der „interimistischen Nationalvertretung", die, aus gewählten Mitgliedern bestehend, im April 1812 zur Beratung über die weitere Tilgung der Kriegsschuld berufen wurde, nicht her. Doch kam auch da sachlich nichts heraus. Ueber die Einführung der Vermögens- und Einkommensteuer wurden die Herren überhaupt nicht gefragt. Auch das vielberufene Gendarmerieedikt vom 30. Juli 1812 erging ohne sie. Zunächst bestimmt, der auf dem Lande herrschenden Unsicherheit durch Vermehrung der Polizei abzuhelfen, leitete es zugleich nicht bloß die Aufhebung der gutsherrlichen Polizei ein, sondern sollte überhaupt das Uebergewicht brechen, das einzelne Klassen von Staatsbürgern durch ihren Einfluß auf die öffentlichen Verwaltungen aller Art hatten, und durch den des Staates ersetzen. Die ländliche Bevölkerung sollte von dem grundbesitzenden Adel unabhängig gemacht werden, um in um so größere Abhängigkeit von der allmächtigen bureaukratischen Verwaltung zu kommen. Mit dem Steinschen Gedanken der Selbstverwaltung war da völlig gebrochen. Wäre das Gendarmerieedikt wirklich die Basis der Kreiskommunalverfassung geworden, so hätte das eine der französischen Präfektenwirtschaft ähnliche Zentralisation ergeben, die alles selbständige kommunale Leben ertötete. Daß der eben aus der Unfreiheit gelöste Bauer zur Selbstverwaltung noch unfähig war, ist gewiß. Aber nicht dagegen kämpfte der Adel an: er wollte auch über den befreiten Bauern herrschen. Ohne recht in Wirksamkeit getreten zu sein, wurde das Edikt 1814 aufgehoben. Auch sonst wich die Regierung vor dem Adel zurück und verzichtete auf die konsequente Durchführung der in den agrarischen Gesetzen verkündeten Prinzipien, was natürlich deren Wirksamkeit schwer beeinträchtigte.

Ueberblickt man die Hardenbergsche Reformthätigkeit bis zu der Ende des Jahres 1812 eintretenden Krisis, so erscheint sie besonders glänzend weder nach der Art, wie sie vorging, noch nach den Ergebnissen. Finanzielle Gesichtspunkte überwogen dabei mehr, als die Not der Zeit erforderte. Die idealen Momente, die nationale Wiedergeburt und der künftige Freiheits-

kampf traten zurück. Es fehlte, trotz des Anschlusses an Steins Programm, Planmäßigkeit und Konsequenz. Das erklärt die Ungleichheit und Unvollständigkeit der Ergebnisse. Wohl sind epochemachende Fortschritte gemacht. Aber gerade das größte Werk der ersten Reformperiode, die Bauernemanzipation, blieb unvollendet und wurde sozusagen verpfuscht, durch Ueberstürzung in dem einen, Zaghaftigkeit in dem anderen Falle. Das trug in das preußische Volk und den preußischen Staat einen Dualismus, der soziale und wirtschaftliche Scheidungen zu politischen machte. Trotzdem ist Hardenbergs Verdienst um Preußen ein außerordentliches. Nicht bloß den Staatsbankerott und die moralische und politische Selbstaufgabe hat er abgewandt: er hat den Staat leistungsfähig gemacht für den Augenblick der Entscheidung. Diese aber bereitete sich vor in dem Gange der europäischen Politik. Dort mußte die Frage entschieden werden, ob es fernerhin einen preußischen Staat geben werde. Sie war gestellt in dem Augenblick, wo der zu Tilsit geschlossene, in Erfurt erneute Bund Napoleons mit Alexander zerfiel und die beiden Kaiser, welche die Weltherrschaft zu teilen gedacht hatten, zu dem Riesenkampf einander entgegentraten, der über die Freiheit Europas entscheiden mußte.

Längst hatte sich der Zar überzeugt, daß die ihm im Osten vorgespiegelten Aussichten nie verwirklicht werden sollten. Seine wachsende Bedrohung durch Napoleons polnische Pläne, die willkürlichen territorialen Aenderungen, die Napoleon (Dezember 1810) gegen die Verträge dekretierte und durch die sein Vetter, der Herzog von Oldenburg, um Land und Leute kam, und die endliche Emanzipation Rußlands von dem es ruinierenden Kontinentalsystem, machten den Bruch unvermeidlich. Für Napoleon war in diesem Krieg neben dem Herzogtum Warschau Preußen die gegebene Operationsbasis: der Fall trat ein, für den er es so lange in seiner Gewalt behalten hatte. Von seiner Freigebung war nun vollends nicht die Rede. Die Hälfte der Kontribution war gezahlt: Glogau wurde nicht geräumt, vielmehr die Besatzung dort und in Stettin verstärkt. Sobald es sich ihm zu entwinden versuchte, sollte Preußen erdrückt und vernichtet werden. Wieder war dieses vor eine furcht-

bare Wahl gestellt. Rettung schien nur möglich durch vorbehaltlosen Anschluß an Frankreich, wenn dieses ihn durch endliche Besserung und Sicherung seiner Lage belohnte, oder durch das Bündnis mit Rußland, wenn dessen Erfolg durch den Beitritt Oesterreichs einigermaßen gewährleistet war. Man wird Hardenberg keinen Vorwurf daraus machen können, wenn er zunächst beide Fäden spann, während Scharnhorst und Gneisenau alles für die Erhebung vorbereiteten. Im Sommer 1811 hatten sie 75 000 Mann unter Waffen. Aber es ging schließlich wie 1808 und 1809. So wenig wie damals Kaiser Franz, wollte jetzt der Zar Preußen gegenüber bindende Verpflichtungen eingehen. Scharnhorst eilte selbst nach Petersburg, brachte aber nur eine Militärkonvention (17. Oktober 1811) zu stande, die Preußen für den Fall eines französischen Gewaltstreichs Hilfe zur Deckung Königsbergs verhieß: im übrigen war der Zar noch immer bestrebt, den Krieg zu vermeiden. Auf die nach Paris gerichteten Bündnisanträge aber blieb man ohne Antwort, während die militärische Stellung Frankreichs sich immer furchtbarer befestigte, der Erfolg einer Erhebung also immer zweifelhafter wurde. Dann erging von Paris der Befehl zur Entwaffnung: die Krümper mußten entlassen, die Befestigungsarbeiten eingestellt, Blücher, dessen Kriegseifer besonderen Anstoß gegeben, an der Spitze des pommerschen Corps durch Tauentzien ersetzt werden. Durch eine Rundreise überzeugte sich ein Beamter der französischen Gesandtschaft, daß alles wieder auf den gebotenen Friedensfuß gesetzt war.

Dann erst erging die Antwort aus Paris: Preußen hatte zu wählen zwischen dem Eintritt in den Rheinbund und einem Schutz- und Trutzbündnis, nach dem es Frankreich in allen Kriegen Heeresfolge leisten sollte, ohne eine der von ihm erbetenen Gegenkonzessionen — Vermehrung des Heeres über 42 000 Mann, Rückgabe Glogaus, Erlaß eines Teils der Kontribution — bewilligt oder eine Erwerbung oder Entschädigung in Aussicht gestellt zu erhalten, außerdem aber gegen England die Sperre verschärfen, Kaper ausrüsten und zwei Linienschiffe und eine Fregatte stellen mußte. War das nicht fast schlimmer, als die von dem Ministerium Dohna-Altenstein vorgeschlagene Abtretung

Schlesiens? Wurde damit Preußen nicht eine Provinz Frankreichs, unfreier noch als ein Rheinbundstaat? Und erkaufte man durch die Uebernahme dieses schmachvollen Joches irgend welche Sicherheit auch nur für den nächsten Tag? Nun kam eben damals die Nachricht von dem Erfolge Scharnhorsts in Petersburg, der, bescheiden an sich, doch für den augenblicklich am meisten zu fürchtenden Fall russische Hilfe in Aussicht stellte. Den Eindruck steigerte eine briefliche Erklärung des Zaren, jede Feindseligkeit Napoleons gegen Preußen als Kriegserklärung gegen Rußland ansehen und dann die Waffen ohne Zustimmung Preußens nicht niederlegen zu wollen. Auf dieser Basis sollte sofort abgeschlossen werden. Dafür trat auch Hardenberg nun mit aller Entschiedenheit ein. In einer Denkschrift vom 2. November 1811 legte er dar, daß bei dem Anschluß an Frankreich so gut wie bei dem an Rußland zwar das Dasein auf dem Spiele stehe, bei letzterem aber dem König doch im äußersten Fall ein ehrenvolles freies Privatleben bleibe, während an der Seite Frankreichs selbst der Sieg keinen Segen bringen werde, da er, durch die ihm zugewiesenen Provinzen kompromittiert, gewärtig sein müsse, sich eines Tages seines Landes beraubt zu sehen und vielleicht dem Schicksal des Königs von Spanien zu verfallen.

Scharnhorst, Gneisenau und Hardenberg waren also entschlossen zum Freiheitskampf im Bunde mit Rußland. Aber der König versagte sich ihnen. Schon die vom Staatskanzler empfohlenen Bündnisverhandlungen mit England hatte er verweigert. Am liebsten wäre er neutral geblieben: eine Erklärung Rußlands, es werde eine preußisch-französische Allianz als eine feindliche Maßregel ansehen, sollte ihm das, so wünschte er, Napoleon gegenüber ermöglichen. Die auf Frankreichs Verlangen heimgeschickten Krümper hatten ihm nicht schnell genug entlassen werden können. Jetzt fand er auch den Preis des französischen Bündnisses weniger hoch, als er befürchtet hatte, und war trotz der russischen Zusagen alsbald entschlossen, darauf einzugehen, durchdrungen von der Unbesiegbarkeit Napoleons. Ohne Oesterreich sei ohnehin jeder Kampf aussichtslos. Kaum rangen ihm die Patrioten die Vollmacht ab, auch in Wien einen

Versuch zu machen. Scharnhorst selbst eilte dorthin. Er richtete nichts aus. Der Großvater des Königs von Rom war bereit, seinem weltgebietenden Schwiegersohn gegen Rußland Heeresfolge zu leisten. Weder für den Augenblick, noch für die Zukunft war dort irgend welche Zusage zu erhalten. Auch hätte selbst eine solche kaum etwas geändert: der König war entschlossen, seinen Willen durchzusetzen. Wollte Hardenberg sich dazu nicht hergeben, so hatte er die Leute in Bereitschaft, die seine Erbschaft anzutreten und Preußen durch dienstwillige Beugung unter das französische Joch zu retten brannten. Hardenberg stand vor der Wahl, ob er sein Amt, seinen Einfluß, seine Zukunft oder seine zuletzt mit solchem Eifer vertretene Ueberzeugung zum Opfer bringen wollte. Dazu fehlte ihm der moralische Mut. Um sich zu behaupten, fügte er sich dem Willen des Königs. Die Niederlage der Patrioten war entschieden.

Was das bedeutete, sollte sich alsbald zeigen. Während nämlich Krusemark sich in Paris vergeblich abmühte, die Bedingungen für das Bündnis herabzumindern, traf Napoleon alle militärischen Maßregeln, um Preußen, falls es sich schließlich doch weigern sollte, sofort niederzuwerfen. Ja, Ende Februar 1812 fürchteten Scharnhorst und Gneisenau einen Handstreich zur Wegführung des Königs und ergriffen Maßregeln, ihn unter dem Schutz eilig zusammengeraffter Mannschaften mitten durch die feindlichen Stellungen hindurch nach Schlesien oder nach Preußen zu retten. Da kam — am 2. März — die Meldung, das Bündnis mit Frankreich sei am 24. Februar unterzeichnet. Am 4. März ratifizierte es der König.

Noch nie, so urteilte in leidenschaftlicher Entrüstung Gneisenau, hatte ein Herrscher sich freiwilliger und unbedingter unterworfen. Das Bündnis verpflichtete Preußen, außer in Italien, Spanien und gegen die Türkei, Frankreich in allen Kriegen innerhalb Europas Hilfe zu leisten, jetzt gegen Rußland mit 20000 Mann und 60 Kanonen. Die anderen 20000 Mann wurden in den festen Plätzen Schlesiens, Potsdam, Kolberg und Graudenz gleichsam konsigniert; die Befehlshaber der beiden letzten Plätze unterstanden dem französischen Generalstabschef. Ueberhaupt war Preußen mit Ausnahme von

Potsdam und dem größten Teil Schlesiens militärisch völlig zur Verfügung Napoleons. Ungeheure Lieferungen von Lebensmitteln, Pferden und Kriegsbedürfnissen aller Art wurden ihm auferlegt: alles, was nicht für die möglichst knapp bemessenen Bedürfnisse der eigenen 42 000 Mann unentbehrlich war, mußte den Franzosen überlassen werden. Der Mittel, die es mit Aufbietung aller Kräfte für den Freiheitskampf beschafft hatte, sah sich Preußen mit einem Schlage beraubt. Dem gegenüber war es gleichgültig, daß diese Lieferungen auf die Kriegsschuld verrechnet werden sollten und für den Fall des Sieges über Rußland auch Landgewinn in Aussicht gestellt wurde. Aushebungen und Märsche durften ohne Erlaubnis nicht vorgenommen, die Truppen den französischen Operationslinien nicht genähert werden. Nicht wie ein Bundesgenosse, wie ein beargwöhnter Knecht, von dem man sich jeden Augenblick der Meuterei versieht, wurde Preußen behandelt, sollte aber nichtsdestoweniger durch Verschärfung der Kontinentalsperre sein wirtschaftliches Gedeihen vollends preisgeben und sich auch am Seekrieg gegen England beteiligen.

Das war kein Bündnis, sondern vorbehaltlose Ergebung in die Gewalt eines Zwingherrn, an deren maßvollen Gebrauch zu glauben doch nach allem Geschehenen geflissentliche Selbsttäuschung war. Der Vertrag vom 24. Februar bedeutete die Selbstaufgabe Preußens, seine moralische Vernichtung, der die politische folgen mußte. Preußen schied aus der Reihe der selbständigen Staaten aus: es verleugnete seine Vergangenheit und gab seine Zukunft preis. Der Fridericianische Staat hatte zu existieren aufgehört.

Das war das Ergebnis der ersten fünfzehn Jahre der Regierung Friedrich Wilhelms III. Es hieße den Thatsachen Gewalt anthun, wollte man die Verantwortung für diese trostlose Wendung von dem König abzuwälzen versuchen. Von seinen Lippen ersehnten die Patrioten, die Preußen für den Freiheitskampf gewaffnet hatten, das erlösende Wort, das die zu allem bereite Kraft eines innerlich in voller Erneuung begriffenen Volkes zu sieghafter Bethätigung entfesseln sollte und sicher entfesselt haben würde. Im Jahre 1811 hatte Preußen

in kurzen vier Monaten nachweislich 124 000 Mann beisammen gehabt. Bei rechtzeitiger Beschaffung der Waffen aus England, die nur gewollt zu werden brauchte, um alsbald ermöglicht zu sein, hätte, so rechnet man, Preußen jetzt gut 300 000 Mann aufstellen können. Rußland hatte 180 000 Mann an seiner Westgrenze bereit. Die Stimmung des Volkes verbürgte dem Ruf zur Bildung eines Landsturmes den Erfolg. Preußens Beispiel hätte einen großen Teil von Deutschland mit fortgerissen. Das zum Gelingen unentbehrliche Bündnis mit Rußland, das Scharnhorst seit dem März 1811 dringend gefordert hatte, ließ sich auf Grund der letzten Erklärungen Alexanders sofort zu stande bringen, und dann würde Oesterreich sein Schicksal wohl nicht an das Frankreichs geknüpft haben. Daß all das nicht geschah, daß man eine so wohl nie wiederkehrende Gelegenheit ungenützt ließ, ja, das Ergebnis der heißen militärischen Arbeit eines Lustrums dem Feinde preisgab und sich selbst entwaffnete, ist das persönliche Werk König Friedrich Wilhelms III. Auch daß Hardenberg ihm schließlich beistimmte, entlastet den König nicht. Stand der Staatskanzler zu Scharnhorst und Gneisenau, so war sein Rücktritt geboten. Blieb dann aber überhaupt noch irgend welche Aussicht? Wären dann nicht die unheilvollen Männer von 1806 und 1807 an die Spitze der Geschäfte berufen und damit die Erhebungspläne überhaupt aufgegeben worden? So blieb doch noch die Möglichkeit, daß der König bekehrt oder im äußersten Fall mit fortgerissen wurde. Hardenbergs Verbleiben im Amt ließ wenigstens die Fortführung der Reformen hoffen und damit die Schaffung der Zustände, ohne die an die Wiedergewinnung der Freiheit nie gedacht werden konnte. Insofern war es ein Glück, zumal er auch Scharnhorst zum Bleiben im Dienste vermochte. Daß Gneisenau und einige andere gingen, war schlimm genug. Verdenken freilich konnte es ihnen niemand, daß sie unmutig einem König absagten, der nicht gerettet sein wollte.

„Unsere Regenten kennen keine Ruhmbegierde," äußerte damals Scharnhorst, „sie wurden von Schulmeistern und Stockkorporalen gebildet; unsere Großen kennen keine Rittersitte, wollen bloß die Welt genießen. Die Gefühle und der Geist der

höheren Stände bezeichnen eher den Sklaven als den freien hochgeborenen Deutschen." Und Gneisenau urteilte: „Mit Feigheit haben wir einen Unterwerfungsvertrag unterzeichnet, der uns mit Schande besudelt, Blut und Vermögen des Volkes fremder Willkür preisgibt und die königliche Familie der augenfallendsten Gefahr bloßstellt. Der König gibt sich seinem bittersten Feinde, Hände und Füße gebunden, hin, der ihn sicherlich, sofern Rußland besiegt werden sollte, vom Thron stoßen oder, falls er selbst ein Unglück erfahren sollte, als Geisel bewahren wird." Es gehört der ganze patriotische Idealismus und die sittliche Energie, die in dieser Feuerseele flammte, dazu, um nicht verhüllten Hauptes dem Untergange des Staates zuzusehen, der der Stolz und die Hoffnung Deutschlands gewesen war und nun von seinem König gehindert wurde, seiner großen Vergangenheit würdig, wenigstens mit Ehren unterzugehen.

Nur ein ganz unerwarteter und, so darf man sagen, ein unverdienter Glücksfall konnte den Fridericianischen Staat vor dem Abgrund bewahren, in den sein König ihn sehenden Auges und mit verschränkten Armen stürzen ließ. Würde er ihn aber zu benutzen wissen, zu benutzen den Mut haben? Trat er wirklich ein, so war es sittliche und patriotische Pflicht des Heeres und des Volkes, auf dem Wege der Selbsthilfe die Wiederkehr solcher Vorgänge, wie man sie eben knirschend erlebt, unmöglich zu machen.

Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart

Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart.